This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

PROPERTY OF
University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Lübeck
vom 22. bis 28. September 1901.

Berlin 1901
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(P. Glocke in Berlin).

Digitized by Google

HX
271
.A1
1901

Digitized by Google

Gt.
Barr
Gotts
7-27 53
8 3515

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit [illegible] die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der [illegible]erdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer [illegible]vollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos [illegible] Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den [illegible]tigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, [illegible]l alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem [illegible]den des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung [illegible] Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Digitized by Google

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

Digitized by Google

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truckſystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Digitized by Google

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

beschlossen auf dem Parteitag zu Mainz 1900.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Partei-Vorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von Denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Partei-Vorstand.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontroll-Kommission und den Parteitag zu.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Partei-Vorstand, gegen die Kontroll-Kommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteigenossen in den einzelnen Orten oder Reichstagswahlkreisen in zu diesem Zwecke berufenen Vereins- oder Partei-Versammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Orten oder Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Partei-Vorstande mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen sofort eine Neuwahl vorzunehmen und ist das Resultat derselben entsprechend § 4 Abs. 2 dem Partei-Vorstande mitzutheilen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Partei-Vorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Partei-Vorstand mit der Kontroll-Kommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Partei-Vorstand einzureichen, der dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

Digitized by Google

Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Partei-Vorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Giltigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftsthätigkeit des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission sowie über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem der Partei-Vorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Partei-Vorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontroll-Kommission.

Falls der Partei-Vorstand sich weigert, einem gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Partei-Vorstand.

§ 13. Der Partei-Vorstand besteht aus 7 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer, die berechtigt sind, sich gegenseitig zu vertreten, sowie 2 Beisitzern.

Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassirers erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontroll-Kommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Partei-Vorstand seine Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

Der Partei-Vorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Partei-Vorstand oder die Kontroll-Kommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen.

Digitized by Google

Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein Anderer durch Verträge mit dem Partei-Vorstand oder der Kontroll-Kommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Partei-Vorstandes, der Kontroll-Kommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegirten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 14. Die Mitglieder des Partei-Vorstandes können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Der Partei-Vorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

§ 16. Scheidet ein Mitglied des Partei-Vorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontroll-Kommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontroll-Kommission.

§ 17. Zur Kontrollirung des Partei-Vorstandes, sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Partei-Vorstand, wählt der Parteitag eine Kontroll-Kommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Loos. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontroll-Kommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, so weit die Kontroll-Kommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontroll-Kommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzutheilen hat.

Auf Antrag der Kontroll-Kommission oder des Partei-Vorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 18. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden betheiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Partei-Vorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Partei-Vorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontroll-Kommission, der Partei-Vorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Abänderung der Organisation.

§ 19. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Digitized by Google

Tages-Ordnung des Parteitages.

Sonntag, den 22. September 1901, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung.

Konstituirung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.

Montag, den 23. September 1901, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
   a) Agitation. Wahlen. Kassenbericht. Berichterstatter: W. Pfannkuch und A. Gerisch.
   b) Presse, Litteratur, Kolportagewesen. (Geschlossene Sitzung.) Berichterstatter: A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: E. Wurm.
4. Zolltarif und Handelsverträge. Berichterstatter A. Bebel.
5. Maifeier. Berichterstatter: Th. Metzner.
6. Die Wohnungsfrage. Berichterstatter: A. Südekum.
7. Anträge zum Programm.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Vorstandes und der Kontrollkommission.

Sitzungszeit des Parteitages:

Vormittags 9—1 Uhr, Nachmittags 3—7 Uhr.

Digitized by Google

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Singer, Berlin. — Schwartz, Lübeck.

Schriftführer:

Frl. Baader-Berlin.	Feldmann-Langenbielau.	Quarck-Frankfurt a. M.
Bohne-Berlin.	Hildenbrand-Stuttgart.	Rudolph-Nürnberg.
Braun-Königsberg.	König-Bochum.	Sindermann-Dresden.

Mandats-Prüfungs- und Neuner-Kommission:

Böhle-Straßburg.	Landgraf-Chemnitz.	Pfeiffle-Mannheim.
Düwell-Essen.	Leutert-Apolda.	Schubert-Schöneberg.
Knieriem-München.	Neukirch-Breslau.	Fr. Steinbach-Hamburg

Digitized by Google

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Partei-Vorstandes

Allgemeines. Der Anfang des Berichtsjahres brachte der deutschen Arbeiterklasse Tage schmerzlichster Trauer, an der das klassenbewußte Proletariat aller Kulturländer den lebhaftesten Antheil nahm. Wilhelm Liebknecht, der Altmeister der deutschen Sozialdemokratie, starb am Morgen des 7. August unerwartet, plötzlich, ohne daß vorher auch nur ein Anzeichen einer Unpäßlichkeit vorhanden gewesen wäre, tief betrauert von seinen Angehörigen, der deutschen Arbeiterklasse, dem internationalen Proletariat.

Der vorjährige Bericht des Vorstandes an den Parteitag wurde noch unter der Mitwirkung Liebknecht's — Tags vor seinem Tode — am Montag, den 6. August, fertiggestellt. Der „Alte" war froh und heiter gestimmt wie immer. Keiner der Kollegen konnte ahnen, daß es die letzte Kollektivarbeit des Vorstandes sei, die unter Mitwirkung Liebknecht's ausgeführt werde.

An dieser Stelle dem lieben, treuen „Alten" einen Nachruf zu widmen erübrigt sich. Die Parteipresse unter Führung des Zentralorgans hat die Verdienste, die sich Liebknecht um die Arbeiterklasse und die Menschheit erworben hat, in Nachrufen und Reminiszenzen gewürdigt. Auch der anständigere Theil der bürgerlichen Presse ließ den Verdiensten, den Charaktereigenschaften, der Ueberzeugungstreue und persönlichen Ehrenhaftigkeit Liebknecht's volle Gerechtigkeit widerfahren. Und selbst die Preßorgane, die den für immer Verstummten mit ihrem Haß noch über das Grab hinaus verfolgten, konnten nicht umhin, der Ueberzeugungstreue und Ehrenhaftigkeit des Verstorbenen Anerkennung zu zollen.

All' die Liebe, die sich Liebknecht, da wo Arbeiterherzen schlagen, im Leben erworben, all' die Verehrung, die ihm schon bei Lebzeiten von Nah und Fern entgegengebracht wurde, kam nochmals in pietätvoller Huldigung bei dem Begräbniß Liebknecht's am Sonntag, den 12. August, zum sichtbaren Ausdruck. Die Schätzungen über die Zahl der Theilnehmer an dem Leichenbegängniß variiren zwischen 120—150 000 Leidtragenden, die den mehr als 4stündigen [illegible]rsch von dem Sterbehause Kantstraße 160 in Charlottenburg bis zum Friedhof Friedrichsfelde in würdevoller Ruhe zurücklegten und bis auf den Letzten der Gruft „ihrem" Wilhelm den letzten Scheidegruß darbrachten. Außerwaren Hunderttausende herbeigeeilt, noch einen Blick dem Sarge nachzuen, der die sterblichen Reste des Mannes enthielt, dessen Mund so oft in dten Worten sie zum Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung anuert hatte. Selbst in dem fashionabeln Berlin W. bildete das Publikum 4—6facher Reihe zu beiden Straßenseiten Spalier, welches sich in den eiterquartieren des Südostens und Ostens auf die doppelte Zahl der in [illegible]nder Sonnengluth Ausharrenden verdichtet hatte.

Digitized by Google

Deputationen der Genossen Deutschlands von Nord und Süd, Ost und West waren erschienen, die letzte Gabe der Verehrung an dem Grabe des Lieblings des Volkes niederzulegen. Gekommen waren die Vertreter fast aller der Nationen, mit denen der Verstorbene auf den internationalen Kongressen gemeinsam gearbeitet hatte. Hatte doch bis zu seinem Tode nicht ein internationaler Arbeiterkongreß stattgefunden, an dem und zu dessen Vorbereitungen Liebknecht nicht hervorragend Theil genommen hätte. Werthvoll und zahllos waren die Spenden der Liebe und Verehrung, die an der Gruft Liebknecht's niedergelegt wurden.

An der Bahre in der Friedhofshalle gab Genosse Bebel in bewegten Worten den Gefühlen der Leidtragenden Ausdruck. Die Worte kamen vom Herzen und gingen zum Herzen. Jedermann fühlte mit Bebel, daß ihm, daß dem Proletariat nicht nur der Kampfgenosse, sondern auch der treue, selbstlose, aufopfernde Freund und Berather nicht mehr zur Seite steht. Nie zuvor hat Berlin, das seit seiner Erhebung zur Reichshauptstadt manche offizielle Feier aufzuweisen hat, Aehnliches gesehen, wie das Begräbniß unseres Alten. Neben der Liebe und Verehrung, die das Proletariat dem Verstorbenen zollte, war das Leichenbegängniß eine würdevolle, imposante Manifestation für die völkerbefreiende Idee des Sozialismus, die ihren Höhe- und Weihepunkt erreichte, als Genosse Singer in seinem am offenen Grabe gehaltenen Nachruf die Leidtragenden aufforderte, im Sinne und Geist Liebknecht's mit verdoppeltem Eifer und zäher Ausdauer den Befreiungskampf der Arbeiterklasse dem Siege entgegenzuführen.

* * *

Am 25. September verschied in Paris der Genosse Carl Hirsch. Derselbe leitete mehrere Jahre die „Rheinische Zeitung", unser Kölner Parteiorgan. Die „Rheinische Zeitung" war bis zum 1. April 1894 Kopfblatt der „Freien Presse" in Elberfeld. Von da ab wurde die „Rh. Ztg." auf Grund eines 1893 auf dem Parteitag in Köln gefaßten Beschlusses mit Unterstützung aus Mitteln der Gesammtpartei in ein täglich erscheinendes Blatt umgewandelt und Genosse Hirsch von den Kölner Genossen mit der Redaktion betraut. Hirsch gehörte mit zu der Avantgarde der Partei. Er war Mitarbeiter des „Volksstaat" und gab nach Erlaß des Sozialistengesetzes in Brüssel die „Laterne" heraus.

* * *

In den Tagen vom 23. bis 27. September fand in Paris der 4. internationale Arbeiterkongreß statt. Zur Theilnahme an den Verhandlungen hatte die Parteileitung die Genossen Bebel, Liebknecht und Singer delegirt. In die durch den Tod Liebknecht's verursachte Lücke trat Genosse Auer auf Beschluß der auf dem Mainzer Parteitag anwesenden Fraktionsmitglieder ein. Bebel konnte in Folge Erkrankung dem Kongreß nicht beiwohnen. Auf dem Kongreß wurde die Errichtung eines internationalen Sekretariats mit dem Sitz in Brüssel beschlossen, dessen Unterhaltungskosten auf jährlich 10 000 Franken veranschlagt sind. Die auf die deutsche Partei entfallende Quote beträgt 1000 Frcs. Als Mitglieder des Bureaus für Deutschland sind die Genossen Auer und Singer delegirt. Die nothwendige Korrespondenz wird durch den Genossen Kautsky geführt.

* * *

Neben anderen Bestimmungen hat auf dem Mainzer Parteitag auch § 2 des Organisationsstatuts eine Aenderung erfahren. Bis dahin hatten über die Zugehörigkeit zur Partei die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise zu entscheiden. Jetzt liegt die Entscheidung bei einem vom Vorstand zu berufenden Schiedsgericht, gegen dessen Entscheidung den Betroffenen die Berufung an die Kontrollkommission und den Parteitag zusteht. Von der Anrufung des Schiedsgerichts ist in vier Fällen Gebrauch gemacht worden. In zwei Fällen, betreffend Anträge der Berliner Genossen aus dem 5. und 4. Berliner Reichstagswahlkreis ist der Ausschluß der beiden früheren

Digitized by Google

Genossen durch das Schiedsgericht ausgesprochen worden, und zwar in dem ersteren Fall mit 6 gegen 1 Stimme und in dem anderen Fall einstimmig. In dem dritten Fall, betreffend den Antrag der drei Hamburger Wahlkreise und der Genossen Wandsbecks, der dahin geht, daß die in Akkord arbeitenden Maurer der genannten Parteiorte, die von dem Zentralverband der Maurer als Streikbrecher behandelt und aus dem Verband ausgeschlossen worden sind, auch aus der Partei auszuschließen, hat das am 15. Juli in Hamburg unter dem Vorsitz des Genossen Auer abgehaltene Schiedsgericht einstimmig den Antrag der drei Hamburger Wahlkreise abgelehnt. In dem vierten Fall ist ein Spruch des Schiedsgerichts noch nicht gefällt.

* * *

In dem vorjährigen Bericht machten wir auf die schwere vermögensrechtliche Schädigung aufmerksam, von der etwa 400 am Streik des Winters 1899/00 betheiligt gewesene und im Verfolg desselben entlassene sächsische Bergleute betroffen wurden. Die Betroffenen sind durch ihre Entlassung sämmtlicher Ansprüche an die Knappschaftskassen verloren gegangen. Ihr Ansuchen auf Rückerstattung der gezahlten Beiträge ist von der Kassenverwaltung und dem Bergschiedsgericht abgewiesen worden. Auf Anrufung des Landgerichts hat dieses entschieden, daß das Bergschiedsgericht zuständig und dessen Entscheidung endgültig sei. Die gegen die Entscheidung des Landgerichts eingelegte Revision bei dem Reichsgericht ist am 20. März d. Js. verworfen worden. Damit sind die armen Bergleute ihrer eingezahlten Beiträge verlustig, und diese sind nicht gering. Sind doch unter den Entlassenen Leute, die im Laufe der Jahre 1000 Mk. und darüber an Kassenbeiträge gezahlt haben.

* * *

In der Zeit vom 13. November v. J. bis zum 2. Februar d. J. hatte sich der Partei- und Fraktions-Vorstand wiederholt damit zu beschäftigen, die zwischen der Geschäftsleitung der „Leipziger Volkszeitung" und der örtlichen Parteileitung der Leipziger Genossen einerseits und dem Leipziger Verein des Verbandes deutscher Buchdrucker andererseits ausgebrochenen Differenzen auszugleichen. Eine eingehende Schilderung der Vorgänge an dieser Stelle erübrigt sich, da bereits in unserem Zirkular 20 eine chronologische Zusammenstellung des die Differenzen betreffenden Thatsachenmaterials gegeben und den Genossen zur Kenntniß gebracht worden ist. Eine kurze Registrirung der Vorgänge dürfte genügen.

Durch die Einführung der Setzmaschinen machte sich in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung" die Entlassung mehrerer Setzer nothwendig. Nachdem bereits zwei der Buchdruckergewerkschaft angehörige Setzer entlassen waren, wurde am 9. November zwei Verbandssetzern gekündigt. Die Form, unter der die Kündigung geschah, war nicht einwandsfrei. Sie war unter Anderem auch damit motivirt, daß die Gekündigten in nicht genügender Weise agitatorisch für die sozialdemokratische Partei thätig gewesen seien. Das war ein schwerer Fehler, vor dessen Wiederholung wir die Genossen aller Orten nochmals dringend warnen.

Da die Kündigung der beiden Verbandssetzer von der Geschäftsleitung nicht zurückgenommen wurde, erklärten sich 27 in der Druckerei stehende Verbandssetzer mit den Gekündigten solidarisch und reichten ihrerseits die Kündigung ein.

Einer in letzter Stunde von den Genossen Pinkau und Bogenitz ausgehenden Anregung, dahingehend, der Partei-Vorstand solle durch persönliches Eingreifen das Schlimmste verhüten, konnte in der dafür angesetzten Zeit nicht stattgegeben werden. Jedoch erklärte sich der Vorstand bereit, in der nächsten Woche bei einer Konferenz in Leipzig mitzuwirken, in der der Versuch einer Verständigung gemacht werden solle. Bis dahin solle die Entscheidung ausgesetzt werden. Bis zur Entscheidung gelte die Entlassung der beiden Ver-

Digitized by Google

bandssetzer als eine provisorische und die in der Kündigung Stehenden hätten bis zum 1. Dezember in der Druckerei zu bleiben und ihre Arbeit zu verrichten.

Vorstehende Punktationen dem Geschäftsführer der Druckerei, dem Genossen Heinisch, am anderen Morgen, den 23. November, unverzüglich zu übermitteln, war die strikte Weisung, die Genosse Auer dem Vogenitz am Abend des 22. November in Berlin mit auf dem Nachhauseweg gab und die zu erfüllen Vogenitz sich verpflichtete. Vogenitz hat sich eines Wortbruchs schuldig gemacht. Er hat den ihm gewordenen Auftrag nicht nur nicht ausgeführt, sondern zur Rechtfertigung des am 23. November erfolgten Austritts der Verbandssetzer ein Plakat geschrieben und anschlagen lassen, das in Bezug auf die Gehässigkeit des Inhalts und der Tonart vergebens seines Gleichen in der Geschichte der Arbeiterbewegung sucht. Vogenitz trägt ein voll gerüttelt Maß der Schuld an dem ergebnißlosen Verlauf der Verhandlungen zur Beilegung der Leipziger Vorgänge. Die Verhandlungen hätten ganz gewiß ein für alle Betheiligten zufriedenstellendes Resultat gehabt, wenn die Verbandssetzer nicht ausgetreten wären, sondern ihre Arbeitsplätze noch innegehabt hätten.

Trotz dem Vorgefallenen hat sich der Partei-Vorstand weder in der Beurtheilung der Thatsachen beeinflussen lassen, noch der Verpflichtung entzogen, nichts unversucht zu lassen, den ausgebrochenen Streit aus der Welt zu schaffen. Beides brachte die Fraktion in einer Erklärung vom 30. November zum unzweideutigen Ausdruck. Im Verfolg dieser Erklärung fand bereits am 5. Dezember in Leipzig eine Konferenz aller Betheiligten statt. Die Konferenz hatte jedoch nur ein negatives Resultat. Der Fraktions-Vorstand unterbreitete am Schluß der Berathungen folgenden Vermittelungsvorschlag:

„In geschäftlichen Parteiunternehmungen sind in erster Linie Personen zu beschäftigen, die wegen ihrer sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Thätigkeit gemaßregelt sind. Wenn in Folge von Arbeitsmangel in solchen Unternehmungen Kündigungen eintreten müssen, so soll Personen nicht gekündigt werden, die in Folge oben bezeichneter Thätigkeit sehr schwer oder überhaupt anderweit keine Arbeit erhalten.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, empfiehlt der Fraktions-Vorstand den streitenden Parteien, folgender Auffassung beizutreten:

Die Kündigung der beiden Setzer in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung" erfolgte nicht, weil die später eingestellten Personen als politisch oder gewerkschaftlich kompromittirt anderweit keine Arbeit fanden, sondern weil diese Setzer in nicht genügender Weise für die sozialdemokratische Partei agitatorisch thätig waren. Es ist daher erklärlich, daß die dem Buchdruckerverbande angehörigen Setzer in Folge jener Kündigung sich mit ihren Verbandskollegen solidarisch erklärten, wenngleich es nicht gebilligt werden kann, daß ohne Erschöpfung aller gegebenen Mittel die Niederlegung der Arbeit erfolgte.

Zur Beilegung der schwebenden Streitigkeiten ist sowohl den gekündigten Setzern als den später aus Anlaß dieser Kündigungen aus der Arbeit getretenen Personen der Wiedereintritt in ihre früheren Stellen innerhalb 14 Tagen offen zu halten. Soweit dieselben von diesem Rechte keinen Gebrauch machen, bleiben die an ihre Stelle getretenen Mitglieder der Buchdruckergewerkschaft in Beschäftigung.

Die Mitglieder der Gewerkschaft der Buchdrucker, welche in die durch Arbeitsniederlegung freigewordenen Stellen eingetreten, sind nicht als Streikbrecher anzusehen, weil sie in Folge des eigenthümlich gelagerten Konfliktes in der Buchdruckerei der „Leipziger Volkszeitung" diese Stellen in gutem Glauben angenommen haben.

Die gegenseitigen Angriffe, die während des Konfliktes gemacht worden sind, werden von beiden Theilen zurückgenommen und verpflichten sich beide Theile, von heute an die gegenseitige Bekämpfung einzustellen.

Die etwa aus dem Konflikte entstehenden pekuniären Opfer übernimmt jede der streitenden Parteien für ihre Angehörigen.

Leipzig, den 5. Dezember 1900.

Auer. Bebel. Pfannkuch. Singer."

Digitized by Google

Die Leipziger Genossen stimmten dem Vermittelungsvorschlag mit der Einschränkung zu, daß die Ausständigen nur insoweit wieder eingestellt werden könnten, als Stellen frei seien oder mit Aushilfskräften besetzte Stellen in Betracht kämen.

Im Anschluß hieran gab der Vorstand des Vereins Leipziger Buchdrucker am 16. Dezember die Erklärung ab, daß er den anerkennenswerthen Einigungsversuch des Fraktions-Vorstandes durch die ablehnende Haltung der Leipziger Parteigenossen als gescheitert ansehe.

Einen Monat später, am 8. Januar, ertheilten die Leipziger Parteigenossen der Geschäftsleitung der Druckerei nochmals den Auftrag, alle Mittel anzuwenden, um den Konflikt mit den Verbandsbuchdruckern in einer für die Partei annehmbaren Weise zu beenden. Diesen Beschluß der Leipziger Parteigenossen nahm der Partei-Vorstand mit Zustimmung der Reichstagsfraktion zum Anlaß, die Vermittelungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Der Vorstand des Verbandes der Buchdrucker stimmte dem Vorschlag des Partei-Vorstandes zu und konnte eine Konferenz der Betheiligten bereits am 18. Januar in Berlin abgehalten werden.

Die Konferenz einigte sich einstimmig dahin, folgenden Vorschlag den Ausständigen und den Leipziger Genossen zur Annahme zu empfehlen:

„Die am 18. Januar 1901 tagende Konferenz beschließt, daß die Vertreter der streitenden Parteien in Leipzig (Verband, Gewerkschaft, Geschäftsleitung und Partei) auf Grundlage des Vorschlages des Fraktions-Vorstandes vom 5. Dezember 1900, zu einer Verständigung zusammentreten mit der Maßgabe, daß zunächst die noch arbeitslosen ausständigen Mitglieder des Verbandes in der Buchdruckerei der „Leipziger Volkszeitung" wieder Stellung finden, soweit die Betheiligten dieses wünschen."

Von den Verbandsvertretern wurde in der Konferenz die Zahl der noch arbeitslosen Ausständigen auf 10 bis 12 angegeben.

Dem Berliner Konferenzvorschlag traten die Leipziger Genossen durch folgende Beschlußfassung bei:

„Die am 28. Januar im Pantheon tagende Parteiversammlung des 12. und 13. Reichstagswahlkreises beschließt: Nur in Rücksicht auf die Gesammtpartei geben die Leipziger Parteigenossen ihre Zustimmung zu dem auf der Berliner Konferenz einstimmig angenommenen Einigungsvorschlag, wonach von den 31 Ausständigen der „Leipziger Volkszeitung" 10 bis 12 Mann innerhalb 14 Tagen wieder eingestellt werden sollen. Auch wird die Geschäftsleitung ermächtigt, bei Neueinstellungen im nächsten halben Jahre weitere Ausständige zu berücksichtigen, soweit diese es wünschen. Sollten die Buchdrucker diesen Einigungsvorschlag ablehnen, so hat sich die Geschäfts- und Parteileitung jeder weiteren Verhandlung zu enthalten."

Von den Ausständigen wurde der Konferenzvorschlag abgelehnt und von denselben in Gemeinschaft mit den Leipziger Verbandsmitgliedern folgende Resolution gefaßt:

„Von den noch ausständigen Verbandsmitgliedern in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung" werden sofort 14 derselben eingestellt. Die noch übrigen in Betracht kommenden 17 Ausständigen werden innerhalb eines Vierteljahres untergebracht, soweit dieselben auf eine Wiedereinstellung Anspruch erheben. Die sämmtlichen Wiedereintretenden haben ihre alten, früher innegehabten Stellungen einzunehmen und darf bei künftig sich nothwendig machenden Entlassungen nur nach der Anciennität verfahren werden, soweit nicht besonders qualifizirte Arbeit in Betracht kommt oder nicht andere stichhaltige Gründe nach der Gewerbeordnung maßgebend sind. Das Verlangen irgend welcher Parteithätigkeit darf an Verbandsmitglieder nicht in dem Sinne gestellt werden, daß das Arbeitsverhältniß davon abhängig gemacht werden soll."

Damit mußte der Vermittelungsvorschlag der Konferenz vom 18. Januar gescheitert angesehen werden. Denn der Verbandsvorstand der Buchdrucker hielt sich der Einwirkung auf die Ausständigen, denen er in allen Phasen der Verhandlungen die entscheidende Abstimmung vorbehielt,

Digitized by Google

Nichtsdestoweniger wollte die Geschäftsleitung der Leipziger Druckerei nichts unversucht lassen, den ihr durch die Parteiversammlung vom 18. Januar gewordenen Auftrag zur Ausführung zu bringen. Genosse Heinisch machte den Betheiligten den Vorschlag, nochmals eine Konferenz abzuhalten. Der Vorschlag wurde von allen Betheiligten angenommen und die Konferenz am 2. Februar im Reichstag abgehalten. Nach stundenlanger Berathung einigten sich der Verbandsvorstand inklusive des „Correspondent"-Redakteurs und der Partei-Vorstand über folgenden Vorschlag:

„Von den noch ausständigen Verbandsgehilfen aus der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung" sind innerhalb 14 Tagen zwölf einzustellen. In erster Linie sind die zur Zeit noch Arbeitslosen zu berücksichtigen.

Die übrigen noch in Betracht kommenden 19 Ausständigen werden, soweit dieselben auf eine Wiedereinstellung reflektiren, bei Bedarf eingestellt. Die sämmtlichen Wiedereintretenden haben ihre alten innegehabten Stellungen wieder einzunehmen, und darf bei zukünftigen Entlassungen in Folge von Arbeitsmangel — mit Ausnahme der im Vergleichsvorschlage vom 5. Dezember 1900 aufgeführten Fälle — nur nach Anciennität verfahren werden."

Der Vorschlag wurde von den Vertretern der Geschäftsleitung und denen der Leipziger Genossen sofort angenommen, während die Vertreter der Gewerkschaft glaubten, sich ihre Entscheidung vorbehalten zu sollen. Die Gewerkschaft kam nicht in die Verlegenheit, sich entscheiden zu müssen, denn die Vertreter der Ausständigen fanden nicht den Muth, über die Köpfe der Leipziger Verbandsmitglieder hinweg eine Entscheidung zu treffen. Den Vertretern der Ausständigen wurde nunmehr von dem Verbands- und Partei-Vorstand erklärt: Daß, wie auch die Entscheidung der Leipziger Verbandsmitglieder ausfallen möge, die Vergleichsverhandlungen durch die seither an den Konferenzen Betheiligten ihren Abschluß gefunden hätten.

Die Leipziger Verbandsbuchdrucker lehnten in einer am 8. Februar abgehaltenen Versammlung den Vergleichsvorschlag mit folgender Beschlußfassung ab:

„Die heute im Saale des Krystallpalastes tagende Versammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen erklärt im Einverständnisse mit den Beschlüssen der Ausständigen, sowie der Vertrauensmänner bezüglich des letzten am 2. Februar in Berlin von dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei, sowie der Leipziger Geschäfts- und Parteileitung Zwecks Beilegung des Konfliktes mit der „Leipziger Volkszeitung" angebotenen Vermittelungsvorschlages, nach welchem

innerhalb 14 Tagen 12 der Ausständigen, die übrigen 19 aber zuerst und ausschließlich bei eintretendem Bedarf und soweit es von den Ausständigen gewünscht wird, mit allen ihren Rechten bezw. der Entlohnung und Anciennität eingestellt werden sollen,

diesen Vermittelungsvorschlag abzulehnen, weil derselbe

1. nicht das erfüllt, was in dem Vermittelungsvorschlage des Partei-Vorstandes vom 5. Dezember 1900 vom Partei-Vorstand selbst prinzipiell und moralisch als Recht anerkannt worden ist, das Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung wie die Ehre und Würde unserer Organisation aber es erfordern, daß einem Arbeitergeschäft gegenüber nicht vom Rechtsstandpunkte abgewichen wird, zu dessen Vertheidigung und Wahrung es ja gegründet und berufen ist, und

2. die Annahme dieses letzten Vermittelungsvorschlages unsererseits bei den Leipziger Partei- und Geschäftsverhältnissen nur die Quelle neuer Konflikte werden würde, für deren eventuelle sachgemäße und gerechte Beilegung uns die heutigen leitenden Personen keinerlei Garantie bieten.

Auf Grund des Vorstehenden erklärt die Versammlung weiter:

Da keine Aussicht besteht, daß die Leipziger Partei- und Geschäftsleitung durch eine Fortsetzung des Kampfes, wie bisher geschehen, unsererseits zu einer Anerkennung des Rechtsstandpunktes, wie er durch den Vermittelungsvorschlag des Partei-Vorstandes vom 5. Dezember 1900 festgestellt ist, gezwungen werden kann, weiter aber der Partei-Vorstand erfahrungsgemäß nicht die Macht hat, diesem Rechtsstandpunkte bei seinen Leipziger Genossen Geltung

Digitized by Google

zu verschaffen, so begnügt sich die Versammlung mit der Feststellung und Anerkennung des prinzipiellen und moralischen Rechtes, stellt im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung den Kampf in der bisher geführten Weise ein und sperrt die Buchdruckerei der „Leipziger Volkszeitung" für Verbandsmitglieder, für welche die „Leipziger Volkszeitung" u. s. w. Blätter bleiben, welche durch Arbeitswillige der schlimmsten Sorte hergestellt werden und die demgemäß weder durch Abonnement noch sonstwie unsererseits unterstützt werden können. J. A.: A. Vogenitz."

Es muß nun der Zeit überlassen bleiben, ob und wann die Leipziger Verbandsbuchdrucker die den Leipziger Genossen und deren Organ geschworene Fehde aufgeben und damit den Frieden wieder herstellen helfen wollen.

* * *

Nach dem letzten vom Partei-Vorstand in der Nr. 157 des „Vorwärts" laufenden Jahres veröffentlichten Verzeichniß der in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate, sind deren jetzt in 29 Parteiorten vorhanden. Die von einzelnen Sekretariaten herausgegebenen Jahresberichte, wir nennen beispielsweise die Berichte der Sekretariate in Altona, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart 2c., geben ein Bild von der vielseitigen Thätigkeit der Sekretäre und den mannigfaltigen Anforderungen, die an die Sekretariate gestellt werden. Die Arbeiten, die ursprünglich auf die aus der Anwendung der sozialen Gesetzgebung sich ergebenden Verhältnisse beschränken sollten, erfuhren ganz von selbst eine Erweiterung, die heute bereits fast alle Gebiete des öffentlich rechtlichen Lebens wie auch der privaten Rechtsverhältnisse umfaßt. Aus dem Umstand, daß an den Parteiorten, an denen bis zur Errichtung von Arbeitersekretariaten den Redaktionen der Parteiblätter im Wesentlichen die Auskunftsertheilung oblag, die dann naturgemäß an die Sekretariate überging, leiteten die Genossen für die Geschäftsleitung dieser Blätter mehrfach die Verpflichtung ab, zu den Unterhaltungskosten der Sekretariate einen jährlichen Zuschuß zu leisten. Die Auskunftsertheilung und Anfertigung etwaiger Schriftsätze geschieht unentgeltlich und zumeist über den Rahmen derjenigen, von denen die Kosten des Instituts getragen werden, hinausgehend. Die Mehrzahl der Sekretariate wendet die Vortheile desselben auch Denen zu, die man im Volksmund mit dem Namen Nassauer belegt, d. h. auch den Personen, denen es noch niemals in den Sinn gekommen ist, für gemeinnützige Einrichtungen Opfer zu bringen, auch dann nicht, wenn diese Einrichtungen den eigenen Interessen zu dienen bestimmt sind.

Man darf nun wohl mit Recht annehmen, daß es mehr als zufällig ist, daß die Polizeibehörden in Beuthen und Posen gegen die Leiter der Arbeitersekretariate, die Genossen Dr. Winter und Gogowski, mit einer Strafverfügung in Höhe von 30 Mk. vorgingen, die dadurch verwirkt sein soll, daß die beiden Genossen entgegen der Bestimmung des § 35 der Gewerbeordnung es unterlassen hatten, bei Eröffnung „ihres Gewerbebetriebes" der zuständigen Behörde Anzeige zu erstatten.

Genosse Dr. Winter wurde vor dem Schöffengericht freigesprochen. Das Gericht führte aus:

„Eine gewerbsmäßige Thätigkeit des Arbeitersekretariats sei darin nicht zu ersehen, daß dortselbst Rechtsuchende zum Beitritt einer Gewerkschaft veranlaßt würden, da die Eintrittsgelder und regelmäßigen Beiträge, die seitens der Gewerkschaften von den Mitgliedern erhoben werden, nicht das Aequivalent für die Thätigkeit des Arbeitersekretariats, sondern für die von den Gewerkschaften selbst ihren Mitgliedern gebotenen Leistungen darstellen. Auch die Annahme gelegentlicher freiwillig gegebener Beträge seitens Rechtsuchender spreche nicht für eine gewerbsmäßige Besorgung fremder Rechtsgeschäfte.

Aus denselben Gründen, die vor dem Schöffengericht zur Freisprechung führten, hob das Landgericht auf eingelegte Berufung des Staatsanwalts zu einer Verurtheilung. Die Sache kam auch auf eingelegte Revision Winter's vor dem Oberlandesgericht in Breslau zur Entscheidung. Die Revision Winter's wurde verworfen.

Digitized by Google

Durch die letztinstanzliche Entscheidung des Oberlandesgerichts in Breslau ist das Arbeitersekretariat nunmehr unter die Aufsicht der Ortspolizeibehörde in Beuthen gestellt, die den Betrieb des Sekretariats untersagen kann, „wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb darthun.“ Ob der Fall eintreten wird, bleibt abzuwarten, jedoch ist es unwahrscheinlich. Denn bei der zweiten Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung gab auf eine Provozirung des Genossen Bebel der Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky am 28. November 1899 folgende Erklärung ab:

„Meine Herren, was wir treffen wollen, darüber ist, glaube ich, im ganzen Hause kein Zweifel. Der Herr Abgeordnete Bebel unterscheidet zwei wichtige Begriffe nicht: es kann etwas geschäftsmäßig betrieben werden, es braucht aber deshalb nicht gewerbsmäßig betrieben zu werden; letzteres setzt die Absicht voraus, damit einen Gewinn zu erzielen und auch für den einzelnen Fall entlohnt zu werden. Nur diesen Fall wollen wir treffen. Wenn Jemand geschäftsmäßig aus humanitären und sozialpolitischen Gründen solche Auskunft ertheilt, fällt er nicht unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung.

Diese Auskunft ist, glaube ich, ebenso konzis wie klar, sodaß Herr Abgeordneter Bebel beruhigt sein kann.“

Ein weiteres Vorgehen der Polizeibehörden gegen die Arbeitersekretariate ist uns nicht bekannt geworden. In Posen ist Genosse Gogowski freigesprochen und unseres Wissens gegen das freisprechende Urtheil seitens des Staatsanwalts nichts mehr unternommen worden. Die zeitgemäße Erinnerung an die Posadowsky'sche Erklärung in unserer Presse dürfte veranlaßt haben, daß den übereifrigen Polizeiorganen in Beuthen und Schlesien ein Dämpfer aufgesetzt ist, und dieselben Instruktionen erhalten haben, wie die Arbeitersekretariate zu behandeln sind.

Das Scharfmacherthum muß denn auch eingesehen haben, daß nach den bündigen Erklärungen, die sowohl Graf v. Posadowsky, wie auch der Geheime Ober-Regierungsrath Werner in der Sitzung des Reichstags vom 28. November 1899 abgegeben haben, die Arbeitersekretariate doch unter die Kategorie von Instituten fallen, die aus humanitären und sozialpolitischen Gründen ihre Thätigkeit ausüben und schon aus diesem Umstand heraus dem § 35 der Gewerbeordnung nicht unterstellt sind. Die Organe der Scharfmacher geben denn auch klein bei und verweisen ihre Vereinigungen auf den Weg der Selbsthilfe. Die Gründung eigener, von den Unternehmerorganisationen geleiteter und unterhaltener Sekretariate wird empfohlen, um den Einfluß der Arbeitersekretariate unwirksam zu machen. Der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein hat bereits ein Auskunftsbureau für die Arbeiter errichtet. Genosse Dr. Winter hat unter der Konkurrenz des neuen Unternehmens so schwer zu leiden, daß er kaum im Stande ist, die sich zusammendrängende Arbeit allein zu bewältigen.

Die Subventionirung eines in Gotha zu errichtenden und von den Arbeitern zu leitenden Arbeitersekretariats beschloß der Landtag auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion am 4. Juli d. J. Die Regierung stimmte dem Antrag und der Art und Weise seiner Ausführung zu.

Soeben bei Abschluß des Berichts trifft die Nachricht ein, daß der Stadtrath von Gera in der Bekämpfung der Arbeitersekretariate der Polizeibehörde in Beuthen doch noch über ist. Begnügte sich die letztere, den Genossen Winter wegen Nichtanmeldung des Gewerbebetriebs zu bestrafen, so untersagt der Stadtrath von Gera dem Genossen Patzer schlankweg den „anmeldepflichtigen Gewerbebetrieb“, weil „Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb darthun“, denn Genosse Patzer ist vorbestraft. Genosse Winter auch. Hoffentlich wird der magistratliche Geraer Uebereifer durch das Ministerium rektifizirt. Das Ministerium ist doch jedenfalls durch seinen Bundesrathsbevollmächtigten über die Vorgänge in der Reichstagssitzung vom 28. November 1899 unterrichtet.

Digitized by Google

Der Ausbreitung der Parteigrundsätze und der Vertiefung in dieselben bereitet der Lokalmangel an vielen Orten den Parteigenossen große Schwierigkeiten. Die Boykottirung der Lokale, in denen sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden, ja in denen nur vorwiegend sozialdemokratische Arbeiter verkehren, durch die Militärbehörden, ist im Reich ständige Einrichtung geworden. Eine Ausnahme wird unseres Wissens nur in Berlin geübt, wo der Boykott völlig wirkungslos wäre, und die Militärkapellen wohl oder übel ihre Weisen auch vor Arbeitern ertönen lassen müssen, wenn sie nicht vielfach vor leeren Tischen und Stühlen konzertiren wollen. Da, wo der Militärboykott nicht ausreicht, den Arbeitern das Lokal abzutreiben, werden von den Scharfmachern alle möglichen Quertreibereien versucht, um den Wirth mürbe zu machen. In den meisten Fällen giebt der Wirth den Einflüsterungen und Einschüchterungsversuchen nach. Mitunter ist der Wirt aber auch geriebener Geschäftsmann. Mit dem Hinweis auf seine Standhaftigkeit gegenüber den auf ihn eindringenden Versuchen der Beeinflussung schraubt er die Ansprüche an die bei ihm verkehrenden Arbeiter immer höher oder die Bedienung wird eine laxere, daß den Arbeitern schließlich der Geduldsfaden reißt und sie der ungastlichen Stätte von selbst den Rücken kehren.

Da wo die geschilderten widrigen Umstände zusammenwirken, kommen die Arbeiter folgerichtig auf die Idee der Erwerbung oder Erbauung eines eigenen Lokals. In den meisten Fällen neigen nun die Parteigenossen der Annahme zu, zur Erwerbung oder Erbauung von Versammlungslokalen könnten die Parteimittel und zwar in jeder beliebigen Höhe zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein Irrthum. Der Vorstand ist an die ihm obliegenden Aufgaben gebunden, deren Förderung nicht gestattet, Parteimittel zum Saalbauen zu verwenden. Sämmtliche in der genannten Richtung sich bewegenden Anträge mußten abgelehnt werden. Bemerken wollen wir noch, daß die diesbezüglichen Anträge in dem Berichtsjahr sehr zahlreich gestellt und Summen von ganz respektabler Höhe gefordert wurden.

Wiederholt wurde noch der Versuch von den Genossen, die die ablehnende Haltung des Vorstandes anerkannten, gemacht, auf dem Umweg der Aufnahme eines Darlehns aus der Parteikasse ihren Zweck zu erreichen. Die Rentabilitätsberechnung war stets zur Stelle und versprach große Erfolge. Es gab keine günstigere Kapitalanlage. Doch auch diesen Anträgen gegenüber mußte der Vorstand auf seinem ablehnenden Standpunkt beharren. Das Vermögen der Partei muß und soll in einer bestimmten Höhe derart angelegt sein, daß in jedem Augenblick die Partei schlagfertig zur Aktion schreiten kann und von unvorhergesehenen Zufällen nicht überrascht werden darf, soweit diese durch die Anwendung materieller Mittel parirt oder unschädlich gemacht werden können. In den Parteiorten, in denen die Genossen sich kapitalkräftig genug glauben, mit der Erwerbung oder Erbauung von Sälen u. s. w. vorzugehen, mögen sich dieselben stets gewärtig halten, daß sie die Verwirklichung ihrer Projekte nur auf eigene Gefahr und Kosten betreiben. Zur Zeit treffen, soweit der Vorstand durch Kenntnißnahme aus der Parteipresse unterrichtet ist, ein halbes Dutzend Parteiorte Vorbereitungen, das Projekt eines Saalbaues zu verwirklichen. Darunter sind Parteiorte, die durch Lokalmangel nicht in Verlegenheit sich befinden. In solchen Fällen sollten die Genossen vorsichtig handeln und sich nicht unnöthiger Weise wirthschaftliche Verbindlichkeiten aufbürden, die zu begleichen eine recht drückende Last und damit eine Quelle ernster Parteistreitigkeiten werden können.

* * *

Am 24. April 1900 war aus Anlaß der sehr starken Ausstandsbewegung in Lübeck vom Senat ein Verbot des Streikpostenstehens erlassen. Das Verbot war bereits am 10. Juni v. J. Gegenstand einer Interpellation im Reichstag. Alle Parteien außer den agrarisch Konservativen waren

Digitized by Google

einig in der Verurtheilung des Vorgehens des Lübecker Senats, das als mit den Reichsgesetzen in Widerspruch stehend bezeichnet wurde und darum rechtswidrig und rechtsungiltig sei. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts gab zwar die formale Berechtigung zum Erlaß des Verbotes zu, setzte aber seine Hoffnung auf den Ausgang der durch das Verbot sicher zu erwartenden Prozesse. Diese ließen nicht auf sich warten. Die Genossen Molkenbuhr-Hamburg und Huth-Brandenburg forderten in der Presse direkt zur Uebertretung der Lübecker Verordnung auf. Genosse Molkenbuhr wurde durch Urtheil vom 19. Oktober vom Landgericht Hamburg zu 100 Mark Geldstrafe verurtheilt. Das Brandenburger Schöffengericht lehnte zunächst die Strafverfolgung des Genossen Huth mit folgender Begründung ab:

„Eine nach § 111 Str.-G.-B. strafbare Handlung ist nur dann vorhanden, wenn das im § 110 bezeichnete Gesetz (die Verordnung oder Anordnung) objektiv rechtsgültig erlassen ist. An diesem Erforderniß fehlt es im vorliegenden Fall. Die Lübecker Verordnung, betr. das Verbot des Streikpostenstehens vom 24. April 1900 ist im Widerspruch mit Artikel 2 der Reichsverfassung und § 2 E.-G. zum Str.-G.-B. erlassen. Sie greift in die Materie der gewerblichen Koalitionsfreiheit ein, welche die Reichsgesetzgebung durch §§ 152 und 153 der Reichs-Gewerbeordnung in ihren Bereich gezogen hat. Das Streikpostenstehen ist eins der Mittel, welche von den gewerblichen Arbeitern gebraucht werden, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken. Die Fassung und der Geist des § 152 der Gewerbeordnung zeigen aber deutlich, daß sich die Reichsgesetzgebung dieser Materie im weitesten Umfange hat bemächtigen wollen. (Vergl. von Buchka in der „D. Jur.-Ztg." 1900 Nr. 14 S. 310 a. E.) Ein Verbot und eine Bestrafung des Streikpostenstehens könne also derzeit nur im Wege der Reichsgesetzgebung erlassen werden, soweit sie sich auf gewerbliche Arbeiter beziehen sollen. Hieraus folgt die Ungültigkeit der Lübecker Verordnung vom 24. April 1900 und weiter die Unanwendbarkeit des § 111 Str.-G.-B. auf den vorliegenden Sachverhalt."

Auf erfolgte Beschwerde der Staatsanwaltschaft erkannte das Schöffengericht in der Sitzung vom 6. Dezember zwar die Rechtsgültigkeit des Lübecker Verbots an, sprach aber den Genossen frei, weil er sich der Strafbarkeit des Artikels nicht bewußt gewesen sei. Gegen die Freisprechung legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, die aber vom Landgericht Potsdam aufgehoben wurde, weil inzwischen die Revision des Genossen Molkenbuhr am Reichsgericht am 4. Februar d. Js. verhandelt und die Verordnung des Lübecker Senats mit folgender Motivirung für rechtsungültig erklärt wurde:

„Die Aufstellung von Streikposten kann den Zweck haben, einem bereits existirenden Streik eine weitere Ausdehnung in dem Sinne zu geben, daß der Zuzug von arbeitswilligen auswärtigen Arbeitern verhindert wird. Das kann geschehen durch Arbeitsnachweise, die Presse, Plakate ꝛc., jedenfalls aber auch durch Streikposten, welche die Aufgabe haben, die zuziehenden Arbeiter von der Existenz des Ausstandes zu unterrichten und gegebenen Falls mit ihnen Verabredungen zu treffen, ob sie beitreten wollen oder nicht. Das würde dann der Versuch sein, dem bereits bestehenden Ausstande eine weitere, seinem Zwecke dienende Ausdehnung zu geben. Dann würden die Streikposten als Mandatare dienen, mit den Zuziehenden Verabredungen zu treffen über den Beitritt. Die Streikposten würde also die Aufgabe haben, eine bestimmte Form derjenigen Verabredungen einzugehen, die unterschiedslos in § 152 (mit 153) erlaubt und jedenfalls straflos sind. Die weitere Folgerung würde die sein, daß ein Landesgesetz, welches in Widerspruch mit dieser unterschiedslosen Straflosigkeit tritt, als ungültig zu erachten ist."

Der Wunsch und die Hoffnung des Herrn Staatssekretärs des Reichsjustizamtes war somit in Erfüllung gegangen, und der Senat der freien und Hansastadt Lübeck hob am 18. März bereits die von ihm vor Jahresfrist erlassene Verfügung, des Verbots des Streikpostenstehens wieder auf.

Damit hat nun zwar der Grundsatz: „Das Reichsrecht über das Partikularrecht geht, und Reichsgesetze nicht durch Partikulargesetze, Verordnungen

Digitized by Google

oder Verfügungen rechtsunwirksam gemacht werden können", höchstinstanzliche, richterliche Anerkennung gefunden, aber in der Sache selbst ist sehr wenig geändert. Polizeiverordnungen, die bestimmen: „Daß das Publikum den polizeilichen Anordnungen, welche zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit erlassen werden, Folge zu leisten habe", existiren fast überall. Und mit einer solchen Polizeiverordnung ist auch das Streikpostenstehen unmöglich zu machen. Das Kammergericht ist in der Auslegung und Anwendbarkeit einer diesbezüglichen Polizeiverordnung in Erfurt zu der Aufstellung des Grundsatzes gekommen, daß zu den bezüglichen Anordnungen die Polizeibehörde berechtigt sei, ohne daß eine Störung der Ruhe und Ordnung auf den Straßen stattgefunden habe. Somit wäre nur das Vorhandensein der entsprechenden Polizeiverordnung nöthig, um dem Streikpostenstehen zu Leibe gehen zu können.

In Bremen, wo man durch das Beispiel Lübecks gewarnt war, wandte die Polizeibehörde bei Gelegenheit des Holzarbeiterstreiks den § 128 der Straßen-Polizei-Ordnung gegen die Streikposten an, der Paragraph besagt: „Den zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf der Straße ergehenden Anordnungen der Aufsichtsbeamten, namentlich der Polizeibeamten, Wächter, Straßenaufseher, Brückenaufseher, Wallwächter, Bürgerparkwächter, Wegeaufseher 2c. ist unbedingt Folge zu leisten." Und sie kam sehr gut damit aus. Beide Instanzen, Schöffen- und Landgericht attestirten der Polizeibehörde die Gesetzmäßigkeit ihres Vorgehens. In Dresden hat es trotzdem die Polizeibehörde nicht für nöthig gehalten, Streikposten gegenüber eine Straßenpolizeiordnung in Anwendung zu bringen. Aus Anlaß des Glasarbeiterstreiks erließ die Polizeibehörde am 27. Juli ein generelles Verbot des Streikpostenstehens. Das Streikkomitee gab dem Reichskanzler telegraphisch von der Sachlage Kenntniß. Bis zur Drucklegung des Berichts war eine Antwort nicht eingegangen.

* * *

Nach einer Preßmeldung, die wir nicht kontroliren konnten, soll in Preußen ein Ministerialerlaß ergangen sein, der die Polizeibehörden anweist, nur in den Fällen gegen das Streikpostenstehen einzuschreiten, wenn es an der Arbeitsstelle zu Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gekommen ist. Wir befürchten, daß, wenn nicht eine sehr genaue Definition des Begriffs „Streitigkeiten" in dem Erlaß gegeben ist, es vorkommen kann und wird, daß die Polizeibehörde in der Arbeitsniederlegung den Ausbruch von Streitigkeiten sieht. Und was wird dann, wenn der Unternehmer oder von diesem aufgestachelte käufliche Subjekte mit Streikposten anbandeln?

* * *

Von den 9 Arbeitern, die wegen der Löbtauer Vorgänge zu insgesammt 53 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Gefängniß verurtheilt waren, sind nun 4 begnadigt. Den beiden zu je 4 Jahren Gefängniß Verurtheilten, die bereits früher begnadigt wurden, sind die beiden mit den niedrigsten Zuchthausstrafen — je 6 Jahre — belegten Bauarbeiter Pfeifer und Leiber gefolgt. Die Begnadigung erfolgte am Schluß des vorigen Jahres. Gegenwärtig befinden sich noch 5 der Verurtheilten im Zuchthaus, von denen 2 zu je 7 Jahren und je Einer zu 8, 9 und 10 Jahren verurtheilt ist.

* * *

In kürzeren oder längeren Perioden wird durch den Reichsanzeiger eine Verfügung des preußischen Kriegsministers veröffentlicht folgenden Inhalts:

„Es wird hierdurch erneut zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften dienstlich verboten ist:

1. jede Betheiligung an Vereinigungen, Versammlungen, Festlichkeiten, Geldsammlungen, zu der nicht vorher besondere dienstliche Erlaubniß ertheilt ist,
2. jede Dritten erkennbar gemachte Bethätigung revolutionärer oder sozialdemokratischer Gesinnung, insbesondere durch entsprechende Ausrufe, Gesänge oder ähnliche Kundgebungen,
3. das Halten und die Verbreitung revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften, sowie jede Einführung solcher Schriften in Kasernen oder sonstige Dienstlokale.

Digitized by Google

Ferner ist sämmtlichen Angehörigen des aktiven Heeres dienstlich befohlen, von jedem zu ihrer Kenntniß gelangenden Vorhandensein revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften in den Kasernen oder anderen Dienstlokalen sofort dienstliche Anzeige zu erstatten.

Diese Verbote und Befehle gelten auch für die zu Uebungen eingezogenen und für die zu Kontrollversammlungen einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes, welche gemäß § 6 des Militär-Strafgesetzbuchs und § 38 B 1 des Reichs-Militärgesetzes bis zum Ablauf des Tages der Wiederentlassung beziehungsweise der Kontrollversammlung den Vorschriften des Militär-Strafgesetzbuchs unterstehen.

Berlin, den 3. August 1900. Der Kriegsminister. v. Goßler."

Die Parteigenossen mögen sich insbesondere den letzten Abschnitt der Verfügung fest einprägen. Der Wiederentlassene bezw. zur Kontrollversammlung Erschienene untersteht für den ganzen Tag der Entlassung bezw. der Kontrolversammlung, also bis Nachts 12 Uhr, der Militärgerichtsbarkeit, und könnte für eine in der benannten Zeit bethätigte sozialdemokratische Gesinnung unter Umständen schwer büßen müssen.

Auch andere Ressorts halten strenge Wacht, daß die errichteten Schutzwälle gegen die Verbreitung sozialdemokratischer Gesinnung intakt bleiben. So wird von den preußischen und sächsischen Eisenbahnbehörden das Halten des „Weckruf" — des Organs der Eisenbahner — als sozialdemokratische Agitation gestempelt, und Jeder, der das genannte Organ liest oder verbreitet, oder wenn ihm die Verbreiter bekannt sind und dieselben nicht zur Anzeige bringt, mit sofortiger Dienst- bezw. Arbeitsentlassung bedroht.

* * *

Nach der Methode der Beschaffung der Materialien zur Begründung der Zuchthausvorlage unrühmlichen Angedenkens wird gegen den in den Arbeiterkreisen beliebten badischen Fabrikinspektor Geh. Regierungsrath Wörishoffer von einem Theil des badischen Unternehmerthums Material gesammelt, um dem bewährten Beamten ein Bein zu stellen. Führer in der Angelegenheit ist die Handelskammer in Villingen. Dieselbe hat an die Industriellen ihres Bezirks folgendes Zirkular versandt:

„Villingen, im Juni 1901.

P. P.

Aus Fabrikantenkreisen unseres Bezirks sind seit längerer Zeit Klagen über das Verfahren der Beamten der Großh. Fabrikinspektion in Ausübung ihres Berufs zu unserer Kenntniß gekommen — über Auftreten derselben in Fabrikräumlichkeiten, Auflagen bezüglich Schutzvorrichtungen, Abhaltung von Arbeiterversammlungen und geheimen Sprechstunden für die Arbeiter 2c.

Um ein umfassendes Urtheil über den Umfang und die Berechtigung solcher Klagen zu gewinnen, beschloß die Handelskammer in ihrer letzten Plenarsitzung, bei den hauptsächlich in Betracht kommenden Firmen geeignete Umfrage zu halten.

Wir bitten Sie, demgemäß uns innerhalb vier Wochen gefl. mittheilen zu wollen, ob Sie ebenfalls Klage zu äußern haben und bejahendenfalls uns dieselbe möglichst ausführlich nach jeder Richtung hin mittheilen zu wollen.

Wir sichern Ihnen bezüglich Namensnennung strengste Diskretion zu und bitten auch Sie, die Angelegenheit vorläufig als eine vertrauliche behandeln zu wollen.

Die Handelskammer. Der Präsident: Wenz.

Dr. jur. Knorz."

Unsere Genossen im badischen Landtag werden sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Herren zu fragen, warum sie sich nicht direkt bei Herrn Wörishoffer Auskunft holen. Herr Wörishoffer würde gewiß ebenso bereitwillig den Fabrikanten Auskunft ertheilen und ihre Beschwerden entgegennehmen, wie er es in seinem Verkehr mit den Arbeitern thut. Die Herren werden bei dieser Gelegenheit dann auch gleich zu hören bekommen, warum sie dem Verkehr mit Herrn Wörishoffer aus dem Wege gehen und ihm auf Schleichwegen Verlegenheiten zu bereiten gedenken.

Digitized by Google

Was die Unternehmer sich alles gegen die Arbeiter herausnehmen zu dürfen glauben, beweist folgender Vorgang: Der Maurermeister Thor in Osnabrück hatte 2 Maurer entlassen, weil sie am 1. Mai gefeiert hatten, und den Leuten den Entlassungsgrund in das Zeugniß geschrieben. Die Arbeiter klagten bei dem Gewerbegericht auf Ausstellung eines anderen Zeugnisses. Der Meister wurde antragsgemäß nebst Zahlung einer Entschädigung von 54 Mk. an die beiden Maurer verurtheilt. Der Meister war ob seiner Verurtheilung verblüfft und machte die interessante Bemerkung, daß die Arbeiter, deren Zeugniß die Bemerkung „Auf Verlangen entlassen" enthielt, geächtet seien und Arbeit nicht erhielten. Also unter der Aufsteckung der Miene eines Biedermeiers werden die Arbeiter meuchlings geächtet. Und das nennt sich Vertreter und Wächter der sittlichen Weltordnung. Zur Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter ist ihnen jedes, auch das schofelste Mittel recht.

* * *

Die Bemühungen unserer Genossen, bei Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung den 8 Uhrladenschluß gesetzlich festzulegen, hatten keinen Erfolg. Vorläufig wurde der gesetzliche 9 Uhrladenschluß erreicht. Es fand sich nur eine Mehrheit des Reichstags zusammen, die die Einführung des 8 Uhrladenschlusses in das freie Ermessen der Betheiligten stellen wollte. Auf Antrag von einem Drittel der betheiligten Geschäftsinhaber hat die höhere Verwaltungsbehörde durch ortsübliche Bekanntmachung oder besondere Mittheilung die betheiligten Geschäftsinhaber zu einer Aeußerung über den Antrag aufzufordern. Erklären sich zwei Drittel der Abstimmenden für den Antrag, dann kann die höhere Verwaltungsbehörde den 8 Uhrladenschluß für die in Frage kommenden Geschäfte einführen. Von letzterer Bestimmung haben nun trotz der kurzen Zeit seit Einführung des gesetzlichen 9 Uhrladenschlusses eine Anzahl Städte Gebrauch gemacht und zwar dergestalt, daß der 8 Uhrladenschluß theils nur für bestimmte Branchen, theils aber auch für sämmtliche am Ort befindliche offene Verkaufsstellen eingeführt wurde. In Braunschweig entschied die Mehrheit der Abstimmenden von 1692 Befragten 1262 für den 8 Uhrladenschluß und Dauer des Ladenschlusses bis 7 Uhr Morgens. Unser Antrag bei Berathung der Gewerbenovelle verlangte den Ladenschluß nur bis 6 Uhr Morgens, während die Mehrheit des Reichstags den Ladenschluß nur bis 5 Uhr Morgens zugestand. Der nächste sozialdemokratische Vorstoß für eine weitere Beschränkung der Verkaufszeit in offenen Verkaufsstellen wird, wie es den Anschein gewinnt, sich nicht nur der Sympathien der in den Verkaufsstellen Angestellten zu erfreuen haben, sondern auch solche von den Inhabern entgegengebracht bekommen.

* * *

Die Arbeitsverhältnisse waren im vergangenen Winter sehr mißliche. Die zunehmende Arbeitslosigkeit machte sich vornehmlich in den Städten und Industriezentren recht fühlbar und nöthigte eine Anzahl kommunaler Verwaltungen, das Hungergespenst zu bekämpfen. Viele Gemeinden, hauptsächlich solche, in deren Kollegien sozialdemokratische Gemeindevertreter sitzen, wurden veranlaßt, diejenigen Arbeiten, insbesondere Bauten, deren Ausführung bereits etatmäßig beschlossene Sache war, zu fördern, bezw. neue Pläne vorzubereiten. Im Berliner Rathhaus drängte die sozialdemokratische Fraktion auf die schleunige Förderung der Bauten von Schul- und Krankenhäusern, mit denen Berlin noch immer hinter dem Bedürfnisse zurückgeblieben ist. In Barmen wurde zu dem Zweck eigens eine Baukommission eingesetzt.

Andere Städte warfen Kredite aus, um sogenannte Nothstandsarbeiten ausführen zu lassen. So Elberfeld 30 000 Mk. für Ausführung von Arbeiten an Wegen, Kanälen und Ueberbrückungen. Darmstadt warf 9400 Mk. aus, um das Planiren von Wegen vorzunehmen. Mannheim beschäftigte die Arbeitslosen für den ortsüblichen Tagelohn — 2,70 — auch am Wege- und Kanalbau und bei Frostwetter mit Steineklopfen. Gleiche Arbeiten ließ Aachen ausführen.

Digitized by Google

Die Eisenbahnverwaltungen von Württemberg und Bayern gewähren Fahrpreisermäßigung bei Arbeitsvermittelung durch öffentliche Arbeitsnachweisstellen. Preußens Eisenbahnminister ist bereit, gegen Gutscheine, die von den öffentlichen Arbeitsnachweisen ausgestellt sind, Fahrkarten an die Arbeitsuchenden verabfolgen zu lassen, um ihnen den Domizilwechsel zu ermöglichen. Der preußische Minister des Innern sah sich genöthigt, die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die Ausgestaltung der Arbeitsnachweise und, was den Werth aller dieser Maßregeln am wirksamsten illustrirt, auf die Erweiterung der Arbeiterkolonien zu lenken. Wenn das der Regierungsweisheit letzter Schluß ist, mag sie sich begraben lassen.

Nach dem Ausweis der 16 Arbeitsämter Württembergs standen im Dezember 5152 Stellensuchenden nur 1590 Stellenangebote gegenüber. Was besagt derartigem Elend gegenüber die Erweiterung von Arbeiterkolonien, die doch nur die Zufluchtsstätte derjenigen Arbeitslosen sind, die dem Elend der Landstraße verfallen sind. Die am schwersten unter der Arbeitslosigkeit leiden, sind die seßhaften Arbeiter, und denen ist mit der geäußerten Regierungsweisheit gar nichts gedient.

Das Frühjahr, der Trost und die Hoffnung der im Winter unfreiwillig feiernden Arbeiter, brachte nicht die erhoffte Besserung. Bald in dem einen, bald in dem anderen Zweige der Textilindustrie macht sich seit Jahren ein Rückgang bemerkbar. Derselbe ist jetzt fast allgemein. Ausgenommen sind nur die rheinischen Bezirke der Seidenindustrie. In diesen ist noch halbwegs lohnender Verdienst zu erzielen. Dagegen liegt die Tuch-, die Wollen- und Baumwollenweberei darnieder. In der letzteren ist eine 25prozentige und in der Kammgarnspinnerei eine 20prozentige Betriebseinschränkung eingetreten.

Das Gleiche gilt von der Bauthätigkeit in den großen Städten. Die Einschränkung derselben hat theilweise eine Wohnungsnoth erzeugt, unter der wiederum die Arbeiterklasse am schwersten, man möchte sagen am unverschämtesten ausgebeutet wird. Arbeiterkolonien und Asyle für Obdachlose, 2 prächtige Wahrzeichen für die Kulturhöhe unserer Zeit.

Mit der Einschränkung der Bauthätigkeit hängt der verminderte Absatz und damit der Betrieb der Ziegeleien, Steinbrüche, Mörtelwerke und Cement- und Gypsfabriken zusammen.

Bis gegen Ende vorigen Jahres war von der Kalamität der Arbeitsstockung wenigstens noch die Montanindustrie im Großen und Ganzen verschont geblieben. Doch nun ist auch dies gewaltige Erwerbsgebiet der deutschen Industrie in das Zeichen der Flaue eingetreten. Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen werden von allen größeren Werken gemeldet. Dasselbe gilt vom Bergbau, insbesondere den Kohlengruben. Die Zunahme des Angebots der Arbeitskraft wird sehr bald in der sinkenden Tendenz des Lohnes sich bemerkbar machen.

* * *

Wir fühlen uns frei von dem Glauben an die Humanität des Unternehmerthums den Arbeitern gegenüber. Deshalb haben wir auch keine Enttäuschung erfahren. Schon das geringe Maß der sozialen Fürsorge, wozu die Unternehmer gesetzlich verpflichtet sind, ist ihnen eine lästige Fessel. Nun gar von den Leuten noch eine freiwillig zu übernehmende soziale Fürsorge zu erwarten, wer das für möglich hält, den beneiden wir um seinen Glauben. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist in dieser Beziehung zum Probirstein geworden. Der Paragraph bestimmt, daß der zur Dienstleistung Verpflichtete des Anspruchs auf Vergütung nicht dadurch verlustig wird, daß er für eine verhältnißmäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muß sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zukommt.

Digitized by Google

Leider können die in dem Paragraphen dem zur Dienstleistung Verpflichteten zugedachten sozialen Vortheile durch den zwischen den Betheiligten abzuschließenden Vertrag rechtsunwirksam gemacht werden. Von dem Recht solcher Vertragsschließung haben die Unternehmer fast allgemein Gebrauch gemacht und die Ausschließung der Rechtswohlthat des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches den Arbeitern kraft des wirthschaftlichen Uebergewichts aufgezwungen.

* * *

Nachdem in diesem Jahre die gegen die Genossen E. Bernstein und J. Motteler bis dahin immer noch in Kraft gewesenen Steckbriefe nicht erneuert worden sind, waren die von den beiden Genossen unter dem Sozialistengesetz begangenen Vergehen verjährt, und stand ihrer Rückkehr nach Deutschland ein Hinderniß nicht mehr im Wege. Beide Genossen haben mit ihren Familien die Uebersiedelung bewirkt. Genosse Bernstein hat seinen Wohnsitz in Groß-Lichterfelde bei Berlin und Motteler in Leipzig genommen. Wir entbieten den beiden Genossen, die unter dem Sozialistengesetz der Partei unschätzbare Dienste geleistet haben, auch an dieser Stelle die herzlichsten Willkommengrüße Namens der Partei.

* * *

Aus dem Umstand, daß die polnischen Arbeiter von jeher von den deutschen Unternehmern, speziell denen des Ruhrgebiets, als Lohndrücker benutzt wurden, erwuchs für die Parteileitung die Pflicht, die Aufklärung über ihre Klassenlage auch den polnischen Arbeitern zugänglich zu machen. Leider bildete der Sprachunterschied ein starkes Hinderniß. Als daher eine in den Berliner Parteiorganisationen geschulte Anzahl polnischer Genossen die Aufgabe übernahm, die mündliche und schriftliche Agitation unter den Polen zu besorgen, fand diese Bereitwilligkeit die weitgehendste Unterstützung der Parteileitung. Die Erfolge, speziell in den Provinzen mit vorwiegend polnischer Bevölkerung, waren geringe. Die hierfür von dem Partei-Vorstand in Betracht gezogenen Gründe erwiesen sich als zutreffend, nachdem Genosse Dr. Winter nach Beuthen in Oberschlesien übersiedelte und mit Energie an die Agitation und Organisation heranging, und dem Vorstand über die thatsächlichen Verhältnisse berichtete. Von da ab war Genosse Winter die Zielscheibe der Angriffe der Polen, die sich inzwischen eine selbständige Organisation gegeben und für deren Bestand mit Recht fürchteten, denn Genosse Winter betrieb die Organisation im Rahmen der deutschen Partei. Die einzelnen Phasen der Entwickelung der Animosität zwischen den Polen und den um Dr. Winter organisirten Genossen zu schildern erübrigt sich, dieselben sind den Genossen aus den Debatten der Parteitage in Hamburg, Stuttgart und Mainz zur Genüge bekannt geworden.

Wer etwa bis dahin der Meinung gewesen war, Genosse Winter hätte vielleicht etwas diplomatischer handeln können, wurde von dieser Meinung kurirt durch die Vorgänge, die sich anschließend an die Vorgänge in Oberschlesien auch in Posen abspielten. Nach jahrelanger Abwesenheit kam Genosse Gogowsky vor 2 Jahren als aufgeklärter Sozialdemokrat nach Posen zurück. Gleich dem Genossen Winter machte sich Gogowsky im Verein mit den dort wohnenden Genossen planmäßig an die Agitation und Organisation. Und nun wiederholte sich hier dasselbe Spiel wie in Oberschlesien. Genosse Gogowsky [illegible] Kasprcak wurden genau so heftig angegriffen wie Genosse Winter. Die [illegible]ener Genossen nominirten den Genossen Kasprcak als Kandidaten für die 11. März stattgefundene Nachwahl zum Reichstag. Die Führung der [illegible]nischen Organisation protestirte bei dem Partei-Vorstand gegen die Aufstellung [illegible]prcaks, dem die ehrenrührigsten Dinge nachgesagt wurden. Zur Prüfung der [illegible]enen Beschuldigungen veranlaßte der Vorstand eine Konferenz aller Betheiligten, [illegible] der den polnischen Genossen die umfassendste Freiheit der Beweisführung [illegible]standen und dieselbe erst dann bei jedem einzelnen Punkt für erschöpft [illegible]ärt wurde, wenn die Ankläger nichts mehr vorzubringen wußten. Das

Digitized by Google

Resultat der Beweisführung war, daß auch nicht eine der gegen Kasprcak erhobenen Beschuldigungen bewiesen worden war, bezw. bewiesen werden konnte.

Auf dieser Konferenz wurden von den polnischen Genossen Ansichten vorgetragen, die mit dem Verhalten von Haase-Königshütte auf dem 9. schlesischen Parteitag in Breslau und mit den Beschlußfassungen auf dem 6. Parteitag der polnischen-Organisation im Einklang stehen und die dem Partei-Vorstand die Pflicht auferlegten, jede weitere Unterstützung der polnischen Organisation abzulehnen. An ein gedeihliches Neben- und Miteinanderwirken war nicht mehr zu denken. Die deutschen Genossen in Oberschlesien und Posen hatten es schon längst satt, sich von Leuten angreifen zu lassen, die Genossen sein wollten und die Unterstützung der Partei genossen.

Der diesjährige Parteitag der Genossen in Posen hat einen Centralausschuß eingesetzt, der in Verbindung mit den Agitationskommissionen in Posen und Oberschlesien die Aufgabe hat, die planmäßige und einheitliche Leitung der Agitation unter der polnischen Bevölkerung des Reichs zu betreiben.

* * *

Agitation. Mit in erster Linie sind es Gründe agitatorischer Richtung, die die Genossen jedes Jahr in Wettstreit darüber treten lassen, wo im nächsten Jahr der Parteitag abgehalten werden soll. Einmal wirkt die Ehre, die Vertreter der gesammten Partei 8 Tage als Gäste zu beherbergen und deren Berathungen über das, was der Partei am förderlichsten ist, zu lauschen, anregend und erfrischend auf das örtliche Parteileben, und dann benutzen zahlreiche Delegirte ihre Reise nach und von dem Parteitag dazu, Versammlungen abzuhalten, und begegnen damit den Wünschen der auf diese Gelegenheit harrenden Parteigenossen. Selbst während der Tagung des Parteitags waren zahlreiche Delegirte Abends bis auf meilenweite Entfernung in Versammlungen thätig. Die Nachfrage nach Referenten war so groß, daß es Mühe verursachte, allen Wünschen gerecht zu werden.

Hat eine Partei eine gewisse Stärke erreicht und Einfluß gewonnen, dann verschiebt sich der Schwerpunkt der Agitation mehr nach der Seite des geschriebenen Wortes, dem das gesprochene Wort sich mehr ergänzend und zur Belebung der persönlichen Thätigkeit des einzelnen Genossen angliedert. Daß neben der fortwährenden Entwickelung und Ausbreitung unserer periodischen Presse und der in stets wachsenden Auflagen zur Verbreitung gelangenden Flugschriften auch die Nachfrage und Ansprüche an die Redner der Partei immer größere werden, ist Beweis dafür, wie ganz anders das Parteileben in der Sozialdemokratie gegenüber dem in den bürgerlichen Parteien geartet ist. Hier die Geleithammelten, während bei uns jeder Genosse mit erleben, mit helfen, mit kämpfen will, soweit seine Kräfte reichen. Die letzteren zu erproben, ist die Versammlung der geeignete Tummelplatz. Die Wünsche der Genossen in Bezug auf Redner fanden zwar nicht alle Erfüllung, das war jedoch in den Verhältnissen begründet, die zu überwinden mitunter auch für den Vorstand eine nicht zu lösende Aufgabe war.

Die alljährlich vom Vorstand arrangirten Agitationstouren waren der Zahl der dafür sich zur Verfügung gestellten Abgeordneten entsprechend eine beschränkte. Demzufolge hat der Vorstand auch andere Genossen bei der Ausführung von Touren verwandt, die sich bereitwilligst zur Verfügung gestellt hatten. Die Touren sind zum Theil bereits ausgeführt, zum Theil noch in der Ausführung begriffen.

Daß die rednerischen Kräfte der Partei dem Vorstand zur mündlichen Agitation nicht mehr wie vor Jahrzehnten zur Verfügung stehen, hängt mit den Eingangs dieses Abschnitts entwickelten Gründen zusammen. Die dazu fähigen Genossen sind größtentheils an der Presse thätig. Die fest Besoldeten können kaum über den Ortsbezirk ihres Wirkungskreises rednerisch thätig sein. Um die Nichtbesoldeten steht es zumeist noch schlimmer. Ihre Beschäftigung duldet keine längere Unterbrechung, denn letztere ist gleichbedeutend mit dem Bruch mühsam angeknüpfter Verbindungen, der selbst durch eine augenblicklich ausreichende Entschädigung nicht aufgewogen werden kann.

Digitized by Google

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß die einzelnen Landesvorstände und provinzialen Agitationscomitees, denen die Betreibung der Agitation in den ihnen speziell unterstehenden Bezirken bezw. Landestheilen obliegt, ebenfalls hohe Anforderung an die ihnen erreichbaren Redner resp. ihre engeren Landsleute stellen, die sich noch steigern, wenn in den Landestheilen Vorbereitungen zu den Landtagswahlen zu treffen sind. Das war im Berichtsjahr in Sachsen-Weimar, Coburg-Gotha und Württemberg der Fall, auch gegenwärtig in Sachsen und Baden, und nimmt die Kräfte der Partei sehr in Anspruch.

Im Vordergrund der Agitation stand und steht noch der Kampf um die Beseitigung bezw. die Abwehr der von den Agrariern verlangten Erhöhung der Lebensmittelzölle. Zur Einleitung des Kampfes hatte der Vorstand ein Flugblatt herstellen lassen, das den Kreisen, die mittellos waren, kostenlos zur Verfügung gestellt wurde. Das Flugblatt, das den Titel trug „Was kosten die Junker?", ist in einer Auflage von fast 2 Millionen zur Verbreitung gekommen und hat seine Wirkung nicht verfehlt. Die Agrarier, die sehr gut wissen, daß die Kraft der Agitation gegen ihren Raubzug in den Händen der Sozialdemokratie liegt, brachen in ein Wuthgeheul aus. Dieser Stimmung entspringt auch die systematische Verdächtigung der Sozialdemokratie und das stets lauter werdende Schreien nach verschärften Maßregeln gegen die verhaßte Partei.

Die Brotwuchergesellschaft soll unsere Kraftäußerung noch besser zu spüren bekommen. Die bisherige Verbreitung der Flugblätter bietet noch keinen zutreffenden Maßstab für den Einfluß der Partei. Denn große Agitationsbezirke hatten bereits eigene auf die Verhältnisse des Bezirks zugeschnittene Flugblätter verbreitet oder solche in Vorbereitung. Inzwischen ist eine Petitionsbewegung durch den Vorstand eingeleitet. Die Petitionsbogen sind in dem Maße von den Agitationscomitees verlangt und denselben zugestellt worden, daß Jeder, der gegen den geplanten Brotwucher protestiren will, dazu Material und Gelegenheit findet. Ein weiteres illustrirtes Flugblatt mit beschreibendem Text ist in Vorbereitung. Dasselbe soll ebenfalls zur Massenverbreitung gelangen.

Selbstredend wird, nachdem der Zolltarif zur öffentlichen Kenntniß gelangt ist, die mündliche Protestbewegung mit aller Kraft von der Partei aufgenommen werden. Die Bewegung muß so anschwellen, daß auch nicht eine Person in Deutschland zu finden ist, die ununterrichtet über den agrarischen Raubzug wäre. Nur noch der auflodernde Zorn des arbeitenden Volkes vermag den Brotwucher abzuwenden und die Beutegier in respektvoller Entfernung zu halten.

Die zahlreichen, in den ersten Monaten dieses Jahres abgehaltenen Protestversammlungen boten den Genossen gute Gelegenheit, auch gegen den von den Kohlenbaronen planmäßig inscenirten Kohlenwucher zu protestiren. Durch die Einschränkung der Förderung hatte das Kohlensyndikat eine künstliche Kohlennoth gezüchtet, und unter dem Druck derselben Preisnotirungen festgesetzt in einer Höhe, wie sie auf dem Kohlenmarkt in Deutschland noch nicht dagewesen waren. In den in den Versammlungen zur Annahme gelangten Resolutionen wurde die Verstaatlichung der Bergwerke gefordert. Die Forderung wird auch in der bevorstehenden Protestbewegung mit Nachdruck weiter zu erheben und zu verfolgen sein. Denn das Halten der hohen Kohlenpreise wird sich das Syndikat gelegen sein lassen, und durch weitere Betriebseinschränkung den bei der dustrie eintretenden Ausfall auszugleichen suchen. Zahlreiche Arbeiterlassungen werden in den beiden großen Kohlenrevieren laufend vorgenommen.

Einzelne Agitationsgebiete bedürfen der dauernden Unterstützung aus der rteikasse. Das sind diejenigen Bezirke, in denen die materielle und persönee Leistungsfähigkeit der Genossen sich auf einige wenige Orte beschränkt, B. in Ost- und Westpreußen, Posen, Mecklenburg, dem Oberrhein, Pommern) die Provinz Hessen und Waldeck. Dazu kommt, daß in den genannten Bezirken rsammlungslokale nur sehr vereinzelt zu haben sind oder, wie in Mecklenburg, ert während der Wahlbewegung politische Versammlungen überhaupt nicht

abgehalten werden können. Hier muß die Flugblattverbreitung einsetzen, die von den betheiligten Genossen mit regem Eifer betrieben worden ist. Die Versuche der Aufsichtsorgane, der Flugblattverbreitung am Sonntag wegen Uebertretung der Sonntagsheiligung mit Strafen den Garaus zu bereiten, können als gescheitert angesehen werden. Die Genossen wissen sich sehr gut der Jurisdiktion anzupassen, und die „äußerlich erkennbare" Arbeit auch außerhalb der Kirchzeit zu vermeiden, ohne daß der Zweck, die umfassende Verbreitung der Druckschriften, irgendwie beeinträchtigt worden wäre.

In Ausführung der Beschlüsse der bei Gelegenheit des Mainzer Parteitages abgehaltenen Frauenkonferenz, war die Agitation unter den Arbeiterinnen in dem Berichtsjahr eine besonders rege. Insbesondere war es die Frage des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes, die propagirt wurde und ihre Anziehungskraft auf die Arbeiterinnen ausübte, wofür der zahlreiche Besuch vieler Versammlungen Zeugniß ablegte. Die intensive und planmäßig geleitete Agitation kam auch der Verbreitung der „Gleichheit" zu gute. Der Abonnentenstand derselben ist um über 1000 gestiegen.

Den der Agitation sich widmenden Genossen wird das vom Vorstand in Auftrag gegebene und in Kurzem erscheinende parlamentarische Handbuch ein willkommener Berather und Wegweiser sein. Das für einen früheren Zeitraum vorgesehene Erscheinen des Buches hat sich unliebsamer Weise verzögert. Der Verfasser, Genosse Schippel, konnte sich nicht gänzlich, wie er ursprünglich beabsichtigt hatte, der Herstellung des Buches widmen, da auch andere von Schippel eingegangene Verpflichtungen ihrer Erledigung harrten.

* * *

Wahlen. Die Partei betheiligte sich an 11 in dem Berichtsjahr stattgefundenen Nachwahlen zum Reichstag. Geordnet nach der Zeitfolge der stattgefundenen Wahlen kamen folgende Kreise in Betracht: Westhavelland, Wanzleben, Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen, Berlin VI., Random-Greifenhagen, Ottweiler-St. Wendel, Aachen, Posen, Greifswald-Grimmen, Memel-Heidekrug und Duisburg.

Der Kreis Westhavelland, der uns in der Hauptwahl 1898 verloren gegangen war, wurde, wenn auch erst in der Stichwahl, zurückerobert. Bei der Wahl im VI. Berliner Kreis wurden insgesammt 20505 Stimmen weniger abgegeben als im Jahre 1898. Davon entfielen auf unsere Partei 4926 Stimmen.

Die Freisinnige Volkspartei, die 1898 mit 10435 Stimmen erst an dritter Stelle kam, hatte es vorgezogen, von der Aufstellung einer eigenen Kandidatur abzusehen. — In dem Kreise Wanzleben haben wir die Position von 1898 behauptet, und mußten eine von vornherein aussichtslose Stichwahl ausfechten. — Wenn sonst im Allgemeinen bei den Nachwahlen eine geringere Betheiligung zu verzeichnen ist, so war erfreulicherweise für die Oppositionsparteien im Wahlkreis Random-Greifenhagen das Gegentheil der Fall. Die Opposition hatte ein Plus von 1650 Stimmen aufzuweisen, wovon 1212 auf unsere Partei entfielen, während der Konservative 438 Stimmen einbüßte. — Das Zünglein in der Wage hielten die Genossen im Kreise Greifswald-Grimmen in der Hand. Durch das geschlossene Eintreten der Genossen für den Freisinnigen wurde die Wahl des konservativen Agrariers verhindert. Es war dies nach der Wahl in Westhavelland die zweite Schlappe, die den Agrariern bereitet wurde und ihrer sonstigen hochtönenden Phraseologie sehr ungelegen kam. — Eine empfindliche, ja sogar sehr schwer zu verwindende Niederlage hat den Agrariern der Ausfall der Wahl in Memel-Heidekrug am 19. Juli gebracht. Nach der amtlichen Ermittelung erhielten Stimmen Mattschull (Littauer) 7016, Genosse Braun 4948 und Schaak, Freisinnige Volkspartei, 2925. In der am 27. Juli stattgefundenen Stichwahl siegte der Littauer mit 9106 Stimmen gegen Genosse Braun, der 6923 Stimmen auf sich vereinigte. Unsere Stimmen haben um 50 pCt. zugenommen, das ist ein Fortschritt in der

Digitized by Google

nordöstlichsten Ecke des Reichs, der zu der schönsten Hoffnung für die Zukunft berechtigt, und über den alle Genossen die Genugthuung empfinden, daß die Reaktionäre auch in ihren für angriffssicher gehaltenen Domänen verwundbar sind.

Ebenso brav wie unsere Memeler und Königsberger Genossen im äußersten Nordosten des Reichs das sozialdemokratische Banner siegreich voran getragen haben, haben mit gleicher Zähigkeit und Ausdauer die niederrheinischen Genossen bei der Wahl in Duisburg am 25. Juli der werbenden Kraft des Sozialismus ein glänzendes Zeugniß verschafft. Unsere Stimmen sind von 7804 in 1898 auf 14 320 gestiegen. Die Genossen haben für die Stichwahl Wahlenthaltung proklamirt. Denn ob die Arbeiter nationalliberal-agrarisch geschmort oder klerikal-agrarisch gebraten werden, ist gleichgültig.

Von dem preußischen Abgeordnetenhaus waren die drei Mandate des vierten Wahlbezirks Breslau-Stadt für ungültig erklärt worden. Auch diesmal traten die sozialdemokratischen Wahlmänner geschlossen für die Freisinnigen ein, wodurch für diese der Sieg abermals entschieden wurde. — Am 30. Oktober wurde Genosse Walter als erster Sozialdemokrat in den Koburger Landtag gewählt. — Stadt und Land Ilmenau sandte den Genossen Neidt als zweiten Sozialdemokrat in den Landtag von Weimar, in dem Genosse Baudert bisher allein saß. — Einen schönen Erfolg haben die Genossen in Württemberg bei den Landtagswahlen am 5. Dezember erzielt. Die Genossen eroberten zwei Mandate direkt und kamen in 9 Wahlkreisen in die Stichwahl, in der weitere drei Mandate der Partei zufielen. Die Partei hatte bis voriges Jahr nur einen Abgeordneten im Landtag. Mehr noch jedoch als wie die Eroberung der Mandate fällt die kolossale Steigerung der für die Partei abgegebenen Stimmen in Betracht. Bei den Wahlen 1895 entfielen auf die Partei 32 269 Stimmen und 1900 wurden für uns abgegeben 58 666 Stimmen. Unsere Genossen, die im Landtag eine rege Thätigkeit entwickeln, stimmten gegen den Etat mit der Motivirung, sie seien nicht in der Lage gegenüber dem Verhalten der Regierung in verschiedenen Fragen, so u. A. in der Frage der Steuerreform, durch Annahme des Etats der Regierung ein Vertrauensvotum ertheilen zu können. — Der Schluß des vorigen Jahres brachte noch den Einzug der Sozialdemokratie in den Lippe'schen Landtag. Am 15. Dezember waren die Wahlen und brachten es die Genossen in vier von den sieben Kreisen der dritten Abtheilung zur Stichwahl, in der am 27. Dezember der Partei die Mandate zufielen. Später wurde das Mandat für Lippe für ungültig erklärt und ging der Partei in der Stichwahl verloren. — Durch zwei weitere Siege erhöhten die Bremer Genossen ihre Fraktion in der Bürgerschaft auf 11 Köpfe. Auch die Hamburger Genossen hatten die Genugthuung, den Genossen Stolten in die Bürgerschaft zu wählen. — Im Meininger Landtag war das Mandat des Genossen Hofmann-Saalfeld für den Wahlkreis Schalkau-Rauenstein für ungültig erklärt worden. Die am 19. April stattgefundene Nachwahl erhöhte die Stimmenmehrheit Hofmann's über den Kommerzienrath Craemer wesentlich. Bei den Hauptwahlen betrug die Mehrheit Hofmann's nur sieben Stimmen, bei der Nachwahl 246 Stimmen. —

Bei den am 26. April in Sachsen-Altenburg stattgefundenen Wahlen ...te die Partei zwei von den seither im Besitz gehabten Mandaten ein. Es ...en dies zwei ländliche Wahlkreise, die auch bisher nicht zu dem sicheren ...tand der Partei gerechnet wurden. — Im Gothaer Landtag ist Genosse ... am 19. März zum Vicepräsident gewählt und damit zugleich Mitglied ... Oberverwaltungsgerichts geworden. In 17 von 24 gesetzgebenden Körper...ften der Partikularstaaten sitzen gegenwärtig 75 sozialdemokratische Abge...nete und zwar in Bayern 11, Sachsen 4, Württemberg 5, Baden 7, ...sen 6, Weimar 2, Oldenburg 1, Meiningen 6, Altenburg 3, Koburg 1, ...ha 9, Schwarzburg-Rudolstadt 1, Reuß j. L. 3, Reuß ält. L. 1, Lippe-...mold 3, Bremen 11 und Hamburg 1.

Digitized by Google

Der Einfluß der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen steigt von Jahr zu Jahr mit der zunehmenden Wahl sozialdemokratischer Gemeindevertreter. Die Zunahme der letzteren zu hindern wird von der bürgerlichen Sippe kein Mittel unversucht gelassen. Da wo es zulässig ist, z. B. in Schleswig-Holstein, setzen die städtischen Kollegien den Wahlzensus herauf, und machen dadurch, wie in Kiel, 10 000 Arbeiter rechtlos in Bezug auf die Ausübung des Wahlrechts. In den alten preußischen Provinzen ist das passive Wahlrecht für die Hälfte der Vertreter jeder Abtheilung an den Hausbesitz gebunden. Und zwar muß nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts der Betreffende alleiniger Besitzer sein. Gewiß bereiten derartige Schwierigkeiten den Genossen Hindernisse, aber keine unüberwindlichen. Die Folge ist und muß sein, daß die Genossen allenthalben in den Gemeinden, und Landtagen bei jeder sich darbietenden Gelegenheit für die Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts eintreten.

Von den vielen von den Genossen eroberten Positionen wollen wir nur einige bedeutsame erwähnen. Mit Genosse Quarck ist der erste Sozialdemokrat in das Frankfurter Stadtparlament eingezogen, in dem es seitdem mit der dort geherrschten beschaulichen Stille und Ruhe vorüber ist. In Dessau und Stettin ist die Partei gleich mit je vier Vertretern in das Stadthaus eingezogen. Magdeburg hat seinen Besitzstand in der Neuwahl behauptet, und Braunschweig, das nur noch in dem Genossen Riecke einen sozialdemokratischen Vertreter besaß, hat ihm deren drei weitere zugesellt. Coepenick und Lichtenberg bei Berlin eroberten mit 9 bezw. 5 Vertretern die dritte Abtheilung. Ueber Sachsen liegen zusammenfassende Ziffern vor. Danach wurden im vorigen Jahre in 145 Orten 279 sozialdemokratische Vertreter gewählt. Insgesammt sind zur Zeit 580 sozialdemokratische Gemeinde-Vertreter in Sachsen vorhanden.

Durch die sozialdemokratische Initiative ist jetzt in Berlin durch Ortsstatut die Unterstützung arbeitsunfähig gewordener städtischer Arbeiter geregelt, desgleichen die Unterstützungssätze der Hinterbliebenen im Todesfall des Familienvaters. Das Beispiel Berlins hat bereits anregend gewirkt, indem die gleiche Maßregel in den Städten Hamburg, Braunschweig, Wiesbaden und Kassel in Vorbereitung ist. Andere größere Kommunen werden sich der Nachfolge nicht entziehen können.

Der Hauptvortheil der Arbeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter liegt auf dem agitatorischen Gebiet.

Um die agitatorischen Vortheile der Arbeit der Genossen in den Gemeindevertretungen noch besser ausnützen zu können, drängte sich die Nothwendigkeit auf, die Thätigkeit systematisch nach dem sozialdemokratischen Programm zu regeln, d. h. sozialdemokratische Programme für die Gemeindevertreter aufzustellen. Für die Provinz Brandenburg ist solches 1898 auf einer Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter geschehen. In Sachsen, Hessen, Schleswig-Holstein, Baden und Württemberg haben die Genossen Kommunalprogramme auf den Landesparteitagen berathen und angenommen. In Bayern ist der Landesvorstand auf dem letzten Parteitag beauftragt worden, ein Programm auszuarbeiten.

Mit der nun erfolgten Aenderung des Gewerbegerichtsgesetzes erlangen die Wahlen zu den Gewerbegerichten eine noch erhöhte Bedeutung. Ein erster Schritt auf der Bahn für die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte ist gemacht. In allen Orten mit 20 000 Einwohnern müssen nunmehr die Gewerbegerichte eingeführt werden. Das vereinigte Scharfmacherthum hatte alle Hebel in Bewegung gesetzt, die vom Reichstag angenommene Novelle zu hintertreiben, ihre Ablehnung vom Bundesrath zu erzielen. Der Liebe Mühe war umsonst. Die Debatten über die 12 000 Mark-Affäre hatten doch einigermaßen den Wind aus den Segeln der Scharfmacher genommen. Mit geringen Ausnahmen hat die organisirte Arbeiterschaft bei den im Berichtsjahre gethätigten Wahlen in der Arbeitnehmerklasse gesiegt; in Weimar auch in der

Digitized by Google

Arbeitgeberklasse, desgleichen in Berlin in vier Bezirken. Interessant waren die Wahlkämpfe in Städten mit überwiegender katholischer Bevölkerung. In denselben machten die Christlich-Sozialen bezw. die christlichen Gewerkschaften unter klerikaler Führung die verzweifeltsten Anstrengungen, den Sieg davon zu tragen. Vergeblich waren die diesbezüglichen Bemühungen in Koblenz, Colmar, Regensburg, Bochum, Heilbronn, Hildesheim, Crefeld, Speyer, Mainz, Offenbach-Land, Schramberg und Köln. In Köln brachten es die Christlichen nur auf 5481 Stimmen, während die Liste der Gewerkschaften 9962 Stimmen erzielte. Da begreift man es, daß Herr Trimborn im Reichstag es durchsetzte, daß künftig durch Ortsstatut von den Gemeinden das Proportionalwahlrecht eingeführt werden kann, sich aber lebhaft dagegen sträubte, das Proportionalwahlrecht allgemein einzuführen.

* * *

Die Maifeier ist großartig verlaufen. Die stille Hoffnung der Scharfmacher, die Arbeiter würden unter dem sich geltend machenden Druck des wirthschaftlichen Niedergangs sich nicht getrauen, am Arbeiterweltfeiertag für den Achtstundentag, den Völkerfrieden und der Arbeiterverbrüderung durch Arbeitsruhe zu demonstriren, ist gründlich getäuscht. Die Drohungen der Unternehmerpresse verfehlten vollständig ihren Zweck. Die Berichte aus allen Gegenden Deutschlands stimmen darin überein, daß die Arbeitsruhe viel umfangreicher von den Arbeitern bethätigt wurde wie in dem voraufgegangenen Jahre. Die Idee der Maifeier und mit dieser die praktische Bethätigung erobert unaufhaltsam die Herzen der Arbeiter. In den Städten waren die Vormittagsversammlungen bereits überfüllt und bei den Abendveranstaltungen hätten die Säle noch einmal so groß sein können, sie hätten die Erschienenen nicht alle fassen können. Das war ein Zu- und Abfluthen, ein Kommen und Gehen von Massen, die doch nur durch die Ideale der Arbeiterbewegung auf die Beine gebracht werden können.

Die diesjährige Maifeier gewann noch dadurch eine erhöhte Bedeutung, daß die deutschen Arbeiter gegen die zarische Vergewaltigung protestirten, die gegen die für die Lehr- und Versammlungsfreiheit öffentlich eingetretenen verbrüderten Studenten und Arbeiter verübt worden war.

Die in einzelnen Städten den feiernden Arbeitern von den Unternehmern angedrohten und ausgeführten Aussperrungen wurden von den Arbeitern gleichmüthig hingenommen. Meistens handelte es sich um eine dreitägige bis zum Wochenschluß ausgedehnte Arbeitsruhe. Die Arbeiter waren klug genug, die in der Aussperrung liegende Provokation unbeachtet zu lassen.

* * *

Das Parteiarchiv konnte wegen des Fehlens des Katalogs bisher nicht in dem Maße den Genossen zur Verfügung gestellt werden, wie es beabsichtigt war und wünschenswerth sein mußte. Dieser Uebelstand ist nunmehr behoben. Der Katalog ist fertiggestellt und damit das Archiv seiner Bestimmung zugänglich gemacht. Um den Genossen bei der persönlichen Benutzung der Bücher, die in der Regel an Ort und Stelle zu erfolgen hat, größere Bequemlichkeiten zu bieten, ist das Archiv in den Räumen der von dem Genossen Heimann gestifteten und von ihm unterhaltenen „öffentlichen Bibliothek und Lesehalle", Berlin, Alexandrinenstraße 26, Gartenhaus, untergebracht.

Die Verabfolgung der Bücher an Genossen zur Benutzung außerhalb der Unterkunftsräume des Archivs unterliegt in jedem Einzelfall der Entscheidung des Vorstandes.

* * *

Die Parteipresse. Eine Veränderung des Bestandes der Parteipresse trat insoweit ein, als unsere früher 3mal wöchentlich erscheinenden Blätter, die „Mecklenburgische Volkszeitung" in Rostock und die „Tribüne" in Königsberg, jetzt 6mal wöchentlich erscheinen, die letztere jetzt unter dem

Digitized by Google

Titel „Königsberger Volkszeitung“. Beide Umwandlungen konnten nur unter Bewilligung von Mitteln aus der Parteikasse vollzogen werden.

Am 15. Mai waren es 30 Jahre, daß in Braunschweig die erste Nummer des von Bracke gegründeten „Volksfreund“ erschien. Nach siebenmonatlicher Gefangenschaft in Lötzen am 30. März 1871 freigelassen, ging Bracke sofort an die Gründung des Blattes, dessen erste Nummer am 15 Mai erschien. Als eines der ersten Opfer des Sozialistengesetzes fiel der „Volksfreund“. An seiner Stelle gab Bracke das Unterhaltungsblatt heraus. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes feierte am 1. Oktober 1890 der „Volksfreund“ seine Auferstehung, der als Kampfgenosse stets seine Schuldigkeit gethan hat.

Das 25jährige Bestehen feierte am 1. Mai die Verlagsanstalt und Buchdruckerei von Auer u. Co. in Hamburg. Als Genossenschafts-Buchdruckerei mit einer Schnell- und einer Doppelschnellpresse trat das Unternehmen ins Leben. Trotz der Stürme des Sozialistengesetzes und trotz der Ausweisung des damaligen Geschäftsleiters und einer Anzahl Redakteure des „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, dessen Unterdrückung folgte, entwickelte sich das Unternehmen von Jahr zu Jahr unter stets tüchtiger Leitung. Heute ist das Unternehmen wohl das größte seiner Art in Norddeutschland. Von dem Vorstand der ersten Genossenschaft gehört der jetzigen Inhaberin — einer Handelsgesellschaft — noch ein Mitglied, der Genosse Auer, an. Von dem ersten Personal ist nur noch Einer — Genosse August Günther — in dem Geschäft thätig.

Von den Blättern, die im Berichtsjahr auf ein 10jähriges Bestehen hinweisen konnten, nennen wir die „Volkswacht“ in Breslau, „Gothaer Volksblatt“, „Hessisches Volksblatt“, „Chemnitzer Volksstimme“, „Brandenburger Volkszeitung“ und „Schwäbische Tagwacht“ in Stuttgart. Alle feierten ihren Ehrentag durch Festartikel bezw. Veranstaltung von Festnummern.

Die „Bergische Arbeiterstimme“ in Solingen hat am 1. Juli das erste Geschäftsjahr als Tageblatt vollendet. Die Hoffnungen, die von den Genossen auf die Entwickelung des Blattes bei seiner Umwandlung in ein Tageblatt gesetzt wurden, haben sich erfüllt. Der Abonnentenstand hat sich in dem Jahre um 75 pCt. gehoben. Die bestandenen Zwistigkeiten sind im Großen und Ganzen behoben und damit die Aktionsfähigkeit der Partei wieder hergestellt. Wir wünschen dem Blatt im neuen Geschäftsjahr den gleichen Fortschritt wie in dem vergangenen.

Seit dem 1. Juli wird unser Münchener Organ, die „Münchener Post“, in eigener Druckerei hergestellt. Maschinenraum, Setzersaal und Redaktionsräume sind praktisch und komfortabel eingerichtet. Eine große Zwillings-Rotationsmaschine und die Einstellung zweier Setzmaschinen ermöglichen eine weitgehende redaktionelle Ausgestaltung des Blattes.

Seit dem 1. April d. J. sind die bis dahin bei J. H. W. Dietz, Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht, erschienenen Verlagsartikel: „Neue Zeit“, „Gleichheit“ und „Wahrer Jakob“, in das Eigenthum der Partei übergegangen. Im Druckort und der Expedition der genannten Verlagsartikel ist eine Aenderung nicht eingetreten.

Die Auflage des „Neuen Welt-Kalenders“, sowie des „Arbeiter-Notizkalenders“ erhöhen sich von Jahr zu Jahr. Das Gleiche ist leider nicht von unserer Unterhaltungsliteratur, den „In Freien Stunden“, zu sagen. Mit denselben ist es bisher noch nicht gelungen, die Kolportage-Romane aus dem Feld zu schlagen.

Die kleinen Agitationskalender haben sich so eingebürgert, daß sie Requisiten des ständigen Rüstzeugs der Agitation geworden sind. Auch unsere süddeutschen Genossen haben den Werth der Kalender für die Agitation unter der ländlichen Bevölkerung schätzen gelernt. Auch auf dem bayerischen Parteitag in Fürth wurde die Herausgabe eines Kalenders für das Jahr 1902 beschlossen.

In der Verwaltung des Zentralorgans herrschte zwischen dem Vorstand und der Preßkommission bis auf einen Fall stets Einverständniß. Bei dem Ausnahmefall handelte es sich um eine von den Redakteuren beantragte Gehaltserhöhung, für die der Vorstand in bescheidenen Grenzen eintrat, von

Digitized by Google

der Preßkommission jedoch nur einem Redakteur zugestanden wurde. Die Kontrollkommission, der die Angelegenheit zur Entscheidung vorlag, trat der Auffassung der Preßkommission bei.

Am 1. Juli trat Genosse Pötzsch aus der Redaktion des „Vorwärts“ aus und Genosse Leid als verantwortlicher Redakteur in dieselbe ein.

Das finanzielle Ergebniß weist gegen das Vorjahr ein Plus von rund 22 000 Mark auf. Dasselbe wurde erzielt durch eine Steigerung des Abonnements und einer vermehrten Inserateneinnahme. Die Zahl der Abonnenten stieg von 52 000 im Vorjahre auf 56 000 und hat sich trotz des für das Zeitungsgeschäft ungünstigsten dritten Quartals auf 55 000 gehalten.

Die genaue Spezifikation der Einnahmen und Ausgaben folgt nachstehend:

1900/1901.

	Juli-September 1900	Oktober-Dezember 1900	Januar-März 1901	April-Juni 1901	Summe
A. Eingänge:					
Abonnementsgelder durch die Expedition	109786 —	118767 60	118080 90	117783 20	464417 70
Abonnementsgelder durch die Post	8330 30	9450 50	10711 80	10516 10	39008 70
Inseraten-Einnahme	37655 30	55909 35	49232 55	50893 —	193690 20
Ueberschuß aus Broschürenverkauf durch die Expedition		861 70			861 70
Gesammt-Einnahme Mk.	155771 60	184989 15	178025 25	179192 30	697978 30
B. Ausgänge:					
Diverse Unkosten: (Porto f. Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Laufburschen der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher, Formulare ꝛc. ꝛc.)	5643 15	8102 35	6634 05	6643 50	27023 05
Zeitungs-Abonnement	285 25	360 50	367 90	392 95	1406 60
Feuilleton	1788 45	2940 15	3705 90	1809 85	10244 35
Redakteure	13336 70	13252 15	11525 85	12546 75	50661 45
Mitarbeiter: Politik	5229 65	8781 90	4691 55	6075 70	24778 80
Versammlungen	1464 45	1169 10	911 30	778 65	4323 50
Lokales	2593 60	3583 40	2889 30	2910 50	11976 80
Depeschen und Parlamentsberichte	405 —	1165 50	1660 40	1180 30	4411 20
Neue Welt	7759 70	8134 80	8276 70	8346 —	32517 20
Gehälter der Expedition	3390 —	3465 —	3459 —	3469 50	13783 50
Miethe	1247 50	1247 50	1247 50	1247 50	4990 —
Gerichtskosten	219 20	427 80	456 75	304 90	1408 65
Redaktionsbibliothek	119 55	500 65	26 25	313 70	960 15
Druckrechnung	102216 55	111786 30	111915 60	103128 05	429046 50
Gesammt-Ausgabe Mk.	145698 75	164917 10	157768 05	149147 85	617531 75
Gewinn „	10072 85	20072 05	20257 20	30044 45	80446 55
wie oben unter A Mk.	155771 60	184989 15	178025 25	179192 30	697978 30

Der Gesammtüberschuß beträgt Mk. 80 446,55.

Berlin, den 7. August 1901.

Revidirt und für richtig befunden:

. Brühne. Ed. David. F. J. Ehrhart. Aug. Kaden. H. Koenen. H. Meister. Theodor Metzner. Klara Zetkin.

Digitized by Google

Die Buchhandlung Vorwärts, welche dies Jahr ihren zehnten Jahresbericht erstattet — der erste Bericht umfaßte nur die Zeit von November 1890 bis Juni 1891 — kann auch für das laufende Geschäftsjahr 1900/01 einen erfreulichen Umschwung ihres Waarenumsatzes feststellen. Seit ihrem Bestehen ist dieser langsam mit kleinen, aus den jeweiligen Verhältnissen erklärlichen Unterbrechungen gestiegen; während er im Jahre 1891/2: 120 175 Mk., 1892 3: 144 069 Mk., 1893/4: 140 237 Mk., 1894/5: 148 444 Mk., 1895/6: 133 450 Mk., 1896/7: 186 256 Mk., 1897/8: 186 726 Mk., 1898/9: 176 017 Mk., 1899/00: 183 366 Mk. betrug, beläuft er sich für 1900/01 auf 201 290 Mk. Diese Zahlen, die natürlich vom Wachsthum und von der Entwickelung der Parteistärke abhängig sind, berechtigen aber auch zu dem Schlusse, daß die Buchhandlung ihre Hauptaufgabe: Verbreitung sozialdemokratischer Agitations- und Aufklärungsschriften nach Möglichkeit zu erfüllen bestrebt war. Daß sie daneben auch in der Lage war, der Parteikasse für allgemeine Agitationszwecke Baarmittel aus ihren Ueberschüssen zur Verfügung zu stellen, ergiebt sich aus nachstehender Zusammenstellung: 1893 konnte die Buchhandlung zum ersten Male 6000 Mk. zur Verfügung stellen, 1894 abermals 6000 Mk., 1895: 17 000 Mk., 1896: 11 000 Mk., 1897: 10 000 Mk., 1898: 19 000 Mk., 1899: 21 000 Mk., 1900: 14 000 Mk. und für 1901: 20 000 Mk.

Die Romanbibliothek „In Freien Stunden", welche durch die freundliche Unterstützung der Parteipresse zu Anfang dieses Jahres einen erfreulichen Aufschwung nahm, erhält sich auf dem in den 5 Jahren ihres Bestehens gewonnenen Stande; das Bemühen, durch Herausgabe von Kunstblättern den künstlerischen Geschmack in den Arbeiterkreisen zu wecken und zu heben, wurde fortgesetzt in der Ausgabe einer prächtigen Kupfergravüre des berühmten Gemäldes von E. Delacroix: „Die Freiheit führt das Volk", das die französische Regierung nach der Julirevolution bekanntlich für die Gemäldegalerie im Louvre angekauft hatte.

Neue Agitationsschriften wurden im letzten Jahre herausgegeben: Braun, Adolf: „Achtstundentag" (5000 Exempl.), Braun, Lily: „Frauenarbeit und Hauswirthschaft", Eisner, Kurt: „Wilhelm Liebknecht" (17 000 Exemplare), Göhre, Paul: „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde" (460 000 Exempl.), Hoch, Gustav: „Worte und Thaten des arbeiterfreundlichen Zentrums" (32 000 Exempl.), Kautsky, Karl: „Handelspolitik und Sozialdemokratie" (30 000 Exempl.). Die „Sylvester-Zeitung" wurde in 80 000, die „Kommune"-Nummer in 112 000 und die Maizeitung in 288 500 Exemplaren verbreitet. Der Arbeiter-Notiz-Kalender erhöhte sich auf 27 000 Exemplare, der letztjährige Parlamentarische Bericht wurde in 301 000 und die Chinapolitik-Broschüre in 10 000 Exemplaren abgesetzt, das Mainzer Parteitags-Protokoll in 33 000 und das Protokoll vom Internationalen Kongreß in Paris in 4000 Exemplaren. Auch zwei neue Sozialistische Theaterstücke gelangten zur Ausgabe: „Der verlorene Sohn" von Preczang und der „1. Mai" von Däumig. Von den Arbeiter-Versicherungsgesetzen wurden nach den letzten Abänderungen, und zwar nach Art des im Vorjahre mit Beifall aufgenommenen „Führer durch das Invaliditätsgesetz", Führer durch das Gewerbe-, das Bau- und das Forst- und Landwirthschafts-Unfallgesetz herausgegeben.

Auch von früheren Publikationen wurden Neu-Auflagen veranstaltet, z. B. Bracke: „Nieder mit den Sozialdemokraten" (18 000 Exempl.), Calwer: „Arbeiter-Katechismus" (5000 Exempl.), Marx: „Kommunistisches Manifest" (2000 Exempl.), Parteiprogramm 7500, Organisation 10 500 Exemplare. Von unseren „Illustrirten März-, Mai-, Liebknecht- 2c. Postkarten" wurden ca. 70 000, sowie 2500 Fraktionsbilder abgesetzt.

Digitized by Google

Kassenbericht. Der Kassenabschluß weist gegen das Vorjahr eine Mehreinnahme von 68 352,39 Mk. auf, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß der vorjährige Kassenabschluß sich nur über einen Zeitraum von elf Monaten erstreckte, während der diesjährige wieder ein volles Jahr umfaßt.

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres gestalteten sich die Kassenverhältnisse zunächst sehr ungünstig. Die ersten beiden, einen Zeitraum von 5 Monaten umfassenden Revisionsperioden, schlossen mit einem Defizit von 53 042,86 Mk. ab. Die besseren Eingänge in der zweiten Hälfte des Jahres und hauptsächlich die steigenden Ueberschüsse des „Vorwärts" haben dieses Defizit aber wieder ausgeglichen und noch die Erzielung eines Ueberschusses ermöglicht. Von den im vorigen Jahre der Reserve entnommenen 33 345,90 Mark konnten 22 581,10 Mk. wieder zurückgelegt werden. Diese Summe ist fast ganz den Ueberschüssen des „Vorwärts" zu verdanken, die gegen das Vorjahr eine Steigerung von 21 786,50 Mk. aufweisen.

Was die einzelnen Ausgabeposten anbelangt, so sind die Kosten der allgemeinen Agitation wieder erheblich gestiegen: gegen das Vorjahr um 13 457,26 Mk., gegen das Rechnungsjahr 1898/99 um 31 458,93 Mk. Die Ausgaben für Wahlagitation weisen ebenfalls gegen das Vorjahr eine Steigerung von 25 962,95 Mk. auf.

Dagegen sind die Ausgaben für Unterstützung gegen das Vorjahr gesunken um 11 175,45 Mk.; desgleichen die Reichstagskosten um 1110,30 Mk. Die Spannung zwischen Einnahme und Ausgabe im Darlehns-Konto ist gegen das Vorjahr sehr günstig.

Eine weniger günstige Gestaltung zeigt das Preßunterstützungs-Konto. Obgleich das Defizit der „Neuen Welt" wieder um 8954,77 Mk. geringer geworden ist, betragen die Mehrausgaben gegen das Vorjahr doch 17 798,03 Mark. Die Umstände, die zu dieser Steigerung geführt haben, sind aus der Aufstellung C. und den der letzteren beigefügten Bemerkungen ersichtlich.

Im Einzelnen vertheilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie die umstehenden Tabellen zeigen:

Digitized by Google

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1900 bis 31. Juli 1901.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1900												
August	12027	07	7947	07	4050	—	30	—	—	—	—	—
September	11914	65	8763	15	3050	—	100	—	—	—	1	50
Oktober	28071	07	13363	22	4175	—	360	—	10072	85	100	—
November	16101	39	16098	22	—	—	3	17	—	—	—	—
Dezember	12418	23	8668	23	3750	—	—	—	—	—	—	—
1901												
Januar	43450	08	16985	03	—	—	6393	—	20072	05	—	—
Februar	53597	75	36711	82	16080	—	841	10	—	—	6544	83
März	14677	64	8168	74	6500	—	—	—	—	—	8	90
April	35027	23	14117	88	—	—	630	—	20287	20	22	20
Mai	10529	35	10529	35	—	—	—	—	—	—	—	—
Juni	30044	78	22116	53	2080	—	5723	25	—	—	—	—
Juli	50075	46	13805	21	—	—	990	—	36044	43	5235	80
	317934	70	177274	40	39525	—	14715	52	86446	53	11973	23

317 934,70 Mk.

Hierzu Bestand vom 1. August 1900 4562,44 „

322 497,14 Mk.

Digitized by Google

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Ausgaben entfielen auf:																	
			Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Reichstagskosten		Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1900																				
August	12700	85	3569	20	1185	—	735	—	75	—	—	—	1079	20	1000	—	5050	—	7	45
September . . .	17405	71	7104	86	3500	—	485	—	375	—	—	—	1108	05	3000	—	400	—	1432	80
Oktober	60473	65	9486	95	12341	70	713	—	12	—	—	—	2109	10	20558	—	13220	—	2032	90
November . . .	18164	66	2823	26	48	70	136	—	2577	90	4500	—	1261	30	—	—	6790	—	27	50
Dezember . . .	24830	40	6089	50	10000	—	1203	75	525	20	2700	—	1372	40	—	—	2850	—	89	55
1901																				
Januar	24936	10	7781	60	200	—	2088	—	150	—	4500	—	1592	70	—	—	8585	—	38	80
Februar	28102	33	4121	50	705	—	408	—	136	90	4900	—	1116	10	3000	—	13714	83	—	—
März	27687	47	8124	38	50	—	728	—	1634	80	5000	—	1483	35	2850	—	2370	—	5451	94
April	25109	57	12123	60	250	—	1565	—	420	—	4000	—	1523	85	—	—	4899	80	327	32
Mai	17618	08	2201	—	1400	—	1989	—	538	32	3300	—	1076	76	250	—	6858	—	5	—
Juni	21321	41	4259	56	1000	—	880	75	780	—	—	—	1275	30	12050	—	1070	—	5	80
Juli	13438	67	4243	70	5231	25	1118	60	374	40	—	—	872	27	—	—	1570	—	28	45
	291788	90	71929	11	35911	65[1]	12045	10[2]	7599	52	28900	—	15870	38[3]	42708	—[4]	67877	63	9447	51

	291 788,90	Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	22 581,10	„
Kassenbestand am 31. Juli 1901	8 127,14	„
	322 497,14	Mk.

Berlin, den 7. August 1901.

Revidirt und für richtig befunden:

Fr. Brühne. Ed. David. F. J. Ehrhart. Aug. Kaden. H. Koenen.
H. Meister. Theodor Metzner. Clara Zetkin.

Digitized by Google

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

[1]) Unter diesem Posten befinden sich 20 000 Mk., mit welchem Betrage unsere österreichische Bruderpartei in ihrem schweren Wahlkampfe unterstützt wurde.

[2]) Unterstützungen wurden wie üblich nur an solche Personen gezahlt, die in Folge ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

[3]) Unter dieser Rubrik befinden sich die Ausgaben für Gehälter, Miethe für Bureauräume, Heizungs- und Beleuchtungskosten der letzteren, Porto- und Telegrammgebühren, Druckkosten für Zirkuläre und sonstige Drucksachen, die Kosten für Kontrolle der Kasse 2c. 2c.

[4]) Wie im vorigen, so sind auch im Berichtsjahr die bewilligten Darlehen vorwiegend zur Schaffung oder Vergrößerung von Druckerei-Anlagen oder sonstigen der Ausgestaltung unserer Presse dienenden Zwecken verwendet worden.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im Einzelnen nachgewiesen.

„Fränkische Volkstribüne"	Mk.	1 465,—[1])
„Freie Presse", Straßburg i. E. . .	„	11 300,—[2])
„Het Volk", Amsterdam	„	10 000,—[3])
„Mecklenburgische Volksztg.", Rostock	„	2 200,—[4])
„Neue Welt"	„	6 544,83[5])
„Saalfelder Blätter"	„	1 200,—
„Tribüne", Erfurt	„	500,—
„Vogtländische Volksztg.", Falkenstein	„	1 279,80[6])
„Volksblatt", Aachen	„	1 200,—
„Volksblatt", Bochum	„	3 888,—
„Volksblatt", Kassel	„	4 000,—
„Volksfreund", Karlsruhe	„	2 700,—
„Volksrecht", Zürich	„	4 800,—
„Volkstribüne" (Volksztg.), Königsberg	„	11 500,—[7])
„Volkszeitung", Mainz	„	1 800,—
„Vorwärts", Krakau	„	1 000,—
„Weckruf", Essen	„	2 000,—
	Mk.	67 377,63

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) Bei dem Eingehen der „Fr. V." waren noch Verpflichtungen in Höhe der angeführten Summe zu erfüllen, welche von der Zentralkasse übernommen werden mußten.

[2]) Alle Anstrengungen, welche bisher von der Parteileitung gemacht wurden, das Defizit des reichsländischen Parteiblattes zu vermindern, sind vergeblich gewesen. Auch im Berichtsjahr mußte wieder ein hoher Zuschuß gezahlt werden.

[3]) Durch Bewilligung dieses Betrages wurde unserer aufstrebenden holländischen Bruderpartei die Herausgabe eines Tageblattes ermöglicht.

[4]) Die von den mecklenburgischen Parteigenossen seit längerer Zeit vorbereitete Umwandlung der früher dreimal wöchentlich erscheinenden „Mecklb. Volksztg." in ein Tageblatt konnte nur mit Hilfe eines Zuschusses der Zentralkasse durchgeführt werden. Voraussichtlich wird das Blatt auch im kommenden Jahre noch eine Beihilfe benöthigen.

[5]) Von der Firma Auer u. Co. sind nunmehr alle Vorbereitungen zur Herstellung der „N. W." nach dem neuesten Verfahren getroffen und dürfte deshalb die letztere künftig nicht mehr unter den subventionirten Blättern figuriren.

[6]) Die „V. V." ist auf Beschluß der sächsischen Landeskonferenz inzwischen von der Liste der Parteiblätter gestrichen worden. Mit der aufgeführten Summe wurden noch Verpflichtungen, die aus früherer Zeit stammen, gedeckt.

[7]) Die „Königsberger Volkstribüne", die als dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung seit Jahren beträchtliche Zuschüsse erforderte, ist von den Königsberger Parteigenossen im Berichtsjahre in ein Tageblatt („Volkszeitung") umgewandelt worden. Durch diese Aenderung mußten natürlich die Mittel der Zentralkasse in noch erhöhtem Maße in Anspruch genommen werden. Auf das Tageblatt entfallen von der angeführten Summe 7000 Mk. Von der rastlosen Agitation unserer Königsberger Genossen ist zu hoffen, daß sie die „Volksztg." in absehbarer Zeit ebenso auf eigene Füße stellen werden, wie dies s. Zt., wenn auch unter schweren Opfern der Gesammtpartei, den Kölner Genossen mit der „Rheinischen Zeitung" gelungen ist.

Digitized by Google

Tabellarische Uebersicht

der seit dem Parteitag in Mainz eingegangenen Partei-Beiträge

1. August 1900 bis 31. Juli 1901.

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Aachen	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	7,80
Achim	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—
Altenburg (S. A.)	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	300,00
Altona	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2000,00
Alt-Warthau	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	30,00	—
Apenrade	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Augsburg	20,00	—	20,00	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Auvelois	16,13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bamberg	—	—	—	—	—	5,00	5,00	5,00	20,00	55,00	—	—
Bant-Wilhelmshaven	—	—	114,00	—	—	152,00	—	—	98,00	—	—	97,00
Bautzen	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bayreuth	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—
Berlin I.	—	300,00	100,00	200,00	—	100,00	200,00	—	300,00	100,00	—	300,00
„ II.	50,00	500,00	275,00	400,00	—	750,00	300,00	150,00	150,00	600,00	300,00	250,00
„ III.	—	—	500,00	500,00	—	350,00	200,00	400,00	1500,00	200,00	—	600,00
„ IV.	1000,00	2000,00	1000,00	4000,00	2000,00	2000,00	1000,00	2500,00	1000,00	2000,00	2000,00	2000,00
„ V.	300,00	300,00	400,00	200,00	100,00	100,00	100,00	100,00	300,00	100,00	—	100,00
„ VI.	3500,00	4100,00	5994,27	3723,18	1776,48	1522,08	1820,77	2225,35	2704,92	3353,15	2339,03	1617,36
Berlin, diverse	550,30	524,95	722,87	412,38	533,05	920,38	273,20	2580,95	626,27	199,10	564,80	297,68
Bern	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
Beuthen	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	12,00	—	—
Bielefeld	150,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bochum	80,00	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	400,00
Böhnghausen	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Borgstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,80	—	—
Brandenburg a. H. (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—
Braunfels	4,45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Braunschweig	—	—	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—	—	—
Bremen	—	300,00	—	—	300,00	10,00	—	300,00	—	—	300,00	—
Breslau	—	—	50,00	—	50,00	6,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
Bromberg	0,75	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Burg b. Magdeburg	—	—	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—
Burtehude	—	—	—	—	3,00	—	—	—	3,00	—	3,00	—
Charlottenburg	—	—	—	8,62	5,00	5,00	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	0,80	—	150,00	—	300,00	150,00	152,20	150,00	150,00	150,00	150,00	—
Christiania	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Cottbus	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Crimmitschau	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	250,00	—
Darmstadt (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	100,00	—
Delitzsch	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Delmenhorst	17,00	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—
Döbeln	—	—	—	34,00	—	30,00	—	—	—	—	—	—
Dortmund (Wahlkr.)	400,00	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—
Dortmund, diverse	—	7,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dresden, 4. sächs. Wahlkr.	—	—	—	300,00	—	100,00	100,00	100,00	—	—	—	—
„ 5. „				300,00								
Dresden, diverse	13,00	—	1,00	1288,20	1002,00	1,00	37,69	2,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Dt.-Wilmersdorf	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Duisburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17,80

Digitized by Google

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Durlach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Düsseldorf	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—
Ebersbach i. S.	—	0,50	0,50	—	—	0,50	0,50	—	—	—	—	—
Eibenberg	—	—	—	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—
Eisenach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00
Eisleben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Elberfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00	—
Elbing	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Elbthal	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
Ellefeld i. V.	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Erfurt (Wahlkr.)	—	25,00	25,00	50,00	25,00	25,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	—
Falkenberg	15,00	2,00	2,00	3,00	2,00	2,00	17,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Flamersheim, Rh.	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Flensburg	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Forst i. L.	100,00	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—
Frankenhausen a. K.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Frankenthal	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	—	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	700,00	—
Fürstenwalde	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gaarden	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Geestemünde	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Georgenthal i. V.	—	—	—	—	—	—	7,80	—	—	—	—	—
Gelenau i. Erzg.	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—	—	—
Gera (Reuß)	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	100,00	—	—
Geringswalde	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Gießen	10,00	20,00	10,00	10,00	—	—	30,00	—	—	30,00	—	—
Gorczizen	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Görlitz	2,15	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gotha	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	75,00	—	—
Göttingen	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—
Greiz	50,00	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	50,00	—
Großrosen	—	—	—	—	—	—	—	—	3,70	—	—	—
Hagen i. W.	—	30,00	—	—	—	3,00	3,00	5,00	3,00	3,00	5,00	—
Halberstadt	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Halle a. S.	—	—	—	—	300,00	—	—	—	300,00	—	300,00	—
Hamburg I.	—	—	—	—	—	4500,00	4000,00	—	—	—	—	—
„ II.	—	—	—	—	—	—	5000,00	—	—	—	—	1000,00
„ III.	—	—	—	—	—	—	10000,00	—	—	—	—	3000,00
„ diverse.	635,64	224,70	369,10	163,95	117,60	49,20	30,60	38,30	139,90	540,00	190,20	—
Hanau-Gelnhauf.	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	100,00
Hannover	—	—	—	1000,00	—	—	1000,00	—	—	1000,00	1000,00	—
„ -Linden	—	—	—	—	—	—	1,06	—	—	—	—	—
Harburg (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	150,00
Hartha, 10. sächs. Kr.	100,00	—	—	—	50,00	100,00	—	—	—	—	—	—
Häslicht	—	—	20,30	—	—	14,00	—	—	—	—	—	—
Hastedt b. Bremen	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	15,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
Hausdorf b. Neurode	—	—	—	—	—	—	—	5,00	5,00	—	—	3,00
Helmstedt	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Hemelingen	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hirschberg-Schönau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,40	—
Hohenstein-Ernstthal	—	—	—	5,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Höhscheid	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jena	—	30,00	—	—	30,00	—	—	30,00	—	—	30,00	—
Kamenz i. S.	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Digitized by Google

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Kellinghusen	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kiel, 7. schl.-holst. Kr.	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	100,00	—
Kirchheimbolanden	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kingenthal i. V.	—	—	—	—	—	—	10,90	—	—	—	—	—
Köln	15,00	—	—	120,00	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Komorowen	—	—	—	—	—	—	—	—	17,00	—	—	—
Königsberg i. Pr.	—	—	—	—	—	—	—	100,00	100,00	—	—	100,00
Königshütte	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Köpenick	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Kyritz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—
Lahr	—	5,00	3,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Landeshut i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	15,00
Landsberg a. W.	—	—	—	—	10,90	—	—	—	—	—	—	—
Langenbielau	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Langerfeld	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Laufach	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—
Leipzig, 12. u. 13. sächs. K.	—	—	—	2000,00	—	—	—	—	3000,00	—	—	—
Leipzig, Diverse	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	1100,00	—	—
Leisnig	—	—	—	—	—	15,00	—	—	2,00	—	—	—
Lichtenstein-Callenberg	—	—	—	—	20,00	—	15,00	—	—	—	—	—
Limbach, 15. sächs Kr.	—	—	—	—	—	—	400,00	—	—	—	—	—
Limmer, 9. hann. Kr.	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Löbau i. S., 2. sächs. Kr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60,00	—	—
Lübzin i. P.	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Luckenwalde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—
Lüdenscheid	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Ludwigshafen, Rh.	—	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—
Mainz	—	—	—	200,00	—	—	—	50,00	—	—	—	—
Mannheim	300,00	—	—	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—	—
Marburg	—	—	10,00	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Martredwitz	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Mariendorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Meerane	—	—	10,00	2,25	—	25,00	25,00	—	—	—	—	—
Meerscheid	—	—	—	—	—	—	1,80	—	—	—	—	—
Memel	—	30,00	50,00	46,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Metz	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mittweida	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—
Mülheim a. d. R.	26,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München, Bauverb. Südbayern	—	—	300,00	—	—	85,34	—	—	81,20	—	—	91,80
München, diverse	—	15,00	5,00	5,00	5,00	5,00	20,00	5,00	5,00	—	5,00	5,00
M.-Gladbach	7,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Muskau	—	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuhaldensl. (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Neustadt, O.-Schl.	—	—	—	—	—	1,20	—	—	—	—	—	—
Niederbarnim, Kr.	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—
Niederzwönitz (19. sächs. Wahlkreis)	—	—	50,00	—	—	—	100,00	—	—	—	50,00	—
Nienburg a. W.	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Nürnberg	—	—	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00
Oberlangenbielau	—	—	—	—	—	100,00	—	100,00	—	100,00	—	100,00
Oberstein a. d. N.	2,75	—	2,88	—	—	4,18	—	3,84	—	—	—	3,58
Oelsnitz i. W.	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	35,00	—	—
Offenbach a. M.	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00
Offenburg i. B.	—	—	—	2,00	—	—	13,00	—	14,19	14,00	—	—
Oggersheim, Pfalz	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—

Digitized by Google

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Ohlau	—	—	—	—	—	180,10	70,00	—	—	—	—	—
Ohligs	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—
Oranienburg	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ottendorf b. Neustadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,30	—	—
Ottensen	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Paris	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Pforzheim	—	—	40,00	50,00	50,00	50,00	—	—	—	—	—	13,33
Pforzheim, bad. Landesb.	—	—	—	—	—	50,00	—	500,00	—	—	—	—
Plauen i. V.	—	—	—	—	—	—	0,50	—	—	—	—	—
Pieragen	—	—	—	—	2,00	—	—	—	1,30	—	—	1,30
Pirna, 8. sächs. Kreis	—	—	—	100,00	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Posen	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—
Potschappel, 6. sächs. Kr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Potsdam-Osthavelland	100,00	—	—	—	100,00	—	—	—	—	100,00	—	—
Rahnsdorf	—	—	—	—	—	6,00	—	—	6,00	—	—	—
Rathenow	2,50	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rawitsch	10,00	—	—	—	—	10,65	—	—	—	—	—	—
Regensburg	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	10,00	—	—
Reichenbach i. Schl.	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	5,00	—	—
Remscheid	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Rheydt	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Ronsdorf	—	25,00	—	—	—	26,00	—	—	29,00	—	—	26,00
Rostock i. M.	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Roßwein i. S.	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—
Sagan	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Schiffbeck	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	75,00	—
Schriesheim	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Schwelm	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Seesen a. H.	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Slamen	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—
Solingen	—	—	—	—	100,00	—	—	25,00	10,00	100,00	50,00	—
Sommerfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Sonneberg	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Sorau	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	25,00
Staßfurt (Wahlkreis Calbe-Aschersleben)	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
St. Ludwig (Elsaß)	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stolberg (Rheinland)	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Striegau	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—
Stuttgart	10,00	—	10,00	—	10,00	10,00	10,00	16,00	10,00	10,00	—	10,00
Spremberg	—	—	—	—	—	75,00	—	—	—	—	—	—
Tambach-Dietharz	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Teltow-Beeskower Kreis	—	—	—	—	1000,00	1000,00	—	—	—	—	—	—
Thalheim i. E.	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tönisheide	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Torgau (Wahllr.)	—	10,00	—	—	14,10	—	10,30	—	—	10,30	—	—
Treuen i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—
Tschicherzig	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tschirnitz	—	—	—	—	—	6,40	—	2,30	—	—	—	—
Vegesack	—	—	4,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Velbert	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Verden	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—
Vielau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,10
Vilbel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Waldheim	—	—	—	0,55	—	—	30,00	—	—	—	—	30,00
Warnemünde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—

Digitized by Google

Ort bezw. Wahlkreis	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Wechselburg	—	—	—	—	3,60	—	—	—	—	—	—	—
Weißwasser	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wiesbaden	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Wirges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Witten	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	2,70	—	—
Wolfenbüttel	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Wunsiedel	—	—	4,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Württemberg	50,00	50,00	50,00	50,00	—	100,00	50,00	—	—	—	—	100,00
Wurzen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00
Zabrze	—	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—	3,10	—
Zeitz, Wahlkreis	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	50,00	—	50,00
Zschopau i. S.	—	—	5,00	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—
Zwickau, 18. Wahlk.	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwönitz	—	—	—	—	—	—	—	—	3,80	—	—	—
„Vorwärts"	—	—	10072,85	—	—	20072,05	—	—	20257,20	—	—	30044,45
Buchh. „Vorwärts"	—	—	—	—	—	—	10000,00	—	—	—	10000,00	—
Z. V. Z.	—	—	2000,00	—	—	2000,00	—	—	1674,05	—	2000,00	—
Diverse	3,00	3,00	253,00	3,00	3,00	264,00	3,00	3,00	803,00	3,00	253,00	5295,80

* * *

Das Strafregister weist erfreulicher Weise eine wesentliche Abnahme der Verurtheilungen im Allgemeinen und bei den Verurtheilungen eine Abnahme in der Höhe der Freiheitsstrafen auf. Die Erscheinung darf als ein günstiges Zeichen für die Fortschritte der Schulung der Genossen gedeutet werden. Die Mehrzahl der Verurtheilungen entfällt auf Beleidigungsdelikte, begangen durch die Presse. Und die Endursache beruhte fast jedesmal auf inkorrekter Berichterstattung. Wesentlich zu der eingetretenen Besserung in der beregten Richtung haben auch die Preßkommissionen beigetragen. Der Redakteur befand sich stets in fataler Lage, wenn ihm der Inhalt einer Korrespondenz nicht einwandfrei erschien und er selbst oder durch Andere nicht in der Lage war, den Thatbestand feststellen zu können. Persönliche Feindschaften und Klagen und Beschwerden auf Konferenzen ꝛc. waren gang und gäbe. Das hat aufgehört. Die Beschwerdeinstanz, die durch die Genossen gewählte Preßkommission, entscheidet den Streitfall und bietet der Redaktion solchergestalt in vielen Fällen eine gute Rückendeckung. — Das diesjährige Strafregister stellt sich nach Monaten geordnet wie folgt: Erkannt wurden im

Monat	Zuchthausstrafen		Gefängnißstrafen				Geldbuße
	Jahre	Monate	Jahre	Monate	Wochen	Tage	Mark
August	—	—	1	6	4	—	1802
September	—	—	6	5	3	3	1136
Oktober	2	—	1	5	8	6	3273
November	—	—	2	6	5	—	2958
Dezember	—	—	1	9	3	—	1205
Januar	—	—	4	—	8	—	1945
Februar	—	—	1	—	2	—	743
März	—	—	9	8	5	—	1616
April	—	—	1	1	2	5	2940
Mai	—	—	1	2	3	2	3426
Juni	—	—	—	4	10	5	2472
Juli	—	—	1	—	7	2	3384
Zusammen	2	—	32	11	11	2	26 900

Digitized by Google

Parteigenossen! Der Zolltarif-Gesetzentwurf ist inzwischen in seinen wesentlichsten Sätzen bekannt geworden. Die Lebensmittelzölle erfahren nahezu eine Verdoppelung. Wird der Entwurf Gesetz, so wird in Verbindung mit den Wirkungen der eingesetzten Krise die Ernährung der Arbeiterklasse auf das Niveau der Unterernährung herabgedrückt und damit den verheerenden Wirkungen des Hungers und Elends Thor und Thür geöffnet.

Die Krise und ihre Wirkungen werden noch verschärft durch die Vereitelung des Abschlusses langfristiger Handelsverträge.

Das darf nicht geschehen. Die Arbeiterklasse allein besitzt die Kraft, den Raubzug der Brotwucherer zu vereiteln. Darum auf zur Agitation gegen den Brotwucher! Genossen, agitirt in Versammlungen, durch die Presse, durch Verbreitung von Flugblättern, durch Sammlung von Unterschriften für die Petitionen.

Der aufzunehmende Kampf wird ein hartnäckiger, sich auf Monate ausdehnender sein, der den Zusammenschluß und die höchste Anspannung der Kräfte der Partei erfordert. Deshalb muß mit und neben der Agitation der Organisation die größte Pflege gewidmet werden.

Aber der Kampf ist auch ein ehrenvoller für die Partei. Ist die Sozialdemokratie doch die einzige Partei, die den Brotwucherern Respekt einflößt.

Thue jeder Genosse in dem Kampf seine Schuldigkeit unter der Parole:

Nieder mit den Brotwucherern! Hoch die Sozialdemokratie!

Digitized by Google

Bericht

über die

parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

14. November 1900 bis 15. Mai 1901.

Die China-Expedition.

Die Geringschätzung, die dem Reichstag in den leitenden Kreisen zu Theil wird, offenbarte sich wieder einmal recht deutlich, als die Unruhen in China losbrachen. Sie waren durch das gewaltsame Vordringen der Europäer in China entstanden, von dem die deutsche „Pachtung von Kiautschou" den ersten Schritt gebildet hatte. Als die Nachricht von der Ermordung des deutschen Gesandten Ketteler eintraf, gleichzeitig die übertriebensten Meldungen über Angriffe auf die anderen Gesandten und deren Angehörige, wurden Seebataillone mobil gemacht, eine Division Linienschiffe nach China entsendet, neue Truppentheile aus „Freiwilligen" des aktiven Heeres gebildet und gegen 20 000 Mann mittelst gemietheter Handelsdampfer abgeschickt. Ob damit der Reichstag einverstanden war, fragte man nicht!

Beim Abgang der Truppen sprach der deutsche Kaiser von der „Brandfackel des Krieges", forderte „exemplarische Bestrafung und Rache" und sagte am 27. Juli zu den nach China ziehenden „Freiwilligen": „Kommt Ihr an, so wißt: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht! Führt Eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen." So der „Reichs-Anzeiger". In allen anderen Zeitungen war auch zu lesen, daß der Kaiser zu den Truppen gesagt habe: „Wie vor 1000 Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Ueberlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch Euch in einer Weise bethätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!"

Die sozialdemokratische Presse protestirte sofort gegen diesen Kriegs- und Rachezug und forderte die Einberufung des Reichstags. Am 9. August 1900 erfuhren die Deutschen, daß sie dazu ausersehen seien, den Oberstkommandirenden der internationalen Truppen in China zu stellen, aber erst Mitte Oktober kam die Kunde, daß die verbündeten Regierungen sich des Reichstags erinnerten. Gleichzeitig wurde Fürst Hohenlohe der kleinen Mühe enthoben, sich vor dem Reichstage zu verantworten, und der bisherige Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Bülow, zum Reichskanzler ernannt.

Als endlich am 14. November 1900 der Reichstag zusammmentrat, um er die erste Rechnung von **152770000 Mark** für die bisherigen ausgaben der ostasiatischen Expedition präsentirt. Graf Bülow machte sich mit der Begründung der Vorlage sehr leicht: er wiederholte in seiner Erklärung am 19. November, was bereits in der Thronrede am 14. November gesagt worden war: „daß bisher bei der Unsicherheit und Ungenauigkeit der

Digitized by Google

Nachrichten aus China die dem Reich erwachsenden Ausgaben noch nicht festgestanden hätten und damit das Maß der nothwendigen Aufwendungen sich einer finanziellen Schätzung entzogen habe".

Während aber die Thronrede nur von einer „nachträglichen Zustimmung" des Reichstags sprach, baute Graf Bülow dem im Herzen bewilligungseifrigen und nur aus Furcht vor den Wählern etwas oppositionell sich geberdenden Centrum eine goldene Brücke, indem er ersuchte, für diejenigen Ausgaben, hinsichtlich deren die Zustimmung des Reichstags noch nicht eingeholt war, durch nachträgliche Genehmigung die Indemnität zu ertheilen.

Darauf erfolgte lebhaftes Bravo rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen, während unsere Fraktion in helles Lachen über diese Komödie ausbrach. Das Centrum donnerte zwar noch etwas gegen den „fadenscheinigen Entschuldigungsgrund in der Thronrede" wegen der Nichteinberufung des Reichstags, schließlich aber erklärte es sich doch durch das Nachsuchen der Indemnität befriedigt, obwohl bekannt war, in welcher — freilich zutreffender! — Weise in „hohen Kreisen" das Verhalten des Reichstags verlacht wurde. „Nun, was wird es werden? Sie werden ein paar Tage lang hohe Reden halten, und es dann doch bewilligen!"

Unser Fraktionsredner geißelte in schärfster Weise die Schlappheit und Unzuverlässigkeit der Mehrheitsparteien, die allerdings dazu geführt habe, daß sich die Regierung Alles erlauben kann, auch „einen solchen Verfassungsbruch, wie es die Nichteinberufung des Reichstags ist". Der Artikel 17 der Reichsverfassung bilde nur eine papierne Verantwortung des Reichskanzlers, denn wie dieser verantwortlich gemacht werden könne, darüber bestehe noch heute, 30 Jahre seit Begründung des Reiches, kein Gesetz, folglich könne jeder Reichskanzler thun und lassen, was er wolle.

(Unsere Fraktion hat ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz eingebracht; es kam aber in der abgelaufenen Session noch nicht zur Berathung.)

Der chinesische Aufstand ist entfacht, ja provozirt durch das Verhalten der Gesandtschaften und Missionare, ganz besonders aber durch die Annektirungen chinesischer Gebietstheile. Und Diejenigen, die nach Rache schreien, sind verantwortlich für das wahrhaft hunnische Gebahren so zahlreicher Soldaten, wie es sich in den von Zeitungen aller Parteien veröffentlichten „Hunnenbriefen" widerspiegelt. Die „Weltpolitik", die es für erforderlich hält, daß „Deutschland überall, wo in der Welt etwas los ist, ein entscheidendes Wort mitspricht", bekämpfen wir als verkehrt, verhängnißvoll und verderblich. „Wir können es mit unserem Gewissen nicht vereinbaren, einer solchen Politik auch nur einen Pfennig zu bewilligen, und so erkläre ich im Namen meiner ganzen Fraktion: Im Namen des Rechtes, im Namen der Menschlichkeit stimmen wir einstimmig gegen die Vorlage."

Unser Redner wandte sich auch gegen die Rede des Kaisers, die dieser am 3. August 1900 in Bremerhaven an die Arbeiter der Werften gehalten hatte. Der Kaiser hatte einigen der Arbeiter Medaillen gegeben und gesagt: „Diese Auszeichnungen verleihe ich Euch als Ausdruck meiner Zufriedenheit, daß Ihr nicht dem schlechten Beispiel der durch vaterlandslose Agitatore verführten Arbeiter Hamburgs gefolgt seid, sondern den Patriotismus des deutschen Arbeiters fleckenlos gewahrt und wacker mitgearbeitet habt für die Schlagfertigkeit unserer braven Arme Ehrlos der, welcher im Moment der Gefahr sein Vaterland i Stich läßt!"

Wie war der vom Kaiser verurtheilte Vorgang in Hamburg? D Werftarbeiter hatten Lohnerhöhung verlangt und sich mit den Werftbesitz in Verbindung gesetzt, um ohne Streik mit ihnen zu unterhandeln. D lehnten die Werftbesitzer ab, indem sie überhaupt keine Antwort gab

Ein neuer Versuch mißlang aus dem gleichen Grunde. Der Verband der Arbeitgeber in Hamburg-Altona erklärte, er wolle mit Arbeiterorganisationen nicht verhandeln. In Frage kamen aber lauter organisirte Arbeiter! Nun erklärte der Verband der Metallarbeiter, er wolle keinen Streik hervorrufen, sondern den Arbeitern der einzelnen Werkstätten es überlassen, wie sie sich zu ihren Arbeitgebern stellen wollten. Darauf ersuchten die Arbeiter der Reiherstieg-Werft, etwa 60 bis 70 Mann, die Arbeitgeber um eine Erhöhung von wenigen Pfennigen Lohn pro Stunde, weil sie einen schlechteren Lohn bekämen, als die Arbeiter der anderen Werften. Das wurde abgelehnt, sie bekamen keine Antwort. Keiner dieser Arbeiter war bei einem Chinadampfer beschäftigt! Jetzt traten die 60—70 Nieter der Reiherstieg-Werft in einen Streik ein. Darauf beriefen die Werftbesitzer ihre Arbeiterausschüsse und drohten mit Massenaussperrungen, wenn die 60—70 Nieter nicht sofort die Arbeit aufnehmen. Die Arbeiterausschüsse erklärten, daß sie keine Macht über jene Nieter besitzen — und darauf begannen die Werftbesitzer am 14., 17. und 21. Juli ihre Drohungen wahr zu machen, indem sie nach und nach 6000 Arbeiter aufs Pflaster warfen! Nun wurden auch durch diese Massenaussperrung die Chinadampfer in Mitleidenschaft gezogen und dann kam am 3. August die Rede des Kaisers. Am 14. August erbot sich der Vorsitzende des Hamburger Gewerbegerichts auf Antrag der Arbeiter gegenüber den Werftbesitzern zu vermitteln. Die Arbeitgeber lehnten ab, sie wollten von dieser Vermittelung nichts wissen. Am 6. September versuchten die Arbeiter wiederum eine Vermittelung herbeizuführen. Jetzt endlich willigten die Arbeitgeber in eine Besprechung mit Vertretern der Arbeiter. Das Endresultat war, daß die Arbeitgeber erklärten, sie seien bereit, die Aussperrung aufzuheben, wenn dafür sofort der Streik eingestellt würde. Das geschah auch am 24. September, also ohne daß auch nur ein Arbeiter die geringste Schuld daran getragen hat, daß ein Chinadampfer nur um eine Stunde zu spät ausgerüstet worden wäre! Nach der wirklichen Sachlage sind also nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitgeber jene vaterlandslosen Gesellen gewesen. —

Obwohl bis zur dritten Lesung des Nachtragsetats (Mitte Februar) sich zeigte, wie absichtlich übertrieben die ersten Nachrichten über Umfang und Art des Boxeraufstandes gewesen, verschwand das bischen Opposition, die das Centrum anfänglich gegen die chinesische Abenteuerpolitik des Reichs gemacht, völlig und verwandelte sich schließlich in begeisterte Zustimmung, als die Kommissionsmehrheit eine Resolution einbrachte, daß „die Freiheit der christlichen Religionsübung in China ausbedungen und unter den Schutz der bei dem Friedensvertrag betheiligten Staaten gestellt werde," was darauf hinausläuft, daß den Missionaren zu ihren meist so aufdringlichen Bekehrungsversuchen staatliche und eventuell militärische Hilfe zur Verfügung stehen soll.

Vergebens wies unser Redner darauf hin, daß gerade durch das provokatorische intolerante Auftreten der Missionare die Feindseligkeiten der Chinesen mit hervorgerufen seien; zum Beweise konnte er entsprechende Gutachten zahlreicher Kenner der Zustände Chinas bringen. Die Resolution wurde angenommen, dagegen nachstehender, sie abschwächender Zusatz zu derselben, den unsere Fraktion stellte, abgelehnt: „Den Missionaren ist die Verpflichtung aufzuerlegen, daß sie sich weder in die wirthschaftlichen noch die sozialen und politischen Angelegenheiten des chinesischen Reiches und seiner Bevölkerung einmischen, insbesondere auch sich nicht den Charakter chinesischer Beamter oder Würdenträger beilegen oder beilegen lassen."

Als im März 1901 abermals eine Forderung zur Deckung der chinesischen Expedition für das Rechnungsjahr 1901 und zwar im Betrage von 122000 Mark dem Reichstage vorgelegt wurde, kam dieser Nachtragsetat

Digitized by Google

Nachrichten aus China die dem Reich erwachsenden Ausgaben noch nicht festgestanden hätten und damit das Maß der nothwendigen Aufwendungen sich einer finanziellen Schätzung entzogen habe".

Während aber die Thronrede nur von einer „nachträglichen Zustimmung" des Reichstags sprach, baute Graf Bülow dem im Herzen bewilligungseifrigen und nur aus Furcht vor den Wählern etwas oppositionell sich geberdenden Centrum eine goldene Brücke, indem er ersuchte, für diejenigen Ausgaben, hinsichtlich deren die Zustimmung des Reichstags noch nicht eingeholt war, durch nachträgliche Genehmigung die Indemnität zu ertheilen.

Darauf erfolgte lebhaftes Bravo rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen, während unsere Fraktion in helles Lachen über diese Komödie ausbrach. Das Centrum donnerte zwar noch etwas gegen den „fadenscheinigen Entschuldigungsgrund in der Thronrede" wegen der Nichteinberufung des Reichstags, schließlich aber erklärte es sich doch durch das Nachsuchen der Indemnität befriedigt, obwohl bekannt war, in welcher — freilich zutreffender! — Weise in „hohen Kreisen" das Verhalten des Reichstags verlacht wurde. „Nun, was wird es werden? Sie werden ein paar Tage lang hohe Reden halten, und es dann doch bewilligen!"

Unser Fraktionsredner geißelte in schärfster Weise die Schlappheit und Unzuverlässigkeit der Mehrheitsparteien, die allerdings dazu geführt habe, daß sich die Regierung Alles erlauben kann, auch „einen solchen Verfassungsbruch, wie es die Nichteinberufung des Reichstags ist". Der Artikel 17 der Reichsverfassung bilde nur eine papierne Verantwortung des Reichskanzlers, denn wie dieser verantwortlich gemacht werden könne, darüber bestehe noch heute, 30 Jahre seit Begründung des Reiches, kein Gesetz, folglich könne jeder Reichskanzler thun und lassen, was er wolle.

(Unsere Fraktion hat ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz eingebracht; es kam aber in der abgelaufenen Session noch nicht zur Berathung.)

Der chinesische Aufstand ist entfacht, ja provozirt durch das Verhalten der Gesandtschaften und Missionare, ganz besonders aber durch die Annektirungen chinesischer Gebietstheile. Und Diejenigen, die nach Rache schreien, sind verantwortlich für das wahrhaft hunnische Gebahren so zahlreicher Soldaten, wie es sich in den von Zeitungen aller Parteien veröffentlichten „Hunnenbriefen" widerspiegelt. Die „Weltpolitik", die es für erforderlich hält, daß „Deutschland überall, wo in der Welt etwas los ist, ein entscheidendes Wort mitspricht", bekämpfen wir als verkehrt, verhängnißvoll und verderblich. „Wir können es mit unserem Gewissen nicht vereinbaren, einer solchen Politik auch nur einen Pfennig zu bewilligen, und so erkläre ich im Namen meiner ganzen Fraktion: Im Namen des Rechtes, im Namen der Menschlichkeit stimmen wir einstimmig gegen die Vorlage."

Unser Redner wandte sich auch gegen die Rede des Kaisers, die dieser am 3. August 1900 in Bremerhaven an die Arbeiter der Werften gehalten hatte. Der Kaiser hatte einigen der Arbeiter Medaillen gegeben und gesagt: „Diese Auszeichnungen verleihe ich Euch als Ausdruck meiner Zufriedenheit, daß Ihr nicht dem schlechten Beispiel der durch vaterlandslose Agitatoren verführten Arbeiter Hamburgs gefolgt seid, sondern den Patriotismus des deutschen Arbeiters fleckenlos gewahrt und wacker mitgearbeitet habt für die Schlagfertigkeit unserer braven Armee Ehrlos der, welcher im Moment der Gefahr sein Vaterland im Stich läßt!"

Wie war der vom Kaiser verurtheilte Vorgang in Hamburg? Die Werftarbeiter hatten Lohnerhöhung verlangt und sich mit den Werftbesitzern in Verbindung gesetzt, um ohne Streik mit ihnen zu unterhandeln. Da lehnten die Werftbesitzer ab, indem sie überhaupt keine Antwort gaben

Ein neuer Versuch mißlang aus dem gleichen Grunde. Der Verband der Arbeitgeber in Hamburg-Altona erklärte, er wolle mit Arbeiterorganisationen nicht verhandeln. In Frage kamen aber lauter organisirte Arbeiter! Nun erklärte der Verband der Metallarbeiter, er wolle keinen Streik hervorrufen, sondern den Arbeitern der einzelnen Werkstätten es überlassen, wie sie sich zu ihren Arbeitgebern stellen wollten. Darauf ersuchten die Arbeiter der Reiherstieg-Werft, etwa 60 bis 70 Mann, die Arbeitgeber um eine Erhöhung von wenigen Pfennigen Lohn pro Stunde, weil sie einen schlechteren Lohn bekämen, als die Arbeiter der anderen Werften. Das wurde abgelehnt, sie bekamen keine Antwort. Keiner dieser Arbeiter war bei einem Chinadampfer beschäftigt! Jetzt traten die 60—70 Nieter der Reiherstieg-Werft in einen Streik ein. Darauf beriefen die Werftbesitzer ihre Arbeiterausschüsse und drohten mit Massenaussperrungen, wenn die 60—70 Nieter nicht sofort die Arbeit aufnehmen. Die Arbeiterausschüsse erklärten, daß sie keine Macht über jene Nieter besitzen — und darauf begannen die Werftbesitzer am 14., 17. und 21. Juli ihre Drohungen wahr zu machen, indem sie nach und nach 6000 Arbeiter aufs Pflaster warfen! Nun wurden auch durch diese Massenaussperrung die Chinadampfer in Mitleidenschaft gezogen und dann kam am 8. August die Rede des Kaisers. Am 14. August erbot sich der Vorsitzende des Hamburger Gewerbegerichts auf Antrag der Arbeiter gegenüber den Werftbesitzern zu vermitteln. Die Arbeitgeber lehnten ab, sie wollten von dieser Vermittelung nichts wissen. Am 6. September versuchten die Arbeiter wiederum eine Vermittelung herbeizuführen. Jetzt endlich willigten die Arbeitgeber in eine Besprechung mit Vertretern der Arbeiter. Das Endresultat war, daß die Arbeitgeber erklärten, sie seien bereit, die Aussperrung aufzuheben, wenn dafür sofort der Streik eingestellt würde. Das geschah auch am 24. September, also ohne daß auch nur ein Arbeiter die geringste Schuld daran getragen hat, daß ein Chinadampfer nur um eine Stunde zu spät ausgerüstet worden wäre! Nach der wirklichen Sachlage sind also nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitgeber jene vaterlandslosen Gesellen gewesen. —

Obwohl bis zur dritten Lesung des Nachtragsetats (Mitte Februar) sich zeigte, wie absichtlich übertrieben die ersten Nachrichten über Umfang und Art des Boxeraufstandes gewesen, verschwand das bischen Opposition, die das Centrum anfänglich gegen die chinesische Abenteuerpolitik des Reichs gemacht, völlig und verwandelte sich schließlich in begeisterte Zustimmung, als die Kommissionsmehrheit eine Resolution einbrachte, daß „die Freiheit der christlichen Religionsübung in China ausbedungen und unter den Schutz der bei dem Friedensvertrag betheiligten Staaten gestellt werde," was darauf hinausläuft, daß den Missionaren zu ihren meist so aufdringlichen Bekehrungsversuchen staatliche und eventuell militärische Hilfe zur Verfügung stehen soll.

Vergebens wies unser Redner darauf hin, daß gerade durch das provokatorische intolerante Auftreten der Missionare die Feindseligkeiten der Chinesen mit hervorgerufen seien; zum Beweise konnte er entsprechende Gutachten zahlreicher Kenner der Zustände Chinas bringen. Die Resolution rde angenommen, dagegen nachstehender, sie abschwächender Zusatz zu derhen, den unsere Fraktion stellte, abgelehnt: „Den Missionaren ist die pflichtung aufzuerlegen, daß sie sich weder in die wirthschaftlichen noch die ialen und politischen Angelegenheiten des chinesischen Reiches und seiner völkerung einmischen, insbesondere auch sich nicht den Charakter chinesischer unter oder Würdenträger beilegen oder beilegen lassen."

Als im März 1901 abermals eine Forderung zur Deckung der chinesischen edition für das Rechnungsjahr 1901 und zwar im Betrage von 1332000 Mark dem Reichstage vorgelegt wurde, kam dieser Nachtragsetat

Digitized by Google

nicht einmal erst noch zur Kommissionsberathung, sondern wurde im Plenum mit allen gegen die Stimmen unserer Fraktion und der süddeutschen Volkspartei angenommen.

Inzwischen hatte der Gang der Ereignisse bewiesen, wie berechtigt unsere Opposition gewesen war. Der deutsche Handel nach China wurde nicht nur während der Zeit der Unruhen geschädigt, sondern bleibt es auch auf wer weiß wie lange noch hinaus, da gerade die Deutschen jetzt die bestgehaßten Fremden in China sind. Pfingsten d. J. wurden zwei Drittel der Truppen und der größte Theil der Schiffe zurückberufen und die Auflösung der neu gebildeten Truppentheile verfügt; es bleiben aber noch an 7000 Mann deutsche Truppen in China, die außerhalb der bisherigen Militärverfassung stehen, nicht auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht dienen, nicht zu einem Landeskontingent gehören, sondern die Anfänge eines Reichskolonialheeres von Söldnern bilden. Die bisher bewilligten **276 Millionen Mark** werden bald aufgebraucht sein und dann noch neue Forderungen für Befestigung von Kiautschou u. s. w. kommen. Wie bei jeder Kolonialpolitik sind es einzelne Kapitalistengruppen, die den Vortheil ziehen, und die Volksmassen, welche die Lasten tragen!

Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1901.

Der Reichshaushaltsetat für 1901 beläuft sich in Einnahme und Ausgabe auf 2 354 121 046 Mark; hierzu kommt ein Nachtragsetat (Aufsichtsamt für Privatversicherung) in Höhe von 152 205 Mark und der Etat der Schutzgebiete mit 36 603 600 Mark, so daß im Ganzen die etatsmäßigen Ausgaben

2 390 876 851 Mark

betragen, von denen 216 Millionen Mark, das sind 9 pCt., durch Anleihen zu decken sind.

Zum erstenmal treten in diesem Etat die Forderungen aus dem Flottengesetz von 1900 auf, wodurch eine Steigerung des Marineetats um 45 Millionen Mark, d. i. um 21 pCt., verursacht wird.

Gegen das Vorjahr ist der Gesammtetat um 291 Millionen Mark, also fast um 14 pCt., gestiegen! Vor 10 Jahren beliefen sich die Ausgaben auf 1245 Millionen Mark, stiegen also seitdem um 92 pCt.!

Auf die einzelnen Ressorts vertheilen sich die Ausgaben und Einnahmen des Etats für 1901 in folgender Weise:

Fortdauernde Ausgaben.

Bundesrath	—	Mk.
Reichstag	756 420	„
Reichskanzler und Reichskanzlei	233 280	„
Auswärtiges Amt	13 310 745	„
Reichsamt des Innern	54 422 441	„
Verwaltung des Reichsheeres	559 115 129	„
Reichsmilitärgericht	512 880	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	79 896 422	„
Reichs-Justizverwaltung	2 133 234	„
Reichsschatzamt	578 195 680	„
Reichs-Eisenbahn-Amt	394 470	„
Reichsschuld	88 542 500	„
Rechnungshof	914 710	„
Allgemeiner Pensionsfonds	70 994 638	„
Reichs-Invalidenfonds	30 449 689	„
Post- und Telegraphenverwaltung	364 269 420	„
Reichsdruckerei	5 613 651	„
Eisenbahnverwaltung	65 015 400	„
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 914 770 709	Mk.

Digitized by Google

Einmalige Ausgaben.

a. Ordentlicher Etat.

Reichstag	—	Mk.
Reichskanzler und Reichskanzlei	224 000	„
Auswärtiges Amt	22 698 107	„
Reichsamt des Innern	5 070 500	„
Post- und Telegraphenverwaltung	18 125 213	„
Reichsdruckerei	336 322	„
Verwaltung des Reichsheeres	85 539 716	„
Reichsmilitärgericht	18 000	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	72 364 750	„
Reichsschatzamt	100 580	„
Reichsschuld	425 000	„
Eisenbahnverwaltung	8 522 000	„
Zur Verminderung der Reichsschuld	9 687 304	„
Summa a	223 161 492	Mk.

b. Außerordentlicher Etat.

Verwaltung des Reichsheeres	28 469 845	Mk.
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	55 223 000	„
Eisenbahnverwaltung	9 174 000	„
Aus Anlaß der Expedition nach Ostasien	123 322 000	„
Summe b	216 188 845	Mk.
Summe der einmaligen Ausgaben	439 350 337	Mk.
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 914 770 709	„
Summe der Ausgabe	2 354 121 046	Mk.
Hierzu: Nachtragsetat	152 205	„
„ Etat der Schutzgebiete	36 603 600	„
Insgesammt	**2 390 876 851**	**Mk.**

Einnahmen.

Zölle und Verbrauchssteuern	810 330 850	Mk.
Reichsstempelabgaben	114 020 000	„
Post- und Telegraphenverwaltung	420 162 950	„
Reichsdruckerei	7 777 000	„
Eisenbahnverwaltung	93 676 000	„
Bankwesen	14 713 800	„
Verschiedene Verwaltungs-Einnahmen	26 465 024	„
Aus dem Reichs-Invalidenfonds	80 449 689	„
Aus der Veräußerung von ehemaligen Festungsgrundstücken	389 927	„
Ueberschüsse aus früheren Jahren	92 606 081	„
Ausgleichungsbeträge	16 407 880	„
Matrikularbeiträge	570 933 000	„
	2 137 932 201	Mk.
Außerordentliche Deckungsmittel (Anleihen)	216 188 845	„
Summe der Einnahme	2 354 121 046	Mk.
Hierzu: Nachtragsetat	152 205	„
„ Etat der Schutzgebiete	36 603 600	„
Insgesammt	**2 390 876 851**	**Mk.**

Bei der **Generaldebatte über den Etat** mußte der Staatssekretär des hsschatzamts, Frhr. v. Thielmann, zugeben, daß sich „das Gesammtbild Etats wesentlich unfreundlicher gestalte wie früher und dies in den nächsten ren noch schlimmer sein werde als jetzt, da die Zeiten der wirthschaften Hochfluth vorüber und seit Sommer 1900 ein Umschwung eingetreten Auch die Redner des Centrums und der Nationalliberalen fanden

Digitized by Google

die Finanzlage trostlos, deuteten aber bereits mit Genugthuung auf das Ablaufen der Handelsverträge hin, das ja ermögliche, die Zölle zu erhöhen.

Unser Redner übte an diesem Gaukelspiel eine vernichtende Kritik. Die Erkenntniß, daß sparsamer gewirthschaftet werden müsse, komme den Mehrheitsparteien viel zu spät. Gerade diese seien ja durch ihre Bewilligungswuth schuld, daß es für sie jetzt kein Zurück mehr gebe, denn bei allen hauptsächlich sich steigernden Ausgaben (Heer, Flotte, Kolonien) hätten sie sich ja schon im Voraus gebunden. Außerdem ist vom Centrum wie von den Konservativen und den Nationalliberalen bereits erklärt worden, „an unserer Weltpolitik sei nichts zu ändern und mit der Kolonialpolitik seien sie im Wesentlichen zufrieden"; sie wollen also, daß so wie bisher weitergewirthschaftet werde. Die Mehrausgaben für Reichsheer, Marine, Reichsschuldzinsen und Pensionen betragen gegenüber dem Vorjahre 81 Millionen Mark. Die Gesammtausgaben des Jahres 1901 für Militär- und Marinezwecke betragen: für das Heer 674, die Marine 207, den Pensionsfonds 71, Schuldzinsen für Anleihen zu Gunsten des Heeres und der Marine 72, zusammen also 1024 Millionen Mark, während 1890 für dieselben Zwecke 502 Millionen Mark verbraucht wurden. Im Laufe von 12 Jahren haben sich also die Ausgaben für den Militarismus mehr als verdoppelt. Hat etwa die Steigerung des Nationalwohlstandes damit auch nur annähernd Schritt gehalten? Die Hauptschuld an der Vermehrung der Ausgaben für den Militarismus trägt das Centrum, das als ausschlaggebende Partei die Pflicht und die Macht gehabt hätte, Halt zu gebieten. Aber das Centrum ist heute weiter nichts als der Schleppenträger der Regierungspolitik!

Durch diese Steigerung der Ausgaben für den Militarismus können die Einzelstaaten nur unzureichende Mittel für Kulturaufgaben flüssig machen. Die öffentliche Gesundheitspflege, die Wissenschaft, die Volksbildung — sie müssen mit kärglichen Brocken abgespeist werden.

Auf das allerschärfste tadelte unser Redner das Verhalten der Reichsregierung gegenüber dem Transvaal-Präsidenten Krüger. Dieser hätte unter allen Umständen in Berlin empfangen werden müssen; das war „nicht nur ein Akt der Humanität, sondern der Pflicht nach alle dem, was seit Jahren geschehen war. Die Kriegführung der Engländer in Transvaal ist eine barbarische und brutale, alle Grundsätze des Völkerrechts verletzende, die eines Kulturstaates unwürdig." —

Bei der Gesammtabstimmung über den Etat stimmte unsere Fraktion so wie stets gegen denselben, nicht nur weil die Reichseinnahmen hauptsächlich durch indirekte Steuern gedeckt werden, die auf der ärmeren Bevölkerung am schwersten lasten, und nicht nur, weil die Sozialdemokratie dem kulturfeindlichen Militarismus jeden Mann und jeden Groschen verweigert, sondern auch weil wir durch die Ablehnung des Budgets den grundsätzlichen Gegensatz zum Ausdruck bringen, in dem sich die Arbeiterklasse gegenüber dem kapitalistischen Klassenstaate und seiner Regierung befindet. —

An der Berathung der Einzeletats betheiligte sich unsere Fraktion wie stets in eingehender Weise, um die politischen und wirthschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten.

Beim Etat des Reichskanzlers fragte ein Fraktionsmitglied den Grafen Bülow an, da er ja auch preußischer Ministerpräsident ist, „ob er Kenntniß davon habe, daß die Berliner politische Polizei, die nach den Erklärungen des Generalmajors v. Gäde im Tausch-Prozeß in ihrer Abtheilung für Spionage auch aus allgemeinen Reichsmitteln subventionirt wird, durch ihre bezahlten Agenten die sozialdemokratische Fraktion bespitzeln läßt, beziehentlich Versuche dazu unternommen hat. Und falls der Reichskanzler von solchen Praktiken der Berliner Polizei keine Kenntniß besitzt, ob er die Erklärung abgeben will, daß er solche Praktiken für die Zukunft verhindern wird?"

Digitized by Google

Veranlaßt wurde diese Frage dadurch, daß einem Berliner Genossen von zwei höheren Polizeibeamten versprochen worden war, er werde aus den Mitteln der Polizei ein paar tausend Mark zur Verfügung erhalten, um eine Kneipe einzurichten, damit er so Zeit, Gelegenheit und finanzielle Unabhängigkeit erlange, sich mehr der Parteibewegung zu widmen, eine Reichstagskandidatur zu erhalten und dann im Falle der Wahl die Beschlüsse, Handlungen und Berathungen aus unseren Fraktionsitzungen der politischen Polizei in Berlin mitzutheilen!

Der Reichskanzler erwiderte, daß ihm von diesen Vorgängen nicht das Allermindeste bekannt sei, verwies dann auf den preußischen Landtag, wo diese Angelegenheit hingehöre und gab, trotz wiederholter Aufforderung, nicht die Erklärung ab, daß er bereit sei, für künftig solche skandalöse Vorkommnisse zu verhindern, woraus unser Redner den Schluß zog, daß der Reichskanzler hier ebenso wie in dem Falle der 12 000 Mark nicht in der Lage ist, die Zusicherung zu geben, die wir verlangen.

Die Rechte und auch das Centrum wurden dabei sehr unruhig — aber weder die Regierung noch irgend eine andere Partei des Hauses hielt es für erforderlich, dieses schmutzige Spionagewesen zu brandmarken. Die Polizeispitzelei gehört eben zu den heiligen Gütern des Klassenstaates!

Beim **Etat des Auswärtigen Amtes** gab der Reichskanzler nur allgemein gehaltene, ganz wesenlose Erklärungen über das Verhältniß des Reiches zu Rußland und die Agrarzölle ab, ohne dem Reichstag irgendwelchen Einblick in den Stand der auswärtigen Politik zu gewähren, wie dies in England und Frankreich ein selbstverständliches Recht des Parlaments ist. Ein Fraktionsmitglied kennzeichnete diese Beiseiteschiebung der Volksvertretung zutreffend als Scheinparlamentarismus. Als auf die Reden des Kaisers eingegangen wurde, erklärte Graf Bülow, er übernehme für dieselben die volle moralische Verantwortlichkeit, auch wenn sie nicht offizielle Kundgebungen, also nicht von ihm gegengezeichnet sind.

Um so besser!

Der **Etat des Reichsamtes des Inneren** gab wie alljährlich vielfach Veranlassung, die Sozialpolitik des Reiches zu kritisiren. Unsere Fraktion ist dabei durch geeignete Theilung der Arbeit in der Lage, die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter aus den verschiedensten Einzelgebieten zur Sprache zu bringen und so die Nothwendigkeit sozialreformerischer Maßnahmen zu bekräftigen. Würde nicht von unserer Seite immer wieder auf die mannigfachen und oft so argen Mißstände hingewiesen, denen durch die rücksichtslose Profitsucht des Unternehmerthums die Arbeiter bei ihrem Kampf ums tägliche Brod ausgesetzt sind, die Regierung und die Mehrheitsparteien würden die Sozialreform nur nach rückwärts entwickeln! Befindet sich doch das Reichsamt des Inneren unter der glorreichen Leitung des Grafen Posadowsky vollständig im Schlepptau der Organisation der rücksichtslosesten Profitmacher, des Centralverbandes deutscher Industrieller, was nicht nur die 12000 Mark-Affaire beweist, die wir zum Gegenstand einer besonderen Interpellation machten (siehe diese), sondern auch aus der ganzen Energielosigkeit des Reichsamtes des Inneren hervorgeht. Wie der Centralverband den früheren Minister Berlepsch „klein bekommen hat", wurde von Bueck, dem Generalsekretair Verbandes, in einem Briefe an den bayerischen Reichsrath v. Haßler vom Juli 1896 (veröffentlicht im „Vorwärts" am 20. Jannar 1901) recht haulich geschildert.

Eine Entschuldigung kann Graf Posadowsky allerdings geltend machen, zwar die, daß die den Reichstag beherrschende Partei, das Centrum, auf dem Gebiet der Sozialreform so kläglich zurückhaltend zeigt, daß es als verantwortlich bezeichnet werden muß. Gab doch der einzige sozialpolitische Redner des Centrums, Dr. Hitze, der Ansicht Ausdruck, daß, wenn die

Digitized by Google

Gewerbe-Aufsichtsbeamten über die zehnjährige Wirksamkeit der Arbeiterschutzgesetzgebung berichten würden, „wahrscheinlich eine glänzende Apologie (Verherrlichung) unserer deutschen Arbeiterschutzpolitik" geliefert werden würde! Wer bei den schwachen Anläufen von Sozialreform und dem so raschen Versagen derselben schon eine Lobrede erwartet, trägt die Verantwortung, wenn die Gegner des Arbeiterschutzes den maßgebenden Kreisen einreden, die weitgehendsten Versprechungen seien vollauf erfüllt, die Sozialreform müsse stillstehen!

Unsere Fraktion war keineswegs in der Lage, der deutschen Arbeiterschutzpolitik Lobreden zu halten. In der zwölftägigen Debatte hatten wir vielmehr zahlreiche und schwere Unterlassungssünden zu rügen.

Die **Kommission für Arbeiterstatistik**, 1891 unter der Vorgabe gegründet, daß sie die Sozialreform fördern solle, ist so gut wie eingeschlafen. Höchst selten hält sie Sitzungen ab, und diese waren von oft lächerlicher Kürze, während sie sich früher auf fast eine ganze Woche erstreckten. Auch das Resultat der Berathungen wurde immer kläglicher. So ist nach jahrelangem Hinziehen ein Gesetzentwurf zum Schutze der Kellner und Köche zu Stande gekommen, der bei diesem ungesunden, aufreibenden Beruf eine tägliche Arbeitszeit von 16, in Großstädten von 15 Stunden zulassen will! Was bleibt da für die Erholung, für die Familie, für die geistige Ausbildung übrig? Dazu kommt, daß bis zu sechszig Mal im Jahre die Höchstdauer der Arbeitszeit überschritten werden darf! An Stelle der im Gastwirthsgewerbe nur theilweise durchführbaren Sonntagsruhe wird auch nicht ein freier Tag in der Woche gewährt. Außerdem war die Kommission gezwungen, da ihre Befugnisse sich doch immer nur auf Titel VII der Gewerbeordnung erstrecken, sich auf das gewerbliche Personal zu beschränken, so daß wichtige Aufgaben ungelöst bleiben mußten, denn es fällt z. B. ein großer Theil des Gastwirthspersonals unter die Gesindeordnung. Die Straßenbahnangestellten, die einen durchgreifenden Schutz dringend benöthigen, fallen ebenfalls nicht unter die Gewerbeordnung und sind in Folge dessen der Kommissionsthätigkeit entzogen. Unsere Redner forderten daher, daß diese erweitert und lebhafter werde — was freilich unter dem jetzigen Kurs nicht zu erwarten ist. Eher noch, daß frühere, dem Unternehmerthum unbequeme Beschlüsse der Kommission aufgehoben und verschlechtert werden! So laufen die Bäckermeister unter Anführung des Agrariers Dr. Oertel unablässig Sturm gegen den Fortbestand der **Bäckereiverordnung** vom 4. März 1896.

Unsere Redner wiesen auf die schreienden Mißstände hin, die noch immer in den Bäckereien herrschen: Ueberarbeit, Lehrlingsausbeutung, Unreinlichkeit in Back- und Schlafräumen. Würde an Stelle der täglichen die wöchentliche Mindestruhezeit treten, so wäre damit die Maximalarbeitszeit überhaupt beseitigt und der grenzenlosen Ausbeutung freiester Spielraum gegeben, da schon jetzt, wie verschiedene Gewerbeaufsichtsbeamte einräumen, die Innehaltung der Arbeitszeit schwer zu kontrolliren ist, bei einer Maximalarbeitswoche aber völlig unkontrollirbar werde. Dagegen sind alle Berichte der Gewerbeaufsicht für 1898 darüber einig, daß die bestehende Verordnung durchgeführt werden könne, und daß da, wo man sich weigere, es daran liege, daß man nicht wolle, daß entweder die Bäckermeister sich sträubten, oder es nicht verständen, die Arbeiten entsprechend einzutheilen. Ja, einige Aufsichtsbeamte wollen nicht Einschränkung, sondern Erweiterung der Verordnung, u. A. gänzliches Verbot der Nachtarbeit, da sonst die Gesellen der Ueberarbeit schutzlos preisgegeben seien, wie der Bericht für Magdeburg schon 1897 darlegte. Welcher Geist den Grafen Posadowsky beseelt, dafür giebt Zeugniß, daß bei hygienischen Vorschriften für die Backstuben nicht allein das gesundheitliche Interesse der Arbeiter und der Schutz des Publikums gegen Unsauberkeit maßgebend sein soll, sondern, wie er im Reichstage erklärte, auch die Sorge, ob nicht „der Grundbesitz mancher Bäckereibesitzer vollkommen entwerthet werde"!

Digitized by Google

Die Gewerbeaufsicht gab unseren Fraktionsrednern ebenfalls Anlaß zu scharfem Tadel. Zwar untersteht die Durchführung derselben und damit Zahl und Art der anzustellenden Beamten leider noch immer den Einzelstaaten und ist nicht, wie unsere Anträge es seit Jahren fordern, Reichssache, aber das Reichsamt des Inneren hat, wenn es nur will, auch Einfluß genug, um auf die bei Durchführung der Inspektion rückständigen Staaten einen Druck auszuüben daß sie den Verpflichtungen, die ihnen die Gewerbeordnung auferlegt, auch in Wirklichkeit nachkommen, also durch genügende Anzahl der Beamten und Revisoren für eine wirkliche Kontrolle sorgen. Statt dessen bemühte sich das Reichsamt des Inneren früher, die oft ohnehin sehr kärglichen Berichte, die den Einzelregierungen seitens ihrer Beamten erstattet werden, in schönfärberischer Weise zusammenzuziehen. Da unsere Kritik dieses Verfahrens unbequem geworden war, sind sie im letzten Jahre zwar im Wortlaut, aber mit einem so unzureichenden, unübersichtlichen Register vorgelegt worden, daß das Studium der 2800 Seiten Text und der Dutzende von Tabellen ein sehr zeitraubendes wird und nur von Wenigen erledigt werden kann. Damit wird freilich erreicht, daß die mitunter dem Unternehmerthum und der Regierung sehr unliebsamen Mittheilungen einzelner Aufsichtsbeamten in der Verborgenheit bleiben!

Getadelt mußte ferner werden, daß die zu geringe Zahl der angestellten Beamten nach wie vor keine durchgreifende Kontrolle ermöglicht, daß Arbeiter garnicht, Frauen in unzureichendem Maaße hinzugezogen, ja in Preußen die Beamten noch immer durch einen Erlaß des Frhr. von Berlepsch von 1894 dazu verpflichtet sind, mit den Organisationen der Arbeiter nicht in Verkehr zu treten. Bayern, Baden, Hessen, Württemberg schlagen seit einigen Jahren bereits und mit dem größten Erfolge den entgegengesetzten Weg ein; dort stehen die Aufsichtsbeamten in ständigem, regem Verkehr mit den Gewerkschaftskartellen und Beschwerdekommissionen. In Preußen und Sachsen dagegen läßt man nicht von den kleinlichen Praktiken der sozialistengesetzlichen Zeit, gehorsam den Winke des Centralverbandes deutscher Industrieller. — Auch die niedrigen Strafen, welche von den Gerichten verhängt werden, wenn schon einmal der seltene Fall eintritt, daß ein Unternehmer wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung die Anklagebank ziert, ebenso die namentlich wieder in Preußen und Sachsen übliche lange Nachsicht und Geduld der Aufsichtsbeamten gegen solche Uebertretungen, all das bot Anlaß zu eingehender, auf Thatsachen sich stützender Kritik, die von mehreren Fraktionsmitgliedern auf spezielle Gebiete der Industrie ausgedehnt wurde, in denen die Lage der Arbeiter eine besonders verbesserungs- und schutzbedürftige ist. So verwies ein Redner auf die von der Centralleitung der Organisation der **Steinarbeiter** herausgegebene Denkschrift, welche die furchtbaren Gesundheitsgefährdungen dieses Berufes schildert. Die Regierung versprach auch, nachdem ihr von uns nachgewiesen, wie sie bei einer von ihr unter Ausschluß der Arbeiter veranstalteten Enquete von den Innungsmeistern über den Löffel barbiert worden war, nun unter Hinzuziehung von Vertretern der Steinarbeiter-Organisation Schutzmaßregeln zu berathen. Die Mißstände im **Ziegeleigewerbe**: die schlechten Unterkunftsräume, die gesetzwidrige Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen und Frauen, der Mangel ärztlicher Kontrolle, fanden ebenso sachgemäße Darlegung wie die Mißstände in den **Bergwerken**, bei denen die große Zahl von Ueberschichten, die Zunahme der Sonntagsarbeit, die vermehrte Einstellung von Frauen und ungelernten Arbeitern, die ungenügende Entlohnung, die unzureichende Zahl und Art der Aufsichtsbeamten, zu denen die Arbeiter kein Vertrauen fassen können, zu rügen waren. Die Folgen des Mangels an Arbeiterschutz ist eine stete Zunahme der Unfälle und der Krankheitsfälle — was freilich den Abgeordneten und Bergrevierdirektor Hilbt nicht abhielt, die Zustände in den Bergwerken vortrefflich zu finden. Ferner wies einer unserer Redner nach, wie die neueste Verordnung

Digitized by Google

des Bundesraths über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in **Glasschleifereien** die Verhältnisse für die Arbeiter verschlechtert hat. Die von einem anderen Fraktionsmitgliede schon seit Jahren vorgebrachten Schilderungen der traurigen Wirthschafts- und Gesundheitsverhältnisse, welche die **Spielwaarenindustrie** in Meiningen veranlaßt, hatten zur Folge gehabt, daß im Auftrage der Handelskammer von Sonnenberg eine Widerlegung geschrieben wurde. Wie aber unser Redner nachwies, bestätigte diese Schrift nur dessen Ausführungen, wenn sie auch noch so sehr die Mißstände zu beschönigen versucht.

Ferner fanden zahlreiche Mißstände auf dem Gebiete der Frauen- und Kinderarbeit, der Konfektionsindustrie, der Bauarbeit, der Rentenberechnung der Seeleute eingehende Darlegung.

Beim Etat des **Gesundheitsamts** entgegnete ein Fraktionsmitglied auf die Angriffe, die wegen seiner früheren Darlegungen beim Reichs-Seuchengesetz über Mißstände in Krankenhäusern seitens der Stadtverwaltung Berlin gegen ihn erfolgt waren. Gestützt auf Material der unter den Mißständen leidenden Kreise rügte er den Mangel an ausreichenden, genügend vorgebildeten Wärtern, deren Arbeitszeit zu lang, deren Lohn zu gering ist, die Ueberfüllung der Krankenhäuser u. s. w. Ein anderes Fraktionsmitglied protestirte dagegen, daß in Krankenhäusern an den Patienten ohne deren Einwilligung quälende Experimente vorgenommen werden. In beiden Fällen suchten die Regierungsvertreter vergeblich zu beschönigen, was nicht zu beschönigen ist.

Den Reichszuschuß zum Ausbau der Ruine **Hohkönigsburg**, die dem Kaiser von der Stadt Schlettstadt geschenkt war, verweigerten wir, da weder historische noch künstlerische Wünsche vorliegen, sondern nur persönliche, die nichts sind als „ein verschleierter Theil des persönlichen Regiments". Das Centrum war mit Hurrah dafür, auch die Elsässer, die da glaubten, sie würden als Gegengeschenk die Aufhebung des Diktaturparagraphen bekommen. In der offiziösen Presse war das auch angedeutet worden. Als das Geld bewilligt war, verstummten die Sirenenklänge: sie hatten ja ihre Schuldigkeit gethan! Der Diktaturparagraph ist geblieben.

Unsere Zustimmung gaben wir der von der Budgetkommission vorgeschlagenen Resolution: „Den Reichskanzler zu ersuchen, in den Reichshaushalts-Etat pro 1902 eine entsprechende Summe zur Förderung der Bekämpfung der Tuberkulose, insbesondere auch zur **Errichtung von Heilstätten** für Lungenkranke einzusetzen". Es ist das erste Mal, daß Reichsmittel für diesen Zweck in Aussicht genommen werden. Unser Redner hob hervor, daß, so nothwendig auch die Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke sei, doch nicht durch dieselben eine irgendwie durchgreifende Bekämpfung dieser sozialen Krankheit ermöglicht werde. Die Tuberkulose fordert ihre meisten Opfer aus den Reihen der Arbeiter, sowohl wegen des ungenügenden Einkommens derselben, als wegen des unzureichenden gesundheitlichen Schutzes im Heim und in der Werkstatt. Eine weitgreifende Wohnungsfürsorge seitens des Staats und der Gemeinden, eine mit genügenden Machtvollkommenheiten und hinreichender Beamtenzahl ausgestattete Gewerbeaufsicht, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf das gesundheitlich zulässige Maß — kurz Arbeiterschutz in jeder Hinsicht ist die erste Bedingung, unter der allein ein wirksamer Kampf gegen diese Volksgeißel möglich ist. Wenn aber wie bei uns noch so kleinliche Anfänge auf diesem Gebiet gemacht sind, andererseits die Zollpolitik die Nahrung des Volks vertheuert und noch darnach strebt, den Brodwucher zu unterstützen, die industrielle Arbeitsgelegenheit zu schmälern, dann ist die Zuwendung von Reichsmitteln für Errichtung von Heilstätten ein Tröpflein auf einen glühenden Stein. —

Ein tragikomisches Zwischenspiel leistete sich bei den Verhandlungen über diesen Etat der Abg. **Stoecker**! Wahrscheinlich um sich höheren Orts wieder in gezeigte Erinnerung zu bringen, ergoß er eine Fluth von Schmähungen über

Digitized by Google

unsere Partei und einige unserer Abgeordneten. Es bekam ihm schlecht: seine Doppelzüngigkeit, seine chronischen Konflikte mit der Wahrheit, sein Falscheid und sein Scheiterhaufenbrief, kurz, das ganze große Sündenregister kam zur Sprache und der verlorene Mann wurde von unsern Rednern derart gekennzeichnet, daß selbst seine nächsten politischen Freunde sich genirten, ihm zu Hilfe zu kommen. Und zum Schaden hatte er noch den Spott! —

Die Handelsvertrags-Debatten siehe bei Finanzwesen.

Beim Etat des Reichs-Versicherungsamtes wiesen unsere Redner auf die von Jahr zu Jahr steigende Zunahme der Unfälle hin, die im letzten Abrechnungsjahr (1899) relativ und prozentualiter die höchste Höhe erreicht haben. Die tödtlichen Unfälle betrugen im Jahre 1896: 6989, 1897: 7287, 1898: 7948, 1899: 7999. Die Zahl der Verwundeten stieg in denselben Jahren von 85 272 auf 91 171, dann auf 96 774 und 1899 auf 104 811 Personen. Da das Gesetz den Unternehmern nicht die volle Haftpflicht auferlegt, sondern durch Einschränkung der Vollrente auf zwei Drittel des Lohnes, der Wittwenrente auf ein Fünftel, so steigt, je größer die Zahl der Unfälle ist, der Vortheil um so höher, den das Unternehmerthum in Folge dieser gesetzlichen Begünstigung hat. Es sind Millionen, die ihm dadurch Jahr für Jahr zu Gute kommen. Dabei prahlen die Unternehmer damit, welch' große Aufwendungen sie zu Gunsten der Arbeiter machen! Im Jahre 1899 entfielen auf jeden Versicherten nur 4 M. 23 Pf. jährlich oder 1,1 Pf. täglich Unfallentschädigung. Wenn wir auch den Verbesserungen des Unfallversicherungsgesetzes, die im vorigen Jahre die Novelle brachte, zustimmten, so erheben wir doch nach wie vor die Forderung, daß den Arbeitern eine volle Entschädigung und in größerem Maße als bisher die Antheilnahme an der Verwaltung gewährt wird. Bemängelt wurde ferner die unzureichende Art der Statistik; sie müßte mehr spezialisirt werden, so daß man auch über die Unfälle bei den einzelnen Berufszweigen einer großen Gewerbegruppe Aufschluß gewinnt. Dann wurde Abhilfe dagegen gefordert, daß die ärztlichen Gutachten über die den Aerzten zustehenden Befugnisse hinaus abgefaßt werden. Bei der Berathung der Unfallnovelle waren sich alle Parteien darüber einig, daß der Arzt sein Gutachten nur erstrecken soll auf das, was er als Fachmann übersieht, nämlich, in welchem Maße der Verunglückte körperlich und geistig benachtheiligt wurde. Meist wird aber das Gutachten auch auf die Erwerbsfähigkeit ausgedehnt, über die ein Arzt oft gar kein Urtheil besitzt. Der Staatssekretär hat bei Berathung der Unfallnovelle diese Art Atteste für ungehörig erklärt und Abhilfe versprochen. Die Berufsgenossenschaften kehren sich daran aber nicht im Geringsten, wie ein Rundschreiben der land- und forstwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft für Hessen-Nassau vom 9. Oktober 1900 beweist, in dem den Aerzten ein Tarif für den Grad der Erwerbsunfähigkeit je nach der Verletzung des Verunglückten mitgetheilt und dem Arzt dieser Tarif als Richtschnur vorgeschrieben wird. — Ferner wurde darauf hingewiesen, wie einzelne Berufsgenossenschaften die zum Schutze der Arbeiter getroffenen neuen Bestimmungen umgehen. Nach der Unfallnovelle soll das ärztliche Gutachten im Allgemeinen von demjenigen Arzte ausgestellt werden, der den Verletzten behandelt hat; wenn aber der Arzt in einem festen Vertragsverhältniß zur Berufsgenossenschaft steht, hat der Arbeiter das Recht, das Gutachten eines dritten Arztes zu verlangen. Daraufhin haben die Knappschaftsberufsgenossenschaften das Verhältniß so geregelt, daß die Aerzte nicht mehr ihre Vertrauensärzte sind, sondern die der Knappschaftskrankenkassen. Obwohl in diesen die Unternehmer genau denselben Einfluß auch auf die Aerzte besitzen, wie in den Berufsgenossenschaften, hat das Reichsversicherungsamt diese offenbare Umgehung des Gesetzes für zulässig erklärt, und die Bergarbeiter haben nun kein Recht auf das Gutachten eines andern, wirklich unabhängigen Arztes! Ein weiterer Mißstand ist der, daß trotz der riesigen Anzahl polnischer Arbeiter,

Digitized by Google

die nicht Deutsch verstehen, die Unfallverhütungsvorschriften nur in deutscher Sprache bekannt gegeben werden. Im Bergbau sind allein 69 379 Polen beschäftigt, in manchen Zechen bilden sie mehr als zwei Drittel der Belegschaft. Im Dortmunder Bezirk ist zwar 1898 eine Sprachenverordnung erlassen, daß Leute, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, nicht als selbstständige und nicht als Vorarbeiter beschäftigt werden dürfen. Aber diese Verordnung ist bei der Massenanlegung polnischer Arbeiter in den letzten Jahren nur auf dem Papier geblieben. Auch in den Hüttenwerken ist die Zahl der Polen eine sehr große, und die der verunglückten Polen verhältnißmäßig noch größer, als die der Deutschen, weil erstere, worauf auch in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten hingewiesen wird, meist ungelernte Arbeiter sind. Sehr beunruhigt sind ferner die Bergarbeiter durch Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes, daß Verunglückte, die sich vorschriftswidrig an verbotenen Orten befanden, keine Rente bekommen sollen. An einer Fülle von Beispielen wies unser Redner nach, daß die Arbeiter durch die Betriebsverhältnisse nur zu oft gezwungen werden, die Verbotvorschriften nicht zu beachten. Würden bei Untersuchung der Unfälle auch Arbeiter wenigstens als Assistenten hinzugezogen werden, so kämen sie sicher stets dahinter, ob der Arbeiter nicht durch die Eigenart des Betriebes oder durch gewissenlose Beamte gezwungen wurde, die Verbote zu übertreten!

Unsere Fraktion hatte auch eine Resolution beantragt, „den Reichskanzler zu ersuchen, daß zu ständigen Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamtes Techniker und Nationalökonomen berufen werden sollen". Daß ein Mangel an solchen Kräften vorhanden ist, zeigen nur zu viele Entscheidungen, die sowohl gewerbliche als volkswirthschaftliche Sachkenntniß vermissen lassen. Die von uns beantragte Resolution wurde aber von der Mehrheit abgelehnt.

Beim **Etat des Reichs-Eisenbahnamtes** forderten wir, daß dieses gegen die in verschiedenen Einzelstaaten herrschende Mißwirthschaft einschreite, wozu es berechtigt ist, da nach Artikel 43 der Verfassung „das Reich dafür Sorge zu tragen hat, daß die Eisenbahnverwaltungen die Bahnen jeder Zeit in einem die nöthige Sicherheit gewährenden baulichen Zustande erhalten und dieselben mit Betriebsmaterial so ausrüsten, wie das Verkehrsverhältniß es erheischt", und nach Artikel 45 „dem Reich die Kontrolle über das Tarifwesen zusteht". Unsere Redner wiesen darauf hin, daß die so häufigen Eisenbahnunfälle zum weitaus größten Theil nur durch die Ueberlastung der Angestellten verursacht sind, die auch im Reichseisenbahndienst bis zu 17 Stunden täglich Dienstzeit und einen bis auf 2 Mk. 84 Pfg. herabsinkenden Lohn haben. Ferner wurde auf die Entrechtung aller Eisenbahnarbeiter hingewiesen, die dadurch erfolgt, daß ihnen jegliche Organisation verboten wird. Ferner sind die Eisenbahnämter, wie durch Verlesung eines Geheimcirkulars nachgewiesen wurde, aufgefordert worden, die Tagelöhne der bei der Eisenbahn beschäftigten ungelernten Arbeiter ja nicht etwa höher zu setzen als die der Arbeiter in Industrie und Landwirthschaft, um letztere nicht zu überbieten! Ein anderes Fraktionsmitglied konnte an der Hand ausführlicher Lohntabellen nachweisen, wie außerordentlich niedrige Löhne den im Dienst der preußischen Eisenbahn Angestellten gezahlt werden, obwohl die Ueberschüsse ständig wachsen; sie werden aufgebracht durch die dritte und vierte Wagenklasse, die unbequeme oder gar keine Sitze haben, überfüllt, unsauber und bei der vierten Klasse nicht einmal mit der genügenden Anzahl von Aborten versehen sind. Unsere Redner traten für Aufhebung der vierten Wagenklasse, Verbilligung der Personentarife und Verbesserung der Wageneinrichtung ein. Forderungen, von denen die Agrarier und die ihnen nahestehenden Minister um so weniger etwas wissen wollen, weil sie befürchten, daß je besser und billiger

Digitized by Google

die Fahrgelegenheit, um so mehr noch die Landarbeiter sich vor der agrarischen Ausbeutung und Bevormundung in die Städte flüchten werden.

Der **Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung** veranlaßte, das „väterliche Regiment" des Herrn v. Podbielski energisch zu kritisiren. Hatte er es doch glücklich zu Wege gebracht, daß unter den Angestellten seines Ressorts die Ruhe des Kirchhofs herrscht, denn die angedrohten Maßregeln der Organisirten haben zur Lahmlegung derselben geführt. In der letzten Zeit hatte der Staatssekretair seine mundtodtmachende Fürsorge der Zeitschrift „Deutsche Reichspost" zugewendet, weil diese eine Fortsetzung der 1898 den Unterbeamten verbotenen Zeitschrift „Deutscher Postbote" sei. Die „Warnung" wurde allen Unterbeamten vorgelegt und mußte von ihnen unterschrieben werden. Unser Redner trat so wie schon seit Jahren dieser Bevormundung energisch entgegen und erklärte: „Was die Beamten außerhalb des Dienstes thun, so weit es nicht mit den Staatsgesetzen in Widerspruch steht, darum hat sich die Postverwaltung nicht zu kümmern" — ein Grundsatz, den aber Herr v. Podbielski nicht anerkannte.

Beklagt wurde ferner, daß viel zu wenig Beamte angestellt sind, so daß der Dienst darunter leidet, daß zur Aushilfe in der Weihnachtszeit Soldaten und nicht Arbeitslose genommen und die vom Reichstag seit drei Jahren immer wieder beschlossene Aufbesserung der Gehälter der Post- und Telegraphen-Assistenten Jahr für Jahr vom Bundesrath abgelehnt worden sei. Unser Redner schlug vor, die Regierung zu der Gehaltszulage zu zwingen, indem der Posten in den Etat eingesetzt werde; da aber die übrigen Parteien das nicht wollten, kam nur eine Resolution zu Stande, mit der der Bundesrath wieder machen kann, was er will.

Auf einen Hinweis, daß unter den Postbeamten ein Cirkular herumgegangen sei, das sie aufforderte, Abonnenten für die Zeitschrift des Flottenvereins zu sammeln, meinte Herr v. Podbielski, sich naiv stellend wie stets, er halte den Flottenverein nicht für einen politischen Verein!

Auch die ungenügende Besoldung, überlange Dienstzeit, ungesunden Aufenthaltsräume der Postillone in Berlin wurde gerügt und die unzureichende Bezahlung der Telephon- und Telegraphenarbeiter. Zusagen für Abstellung der Uebelstände auf dem Gebiet des Lohnwesens machte die Regierung nicht. Bei Berathung der Petitionen wurde vom Reichstag der Antrag angenommen, daß die Postillondienstzeit bei der Anstellung als Postschaffner angerechnet werde.

Der **Etat des Reichs-Justizamts** veranlaßte eine ausgedehnte und lebhafte Debatte über die zahlreichen Mißstände und Auswüchse, die sich bei der deutschen Rechtspflege in stets steigendem Maße geltend machen, während dringend nothwendige Reformen zum Schutze gegen Mißgriffe der Justiz und zum Ausbau des Rechts unterbleiben. So hat der Bundesrath im letzten Jahre eine Reihe von Resolutionen des Reichstags abgelehnt, die dieser zum Theil einstimmig faßte, so die 1898 und 1899 beschlossene Forderung einer gesetzlichen Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft. Am 21. März 1901 wurde dies abermals beschlossen und wird abermals vom Bundesrath nicht beachtet werden, wie er dies auch mit den bei Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches fast einstimmig angenommenen Resolutionen that betreffend gesetzliche Regelung des Jagd- und Fischereirechts, Wasserrechts und Bergrechts, sowie Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts („Gesetzliche Regelung der Verträge, durch die Jemand sich verpflichtet, einen Theil seiner geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für die häusliche Gemeinschaft, ein wirthschaftliches oder ein gewerbliches Unternehmen eines Andern gegen einen verabredeten Lohn zu verwenden"), ferner die Resolution von 1897: „Die Arbeitsverhältnisse zwischen den land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter"

Digitized by Google

sowie dem Gesinde einerseits und deren Arbeitgebern andrerseits reichsgesetzlich zu regeln". Unter Bezugnahme auf die in Ostpreußen herrschenden Zustände, unter denen die Landarbeiter zu leiden haben, wurden verschiedene die heftigste Kritik herausfordernde Gerichtsurtheile besprochen und ländliche Schiedsgerichte gefordert, in denen ländliche Arbeiter an der Rechtsprechung mitwirken. Jetzt besteht für die ländlichen Arbeiter in Ostpreußen ein trauriger Zustand der Rechtlosigkeit.

Wie die Justiz in manchen Bundesstaaten gehandhabt wird, so daß die Meinung entsteht, sie sei ein Werkzeug der politischen Leidenschaft geworden, wurde auch an dem Meineidsprozeß gegen unsern Genossen Holst in Güstrow dargelegt. Auch noch andere für mecklenburgische Rechtszustände und Rechtsbegriffe bezüglichen Vorkommnisse wurden gegeißelt, wie überhaupt das ganze Verhalten der dortigen Behörden und Gerichte gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterschaft.

Auf die Kritik der Reden des preußischen Justizministers Schoenstedt hatte dieser im preußischen Abgeordnetenhause in schroffstem Tone und mit persönlichen Verunglimpfungen erwidert; in den Reichstag kam er aber auch zur dritten Lesung des Justizetats nicht, weil er, wie er sich ausredete, „es nicht für seine Pflicht halte, allen Reichstagssitzungen beizuwohnen und sich als Kugelfang hinzustellen für etwaige Angriffe gegen die preußische Justizverwaltung; im preußischen Abgeordnetenhause sei der Platz, wo man solche Dinge erörtern könne." Das ist grundfalsch! Da das Reich die Aufsicht über die Ausführung der Reichsgesetze hat, so liegt den Ministern der Bundesstaaten die Pflicht ob, wenn ihnen das auch unbequem genug sein mag, dem Reichstage Rede und Antwort zu stehen, und zwar „über alle Akte der Justizhoheit, mögen sie von wem immer ausgeübt werden. Auch das Begnadigungsrecht der Krone ist nicht ein Recht zu persönlichen Launen, sondern ein Ausfluß der Justizhoheit, ein Amt, das nur geübt werden darf im Einklang mit allen Grundsätzen der Rechte und Pflichten im Sinne der Gerechtigkeit und Billigkeit." Unser Genosse zahlte übrigens dem preußischen Justizminister mit der dessen Angriffsart entsprechenden Münze heim. Der Staatssekretär des Justizamts dagegen meinte, daß diejenigen Minister, die Mitglieder des Bundesraths sind, die Berechtigung, aber nicht die Pflicht haben, zu den Reichstagssitzungen zu erscheinen.

Der **Etat für die Verwaltung der Reichsheeres** bezifferte sich auf

559 115 129 Mk.	für	fortdauernde Ausgaben,
85 539 716 „	„	einmalige ordentliche Ausgaben,
28 469 845 „	„	einmalige außerordentliche Ausgaben;

zus. auf **673 124 690 Mk.**, gegen das Vorjahr um **8 Millionen Mark mehr**, gegen ein Jahrzehnt vorher um **128 Millionen Mark, das ist um 19 pCt. mehr.**

Die **Friedenspräsenzstärke**, die der Reichstag 1887 nach dem Septennatskampf auf sieben Jahre von 427 274 Mann (Unteroffiziere, Gefreite und Gemeine) auf 468 417 Mann erhöht hatte, wurde bereits 1890 auf 486 983 Mann und nach der Auflösung von 1893 auf 479 229 Gefreite und Gemeine nebst 77 864 Unteroffizieren, insgesammt auf 557 093 Mann gesteigert. Die Zahl der Unteroffiziere wird seitdem jährlich durch den Etat festgesetzt. Nach der Vorlage von 1899 soll die Friedenspräsenz bis 31. März 1904 auf 495 500 Gefreite und Gemeine anwachsen. Für **1901** wurde sie mit 494 351 Gefreiten und Gemeinen festgesetzt, wozu noch 80 642 Unteroffiziere kommen, so daß insgesammt **574 993 Mann** nebst 29 175 Offizieren, Aerzten und Beamten unter Waffen stehen, das ist seit 1887 eine Zunahme um 35 pCt! Für 1902 ist bereits abermals eine neue Militärvorlage in Aussicht gestellt!

Digitized by Google

Die Ausgaben für den allgemeinen Pensionsfonds, der hauptsächlich den Militärs zu Gute kommt, steigen von Jahr zu Jahr. 1881 beliefen sie sich auf 18,7 Millionen Mk., 1891 bereits auf 39,6 Millionen Mk. und im letzten Etat für 1901 sind sie mit **71 Millionen Mark** in Rechnung gesetzt, so daß sie um 80 pCt. gegen das vorhergehende Jahrzehnt und um 280 pCt., also fast das Dreifache, gegen 1881 gestiegen sind. Die Pensionirungen der Offiziere nehmen unablässig zu. Im Jahre 1900 sind in der deutschen Armee nicht weniger als 644 Offiziere pensionirt worden. Auf Preußen, wo sich die Verabschiedungen gegen das Vorjahr um 128 vermehrten, treffen allein 516!

Bei den Debatten tadelten unsere Redner, daß die Ausbildung der Soldaten trotz aller Lehren, welche die Kriege der Neuzeit geben, noch immer nach dem alten Zopf erfolge: Paraden, Griffekloppen und Knöpfeputzen spielen noch immer eine übergroße Rolle. Dabei beginnen jetzt auch schon militärische Kreise an dieser Heeresausbildung dieselbe Kritik zu üben, die wir seit anderthalb Jahrzehnten im Reichstage vorbringen. Bei einem sich auf wirkliche Kriegsausbildung beschränkenden Dienst sei es auch leicht möglich, die Dienstzeit ganz bedeutend herabzusetzen. Das Milizheer kann, wie dies die Burenstege zeigen, bedeutend mehr leisten als das gedrillte Soldatenheer.

Auch die Ueberanstrengung der Soldaten während der Manöver und die Beschäftigung von Soldaten als Konkurrenten der Civilarbeiter gab zu energischen Beschwerden Anlaß, ebenso die Lohnverhältnisse, Behandlung, Wohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen in den Spandauer Militärwerkstätten.

Kennzeichnend für den Geist, der im Offizierkorps herrscht, sind die Duelle, die trotz aller kaiserlichen Vorbeugungsrathschläge oft in leichtfertigster Weise veranlaßt und von den maßgebenden Stellen noch immer als höchst ehrenhaft angesehen werden. Wuchtige Anklagen erhoben einige unserer Redner wegen der immer und immer wieder vorkommenden Soldatenmißhandlungen. Nur der kleinste Theil derselben gelangt zur öffentlichen Kenntniß, die meisten bleiben ohne Anzeige — aus den genugsam bekannten Gründen — und von den angezeigten erfährt die Oeffentlichkeit auch sehr wenig. Da außerdem die Strafen für die Leuteschinder durchaus nicht hoch, sondern mitunter auffallend niedrig sind, dagegen außerordentliche Höhe erreichen, wenn ein Mißhandelter sich auch nur mit Worten zur Wehr setzt, so ist es kein Wunder, daß die Rohheit mitunter geradezu bestialische Triumphe feiert. Auch die Art und Weise wie der so geheimnißvoll erschossene Rittmeister von Krosigk mit seinen Untergebenen umgesprungen war, wurde der gebührenden Kritik unterzogen.

Der **Etat des Reichsmarineamts** stieg 1901 in Folge des vorjährigen Flottengesetzes ganz bedeutend. Es wurden verlangt für:

Fortdauernde Ausgaben	79 896 422 Mk.
Einmalige ordentliche	72 364 750 „
„ außerordentliche	55 223 000 „
Insgesammt	**207 484 172 Mk.**

Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um fast 45 Millionen Mk, also um 28 pCt.! Ein Jahrzehnt früher (1891/92) wurden für die Reichsmarine 85,4 Millionen Mark ausgegeben, so daß sich seitdem die Kosten um 244 pCt. gesteigert haben!

Bei den Debatten wurde aufgedeckt, welch „schwerwiegendes" Interesse an Vermehrung der Flotte die Inhaber der Panzerplattenwerke besaßen besitzen, Leute, die in den von ihnen gekauften Zeitungen als glühende Patrioten gefeiert werden, da sie für die Weltpolitik agitiren, die sich aber dabei nicht scheuen, sich vom deutschen Reiche für die Panzerplatten Preise zu

Digitized by Google

erzwingen, die um ein Fünftel höher sind als die, welche das Ausland für dasselbe Material seinen Werken bezahlt. Die deutschen Werke von Krupp und Dillingen lassen sich für die Tonne Nickelstahlpanzerplatten 2300 Mk. bezahlen, Nordamerika zahlt den dortigen Werken nur 1900 Mk., mithin 400 Mk. weniger. Dabei müssen letztere an Krupp noch für jede Tonne 100 Mk. Patentgebühren zahlen, so daß sie eigentlich um 500 Mk. billiger verkaufen als Krupp. Da für ein Linienschiff Platten im Werthe von 5 Mill. Mark erforderlich sind, so beträgt der Preisunterschied 1¼ Millionen Mark, mithin bei dem durch das Flottengesetz bedingten Verbrauch 60 Millionen Mark, soviel wie etwa 11 kleine Kreuzer kosten! Diese Enthüllungen bestimmten die Budgetkommission, mit allen gegen 4 Stimmen eine Resolution anzunehmen, „der Reichskanzler wolle in Erwägung ziehen, ob sich nicht im Interesse der Ersparniß die Errichtung eines Panzerplattenwerkes auf Kosten des Reiches empfehle". Darauf hin ließ Krupp eine Preisermäßigung von 150 Mk. pro Tonne anbieten, so daß, wie der Staatssekretär des Reichsmarineamts im Reichstag mittheilte, nach Abzug der Frachtkosten „nur" noch eine Preisdifferenz von 220 Mk. zwischen den amerikanischen und deutschen Plattenpreisen vorhanden wäre. Größere Preisermäßigungen wollte Krupp nur dann eintreten lassen, „wenn die Bestellung auf eine größere Reihe von Jahren gesichert" sei. Vom Plenum wurde bei der zweiten Lesung des Etats die Resolution angenommen. Bei der dritten Lesung trat Herr von Kardorff als Vertheidiger dieser patriotischen Ausbeutung auf und machte davor gruselig, daß es dem Reiche nicht möglich sein werde, so gute Techniker zu erhalten, wie sie Krupp zur Verfügung stehen. Er brachte dann, „ausdrücklich von den Direktoren der beiden Werke Krupp und Dillingen autorisirt", dem Reichstage die Offerte dar, daß „die Werke zu einer weiteren Preisreduktion unter der Voraussetzung eines größeren Abschlusses und der Garantie eines größeren Quantums bereit" sind. Von einem Mitgliede unserer Fraktion wurde dieses beispiellose Verhalten Kardorff's gebührend festgenagelt. Ein Mitglied des Hauses spiele sich als Vertreter eines industriellen Werkes auf und befürworte eine geschäftliche Offerte desselben! „Es hat nur noch gefehlt, daß Herr von Kardorff dabei gesagt hätte: meine Herren, bestellen Sie! ich bekomme 4 pCt. Provision."

Dieses Geschäftsgebahren der Panzerplattenfabrikanten wirft ein grelles Licht auf die Entstehung und Verbreitung der Flottenbegeisterung. Gerade diejenigen Zeitungen, die von Krupp und Stumm ausgehalten werden, haben am eifrigsten für Vermehrung der Flotte agitirt und jeden Gegner in niedrigster Weise beschimpft! Nimmt man dazu, daß auch der Centralverband der Industriellen, wie aus dem zweiten Bueckbrief hervorgeht (siehe bei Besprechung der 12000 Mark-Affaire), sich rühmt, daß „die von ihm veranstaltete große und denkwürdige Flottenkundgebung nicht unwesentlich dazu beitrug, Stimmung für das vielbestrittene erste Flottengesetz zu machen", so ergiebt sich daraus, wie im Wesentlichen diese ganze „Flottenstimmung" durch persönliche Geschäftsinteressen künstlich entfacht wurde.

Dieselben Krupp'schen Werke, die dem deutschen Volke so ungeheuere Summen abschröpfen, entlohnen ihre Arbeiter keineswegs in glänzender Weise. Da nicht weniger wie an 47000 Personen in den Krupp'schen Werken beschäftigt sind, kann man ermessen, welche Riesenprofite er einheimst. Trotzdem sind die sogenannten „Wohlfahrtseinrichtungen" der Krupp'schen Werke in rücksichtslosester Weise darauf zugeschnitten, daß die Arbeiter durch dieselben an die Fabrik gefesselt bleiben, widrigenfalls sie schwere Verluste erleiden. Es wurde von uns im Reichstag darauf hingewiesen, daß auf den Krupp'schen Werken eine Pensionskasse besteht, zu der die Arbeiter zwar mitzahlen müssen, aber nicht einen Pfennig ihrer Beiträge zurückerhalten, wenn sie vor der Pensionirung

Digitized by Google

gehen oder entlassen werden. Sogar gegen Arbeiter, die bereits 25 Jahre dort thätig sind, hat man von dieser Bestimmung der Pensionskasse Gebrauch gemacht!

Der Kolonialetat.

Die deutschen Schutzgebiete bedecken einen Flächenraum von 2,7 Mill. Quadratkilometer, der also fünfmal so groß ist als der des deutschen Reiches. Die Stärke der Schutztruppen beträgt 812 Offiziere und Unteroffiziere und 2544 Mann nebst 2870 Farbigen. Ansässig waren in den Schutzgebieten 5284 Weiße, darunter 3811 Deutsche. Im Etat für 1901 betrugen

	die Einnahmen und Ausgaben	der Reichszuschuß
für das ostafrikanische Schutzgebiet	8 491 000 Mk.	5 259 000 Mk.
„ Kamerun	8 775 800 „	2 179 800 „
„ Togo	1 448 000 „	884 000 „
„ das südwestafrikanische Schutzgebiet . .	10 451 600 „	9 102 600 „
„ Neu-Guinea	809 700 „	709 700 „
„ die Karolinen, Palauinseln und Marianen	811 500 „	286 500 „
„ Samoa	266 000 „	146 000 „
„ Kiautschou	11 050 000 „	10 750 000 „
	36 603 600 Mk.	29 317 600 Mk.

Die Schutzgebiete decken also ihre Ausgaben nur zu ein Fünftel aus eigenen Erträgen (Zöllen und Steuern); vier Fünftel werden durch Zuschüsse des Reiches aufgebracht, also aus den Taschen der deutschen Steuerzahler und zwar hauptsächlich in Folge des indirekten Besteuerungssystems, aus der Tasche der arbeitenden Bevölkerung.

Wem aber kommt der Kolonialbesitz zu Gute? Der Werth der Gesammt-Einfuhr aus den Schutzgebieten betrug 5 Millionen Mk., der Werth der Gesammt-Ausfuhr nach den Schutzgebieten 15,8 Millionen Mk., der Gesammt-Umsatz also 20,8 Millionen Mk.! Und um diesen Umsatz zu erzielen ist ein Reichs-Zuschuß von 36,6 Millionen Mk. jährlich erforderlich! Wenn ein Privatkaufmann bei einem Geschäft mehr Spesen hat als der Umsatz beträgt, wird er sich beeilen, dieses ihn ruinirende Geschäft aufzugeben; die deutschen Kolonialschwärmer dagegen wünschen, das Reich möchte noch immer mehr Schutzgebiete besetzen! Dabei ist auch für die Zukunft an eine bedeutende Entwickelung des Handels mit den Schutzgebieten oder eine wesentliche Steigerung der Ertragsfähigkeit derselben nicht zu denken; die Einfuhr besteht ja hauptsächlich aus Waaren für die vom Mutterlande ernährten Beamten und Soldaten! Die Ausfuhr von Elfenbein aus Deutsch-Ostafrika ist im letzten Jahrzehnt um 75 pCt. gesunken! Nur einzelne Großkapitalisten, die als Schiffsreheder oder Plantagenbesitzer an den Schutzgebieten interessirt sind, haben einen Vortheil von den Kolonien.

Zu den direkt auf Konto der Schutzgebiete geschriebenen Unkosten kommen aber noch diejenigen Ausgaben für Flotte und Verwaltung hinzu, welche durch den Besitz der Schutzgebiete dem Reiche erwachsen und die nicht unbeträchtlich sind. Wird doch gerade der Besitz dieser „werthvollen" Schutzgebiete als Vorwand benutzt, um die stete Steigerung der Flottenausgaben zu rechtfertigen! Außerdem birgt der Kolonialbesitz die Gefahr in sich, daß das Reich in kriegerische Verwickelungen hineingezogen wird. Der chinesische Aufruhr hat bewiesen, wohin angeblich so friedlich und freiwillig zugestandene „Pachtung" von Kiautschou ist! Das vergossene Blut und die fast 300 Millionen Mk. Unkosten sind der Kolonialpolitik aufzulasten.

Unsere Fraktion hat aus all diesen Gründen wie stets gegen den Kolonialetat gestimmt und bei den Debatten die Mißstände, die sich bei der Verwaltung zeigen, energisch bekämpft. In Ostafrika bot die noch immer dort herrschende Hausklaverei unserer Fraktion Anlaß, den Antrag zu stellen, daß im Reichstage baldigst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch welche die in

Digitized by Google

den deutschen Kolonialgebieten von Hausſklaven geborenen Kinder als Freie anerkannt werden." Er wurde gegen unſere Stimmen abgelehnt und eine Reſolution des Zentrumsabgeordneten Gröber angenommen, der Reichskanzler möge eine allgemeine Verordnung erlaſſen, die bezüglich der in deutſchen, Schutzgebieten unter den Eingeborenen beſtehenden Hausſklaverei vorſchreibt: Unterhalt und Pflege des Hausſklaven bei Alter und Krankheit durch den Herrn, Erlaubniß für den Hausſklaven, an beſtimmten Tagen für ſich ſelbſt zu arbeiten, Verbot ſchwerer Mißhandlung des Sklaven, Erleichterung für denſelben durch Arbeit binnen beſtimmter Zeit oder durch Zahlung einer gewiſſen Geldſumme die Freiheit zu erwerben.

Alſo nur erkaufen kann ſich der Sklave die Freiheit; ein Recht auf dieſelbe geſteht ihm auch das fromme Zentrum nicht zu! —

Unſere Fraktion erklärte ſich auch gegen die von der Regierung beantragte Uebernahme einer Garantie des Reiches in Bezug auf eine Eiſenbahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro.

Die Reichs-Einnahmen und Reichs-Schulden.

Unter den Einnahmen des Reiches, die beim Etat im Einzelnen aufgeführt ſind, ſtehen an erſter Stelle die **Zölle und Verbrauchsſteuern.** Im Etat für **1901** ſind ſie folgendermaßen veranſchlagt:

Zölle			478 978 000 Mk.
Tabakſteuer			11 960 000 „
Zuckerſteuer			111 380 000 „
Salzſteuer			48 943 000 „
Branntweinſteuer:			
Maiſchbottich- und Brennmaterialſteuer	18 087 000 Mk.		
Verbrauchsabgabe und Zuſchlag zu derſelben	109 768 000 „		127 855 000 „
Braufteuer und Uebergangsabgabe an Bier			81 136 000 „
Averſa (Abfindungen der außerhalb der Zollgrenze liegenden Reichsgebiete)			78 850 „
		Insgeſammt:	810 330 850 Mk.

Dieſe Zölle und Verbrauchsabgaben ſind indirekte Steuern, die auf die ärmeren Bevölkerungsſchichten weit ſchwerer drücken, wie auf die reicheren. Namentlich, ſeit 1878 Bismarck die Schutzzollpolitik einführte, der ſich die Liebesgabenpolitik anſchloß, ſind dieſe indirekten Steuern Jahr für Jahr noch weit über das Maß der Bevölkerungszunahme hinaus geſtiegen. 1881 betrugen die Nettoeinnahmen 353,8 Millionen Mk., 1891: 641,2 Millionen Mk., 1901 ſind ſie mit 810,3 Millionen Mk. veranſchlagt, ſo daß auf den Kopf der Bevölkerung entfielen: im Jahre 1881 etwa 8 Mk., im Jahre 1891 bereits 13 Mk. und im Jahre **1901** gegen 14,5 Mk., mithin kommen jetzt auf eine Familie von durchſchnittlich 5 Köpfen jährlich 72½ Mk. indirekte Steuern. Zu den Netto-Zolleinnahmen kommen noch 63 Millionen Mk. Erhebungskoſten und 37 Millionen Mk. Ausfuhrprämien für Zucker, zuſammen alſo 100 Millionen Mark, die ebenfalls von den deutſchen Konſumenten gezahlt werden müſſen.

Im Jahre 1900 betrugen die wichtigſten Zollerträge in Mill. Mark.

Getreide	131,6	Käſe	3,0	Hopfen	3,9
Reis	5,4	Butter	2,6	Wein	17,8
Mehl	3,2	Schmalz	12,5	Obſt	3,4
Fleiſch	8,5	Speiſeöle	2,4	Petroleum	70,9
Rinder, Schafe	2,7	Kakao	6,6	Pferde	2,1
Schweine	0,3	Kaffee	64,5	Baumwollwaaren	8,8
Heringe	3,0	Thee	2,9	Wollwaaren	4,8
Eier	2,8	Gewürze	4,2	Seidenwaaren	3,9

Digitized by Google

Die Zölle und Verbrauchsabgaben treffen:

1 kg Brod mit 4 Pf., 1 kg Fleisch mit 15 Pf., 1 kg Schmalz mit 10 Pf., 1 kg Speck mit 20 Pf., 1 kg Reis mit 4 Pf., 1 kg Salz mit 12 Pf., 1 kg Zucker mit 20 Pf., 1 kg Kaffee mit 40 Pf., 1 kg Gewürz mit 50 Pf., 1 kg deutscher Tabak mit 22 Pf., 1 kg ausländischer Tabak mit 85 Pf., 1 Zigarre von ausländischem Tabak mit 1 Pf., 1 Hering (je nach Größe) mit ½—1 Pf., 1 Liter Bier mit 1 Pf., 1 Liter Branntwein mit 23 Pf., 1 Liter Petroleum mit 6 Pf.

Unsere Fraktion hat bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, wie in Folge dieser indirekten Besteuerung es hauptsächlich die armen und arbeitenden Massen sind, die die Einnahmen des Reichs zusammenbringen müssen, da sie ja an Kopfzahl die kleine Schaar der Wohlhabenden und Reichen um mehr als das Achtfache übersteigen. Wir forderten, daß diese indirekte Besteuerung durch eine direkte abgelöst werde, die um so höher ansteige, je größer Einkommen, Vermögen und Erbschaft betragen. Von einer solchen progressiven direkten Besteuerung wollen aber die Vertreter der besitzenden Klassen nichts wissen, da sie keine Lust haben, ihren Militär- und Flottenkultus vorwiegend aus der eigenen Tasche zu bezahlen, sondern vielmehr diese Ausgaben mit Hilfe der indirekten Besteuerung auf die Arbeiter abwälzen wollen.

Trotz der enormen Steigerung der Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern haben diese aber nicht mit den namentlich für Heer und Flotte verwendeten Ausgaben Schritt gehalten, so daß Jahr für Jahr neue Anleihen aufgenommen wurden und die Schuldenlast des Reichs in einer früher kaum geahnten Weise stieg.

Die Reichsschulden betrugen 1880: 387,5 Millionen Mark, 1890: 1241 Millionen Mark, 1900: 2419,5 Millionen Mark, mithin sind sie in 20 Jahren um mehr als das Sechsfache gestiegen!

Die Zinsen der Reichsschuld betrugen 1881: 11,2 Millionen Mark, 1891: 55,8 Millionen Mark und für 1901 sind sie mit 88,5 Millionen Mark in den Etat eingesetzt, also mit fast der achtfachen Höhe, die sie vor 20 Jahren hatten. Insgesammt sind, seitdem 1876 die erste Anleihe aufgenommen wurde, bis zum 31. März 1901 mehr als 1000 Millionen Mark Zinsen für die Reichsschulden ausgegeben worden!

Bei den Debatten wurde die Frage der 1903 abzuschließenden Handelsverträge wiederholt erörtert und dem rücksichtslosen Beutezug der Agrarier von uns energisch entgegengetreten.

Graf Bülow suchte den im Lande sich gegen die Kornzollerhöhung erhebenden Sturm zu beschwichtigen, indem er sagte, er verfolge mit der Tariferhöhung keine finanziellen Pläne. „Wenn die Mehreinnahmen aus den Zöllen beträchtlicher sein würden, würde ich vorschlagen, solche Mehreinnahmen, speziell aus den Zöllen auf Lebensmittel, im wesentlichen zu verwenden zur Hebung der Wohlfahrtseinrichtungen im Reiche und zum Besten der weniger günstig gestellten Klassen der Bevölkerung."

In derselben Weise bemüht sich auch das Centrum seinen Arbeiterwählern vorzugaukeln, daß durch die Erhöhung der Lebensmittelzölle [illegible] Wittwen- und Waisenverwaltung geschaffen werden solle. Das wäre aber [illegible] theure Versicherungsprämie, die da die Arbeiterschaft zu zahlen [illegible]! Eine Erhöhung der Lebensmittelzölle führt doch nicht nur zur Preis[illegible]höhung der eingeführten Produkte, sondern auch zu der durch den Zoll [illegible]hützten inländischen derselben Art. Nun betrug aber die Einfuhr ab[illegible]lich der Ausfuhr im Jahre 1900 für Roggen 817 000 Tonnen, für Weizen [illegible]illion Tonnen, insgesammt 1,8 Millionen Tonnen, während der Ver[illegible]uch in Roggen 8,0, in Weizen 5,0, insgesammt 18 Millionen Tonnen

Digitized by Google

betrug, also das Siebenfache der Einfuhr. Demgemäß bringt auch nur ein Siebentel des Verbrauchs bei der Erhöhung der Getreidezölle eine Mehreinnahme, während sechs Siebentel desselben zu Gunsten der Agrarier vertheuert sind, so daß die Mehrausgaben des Volkes in deren Tasche fließen. Die Zolleinnahmen für Roggen und Weizen betrugen im Jahre 1900 etwa 75 Millionen Mark bei einem Zollsatze von 3½ Mark. Würde dieser, wie es die Agrarier wollen, verdoppelt und dann gemäß der Bülowschen Erklärung diese Mehreinnahme zu Gunsten der Arbeiter verwendet, so ständen 75 Millionen Mark zur Verfügung, während die Gesammtvertheuerung des Verbrauchs das Siebenfache, also 525 Millionen Mark betragen würde! Davon hätten die minder bemittelten Schichten der Bevölkerung, die sich ihr Brod kaufen müssen, reichlich 350 Millionen Mark zu tragen, würden also jede zu ihren Gunsten verwendete Mark mit etwa fünf Mark bezahlen müssen!

Außerdem aber ist bei der schlechten Finanzlage des Reiches und den unersättlichen Ansprüchen des Militarismus gar nicht daran zu denken, daß die Mehreinnahmen der Zollkasse der minder wohlhabenden Bevölkerung zufließen würden. Dieselben leeren Versprechungen wie jetzt Graf Bülow, hat 1878 bereits Fürst Bismarck gemacht, als er den Schutzzolltarif einführte. In seinem berühmten Weihnachtsbrief von 1878, in dem er sein Schutzzollprogramm entwickelte, erklärte er, daß der Zolltarif nicht Mehreinnahmen des Reiches bezwecke, sondern nur Mittel abgeben solle, die Steuerlast zu erleichtern, die Last so umzulegen, daß sie von den Schultern des Volkes leichter zu tragen sind. Entsprechend den Mehrerträgen der neuen Zölle würden alte Steuern erleichtert werden. Nach den Wahlen von 1878 aber kam es ganz anders! Zwar wurden diejenigen Mehrerträge der Zölle, welche sich über 30 Millionen Mark Einnahmen beliefen, den Einzelstaaten überwiesen, die Matrikularbeiträge derselben aber so gesteigert, daß sie, wie schon erwähnt, heute höher sind als die Ueberweisungen! Die Steigerung der Zolleinnahmen hat nur zu einer Steigerung der Ausgaben des Militarismus geführt — und so wird es in Zukunft ebenfalls sein, selbst wenn durch ein Gesetz dies zur Zeit des Abschlusses der Handelsverträge verboten würde. Als ob nicht ein jedes Gesetz durch ein anderes wieder aufgehoben werden könnte! Hat doch bei der Flottenvorlage der Reichstag feierlich unter Zustimmung der Regierung beschlossen, ja nicht die schwächeren Schultern zu belasten — und nun wird doch über kurz oder lang eine Erhöhung der Biersteuer kommen, trotzdem diese grade die ärmere Bevölkerung am schwersten trifft! Die Versprechungen des Reichskanzlers wie des Centrums betreffs Verwendung der Mehreinnahmen aus den Zöllen sind also nicht einen Pfifferling werth und unsere Fraktion rechnet darauf, daß die Arbeiter sie durch Protestversammlungen und Petitionen energisch dabei unterstützen werden, wenn sie im kommenden Winter den Kampf gegen den Brot- und Fleischwucher mit aller Schärfe führen wird!

Eine Folge des Schutzzollsystems ist es auch, daß die gegen die Konkurrenz des Auslandes gesicherten Industrien sich zu Ringen (Syndikaten, Trusts) zusammenschließen und die einheimische Bevölkerung durch Erhöhung der Preise auswuchern, während sie gleichzeitig, um größeren Umsatz zu erzielen, an das Ausland billiger wie an das Inland verkaufen.

So wird der **Zuckerwucher**, den ein Fraktionsmitglied zur Sprache brachte, durch die bestehende Zuckersteuergesetzgebung hervorgerufen. Durch die Verbrauchsabgabe wird jedes Pfund Zucker mit 10 Pfennigen belastet. Dadurch werden 154 Millionen Mark Brutto-Einnahmen erzielt, von denen 37 Millionen Mark als Ausfuhrprämien den Zuckerfabrikanten zu Gute kommen. Dazu treten noch jährlich an 45 Millionen Mk., um die das Zuckerkartell, der Ring der Zuckerfabrikanten, den Zuckerpreis erhöht. Im Ganzen sind es gegen 99 Millionen Mark, um die zu Gunsten der Zucker

Digitized by Google

industriellen der Zucker dem deutschen Volke vertheuert wird und hierzu kommen noch 117¾ Millionen Mark Nettoeinnahme der Zuckersteuer, das macht zusammen 216¾ Millionen Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung giebt das eine Belastung von 3 Mk. 87 Pfg. Jedes Pfund Zucker wird durch die Verbrauchsabgabe und den Kartellwucher um 18¾ Pfennige vertheuert, das ist eine Vertheuerung um 130 pCt. des Werthes! Hätten wir nicht einen Einfuhrzoll von 20 Mark pro Centner Zucker, so könnte der Zuckerring solche Preistreibereien nicht ermöglichen! An der Spitze des Zuckerkartells steht der vielgenannte Herr Bueck, zu den Aufsichtsräthen gehören u. A. der konservative Abgeordnete für Striegau-Schweidnitz Freiherr von Richthofen-Damsdorf, der konservative Abgeordnete für Guhrau-Wohlau Graf von Carmer, der Centrumsabgeordnete Th. Pingen und der als Agrarierführer bekannte Graf von Arnim-Güterberg.

Der Engländer erhält von der deutschen Fabrik den Zucker um 20 Pfennige billiger als der Deutsche! Die Ausfuhrprämie, die aus den Taschen des deutschen Volkes bezahlt wird, abzuschaffen wie überhaupt die Verbrauchsabgabe für Zucker, das ist die Forderung, die von unserer Fraktion auch diesmal wieder erhoben wurde. Ihre Erfüllung liegt im Interesse der Konsumenten und der Industrie; der Zuckerverbrauch würde ein bedeutend größerer sein, wenn der Zucker nicht durch Steuern und Kartellwucher vertheuert wäre. Der Vertreter der Zuckerinteressenten, der nationalliberale Abg. Dr. Paasche, legte in seiner Erwiderung das Geständniß ab, daß die von unseren Rednern vorgeführten Zahlen richtig sind, und Niemand froher als die Zuckerindustrie wäre, wenn die Zuckersteuer beseitigt werden könnte. „Aber woher sollen wir diese 110 bis 120 Millionen Mark nehmen, die die Steuer jährlich dem Reiche einbringt? Wir haben keine andere sichere Einnahmequelle dafür, wir brauchen diese Konsumbesteuerung.“ Das sind leere Ausreden! Grade die Nationalliberalen hätten, wenn sie wollten, schon längst direkte Steuern an Stelle der indirekten einführen können!

Da seitens des Abg. Paasche auch behauptet war, daß die Zuckerindustrie mit allen Mitteln, auch der Prämien und des Kartells, emporgehalten werden müsse, schon um der in ihr beschäftigten Arbeiter willen, wurde von unserm Redner klargelegt, welch miserable Arbeitsverhältnisse grade in der Zuckerindustrie herrschen. Schlechte Löhne, ungesunde Arbeitsbedingungen haben die deutschen Arbeiter zum Theil schon vertrieben, so daß sich die Zuckerfabriken ganze Armeen von polnischen und galizischen Preisdrückern heranholen.

Die Brennerei-Liebesgabenpolitik kam gelegentlich der Branntweinsteuer-Vorlage zur Erörterung (siehe diese).

Militär-Pensionsgesetze.

Die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Wittwen und Waisen der im Kriege Gefallenen war bisher eine so klägliche, daß die Invaliden wiederholt mit schwersten Vorwürfen an die Regierung und den Reichstag herantraten. Letzterer hatte sich für eine Aufbesserung schon mehrmals ausgesprochen. Die Regierung aber, die zu Kolonialabenteuern das Geld des Reiches in so reicher Fülle ausgiebt, verweigerte die Mittel. Auch in der abgelaufenen Session erklärte der Unterstaatssekretär des Reichsschatzamtes, es sei kein Geld da, der Reichs-Invalidenfonds sei bankrott, gegenwärtig betrage das jährliche Defizit 17 Millionen Mark und es werde noch weiter steigen; von einer Erhöhung der Pensionen könne also keine Rede sein. Von unserer Seite wurde letztere Anschauung energisch bekämpft; es sei eine Ehrenschuld des Reiches, die Opfer seiner Kriegspolitik so zu ent-

Digitized by Google

schädigen, daß sie nicht betteln gehen müßten. Schließlich nahm der Reichstag einen aus seiner Mitte gestellten Antrag an, durch einen Nachtrag zum Etat sofort die erforderlichen Mittel bereit zu stellen, und nun gab endlich die Regierung, da sie außerdem für die Chinatruppen ein Pensionsgesetz brauchte, im Januar d. J. die Erklärung ab, daß sie eine Aufbesserung der Bezüge aller Kriegsinvaliden und ihrer Hinterbliebenen für dringlich und unaufschiebbar halte. Mitte April wurde dann ein Gesetzentwurf vorgelegt, bei dem, wie unser Redner hervorhob, die Kriegs- und Verstümmelungszulagen der Offiziere zu denen der Untergrade in einem schreienden Mißverhältniß stehen. Wir gönnen den Offizieren ihre Pensionen, verlangen aber, daß die Untergrade nicht mit Bettelpfennigen abgespeist werden. In der Kommission wurden von uns entsprechende Anträge gestellt, aber nicht berücksichtigt. Da aber das Gesetz gegenüber dem bisherigen Zustande Verbesserungen bringt, stimmte ihm auch unsere Fraktion zu. Am 1. April d. J. trat es in Kraft. Die zu gewährenden Pensionszuschüsse kommen zur Anweisung, ohne daß es eines Antrags bedarf; diejenigen Ganzinvaliden, deren jährliches Gesammteinkommen nicht 600 Mk. erreicht, können bei dem zuständigen Bezirksfeldwebel eine Alterszulage beantragen, sobald sie das 55. Lebensjahr vollendet haben, oder wenn sie vor diesem Zeitpunkt dauernd völlig erwerbsunfähig geworden sind.

Die **Kriegstheilnehmer** (Veteranen) gehen nach wie vor zumeist ganz leer aus. Von den Unteroffizieren und Mannschaften des Heeres und der Marine, welche am Feldzuge 1870/71 oder an den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen Theil nahmen, sind die allermeisten durch die erlittenen Strapazen gesundheitlich geschädigt und dadurch erwerbsunfähig. Das Gesetz von 1895 kommt nur einem ganz kleinen Theil derselben zu Gute, da es nur Denjenigen den Ehrensold von 120 Mk. jährlich giebt, die „vollständig erwerbsunfähig und vermögenslos“ sind. Aber auch für diese reichten die ausgesetzten Mittel nicht. Nicht weniger als 13 672 völlig erwerbsunfähige Kriegstheilnehmer wurden wegen Mangels an Mitteln abschlägig beschieden. Deshalb wurde 1899 die Beschränkung des Gesetzes von 1895 aufgehoben, daß jährlich nicht mehr als 2,4 Millionen Mark in Portionen von je 120 Mk. verwendet werden dürften. Trotzdem verstummten die berechtigten Klagen nicht. Anfangs 1901 nahm man an, daß noch etwa 2800 Mann bezugsberechtigt wären. Der Schatzsekretär wies aber nach, daß 7342 Mann in Frage kommen, und zwar in Preußen 6147, in Bayern 563, in Sachsen 77, in Württemberg 182, in Baden 50, in Hessen 6, in Mecklenburg-Schwerin 31 u. s. w., d. h. insgesammt auf ganz Deutschland außer Preußen 1195. Daß gerade in Preußen eine so außerordentlich hohe Zahl in Betracht zu ziehen sind, rührt daher, daß viele preußische Verwaltungsbehörden, Landräthe u. dergl. den Begriff Hilfsbedürftigkeit derart auffaßten, daß absolute Hilfsbedürftigkeit verlangt wurde; die Veteranen mußten schon nahe am Bettelstab sein, ehe sie die 120 Mk. erhielten. Selbst einigen Konservativen war das zu arg, und so stellte der konservative Bauernbündler Rißler den Antrag, daß alle diejenigen Kriegstheilnehmer den Ehrensold erhalten sollen, „deren Erwerbsfähigkeit in Folge von Alter, Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist, so weit sie unterstützungsbedürftig sind und auf diese Unterstützung Anspruch erheben“. Diese dem Invalidengesetz entsprechende Bestimmung wurde auch am 11. Januar 1901 im Reichstag von allen Seiten gutgeheißen. In der Budgetkommission aber stimmte der Reichsschatzsekretär ein solches Klagelied über die traurige Lage der Reichsfinanzen einschließlich des Reichs-Invalidenfonds an, daß der Antrag keine Mehrheit mehr erhielt. Es wurde nämlich die Zahl der noch vorhandenen Veteranen auf 600 000 Mann berechnet und gefürchtet, daß weitaus der größte Theil der-

Digitized by Google

selben so erwerbsunfähig geworden ist, daß er den Ehrensold von 120 Mk. jährlich erhalten müßte. Das würde jährlich, wenn alle 600000 Ansprüche erheben, 72 Millionen Mark kosten, und der Invalidenfonds muß schon jetzt jährlich 16 Millionen Mark von seinem Kapital nehmen, da seine Zinsen nicht zur Deckung der Verpflichtungen ausreichen. Da nun im laufenden Etat die Ausgaben für die Kriegstheilnehmer von 4080000 Mk. auf 5200000 Mk. erhöht wurden, ferner noch 14 Millionen Mark durch die bessere Versorgung der Kriegsinvaliden hinzukommen, so wird ein Zuschuß aus dem Kapital des Invalidenfonds von 32 Millionen Mark jährlich erforderlich werden. Mehr zu tragen ist er nicht im Stande, auch bei dieser Belastung wird er sich in wenigen Jahren aufzehren. Aus den laufenden Einnahmen für die hilfsbedürftigen Kriegstheilnehmer Unterstützung zu gewähren, läßt der Militarismus nicht zu, der ja alles Geld verbraucht, um dafür zu sorgen, daß künftig neue Massen von Invaliden geschaffen werden. Für Vergrößerung des Heeres und der Flotte, wie der Ausrüstungen, für Kolonialabenteuer thörichster Art ist Geld da — und die Mehrheitsparteien bewilligen was die Regierung fordert. Für eine auskömmliche Versorgung, ja überhaupt nur für eine Unterstützung hilfsbedürftiger Veteranen ist kein Geld vorhanden! „Bruder, nimm den Bettelsack, Soldat bist Du gewest", wie es im alten Volksliede heißt. Graf Posadowsky hat zwar einmal im Reichstag erklärt, „er wolle nicht, daß die Kriegstheilnehmer der Armenpflege anheimfallen", das waren aber leere Worte; in Wirklichkeit ist eine große Anzahl von Veteranen für ihre dem Vaterlande geleisteten Dienste damit belohnt, daß man ihnen das Wahlrecht entzieht, wenn sie, unterstützungsbedürftig, sich ein Almosen von den Gemeinden geben lassen müssen.

Und so bleibt denn Alles beim alten Elend; am 6. März 1901 wurde eine Resolution angenommen, den Antrag Nißler dem Reichskanzler zur Anstellung weiterer Erhebungen zu überweisen — und damit ist die Sache begraben.

Das **Unfallfürsorgegesetz** für Beamte und Personen des Soldatenstandes soll eine Lücke zwischen dem Unfallversicherungs- und dem Pensionsgesetz ausfüllen. Das Beamtengesetz geht wesentlich weiter als das für die Arbeiter geltende Unfallgesetz. Letzteres setzt z. B. die Waisenrente nur bis zum vollendeten 15. Lebensjahr fest, dieses bis zum 18.! Eine Wittwenrente von 3000 Mk., wie sie das Unfallfürsorgegesetz als Höchstbetrag kennt, würde nach dem gewerblichen Unfallversicherungsgesetz für Arbeiter erst bei einem Einkommen von jährlich 42000 Mk. zugesprochen werden können! — Verschiedene Verbesserungsanträge, die wir stellten, wurden abgelehnt, z. B. daß der Personenkreis der Versicherten erweitert wird. Das Gesetz bestimmt: „Beamte der Reichs-Civilverwaltung, des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine sowie Personen des Soldatenstandes, welche in reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigt sind, erhalten, wenn sie in Folge eines im Dienste erlittenen Betriebsunfalls dauernd dienstunfähig werden, als Pension sechsundsechzigzweidrittel Prozent ihres jährlichen Diensteinkommens."

Wir hatten beantragt, noch einzubeziehen: „Personen, welche im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst, sowie in Anstalten oder bei Veranstaltungen zur religiösen, wohlthätigen oder gemeinnützigen Zwecken, zu Zwecken der Kunst, der Wissenschaft, der Gesundheitspflege und der Leibesübung beschäftigt sind." Dies wurde abgelehnt, ebenso der Antrag, daß die verunglückten Soldaten die Rente erhalten sollen, wie sie sie als Civilpersonen auf Grund des Gewerbeunfallgesetzes erhalten müßten, während der Gesetzentwurf ihnen eine weit geringere Rente zuspricht. Im Ganzen war aber die Vorlage eine Verbesserung des Militär-Unfallfürsorgegesetzes von 1886, das auf unsere Anregung hin erlassen, und eine Erweiterung desselben auf die bisher ungeschützten Beamten, so daß wir für Annahme des Entwurfs stimmten.

Digitized by Google

Die Seemannsordnung.

Die Seemannsordnung und die mit ihr zusammenhängenden Gesetzentwürfe zum Schutz der Seeleute (Verpflichtung der Kauffahrteischiffe zur Mitnahme heimzuschaffender Seeleute, Stellenvermittlung für Schiffsleute, Abänderung seerechtlicher Vorschriften des Handelsgesetzbuchs) war bereits in der vorigen Session einer Kommission überwiesen und dort bis fast zur Hälfte durchberathen worden. Als sie in der letzten Session wieder vorgelegt wurde, war von keinem der Beschlüsse der Kommission Notiz genommen, sondern es kam nur ein unveränderter Abdruck des alten Entwurfs. Bis zur Vertagung des Reichstags wurde die Kommission gerade mit ihren Berathungen fertig und konnte den Bericht zur Vertheilung bringen, der nun im Winter zur Berathung gelangen wird. Da einige Beschlüsse der Kommission geeignet sind, das harte Loos der Seeleute ein ganz klein wenig zu mildern, so ist dies Grund genug für die Rheder, in ihrer Presse bereits jetzt dagegen anzukämpfen. Namentlich ist es der unbedingte Gehorsam, der den seemännischen Dividendensklaven aufgezwungen bleiben soll. Jeden der zahlreichen Verbesserungsanträge, der von unsern Kommissionsmitgliedern gestellt wurde, prüften die Vertreter der Rhedereinteressen auf das Allersorgfältigste, ob er irgend eine „Lockerung der Disziplin" oder eine „Gefährdung der Autorität" im Gefolge haben könne! Bei den Reichstagsverhandlungen wird unsre Fraktion Alles daran setzen, um noch die so dringend nothwendigen Verbesserungen der Kommissionsbeschlüsse durchzubringen. In dem nächstjährigen Bericht wird dann auf die Einzelheiten des Gesetzes eingegangen werden. Hier sei nur jenes skandalöse Schreiben der Seeberufsgenossenschaft erwähnt, das der Abg. Raab zur Kenntniß brachte. Es befindet sich in der Akte „Dampfkochapparate" der Seeberufsgenossenschaft vom 18. Februar 1896 und ist von deren damaligem Vorsitzenden E. Ferdinand Laeisz unterzeichnet, der im Sommer 1900 verstorben ist und als großer „Menschen- und Arbeiterfreund" von der Unternehmerpresse gefeiert wurde, ferner vom Direktor John Meyer (von der Hamburg-Amerika-Linie, jetzt ebenfalls verstorben), von J. F. Wessels, Senator in Bremen, Vorsitzender im Aufsichtsrath für Schiffsklassifikation — Germanischer Lloyd), ferner von Adolf Schiff in Elsfleth, jenem Rheder, der 1898, als er die Nachricht erhielt, daß eins seiner Schiffe untergegangen sei, telegraphirte: „Die Mannschaft ist leider gerettet", ferner von P. van Reichen in Emden und von den Rhedern Preuß und W. Maack in Rostock.

Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

„Die Unfallverhütungsvorschriften haben meines Erachtens weniger einen direkten praktischen Zweck, als daß sie zur Dekoration dienen, um den Behörden und dem Publikum zu zeigen, wie vortrefflich die Seeberufsgenossenschaft Alles geregelt hat, wie sie Alles bedacht hat, für die Rheder denkt und sorgt, ihnen die Mühe des eignen Nachdenkens und die Verantwortung abnimmt und sie in jeder Weise bevormundet. Von diesem Gesichtspunkte aus, meine ich, sollten wir jede auftauchende Frage durch eine hübsche Unfallverhütungsvorschrift zu lösen trachten, je harmloser, desto besser. Mundus vult decipi! (Die Welt will betrogen werden!)"

Diese nichtswürdige Verhöhnung des Arbeiterschutzes ist unterschrieben mit dem Vermerk „Einverstanden" von jenen sieben oben genannten Personen!

Und solchen Leuten ist das Wohl und Wehe der Seeleute anvertraut!

Urheberrecht und Verlagsrecht.

Die Gesetze über das Urheberrecht und Verlagsrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst wurden nach langen Berathungen, an denen sich unsere Fraktion eingehend betheiligte, vom Reichstage einstimmig angenommen, später auch vom Bundesrathe. Sie beseitigen im Wesentlichen

Digitized by Google

einige veralteten Bestimmungen. Anregungen, die von unserer Seite ausgingen, wirklich Fortschrittliches zu schaffen, wurden abgelehnt. Sache der Schriftsteller selbst wird es nunmehr sein, sich wie die anderen Arbeiter zusammenzuschließen, um durch ihre Organisation der Kapitalsübermacht der Verleger entgegentreten zu können. — Anschließend an dieses Gesetz wurde gegenüber dem Mißstand des sogenannten **„fliegenden Gerichtsstandes der Presse"** eine Resolution angenommen, daß dem Reichstag baldmöglichst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, der den § 7 der Strafprozeßordnung in der Weise abändert, daß zur Verfolgung der von einem Redakteur oder Herausgeber einer Druckschrift durch deren Inhalt begangenen strafbaren Handlung ausschließlich das Gericht als zuständig erklärt wird, in dessen Bezirk die Druckschrift herausgegeben wird."

Versicherungsgesetz.

Das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen wurde von uns angenommen, obwohl es nur die Staatsaufsicht für die Versicherungen bringt, während wir die Verstaatlichung fordern. Nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfes schien es, als ob auch die Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern Versicherungen auszahlen, unter dieses Gesetz und damit unter Staatsaufsicht gestellt werden könnten. Der Regierungsvertreter erklärte jedoch, daß „gewerkschaftliche wie andere Organisationen, welche sich auf dem Gebiete des Unterstützungswesens bethätigen, unter keinen Umständen unter das Gesetz fallen würden, sondern daß nur Versicherungsgesellschaften in Frage kommen. Das Kammergericht habe durch eine Entscheidung vom 9. Mai 1892, das Oberverwaltungsgericht am 19. November 1888 und 3. Januar 1889 ausgesprochen, daß eine Versicherung sich dadurch kennzeichnet, daß sie nicht blos Unterstützungen in Aussicht stellt, sondern jedem einzelnen Mitgliede einen Rechtsanspruch einräumt." Demgemäß ist auf unsern Antrag hin in das Gesetz die Bestimmung aufgenommen worden: „Als Versicherungsunternehmungen im Sinne dieses Gesetzes sind solche Personenvereinigungen nicht anzusehen, die ihren Mitgliedern Unterstützung gewähren, ohne ihnen einen Rechtsanspruch einzuräumen."

Weingesetz.

Das Weingesetz, das nach langen, oft stürmischen Kommissionssitzungen schließlich einstimmig angenommen wurde, macht abermals den Versuch, eine Grenze zwischen erlaubter und unerlaubter Streckung der Weine zu ziehen. Da nur der kleinere Theil der deutschen Weinberge und nur in guten Jahren ein Produkt liefert, das auch ungezuckert nicht zu sauer ist, muß im Interesse der Winzer wie des Publikums die Zuckerung zugelassen werden — bis wie weit, läßt sich nicht durch die Schablone eines Gesetzes regeln. Die gewerbsmäßige Herstellung der bisher unter Deklaration zulässigen Rosinen-, Hefen- und Preßweine wurde verboten. Das Gesetz führt eine strengere Kontrole bei den Produzenten und Händlern ein. Daß sie von Beamten, die hierzu vorgebildet sind und nicht etwa vom ersten besten Polizisten ausgeübt wird, wurde namentlich von unserer Seite ausdrücklich verlangt. Der Reichstag nahm einstimmig eine Resolution an, daß ihm „baldmöglichst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, der die Ueberwachung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln auf Grund der bestehenden Reichsgesetze nach einheitlichen Grundsätzen und durch Anstellung besonderer Beamter hierfür regelt."

Schaumweingesetz.

Um die durch die Chinaexpedition noch vergrößerte Finanznoth des Reiches zu bannen, wurde dem Reichstage ein Gesetz betr. **Besteuerung des Schaum-**

Digitized by Google

weines vorgelegt, dem wir entgegentraten, da wir für Zwecke des Militarismus kein Geld bewilligen, außerdem aber an Stelle solcher schließlich auch weniger bemittelte Kreise treffenden sogenannter Luxussteuern eine direkte Besteuerung der Wohlhabenden und Reichen verlangen. Die Kommissionsberathungen des Gesetzes sind noch nicht beendet.

Süßstoffgesetz.

Das Süßstoffgesetz, das auf Betreiben der Zuckerindustriellen vorgelegt wurde, verschärft das vor 3 Jahren beschlossene insofern, als es den Verkauf des künstlichen Süßstoffes einschränken, die Verwendung zur Herstellung gewerblicher Produkte gänzlich verbieten und ihn außerdem mit einer Steuer von 60 M. belegen will. Die Besitzer und Aktionäre der Zuckerfabriken fürchten, daß die künstlichen Süßstoffe, die bedeutend billiger sind wie Zucker, diesem eine immer stärkere Konkurrenz machen können, was dem Zuckerwucher, den wir bei Besprechung der Zuckersteuer erörterten, einschränken könnte. Schon aus diesem Grunde erklärte sich unsere Fraktion gegen das Gesetz, außerdem aber deshalb, weil es das grade von der ärmeren Bevölkerung zum Süßen der Speisen und Getränke wie ein Gewürz benutzte Saccharin u. dergl. außerordentlich vertheuern würde. Die Plenarberathungen der Kommissionsbeschlüsse haben noch nicht begonnen.

Branntweinsteuergesetz.

Das Branntweinsteuergesetz sollte der angeblichen Nothlage der Brennereibesitzer ein Ende machen; in Wirklichkeit hätte es die ärmere Bevölkerung noch mehr geschröpft als dies schon jetzt durch das bestehende Branntweinsteuergesetz geschieht. Dieses belastet die Branntweintrinker, die ja die Steuern schließlich bezahlen, mit jährlich 128 Millionen Mark, die in die Reichskasse fließen, außerdem aber noch mit der sogenanten Liebesgabe in Höhe von 43½ Millionen Mark jährlich, die den Brennereibesitzern zu Gute kommt und zwar derart, daß die größeren Brennereien den Hauptantheil erhalten, nämlich etwa 3800 Brennereien an 40 Millionen Mark und die 11 300 übrigen Brennereien nur 3 Millionen Mark. Die Liebesgabe entsteht dadurch, daß der Brenner für jedes Hektoliter Spiritus, das er innerhalb der ihm durch Gesetz begrenzten (kontingentirten) Produktionsmenge brennt, 20 Mk. mehr Steuer vergütet erhält als er Steuer für dasselbe zahlt, beim kontingentirten Spiritus werden 70 Mk. Steuer in Anrechnung gebracht, während nur 50 Mk. pro Hektoliter gezahlt werden. Im Ganzen ist demnach jeder Hektoliter Spiritus mit 86 Mk. besteuert (70 Mk. Verbrauchsabgabe und 16 Mk. Maischraumsteuer), mithin jeder Liter Branntwein um etwa 28 Pf., während er bis 1887 nur mit 5 Pf. belastet war.

Da die größeren Brennereien sich zu einem Ring, der Centrale für Spiritusverwerthung, vereinigt haben, welche die Spirituspreise wesentlich in die Höhe trieb, ist die Produktion von Spiritus sehr gestiegen, so daß die Brenner befürchten, das Ueberangebot an Waare werde einen Preisrückgang hervorrufen. Um diesen zu verhindern, haben sie sich einen schlauen Plan ausgedacht, den das Reichsschatzamt als Gesetzentwurf dem Reichstage vorlegte. Danach sollte eine Strafsteuer für diejenigen Brennereien eingeführt werden, welche mehr als eine festgesetzte Menge Spiritus erzeugen und diese nicht zu Brennspiritus denaturiren. Dadurch soll die Ueberproduktion auf den Brennspiritus hingeleitet werden, was einen Preissturz desselben zur Folge hätte und im Interesse der Arbeiter läge. Aber diese sollen die Preisdifferenz dadurch wieder bezahlen, daß der Trinkbranntwein im Preise erhöht wird. Deshalb erhob unser Redner gegen diesen Vorschlag Protest, zumal er sämmtliche Brennereien auch zwingt, sich jenem Spiritusring anzuschließen, der schon

Digitized by Google

drei Viertel der Betriebe umfaßt und die Preise willkürlich diktirt. Sobald der Ring erst ohne jede Konkurrenz die Macht besitzt, wird er die Preise grenzenlos steigern können.

Die Kommissionsberathungen über diese Vorschläge hatten begonnen, als der Reichstag durch seinen Seniorenkonvent beschloß, sich bald zu vertagen. Da aber das bestehende Brennsteuergesetz am 30. September abläuft, nahm der Seniorenkonvent einstimmig an, es solle ein Nothgesetz vorgelegt werden, das das bestehende Gesetz auf ein Jahr verlängert, die Umänderung desselben solle in der kommenden Session zur Berathung gelangen.

Die nimmersatten Agrarier, deren Vertreter im Seniorenkonvent zugestimmt hatten, mißbrauchten jedoch ihre Macht in der Kommission und beschlossen, zwar den Verwerthungszwang vorläufig fallen zu lassen, die Brennsteuer aber um die Hälfte zu erhöhen. Der Ertrag derselben dient zu Vergütungen für exportirten oder denaturirten Spiritus, kommt also den Brennern selbst wieder zu Gute, muß aber vom Publikum im Branntweinpreise mitgezahlt werden.

Unsere Fraktion erklärte, daß sie alle parlamentarisch zulässigen Mitteln gegen solche gierige Gewaltpolitik in Bewegung setzen werde. Im Reichstag gelang es noch bei der zweiten Lesung den Schnapsinteressenten, ihre Wünsche durchzusetzen. Daß aber die dritte Lesung gleich hinterher oder am nächsten Tage stattfinden konnte, verhinderte bereits unser Widerspruch. Erst am Mittwoch, den 14., für den die Vertagung festgesetzt war, kam es zur dritten Lesung und diese wurde durch unsere Vertreter mittelst Dauerreden und namentlichen Abstimmungen so hingezogen, daß, trotzdem der Präsident die Sitzung bereits um 9 Uhr hatte beginnen lassen, bis zur Mittagsstunde nicht mehr eine beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern im Hause anwesend war, sondern nur 198, da unsere Fraktion mit den Mitgliedern der Freisinnigen Volkspartei den Saal verließen. In Folge dessen mußte die Berathung sofort abgebrochen werden und nun verlas der Reichskanzler die kaiserliche Botschaft, durch die der Reichstag bis zum 26. November vertagt ist.

So hat der erste Abschnitt der Session derart geendet, daß die junkerliche Habgier einen empfindlichen Denkzettel bekam und nicht zum Ziele gelangte. Bei der Berathung der Handelsverträge wird unsere Fraktion nicht ermangeln, ebenso energisch die agrarische Anmaßung zu bekämpfen.

Gewerbegerichtsgesetz.

Das Gewerbegerichtsgesetz, das seit 1890 besteht, weist eine Anzahl Mängel auf, die bereits bei Schaffung dieses Gesetzes von uns hervorgehoben wurden. Unsere Verbesserungsanträge wurden aber damals abgelehnt. 1898 stellte unsere Fraktion dieselben wiederum, auch das Centrum kam mit einigen, wenn auch nicht so durchgreifenden Anträgen wie die unserigen es waren. An den Verhandlungen über diese Initiativanträge im Januar 1899 nahm die Regierung garnicht theil, die Kommissionsvorschläge gelangten im Plenum nicht zur Berathung. Im November 1900 wiederholte unsere Fraktion ihre Anträge, indem sie einen durchgearbeiteten Gesetzentwurf einbrachte, ebenso verfuhr das Centrum. Vom Januar bis Juni dieses Jahres wurden im Plenum des Reichstags und in einer Kommission die Gesetzentwürfe durchberathen und ohne Verschlechterung des bestehenden Gesetzes Verbesserungen beschlossen, die zwar bei weitem nicht alle unsere Wünsche erfüllen, uns aber doch ermöglichten, für das Gesetz zu stimmen. Eine gründliche Reform, wie sie im Interesse der Arbeiter liegt, scheiterte am Widerspruch des Centrums. Unser Antrag, die Gewerbegerichte allgemein obligatorisch einzuführen, wurde abgelehnt und beschlossen, daß nur für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern die Errichtung von Gewerbegerichten Pflicht ist, während dies bisher im Wesentlichen in das Belieben der Gemeindeverwaltungen gestellt war. Abgelehnt

Digitized by Google

wurde ferner unser Antrag, daß den Gewerbegerichten auch die Streitigkeiten aus dem Arbeits-, Lohn- oder Dienstverhältniß aller im Bergbau, in der Land- und Forstwirthschaft, im Handel und Verkehr oder als Gesinde beschäftigten Personen überwiesen werden sollen, während es bisher nur für die Streitigkeiten der gewerblichen Arbeiter zuständig ist. Angenommen wurde ein großer Theil unserer Forderungen bezüglich der sachlichen Zuständigkeit des Gerichts.

Ferner wurde auf unseren Antrag hin beschlossen, daß „Schiedsverträge, durch welche die Zuständigkeit des Gewerbegerichts für künftige Streitigkeiten ausgeschlossen wird, nur dann rechtswirksam sein sollen, wenn nach dem Schiedsvertrage bei der Entscheidung von Streitigkeiten Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl unter einem Vorsitzenden mitzuwirken haben, welcher weder Arbeitgeber noch Arbeiter ist." Damit ist der von vielen Unternehmern befolgten Praxis, durch die Arbeitsordnung die Anrufung des Gewerbegerichts auszuschließen, ein Riegel vorgeschoben!

Abgelehnt wurde unser Antrag, das Mindestalter für die Wähler vom 25. auf das 21. und das für die Beisitzer vom 30. auf das 25. Lebensjahr herabzusetzen und den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu ertheilen. Namentlich war es das Centrum, das sich gegen unseren Antrag erklärte, während vor 23 Jahren die Centrums-Abgeordneten Dr. Lieber und Dr. Franz beantragt hatten, daß alle volljährigen Arbeitgeber und Arbeiter wahlberechtigt sein sollen — ein neuer Beweis dafür, wie sich das Centrum im arbeiterfeindlichen Sinne entwickelt hat! In Oesterreich haben alle zwanzigjährigen Arbeiter und Arbeiterinnen das Wahlrecht!

Angenommen wurde unser Antrag, die Bestimmung zu streichen, wonach die Wähler seit mindestens einem Jahre in den Bezirk des Gewerbegerichts Wohnung oder Beschäftigung haben müssen.

Radikal geberdete sich das Centrum dagegen bei den Bestimmungen über das Wahlverfahren. Während es bei politischen und gemeindlichen Wahlen nichts vom Proportionalwahlsystem wissen will, hat es dasselbe jetzt in das Gewerbegerichtsgesetz hineingebracht, indem dieses Verfahren durch Ortsstatut eingeführt werden kann! Das Centrum will damit nichts anderes erreichen, als daß dort, wo bisher seine Getreuen gegenüber der Sozialdemokratie in der Minderheit blieben und nicht gewählt wurden, nun auch Mitglieder der christlichen Arbeitervereine an die Reihe kommen können. Wo etwa noch Sozialdemokraten durch andere Parteien bisher verdrängt sind, werden sich die Gemeinden hüten, unsern Genossen durch Ortsstatut eine Proportionalvertretung zu schaffen. Unsere Fraktion protestirte daher gegen diese Scheinverbesserung des Gesetzes, die in Wirklichkeit eine Verschlechterung zu unsern Ungunsten sein soll. Gegen die allgemeine Einführung der Proportionalwahl zu den Gewerbegerichten würden wir nichts einzuwenden haben. Uebrigens werden unsere Gegner nicht allzu sehr frohlocken können, denn was wir in einigen Gegenden an Zahl der Beisitzer aus der Arbeiterschaft verlieren, werden wir an der aus den Arbeitgeberkreisen gewinnen!

Die Vorrechte, welche die Innungsschiedsgerichte besitzen, wurden vom Centrum und den Konservativen entgegen unsern Anträgen aufrecht erhalten.

Abgelehnt wurde unser Antrag, daß die Berufung bei Streitsachen von über 100 Mk. nicht mehr an das Landgericht, sondern an eine von einem Amtsrichter und Beisitzern des Gewerbegerichts gebildete Instanz gehen soll, eine Einrichtung, die sich in Oesterreich gut bewährt hat.

Erweitert wurde der Wirkungskreis der Gewerbegerichte auf Antrag unserer Fraktion auch dadurch, daß die Gewerbegerichte nicht nur wie bisher Anträge an Behörden und Vertretungen von Kommunalverbänden richten dürfen, sondern

auch an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten und des Reichs; auch dürfen sie Ausschüsse zur Berathung solcher Anträge bilden. Dadurch ist den Gewerbegerichten das Petitionsrecht gesichert; bei Berathung der Zuchthausvorlage wurde das Berliner Gewerbegericht durch den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg daran gehindert, sich an den Reichstag zu wenden.

Eine den Unternehmern unbequeme Verbesserung des Gesetzes ist die Bestimmung, welche den Erscheinungszwang vor dem Einigungsamt einführt und eine Strafe bis zu 100 Mk. (unsre Genossen hatten 1000 Mk. beantragt!) für diejenigen an einem Streik Betheiligten festsetzt, welche der Vorladung keine Folge leisten. Der Centralverband der Industriellen suchte vergeblich durch seine Presse wie Reichstagsvertreter diese Bestimmung zu Fall zu bringen; der Reichstag nahm sie an. Nun wurde der Bundesrath bestürmt, das ganze Gesetz abzulehnen; er hat es jedoch Ende Juni angenommen und am 1. Januar 1902 tritt es in Kraft.

Wohnungsfürsorge.

Die **Wohnungsnoth**, die sich im Winter 1900 in fast allen größeren Städten des Reichs mehr wie je bemerkbar machte, veranlaßte uns zu folgendem Antrag:

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf, betreffend Regelung der Wohnungswesens vorzulegen; insbesondere Normativ-Bestimmunges bezüglich der Beschaffenheit der Wohnungen und der Durchführung den Wohnungsinspektion, sowie Schaffung eines Reichs-Wohnungsamts."

Einen nicht so weitgehenden Antrag hatten die Nationalliberalen eingebracht. Sie beantragten, den Reichskanzler zu ersuchen, in thunlichster Bälde eine Kommission einzuberufen, bestehend aus amtlichen Vertretern des Reichs und einzelner Bundesstaaten, Mitgliedern des Reichstags und andern in der Wohnungsfrage praktischen Männern und diese Kommission mit der Aufgabe zu betrauen: 1. durch eine Wohnungsenquête die allgemeinen und lokalen Wohnungsverhältnisse im Reiche zu untersuchen und festzustellen, 2. die in der Bewegung für allgemeine Wohnungsreform aufgetretenen Vorschläge zu prüfen und über ausführbare Maßregeln Gutachten abzugeben, 3. insbesondere über die zweckmäßige Organisation der öffentlichen Wohnungsfürsorge und über staatliche und kommunale Vermittelung des erforderlichen Kredites für gemeinnützige Baugesellschaften und Baugenossenschaften Vorschläge zu machen. Ein dem letzteren Antrag im Sinne gleicher war von der Freisinnigen Vereinigung gestellt.

Unsere Redner wiesen auf den engen, untrennbaren Zusammenhang der Wohnungsmisere mit den gesammten Wirthschaftszuständen hin; solange die privatkapitalistische Produktionsweise existirt, kann alle Wohnungsfürsorge nur Flickwerk sein. Wie wir aber auf allen Gebieten zur Milderung der vorhandenen Mißstände auf Reformen drängen, so auch hier. Die Wohnungsnoth giebt sich eines Theils kund im Wohnungsmangel, andern Theils in der gesundheitlich schlechten Beschaffenheit der vorhandenen Wohnungen und deren hohem Miethspreis. Unter Anführung reichen statistischen Materials wurde ein Bild der traurigen Wohnungszustände entworfen, unter denen naturgemäß die ärmere Bevölkerung, also die Arbeiterschaft am schwersten zu leiden

Unser Antrag fordert ein Reichs-Wohnungsamt, das nicht nur die gesundliche Ueberwachung der vorhandenen und über die Art der Errichtung neuer hnungen zu bestimmen haben soll, sondern auch Mittel und Wege anzugeben, it in geeigneter Weise der Wohnungsmangel und die damit verbundene hnungstheuerung eingedämmt werden, sei es dadurch, daß die Gemeinden er zu Nutzen aller ihrer Bewohner Wohnungen errichten oder zunächst nur

Digitized by Google

für ihre Beamten und Arbeiter, selbstverständlich unter Wahrung der vollen Bewegungsfreiheit derselben, oder daß das Reich, die Bundesstaaten oder die Gemeinden solche Baugenossenschaften unterstützen, welche zu Gunsten der Arbeiter und unter deren Kontrolle Miethswohnungen errichten. Gegen die Förderung des Erwerbes von Häusern seitens der Arbeiter erklärten wir uns aus dem Grunde, weil die Arbeiterschaft ihre Arbeitskraft nur dann unter den günstigsten Bedingungen verkaufen kann, wenn sie die volle Bewegungsfreiheit besitzt, und diese wird ihr durch den Besitz eines Hauses eingeschränkt, weshalb ja grade industrielle und agrarische Unternehmer bemüht sind, durch solche verderblichen Geschenke die Arbeiter an die Scholle zu fesseln. Abhilfe kann auch geschaffen werden durch eine den Interessen der Bürger und nicht wie bisher nur der Hauswirthe entsprechende Bauordnung. Während von unserer Seite daran festgehalten wurde, daß zwecks einheitlicher und wirklich durchgreifender Maßnahmen nicht auf das Belieben jedes nach dem Geldsackswahlrecht gewählten Einzellandtags gewartet werden könne, ließ der Reichskanzler durch den Grafen Posadowsky die Erklärung abgeben, daß er zwar anerkenne, daß sich insbesondere in den großen Industrie- und Verkehrscentren Mißstände auf dem Gebiet des Wohnungswesens entwickelt haben, die sich nur auf gesetzlicher Grundlage beseitigen lassen, daß dies aber eine Aufgabe der einzelstaatlichen Gesetzgebung und Verwaltung sei. Das Reich erblicke seine Aufgabe zunächst darin, den eigenen Angestellten ausreichende, zweckentsprechende und preiswerthe Wohnungen zu beschaffen. Der durch das Seuchengesetz geschaffene Reichs-Gesundheitsrath werde sich mit der hygienischen Seite der Wohnungsfrage befassen, aber auch nur insoweit, daß er Grundlagen für die diesbezügliche Thätigkeit der Einzelstaaten liefert. — Selbst von nationalliberaler Seite wurde dies einzelstaatliche Herumexperimentiren als unzureichend bekämpft, nur die äußerste Rechte war damit zufrieden und sie erklärte auch, nun für keinen der Anträge stimmen zu wollen, da dies wie eine Demonstration gegen die verbündeten Regierungen aussehen würde — und so etwas thun die Konservativen natürlich nicht, wenn es sich um die Noth des Volkes handelt, sondern nur, wenn die Profite der Großgrundbesitzer noch in die Höhe geschraubt werden sollen! Wie wenig die Einzelstaaten gerade auf diesem Gebiete leisten, wo das kapitalistische Interesse ihrer aus Geldsackswahlen hervorgegangenen Parlamente so stark berührt wird, beweist u. A. die Mißwirthschaft in Hamburg; dort waren zur Zeit der Choleraepidemie die großartigsten Projekte zur Beseitigung der skandalösen Wohnungszustände gemacht, worden, die, sobald man die Geißel nicht mehr spürte, unausgeführt blieben: die Hausbesitzer-Mehrheit in der Hamburgischen Vertretung lehnte die Vorschläge des Senats, betreffend Aenderung der Bauordnung ab. Nicht viel anders verfahren die Gemeinden überall, wo die kapitalistische Klasse Wahlvorrechte hat — und das ist in den allermeisten Theilen des Reichs der Fall.

Unser Antrag wurde mit allen gegen unsere Stimmen abgelehnt, der nationalliberale Antrag gegen die Stimmen der Konservativen angenommen, wodurch sich der Antrag der freisinnigen Vereinigung erledigte.

Beim Etat des Reichsamts des Innern waren, zum ersten Mal, zwei Millionen Mark eingesetzt zur Förderung der Herstellung geeigneter **Kleinwohnungen** für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs durch Gewährung von Beihilfen an Private, sowie an gemeinnützige Unternehmungen (Bauvereine, Baugenossenschaften, Baugesellschaften u. a.). Wir erklärten, daß wir diese 2 Millionen Mark nur für eine Abschlagszahlung halten und jedes Jahr auf Vergrößerung derselben dringen werden, und stimmten für die von der Budgetkommission auf Anregung von unserer Seite beschlossene Resolution: „Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß die bewilligten Summen nur Ver-

Digitized by Google

wendung finden, wenn bei Festsetzung der Miethspreise der mit Mithilfe des Reichs errichteten Wohnungen nur die landesübliche Verzinsung und Amortisation des zum Bau der Häuser aufgewendeten Kapitals, sowie die Kosten der Verwaltung und Instandsetzung in Anrechnung gebracht werden, und daß die Häuser späterhin keinem anderen Zweck dienen dürfen."

Der Toleranzantrag.

Der „Toleranzantrag" des Zentrums, der Gesetzentwurf betreffend die Freiheit der Religionsübung, ist in der Kommission durchberathen und durch Anträge unserer Fraktionsvertreter wesentlich verbessert worden. Daß gerade das Zentrum für Toleranz eintritt, mußte ja mit Erstaunen und Mißtrauen erfüllen. Wie unser Redner bei den Plenarverhandlungen der ersten Lesung hervorhob, ist „die katholische Kirche nicht nur dogmatisch intolerant sondern fordert auch prinzipiell die politische Intoleranz und prinzipiell die Unterdrückung der anderen Religionsgemeinschaften". Nur die Macht der Umstände hat ihr die Toleranz aufgezwungen, sie „duldet ein Uebel, daß sie nun einmal nicht ändern kann". Dem gegenüber ist unsere Partei die Vertreterin der vollen Gewissens- und Glaubensfreiheit, und deshalb fordern wir volle Trennung von Kirche und Staat und erklären die Religion als Privatsache. „Der Antrag des Zentrums trennt zwar die Kirche vom Staat, aber nicht den Staat von der Kirche. Sie will nach wie vor das Geld des Staates haben und seine Macht in der Schule und der Verwaltung für ihre Zwecke weiter benutzen".

Bei den Kommissionsberathungen zwangen unsere Vertreter nach dem offenen Bekenntniß des Abg. Bachem das Zentrum dazu, wider seinen Willen die Konsequenzen seines Antrages zu ziehen und die angebliche Toleranz zu einer wirklichen auszugestalten. Das Vorgehen des Zentrums war nur dadurch veranlaßt, daß in Mecklenburg, Braunschweig, Sachsen und einigen anderen Bundesstaaten den Katholiken nicht ebenso freie Religionsübung wie den Evangelischen gestattet ist. Nur diese Intoleranz wollte das Zentrum beseitigen, für die Andersgläubigen und die Dissidenten hatte es nichts übrig. Der zweite Theil des Antrages, der die Rechte der Religionsgemeinschaften regelt, wollte überhaupt nur von den anerkannten etwas wissen, schloß also die Dissidenten gänzlich aus. Dieser zweite Theil ist, da er keine Mehrheit gefunden hätte, vom Zentrum vorläufig zurückgezogen worden. Der Kommissionsbericht, der nicht weniger als 70 Druckseiten enthält und 123 Seiten Beilagen bringt, giebt eine Zusammenfassung der Bestimmungen im Reich und in den Bundesstaaten über die Religionsübungen — ein Bild der Intoleranz der katholischen wie evangelischen Gesetzgebung, die beide darin wetteifern, die Meinung des Anderen zu unterdrücken. Die Konservativen traten auch in der Kommission für den religiösen Zwang ein, und sie allein waren es, die schließlich die Kommissionsbeschlüsse ablehnten, während unsere Vertreter denselben zustimmten. Der Gesetzentwurf stellt jetzt den Grundsatz an die Spitze, daß jedem Reichsangehörigen volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung zusteht. Die religiöse Erziehung der Kinder sollten nach den Vorschlägen unserer Vertreter die Träger der Elterngewalt gemäß dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu bestimmen haben. Die Kommission beschloß, daß die Vereinbarung der Eltern maßgebend ist, die jeder Zeit getroffen und geändert werden kann, auch nach dem Tode eines oder beider Gatten befolgt werden muß. Wenn eine Vereinbarung der Eltern fehlt, gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, nur darf der neben dem Vater oder der Mutter aufgestellte Vormund oder Pfleger die religiöse Erziehung nicht beliebig ändern. Durch unsere Vertreter wurde hinzugefügt, daß kein Kind wider den Willen der Eltern bezw. Erziehungsberechtigten zur Theilnahme am Religionsunterricht

Digitized by Google

oder am Gottesdienst einer Religionsgemeinschaft, der es nicht angehört gezwungen werden kann. Weitergehende Anträge unserer Vertreter drangen nicht durch, so, den Zwang zur Theilnahme auch in Bezug auf den Religionsunterricht der eigenen Religionsgemeinschaft des Kindes zu beseitigen bezw. den Religionsunterricht überhaupt aus der Reihe der schulplanmäßigen Lehrgegenstände in allen Schulen zu entfernen und ausschließlich der privaten Thätigkeit der Religionsgemeinschaften zu überlassen. — Beschlossen wurde ferner, daß das Recht zur selbständigen Wahl des religiösen Bekenntnisses dem Kinde mit dem 14. Lebensjahr zusteht; ferner, daß der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft durch einfache Erklärung an das Amtsgericht zu Händen der betreffenden Religionsgemeinschaft erfolgt, und zwar nach einem Antrage unserer Vertreter kosten- und stempelfrei. Der Ausgetretene kann zu Leistungen, die auf der Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft beruhen, nicht mehr verpflichtet werden so weit dieselben nicht kraft besonderer Rechtstitel auf bestimmten Grundstücken haften oder von allen Grundstücken eines Bezirkes, oder einer bestimmten Klasse derselben ohne Unterschied getragen werden. Niemand ist gehalten, für Aufwendungen für eine Religionsgesellschaft, der er nicht angehört, Beiträge zu leisten.

Bei der ersten Lesung im Plenum hatte der Reichskanzler Graf Bülow ganz außergewöhnlich schon vor der Berathung im Namen der verbündeten Regierungen erklärt, daß „sie sich außer Stande sähen, diesem Antrage zuzustimmen, da er die verfassungsmäßige Selbständigkeit der Bundesstaaten auf einem Gebiete beschränken will, das sie der Zuständigkeit ihrer Landesgesetzgebung vorbehalten müssen".

Daß die verbündeten Regierungen ihren Widerspruch zurückziehen, ist nicht anzunehmen, obwohl die Kommission mit 28 gegen 3 Stimmen ihre Beschlüsse faßte. Aber hinter den 3 Stimmen steht die evangelische Orthodoxie, und diese ist ja von maßgebendem Einfluß auf die Mehrzahl der Regierungen.

Die Reichstags-Diäten.

Die Diätenlosigkeit der Reichstagsabgeordneten, durch die Bismarck einst unsere Partei zu schädigen dachte, wird gerade von unseren Gegnern am drückendsten empfunden. Etwa zum zehnten Male stellten diese daher einen Antrag, Diäten zu gewähren und nach Berathung in einer Kommission beschloß der Reichstag am 8. Mai 1901 mit 185 gegen 70 konservative Stimmen:

Der Artikel 32 der Reichsverfassung wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

> Die Mitglieder des Reichstags erhalten aus Reichsmitteln während der Legislaturperiode und zwar so lange der Reichstag versammelt ist, sowie acht Tage vor Eröffnung und acht Tage nach Schluß desselben, freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit in Berlin Anwesenheitsgelder in Höhe von zwanzig Mark für den Tag. Der Anwesenheit in Berlin steht es gleich, wenn der Abgeordnete durch Arbeiten für den Reichstag verhindert ist, in Berlin anwesend zu sein.
>
> Von den Anwesenheitsgeldern werden die Tagegelder abgerechnet, welche ein Mitglied des Reichstags in seiner besonderen Eigenschaft als Mitglied eines deutschen Landtages für dieselbe Zeit bezieht.
>
> Die näheren Bestimmungen erläßt der Präsident des Reichstages.

Der Bundesrath hat den Antrag dem Ausschusse für Verfassungsfragen überwiesen; voraussichtlich wird dieser ihn ablehnen, da „die Kerls keine Diäten kriegen" sollen!

Die Theaterzensur.

Die Aufhebung der Theaterzensur, die von freisinniger Seite beantragt war, befürworteten wir in eindringlicher Weise. Die Kunst unter Polizeiaufsicht

Digitized by Google

stellen, heißt sie zur Dienerin der herrschenden Klasse machen, denn nur was dieser gefällt, wird nicht „polizeiwidrig" sein. Eine Schranke kann sich nur der Künstler selbst setzen und der einzige Zensor, den er sich gefallen lassen kann, ist das Publikum und die Kritik als Ganzes. Der Antrag konnte nicht einer Kommission überwiesen werden, da sich nur 74 Stimmen dafür und 73 dagegen erklärten, das Haus also wieder einmal beschlußunfähig war; nach Wiederbeginn der Session wird die Abstimmung wiederholt werden.

Anträge unserer Fraktion.

Von denselben sind zur Berathung gelangt die Anträge bezüglich der Wohnungsfürsorge und der Gewerbegerichte. Noch nicht berathen sind folgende Anträge unserer Fraktion:

Errichtung eines Reichsarbeitsamts, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern.

Errichtung von Betriebs-Aufsichtsbehörden durch das Reich an Stelle der einzelstaatlichen Gewerbeaufsichtsbehörden.

Feststellung einer Maximalarbeitszeit für alle im Lehr-, Arbeits- und Dienstverhältniß im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigte Personen von vorläufig zehn Stunden, die innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden zu kürzen ist.

Verbot der Verwendung von schulpflichtigen Kindern unter 14 Jahren bei gewerblichen Arbeiten, sowie bei Arbeiten gegen Entgelt im Gesindedienst und der Landwirthschaft.

Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen, insbesondere der Schwangeren und Wöchnerinnen.

Verbot der Fabrikation, der Einfuhr, Ausfuhr und des Verkaufs von Zündhölzchen mit weißem Phosphor.

Erweiterung des Rechts der Versammlung, Vereinigung und Koalition.

Erweiterung und Sicherung der Preßfreiheit.

Aufhebung des Diktaturparagraphen der Reichslande.

Aufhebung der Strafbestimmungen wegen Majestätsbeleidigung.

Schutz der Reichstagsmitglieder gegen Verhaftung während der Sitzungsperiode.

Durchführung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Neuabgrenzung der Reichstagswahlkreise entsprechend der Zunahme der Bevölkerung.

Die 12 000 Mark-Interpellation.

Graf Posadowsky hatte zwar durch sein geheimes Rundschreiben vom 11. Dezember 1893 die verbündeten Regierungen für Niederhaltung der Streiks und der Koalitionsfreiheit der Arbeiter gewonnen, es war ihm jedoch, in Folge des energischen Widerstandes der sozialdemokratischen Arbeiter, nicht gelungen, auch eine Reichstagsmehrheit auf seine Seite zu bringen, so daß das am 26. März 1899 vorgelegte Zuchthausgesetz nicht einer Kommission überwiesen wurde. In der Zwischenzeit bis zur zweiten Lesung, die im November 1899 stattfand und mit einer völligen Niederlage der Regierung endete, hatte das chsamt des Innern dadurch seinen Knebelentwurf zu retten versucht, daß es an den Zentralverband deutscher Industrieller wandte, dessen arbeiterdliches Verhalten wir bereits oben gekennzeichnet haben.

Daraufhin schrieb der Generalsekretär des Verbandes, Bueck, folgenden ef, der am 21. Oktober 1900 in der „Leipziger Volkszeitung" in die Oeffentkeit gelangte:

Zentralverband deutscher Industrieller.

Berlin, den 3. August 1898.

Das Reichsamt des Innern hat mir persönlich gegenüber den nsch geäußert, daß die Industrie ihm **12 000 Mk.** zum Zwecke der

Digitized by Google

Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zur Verfügung stellen möchte. Ich habe diese Angelegenheit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralverbandes, Herrn Geh. Finanzrath Jencke, unterbreitet, der es aus naheliegenden Gründen für zweckmäßig erachtet hat, dieses etwas eigenthümliche Verlangen nicht zurückzuweisen. Herr Geheimrath Jencke hat für die Firma Krupp 5000 Mk. zu dem erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt.

. . . . . .

gez. H. A. Bueck.

Ein Theil der Unternehmerpresse bestritt zunächst mit der ihr eigenen Dreistigkeit die Echtheit des Briefes. Doch nach vier Tagen entschloß sich die Regierung zu beichten. Eine Extraausgabe der ministeriellen „Berliner Korrespondenz" veröffentlichte am 25. Oktober folgendes Geständniß:

„Auszüge aus der Denkschrift und den Vertheidigungsreden im Reichstag zum Zuchthausgesetzentwurf seien in zahlreichen Exemplaren provinziellen Blättern beigefügt worden. Auf Anregung und durch Vermittlung des Direktors im Reichsamt des Innern, Dr. von Woedtke, hat der Generalsekretär eine Summe von 12000 Mk. zur Verfügung gestellt; diese ist zur Deckung der Druckkosten verwendet worden, die durch die Wiedergabe des obenbezeichneten amtlichen Materials entstanden ist. Ueber die Verausgabung der Summe behufs Verbreitung des bezeichneten, in den Drucksachen des Reichstags bereits niedergelegten amtlichen Materials besitzt der genannte Beamte urkundliche Belege."

Sofort bei Eröffnung des Reichstags stellte unsere Fraktion folgende

Interpellation wegen der 12000 Mark-Affaire:

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler gegen den Beamten des Reichsamts des Innern zu ergreifen, welcher von einer Interessentengruppe, dem Zentralverbande deutscher Industrieller, die Summe von zwölftausend Mark gefordert und erhalten hat, um damit die Agitation für den vom Bundesrath dem Reichstage am 26. Mai 1899 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu betreiben?"

Am 24. November 1900 kam sie zur Besprechung. Unser Fraktionsredner unterzog das Verhalten des Reichsamts des Innern einer ätzenden Kritik. Es habe den Scharfmacherkreisen, den Großindustriellen, Handlangerdienste geleistet und sich dazu die erforderlichen Geldmittel von ihnen erbettelt. Dadurch habe es sich in „eine abhängige unwürdige Stellung begeben, in die es garnicht hätte kommen können, wenn man in jenen maßgebenden Kreisen nicht von vornherein entschlossen gewesen wäre, Partei für die großen industriellen Scharfmacher zu nehmen, und zwar gegen die Arbeiter, die Enterbten. — Um das Koalitionsrecht unwirksam zu machen, um die Proletarier noch mehr unter die Schlotjunker zu beugen, als das heute schon der Fall ist, erschien Direktor von Woedtke mit dem Klingelbeutel vor der Thüre der Großindustrie. — Sogar Herr Bueck, dieser rücksichtsloseste Diener kapitalistischer Interessen, habe gegenüber diesem Vorgange eine moralische Anwandlung empfunden und von einem „eigenthümlichen Ansinnen" gesprochen. Die im Reichsamt des Innern geübten Praktiken setzen al selbst so abgehärtete Gemüther, wie Herr Bueck eines ist, noch in Erstaune Die Angelegenheit sei keineswegs damit erledigt, daß eine offiziöse Mittheilur sage: die Beläge für die richtige Verwendung der 12000 Mk. seien da. Für d moralische Seite des Vorgangs hat man also kein Verständniß! Wir habe nicht behauptet, daß sich ein Beamter an den 12000 Mk. bereichert habe; da was geschah, ist weit schlimmer: der Vorgang beweist den ungeheuren Einfl der Interessenvertretungen, vor Allem des Zentralverbandes in Deutschlan Das hat sich bereits 1897 gezeigt, als die Regierung die Unfallnovell

Digitized by Google

zurückzog, weil der Zentralverband gegen die Verbesserungen, die sie zu Gunsten der Arbeiter brachte, Einspruch erhob. Ist es doch notorisch, daß hier in diesem Hause vom Vertreter des Reichsamtes des Innern offen ausgesprochen wurde, nachdem der Personenwechsel stattgefunden hat, daß man jetzt der deutschen Nation eine Schonzeit auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung geben müsse, und daß diese Schonzeit vom Grafen Posadowsky damit begründet wurde: weil die freudige Mitwirkung der Unternehmerklasse fehlt."

An den Reichskanzler richtete dann unser Redner die Frage: Wer hat die Verantwortung für diese Handlung des Reichsamts des Innern zu tragen? und schloß mit den Worten, daß alle ehrlichen Leute mit uns in den Ruf einstimmen müssen: „Fort mit einem System, das solche Erscheinungen zeitigt, und hinaus mit Personen, die sich Derartiges zu schulden kommen lassen!"

Der Reichskanzler Graf Bülow suchte die Kritik unserer Presse wie unseres Redners als übertrieben hinzustellen, gab aber zu, daß „die Regierung sogar den Schein vermeiden muß, irgend welcher Abhängigkeit von irgend welchen Gruppen, daß sie jeden Verdacht vermeiden, jedem Verdacht entgehen muß, irgend welcher Abhängigkeit von Sonderinteressen." Darum stehe er nicht an, „trotz des guten Glaubens, in dem die betheiligten Beamten geglaubt haben, einer Vorlage der verbündeten Regierungen zu dienen, den dabei eingeschlagenen Weg als einen Mißgriff zu bezeichnen. Zur Zeit des Vorfalls war er, Graf Bülow, noch nicht im Amte; wäre er damals um seine Meinung gefragt worden, so hätte er abgerathen. Heute, als verantwortlicher Reichskanzler, würde er, wenn die Absicht einer solchen Maßnahme zu seiner Kenntniß gelange, die Ausführung zu verhindern wissen. Er erkläre im vollen Einverständniß mit dem Staatssekretär Grafen Posadowsky, daß derartige Wege in Zukunft nicht mehr eingeschlagen werden sollen. „Ueber diese meiner Auffassung und diese meiner Willensmeinung als des allein im Reich leitenden Ministers ist das betheiligte Ressort nicht im Zweifel gelassen worden. Zu weiteren Maßnahmen sehe ich mich nicht veranlaßt." Als Grund gab er an, die Veröffentlichung des Bueckbriefes entspringe einer feindlichen Absicht gegen Posadowsky wegen dessen politischer oder vielleicht auch wegen dessen wirtschaftlicher Richtung, es sei eine Intrigue und dunkle Machenschaft, vor der er sich nicht beuge. —

Den anderen Parteien des Reichstags war es ganz lieb, daß der Reichskanzler diesen Ausweg gefunden und nun nicht dem Verlangen unserer Genossen nachzugeben brauchte, das Reichsamt des Innern von den Schuldigen zu säubern. Vertheidigt wurde das Vorgehen des Reichsamts des Innern nur vom konservativen Abg. v. Levetzow, der es nur nicht „vorsichtig und politisch schlau" fand, und von Herrn v. Kardorff, die beide das Zuchthausgesetz als zum Schutze der braven Arbeiter nothwendig und nützlich bezeichneten! Auch überschütteten alle Vertreter der kapitalistischen Parteien, wie es der Reichskanzler ebenfalls gethan, den Grafen Posadowsky mit Lob wegen seiner stets bewiesenen arbeiterfreundlichen Gesinnung, die namentlich der Abg. Lieber an ihm rühmte, — an demselben Staatssekretär, der die Zuchthausvorlage eingebracht hatte! Auch der Centrums-Redner zog sich in das vom Reichskanzler so geschickt gegrabene Fuchsloch zurück und gab ihm recht, daß er nicht „zum Henkersknecht von Intriguanten mache".

Gegen diese bequeme Schiebung erhob unser zweiter Redner energischen Protest. Es sei festgestellt, daß ein reichs- und verfassungswidriges Konsidienverhältniß eines Reichsamts zu einer Unternehmergruppe, zu einer Vereinigung von Interessenjägern besteht. Wie der Brief in Oeffentlichkeit gelangt sei, könne nicht zum Vorwand benutzt werden, um die Schuldigen straffrei ausgehen zu lassen. Der Reichskanzler habe nicht die Frage

Digitized by Google

beantwortet, in welchem Verhältniß Graf Posadowsky persönlich zu dem Vorfall stehe, ob er an ihm betheiligt sei durch Handlungen oder durch Unterlassungen. Und was hat er, wenn er erst nachher davon unterrichtet wurde, gethan, als er von dem Vorfall erfuhr? Auf Grund der offiziellen Kundgebungen des Centralverbands wies Redner nach, wie jener von jeher von der feindseligsten Gesinnung gegen die Arbeiter erfüllt und trotzdem stets den größten Einfluß auf die Regierung ausgeübt habe. Unsere Interpellation habe nicht den Zweck, Minister zu stürzen, sondern „dem Volke zu zeigen, wie durch die Regierung die Geschäfte der Scharfmacher besorgt werden."

Trotz aller dieser Herausforderungen schwieg aber die Regierung, so daß, da kein Redner sich weiter meldete, die Besprechung der Interpellation geschlossen wurde. Der Staatssekretär hatte derselben beigewohnt, blieb aber mäuschenstill. Da ertönte aus unseren Reihen der laute Zwischenruf: „Und Graf Posadowsky?" Dieser schwieg; erst in der Zeit bis zum 11. Dezember 1900 gewann er, unterstützt durch die Presse der Konservativen, des Centrums und der Nationalliberalen, welche die Affäre für beigelegt erklärten, wieder so viel Sicherheit, daß er auf diesen Zwischenruf vom 24. November zu antworten sich getraute. Bei der Generaldebatte des Etats erklärte er, es sei vollkommen nebensächlich, ob er von dem Ansuchen an den Centralverband etwas gewußt habe oder nicht, ob er es veranlaßt habe oder nicht — er trage die Verantwortung für das, was in seinem Amte geschieht. Der Gesetzentwurf zum Schutz der Arbeitswilligen sei arbeiterfreundlich, nicht zu Gunsten der Unternehmer. Die 12 000 Mark seien nur zur Verbreitung amtlichen Materials, das bereits dem Reichstage vorlag, verwendet worden, und nicht, um den Gesetzentwurf durchzubringen — der wäre nach der ersten Lesung schon verloren gegeben! — sondern um die Aufregung im Volke zu mildern, die durch unrichtige Mittheilungen über den Entwurf seitens der sozialdemokratischen Presse hervorgerufen war. Wenn die Mittel nicht aus dem Druckkostenfonds entnommen wurden, so mag die Ursache davon „eine gewisse bureaukratische Aengstlichkeit" gewesen sein.

Eine Woche später, am 19. Dezember 1900, veröffentlichte Bueck, der Geschäftsführer des Centralverbandes, selber einen Brief in den „Berliner Neuesten Nachrichten", dem Organ des Verbandes, unter dem Titel: „Graf Posadowsky und der Centralverband der Industriellen."

Dieser zweite Bueckbrief kompromittirte das Reichsamt des Innern in noch größerem Umfange. Herr Bueck enthüllte nämlich, verärgert dadurch, daß der Reichskanzler die Allianz Posadowskys mit dem Verbande als einen Mißgriff bezeichnet hatte und der Staatssekretär sich von dem Verbande zurückzog, daß der Centralverband schon seit langer Zeit in intimsten Verkehr mit dem Reichsamt des Innern stehe und wiederholt kostspielige Dienste geleistet habe; die Kundigen hätten dies längst gewußt. Bueck verweist auf die Arbeiten des Zentralverbandes beim Abschluß des Handelsvertrages mit Rußland. „Der (amtliche) Zollbeirath hatte sich im Bureau des Zentralverbandes installirt, dessen Kräfte er durch Monate vollständig und fast übermäßig in Anspruch nahm. — Bei dem Handelsvertrag mit Japan und den Verhandlungen mit Portugal wiederholt sich dieser Vorgang." Die Kosten beliefen sich au mehrere tausend Mark. Auf Wunsch des Reichsamts des Innern ließ de Zentralverband eine Broschüre schreiben und als Agitationsschrift für den Handels vertrag verbreiten. Dann enthält der Bueckbrief folgendes lehrreiche Geständniß

„Die vom Zentralverband veranstaltete große und dem würdige Flottenkundgebung, die nicht unwesentlich dazu beitrug Stimmung für das vielbestrittene erste Flottengesetz zu machen mag doch auch Erwägung finden."

Digitized by Google

Auch am Zustandekommen und Arbeiten des Wirthschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung der neuen Handelsverträge nahm der Zentralverband regen und pekuniären Antheil. Bueck entrüstet sich nun, da doch all diese anderen Liebesdienste des Zentralverbandes gegenüber der Regierung nirgends beanstandet worden seien, über diesen jetzt ausgebrochenen, gewaltigen verlogenen Lärm wegen einer ganz ähnlichen Sache!"

Nachdem Herr Bueck so den innigen Geheimbund zwischen Regierung und Scharfmachern aufgedeckt, wendet er sich gegen den Grafen Posadowsky, weil dieser, wie Bueck sagt, sich scheu von dem von allen Seiten angegriffenen Zentralverband und der in ihm vertretene Industrie zurückziehe und beide preisgebe. Indem er ihn so des Treubruchs und des Verraths beschuldigt, giebt er ihm zu verstehen, daß der Zentralverband noch gefügigere Minister wolle und hält es daher „nicht für ausgeschlossen, daß dem gut unterrichteten ein besser unterrichteter Staatssekretär folgt."

Unsere Fraktion stellte nun bei der zweiten Lesung des Etats den Antrag:

Eine Kommission zu wählen zur Erforschung der politischen und finanziellen Beziehungen, welche das Reichsamt des Inneren mit dem Zentralverband der Industriellen oder anderen Interessengruppen unterhalten hat und darüber dem Reichstage Bericht zu erstatten.

Der zweite Bueckbrief, führte unser Redner aus, zwingt zu der Schlußfolgerung, daß „die 12000 Mark nicht die einzige Unterstützung waren, die das Reichsamt des Inneren vom Scharfmacherverband oder anderen Interessentenverbänden zum Zwecke der Durchbringung von Zwangsgesetzen gegen die Arbeiterklasse erhalten hat." Geberdet sich doch Herr Bueck schon längst als Herr über die Geschicke der deutschen Arbeiter. Hat er doch unmittelbar nach dem Amtsantritt Posadowsky's in einer Generalversammlung triumphirend gesagt: „Die Männer im Reichsamt des Inneren seien abgesetzt, von denen „überstürzende Arbeit" auf dem Gebiet der sozialen Reform zu befürchten sei." Und sah sich doch der „abgesetzte" Freiherr von Berlepsch veranlaßt, in der „Sozialen Praxis" die Anschuldigung zu erheben, es machten sich im Reichsamt des Inneren „unberechtigte Einflüsse" geltend?! „Ist es da nicht begreiflich, daß unter diesen Umständen schließlich im ganzen deutschen Reiche, in der ganzen Arbeiterklasse blos noch die eine Ueberzeugung herrscht, daß das Reichsamt des Inneren nichts sei als eine Filiale des Zentralverbandes der Industriellen, eine Filiale der Interessenvertretung des Großunternehmerthums?" Im Interesse der Würde und des Ansehens des Reichstages liege es, Licht in dieses Dunkel zu bringen und die von uns geforderte Untersuchungskommission einzusetzen.

Graf Posadowsky verschanzte sich hinter die Ausflucht, daß er nicht mehr die geringste Veranlassung habe, sich über die Sache selbst zu äußern. Dann rechtfertigte er abermals seine sozialpolitische Thätigkeit und erzählte wiederum, daß das Zuchthausgesetz kein Trutzgesetz gegen, sondern ein Schutzgesetz für die Arbeiter sei. Das bekam er denn auch von Dr. Oertel bescheinigt und noch ein paar Mund voll Lobsagungen dazu, wofür aber Dr. Oertel unverblümt verlangte, der Staatssekretär solle nun den Agrariern ebenso zu Willen sein wie bisher den Industriellen und „die berechtigten Forderungen", das heißt den Kornwucher, seinerseits unterstützen.

Die Vertreter der anderen Parteien erklärten, wir sollten doch die 000 Mark-Affäre ruhen lassen, weil sie ja mit der Mißbilligung durch den kskanzler ihre Erledigung gefunden habe — und mit allen gegen unsere nmen wurde der Antrag, eine Untersuchungs-Kommission einzusetzen, elehnt.

Daß sich die kapitalistischen Parteien sammt und sonders zu Beschützern s solchen Staatssekretärs und seines Systems hergeben, verstärkt noch die

Digitized by Google

moralische Niederlage, die der Klassenstaat bei der 12000 Mark-Affäre erlitt. Den Arbeitern ist bis in die Reihen der Zentrumsanhänger hinein ein Licht darüber aufgegangen, wie ihre Interessen denen der Unternehmer preisgegeben sind.

Die Interpellation wegen des Griesheimer Unglücks.

Am 25. April 1901 wurde in der chemischen Fabrik in Griesheim „Elektron" durch ein Feuer, das in der Pikrinsäureanlage ausbrach, eine Explosion herbeigeführt, bei welcher 24 Personen ums Leben kamen, eine große Anzahl von Arbeitern und sonstigen Angestellten der Fabrik Verletzungen erlitten, und ein erheblicher Schaden an Hab und Gut der Einwohner der umliegenden Ortschaften verursacht wurde. Die Thatsachen, die über die Ursache des Unglücks in die Oeffentlichkeit drangen, veranlaßten uns zu folgender Interpellation:

> Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die für die Errichtung und den Betrieb chemischer Fabriken geltenden Vorschriften den Chemischen Fabriken in Griesheim gegenüber außer Acht gelassen sind, und was gedenkt der Herr Reichskanzler zu thun, um derartige Ungesetzlichkeiten für die Zukunft zu verhindern?

Bei der Begründung wurde nachgewiesen, wie die ganze Art des Unfalls zeige, daß weder die für die Genehmigung konzessionspflichtiger Anlagen zuständigen Landesbehörden, noch die dortige Gewerbeaufsicht, noch die Berufsgenossenschaft und die Betriebsleitung die durch Reichsgesetz ihnen auferlegten Pflichten zum Schutze der Arbeiter gegen die Gefahren für Leben und Gesundheit genügend beachteten. Die in Griesheim hergestellten Produkte sind außerordentlich explosibel, trotzdem war die Anlage nicht nach den für die Herstellung von Sprengstoffen vorgeschriebenen Bestimmungen eingerichtet. Da der Staatssekretär dies bestritt, daß die Pikrinsäure zu den unter das Sprengstoffgesetz fallenden Stoffen gehöre, wurde dies von unserer Seite auf Grund technischer Details widerlegt und gefordert, daß die Vorschriften über Herstellung und Aufbewahrung von Pikrinsäure verschärft werden. Die Regierung hat bis jetzt über die Resultate der von ihr angestellten Untersuchungen in Griesheim nichts bekannt gegeben.

Interpellationen anderer Fraktionen

gaben der unserigen wiederholt Anlaß, sich an den Debatten zu betheiligen. Zuerst war es die vom Zentrum gestellte Interpellation wegen des **Kohlenwuchers.** Die Preissteigerung der Kohlen im Winter 1900 gab dazu den Anlaß, den aber das Centrum nur zu einem recht schwächlichen Scheingefecht benutzte. Die am 27. November 1900 gestellte Interpellation lautete: „Was gedenken die verbündeten Regierungen zu thun, um der bestehenden, weite Volkskreise schwer bedrückenden Kohlentheuerung wirksam abzuhelfen und für die Zukunft die Wiederkehr solcher Mißstände zu verhüten?" Der bayerische Zentrumsabg. Dr. Heim wetterte gegen das Kohlensyndikat, das durch seine Preistreibereien und Einschränkung der Produktion die Kohlennoth verursacht habe. Als ihm aber „Brodwucher" zugerufen wurde, lenkte er wieder ein, denn jedes seiner Worte war ja auch eine Verurtheilung der gerade von ihm geforderten Kornzollerhöhung. Von unserer Seite wurde nachgewiesen, daß nicht, wie die Kohlenwucherpresse behauptete, die Strikes der Bergarbeiter, sondern die Förderungseinschränkung, die vom Syndikat befohlen war, den Mangel an Kohlen und damit die Preissteigerung hervorgerufen habe. Der Staat hätte da mindestens die Pflicht gehabt, die Ausfuhrprämien für Kohlen abzuschaffen, durch die

Digitized by Google

wie die Handelskammer zu Bielefeld erklärte, den deutschen Kohlengrubenbesitzern 2½ Millionen Mark jährlich geschenkt werden. Neben dem rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat sind es aber auch die oberschlesischen Grubenbesitzer, welche die Preistheuerung veranlassen und in Oberschlesien gehören vier Siebentel der Gruben den Zentrumsgrafen und Zentrumsfürsten. Auch die Staatsbergwerke haben sich an der Preissteigerung betheiligt. Wirkliche Abhilfe kann nur dadurch geschaffen werden, daß die Kohlengruben in Besitz des Staates und zwar des Reiches übergehen, selbstverständlich nicht zu einem Preise, der den wucherischen Erträgen der künstlich hervorgerufenen Noth entspricht, sondern auf Grund der Ergebnisse der letzten zwei Jahrzehnte.

Eingehend schilderte unser Redner die trotz der hohen Kohlenpreise so traurige Lage der Bergarbeiter, ihre unzureichenden Löhne, ihre stets gesteigerte Anspannung und dadurch erfolgte Produktionsvermehrung, die Unsicherheit ihrer Existenz, indem sie nach dem Gutdünken des Syndikats bald zu Feierschichten, bald zu Ueberarbeit gezwungen werden, die überlange Arbeitszeit und den ungenügenden Schutz gegen Unfallgefahr. Den Vorwurf, daß gerade das Centrum es war, das die Bergarbeiter-Organisation geschwächt, indem es die katholischen Bergarbeiter von ihr losgelöst und verhindert habe, gemeinsam mit dem alten Verbande vorzugehen, vermochten die Centrumsredner nicht zu entkräften.

Als Vertreter der Kohlengrubenbesitzer thaten sich namentlich hervor die Abgeordneten von Kardorff, der mit 27 000 Mk. jährlich bezahlte Aufsichtsrath der Laurahütte, und Hilbck der Dortmunder Bergwerksdirektor. Als Lobredner der Syndikate trat der jetzt verflossene preußische Handelsminister von Brefeld auf, der ihnen nachrühmte, daß sie „die Preise in normaler Weise reguliren;" an der Theuerung sei nur „der wucherische Gewinn der Zwischenhändler schuld".

Das Resultat der Interpellation war das erwartete, nämlich Null. Weder hat die Regierung den Kohlenwucherern das Handwerk gelegt, noch fühlen diese sich im Geringsten genirt, für den nächsten Winter in derselben Weise wie vorher eine künstliche Kohlennoth und damit Wucherpreise zu schaffen. Schon hat das Kohlensyndikat eine Produktionseinschränkung von 15 pCt., das Koaksyndikat eine von 25 pCt. beschlossen! Während die meisten Industrien bereits unter den Folgen der Krisis leiden, werden sie durch die Kohlenwucherer noch rascher dem Bankrott entgegengetrieben. Das Kohlensyndikat scheint sich berufen zu fühlen, die Gemeingefährlichkeit der Syndikate vor aller Welt zu beweisen und damit gleichzeitig den Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise, deren vollendetster Ausdruck ja grade die Syndikate sind!

Bei einer andern Gelegenheit nahm der Reichstag eine Resolution an, daß gemäß § 5 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs von 1896 der Bundesrath festsetze, daß Steinkohlen, Braunkohlen und Koaks im Einzelverkehr nur in vorgeschriebenen Gewichtseinheiten gewerbsmäßig verkauft oder feilgeboten werden dürfen.

Gegen das Duell richtete sich eine im Januar 1901 vom Zentrum eingebrachte Interpellation. Sie war dadurch veranlaßt, daß in Köln der Bezirkskommandeur vier katholische Studenten und Offiziersaspiranten gefragt hatte, e sie sich zum Duell stellten. Da sie erklärten, sie ständen auf dem Boden der setze des Staates und ihrer Kirche, wurden sie vor den Offiziers-Ehrenrath aden, wieder wegen ihrer Stellung zum Duell inquirirt und fielen schließlich der Wahl durch. Dieses Vorgehen der Militärbehörde steht im strikten gensatz zu den gesetzlichen Vorschriften, die das Duell bestraft wissen wollen. erselbe Staat," führte unser Redner aus, „der sich als den Inbegriff und präsentant der Rechtsordnung hinstelle, und der vom Volke gesetzlichen Sinn, tung und Befolgung der Gesetze bis zum kleinsten herab fordert, dieser selbe

Digitized by Google

Staat wirkt dahin, daß für die Offiziere die offene Verletzung des Gesetzes gradezu zur Staats- und Amtspflicht erklärt wird, so daß die das Gesetz Befolgenden deswegen Strafe und Nachtheile zu erdulden haben, während umgekehrt die Gesetzesverletzer gewissermaßen noch eine Belohnung erhalten, daß man ihnen ein ganz besonders hohes Ehrgefühl zutraut. Ein ärgerer Widersinn, eine größere Verhöhnung von Gesetz und Recht ist nicht denkbar." Unsere Partei verurtheilt das Duell grundsätzlich und auf das Entschiedenste. Die Kaiserlichen Verordnungen, die gegen das Duell erlassen wurden, genügen nicht; sie sprechen nur davon, daß „Duelle mehr als bisher vermieden" werden, nicht aber davon, daß sie, dem Gesetz entsprechend, aufhören müssen.

Würde das Centrum nicht von höfischen Rücksichten beseelt sein, so hätte es schon Mittel und Wege gefunden, um die völlige Beseitigung der Duelle durchzusetzen.

Die **Polenfrage** wurde durch eine von den polnischen Mitgliedern des Reichstags an den Reichskanzler gerichtete Interpellation aufgerollt und er gefragt, „ob ihm bekannt ist, daß in letzter Zeit an vielen Orten Preußens die Postbehörden Postwerthsendungen und einfache Briefe, entgegen den Bestimmungen der Postordnung, nicht befördert haben." Die Briefe hatten polnische Adressen. Herr von Podbielski berief sich auf den Buchstaben der Postordnung, um diese kleinliche Bekämpfung des Polenthums zu rechtfertigen. Polnische Adressen wären den Beamten nicht verständlich, könnten also nicht auf Erledigung Anspruch machen. Unser Redner erklärte, daß dieses Vorgehen nicht auf eine Schädigung des Polenthums, als vielmehr auf eine große Blamage der Reichspost hinausläuft. Die Maßregel ist nur ein Ring in der langen schweren Kette der polnischen Ausnahmegesetze. Das Versammlungsrecht der polnischen Reichsangehörigen wird aufgehoben, indem man ihnen verbietet, in Versammlungen polnisch zu sprechen, weil der Inhalt jeder Versammlung jedem zur Ueberwachung befehligten Beamten verständlich sein müsse. Jedes Volk hat das Recht, seine Muttersprache zu gebrauchen; unsere Partei protestirt deshalb gegen die jetzt immer mehr um sich greifende Polenverfolgung. Nicht weniger als 90 pCt. der Lehrer, die an polnischen Volksschulen wirken, verstehen und sprechen die polnische Sprache nicht. Andrerseits sind an 90 pCt. sämmtlicher polnischer Schulkinder, die die Volksschule besuchen, ohne jedes Verständniß der deutschen Sprache. Das ist der lächerliche Erfolg der zwangsweisen Germanisirung, die von der Regierung getrieben wird!

Petitionen.

Zahlreich wie stets waren die von den verschiedensten Interessentenkreisen eingereichten Petitionen, von denen nur ein sehr kleiner Theil erledigt wurde. Im Plenum kamen u. A. folgende wichtigere Petitionen zur Erörterung:

Gegen die **Konsumvereine** und den **Hausirhandel** verlangte der Centralverband deutscher Kaufleute so wie alljährlich vom Reichstag, daß er durch Knebelgesetze den Kaufleuten diese lästige Konkurrenz vom Halse schaffe. Ueber diesen selbstsüchtigen Wunsch ging diesmal der Reichstag ohne Debatte zur Tagesordnung über.

Die Petition des Verbandes sächsischer Bäckerinnungen „Saxonia", daß die **Bäckereiverordnung** aufgehoben werde, gab nur eine kurze Debatte, da die dem Rückschritt zustimmende Mehrheit des Reichstags abwarten will, was aus den jetzt stattfindenden Verhandlungen der verbündeten Regierungen über die Beseitigung oder Aenderung der Verordnung herausspringt. Die Petition wurde trotz des von unserer Seite eingelegten energischen Protestes dem Reichskanzler als Material überwiesen. (Siehe auch „Reichsamt des Innern".) Aus-

Digitized by Google

gedehnte Diskussionen veranlaßte wie im Vorjahre die von den Konservativen angeregte Petition betreffend Einführung der **Strafe der körperlichen Züchtigungen** für Rohheitsverbrechen. Als Vertreter der brutalen Bestrebungen trat wiederum der Förderer des nach seiner Ansicht nicht unter Prügelstrafe zu stellenden Brotwuchers auf, Dr. Oertel. Da er, um einmal etwas Neues zu sagen, die Behauptung aufstellte, daß sich in den Reihen der Nationalliberalen und des Centrums bereits Freunde der Prügelstrafe fänden, wurde ihm von Seiten jener Parteien eine gründliche Absage zu Theil; beide waren darin mit uns einig, daß die Prügelstrafe mit das roheste Strafmittel ist, das es giebt, und nicht erzieherisch, sondern verrohend wirkt, auf die Geprügelten wie auf die prügelnden Beamten. Festgenagelt wurde von uns der klassische Ausspruch, den ein agrarischer Abgeordneter Frank im meiningschen Landtag gethan. Als ihm dort von unsern Genossen auf seine Forderung, daß die Getreidezölle erhöht werden müssen, erwidert wurde, daß durch Steigerung des Brotpreises das Volk in bittre Noth gerathe und erfahrungsgemäß zum Diebstahl getrieben werde, erklärte Herr Frank, dann müsse eben die Prügelstrafe eingeführt werden! — Von unserer Seite wurde betont, daß Verbreitung von Bildung das beste und einzige Mittel ist, um die Rohheitsdelikte zu bekämpfen, während gerade die konservativen Kreise, welche die Prügelstrafe einführen wollen, Feinde der Aufklärung sind. — Ueber die Petition ging der Reichstag zur Tagesordnung über.

Lebhaft von uns befürwortet wurden die Petitionen, die von der Fachkommission der Gastwirthsgehilfen Deutschlands und des Deutschen Kellnerbundes eingereicht waren betreffs Regelung der **Arbeitsverhältnisse im Gastwirthsgewerbe**. Die berechtigten Forderungen derselben, die auch beim Etat des Reichsamts des Innern (siehe dieses) von uns erörtert wurden, haben seitens der Regierung noch immer nicht die so nöthige Berücksichtigung gefunden. Die Petition wurde dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Zur **Sicherung der Bauforderungen** war Erlaß eines Gesetzes durch eine Petition gefordert; sie wurde dem Reichskanzler als Material überwiesen. An den Berathungen nahm kein Vertreter der Regierung Theil, obwohl doch, wie unser Redner zutreffend ausführte, die vielen Bauhandwerker und Bauarbeiter, die jedes Jahr um gewaltige Summen betrogen werden, ein Recht darauf haben, eine Erklärung zu erhalten, wann endlich die Reichsregierung mit ihren Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf fertig sein wird. In einer früheren Vorlage, die von der Regierung eingebracht war, hatte sie den Schutz der Arbeiter ganz bei Seite gelassen und nur die selbständigen Unternehmer geschützt. Wir fordern dringend, daß recht bald ein Entwurf erscheint, der auch den Forderungen der Arbeiter gerecht wird.

Wahlprüfungen.

Ueber 16 Mandate erstattete die Wahlprüfungskommission Bericht; 11 wurden für giltig erklärt, bei 5 die Beschlußfassung ausgesetzt, damit noch weitere Beweiserhebungen stattfinden. Unter den für giltig erklärten Mandaten befindet sich auch das von unseren Genossen beanstandete Mandat von Dr. Zwick (Berlin). Die auf Grund der Proteste in Abrechnung zu bringende Anzahl der Stimmen hatte am Wahlresultat nichts geändert.

* * *

Wie der Bericht ergiebt, ist unsere Fraktion stets den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei getreu vorgegangen. Durch die intensive Betheiligung an den Reichstagsverhandlungen haben wir unsere Gegner gezwungen, bei jeder Gelegenheit Farbe zu bekennen, so daß das Volk zwischen ihren Wahlversprechungen

Digitized by Google

und Thaten zu richten vermag; andererseits haben wir, wo nur unsere Macht ausreichte, Verbesserungen zu Gunsten der Arbeiter erkämpft, Angriffe gegen Wohlergehen und Freiheit des Volkes zurückgewiesen. So ins Einzelne gehend aber auch unsere Thätigkeit war, niemals hat die Fraktion, wie ihr Verhalten in Wort und That beweist, aus dem Auge verloren, daß auf dem Boden der kapitalistischen Wirthschaftsordnung nichts als Abschlagszahlungen für die Arbeiter erlangt werden können und nach wie vor die Hauptaufgabe ist und bleibt: Die Umwandlung des Privateigenthums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigenthum und der kapitalistischen Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Dieses Endziel ist nur durch den Klassenkampf der Arbeiter gegen den Kapitalismus zu erreichen. Alle Zugeständnisse, alle Reformen haben uns von dem Wege, der zu diesem Ziele führt, ebenso wenig abgelenkt, wie uns die Peitsche des Ausnahmegesetzes davon wegtrieb. Jedes Zugeständniß, daß der Kapitalismus den Arbeitern macht, kann nur anspornen, auf der bisher beschrittenen Bahn fortzufahren, bis die Befreiung der Arbeiter von der Ausbeutung durch das Kapital erreicht ist.

Digitized by Google

Anträge.

Tagesordnung.

1. Parteigenossen in München: Auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Die wirthschaftliche Krise".

2. Parteigenossen des Wahlkreises Dortmund-Hörde: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die gegenwärtige wirthschaftliche Krise".

3. Parteigenossen des 3. Berliner Wahlkreises und des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow: Auf die Tagesordnung zu setzen ein Referat über: „Krach und Krise".

4. Parteigenossen in Magdeburg: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Der Zolltarif und die Krisenfrage".

5. Parteigenossen des Wahlkreises Nieder-Barnim, Köln und Breslau: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Der Zolltarif-Entwurf", und dazu einen Referenten zu bestellen.

6. Parteigenossen in Nürnberg-Altdorf: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Zollpolitik" und im Anschluß daran: „Die Wirthschaftskrise und die Arbeiter"; zu beiden Punkten sind Referenten zu bestellen.

7. Parteigenossen in Dresden und Essen: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Zollpolitik".

8. Parteigenossen des 6. sächsischen Kreises: „Die Handelsverträge und die deutsche Zollpolitik" auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen.

9. Parteigenossen des 3. Berliner Wahlkreises: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Zoll- und Handelspolitik und der Brotwucher", und dazu einen Referenten und Korreferenten zu bestellen.

10. Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Zoll- und Handelspolitik."

11. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Handelspolitik und der Brotwucher", und zwar hinter dem Punkt der Tagesordnung: „Die Wohnungsfrage."

12. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises — Liepmann und sechs Genossen: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Gewerkschaften und deren Verhältniß zur sozialdemokratischen Partei", und dazu einen Referenten und Korreferenten zu bestimmen.

13. Parteigenossen des 6. schleswig-holsteinschen Wahlkreises: Mit Ausnahme der Kommissions-Sitzungen keine geheimen Sitzungen abzuhalten.

14. Parteigenossen in Breslau: Sämmtliche Verhandlungen des ährigen Parteitages wie bisher öffentlich zu führen.

15. Parteigenossen in Halberstadt: Von der Abhaltung geheimer ngen abzusehen.

16. Parteigenossen des 3. Berliner Wahlkreises: Die Oeffentit ist nur insofern auszuschließen, als es sich um interne finanzielle Fragen delt, im übrigen sind alle die Presse betreffenden Fragen öffentlich zu andeln.

Digitized by Google

Programm.

17. Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises: Im zweiten Theil des Programms der Ziffer 6 folgenden Satz anzufügen: „Regelung der Wohnungsfrage durch das Reich in Form eines Reichswohnungsgesetzes".

Taktik.

18. Parteigenossen Magdeburgs: Daß in die Resolution über die Taktik der Partei bei Stichwahlen eine Erklärung aufgenommen wird, wonach die Abgabe von weißen Stimmzetteln für gleichbedeutend mit Stimmenthaltung erklärt wird.

Organisation.

19. Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises, des Kreises Randow-Greifenhagen und in Altona: § 2 Absatz 2 des Organisationsstatuts ist in seiner früheren Fassung wiederherzustellen; er soll lauten: „Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstags-Wahlkreise." Im Absatz 3 fällt das Wort „Schiedsgericht" fort.

20. Parteigenossen in Ottensen: Dem § 2 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat. Die Entscheidung hierüber steht den Genossen an den einzelnen Orten zu. Gegen die gefällte Entscheidung der Genossen am Orte des Ausschlusses steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu, es sind aber die leitenden Genossen an den einzelnen Orten verpflichtet, dem vom Ausschluß Betroffenen von dem ihm zustehenden Recht schriftlich Kenntniß zu geben."

21. Parteigenossen des Wahlkreises Offenbach-Dieburg: Der zweite Absatz des § 2 unseres Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Genossen der einzelnen Parteiorte. Gegen diese Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an die Kreis-Organisation, die Provinzial- beziehungsweise Landes-Organisation und den Parteitag zu."

22. Parteigenossen des 1. Hamburger Wahlkreises: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich einer ehrlosen Handlung oder eines groben Verstoßes gegen die Parteidisziplin schuldig gemacht hat. Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet, wenn es sich um Verstöße gegen die Grundsätze des Parteiprogramms handelt, ein Schiedsgericht; in allen anderen Fällen entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstags-Wahlkreise. Das Schiedsgericht besteht aus mindestens fünf Personen und wird vom Parteivorstand berufen. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von den durch den Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Partei-Vorstand. Die Bildung eines Schiedsgerichts kann nur auf Antrag einer Partei- oder Vereinsversammlung erfolg Die Beisitzer, welche die Antragsteller zu bezeichnen haben, sind in Vereins- o Parteiversammlungen zu wählen. Gegen den Ausschluß aus der Partei steht d Betroffenen die Berufung an die Kontrollkommission und den Parteitag zu. D Ausgeschlossenen kann auf ihren Antrag nach Ablauf eines Jahres die Part zugehörigkeit durch den Partei-Vorstand wieder zuerkannt werden, wenn der Antr von der Partei-Organisation ihres Wohnorts befürwortet wird." (Rest wie früh

Digitized by Google

23. Parteigenossen des 3. Hamburger Wahlkreises: § 2 Abs. 2 folgende Fassung zu geben: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder der Partei-Vorstand. Gegen die Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an die Kontroleure und den Parteitag zu."

24. Dieselben, Distrikt Uhlenhorst und Rothenburgsort: § 2 in der früheren Fassung wieder herzustellen.

25. Dieselben, Distrikt Hamm: Dem § 2 des Organisationsstatuts ist folgende Fassung zu geben: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat, sowie vorsätzlich die Einheit der politischen oder wirthschaftlichen Arbeiterbewegung hintertreibt. — Ueber die Zugehörigkeit zu den örtlichen oder Landesorganisationen der Partei entscheiden die Organe dieser Organisationen selbständig und endgültig." — Ueber den Ausschluß aus der Gesammtpartei entscheidet u. s. w. nach den Bestimmungen, wie sie zur Zeit in Kraft sind.

26. Parteigenossen des Wahlkreises Dortmund-Hörde: Der § 2 Abs. 2 unseres Organisationsstatuts ist dahin zu ändern, daß über die fernere Zugehörigkeit zu der Partei die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise zu entscheiden haben. Gegen diese Entscheidung kann ein Schiedsgericht angerufen werden in der Zusammensetzung, wie das jetzige Organisationsstatut vorschreibt.

27. Parteigenossen in Breslau, im Wahlkreise Dortmund-Hörde, in Düsseldorf, in Magdeburg, in Staßfurt und in Zwickau: Der Hamburger Schiedsspruch ist zu kassiren, eventuell dem § 2 des Organisationsstatuts eine präzisere Fassung zu geben.

28. Parteigenossen in München und Halle: Den Hamburger Schiedsspruch aufzuheben und den Ausschluß der betreffenden Hamburger Akkordmaurer auszusprechen.

29. Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises protestiren entschieden gegen das Urtheil der Kontrolleure in Sachen der Hamburger Akkordmaurer und verlangen Aufhebung desselben.

30. Parteigenossen in München: Amendement zu § 2 des Organisationsstatuts: „Als ehrlose Handlung im Sinne des Parteistatuts gilt eine Handlung, die den Ausschluß eines Genossen aus seiner Gewerkschaft zur Folge hat."

31. Parteigenossen in Halle: Der Parteitag in Lübeck möge darüber verhandeln, ob dem § 2 des Organisationsstatuts unserer Partei eine Fassung gegeben werden soll, nach welcher der Verstoß gegen gewisse, näher zu bestimmende gewerkschaftliche Forderungen als Verstoß gegen die Parteiehre aufzufassen ist, der den Ausschluß aus den Parteiorganisationen rechtfertigt.

32. Dieselben: Der Parteitag möge im Falle der Aufhebung des Schiedsspruchs über die Hamburger Akkordmaurer beschließen, daß die modernen Gewerkschaften aufgefordert werden, die Beschlüsse der Parteiorganisation ebenfalls so zu beachten, daß diejenigen Mitglieder, welche sich gegen diese Beschlüsse ver[illegible]n, aus denselben ausgeschlossen werden.

33. Genosse W. Leyendecker in Höchst a. M.: In § 9 hinter [illegible] 1 des Organisationsstatuts sind folgende Worte einzuschalten: „Die [illegible]egierten zum Parteitag sind in öffentlichen Partei-Versammlungen zu wählen und darf die Wahl in sogenannten Kreis-Konferenzen [illegible]t vorgenommen werden."

34. Parteigenossen in Brackel: Der Partei-Vorstand wird auf [illegible]hre gewählt. Nach zwei Jahren scheidet die Hälfte aus, an deren Stelle den andere gewählt. Die ausgeschiedenen Vorstands-Mitglieder können in [illegible]ersten vier Jahren nicht wiedergewählt werden.

Digitized by Google

Programm.

17. Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises: Im zweiten Theil des Programms der Ziffer 6 folgenden Satz anzufügen: „Regelung der Wohnungsfrage durch das Reich in Form eines Reichswohnungsgesetzes".

Taktik.

18. Parteigenossen Magdeburgs: Daß in die Resolution über die Taktik der Partei bei Stichwahlen eine Erklärung aufgenommen wird, wonach die Abgabe von weißen Stimmzetteln für gleichbedeutend mit Stimmenthaltung erklärt wird.

Organisation.

19. Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises, des Kreises Randow-Greifenhagen und in Altona: § 2 Absatz 2 des Organisationsstatuts ist in seiner früheren Fassung wiederherzustellen; er soll lauten: „Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstags-Wahlkreise." Im Absatz 3 fällt das Wort „Schiedsgericht" fort.

20. Parteigenossen in Ottensen: Dem § 2 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat. Die Entscheidung hierüber steht den Genossen an den einzelnen Orten zu. Gegen die gefällte Entscheidung der Genossen am Orte des Ausschlusses steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu, es sind aber die leitenden Genossen an den einzelnen Orten verpflichtet, dem vom Ausschluß Betroffenen von dem ihm zustehenden Recht schriftlich Kenntniß zu geben."

21. Parteigenossen des Wahlkreises Offenbach-Dieburg: Der zweite Absatz des § 2 unseres Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Genossen der einzelnen Parteiorte. Gegen diese Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an die Kreis-Organisation, die Provinzial- beziehungsweise Landes-Organisation und den Parteitag zu."

22. Parteigenossen des 1. Hamburger Wahlkreises: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich einer ehrlosen Handlung oder eines groben Verstoßes gegen die Parteidisziplin schuldig gemacht hat. Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet, wenn es sich um Verstöße gegen die Grundsätze des Parteiprogramms handelt, ein Schiedsgericht; in allen anderen Fällen entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstags-Wahlkreise. Das Schiedsgericht besteht aus mindestens fünf Personen und wird vom Parteivorstand berufen. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von den durch den Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Partei-Vorstand. Die Bildung eines Schiedsgerichts kann nur auf Antrag einer Partei- oder Vereinsversammlung erfolg Die Beisitzer, welche die Antragsteller zu bezeichnen haben, sind in Vereins- o Parteiversammlungen zu wählen. Gegen den Ausschluß aus der Partei steht Betroffenen die Berufung an die Kontrollkommission und den Parteitag zu. S Ausgeschlossenen kann auf ihren Antrag nach Ablauf eines Jahres die Par zugehörigkeit durch den Partei-Vorstand wieder zuerkannt werden, wenn der Ant von der Partei-Organisation ihres Wohnorts befürwortet wird." (Rest wie f

Digitized by Google

23. Parteigenossen des 3. Hamburger Wahlkreises: § 2 Abs. 2 folgende Fassung zu geben: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder der Partei-Vorstand. Gegen die Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an die Kontroleure und den Parteitag zu."

24. Dieselben, Distrikt Uhlenhorst und Rothenburgsort: § 2 in der früheren Fassung wieder herzustellen.

25. Dieselben, Distrikt Hamm: Dem § 2 des Organisationsstatuts ist folgende Fassung zu geben: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat, sowie vorsätzlich die Einheit der politischen oder wirthschaftlichen Arbeiterbewegung hintertreibt. — Ueber die Zugehörigkeit zu den örtlichen oder Landesorganisationen der Partei entscheiden die Organe dieser Organisationen selbständig und endgültig." — Ueber den Ausschluß aus der Gesammtpartei entscheidet u. s. w. nach den Bestimmungen, wie sie zur Zeit in Kraft sind.

26. Parteigenossen des Wahlkreises Dortmund-Hörde: Der § 2 Abs. 2 unseres Organisationsstatuts ist dahin zu ändern, daß über die fernere Zugehörigkeit zu der Partei die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise zu entscheiden haben. Gegen diese Entscheidung kann ein Schiedsgericht angerufen werden in der Zusammensetzung, wie das jetzige Organisationsstatut vorschreibt.

27. Parteigenossen in Breslau, im Wahlkreise Dortmund-Hörde, in Düsseldorf, in Magdeburg, in Staßfurt und in Zwickau: Der Hamburger Schiedsspruch ist zu kassiren, eventuell dem § 2 des Organisationsstatuts eine präzisere Fassung zu geben.

28. Parteigenossen in München und Halle: Den Hamburger Schiedsspruch aufzuheben und den Ausschluß der betreffenden Hamburger Akkordmaurer auszusprechen.

29. Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises protestiren entschieden gegen das Urtheil der Kontrolleure in Sachen der Hamburger Akkordmaurer und verlangen Aufhebung desselben.

30. Parteigenossen in München: Amendement zu § 2 des Organisationsstatuts: „Als ehrlose Handlung im Sinne des Parteistatuts gilt eine Handlung, die den Ausschluß eines Genossen aus seiner Gewerkschaft zur Folge hat."

31. Parteigenossen in Halle: Der Parteitag in Lübeck möge darüber verhandeln, ob dem § 2 des Organisationsstatuts unserer Partei eine Fassung gegeben werden soll, nach welcher der Verstoß gegen gewisse, näher zu bestimmende gewerkschaftliche Forderungen als Verstoß gegen die Parteiehre aufzufassen ist, der den Ausschluß aus den Parteiorganisationen rechtfertigt.

32. Dieselben: Der Parteitag möge im Falle der Aufhebung des Schiedsspruchs über die Hamburger Akkordmaurer beschließen, daß die modernen Gewerkschaften aufgefordert werden, die Beschlüsse der Parteiorganisation ebenfalls so zu beachten, daß diejenigen Mitglieder, welche sich gegen diese Beschlüsse ver- [illegible] aus denselben ausgeschlossen werden.

33. Genosse W. Leyendecker in Höchst a. M.: In § 9 hinter [illegible] 1 des Organisationsstatuts sind folgende Worte einzuschalten: „Die [illegible]egierten zum Parteitag sind in öffentlichen Partei-Versamm[illegible]lungen zu wählen und darf die Wahl in sogenannten Kreis-Konferenzen [illegible]t vorgenommen werden."

34. Parteigenossen in Brackel: Der Partei-Vorstand wird auf [illegible]hre gewählt. Nach zwei Jahren scheidet die Hälfte aus, an deren Stelle [illegible]den andere gewählt. Die ausgeschiedenen Vorstands-Mitglieder können in [illegible] vier Jahren nicht wiedergewählt werden.

Digitized by Google

35. Parteigenossen in Oldenburg: Bei ausbrechenden Konflikten zwischen Parteigeschäften und ihren Arbeitern ist der Streitfall, falls eine Verständigung nicht erzielt werden kann, einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Dasselbe setzt sich zu gleichen Theilen zusammen aus Vertretern des Partei-Vorstandes, der Generalkommission der Gewerkschaften und von den aus den streitenden Parteien ernannten Vertretern.

36. Parteigenossen in Düsseldorf: Es sind in der Partei durch die Parteileitung in Berlin aus den Reihen der Parteikontrolleure fachmännisch gebildete Genossen als Preßrevisoren anzustellen, denen die alleinige Aufgabe zu Theil wird, von 1/2 zu 1/2 Jahr die gesammte deutsche Parteipresse in Bezug auf deren geschäftliche Angelegenheiten bezw. Leitung zu revidieren.

Presse.

Centralorgan.

37. Genosse Vieweg in Mühlau: Den Partei-Vorstand zu beauftragen, eine wöchentlich erscheinende Beilage im „Vorwärts" herauszugeben, deren Inhalt der sozialistischen Jugend und deren Erziehung bestimmt ist. In dieser Beilage ist gleichzeitig auf weitere gute Jugendlitteratur hinzuweisen, um die Anschaffung solcher zu erleichtern. Allen Parteizeitungen ist diese Beilage auf Wunsch zur Verfügung zu stellen, ähnlich wie die Unterhaltungsbeilage: „Die Neue Welt".

Lokalpresse.

38. Parteigenossen in Memel: Es wird allmonatlich eine Ausgabe des „Ostpreußischen Landboten" in litauischer Sprache zur Verbreitung unter der litauisch sprechenden Landbevölkerung Ostpreußens zu einem billigen Abonnementspreise herausgegeben. Das eventuell entstehende Defizit wird aus der Parteikasse gedeckt.

39. Parteigenossen in Düsseldorf: Der Partei-Vorstand ist gehalten, dem Preßunternehmen der Genossen im Wahlkreise Düsseldorf — „Düsseldorfer Volkszeitung" — finanzielle Unterstützung angedeihen zu lassen, um damit die Position der Düsseldorfer Genossen im Kampf gegen unsere Gegner, in erster Linie gegen das Centrum, zu halten und zu stärken.

Freie Stunden.

40. Parteigenossen in München: Der Parteitag hat dafür zu sorgen, daß die Wochenschrift „In freien Stunden" auf eine Höhe gebracht werde die einer Unterhaltungslitteratur für Arbeiter entspricht.

41. Die Genossen Löbe, Klütz und Heymann in Breslau: Die Buchhandlung Vorwärts möge veranlaßt werden, zwecks besserer Agitation für die „Freien Stunden" alljährlich die erste Nummer in einer Massenauflage drucken und dieselbe den sämmtlichen Parteiblättern als Probenummer beilegen zu lassen.

Unterhaltungslitteratur.

42. Parteigenossen in Breslau: Daß die Parteiblätter nur „Neue Welt" als Unterhaltungsbeilage beizulegen haben.

43. Parteigenossen in Kastel: Daß eine wirkliche volksthümliche praktische Unterhaltungsbeilage geschaffen werde. Dieselbe soll sich unter Anlassung des für unsere Zwecke nicht Passenden in Form, Inhalt, Satz und Art der Illustrationen möglichst eng anlehnen an das früher im Schönleinschen Verlag in Stuttgart erschienene wirklich gute Unterhaltungsblatt.

Digitized by Google

44. Die Genossen Löbe, Klüß und Heymann in Breslau: Der Parteiverlag von J. H. W. Dietz Nachfl. in Stuttgart wird beauftragt, den „Wahren Jakob" in Zukunft wöchentlich erscheinen zu lassen.

Handbuch.

45. Genosse Leyendecker in Höchst a. M.: 1. Das demnächst erscheinende parlamentarische Handbuch, für sozialdemokratische Wähler an die Vertrauensleute und an die in der öffentlichen Agitation thätigen Genossen zum Selbstkostenpreis abzugeben.

Kalender.

46. Parteigenossen des 3. Berliner Wahlkreises: Der Preis „Neue Welt-Kalender" ist auf 30 Pf. herabzusetzen.

47. Genosse Zschiedrich in Großröhrsdorf: Die Herausgabe eines sozialdemokratischen Abreißkalenders mit entsprechenden Gedenktagen und Sinnsprüchen.

Liederbuch.

48. Genossen in Kastel: Ein praktisches Arbeiter Liederbuch herauszugeben, welches bei allen Arbeiter-Festlichkeiten wie z. B. Märzfeiern, Maifeiern, Stiftungsfesten, Lasalle-Feiern u. s. w. benutzt und zu einem billigen Preis gekauft werden kann, ähnlich wie das Götzsche Turnliederbuch, welches nur 10 Pf. kostet.

Flugblätter.

49. Genossin O. Baader und Genossinnen: Ein Flugblatt herauszugeben, das von den Beauftragten der Genossinnen zur Veröffentlichung vorgeschlagen wird und das in leicht faßlicher Darstellung die Frauen über den Zollwucher und seine Folgen belehrt und sie zu energischer Protestkundgebung auffordert. Das Flugblatt soll, was die Höhe der Auflage und die Art der Verbreitung anlangt, nicht als Sonderflugblatt der Genossinnen behandelt werden, sondern als Veröffentlichung der Gesammtpartei.

Kolportage.

50. Parteigenossen in Nürnberg-Altdorf: Daß in allen Orten, wo die Kolportage durch Privatunternehmer nicht oder nur mangelhaft betrieben wird, dieselbe in Parteiregie zu übernehmen ist. Die Parteigenossen allüberall sind verpflichtet, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Inserate.

51. Parteigenossen in Breslau: Der Partei-Vorstand wird ersucht, für die im Parteiverlag herausgegebenen Unterhaltungsblätter „Neue Welt" und „Der wahre Jacob" regelmäßige Inseratenbeilagen zu geben.

Agitation.

52. Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises: Der Parteimißbilligt die Art der Agitation, wie dieselbe von seiten des Genossen Stein betrieben wird, da dadurch unsere Ziele vollständig unklar werden.

53. Parteigenossen in Essen: Der Parteitag beauftragt den Vorstand, Agitation im rheinisch-westfälischen Industriegebiet für die Folge wirksamer zu unterstützen.

Digitized by Google

54. Genossin O. Baader und Genossinnen: Die von den Genossinnen für die nächste Zeit vorbereiteten Frauenversammlungen sind von den Genossen in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Parteitag.

55. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises und Genossen des 1., 2., 3. und 6. Kreises: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Alkoholismus und Sozialdemokratie", und dazu einen Referenten und Korreferenten zu bestellen.

56. Parteigenossen in Halberstadt, Memel und dem Wahlkreise Calbe-Aschersleben: „Die Alkoholfrage" auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

57. Die Genossen Klawitter, Menz und Rössel in Bremen: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Alkoholfrage und praktische Sozialpolitik".

58. Parteigenossen in Halle: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Aufgaben der sozialdemokratischen Partei auf dem Gebiete des Kommunalwesens".

59. Parteigenossen des Wahlkreises Jüterbogk-Luckenwalde-Zauch-Belzig und West-Prieguitz: Die Parteitage zwischen Weihnachten und Neujahr abzuhalten.

60. Parteigenossen in Memel: Der Parteitag möge den nächstjährigen Parteitag so verlegen, daß auch die Wahlkreise der östlichsten Provinzen ihn mit Delegirten beschicken können.

61. Parteigenossen in Dresden: Den nächstjährigen Parteitag in Dresden abzuhalten.

62. Parteigenossen in Düsseldorf: Den nächstjährigen Parteitag in Düsseldorf abzuhalten.

63. Parteigenossen in Halberstadt: Den nächstjährigen Parteitag in Halberstadt abzuhalten.

64. Parteigenossen in Leipzig-Stadt und Land: Den nächstjährigen Parteitag in Leipzig stattfinden zu lassen.

65. Parteigenossen in Magdeburg: Den nächstjährigen Parteitag in Magdeburg abzuhalten.

66. Parteigenossen in Mannheim: Den nächstjährigen Parteitag in Mannheim abzuhalten.

67. Parteigenossen in München: Den nächstjährigen Parteitag in München abzuhalten.

Allgemeines.

68. Genosse Walk in Berlin IV, SO.: Bei der Aufstellung von Kandidaten zur Reichstagswahl so viel wie möglich Männer aus Arbeiterkreisen zu nehmen.

69. Genosse Ahrnke in Charlottenburg: Zur Reichstagswahl dürfen nur Genossen aufgestellt werden, die dem sozialdemokratischen Ver ihres Wohnorts, falls ein solcher daselbst besteht, angehören.

Parlamentarisches.

70. Parteigenossen in Nonneburg: Die Fraktion zu ersuchen, ein Zusatzantrag zu den §§ 6 und 20 des Krankenversicherungs-Gesetzes einzubringen mit ungefähr folgendem Wortlaut:

Digitized by Google

§ 6, Ziffer 3. „Freie ärztliche Behandlung, freie Arznei und sonstige Heilmittel sind den Familienangehörigen der verheiratheten Kassenmitglieder, d. h. der Ehefrau und den Kindern bis zum 14. Lebensjahre, soweit dieselben nicht selbst dem Versicherungszwange unterliegen, allgemein zu gewähren."

§ 20, Ziffer 4. „Freie ärztliche Behandlung, freie Arznei und sonstige Heilmittel sind den Familienangehörigen der verheiratheten Kassenmitglieder, d. h. der Ehefrau und den Kindern bis zum 14. Lebensjahre, soweit diese nicht selbst dem Versicherungszwange unterliegen, zu gewähren. Den Ehefrauen der Mitglieder ist im Falle der Entbindung die Hälfte der Wöchnerinnen-Unterstützung zuzusprechen."

Die Ziffern 5 und 7 des § 21 sind zu streichen.

Gleichzeitig ist ein neuer Paragraph in das Gesetz aufzunehmen, welcher lautet: „Diese Bestimmungen erstrecken sich auch auf Bau-, Fabrik-, Knappschafts- und Innungs-Krankenkassen. Solche Kassen, welche durch Einführung obiger Bestimmungen nachweislich in ihrer Existenz gefährdet werden, sind vom Reiche oder aus den Kassen der Versicherungsanstalten zu subventioniren."

71. Parteigenossen in Barmen: 1. Die Reichstags-Fraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf im Reichstage einzubringen, wonach der Maximal-Arbeitstag für alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen auf 10 Stunden festzusetzen ist.

72. Dieselben: Die Fraktion wird beauftragt, im Reichstag ein Reichs-Wohnungsgesetz einzubringen mit Berücksichtigung folgender Punkte: 1. Schaffung eines Reichs-Wohnungsamtes; 2. Schaffung einer Wohnungsinspektion in Städten und Kreisen; 3. die Gemeinden, Städte, Kreise und der Staat sind verpflichtet, verkäuflichen Grund und Boden anzukaufen, anstatt denselben der Bauspekulation zu überlassen; 4. die Miethskontrakte dürfen nicht mit den Arbeitsverträgen in Verbindung gebracht werden; 5. die Riesenkapitalien der Arbeiterversicherung sind hierzu nutzbar anzulegen.

73. Parteigenossen in Elberfeld: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird beauftragt, einen Antrag auf Einführung eines gesetzlichen Maximal-Arbeitstages für alle Arbeiter einzubringen.

74. Parteigenossen des 1. sächsischen Reichstagswahlkreises: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird ersucht, alljährlich, bis zur eventuellen Annahme, im Reichstage Anträge auf Bestrafung derjenigen Arbeitgeber, welche ihre Arbeiter durch Androhung der Arbeitsentziehung resp. Nichtbeschäftigung zu bestimmen versuchen, auf das denselben gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zu verzichten, einzubringen.

75. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Der Parteitag zu Lübeck wolle die Reichstags-Fraktion beauftragen, energisch für den Schutz des Koalitionsrechts einzutreten.

76. Parteigenossen in Breslau: Die sozialdemokratische Fraktion möge den erneuten Versuch machen, eine Abänderung des Militärgerichts-Verfahrens herbeizuführen, insbesondere in Beziehung auf öffentliche Verhandlung.

77. Parteigenossen in München: Es sei die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, sofort nach Zusammentritt des Reichstages Anträge auf Abänderung Militär-Strafgerichts-Ordnung vom 1. Dezember 1898 zu stellen, durch die Minimum dessen, was überhaupt von einer Prozeßordnung gefordert werden ß, die der Rechtspflege dienen will, dem Recht der Angeklagten wenigstens so t Rechnung getragen wird, daß 1. der Allgewalt des Gerichtsherrn Schranken ßetzt, 2. die Funktionen des Untersuchungsführers und des Anklagevertreters ennt und 3. die Gerichtshöfe (besonders in der Berufungsinstanz) derart zumengesetzt werden, daß die juristisch gebildeten Richter bei Entscheidung der ldfrage von den Offizieren nicht majorisirt werden können."

Digitized by Google

78. Parteigenossen in Mülhausen i. Elsaß: Die Reichstags-Fraktion wird beauftragt, wie in früheren Jahren auch in der Zeit bis zum nächsten Parteitage bei jeder Gelegenheit auf die Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des kaiserlichen Statthalters in Elsaß-Lothringen hinzuwirken, um die Bevölkerung des Reichslandes endlich aus einer Lage zu befreien, die ebenso ungerechtfertigt als unwürdig und der gesunden Entwicklung hinderlich ist.

79. Dieselben: Die Reichstags-Fraktion wird ferner beauftragt, für die vollständige Einführung des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 in Elsaß-Lothringen einzutreten;

80. Dieselben: desgleichen für die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl des elsaß-lothringischen Landesausschusses durch das Volk;

81. Dieselben: desgleichen aufs neue für die Schaffung eines Reichs-Vereinsgesetzes.

82. Jacob Meyer und Schwarz, Mitglieder des 5. Berliner Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, daß die Genossen im Reichstage für Aufhebung des Impfzwangs eintreten.

Resolutionen.

83. Die am 2. September tagende Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 2. Hamburger Wahlkreis hält trotz des Entscheides der Parteikontrolleure an den am 6. August von den gemeinsam versammelten Wahlvereinen aufgestellten Grundsätzen in Bezug auf den Streitfall mit den Akkordmaurern soweit sie Parteimitglieder sind, fest. Sie hält nach wie vor den in dieser Angelegenheit gefällten Schiedsspruch für einen Fehlspruch schlimmster Sorte und betrachtet die in der Begründung aufgestellten Grundsätze als mit den Grundsätzen, die bisher in der allgemeinen Arbeiterbewegung in Bezug auf Disziplin, Unterordnung und Solidarität bestimmend waren, für nicht vereinbar. Von dem Parteitag in Lübeck erwartet die Versammlung, daß er diesen Fehlspruch aufhebt, und somit die altbewährten Grundsätze wie oben genannt wieder aufrichtet. In einem anderen Beschluß erblickt die Versammlung eine schwere Gefahr, wenn nicht ja eine Zerstörung der in der Arbeiterbewegung auf politischem und wirthschaftlichem Gebiete zu verzeichnenden Eintracht und Geschlossenheit.

84. Parteigenossen in Altona: Die Versammlung erklärt, daß sie es für nothwendig erachtet, daß der Schiedsspruch in der Angelegenheit des Ausschlusses der Akkordmaurer beseitigt wird und eine Entscheidung getroffen wird, wodurch die Interessen der in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung kämpfenden Arbeiterschaft besser gewahrt werden wie in dem Schiedsspruch

85. Die Mitglieder-Versammlung des Distrikts Eilbeck (3. Hamburger Wahlkreis) richtet an den Parteitag das Ersuchen, sich in Sachen des Ausschlusses der Akkordmaurer nicht auf den Standpunkt des Schiedsgerichts und der Kontrollkommission zu stellen. Die Handlungsweise der Akkordmaurer wird von der großen Mehrheit der Hamburger Parteigenossen als eine ehrlose betrachtet und der Parteitag deshalb ersucht, im Interesse der gedeihlichen Weiterentwicklung der Partei-Organisation Hamburg den in mehreren Versammlungen angenommenen Ausschluß zu bestätigen.

86. Die Parteigenossen des Wahlkreises Bunzlau-Lüben ste. an den Partei-Vorstand das Ersuchen, den Spruch des Schiedsgerichtes in Sa der Hamburger Akkordmaurer zu kassiren.

87. Parteigenossen des 1. badischen Kreises erklären sich dem Schiedsspruch in Betreff der Akkordmaurer nicht einverstanden.

Digitized by Google

88. Die Konferenz des 9. badischen Reichstags-Wahlkreises kann sich dem Schiedsspruch der Kontrollkommission in Sachen der Hamburger Akkordmaurer nicht anschließen. Sie ist der Ansicht, daß ein wirklicher Streikbruch vorliegt. Die Fällung des Schiedsspruchs beweist nach Ansicht der Konferenz die Unhaltbarkeit des § 2 des Organisationsstatuts; sie hält Fälle ähnlicher Natur für vermieden, wenn der Ausschluß wieder in den örtlichen Parteivereinen erfolgt.

89. Die Parteigenossen des 17. sächsischen Reichstags-Wahlkreises erwartet vom Parteitag, daß er den gefällten Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Akkordmaurer richtig stellt und ausspricht, daß die Akkordmaurer als Streikbrecher anzusehen sind. Die Parteigenossen sind der Hoffnung, daß solche Anträge seitens der Gewerkschaften in Zukunft von der Partei zurückgewiesen werden.

90. Parteigenossen in Halberstadt und dem Kreise Calbe-Aschersleben: Der Parteitag erklärt, daß er das vom Ober-Kriegsgericht in Gumbinnen gefällte Todesurtheil wider den Unteroffizier Marten für einen der schwersten Justizirrthümer hält, welchen die Geschichte kennt. Der Parteitag sieht auch nicht annähernd einen Beweis dafür erbracht, daß der Verurtheilte sich des ihm zur Last gelegten Mordes schuldig gemacht hat. Der Parteitag erwartet von der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, daß dieselbe unter ausdrücklicher Bezugnahme auf das Gumbinner Urtheil in geeigneter Form im Reichstage für die Abschaffung der Todesstrafe und die Beseitigung der Militärjustiz — außer für Disziplinarfälle — eintreten wird.

91. Die Delegirten des Thüringer Parteitages: Der Thüringer Parteitag lehnt die Revisionsbestrebungen des Genossen Eduard Bernstein ohne jede Einschränkung auf das entschiedenste ab.

Der Parteitag erklärt im besonderen, daß die Erlösung der Arbeiterklasse aus der Lohnknechtschaft des Kapitalismus einzig in der Erkenntniß und in den Zielen und auf den Wegen möglich ist, wie sie im wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels vorgezeichnet und im Erfurter Programm für die deutsche Sozialdemokratie festgelegt sind.

Aus diesen Erwägungen heraus verurtheilt der Parteitag auf das Unzweideutigste auch die Art, wie der Genosse Bernstein trotz der vom Parteitag in Hannover angenommenen Resolution des Genossen Bebel fortfährt, den Versuch zu machen, in der Partei Verwirrung und Uneinigkeit zu stabiliren.

Nachdem nun mehrere Jahre hindurch die Revisionsbestrebungen des Genossen Bernstein von allen Parteigenossen und Instanzen der Partei sachlich und eingehend geprüft, von der überwältigenden Mehrheit der Parteigenossen energisch abgelehnt sind, hat der Parteitag Thüringens den Wunsch, daß der deutsche Parteitag in Lübeck diesem Vorgehen des Genossen Bernstein gegenüber eine ganz unzweideutige Erklärung abgiebt.

92. Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises (Süd-Ost) sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß der Parteitag zu Lübeck den neuesten Bestrebungen des Genossen Bernstein, den im Erfurter Programm der Partei festgelegten Grundsätzen die wissenschaftliche Basis entziehen, entschieden und unzweideutig gegenüber Stellung nimmt und Art, wie derselbe Verwirrung und Uneinigkeit in die Reihen des pfenden Proletariats hineinträgt, mißbilligt. Die Versammlung ist der icht, daß die wirthschaftliche und politische Lage schwere Kämpfe heraufhwören, die alle Kräfte der Sozialdemokratie zum geeinten Vorgehen en die Mächte der Reaktion erfordern, und verlangt von allen Parteiossen, daß sie sich den nach eingehender Diskussion auf den Parteitagen elegten Grundsätzen fügen, Revisionsbestrebungen in der Partei selbst auf den Parteitagen anregen, nicht aber in das Lager der Gegner tragen,

Digitized by Google

und so den thätigen Genossen die Agitationsarbeit erschweren und die Partei schädigen.

93. Die Parteigenossen des 2. badischen Reichstagswahlkreises erwarten vom diesjährigen Parteitag eine endgiltige Entscheidung in der sogenannten „Vernsteinfrage" und beantragen, die Bernsteinsche Politik zu verwerfen.

94. Genossin Dr. Luxemburg:

In Erwägung,

daß die heutige Staatsgewalt die Aufrechterhaltung und Vertheidigung der kapitalistischen Ordnung zur Aufgabe hat, und sowohl ihre gemeinnützigen Funktionen wie die fortschrittlichen Reformen, die von ihr etwa zu erlangen sind, diesen ihren wesentlichen Charakter nicht ändern, im Gegentheil selbst von kapitalistischen Interessen durchdrungen sind,

daß dementsprechend unsere Zustimmung zu einzelnen Aufwendungen des Staates keineswegs unsere ablehnende Haltung gegenüber der Gesammtthätigkeit der Regierung als des Organs der kapitalistischen Klassenherrschaft beeinträchtigen darf,

daß die Bewilligung des Budgets aber der Gewährung von Existenzmitteln an diesen der Arbeiterklasse feindlichen Klassenstaat gleichkommt und somit unsere grundsätzliche Opposition zu ihm wie unsere an seiner Thätigkeit geübte Kritik zur leeren Phrase macht,

daß insbesondere die Regierungen der deutschen Einzelstaaten in der gesammten inneren und auswärtigen Politik als integrirende mitschuldige und mitverantwortliche Theile der Staatsgewalt des Deutschen Reiches zu betrachten sind,

werden die sozialdemokratischen Abgeordneten in den deutschen Landtagen verpflichtet, in der Gesammtabstimmung gegen das Budget zu stimmen.

95. Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises (Süd-Ost): 1. Der Parteitag möge entscheiden, wie weit die gewerkschaftlichen Centralverbände berechtigt sind, die Beschlüsse der internationalen Kongresse betreffend die Maifeier zu hintertreiben resp. sich den aus diesen Beschlüssen entstehenden Konsequenzen zu entziehen, wie es im vorigen Jahre der Metallarbeiterverband, in diesem Jahre der Buchdruckerverband und einige andere Verbände durch Bekanntmachung an die Vorstände gethan haben.

96. Dieselben: 2. Der Parteitag hat die gewerkschaftlichen Centralverbände zu verpflichten, die Beschlüsse des Parteitags verwirklichen zu helfen, damit nicht, wie es in letzter Zeit theilweise geschehen ist, die Institutionen der Partei bekämpft werden und in den gewerkschaftlichen Organen die noch nicht aufgeklärten Arbeiter der Partei entfremdet werden.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Resolutionen.

97. (Zu Punkt 8 der Tagesordnung):

I. Die Budgetabstimmung ist der Prüfstein für die grundsätzliche Stellun der Parteien zu dem herrschenden Staats- und Gesellschaftssystem. Da d Sozialdemokratie als revolutionäre Partei die kapitalistische Gesellschaft und d bürgerlichen Staat grundsätzlich bekämpft, so beschließt der Parteitag:

„Die sozialdemokratischen Fraktionen der Parlamente deutscher Staaten sind verpflichtet, das Budget zu verweigern.

Digitized by Google

Eine andere Stellung kann zulässig sein in Ausnahmefällen, in denen die Ablehnung eines bestimmten Budgets die Annahme eines noch ungünstigeren herbeiführen würde."

II. Die Mitglieder sozialdemokratischer Fraktionen haben sich der Theilnahme an höfischen Deputationen und Veranstaltungen zu enthalten.

98. Genossen des Wahlkreises M.-Gladbach: Der Parteitag in Lübeck möge dem Partei-Vorstand in Erwägung geben, daß an Orten, wo es nöthig erscheint, besoldete Parteibeamte angestellt werden, welche durch organisatorische und agitatorische Fähigkeiten die Bewegung zu heben und zu fördern im Stande sind.

99. Sozialdemokratischer Verein Streckau des Wahlkreises Naumburg-Weißenfels-Zeitz: Die heutige Versammlung hält den Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Akkordmaurer für einen Fehlspruch und ist der Ansicht, daß die Akkordmaurer ehrlos gehandelt haben. Sie ersucht den Parteitag, den Schiedsspruch aufzuheben und den Ausschluß der betreffenden Hamburger Akkordmaurer auszusprechen.

100. Derselbe: Der Parteitag in Lübeck möge darüber verhandeln, ob dem § 2 des Organisationsstatuts unserer Partei eine Fassung gegeben werden soll, nach welcher der Verstoß gegen gewisse, näher zu bestimmende gewerkschaftliche Forderungen als Verstoß gegen die Parteiehre aufzufassen ist, der den Ausschluß aus den Parteiorganisationen rechtfertigt.

101. Genosse Jungnickel-Dresden und 7 Genossen: Der § 2 des Organisationsstatuts ist wie folgt abzuändern:

Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht von 7 Personen, das der Partei-Vorstand beruft. Drei der Beisitzer werden von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, drei andere von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Partei-Vorstand.

Verweigert oder unterläßt der Betroffene innerhalb eines Zeitraumes von vier Wochen nach erfolgter Benachrichtigung durch den Partei-Vorstand die Bezeichnung der ihm zustehenden Mitglieder des Schiedsgerichts, dann wird sein Ausschluß vom Partei-Vorstande vollzogen.

(Rest wie früher).

102. Genosse Bernstein und 17 Genossen: Der Parteitag erklärt:

Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirthschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektirung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundsätzen der Demokratie.

Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Thaten entgegenwirkt oder Sonderbündelei zur Führung solcher Gegenaktion betreibt, verstößt wider das vorentwickelte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie [illegible] diesem Verhalten beharren.

103. Genosse Bérard-Hamburg: Diejenigen Verlage von Parteiblättern, welche denselben regelmäßig wöchentlich ein Unterhaltungsblatt beigeben, sind verpflichtet, für diesen Zweck „Die Neue Welt" zu den für alle Abonnenten derselben ausnahmslos geltenden Bezugsbedingungen zu beziehen.

104. Resolution Bebel zur Budgetbewilligungsfrage: Der Parteitag wolle beschließen, an Stelle des Antrags 94 dem folgenden Antrag zustimmen:

Digitized by Google

In Erwägung:

daß die Arbeiterklasse in den Einzelstaaten weder die volle Gleichberechtigung noch die gleiche Behandlung mit den herrschenden Klassen genießt;

daß die Einzelstaaten vielmehr nach ihrem Wesen und ihrer Organisation den Charakter des Klassenstaats haben, d. h. die vornehmste Stütze der kapitalistischen Wirthschaftsordnung sind und demgemäß weder die Art der Staatseinnahmen noch der Staatsausgaben den Forderungen der Sozialdemokratie an eine Staatsverwaltung entsprechen;

daß die Regierungen dieser Einzelstaaten durch ihre Zustimmung zu den Maßnahmen des Bundesraths (Umsturz- und Zuchthausvorlage, indirekte Steuern auf den Massenverbrauch, Lebensmittelzölle und Liebesgabenpolitik, Militarismus, Marinismus u. s. w.) die Arbeiterklasse aufs ungerechteste und schwerste schädigen;

die Bewilligung des Budgets aber als ein Vertrauensvotum für eine Regierung und als Billigung ihrer wesentlichsten politischen Maßnahmen angesehen wird,

erwartet der Parteitag, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Landtagen, dem Beispiel der Parteigenossen im bayrischen, sächsischen und württembergischen Landtag folgend, künftig gegen das Budget stimmen werden.

Die Mitglieder sozialdemokratischer Fraktionen haben sich der Theilnahme an höfischen Deputationen und Veranstaltungen zu enthalten.

105. Genosse Siebeneicher und 20 Genossen: Die Reichstagsfraktion zu ersuchen, einen Gesetzentwurf im Reichstag einzubringen, wonach die landwirthschaftlichen und Forstarbeiter einer Krankenkassenversicherung unterstehen, auch alle Bestimmungen im Punkt 70 zu gewähren.

106. Dieselben: Der Parteitag möge einen Beschluß fassen, wonach die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Reichstage die Initiative ergreife und Folgendes vom Reichstage und der Regierung fordern:

1. Eine wirkliche Kranken-Versicherung.
2. Abschaffung der Gesindeordnungen.
3. Freies Koalitions- und Versammlungsrecht.
4. Festsetzung eines 10stündigen Arbeitstages für alle landwirthschaftlichen Arbeiter.
5. Verbot der Kinderarbeit und der Frauenarbeit 6 Wochen vor und nach der Entbindung.
6. An Sonnabenden oder an Tagen vor einem Fest um 5 Uhr Feierabend für die auswärts Arbeitenden.

107. Dieselben: Der Parteitag möge beschließen, ein Flugblatt zum nächsten Winter herauszugeben und unter die Landbevölkerung zu vertheilen, welches die Landdienstboten über die Schmach der Gesindeordnungen aufklärt und wie dieselbe zu beseitigen ist. — Gleichzeitig müsse darauf gegeben werden, daß das Erfurter Programm darauf gedruckt würde.

108. Resolution Heine-Berlin zur Bernstein-Debatte, unterstützt von Frohme, Edmund Fischer, H. Dietz, A. v. Elm, J. Schmidt-Rostock, Calwer, Deinhart-Erlangen, Emil Groth, Südekum, Schulz, Voigt, Fiedler, Pfeiffle, R. Nitsch, Robert Pistorius, David, May, Ulrich-Offenbach, Ehrhardt, R. Fischer-Berlin, Schmidt-Frankfurt, Wesemeier-Braunschweig, Thöne-Kassel, Blos, Hoch T. Kurze, M. Pfüller-Leipzig, Paul Müller-Hamburg, Ernst Breil, Peus, Klees, Goercke, Gradnauer, Fendrich, Quarck, Grimpe, Windhoff, A. Gerisch, B. Böhle, L. Emmel, O. Friedrich-Lübeck, W. Thielkow, Th. Bartels-Lübeck, P. Pape Lübeck, Fr. Ebert-Bremen, C. Dinmick-Berlin III, P. Büttner-Berlin III G. Ladewig-Berlin III, H. Sachse, Stolpe, Kloß, W. Großkopf, H. Silberschmidt, Fr. Toelge-Altona, J. Jacobsen, J. Krohn, Cl. Hengsbach-Köln, Fr. Harm, H. F. W. Deutsch, Th. Bömelburg, Joh. Stamningk, H. Stubbe.

Digitized by Google

Hermann Goldstein, Heinr. Fischer-Weimar, Heinr. Klingenhagen, R. Domscheit, Hoffmann-Bielefeld, J. Efftinge, H. Schneider, Heinrich Braun-Berlin, L. Dörnke-Hannover, H. Horenburg-Hannover, O. Hartmann-Höchst a. M., Baudert, D. Stücklen:

Der Parteitag hält die Freiheit wissenschaftlicher Selbstkritik für eine Voraussetzung der geistigen Weiterentwickelung der Partei. Er hat keine Veranlassung, von den Grundsätzen der 1899 in Hannover angenommenen Bebelschen Resolution abzuweichen und betrachtet hiermit die Anträge 52, 91, 92 und 93 als erledigt.

109. Resolution Bebel zur Bernstein-Debatte, unterstützt von Stolten, Antrick, Stadthagen, E. Wurm, E. Ernst, Geck, Jos. Joos, Albrecht, A. Hoffmann, Geyer, Anton Walter, Zubeil, Goercke, Stolle, W. Steinbrügger, Molkenbuhr, M. Sommer, J. Herbst, Klees, M. Hüttig, Schmidt-Frankfurt, P. Reißhaus, W. Eberhardt, H. Becker, Paul Seige, Haase, Hugo Siebeneicher, Bohne-Berlin, Reul-Berlin, Gartz-Weißensee, Kenkel-Berlin, Basner-Berlin, Gesche-Berlin, Grauer-Nieder-Barnim, Carl Thiele-Halle, H. Plorin-Zeitz, A. Gegxold-Zeitz, Frau Thiel, Albrecht Fülle-Berlin II, Wilh. Fritzsch, August Hintz, A. Schnell, Schubert, M. Kiesel, Brandt, Grunwald, Luxemburg, Schlichtholz, E. Breil, Ch. Schrader, Luise Zietz, G. Beckmann, F. Gemol, Karl Hilbenbrand, Braun, Singer, Zetkin, Ottilie Baader, Schwartz, Feldmann, Emil Faber, Emma Ihrer, H. Baerer, Messing, Schmidt, Fanghänel, W. Metzger, H. Lüth, H. Sachse, H. Bartels, Karl Jürs, Emil Landgraf, Ed. Zeißig, Alban Landgraf:

Der Parteitag wolle beschließen:

Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Nothwendigkeit der Selbstkritik für die geistige Fortentwickelung unserer Partei an. Aber die durchaus einseitige Art, wie der Genosse Bernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, unter Außerachtlassung der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Trägern, hat ihn in eine zweideutige Position gebracht und die Mißstimmung eines großen Theils der Parteigenossen erregt.

In der Erwartung, daß der Genosse Bernstein sich dieser Erkenntniß nicht verschließt und danach handelt, geht der Parteitag über die Anträge Nr. 52, 91, 92 und 93 zur Tagesordnung über.

110. Resolution Bebel zur Budgetfrage.

Der Parteitag wolle beschließen, unter Zurückziehung der Resolution Nr. 104 folgender Resolution seine Zustimmung zu geben:

„In Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaats tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht einräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind,

spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesammtbudget normaler Weise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus dringenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.

111. Resolution Südekum zur Wohnungsfrage:

Die Wohnungsnoth ist eine allgemeine, Land und Stadt treffende Erscheinung. In den industriellen Bezirken wird sie veranlaßt durch die Zusammenballung der Bevölkerung auf räumlich beschränktes Gebiet, die eine unmittelbare Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise ist.

Digitized by Google

Hier treibt das Privateigenthum an Grund und Boden mit seinen monopolistischen Wirkungen die Grundrente rasch und maßlos in die Höhe;

hier äußert sich die Wohnungsnoth in einer schnellen Steigerung der Miethen. Diese sind um so höher, je kleiner und schlechter die Wohnungen sind, und verschlingen einen stets wachsenden Theil des Einkommens der Miether. Die hohen Miethen zwingen zur Aufnahme von Aftermiethern und Schlafgängern und erzeugen ein Zwischenmietherthum, das die ärmsten Schichten seinerseits ausbeutet;

hier schafft die ungemessene Ausnützung des Grund und Bodens durch die unhygienische Aussperrung von Licht und Luft und durch die unhygienische Zusammendrängung von Wohnungen gefährliche Seuchenheerde;

hier zeitigt die Ueberfüllung der Wohnungen die schwersten gesundheitlichen, geistigen und sittlichen Schäden.

Gegen diese gewaltige gesellschaftliche Erscheinung der Wohnungsnoth erweisen sich die Heilmittel der bürgerlichen Wohnungsreformer als unzuträglich, theils ihrem Wesen, theils der Art ihrer Durchführung nach, wie sie durch die in Staat und Gemeinde herrschenden politischen Machtverhältnisse bedingt wird. Eine wirksame Bekämpfung der Wohnungsnoth hat zur Voraussetzung einen bestimmenden Einfluß des organisirten Proletariats auf Staat und Gemeinde. Dieser allein garantirt, daß die große und vielseitige Aufgabe in ihrem ganzen Umfange und mit allen erforderlichen Mitteln in Angriff genommen wird.

Als solche Mittel fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands in erster Linie:

1. Von den Gemeinden:

a) Erwerbung, Erhaltung und Vermehrung von Grundbesitz;
b) Erbauung von Wohnhäusern, insbesondere für die Arbeiterklasse; Abgabe von Wohnungen zum Selbstkostenpreise, Sicherstellung der Miether gegen jedes Abhängigkeitsverhältniß von der Gemeinde;
c) Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern für regelmäßige Wohnungsinspektion, Wohnungsstatistik und Vermittelung der Wohnungsvermiethung;
d) Verbesserung der Bau-Ordnungen;
e) Reform des kommunalen Steuerwesens;
f) Uebernahme und Ausbau der Verkehrsmittel in eigene Regie.

2. Von den Einzelstaaten:

a) Ersatz der bestehenden Kommunalwahlsysteme durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, ausgedehnt auf alle mündigen Personen ohne Unterschied des Geschlechts;
b) Völlige Selbstverwaltung der Gemeinden;
c) Erweiterung des Enteignungsrechts der Gemeinden und Umgestaltung des Enteignungsverfahrens zu ihren Gunsten; (vergl. 3a);
d) Reform der Eisenbahntarifpolitik.

3. Vom Reiche:

a) Erlaß eines Reichswohnungsgesetzes (enthaltend u. A. Normativbestimmungen für Bauordnungen, Wohnungsinspektion, Kreditwesen, Enteignungsrecht);
b) Errichtung eines Reichswohnungsamts (Ueberwachung und Erforschung des gesammten Wohnungswesens, Zentralbehörde für Wohnungsinspektion und Wohnungsstatistik);
c) Reform des Miethsrechts, des Miethsprozesses, der Zwangsvollstreckung.

In der Thätigkeit der Bau-Genossenschaften, soweit sie auf der Grundlage des gemeinsamen Eigenthums eingerichtet sind und keinen Spekulanteninteressen Vorschub leisten, erblickt der Parteitag eine zeitweilig nützliche Ergänzung der von den Gemeinden, Staaten und dem Reiche zu ergreifenden Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnoth; der Parteitag warnt aber vor einer Ueberschätzung der Bedeutung der Bau-Genossenschaften.

Digitized by Google

Die Gewährung öffentlicher Mittel zum Hausbau an Privatpersonen oder Gesellschaften für den Bau von Arbeiterwohnungen im Unternehmer-Interesse oder zum Uebergang in privaten Besitz ist zu bekämpfen.

Wohlthätigkeitseinrichtungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens sind zu verwerfen.

Herstellung von Arbeiterwohnungen durch Arbeitgeber für ihre Arbeiter bringt diese in die schlimmste Abhängigkeit und schafft die größte Gefahr für ihre politische und soziale Selbständigkeit.

* * *

Die Durchsetzung unserer Forderungen wird gehemmt durch die politische Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse, durch die Machtstellung der besitzenden Klassen in den parlamentarischen Körperschaften und besonders durch die Vorrechte der Hausbesitzer in den Gemeindevertretungen. Der Kampf gegen die Wohnungsnoth ist in letzter Linie ein Kampf der Arbeiterklasse um die politische Macht in Staat und Gemeinde. So mündet auch der Kampf gegen die Wohnungsnoth in den großen Emanzipationskampf des Proletariats.

A. Südekum.

112. Sozialdemokratischer Verein Erfurt:

Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Erfurt stellt den Antrag, der Parteitag möge den Schiedsspruch über den verlangten Ausschluß der Akkordmaurer in Hamburg aufheben und dieselben aus der Partei ausschließen.

113. Resolution Legien zur Akkordmaurer-Frage, unterstützt von Hoch, L. Emmel, C. Windhoff, Quarck, Wilh. Keil, B. Grosse, Th. Bartels, H. Stolpe, P. Büttner, J. Gogowski, C. Kloß, C. Eberle, Karl Meißner, J. Krohn, J. Jakobsen, Fr. Toelge, Fr. Harm, H. F. W. Deutsch, J. Joos, Anton Walter, Alb. Müller, A. Körsten, Emma Ihrer, Carl Jürs, Klees, Alb. Rudolph, Düwell, Bühler, Paul Müller, H. Baerer, W. Brecour, Blumstock, Th. Müller, Joh. Staningk, Fanny Imle, H. Hüttmann, A. v. Elm, H. Steinbach, Böhle, A. Röske, Knieriem, A. Raith, Beyer, Louise Zietz, H. Käppler, Schmidt-Frankfurt, J. Efftinge, Roßkopf, Otto Goercke, Pfüller, May, A. Wesemeier, G. Thöne, H. Sachse, Scheidemann, Grimpe:

Der Parteitag erklärt, daß er die Begründung des Schiedsspruchs in der Hamburger Angelegenheit als richtig nicht anerkennt.

Er lehnt es jedoch ab, wegen Streikbruchs den Ausschluß aus der Gesammtpartei zu vollziehen und überläßt es den örtlichen Partei-Organisationen, im Einzelfall zu entscheiden, ob der Ausschluß von Streikbrechern aus der örtlichen Organisation erfolgen soll.

114. Resolution Fischer-Berlin zur Akkordmaurer-Frage, unterstützt durch Heine-Berlin, Singer, A. Gerisch, Molkenbuhr, Hintze, Ledebour, Grunwald, Bohn-Berlin, Rosbitzki, Schwartz, Antrick, Calwer, Cohn, Förster, Klees, Wurm, Steinbrügge, Emil Faber, Bebel, Hug, W. Metzger, C. Ulrich, Landgraf, H. Goldstein, R. Lipinski, P. Reißhaus, M. Kiesel, A. Schnell, P. Scholz, Brandt, Frau Thiel, Ottilie Baader, Zubeil, Stadthagen, A. Hoffmann, E. Basner, W. Gesche, Reul, F. Kotze, Schlichtholz, Thiele, W. Staab, K. Reiwand, A. Leopoldt, Albrecht, Fülle-Berlin II, Geyer, H. Meister, Kaden, Zetkin, Theodor Metzner, David, W. Eberhardt, E. Ernst, Frohme, Fendrich, Stolle:

Der Parteitag, als Vertreter der in der Sozialdemokratie politisch organisirten Klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft, stimmt mit den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, als den wirthschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, überein in der rückhaltlosen Verurtheilung des Streikbruchs.

Der Parteitag erkennt auch an, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Erfüllung ihrer Aufgaben den Streikbruch mit aller Energie bekämpfen und ahnden müssen, daß aber die Führung dieses

Digitized by Google

Kampfes und die Wahl der Kampfmittel in erster Linie den Gewerkschaften überlassen bleiben muß.

Dagegen lehnt der Parteitag es ab, in jedem Streitfall zu den Beschlüssen der Gewerkschaften über ihre Organisation und Taktik Stellung zu nehmen oder von solchen Beschlüssen oder dem Verhalten der gewerkschaftlich organisirten Parteigenossen dazu die Zugehörigkeit zur Gesammtpartei abhängig zu machen.

Der Parteitag erklärt, daß das Schiedsgericht nach dem Wortlaut des Parteistatuts und dem ihm vorgelegten Thatsachenmaterial zu keinem anderen Beschluß als dem gefällten Urtheil gelangen konnte.

Der Parteitag muß es den örtlichen Parteiorganisationen überlassen, zu entscheiden, mit welchen Mitteln sie den Zentralverband der Maurer in seinem Vorgehen gegen die Hamburger Akkordmaurer unterstützen können, und namentlich inwieweit sie ein Zusammenarbeiten mit ihnen in ihren Partei-Organisationen für möglich halten.

115. Resolution Heinrich **Braun**-Berlin zur **Bernstein-Debatte**, unterstützt von J. Auer, Dr. Südekum, E. Fischer-Dresden, Blos, Ulrich-Offenbach, R. Fischer-Berlin, A. v. Elm-Hamburg, Harm, Schmidt-Frankfurt, Fendrich, Jos. Heer, Emma Ihrer, C. Legien, H. Dietz, Heine, Calwer, Cohn, R. Bérard, Stolle, Fr. Wedemeyer, Ehrhart:

Der Parteitag wolle beschließen:

„Der Parteitag erkennt rückhaltslos die Nothwendigkeit der Selbstkritik für die geistige Fortentwickelung der Partei an. Aber die vorwiegend einseitige Art, wie Genosse Bernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, hat ihn bei einem großen Theil der Parteigenossen in eine zweideutige Stellung gebracht und vielfach Mißstimmung erregt, zumal auch seine Kritik von Gegnern mißdeutet und mißbraucht worden ist. Es kann aber nicht verkannt werden, daß der Genosse Bernstein zu diesem Verhalten durch nicht weniger einseitige Gegenkritiken einzelner Parteigenossen weiter gedrängt worden ist.

In der Erwartung, daß alle Genossen sich den üblen Konsequenzen nicht verschließen und danach handeln, geht der Parteitag, der keine Veranlassung hat, von den Grundsätzen der 1899 in Hannover angenommenen Bebel'schen Resolution abzuweichen, über die Anträge Nr. 52, 91, 92 und 93 zur Tagesordnung über."

116. Amendement **Stanningk** zum **Antrag 114**, unterstützt von K. Seifert, Wesemeier, Rich. Beyer, Gradnauer, Friedrich-Darmstadt, H. F. W. Deutsch, H. Schneider, C. Ihrer, H. Silberschmidt, Kurze, Ebert, W. Roßkopf, J. Jacobsen, H. Klingenhagen, H. Stolpe, Eberle, Harm, J. Efflinge, H. Thöne, Frohme, Toelge:

Den Absatz 4 zu streichen und dafür zu setzen:

„Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus, daß die schiedsrichterlichen Instanzen bei ihrem Votum sich von der ehrlichen Absicht haben leiten lassen, Recht zu finden und Recht zu sprechen. Es wird rücksichtlich der Neuheit des Falles anerkannt, daß diesen Instanzen aus ihrem Votum ein Vorwurf nicht zu machen ist."

117. Resolution **Käppler** zur **Akkordmaurer-Frage** (unterstützt von C. Legien, C. Windhoff, Th. Bartels, A. v. Elm, H. Steinbach, H. Hi-mann, Adam Lang, H. Fischer-Lüdenscheid, K. Knieriem, Paul Müll Bömelburg, Hoch, Emmel, Quarck, A. Raith, Louise Zietz, Max Hüttig, A. Walt Louis Fiedler)):

Der Parteitag erklärt:

„Der in Sachen der Hamburger Angelegenheit gefällte Schiedsspr wird aufgehoben und die Sache zu erneuter Verhandlung an die erste Inst die Hamburger Parteivereine, zurückverwiesen."

Digitized by Google

118. Abänderungsvorschlag **Baudert** zum **Antrag 110**: Im dritten Absatz am Schluß anstatt der Worte: und insbesondere das Gesammtbudget normaler Weise ablehnen, zu setzten:

„und dies bei Abstimmungen über das Gesammtbudget und die Finanzgesetze genau beobachten".

119. Abänderungsantrag **Stolten** zu **Resolution 111**: Beantrage in der Resolution 111 unter 1d: Verbesserung der Bauordnungen anzufügen:

„und rechtzeitige Ausdehnung derselben auf die noch unbebauten Grundstücke".

120. Resolution **Metzner** zur **Maifeier**.

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

121. Resolution **Bebel** zu Punkt 4: **Zolltarif und Handelsverträge**.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Lübeck erklärt:

„Der vorliegende Zolltarifentwurf übertrifft nach jeder Richtung die schlimmsten Befürchtungen, die nach seiner Vorgeschichte und den Antecedentien seiner Väter gehegt werden konnten.

Durch diesen Tarifentwurf werden, wenn derselbe Gesetz wird, die Lebensinteressen der ungeheuren Volksmehrheit aufs tödlichste verletzt, wohingegen durch denselben die Klasseninteressen des Agrarierthums und der mit diesem verbündeten Großbourgeoisie in der maßlosesten und schamlosesten Weise begünstigt werden.

Der Entwurf, wenn verwirklicht, bedeutet den unerhörtesten Brot- und Lebensmittelwucher, die zunehmende Verarmung und Aushungerung der arbeitenden Klasse und ihre Unterjochung unter den Agrar- und Industriefeudalismus; er bedingt ferner mit Nothwendigkeit die Verfeindung Deutschlands mit allen Kulturnationen und seine wirthschaftliche und politische Isolirung.

Der Entwurf ist mit einem Wort das volks- und kulturfeindlichste Machwerk, das man einer zivilisirten Nation zumuthen kann; er beweist, daß seine Urheber nicht nur die größten Feinde der Arbeiterklasse, sondern auch die schlimmsten Schädiger der politischen und wirthschaftlichen Interessen Deutschlands sind.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie protestirt mit dem größten Nachdruck gegen diesen vom brutalsten Agrar- und Großunternehmer-Interesse diktirten Tarifentwurf; er richtet an die gesammte deutsche Arbeiterklasse ohne Unterschied der Partei und des Geschlechts die Aufforderung, sich immer wieder durch Resolutionen in Versammlungen und Petitionen an den Reichstag in der unzweideutigsten und schärfsten Weise gegen diesen Entwurf auszusprechen.

Insbesondere sollten auch die der Arbeiterklasse angehörigen Wähler den von ihnen in den Reichstag Gewählten keinen Zweifel darüber lassen, daß ein Abgeordneter, der diesem oder einem ähnlichen Zolltarif-Entwurf seine Zustimmung giebt, ein Verräther am arbeitenden Volke und unwürdig ist, sein Vertreter zu sein.

Digitized by Google

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag, den 22. September 1901, Abends 7 Uhr.

Im Vereinshaus, dem Eigenthum der Lübecker Genossenschaftsbäckerei und damit der Arbeiter Lübecks, traten heute Abend um 7 Uhr die Delegirten zur Vorversammlung zusammen. Der herrliche weitgeräumige Saal machte in seinem schlichten Weiß, das nur durch diskrete Goldlinien belebt wird, den festlichsten Eindruck, zumal wenn ihn die Massen wie heute füllen. Auf den breiten Galerien und im Hintergrunde des Saales drängten sich die Lübecker Arbeiter, um der Eröffnung des Kongresses beizuwohnen. An vier langen gedeckten Tafeln haben die Delegirten Platz gefunden. Die Bühne zeigt geschmackvollen Schmuck. Eine Kolossalbüste Lassalle's hebt sich aus einem grünen Lorbeerhain gegen eine rothe Draperie wirkungsvoll ab. Links und rechts stehen im Halbkreis die bunten mit Seidenschleifen geschmückten Banner der Lübecker Gewerkschaften. Die Parteifahne hängt der Bühne gegenüber von der Galerie herab; sie ist im Jahre 1877 „den Sozialisten Lübecks von den Arbeiterfrauen und -Mädchen" der alten Hansastadt gewidmet. An den Galerien erinnern kleine Wappenschilder an alle Parteitage seit Fortfall des Sozialistengesetzes. Die Rednertribüne, roth und weiß drapirt, steht unmittelbar vor dem Podium mit den rothbehangenen Tischen, die für das Präsidium bestimmt sind.

Um 7 Uhr 10 Minuten betritt

Schwartz-Lübeck das Rednerpult und übermittelt den Delegirten die herzlichsten Grüße der Lübecker Parteigenossen. Sie stehen hier gerade nicht auf einem parteihistorischen Boden, aber seit 1866 gehören die Lübecker Genossen doch schon zur Partei und haben in Glück und Unglück zu ihr gehalten. Wir sind uns der Ehre bewußt, den Parteitag in unseren Mauern tagen zu sehen. Wir geben Ihnen das Versprechen, die Prinzipien der Partei stets hoch zu halten. (Beifall.) Wir haben mit Jubel damals den Einigungsbeschluß in Gotha begrüßt, wir hielten eine einige Partei für eine Nothwendigkeit. Wir Lübecker werden uns bestreben, Ihnen die Lübecker Tage so leicht und angenehm wie möglich zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Bebel: Parteigenossen! Ich glaube im Namen aller Delegirten und unserer Gäste sprechen zu dürfen, wenn ich unserem Genossen Schwarz für die freundlichen Begrüßungsworte, die er soeben an uns richtete, den herzlichsten Dank ausspreche. (Beifall.) Als wir im vorigen Jahre in Mainz den Beschluß faßten, dieses Jahr in Lübeck zu tagen, waren wir der festen Ueberzeugung, daß unsere Lübecker Genossen Alles aufbieten würden, um uns den Aufenthalt hier nach jeder Richtung hin so angenehm wie möglich zu machen. Und wenn wir auch heute, wo wir erst wenige Stunden und zum ersten Mal hier vereinigt sind, noch nicht viel davon gesehen und gehört haben, so glaube ich doch, daß allein

Digitized by Google

schon dies freundliche und prächtige Lokal ein außerordentlicher Beweis dessen ist, was wir von Seiten unserer Lübecker Genossen zu erwarten haben. Ein schöneres Lokal haben wir kaum jemals gehabt, und daß es aus der eigenen Kraft der klassenbewußten Arbeiter geschaffen wurde, das ist das Großartigste. (Lebhafter Beifall.) Schwartz hat gemeint, wir ständen hier auf keinem parteihistorischem Boden; aber wir stehen auf historischem und zwar auf althistorischem Boden. Jeder, der hier die Stadt zum ersten Mal betreten hat, hat den Eindruck gewonnen, daß wir uns hier in einer alten deutschen Stadt befinden, und zwar in einer alten deutschen Stadt, in der das Bürgerthum mit als Erstes seine Unabhängigkeit gegen Unterdrückung der Fürsten eroberte. Von Fürsten gegründet, dauerte es nicht lange, daß es das fürstliche Joch abschüttelte und ein neues Gemeinwesen auf bürgerlicher Grundlage bildete. Aber auch da nicht auf allgemeiner gleicher Grundlage; die Klassenherrschaft hat das alte Lübeck in reichlichem Maße von Seiten seiner Patrizier zu genießen bekommen. Vergeblich waren seine Versuche, das Patrizierjoch abzuschütteln, das erste Mal im vierzehnten, das zweite Mal im sechzehnten Jahrhundert zur Zeit der Reformation. Auch hierbei zeigt es sich, daß auch religiösen Bewegungen politische und soziale Interessen zu Grunde liegen. Als Buggenhagen die Reformation predigte, fand er nur bei den Unterdrückten und Abhängigen Anhang; die Patrizier blieben katholisch, das gemeine Volk wurde protestantisch. Vergeblich alle Versuche — die ganzen Jahrhunderte bis auf den heutigen Tag hat das Patriziat seine Herrschaft zu behaupten gewußt. Wie sehr, dafür spricht, daß trotzdem unsere Genossen wie auch in den anderen beiden freien Städten Deutschlands ihre Vertreter in den Reichstag geschickt haben, es noch im vorigen Jahre trotz ihrer ausgezeichneten Organisation und ihres großen Opfersinnes ihnen nicht möglich war, einen Genossen in die Bürgerschaft hinein zu bekommen. Und wenn es noch eines weiteren Beweises bedürfte, dann brauche ich nur das Wort „Streikverordnung" auszusprechen (Stürmische Kundgebungen), mit der der Lübecker Senat ja glücklicherweise beim Reichsgericht abgefahren ist. (Heiterkeit.)

Aber die Klassenherrschaft hat unsere Genossen hier in Lübeck nicht abhalten können, zu arbeiten und zu agitiren und es dahin zu bringen, daß die alte freie Reichsstadt Lübeck eine Hochburg der Sozialdemokratie geworden ist. Wohl datirt diese Arbeit erst seit 1866, aber eine so junge Partei wie die deutsche Sozialdemokratie kann Sie schon zu ihren Alten zählen. Ihr Parteigenossen von Lübeck habt die Schicksale der Gesammtpartei miterlebt. Ihr habt, als Ihr zum ersten Male 1871 in den Wahlkampf tratet, das gesammte Bürgerthum zum Zusammengehen gegen Euch gebracht, Ihr seid in die Höhe gegangen, bis unter dem Attentatsschreien 1878 der Niedergang kam; Ihr habt dann den Aufschwung von 1884 mitgemacht und 1890 zum ersten Mal Schwarz in den Reichstag geschickt. Der Wahlkreis ging ja 1893 wieder verloren, aber 1898 habt Ihr ihn wieder erobert und wir sind fest überzeugt, verlieren werden wir Lübeck nie mehr. (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen, wir sind hier zu ernsten Berathungen zusammengekommen. Schwere Tage stehen uns bevor. Wir haben Stellung zu nehmen zu einer Reihe allgemeiner wichtiger Fragen, die augenblicklich das allgemeinste Interesse weit über die deutsche Bevölkerung hinaus in Anspruch nehmen. Wir haben auf der anderen Seite wie stets auf unseren Parteitagen auch interne Angelegenheiten zu behandeln haben. Es sind Fragen — wir wollen es nicht verschweigen —, wo die Geister scharf auf einander platzen werden; aber ich setze es als selbstverständlich voraus, daß, wer hier seine Meinung äußert, es in vollster objektivster Ueberzeugung thut und in der festen Absicht, der Gemeinheit zu nützen. Wenn das geschieht, dann können wir getrosten Muthes den Meinungskämpfen entgegensehen, dann können wir überzeugt sein, daß

Digitized by Google

auch dieser Parteitag der Gesammtpartei als solche und dem gesammten klassenbewußten Proletariat von Nutzen sein wird. (Stürmischer Beifall.)

So erkläre ich hiermit Namens des Vorstandes der Partei den zwölften Parteitag seit Untergang des Sozialistengesetzes für eröffnet.

Es wird zur **Bureauwahl** geschritten.

Als Präsidenten mit gleichen Rechten werden Singer und Schwartz durch Zuruf gewählt.

Singer dankt dem Parteitag herzlich für das erwiesene Vertrauen. Auch auf diesem Parteitag werden wir unsere Ehre darin sehen, im Dienst des Parteitages zu stehen. Wir können unsere Arbeiten nicht besser beginnen, als mit dem Rufe: Hoch die deutsche Sozialdemokratie! (Die Versammelten erheben sich von den Plätzen und stimmen dreimal begeistert in das Hoch ein.)

Zu Schriftführern werden durch Zuruf gewählt: Braun-Königsberg, Quarck-Frankfurt a. M., König-Bochum, Bohne-Berlin, Hildenbrand-Stuttgart, Rudolph-Nürnberg, Sindermann-Dresden, Feldmann-Langenbielau und Fräulein Baader-Berlin.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden gewählt: Leutert-Apolda, Düwell-Essen, Neukirch-Breslau, Landgraf-Chemnitz, Pfeiffle-Mannheim, Böhle-Straßburg, Knieriem-München, Frau Steinbach-Hamburg und Schubert-Schöneberg.

Die Zeit der Tagung wird festgesetzt auf Vormittags von 9—1 und Nachmittags von 3—7 Uhr.

Die Geschäftsordnung bleibt dieselbe wie auf den letzten Parteitagen.

Es folgt die Festsetzung der Tagesordnung.

Singer: Der Partei-Vorstand schlägt Ihnen vor, in Anbetracht der Wichtigkeit der Zolltarifvorlage und mit Rücksicht auf den volksfeindlichen Inhalt dieses Entwurfs auf die Tagesordnung unseres Parteitages auch die Frage Zolltarif und Handelsverträge zu setzen und den Genossen Bebel als Referenten dafür zu bestellen. (Zustimmung.)

Der Parteitag ist damit einverstanden. Die Anträge 5, 7, 8, 9, 10 und 11 sind dadurch hinfällig geworden.

Singer: Ich habe weiter folgende Erklärung abzugeben: Die Thatsache, daß der Partei-Vorstand dem Parteitag vorschlägt, zur Besprechung der Presse, Literatur und des Kolportagewesens eine geschlossene Sitzung abzuhalten, hat in der Partei sowohl, in der Presse wie in Versammlungen manchen Widerspruch erfahren. Ich bin beauftragt, Namens des Vorstandes hier zu erklären, daß der Vorstand diese Angelegenheit in geschlossener Sitzung nur in so weit verhandeln will, als es sich um rein finanzielle geschäftliche Angelegenheiten über die Art und Organisation des Vertriebs der Presse und Literatur handelt. Der Vorstand ist der Meinung, daß jede Kritik des sachlichen Inhalts und jede Kritik der Haltung der Presse, kurzum, Alles was nicht Bezug hat auf die rein finanzielle und geschäftliche Verbreitung der Presse, nach wie vor in öffentlichen Sitzungen zu verhandeln ist, denn von Allem, was die Partei als solche in ihrer politischen und wirthschaftlichen Agitation angeht, hat sie niemals etwas zu verheimlichen, das kann sie immer öffentlich verhandeln. (Beifall.)

Von den gegen die Abhaltung geschlossener Sitzungen gerichteten Anträgen erhält nur der Antrag 14 (Breslau) die geschäftsordnungsmäßig ausreichende Unterstützung.

Dr. **Quarck**-Frankfurt a. M.: Es ist ja eigenthümlich, daß sich kein Breslauer zur Vertheidigung des Antrages erhebt. (Ruf: Sind noch nicht da.) Sie konnten sich aber sagen, daß ihr Antrag in der Vorversammlung zur Erörterung kommen würde. Der Breslauer Beschluß ist freilich zu einer Zeit gefaßt worden, wo die Erklärung Singer's noch nicht vorlag. Diese Erklärung

Digitized by Google

hätte auch wohl die Breslauer Genossen veranlaßt, Manches zurückzustellen, was sie sonst gesagt hätten. Ich bin jedenfalls in dieser Lage, halte aber dafür, daß für den Antrag immer noch genug Gründe übrig bleiben. So vermisse ich auch jetzt noch die Begründung dafür, weshalb auch blos für die finanziellen Dinge in Literatur, Presse und Kolportage der Ausschluß der Oeffentlichkeit nothwendig ist. Jedenfalls wird der Wunsch rege, diese Gründe hier zu hören. Sie können in öffentlicher oder in für kurze Zeit geschlossener Sitzung vorgetragen werden. Der Vorstand kann doch nicht verlangen, daß wir ihm blindlings, ohne Gründe zu hören, folgen. Zweitens aber habe ich das Bedenken, daß durch die geschlossene Sitzung ein Präjudiz geschaffen wird für künftige Fälle. (Sehr richtig!) Wir wissen Alle, daß in unserer Partei schwere Kämpfe zwischen Sozialdemokraten unter sich vorgekommen sind. Ich will nicht untersuchen, mit welchen zum Theil sehr üblen Mitteln dabei gekämpft worden ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß solche Dinge wieder vorkommen. Wir sind Alle keine Engel und je größer der Rahmen unserer Partei wird, desto größer wird die Möglichkeit dazu. Wir müssen deshalb erwägen, ob die in bester Absicht beantragte geschlossene Sitzung nicht die Handhabe giebt, bei gefährlicheren Gelegenheiten auf diesen Vorgang zurückzugreifen. Ich erinnere an die Zeiten des Herrn von Schweitzer. Da wandten die beiden Richtungen nicht gerade die schönsten Mittel gegen einander an. Wir haben heute nicht zwei Richtungen, aber doch Gruppirungen in der Partei. Von gewisser Seite ist, wie ich meine mit Unrecht, von Ausschluß gesprochen worden. Nun ist das Spaltungsgerücht zwar längst eine stumpfe Waffe in der Hand der Gegner geworden. Aber wir wollen doch unsererseits nicht in Gepflogenheiten verfallen, die ihm Vorschub leisten. Schließlich ist mit einer gewissen Geringschätzung davon gesprochen worden, daß man nicht mit den alten Gründen kommen solle, wir seien eine Partei der Oeffentlichkeit u. s. w. Ich möchte mir meinen Glauben an das unerschütterliche Festhalten an den Vorzügen der Oeffentlichkeit für alle Verhandlungen über öffentliche Dinge doch nicht ganz nehmen lassen. Ueber gewisse Grundforderungen darf so nicht hinweggegangen werden. In diesem Festhalten liegt allerdings ein idealer Zug und Kern. Schätzen Sie es nicht gering ein, wenn die Massen mit Stolz sagen können: Nie ist es bei uns vorgekommen, daß etwas hinter den Kulissen, bei geschlossenen Thüren erledigt worden ist.

Bebel: Quarck scheint nach seiner Rede doch geneigt zu sein, sein Gewissen zu beruhigen, wenn er vom Vorstand eine deutlichere Auskunft erhält. Freilich hat er auch davon gesprochen, wir sollten uns unseren Idealismus bewahren, sonst liefe die Partei Gefahr. Wenn das aber wirklich der Fall wäre, dann hätte die Sozialdemokratie in den ersten 15 Jahren ihres Bestandes überhaupt keinen Idealismus besessen. (Sehr gut!) Von 1863—1878 haben wir alljährlich beim Allgemeinen deutschen Arbeiterverein sowohl wie bei den Eisenachern geschlossene Verhandlungen gehabt, und sie haben uns nicht geschadet; das zeigt der gewaltige Aufschwung unserer Partei. Quarck spricht von gefährlicher Präjudiz. Aber der Parteitag ist souverän. Er kann auch während der geschlossenen Sitzung beschließen, die Oeffentlichkeit wieder herzustellen. Quarck kann es jeden Augenblick beantragen, wenn er Gefahren kommen sieht. (Heiterkeit.) Was der deutsche Reichstag bei der lex Heinze auf unseren Antrag beschlossen hat ohne Gefahr für sein Renommee, das kann wohl der sozialdemokratische Parteitag auch ein Mal riskiren. Um was handelt es sich denn? Um reine Geschäftsangelegenheiten. Eine Erklärung wird gefordert; nun, hören sie doch das Referat und sind Sie mit ihm nicht einverstanden, dann können sie ja die Oeffentlichkeit beschließen.

Ich glaube noch auf Etwas aufmerksam machen zu müssen. In diesem Frühjahr sind gegen unsere Partei auf Grund gewisser Vorgänge alle möglichen

Digitized by Google

Angriffe, Verspottungen und Verhöhnungen der blutigsten Art gemacht worden, und ein großer Theil der Parteipresse, das Zentralorgan eingeschlossen, hat dazu geschwiegen, als wenn er keine Augen und Ohren hätte. Auch als der Vorschlag der geschlossenen Sitzungen von unserer Seite kam, schwieg man Anfangs. Da kam der Leitartikel der „Frankfurter Zeitung", die Sozialdemokratie gerathe auf böse Abwege, ein Wendepunkt trete ein, und da auf einmal entstand in unserem eigenen Lager ein gewaltiges Gegacker und Geschrei. Ohne den Artikel der „Frankfurter Zeitung" wäre die ganze Aufregung nicht gekommen, darüber wollen wir uns nicht täuschen. Es muß ausgesprochen werden, daß auf die Haltung unserer Parteipresse die bürgerliche Presse einen viel größeren Einfluß hat, als es sein sollte. Es handelt sich um rein geschäftliche Dinge, mit denen die finanziellen Angelegenheiten eng zusammenhängen. Dabei wird über Persönlichkeiten und lokale Vorkommnisse gesprochen werden müssen, die nach unserer Meinung in den letzten Jahren die Partei schwer geschädigt haben. Diese Dinge in Parteipresse und Parteiliteratur wollen wir ein Mal in geschlossener Sitzung ohne Hehl und Scheel erörtern, um diese Uebel, die in den letzten Jahren herausgewachsen sind, zu beseitigen. Der Antrag ist im Vorstand bereits im vorigen Jahre gestellt worden; damals hat man aus Gründen, die ich jetzt nicht erörtern will, davon abgesehen. Jetzt sind noch neue Uebelstände hinzu gekommen und ich bitte dringend, nehmen Sie unseren Antrag an. Die Haltung der Parteipresse oder einzelner Parteigenossen in Bezug auf Taktik und Prinzip hat mit dem, was in der geschlossenen Sitzung erörtert werden soll, nichts zu thun. Hier handelt es sich nur um geschäftliche Dinge und ich sage noch ein Mal, Sie sind souverän und können jeden Augenblick einen Beschluß, den Sie jetzt fassen, wieder aufheben. (Beifall.)

Frau Dr. **Luxemburg**: Ueber den Vorschlag des Partei-Vorstandes war ich sehr überrascht; ich bin sonst gewöhnt, daß unser Vorstand seinen großen Einfluß und seine Kraft darauf verwendet, unsere altbewährten Prinzipien und Gepflogenheiten in jeder Beziehung aufrecht zu erhalten und in diesem ehrenden Sinne konservativ zu wirken. Nun sehe ich ihn mit jugendlichem Uebermuth uns eine wichtige Neuerung vorschlagen. Bis jetzt habe ich aber weder aus den schriftlichen Erklärungen des Vorstandes, noch aus der mündlichen Erklärung von Bebel ausreichende Gründe dafür heraushören können. Man sagt, wir wollen bestimmte wichtige finanzielle und technische Fragen unter einander besprechen und wir halten es nicht für nöthig, daß die bürgerliche Presse diese Debatten in alle Welt hinausträgt und ihre Glossen dazu macht. Nun, ich glaube, wir waren bis jetzt allen diesen Unannehmlichkeiten im reichsten Maße ausgesetzt und wir sind daran nicht zu Grunde gegangen. Bebel beruft sich auf geschichtliche Vorgänge aus den 60er und 70er Jahren, aber erstens waren wir damals nicht eine so große Partei wie heute, und zweitens, wozu wäre der Fortschritt da? Wenn wir ein Mal den Schritt von den geschlossenen Sitzungen zur vollen Oeffentlichkeit gemacht haben, wozu sollen wir diesen Fortschritt rückgängig machen? Wir waren bis jetzt von allen politischen Parteien die einzige, welche alle ihre Angelegenheiten auf offenem Marktplatz verhandeln konnte, ohne sich der Thatsachen, auch auf finanziellem Gebiete, schämen zu brauchen. Das war für uns sehr wichtig und ließ sich sehr gut agitatorisch ausnutzen, und ich glaube nicht, daß wir aus den bisher angeführten Gründen auch auf diesen agitatorischen Vorzug verzichten dürfen. Ich glaube, Sie sind mit mir der Meinung, daß wohl der schönste Augenblick auf allen Parteitagen derjenige ist, wo Singer das Wort zur Schlußrede ergreift (Heiterkeit) und mit berechtigtem Stolz sagt: Man zeige mir diejenige Partei, die im Stande wäre, einen solchen heftigen Meinungskampf im vollen Licht der Oeffentlichkeit auszukämpfen. Wir müßten sehr wichtige Gründe haben, um unseren unvergleichlichen Vorsitzenden um die schönste Stelle seiner Schlußrede und uns um den

Digitized by Google

genußreichsten Moment des Parteitages zu bringen. (Große Heiterkeit.) Wir wollen lieber auch in dieser Beziehung die Akten bleiben.

Ein Antrag Grunwald-Erfurt, über die Frage der Abhaltung geschlossener Sitzungen in einer geschlossenen Sitzung zu berathen, wird nicht genügend unterstützt.

Thiele-Halle: Den Worten Bebel's, daß, wenn auch die Geister heftig aufeinanderplatzen, wir doch Alle im Interesse der Partei arbeiten, stimmen wir wohl Alle bei. Wir glauben auch, daß der Vorschlag des Vorstandes im Interesse der Partei erfolgt und deshalb haben wir ihn reiflich zu prüfen. Was soll denn in geschlossener Sitzung beschlossen werden? Daß es nothleidende Blätter giebt, wissen wir, daß Vieles besser werden muß, wissen wir auch, aber soll das durch einen Beschluß erreicht werden? Das ist unmöglich. Die Gründe Bebel's sind für mich nicht durchschlagend, das Wort Principiis obsta gilt auch hier. Allerdings stehe ich nicht auf dem Boden der Vorrednerin, daß wir die altbewährten Prinzipien auch hier hochhalten müssen; mich kümmert auch nicht das Geschrei der bürgerlichen Presse. Für mich ist nur maßgebend das innere Bewußtsein. Der Vorwurf, den Bebel gegen die Parteipresse erhoben hat, ist nicht berechtigt; unsere Partei ist nicht erst durch den Artikel der „Frankfurter Zeitung" aufmerksam gemacht worden.

Frohme: Am meisten hat mich die Bemerkung überrascht, daß wir einem Prinzip etwas vergeben, wenn wir dem Vorschlage des Vorstandes folgen. Diese Art und Weise, willkürlich Prinzipien zu konstruiren, kann mir nicht imponiren. Es handelt sich um kein Prinzip, und daß die Partei bisher Alles öffentlich verhandelt hat, daraus folgt weder prinzipiell noch taktisch, daß wir verpflichtet sind, dies auch in allen anderen Fällen zu thun. Für mich liegt die Sache ganz einfach. Der Partei-Vorstand spricht den Wunsch aus; welche Thatsachen ihn dazu bestimmt haben, bin ich nicht in der Lage zu ermessen, aber das muß ich sagen: wenn ein Partei-Vorstand wie der unserige mit einem, wie man gesagt hat, so abnormen Ansinnen an uns herantritt, so muß ich als ehrlicher und wohlmeinender Genosse zugestehen, daß die Mitglieder des Vorstandes wohl ihre guten Gründe dazu gehabt haben. (Sehr wahr!) Glauben Sie wohl, der Partei-Vorstand würde sich so ohne Weiteres der Gefahr einer Blamage aussetzen, die entstehen könnte, wenn sich erweisen sollte, daß sein Vorschlag überflüssig war und daß er keine Gründe dafür hatte? Nein, in dem Augenblick, wo der Vorstand sich dafür äußert, daß nach seiner Meinung eine geschlossene Sitzung nothwendig sei, steht es eigentlich schicklicher Weise Keinem an, dem zu widersprechen. Erweist sich, daß der Vorstand geirrt hat, so fallen die Folgen auf Diejenigen zurück, die jetzt den Vorstand bilden. Man hat gesagt, die geltend gemachten Gründe reichen nicht aus, um die Nothwendigkeit zu erweisen. Für mich ist die Thatsache, daß der Vorstand es als nothwendig erachtet, so zu verfahren, an sich Grund genug, denn wenn wir auf die Gründe des Weiteren eingehen wollten, so eröffnen wir doch lieber die Debatte über das, was wir in geschlossener Sitzung zu berathen für nöthig halten. (Sehr wahr!) Haben wir als Vertreter der sozialdemokratischen Partei denn hier eine andere Stellung einzunehmen, als sie grundsätzlich und taktisch jeder Wahlverein einnimmt? Hält einmal ein Wahlverein zur Besprechung interner Angelegenheiten eine geschlossene Sitzung für nöthig, dann fällt es keinem vernünftigen Menschen ein, zu sagen: Das darf er nicht. Nein, aber hier kommt man her und begründet mit Worten Vernunft und Prinzip das, was weder vor Vernunft noch vor Prinzip bestehen kann.

Hoch-Hanau: Daß der Vorstand triftige Gründe gehabt hat, ist selbstverständlich, es fragt sich nur, ob auch wir diese Gründe für triftig halten. Daß der Vorstand durchaus nicht über Alles richtig informirt ist, hat ja Bebel in seiner Erwiderung bewiesen; es stimmt nicht, daß die Genossen erst durch den

Digitized by Google

Artikel der „Frankfurter Zeitung" aufmerksam gemacht sind. Wir haben unseren Parteigenossen, die uns hierher delegirt haben, Rede und Antwort zu stehen und zwar in voller Oeffentlichkeit.

Ein Schlußantrag, den Bartels-Lübeck begründet, wird angenommen.

Der Antrag des Partei-Vorstandes wird mit der von Singer zu Beginn der Diskussion gegebenen Einschränkung mit großer Mehrheit angenommen.

Singer: Der erste Punkt der Tagesordnung ist damit festgelegt. Es ist ein Antrag eingegangen von Müller-Hamburg und Genossen, die Angelegenheit der Hamburger Akkordarbeiter als Punkt drei der Tagesordnung nach dem Bericht der Kontrolleure gesondert zu behandeln und hierfür Auer als Referenten, Bömelburg-Hamburg als Korreferenten zu bestellen. Ich mache Ihnen den Vorschlag, die Hamburger Streikbrecher-Angelegenheit im Rahmen des Vorstandsberichts, aber gesondert für sich zu behandeln.

Müller-Hamburg: Unser Antrag spricht für sich selbst. Es handelt sich um eine Frage, die die gesammte Arbeiterschaft sowohl in politischer wie in gewerkschaftlicher Richtung in hohem Grade interessirt, über die in der Gesammtbewegung — das hat die Diskussion in der Presse gezeigt — noch nicht genügende Klärung geschaffen ist. Eine solche Klärung ist aber absolut nothwendig und das ist nur in einer sachlichen, aber sehr eingehenden Diskussion möglich. Bei dem Vorschlag Singer's fürchten wir, daß die Frage mit anderen Fragen, die auch im Vorstandsbericht behandelt werden, leicht verquickt werden könnte. (Auer: Nein, das soll sie ja nicht.) Deshalb fordern wir auch, daß Auer als Vorsitzender des Schiedsgerichts und Bömelburg als der mit der Sache vertraute Vorsitzende der Zentralorganisation referiren, damit Klarheit in der Gesammtbewegung hierüber geschaffen wird.

Singer: Ich stelle das Mißverständniß richtig: ich habe ausdrücklich vorgeschlagen, den Punkt zwar im Rahmen des Vorstandsberichtes, aber gesondert für sich zu behandeln. In den Rahmen des Vorstandsberichtes gehört er, weil ja der Vorstand selbst über diesen Punkt bereits Mittheilungen gemacht hat. Ueber die Referentenfrage werde ich natürlich einen Beschluß des Parteitages herbeiführen.

Stadthagen: Gerade weil ich eine richtige objektive Klärung wünsche, lehne ich den Antrag betreffend die Referenten ab. Eine objektive Klärung, die von Personen gegeben wird, die Partei sind, ist mir nichts. Bömelburg ist Partei, und wenn Sie ihn zum Referenten machen, dann müssen Sie zum Mindesten einen Vertreter der Akkordmaurer, denen, wie es heißt, das Hamburger Parteiorgan vollkommen verschlossen gewesen ist, als Korreferenten zulassen.

Fischer-Berlin: Ich bin gegentheiliger Meinung. Daß die Akkordmaurer im „Hamburger Echo" nicht zum Wort gekommen sind, ist eine Begleiterscheinung des ganzen Streits, das kann im Laufe der Diskussion geklärt, gerügt bezw. vertheidigt werden. Die Sache liegt doch viel tiefer, als daß man sie damit abthun könnte, die hauptsächlich dabei engagirten Genossen als Kampfhähne und als nicht geeignet zu Referenten zu bezeichnen. Im Gegentheil, m müssen es den Beschwerdeführern überlassen, den ihnen geeigneten Mann z Vertreter ihrer Auffassung zu bestimmen. Es handelt sich aber auch um ein Punkt, zu dem 22 Anträge gestellt sind; da ist es ganz selbstverständlich, d die streitenden Parteien den Sachverhalt kundig darstellen durch Referent und Korreferenten. Es handelt sich hier auch um eine Beschwerde an d Parteitag; der Schiedsspruch hat Rechtskraft erlangt bis zur Beschwerde a den Parteitag. Da ist es logisch, daß die Beschwerdeführer als Referent au treten und uns die Gründe angeben, warum sie mit dem Schiedsspruch ni

Digitized by Google

einverstanden sind. (Sehr richtig!) Also ich beantrage das Amendement zu dem Antrag Müller, daß Bömelburg Referent und Auer Korreferent wird.

von **Elm**: Referenten und Korreferenten müssen wir bestellen, denn eine Klarlegung der Sache durch die Hauptbetheiligten ist bei kurzbeschränkter Redezeit nicht möglich. Das „Hamburger Echo" hat nicht etwa einseitig den Akkordmaurern seine Spalten geschlossen, sondern, abgesehen von der Mittheilung der Beschlüsse, überhaupt bis zu dem Parteitags-Artikel keine Stellung genommen, auch nicht durch Eingesandts und Preßstimmen. Ich bin durchaus nicht abgeneigt, auch einem Akkordmaurer, falls einer anwesend sein sollte, das Wort zu verstatten. Aber ich bin im Gegensatz zu Fischer der Meinung, daß Auer, der den Schiedsspruch gefällt hat, zunächst die Sachlage schildern muß, wie sie sich dem Schiedsgericht unterbreitet hat. Nehmen Sie den Antrag in der vorliegenden Form an.

Beyer-Leipzig: Der Standpunkt Stadthagen's, der eigenthümlichste aller Parteigenossen, wundert mich nicht; mich wundert nur der Standpunkt von einem Juristen, der die Parteien zu ihrer Vertretung vor Gericht nicht zulassen will. Nein, die Parteien sollen uns ihren Streit vortragen und da muß uns Auer zunächst die Sache darlegen. (Zurufe: Nein, umgekehrt!)

Auer: Die Streitfrage, wer Referent und wer Korreferent, ist bereits entschieden, ich erkläre wenigstens, daß ich nur als Korreferent reden kann. Die Forderung, daß ich den Thatbestand mittheile, soweit ich es kann, ist ja bereits erfüllt, die Auffassung des Schiedsgerichts liegt Ihnen ja in dem bekannten Dokument vor. Diesem Objekt gegenüber, das die Grundlage der Anklage bildet, haben Sie als Ankläger jetzt die Gründe anzuführen, die Sie in Ihre oppositionelle Stellung zum Schiedsspruch gebracht haben. (Sehr richtig!) Dann werde ich Ihnen schon Rede stehen. Aber ich möchte mich gleich von vornherein gegen eine Verdrehung verwahren, die ja gewiß unbeabsichtigt ist, aber den ganzen Charakter der Diskussion in nuce widergiebt: die Kampfhähne heißt es — der Eine der Vertreter der Streikbrecher und der Andere natürlich der Ankläger, der sittenstrenge, gute Parteigenosse! Seit wann bin ich denn der Vertreter der Streikbrecher? (Zurufe.) Sie interpretiren das hinein. (Zuruf von Frau Steinbach.) — Gewiß, Frau Steinbach, Sie thun das aus Ihrer innersten Ueberzeugung, und besonders Sie! (Große Heiterkeit.) Aber ich habe eben eine andere Auffassung. Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen, nach meiner Fähigkeit mein Urtheil abgegeben und es im Schiedsspruch niedergelegt. Ich als Vertreter der Streikbrecher — dazu habe ich weder die Eignung, habe aber auch garnicht die Lust, Ihnen die Möglichkeit zu geben, von vornherein die Diskussion auf eine falsche Basis zu bringen. (Sehr gut!) Verfahren Sie, wie ich es sage: Sie kommen dann nicht zu kurz, und ich hoffe, ich auch nicht. (Heiterkeit und Beifall.)

Legien-Hamburg: Wenn es sich um zwei Parteien handeln würde, die mit einander ringen, dann hätte Auer recht: der Beschwerdeführer hat zuerst zu sprechen. Wir fassen in Hamburg die Frage keineswegs als derartige auf, sondern als eine reine Parteifrage. Der Parteitag soll Klärung schaffen über die Meinung, die in dem Schiedsspruch zum Ausdruck gekommen ist. Auer meint, Thatsachenmaterial liegt in diesem Schiedsspruch vor. Wir wollen aber Gründe wissen, die zu dem Schiedsspruch geführt haben. Auer ist vom tei-Vorstand als Vorsitzender des Schiedsgerichts bestellt worden, der Partei- stand hat die Frage in seinem Bericht erwähnt; wir haben es also, wenn h nicht direkt, mit einer Stellungnahme des Partei-Vorstandes zu thun. Ich nicht sagen, daß der ganze Partei-Vorstand für die Stellungnahme Auer's antwortlich ist, aber es ist eine vom Partei-Vorstand inszenirte Handlung, Auer hat als Mitglied des Partei-Vorstandes Recht gesprochen. Deshalb

Digitized by Google

können wir mit gutem Recht verlangen, daß er die Prinzipien, die in dem Schiedsspruch und seiner Begründung liegen und die nach meiner Meinung ganz neue Prinzipien sind (Sehr richtig!), uns begründet, denn begründet sind sie in dem Schiedsspruch nicht. Was sich in den einzelnen Absätzen des Schiedsspruchs findet, ist eine Begründung für das Nein der Schiedsrichter; wir wollen aber gern von Auer wissen, welche Gründe ihn zu diesen neuen Prinzipien in seinem Schiedsspruch — denn er allein hat ihn verfaßt, die Anderen haben ihn nur unterschrieben — geführt haben. Andererseits möchte ich aber von Auer wissen, weshalb er auf die Frage: Referent oder Korreferent? solches Gewicht legt. Ich bitte Sie dringend, den Antrag so anzunehmen, wie wir ihn gestellt haben. (Beifall.)

Thiele-Halle beantragt folgendes Amendement: Für den Fall der Annahme des Antrages Müller-Hamburg in diesem das Wort „Streikbrecher" durch das Wort „Akkordmaurer" zu ersetzen.

Silberschmidt-Berlin: Das letzte Amendement bitte ich Sie deshalb abzulehnen, weil es sich hier nicht um die Akkordarbeit oder um die Akkordmaurer handelt, sondern darum, daß Genossen Streikbruch begangen haben. (Lebedour: Das muß doch erst bewiesen werden.) Das wird bewiesen werden. (Singer ersucht den Redner, nicht in die Materie einzugehen.) Das ist nicht meine Absicht. Ich erachte es aber im Interesse unserer Zeit und im Interesse der Sache für geboten, wenn Auer das Referat übernimmt und endlich einmal die Momente klarlegt, weshalb das Schiedsgericht zu seinem Urtheil gelangt ist. Bisher ist das noch nicht geschehen.

Richard **Fischer**-Berlin: Die Gründe, die Legien und Silberschmidt angeführt haben, müssen logischer Weise dahin führen, daß mein Antrag angenommen wird. Silberschmidt sagte, es handle sich hier um Streikbrecher. Das Schiedsgericht hat gesagt: Nein. Also liegt es Ihnen ob, zu begründen, wieso und warum der Schiedsspruch falsch ist. Auer aber hat erklärt, daß es ihm garnicht einfalle, sich hier gleichsam zum Vertreter der Streikbrecher hinstellen zu lassen und als Referent aufzutreten. Was haben Sie da für ein Mittel, Auer zur Uebernahme des Referats zu zwingen. Nun dreht man die Sache so: hier liegt ein Schiedsspruch vor und Auer soll ihn begründen. Aber dieser Schiedsspruch ist bereits begründet. (Sehr richtig.) Für den Vorsitzenden und die Mitglieder des Schiedsgerichts hat diese Begründung ausgereicht. Sie aber erklären: Nein, diese Gründe genügen uns nicht. Dann ist es offenbar doch Ihre Sache, daß Sie damit beginnen müssen, Ihren Standpunkt zu vertreten. Legien stellt nun die Sache so dar, als habe der Vorstand die Sache inszenirt. Das heißt doch die Dinge auf den Kopf stellen. Es handelt sich nicht um eine Aktion des Vorstandes, sondern um eine von den Hamburger Maurern beantragte Ausschließung. Hätte Legien recht, so handelte es sich um eine der Dutzende von Partei-Vorstandshandlungen, worüber Pfannkuch referiren wird und es wäre überflüssig, sie gesondert zu behandeln. Eine Revision muß von dem begründet werden, der sie beim höchsten Parteigericht einlegt. Wenn also Legien fragt: Warum weigern Sie sich, das Referat zu übernehmen, so ist die Gegenfrage sehr berechtigt: Ja, warum weigern Sie sich eigentlich, das Referat zu übernehmen. (Zustimmung.)

Frau **Steinbach**-Hamburg: Auer war so freundlich, meinen Mienen seine Aufmerksamkeit zu schenken und den Parteitag von vornherein darauf hinzulenken, daß ich mit seinem Schiedsspruch natürlich nicht einverstanden bin. (Heiterkeit.) Ich wende mich speziell gegen den Thiele'schen Unterantrag, statt Streikbrecher Akkordmaurer zu setzen. Darum wird sich ja gerade der ganze Streit drehen. Wir haben keinen Ausschluß der Akkordmaurer beantragt weder beim Schiedsgericht noch bei den Kontrolleuren, noch beim Parteitag. Sondern wir haben dem Antrag der Hamburger Verbandsmaurer zugestimmt, die den

Digitized by Google

Ausschluß der von ihnen als Streikbrecher charakterisirten Personen gefordert haben. Der Schiedsspruch hat derartige Verwunderung erregt und die vom Schiedsgericht geltend gemachten Gründe können so wenig als wirkliche Gründe gelten, ja, in der Gesammtpartei ist solche Verwirrung über diese Gründe entstanden, daß wir es für wünschenswerth halten, wenn Auer vor der höchsten Parteiinstanz seine Gründe entwickelt, damit wir erfahren, welche eigentlichen Gründe ihn beim Schiedsspruch geleitet haben. Noch einmal: Die Hamburger Parteiversammlung hat nicht den Ausschluß der Akkordmaurer, sondern den Ausschluß der von den berechtigten Organen als Streikbrecher bezeichneten Personen beschlossen. (Singer ersucht die Rednerin, nicht in die Materie einzugehen. Nur über die Form, in der über die Materie verhandelt werden soll, dürfe jetzt gesprochen werden.) Durch den Schiedsspruch sind ganz neue Prinzipien für die Organisation in der Arbeiterbewegung aufgestellt worden. Wir wollen nun versuchen, ob wir gegen einen so starken und großen Debatter, wie Auer es ist, ankommen können, ob der Bömelburg, der auf so altmodischem Standpunkt steht, gegen ihn aufkommen kann. Wenn Auer so ängstlich ist (Oho!), seinen Schiedsspruch hier zu begründen, dann stehts doch wohl schwach damit.

Ein Schlußantrag, den Hintze-Berlin begründet und Thiele-Halle bekämpft, wird angenommen.

Der erste Theil des Antrages Müller und Genossen wird mit Rücksicht auf die Erklärung Singer's zurückgezogen, daß der Punkt im Rahmen des Vorstandsberichts, aber als gesonderter Diskussionsgegenstand, behandelt werden solle.

Damit ist das Amendement Thiele gegenstandslos geworden.

Der zweite Theil des Antrages Müller (Auer Referent, Bömelburg Korreferent) wird abgelehnt und der Antrag Fischer mit großer Mehrheit angenommen, wonach Bömelburg als Vertreter der Beschwerdeführer als Referent, Auer als Vertreter des angegriffenen Schiedsspruches als Korreferent sprechen soll.

Es folgt die Berathung der genügend unterstützten Anträge 1, 2, 3, 4 und 6, welche ein Referat über die wirthschaftliche Krise auf die Tagesordnung setzen wollen.

Dr. **Südekum**: In verschiedenen Städten und großen Industriezentren Deutschlands sind in der letzten Zeit die Arbeitsverhältnisse durch große Zusammenbrüche außerordentlich verschlechtert worden. Nach meiner Meinung ist es Pflicht des Parteitages, dazu Stellung zu nehmen und ein Wort der Aufklärung in die Massen zu werfen. Privatim ist mir gesagt, das könne erreicht werden, wenn der Referent über die Zollfrage in seinen Ausführungen auch auf die Krise und Krachs Rücksicht nehmen würde. Ich bin anderer Meinung, denn in ihrem ganzen Wesen ist die Krach-Erscheinung vollkommen verschieden von dem, was über die Zollpolitik zu sagen ist. Ich glaube, wir können an dieser Erscheinung des wirthschaftlichen Lebens nicht ohne Weiteres vorbeigehen.

Bebel: Ich bitte, die Anträge abzulehnen. Darin stimme ich mit Südekum überein, daß es für den Referenten über die Zoll- und Handelspolitik nicht angeht, gleichzeitig auch über die Krisis zu sprechen, er kann darüber nicht anders im Vorbeigehen reden. Das Thema muß besonders behandelt werden durch Referat, zu dem wir im Uebrigen gar keine Stellung zu nehmen brauchen; stens kann Einer oder der Andere, der mit dem Referenten nicht einverstanden seinen abweichenden Standpunkt darlegen. Ein Wort der Aufklärung über Wesen, die Ursachen und die Natur der Krisen kann in viel besserem und giebigerem Maße in unserem wissenschaftlichen Organ, der „Neuen Zeit", in der Presse überhaupt, als auf dem Parteitage gegeben werden. Dort die richtige Stelle, wo diese Erscheinung unter die kritische Lupe genommen

Digitized by Google

werden kann. Ein anderer Grund, aus dem ich Sie um Ablehnung der Anträge bitte, ist der, daß unsere Tagesordnung schon zu sehr belastet ist. Nach meiner Meinung haben wir, namentlich auch in Hinsicht auf die zahlreichen Initiativanträge, Mühe und Noth, in der festgesetzten Zeit fertig zu werden. Das bitte ich Sie zu beachten. Was wir über die Krisis zu hören haben, kommt auch noch das nächste Jahr zurecht, so schnell vergeht sie nicht, und dann können wir vielleicht in besserer und vollkommenerer Weise als heute darüber reden.

Die Abstimmung ergiebt die Ablehnung der Anträge; der Rest der provisorischen Tagesordnung wird genehmigt. Der Antrag 12 findet nicht die genügende Unterstützung..

Die definitive Tagesordnung lautet also wie folgt:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. a) Agitation, Wahlen, Kassenbericht. Berichterstatter Pfannkuch und Gerisch. b) Presse, Literatur, Kolportagewesen. (Geschlossene Sitzung.) Berichterstatter A. Gerisch. Außerdem soll als besonderer Punkt des Vorstandsberichts — die Reihenfolge ist noch nicht bestimmt — die Hamburger Akkordmaurer-Angelegenheit behandelt werden.
2. Bericht der Kontroll-Kommission. Berichterstatter H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter E. Wurm.
4. Zolltarif und Handelsverträge. Berichterstatter A. Bebel.
5. Maifeier. Berichterstatter Th. Metzner.
6. Die Wohnungsfrage. Berichterstatter A. Südekum.
7. Anträge zum Programm.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Vorstandes und der Kontroll-Kommission.

Schluß 9¼ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 23. September. — Vormittags-Sitzung.

9¾ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Vor Eintritt in die Tagesordnung erfülle ich die freudige Pflicht, die Delegirten auswärtiger Bruderparteien aufs Herzlichste in unseren Reihen zu begrüßen. Wir haben die Freude, unter uns zu sehen den Genossen Askew aus London als Vertreter der Sozialdemokratischen Federation, den Genossen Bracke aus Paris von der parti ouvrier, den Genossen Branting aus Stockholm, den Genossen de Roode aus Amsterdam und die Genossen Adler und Pernerstorffer aus Oesterreich, Adler als Vertreter der Gesammtpartei, Pernerstorffer vom Verband der sozialdemokratischen Reichsraths-Abgeordneten entsandt. Ich hoffe, daß die Genossen, die zum Theil schon früheren Kongressen von uns beigewohnt haben, aus unseren diesjährigen Verhandlungen den Eindruck mit hinausnehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor entschlossen ist, ihre Solidarität mit dem internationalen Proletariat zu bethätigen. (Bravo!) Oft nennen uns unsere auswärtigen Freunde die Lehrer und Meister. Aber mit berechtigtem Stolze können wir sagen, daß nunmehr auch aus den Schülern Meister geworden sind. Die Sozialdemokratie des Auslandes ist wie wir gewachsen und stark geworden im Klassenkampf, den das Proletariat aller Länder gegen die bürgerliche Gesellschaft führt. Und wir, die wir die Einheit und Geschlossenheit des klassenbewußten Proletariats aller Länder stets als eine der vornehmsten Aufgaben der Sozialdemokratie propagirt haben, können den Delegirten der Bruderparteien für ihr Erscheinen nicht besser danken und unsere Gefühle am besten dadurch ausdrücken, daß wir ein Hoch ausbringen auf die

Digitized by Google

internationale Sozialdemokratie. Sie lebe hoch!" (Die Delegirten haben sich von den Plätzen erhoben und stimmen drei Mal begeistert in den Ruf ein.)

Bracke-Paris. Ich habe Ihnen im Auftrage der französischen Arbeiterpartei die brüderlichen Grüße des revolutionären Frankreich zu übermitteln und die Versicherung treuer Solidarität. Eben haben wir in Roubaix unseren Kongreß gehabt, auf dem die 138 Delegirten noch nicht die Gesammtsumme unserer Kraft darstellten. War es doch ein rein politischer Kongreß, an dem die mit uns in innigster Fühlung stehenden Gewerkschaften und Genossenschaften sich nicht betheiligen konnten. Ein tiefes unauslöschliches Gefühl verbindet uns mit der deutschen Sozialdemokratie und wir legen Werth darauf, diese Gefühle auch diesmal persönlich zum Ausdruck kommen zu lassen. Ist doch die deutsche Sozialdemokratie die erste sozialistische Partei der ganzen Welt, die dem Proletariat den wahren Weg zu seiner Befreiung gezeigt hat, so daß es nicht der Geprellte der bürgerlichen Phraseologie und Ideologie und der Vulgärdemokratie wird. (Beifall.) Ihr versteht reinlich zu scheiden, was reinlich geschieden werden muß, und zu einigen, was unauflöslich zusammengehört, dessen sind auch wir uns bewußt. Für immer sind uns die Zeiten vorüber, wo man im französischen Sozialismus nur den Ausläufer der bürgerlichen Demokratie sah. Und auch in Eurer auswärtigen Politik seid Ihr ein leuchtendes Beispiel. Ihr seid die stärkste Kolonne in der Armee des internationalen Sozialismus in seinem Kampfe gegen die internationale Ausbeutung. Das hat Euer unvergeßlicher Liebknecht auf unserem letzten Kongreß, an dem er Theil nehmen konnte, in seiner eindrucksvollen Art betont. Unsere Partei war die erste in Frankreich, die Eurem Beispiel in Praxis und Taktik folgend, die proletarische Klasse zu organisiren trachtet und national und international den Klassenkampf führt. Aber nicht nur für das revolutionäre Endziel fechten wir, wir sind, wie Ihr, von der Nothwendigkeit durchdrungen, der Bourgeoisie die erforderlichen Reformen für die Arbeiterklasse zu entreißen, nicht aber sie zu erbetteln, um auf diesem Wege die proletarischen Truppen für den Kampf zu stählen und durch die Propaganda der Thatsachen zu wirken, gleichzeitig aber auch den Nachweis zu führen, daß es der bürgerlichen Gesellschaft unmöglich ist, Noth und Elend aus der Welt zu schaffen. Diese Auffassung bedingt, daß wir uns an allen Wahlen, auch an den Kommunalwahlen, betheiligen. Gerade durch die Kommunalwahlen werden gleichsam Garnisonen des Proletariats in die großen Städte und Industriezentren gelegt. Schon gehören uns zahlreiche solcher Waffenplätze: Roubaix, Rouen, Montluçon und vor Allem Lille. In Roubaix haben wir uns auf unserem letzten Kongreß in entschiedenster Weise von Denen getrennt, die das Proletariat verführen wollen, seine wahren Aufgaben zu vergessen. Auf der anderen Seite aber ist es uns gelungen, alle sozialistischen und revolutionären Streitkräfte Frankreichs nicht nur in Einigkeit, sondern in Einheit zusammen zu führen. (Beifall.) Wir haben uns zusammengeschlossen mit der sozialistisch-revolutionären Partei unter Führung Vaillants, ein Zusammenschluß, der einstimmig von uns beschlossen worden ist. Auf Grund dieser Thatsache kann die Einigkeit der französischen Genossen als vollzogen gelten. Würde Euer Kongreß erst im November stattfinden, so würde ich auch äußerlich als Vertreter aller revolutionären sozialistischen Arbeiterparteien Frankreichs auftreten können. Ich schließe mit dem Rufe: Hoch die deutsche Sozialdemokratie! Hoch die Arbeiter-Internationale! (Bravo!)

Die Uebersetzung der Rede giebt Frau Zetkin.

Branting-Stockholm überbringt wie vor 11 Jahren in Halle den brüderlichen Gruß der schwedischen Genossen. Die alte Hansastadt Lübeck war im Mittelalter ein Zentrum des aufblühenden Kapitalismus und beherrschte dank ihrer höheren Kultur auch die schwedischen Verhältnisse.

Wir haben hier Erinnerungen auch an Gustav Wasa. Wiederum ist in

Digitized by Google

diesen Tagen diese alte Hansastadt ein Zentrum, aber ein Zentrum einer neuen Bewegung und Systems. Auch wir in Schweden folgen Euren Bahnen. 50 000 Arbeiter von Schonen bis Lappland stehen zur sozialistischen Partei. Noch größer ist die Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter. Drei tägliche und sechs andere Zeitungen führen den Kampf um das allgemeine politische Stimmrecht, das wir, wenn es nicht anders geht, selbst mit allgemeinen Massenstreiks zu erobern suchen werden. Volkshäuser sind im Aufblühen; die kooperative Bewegung nimmt einen erfreulichen Fortschritt. Wir stehen fest in der Bewegung, aber wir wollen von Ihnen lernen, wie wir am schnellsten fortschreiten können zu dem Ziel der internationalen Sozialdemokratie. Wir als germanisch Stammverwandte sind mit Ihrem methodisch sicheren organisatorischen Vorgehen völlig einverstanden. Wir sind in Schweden überzeugt, daß wir Sie immer an der Spitze der Arbeiterbewegung der ganzen Welt finden werden. Ein Hoch auf Ihre Partei als die starke bahnbrechende Kolonne der völkerbefreienden internationalen Arbeiterdemokratie, hoch die deutsche Sozialdemokratie! (Der Parteitag stimmt begeistert in das Hoch ein.)

De Roode-Amsterdam: Der Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands hat mich hierher geschickt, um Ihnen den Brudergruß der Kameraden zu bringen. Die abgelaufenen Wahlen haben gezeigt, daß in der Arbeiterpartei Hollands der Anarchismus als politische Bewegung jetzt erloschen und daß die Sozialdemokratie die einzige Vertreterin des arbeitenden Volkes ist; nur in einem Theil der Gewerkschaftsbewegung behauptet sich der Anarchismus noch neben anderen Utopistereien. Aber wir haben begründete Hoffnung, daß auch dort innerhalb weniger Jahre der Gedanke der internationalen Sozialdemokratie sich durchgerungen haben wird. Wir haben bei den letzten Wahlen gute Resultate erzielt, seit 4 Jahren ist unsere Stimmenzahl von 13 000 auf fast 40 000, die Zahl unserer Vertreter in der Zweiten Kammer von 3 auf 6 gestiegen. Auch bei den Gemeinderathswahlen haben wir verschiedene Siege errungen, in 40 Gemeinderäthen Hollands wird jetzt die Stimme des Proletariats vernommen. Unserer Agitation kam nicht zum Geringsten die Gründung eines Tageblattes zu Hilfe und wir erkennen es mit Dank an, daß uns dies durch Ihre Hilfe ermöglicht wurde. Die holländische katholische Presse war wüthend darüber, daß die Unruhe „mit fremdem Gelde" erzeugt wird. Nun, die Unruhe, die Sie uns erzeugen helfen, ist die Unruhe des menschlichen Gewissens über die physische und moralische Entartung des größten Theils der Menschheit durch die kapitalistische Herrschaft. Hoffentlich werden wir diese Unruhe noch lange erzeugen können. Ich danke Ihnen im Namen der holländischen Partei für Ihre Hilfe und schließe mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie. (Die Delegirten stimmen drei Mal in das Hoch ein.)

Pernerstorfer-Wien: Wenn irgend eine Partei irgend eines Landes sagen kann, daß sie die Tochter der deutschen sozialdemokratischen Parteibewegung ist, so kann es die österreichische Sozialdemokratie sagen. Von Anfang an bis auf den heutigen Tag fühlen wir uns als Eure, der deutschen Sozialdemokratie, Kinder, und wir haben versucht, unseren Eltern Ehre zu machen. Das ist uns auch gelungen. Wir sind weit davon entfernt, zu glauben, daß wir schon jene Vorzüge hätten, die die deutsche Partei auszeichnen, aber wir sind auf der anderen Seite stolz darauf, daß es uns bisher gelungen ist, ein Problem durchzuführen im Sinne des Programms der internationalen Sozialdemokratie, ein wichtiges Problem, das bei Ihnen ja nur theoretisch erörtert wird, das Nationalitäten-Problem. Wir in Oesterreich sind in der That eine internationale Partei, wir sind der einzige Verband im Parlament, dessen Mitglieder verschiedenen Nationen angehören, und ich spreche hier als Vertreter dieser international geeinigten sozialdemokratischen Partei Oesterreichs. Wir haben sechs nationale sozialdemokratische Parteien in Oesterreich, aber wir

Digitized by Google

bilden im politischen Leben eine geschlossene Einheit, und wenn auch im parlamentarischen Verband bisher nur drei Nationen, Deutsche, Polen und Czechen, vertreten sind, so hoffen wir doch, daß wir diese Einigkeit auch dann festhalten werden, wenn die Zeit kommt, wo auch die anderen Nationen Vertreter ins Parlament entsenden können. Auch im Auftrage der polnisch-nationalen Partei Oesterreichs überbringe ich Ihnen Grüße. Im vorigen Jahre in Mainz bat ich Sie, uns in dem bevorstehenden Wahlkampfe zu unterstützen. Ich glaube, ich habe damals keine übertriebenen Versprechungen in Bezug auf das Wahlresultat gemacht, es ist so ziemlich das eingetroffen, was ich vorausgesagt habe. Wir befinden uns im Allgemeinen in Oesterreich auf dem Marsch nach vorwärts, es ist eigenartig, daß wir allein diejenige Partei sind, die noch das, was in dem österreichischen Staatsgedanken gesund sein mag, im Parlament vertritt; wir allein sind es, die noch die Gesammtheit der in Oesterreich wohnenden Nationen zusammenhalten wollen. Ich danke Ihnen besonders für Ihre Unterstützung in dem Wahlkampfe. Aber nicht allein dafür. Wir Oesterreicher sind Ihnen auch dankbar, daß Sie in Ihrer Thätigkeit uns ein immer anfeuerndes Vorbild für unsere Thätigkeit sind. Wir sehen die imposante geschlossene deutsche Partei, wir haben Freude an Ihren Erfolgen, Ihre Erfolge sind auch unsere Erfolge und stärken uns im Kampf. Wir freuen uns über die reiche geistige Bewegung, die sich in der deutschen Partei kundgiebt, und wir versprechen, daß wir immer der deutschen Partei nacheifern werden in der unermüdlichen Arbeit. Nicht große Erfolge für die allernächste Zeit will ich hier etwa prophezeien, obwohl wir jetzt, wo wir endlich Bresche gelegt und Victor Adler in den österreichischen Landtag entsandt haben, einen guten Schritt vorwärts gemacht haben. Wenn wir aber auf dem Wege nach vorwärts sind, so verdanken wir das Ihrer materiellen und geistigen Hilfe. Ich bringe Ihnen den Dank aller Nationen aus Oesterreich und grüße den Parteitag in deren Namen. (Stürmischer Beifall.)

Adler-Wien (Beifall): Ich bin von der Vertretung der Gesammtpartei hierher geschickt, um Sie zu begrüßen. Pernerstorffer hat ja schon gesagt, was zu sagen ist. Ich war in St. Gallen auf Ihrem Parteitag zur Zeit des Sozialistengesetzes. Wenn ich mich erinnere, wie es damals in der deutschen und insbesondere in der österreichischen Sozialdemokratie aussah, dann meine ich, Sie können mit uns wohl zufrieden sein. Eine der wichtigsten Bedingungen unseres inneren und auch unseres äußeren Erfolges ist unser intimer Zusammenhang mit der deutschen Partei. Alles, was Sie thun, fühlen wir auch in unserer eigenen Bewegung, und ich bitte Sie, die Empfindung zu haben, daß Sie in Allem, was Sie thun, bis zu einem gewissen Grade auch für uns verantwortlich sind. Wir sind Zwei hierher gekommen, am liebsten wären wir Alle hier (Heiterkeit); ich bitte Sie, das nicht in irredentistischem Sinne aufzufassen, aber aushalten würden wir es. (Heiterkeit.) Wir wissen, Sie haben andere Verhältnisse als wir; Sie müssen Manches anders entschließen und vielleicht manchmal anders handeln. Aber ich bitte Sie, daran zu denken, daß Manches, was bei Ihnen harmlos und weniger wichtig ist, bei uns sehr ernst sein kann. (Sehr wahr!) Ich mache Sie nochmals darauf aufmerksam, daß Sie sich der Verantwortung Ihres Thuns auch für uns nicht entziehen können; ich habe ja kein Recht, mich in Ihre Verhandlungen zu mischen, aber als alter Freund bitte Sie ganz im Allgemeinen, die Rücksicht auf uns nicht zu vergessen. Ich grüße Sie Namens unserer Gesammtpartei. (Stürmischer Beifall.)

Singer: Begrüßungstelegramme sind eingegangen vom deutschen Lesein Paris, vom Parteiveteranen Leßner in London, vom Verein „Vorwärts“ kopenhagen und von der Sozialdemokratie Dänemarks, von den Sozialkraten Kroatiens und der Parteileitung in Agram, vom Generalkomitee der listischen Partei Frankreichs und vom sozialdemokratischen Kongreß in urn. Dies Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Digitized by Google

„Der in Solothurn versammelte schweizerische sozialdemokratische Kongreß entbietet den in Lübeck versammelten deutschen Genossen herzlichen Gruß. Gestern haben die Delegirten des schweizerischen Grütlivereins mit 142 gegen 6 Stimmen den Anschluß an die sozialdemokratische Partei beschlossen. (Bravo!) Wir hoffen, damit den Anfang einer kräftigen Parteiorganisation gemacht zu haben, worin uns die deutschen Genossen das Vorbild sind. Im Auftrage: Albisser, Fürholz."

Ich darf im Namen der deutschen Sozialdemokratie unsere schweizerischen Genossen beglückwünschen zu ihrem Entschluß und knüpfe daran die Hoffnung, daß diese Vereinigung recht bald ihre Früchte dahin tragen wird, daß die politische und wirthschaftliche Macht der schweizerischen Sozialdemokratie, nun vereint, um so stärker sich bewähren wird. (Beifall.) Ich schlage dem Parteitag vor, den Unterzeichnern dieses Telegramms seinen Dank und die Glückwünsche der deutschen Partei zu ihrer Vereinigung durch Telegramm auszusprechen und das Bureau damit zu beauftragen. (Beifall.) Mit diesem Vorschlag ist der Parteitag einverstanden.*)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Geschäftsbericht des Vorstandes zu den Punkten **Agitation und Wahlen.**

Dazu gehört der Antrag Nr. 49 (Baader und Genossinnen).

Den Bericht erstattet

Pfannkuch: Fast jeder Parteitag stand ja unter einem bestimmten Stigma; diesmal giebt ihm die Hamburger Akkordmaurer-Angelegenheit die pikante Würze. Da dieser Punkt vorläufig aus der Diskussion ausscheidet, kann ich mich in Ergänzung des gedruckten Berichtes kurz fassen. Die wenigen Anträge lassen den berechtigten Schluß zu, daß die Parteileitung im Berichtsjahr zur Frage der Agitation und Wahlen im großen Ganzen das Richtige gethan hat. Im Vordergrunde stand und steht die Agitation für Bekämpfung des Brotwuchers. Mit größter Rührigkeit haben sich die Parteigenossen im ganzen Lande dieser Agitation hingegeben; unsere Partei hat unter der Leitung des Partei-Vorstandes die Führung in dieser Agitation übernommen. Man hat in einzelnen Parteikreisen bemängelt, daß die Parteileitung nicht mit voller Energie gerade in der gegenwärtigen wirthschaftlichen Krise den Kampf um den Achtstundentag führt. Ich meine, man muß mit dem praktischen Leben doch etwas vertrauter sein, wenn man solche Forderungen aufstellt. Wer die Agitation praktisch betreibt, weiß, daß wenn der Resonanzboden in der Bevölkerung fehlt, eine Agitation in einer konkreten Sache den gewünschten Erfolg nicht haben kann. Heute, wo Hunderttausende unter der Krise schwer leiden, wo Hunderttausende noch hineingetrieben werden, wo Hunderttausende ein Unterkommen suchen, um nicht der Unterstützung seitens ihrer Genossen anheimfallen zu müssen, wird es dem Partei-Vorstand nicht verargt werden, wenn er den Augenblick nicht für geeignet hält zu einer besonderen Agitation für den Achtstundentag. Verzeihen Sie, wenn ich wieder einmal den alten Lassalleaner hervorkehre: Lassalle hat gesagt, daß, wenn man Erfolge erzielen will, man die gesammte Kraft der Partei auf einen Punkt zu konzentriren hat, und im Augenblick liegt uns das Hemd näher als der Rock. Jetzt kommt es darauf an, dem Proletariat seine Existenzmöglichkeit zu erhalten, ihm die Möglichkeit zu geben, sich satt essen zu können. Ich hoffe, es wird uns gelingen, den Ansturm der Reaktion, die wucherisi

*) Das an Fürsprech Fürholz in Solothurn gerichtete Antworttelegramm folgenden Wortlaut: „Der in Lübeck versammelte Parteitag der deutschen Sozialdemokr sendet bei Empfang der Kunde vom Anschluß des Grütlivereins an die sozialdemokrat Partei der Schweiz herzliche und brüderliche Glückwünsche. Der Parteitag ist überze daß das klassenbewußte Proletariat der Schweiz durch diesen überaus bedeutsa Einigungsakt neue große Zuversichten für seine weiteren Kämpfe gegen die Herrschaft Kapitalismus schöpfen darf. Im Auftrage: Singe

Digitized by Google

Gelüste der Agrarier abzuschlagen. Kommt dann die Zeit für die Konzentration der Agitation für den Achtstundentag, dann wird die Partei ebenso wenig sich pflichtvergessen zeigen, wie sie es bisher gewesen ist. Ueber Agitation und Wahlen habe ich dem Bericht wenig hinzuzufügen. Das Wort des Grafen Klinkowström, die Sozialdemokraten sollten nur nach Ostpreußen kommen, die Lust zum Wiederkommen werde ihnen vergehen, hat die Thatkraft der Genossen Ostpreußens zu Schanden gemacht. Ein glänzendes Resultat haben wir bei der Nachwahl in Memel-Heydekrug erzielt dank der unermüdlichen Thätigkeit unserer Vorhut für Ostpreußen, in Königsberg. Mit fester Zuversicht können wir in die Zukunft blicken, mit der Gewißheit, daß wir das Erbe des bürgerlichen Liberalismus wie anderwärts so auch in Ostpreußen erfüllen werden, das Volk aufzurütteln, dem Volke seine politischen Freiheiten zu erobern. Auch bei den Wahlen zu den Einzellandtagen haben wir wesentliche Fortschritte gemacht, und es ist begründete Aussicht, nicht allein den eroberten Boden zu behaupten, sondern weitere Fortschritte zu machen.

Bei einem Theil der Parteigenossen hat es Befremden erregt, daß der Partei-Vorstand die Gemeinschaft mit der polnischen Sozialdemokratie innerhalb der deutschen Reichsgrenzen abgelehnt hat. Man hat die Auffassung vertreten, die polnische Frage liege für uns ähnlich wie in Oesterreich. Dem muß ich entgegentreten. Wir im Partei-Vorstand sind der Auffassung, daß eine polnisch-sozialdemokratische Partei außerhalb des Rahmens der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Organisation in Deutschland eine Berechtigung nicht hat. Glauben die Polen in einer besonderen Agitationsform ihre Agitation betreiben zu müssen, was ich auch noch bestreite, dann ist ihnen die Möglichkeit dazu innerhalb des Rahmens der deutschen Sozialdemokratie ausreichend gegeben. Wenn die Polen als Organisation innerhalb der deutschen Sozialdemokratie diese elementarsten Anforderungen anerkennen wollen (Zuruf: Niemals!), dann sind sie selbstverständlich jederzeit uns willkommen; solange das nicht geschieht, müssen wir die Gemeinschaft mit ihnen und die Verantwortung für ihre Handlungen ablehnen. Unsere Parteigenossen in Oberschlesien und Posen haben so schon einen außerordentlich schwierigen Stand, die Thätigkeit des Genossen Winter war wahrhaftig keine angenehme; kommen da noch die Mißhelligkeiten, das Nichtverstehenwollen der Parteigenossen in dem Bezirk unter einander dazu, dann ist das ein auf die Dauer unerträglicher Zustand. Selbstverständlich dürfen die Pflichten aus der internationalen Solidarität nicht außer Acht gelassen werden, und die Parteileitung ist gewiß über den Verdacht erhaben, diese Pflichten nicht zu erfüllen; der konkrete Fall muß nunmehr geprüft und danach die Entscheidung getroffen werden.

Aus Anlaß des Hamburger Schiedsspruches glaubten Parteigenossen sofort die Nothwendigkeit betonen zu müssen, das eben erst in Mainz neu festgestellte Organisationsstatut wieder abzuändern. Vor solcher Gelegenheitsgesetzmacherei möchte ich doch warnen. Man hat die Behauptung aufgestellt: die Böswilligkeit eines Angeschuldigten könne durch Nichternennung der Schiedsrichter das Zustandekommen des Schiedsgerichts verhindern. Das trifft nicht zu. Macht ein Angeschuldigter von dem ihm zustehenden Recht keinen Gebrauch, dann entscheidet das Schiedsgericht ohne die Vertrauensleute des Angeschuldigten.
nand wird darin etwas Illoyales oder Inkorrektes sehen. Wir können die
he noch ruhig ansehen, erst weitere Erfahrungen sammeln, ehe wir das
anisationsstatut wieder ändern. Daß der Vorstand in der Frage der
lossenen Sitzung recht hat, zeigen die Anträge 36 und 38 von Düsseldorf und
nel. Der Düsseldorfer Antrag will ein neues Element in unsere Organi-
n bringen durch Anstellung fachmännisch gebildeter Preßrevisoren aus den
en der Parteikontrolleure, die das Jahr hindurch den Genossen im Reiche
tlich mit Rath zur Seite gehen sollen. Das beweist, daß man in den

Digitized by Google

Parteikreisen selbst sehr wohl fühlt, daß noch Manches reformbedürftig ist und man an den einzelnen Orten selbst die Kräfte nicht besitzt, um Remedur zu schaffen; deshalb will man ein neues Institut schaffen. Auch das ist einer der Gesichtspunkte, die in der geschlossenen Sitzung weiter erörtert werden und wohl eine befriedigende Lösung finden werden.

Eine Anregung, wenn auch keine neue, giebt ein Antrag, der an das Wort anknüpft: wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft. Nun, die Parteileitung hat sich nicht einen Augenblick der Nothwendigkeit der Schaffung einer Jugend-Literatur entzogen. Die Dresdener Genossen sind der Verwirklichung des Projektes näher getreten. Wenn unsere Dresdener Parteigenossen die Grundlagen für den weiteren Ausbau einer Jugendzeitschrift schaffen, so würde das Niemand mit größerer Freude begrüßen als der Vorstand, und ich kann wohl sagen: Wie auch die Parteileitung zusammengesetzt sein mag, sie wird sich der Aufgabe nicht entziehen können, das Unternehmen der Dresdener Genossen zu fördern, falls sie dies nicht aus eigenen Kräften vermögen.

Auf die Agitation und deren Betreibung beziehen sich eine Reihe von Anträgen. Gegen den von unserer Genossin Baader gestellten Antrag 40 will ich aus Höflichkeitsrücksichten im Augenblick nichts erinnern. Ich glaube kaum, hier noch die Versicherung abgeben zu brauchen, daß Fräulein Baader, wenn sie in ihrer Eigenschaft als Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands mit Anträgen zur Förderung der Agitation unter den Genossinnen, an die Parteileitung herangetreten ist, jederzeit ein offenes Ohr und volles Verständniß bei uns gefunden hat. Die Anträge 52, 53, 54 bedürfen kaum eines näheren Eingehens. Der Antrag 53 will für einen bestimmten Bezirk Deutschlands eine besondere Unterstützung, aber was dem rheinisch-westfälischen Bezirk billig ist, ist jedem anderen Bezirk Deutschlands recht. (Sehr richtig!) Gewiß, es giebt Distrikte, die auf sich selbst gestellt, aus eigener Kraft allen Anforderungen gerecht werden können, aber darüber hinaus sind selbst die Genossen in großen Städten oft nicht in der Lage, den ihnen überwiesenen Agitationsbezirk so zu bearbeiten, wie es wünschenswerth ist. Daß die Parteileitung alle Anträge prüft und unter Umständen eine Unterstützung leistet, ist selbstverständlich, aber wenn bestimmte Bezirke noch mit besonderen Anträgen hierher kommen, so wären doch unsere vorgeschobenen Posten in Schlesien und Ostpreußen erst recht zur Stellung solcher Anträge berechtigt. Das ist auch geschehen. Unsere Genossen in Posen und Oberschlesien sind von der Nothwendigkeit durchdrungen, in polnischer Sprache zum polnischen Proletariat zu reden und damit zu beweisen, wie ernst es ihnen mit der Bethätigung ihrer internationalen Solidarität ist. Dort ist ebenfalls der Wunsch laut geworden, ein polnisches Blatt unter deutscher Redaktion herauszugeben. Wenn der Vorstand bisher noch nicht diesem Plane zustimmen konnte, so deshalb, weil er sich der damit verbundenen Schwierigkeiten bewußt war und weil die bisher von polnischen Genossen geleitete „Gazetta Robotnicza" nicht das erwartete Resultat gezeitigt hat. Jedenfalls wird der Vorstand berechtigten Anträgen seine Unterstützung nicht versagen.

Eine große Reihe von Anträgen beauftragt die Fraktion, bestimmte Initiativanträge im Interesse der Agitation im Reichstag zu stellen. Solche Wünsche sind auf allen unseren Parteitagen ausgesprochen und sie werden auch in Zukunft immer wiederkehren. Selbstverständlich wird die sozialdemokrati Fraktion jede sich ihr bietende Gelegenheit mit Freuden ergreifen, um Forderungen der klassenbewußten Arbeiter zu propagiren. Wir haben ja h in den Begrüßungsreden unserer fremdländischen Gäste so viel Liebenswürd keiten entgegenehmen müssen, daß uns eigentlich, um ein altes Wort gebrauchen, der Großmachtskitzel in den Kopf steigen könnte. Wir sind a glücklicherweise eine proletarische Partei und wissen, was wir für Mittel siegreichen Führung des Klassenkampfes anwenden müssen, und da täuschen

Digitized by Google

uns nicht über die Machtmittel, die uns zu Gebote stehen. Gewiß, auch wir sind der Meinung, daß die sozialdemokratische Partei in Deutschland sich eine dominirende Stellung erobert hat, aber noch viel mehr, als bisher geschehen ist, muß noch gethan werden; wir würden thöricht handeln, wollten wir uns in Sicherheit wiegen und sagen, wir sind eine starke Partei, die Alles machen kann. Nein, mit dem Gedanken tragen wir uns nicht; wir kämpfen in der bisherigen Weise rührig und geschlossen weiter, wir werden nicht einen Augenblick im Kampfe erlahmen. Die Parteileitung wird jedem Genossen für jede Anregung zur Förderung der Agitation dankbar sein, aber dann müssen wir die thatkräftige Unterstützung der Genossen finden. Mögen die Verhandlungen dieses Parteitages trotz der vielen Meinungsverschiedenheiten, die über diese oder jene Frage vorhanden sind — sie zu leugnen, hieße Vogelstraußpolitik treiben — dahin führen, daß nicht die trennenden Punkte verschärft werden! Wird der Boden des Klassenkampfes eingehalten, dann werden auch die diesjährigen Verhandlungen zum Wohle und zur gedeihlichen Entwickelung der Partei dienen. (Lebhafter Beifall.)

Den **Kassenbericht** erstattet

Gerisch: Zunächst eine Mittheilung, die trauriger und freudiger Natur zugleich ist, der Sie Alle aber lebhaftes Interesse entgegenbringen werden. Unser alter Parteigenosse Schmitz in Aachen, der seit geraumen Jahren zurückgezogen gelebt, gelegentlich jedoch seine Parteibeiträge entrichtet hat, den aber Niemand in der Parteileitung persönlich kannte, ist vor kurzer Zeit gestorben. Die Eröffnung seines Testaments, die in den jüngsten Tagen stattgefunden hat, hat ergeben, daß Auer, Bebel und Singer von ihm zu Universalerben eingesetzt sind. Die Hinterlassenschaft besteht in der Hauptsache in einem größeren Posten von Werthpapieren im nominellen Werth von 40 000 Mk. und in einigen kleineren Werthposten, deren Höhe noch nicht feststeht, aber einige Tausend Mark beträgt. Auer, Bebel und Singer haben das Erbtheil in dem Sinne übernommen, in dem es ihnen von dem Erblasser vermacht wurde, d. h. sie haben das ihnen zugefallene Vermögen der sozialdemokratischen Parteikasse überwiesen. Die Partei als solche hat damit also in aller Form das ihr von Schmitz zugedachte Erbtheil angetreten. Ich glaube, Ihrer Aller Zustimmung sicher zu sein, wenn ich ausspreche, daß die sozialdemokratische Partei unserem alten Freunde für die Sympathien, die er dem klassenbewußten kämpfenden Proletariat bis über das Grab hinaus bekundet hat, alle Zeit ein treues und dankbares Angedenken bewahrt. (Zustimmung.)

Der Ueberschuß, mit dem der Kassenbericht abschließt, ist in der kurzen Zeit seit seiner Veröffentlichung bereits bis auf den letzten Pfennig aufgezehrt. Im vorigen Jahre haben wir es getadelt, daß so viele wohlhabende Wahlkreise durch die völlige Abwesenheit von Beiträgen in der Tabelle gänzten. Leider hat dieser Tadel keinen Erfolg gehabt, die Sache ist so schlimm wie je zuvor. Haben es doch 13 im Reichstage vertretene Wahlkreise nicht der Mühe für werth erachtet, zu den Kosten der Gesammtpartei auch nur einen Pfennig beizusteuern! (Hört! hört! Ruf: Namen nennen!) Nicht einmal die Diäten, die ihre Abgeordneten aus der Zentralkasse bezogen, sind der Kasse ersetzt worden. Glauben Sie nicht etwa, daß diese 13 Wahlkreise die allerärmsten und bedürfen wären, die von einer wirthschaftlich sehr schlecht gelohnten Bevölkerung ohnt sind! Nein, unter diesen Drückebergern befinden sich sehr wohlhabende ise. Namen will ich auch diesmal noch nicht nennen. Aus der tabellarischen ersicht können Sie die in Frage kommenden Kreise selber leicht ermitteln. en den 13 Kreisen, die sich völlig ferngehalten haben, stehen 20 mit geringen trägen. Die 20 Kreise haben im Ganzen 4258 Mk. an die Parteikasse liefert, während ihre Abgeordneten 12 957 Mk. an Diäten bezogen haben. rl hört!) So daß 8699 Mk. von der Parteikasse zugelegt werden mußten.

Digitized by Google

Unter diesen 20 hätten $^9/_{10}$ nicht nur die gesammten Diäten, sondern auch noch sonstige Zuschüsse an die Parteikasse leisten können und das letzte Zehntel hätte wenigstens die Diäten zu decken vermocht. Die tabellarische Uebersicht schrumpft immer mehr zusammen. Diesmal sind wieder 17 Orte aus der Liste verschwunden. Geht das so weiter, so brauchen wir die Uebersicht nicht mehr, sondern können einfach sagen: Die bekannten zwölf Wahlkreise haben folgende Beiträge aufgebracht. Nun muß ich aber doch bitten, daß sich alle Parteigenossen klar machen: In dieser Weise kann nicht mehr weiter gewirthschaftet werden. (Bravo!)

Namens der **Kontroll-Kommission** berichtet

Meister: An der Geschäftsführung des Vorstandes hatten wir in keiner Weise Monita zu ziehen. Dagegen wurden wir sonst stark in Anspruch genommen. Zunächst handelte es sich um Meinungsverschiedenheiten zwischen der Berliner Preßkommission und dem Vorstande über einen Antrag der „Vorwärts"-Redakteure auf Gehaltserhöhung. Es hat eine gemeinschaftliche Sitzung der Preßkommission, des Vorstandes und der Kontrolleure stattgefunden. In separater Sitzung haben die Kontrolleure dann ihren Entscheid gefällt und sich auf die Seite der Preßkommission gestellt, weil auch sie glaubten, daß die bisher gezahlten Gehälter den Umständen nach angemessen seien. Ein weiterer Fall betraf das Königsberger Parteiorgan. Zwischen den Königsberger Genossen und dem Vorstand war eine kleine Differenz entstanden, insofern als der Vorstand geglaubt hatte, den Antrag der Königsberger ablehnen zu sollen. Die Kontrolleure hielten es aber am Platze, den Königsberger Genossen die gewünschte Unterstützung zu gewähren. Die Gründe lagen in den örtlichen Verhältnissen. — Dann kam der Antrag der drei Hamburger Wahlkreise an die Kontrolleure, in dem bekannten Streitfall zu entscheiden. Die Kontrolleure haben den Antrag eingehend und gewissenhaft geprüft. Von vornherein will ich hier die Thatsache konstatiren, daß die betreffende Sitzung nicht in den Räumen des Partei-Vorstandes, sondern im Privatkomtoir Bading's stattgefunden hat, um die Verdächtigung abzuweisen, daß dieser oder jener Einfluß eine Rolle bei der Entscheidung der Kontrolleure gespielt habe. Wir kennen ja unsere Pappenheimer. (Heiterkeit.) Und daß Vorsicht am Platze war, haben wir ja später gesehen. Daß die schließliche Entscheidung der Kontrolleure die Meinungsverschiedenheiten nicht beseitigen würde, war vorauszusehen, daß aber unser Votum von den Antragstellern eine derartige Behandlung erfahren würde, wie es erfahren hat, war mehr, als wir erwarteten. Wurde doch von den Kontrolleuren behauptet, wir hätten unser Urtheil nicht erwogen, sondern nur Ordre parirt. (Ruf: Unerhört!) Ich kann mir manche Hamburger Reden nur so erklären: es war damals eine recht heiße Zeit! (Heiterkeit.) Am weitesten sind einzelne Personen gegangen, die die Sache der Maurer zu der ihrigen gemacht haben. Wir verstehen nicht, woher die Personen die Berechtigung nehmen, die Kontrolleure, die ihre Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen gefällt haben, mit Beleidigungen und Verdächtigungen zu regaliren. (Hört, hört!) Es ist noch nicht dagewesen, daß Parteigenossen, die seit langen Jahren in der Partei stehen, von sich sagen lassen müssen, sie hätten jedes Verständniß und jede Fühlung mit der Bewegung verloren. Unsere langjährige Thätigkeit in der Partei und in der Gewerkschaft sollte uns gegen derartige Verdächtigungen schützen. (Beifall.) Recht komi war besonders die Aeußerung einer Hamburger Genossin: „Ich weiß ja n nicht einmal, ob irgend einer der Kontrolleure in der Gewerkschaftsbewegu thätig ist." (Heiterkeit.) Für uns war das ein Zeichen, daß es auch in Ha burg dunkle Punkte giebt. Ich habe im Namen der Kontrolleure diese Angri entschieden zurückzuweisen. (Bravo!)

Weiter beschäftigte uns ein Antrag der Düsseldorfer, die materielle H für ihr Blatt verlangten. Der Vorstand hatte den Antrag angesichts der gan

Digitized by Google

Situation abgelehnt. Und auch die Kontrolleure haben geglaubt, für den Augenblick gleichfalls den Antrag ablehnen zu sollen. In den letzten Tagen ist uns noch ein Antrag des Genossen Wetzig aus Wurzen zugegangen, der seinerzeit Privatpersonen als solchen materielle Beihilfe geleistet hat und nun den Betrag von 17 500 Mk. von der Partei zurückverlangt. Wir haben beim Vorstand Informationen eingezogen und festgestellt: der Vorstand hat seiner Zeit vor derartigen Manipulationen gewarnt und jede Verbindlichkeit abgelehnt. Die Kontrollkommission hat sich davon überzeugt, daß für die Partei keine moralische und keine gesetzliche Veranlassung vorliegt, für diesen Betrag aufzukommen. Der Antrag Wetzig ist deshalb von uns abgelehnt worden. Weiter lag uns ein Antrag des Korrektors am „Vorwärts" Vieth vor. Vieth verlangte, gestützt auf zwei ärztliche Atteste, nach dem üblichen Urlaub von drei Wochen drei weitere Wochen Urlaub. Die Preßkommission und der Vorstand lehnten das Gesuch ab und die Kontrollkommission hat beschlossen, die Angelegenheiten der neuen Kontrollkommission zur endgiltigen Entscheidigung zu überweisen, die sich in Berlin über die Sachlage informiren kann. Die Sache eilt auch nicht. Vieth ist drei Wochen länger fortgeblieben und hat während dieser Zeit Vertretung gestellt. Jetzt verlangt er die Kosten ersetzt.

Der letzte Fall betrifft Vorkommnisse in Bant. Ein Schiedsgericht unter Vorsitz von Gerisch hat getagt. Es handelte sich um den Ausschluß einer Anzahl kleiner Scharwerker (Unternehmer) und Arbeiter aus der Partei aus Anlaß eines Streiks. Das Schiedsgericht hat den Ausschluß der Arbeiter bestätigt, weil diese es nicht einmal für nothwendig erachtet hatten, bei dem Schiedsgericht vertreten zu sein. Wenn die Leute eine solche Anklage auf die leichte Schulter nehmen, dann dürfen auch wir annehmen, daß die Beschuldigung richtig ist. Eine Revision dieses Urtheils, soweit es die Arbeiter betrifft, ist auch bei uns von keiner Seite beantragt worden.

Anders liegt es bei den Unternehmern. Die Banter hatten den Ausschluß beschlossen, das Schiedsgericht hatte den Ausschluß aufgehoben, weil die Gründe dafür nicht stichhaltig seien, und nun haben die Banter bei der Kontrollkommission die Aufhebung dieses Schiedsspruchs beantragt. In der betreffenden Parteiversammlung sind merkwürdige Grundsätze laut geworden, so der: selbständige Personen, Personen, die ein eigenes Geschäft betreiben, haben überhaupt nichts in der Partei zu thun. (Heiterkeit.) Ein weiterer Gesichtspunkt war: Bei jedem Streik haben die sozialdemokratischen Kleinmeister und Scharwerker die materiellen Forderungen der Arbeiter unter allen Umständen zu erfüllen. Das zeigt im Kleinen, was in der Folge Alles an uns herantreten wird. Begeben wir uns auf diese schiefene Ebene, dann wird es schwer sein, Halt zu finden. (Sehr richtig.) Die Kontrollkommission hat sich gestern dem Beschluß des Schiedsgerichts in der Banter Angelegenheit angeschlossen. Eben erhalte ich eine Postkarte, worin mich der Vertrauensmann von Bant ersucht, die Angelegenheit zur endgiltigen Entscheidung dem Parteitag zu unterbreiten. Die Sache wird den Parteitag an sich beschäftigen müssen, hängt er doch mit anderen Angelegenheiten ähnlicher Art eng zusammen.

Damit schließe ich meinen Bericht. Ich gebe die Versicherung ab, daß die Kontrollkommission redlich bemüht war, ihre Schuldigkeit zu thun, auch n es ihr diesmal nicht gelungen ist, die Zustimmung aller Parteigenossen inden. Ich beantrage Namens der Kontrolleure die Entlastung des Vorstandes seine gesammte Geschäftsführung. (Bravo!)

Singer stellt die Unterstützungsfrage für die zum Vorstandsbericht eingenen Anträge. Es gehören hierzu die Anträge 49 und 58, die genügend stützt werden. Der Antrag 98 findet nicht genügende Unterstützung.

Den Antrag 49 begründet

Ottilie **Baader**-Berlin: Unser Antrag ist veranlaßt durch die Erfahrung

Digitized by Google

bei der Sammlung von Unterschriften unter die Petition gegen den Zollwucher, wie erschrecklich wenig die große Masse der Frauen über die Einwirkung der Zölle auf ihre Verhältnisse unterrichtet ist. Sie wissen nichts von der Belastung des Haushalts, von der Auspowerung und Aushungerung der Familien, der Noth und dem Elend, die die Zollerhöhung in den proletarischen Haushalt trägt, von dem Massensterben der Proletarierkinder. Die Männer haben tüchtig agitirt, aber wir wollen ein Flugblatt, das mehr auf die hauswirthschaftlichen Beziehungen Rücksicht nimmt; es soll den Arbeiterinnen gesagt werden, wie das Nähgarn, wie das Material in der Hausindustrie theurer wird u. s. w. Wenn das in leicht faßlicher Form in dem Flugblatt behandelt wird, muß das eine Wirkung ausüben. Wir sind persönlich an den Partei-Vorstand herangetreten, um die Demonstration größer zu machen, und um auch die Genossen zu verpflichten, den Frauen in der Verbreitung des Flugblatts zu helfen, denn das Häuflein Frauen, die in der Agitation thätig sind, reicht nicht aus. Aus ganz Deutschland, besonders aus den Industrie-Orten, sind wir um die Herausgabe eines solchen Flugblattes von den Frauen ersucht worden.

Hengsbach-Köln begründet den Antrag 5/4 an Stelle des in der Mandatprüfungs-Kommission thätigen Antragstellers Düwel: Bei den Wahlen in Duisburg haben wir abgeschnitten, wie wir es nicht vorausgesehen hatten. Die Organisation ließ Alles zu wünschen übrig; die dortigen Verhältnisse, die Fuchtel der Großindustrie, dazu die Krise ließen keine Hoffnungen aufkommen. Indessen die Parole: Nieder mit den Getreidezöllen! hat ihre Wirkung nicht verfehlt, wir hatten Erfolg. Aber wir haben im Bezirk Duisburg-Mülheim und in Essen die Ueberzeugung gewonnen, daß in die Agitation mehr von oben eingegriffen werden muß. Die Mittel fließen nicht ein. Wir wollten Weyers, der äußerst tüchtig ist, selbständig machen für die Agitation, was in dem Kreise mit 83000 eingeschriebenen Wählern nothwendig ist, und der Partei-Vorstand hat es abgelehnt. Er sollte doch den Genossen im Kreise, die die Verhältnisse kennen, mehr folgen. Auch im Essener Kreise können wir nicht genügend propagiren, weil der „Weckruf" ein Kopfblatt der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung" ist. Das ist ja auch sonst ein Hinderniß für eine thatkräftige Organisation. (Gerisch: Wir haben bewilligt!) Nein, Sie haben nur 30 Mk. monatlich bewilligt; das ist nur ein Palliativmittelchen. Es muß in diesen Kreisen mehr geschehen. Die Verhältnisse liegen da anders als anderswo, hier sind noch gewaltige Arbeitermassen für uns zu gewinnen, und es ist da etwas zu machen, wenn nur genügende Mittel vorhanden sind. Ein Kreis, der 1869 bereits durch Hasenclever im Parlament vertreten war, muß uns wieder gewonnen werden, versagen Sie uns dazu nicht die Mittel.

Die Diskussion über Punkt 1a wird eröffnet.

Ledebour: Der Partei-Vorstand hat es für nothwendig gehalten, das frühere Verhältniß zu den polnischen Sozialisten Deutschlands zu ändern. Der „Gazeta Robotnicza" ist die Unterstützung entzogen worden; darüber kann ich nicht urtheilen, da ich, wie wohl auch der Partei-Vorstand, der auch auf die Berichte Anderer angewiesen ist, der polnischen Sprache nicht mächtig bin; ich kenne den Inhalt des Blattes nicht. Pfannkuch hat ja auch angedeutet, daß unter Umständen die Unterstützung wieder gewährt werden wird. Etwas anderes aber ist es, daß der Partei-Vorstand, und zwar im Bericht noch schärfer als Pfannkuch mündlich, die Gemeinschaft mit der Organisation der polnische Sozialisten abgelehnt hat. Die Fassung der Stelle im Bericht kann sogar Leute, die darauf ausgehen, die deutschen und polnischen Genossen einander zu entfremden, zu dem Schluß führen, daß der Partei-Vorstand den polnische Sozialisten in Deutschland die Eigenschaft als Sozialdemokraten aberkennt Jedenfalls will der Bericht und Pfannkuch — anders kann ich es nicht verstehen — den polnischen Genossen in Deutschland überhaupt das Recht zu eine

Digitized by Google

eigenen Organisation absprechen. Das geht zu weit. Wenn es in dem Bericht heißt, „an ein gedeihliches Neben- und Miteinanderwirken war nicht zu denken", so mag das vielleicht sein in Folge von Taktlosigkeit von polnischen Genossen; aber diese Erfahrungen mit einzelnen Personen dürfen wir nicht derartig verallgemeinern. In Bezug auf das Verhältniß zu den Polen können wir von Oesterreich lernen. Wir haben aus dem Munde unserer Gäste außerordentliche Lobeserhebungen gehört; aber wir sind in Deutschland sehr rückständig in Bezug auf das Verständniß für die Bedürfnisse fremder Nationalitäten innerhalb unseres Reichsgebiets. Es ist richtig, bei uns sind 50 Millionen Deutsche und nur $3^1/_2$ Millionen Polen. Aber mehr Polen sind auch nicht in Oesterreich und doch haben diese es verstanden, aus sich heraus eine Organisation zu schaffen und eine Thätigkeit zu entfalten, die die Achtung der gesammten internationalen Sozialdemokratie genießt. Ich meine, das ist auch unseren Polen möglich; sie sind nur unentwickelt, furchtbar unreif — gewiß! —, sie stecken eben noch in den Kinderschuhen, die die Sozialdemokratie aller Nationalitäten erst abtreten muß. Einzelne polnische Genossen mögen sogar ganz unsozialdemokratische Ideen aussprechen; ja, Parteigenossen, das kommt sogar in der so hoch entwickelten deutschen Sozialdemokratie vor. Dazu kommt, daß die Polen in den verschiedenen Ländern eine ideelle, sprachliche, kulturelle Einheit bilden; das muß für uns ausschlaggebend sein.

Im Uebrigen beziehe ich mich auf die vortrefflichen Ausführungen unserer österreichischen Freunde, daß, was wir hier thun, auch von Bedeutung für die österreichische Partei ist. Ich beantrage folgende Resolution:

„Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß ein gedeihliches Zusammenwirken der Partei mit der Organisation der polnischen Sozialdemokraten in Deutschland bald wieder hergestellt wird."

Das ist das Mindeste, was wir thun können und müssen; es enthält keinen Vorwurf für den Partei-Vorstand.

Winkiewicz-Posen: Ich bin beauftragt, Sie Namens der polnisch-sozialistischen Partei zu begrüßen und den Wunsch auszusprechen, daß Ihre Verhandlungen zu einer Stärkung der internationalen Solidarität führen werden. Ich muß aber, so schwer mir die Rede in deutscher Sprache wird, mich gegen einzelne Behauptungen des Parteiberichts wenden. Gewiß, man muß die polnischen Arbeiter aufklären, daß sie nicht als Lohndrücker auftreten; aber die Absicht von uns war doch wohl, aus den polnischen Arbeitern Sozialdemokraten zu machen. Gewiß, es ist richtig, daß die Erfolge bei uns gering sind, das kommt aber auch in stockdeutschen Gegenden vor. Es ist richtig, wir greifen Winter und Gogowski an, aber nur in der Vertheidigung; auch der Wurm krümmt sich. Gogowski ist kein Pole; er ist in der Fremde geboren und kann kein Wort polnisch. Kasprzak haben wir vor acht Jahren nicht angeklagt und auch nicht die Beweise zu liefern; wir haben uns nach unseren Genossen zu richten. Ein Nebeneinanderwirken ist möglich, ein Miteinanderwirken nicht. Ihr habt die Pflicht, unsere Organisation anzuerkennen, weil wir eine andere Nation sind, eine andere Zunge sprechen, die Ihr nicht kennt. Ihr müßt Euch auf die Berichte und das ehrliche Gesicht Anderer verlassen, kontrolliren könnt Ihr sie nicht. Das ist genau so wie mit den Missionaren in China, sie nehmen sich verkommener Individuen an. Genau so ist es mit
sprzak; weil seine Existenz unmöglich war, hat er sich zu den deutschen
nossen geflüchtet und spielt sich als ehrlicher Mann auf. Namens der pol-
h-sozialistischen Partei habe ich Ihnen zu erklären, daß wir in allen poli-
jen Fragen mit Ihnen stets zusammengehen werden, aber wir verlangen
ere Rechte als Polen; mit Leuten wie Kasprzak arbeiten wir nicht zusammen.
fen Sie keine Beschlüsse, die uns nur die Arbeit erschweren.

Orb-Offenbach: Zum Parteibericht habe ich nur einige Wünsche.

Digitized by Google

Aehnlich wie bei den Landtagswahlen wünschte ich ein zusammenfassendes Bild auch über die Stärke unserer Genossen in den Kommunalvertretungen, und daß die Kommunalthätigkeit in den künftigen Berichten etwas ausgiebiger behandelt wird. Daß an die Zentralkasse die Mittel zum Theil spärlich fließen, gebe ich zu; aber bedenken Sie die außerordentlich gesteigerten Anforderungen an die Lokalorganisationen. Tausende sind nothwendig für die Agitation in den einzelnen Kreisen, für die Lokal- und Provinzialorganisationen. Wir in der hessischen Landeskonferenz haben den Beschluß gefaßt, 33 1/3 pCt. an die Parteikasse abzuführen. Mögen die Anderen folgen.

Hengsbach-Köln: Ich nehme nochmals das Wort auf eine Anregung des Genossen Morawski hin, der mir schreibt, da ich als Kandidat im Kreise Duisburg die polnische Bevölkerung kennen gelernt hätte, würde ich wohl für die polnische Sonderorganisation eintreten. Ich kann mich dem nicht anschließen. Ich gebe durchaus zu, wer der polnischen Sprache mächtig ist, wer die polnische Bevölkerung genau kennt, kann besser bei den Polen agitiren; aber die Extrawurst der Sonderorganisation brate ich ihnen nicht. Die polnischen Agitatoren gehen darauf aus, die Polen mehr zu Polen als zu Sozialdemokraten zu erziehen. Das wird sich rächen, wie es sich ähnlich in Elsaß-Lothringen bitter gerächt hat. Ich habe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo sich über 80 000 Polen befinden, mich gewiß um die dortigen Verhältnisse gekümmert; aber gerade diese beweisen, daß eine Sonderorganisation nicht nothwendig ist. Arbeiten wir lieber auf eine Zentralorganisation hin, anstatt dieser Kräftezersplitterung in Sonderorganisationen.

Windhoff-Düsseldorf spricht für den Antrag der Essener Genossen (53) und beantragt hinzuzufügen: „und finanzielle Unterstützung angedeihen zu lassen."

Das Zentrum hat in den niederrheinischen Kreisen in den letzten Jahren eine starke Organisation geschaffen; wird diese weiter ausgebaut, dann ist unser Stand ein noch schwierigerer als bisher. In dem Landkreis Düsseldorf mit seinen 50 Orten haben wir nur in drei Orten ein Lokal zur Verfügung. Wenn wir trotzdem Fortschritte gemacht haben, so ist das ein Beweis, daß wir unsere Pflicht gethan haben. Aber die Agitation bedarf Kapitalien, wenn sie Zinsen bringen soll. Wir können zu gleicher Zeit nicht überall sein. Im Rheinland haben wir selbst keine Abgeordneten. Molkenbuhr, der Vertreter von Barmen-Elberfeld, wohnt nicht im Wahlkreise. Die Abgeordneten, die hingekommen sind, werden aber bestätigen, daß unsere Versammlungen durchgängig sehr gut besucht gewesen sind.

Groth-Rostock: Ich habe keine tadelnden Bemerkungen zu dem Vorstandsbericht zu machen, wir in Mecklenburg sind stets in der freigiebigsten Weise bedacht worden und wir haben auch gute Erfolge erzielt. Unter unseren mecklenburgischen Delegirten befindet sich ein Landarbeiter, dessen Delegationskosten die Landarbeiter selbst aufgebracht haben. (Bravo!) Auch der fünfte mecklenburgische Wahlkreis gehört zu denen, die im Reichstage vertreten sind und keine Beiträge an die Zentralkasse abgeführt haben. Wir haben das selbst schon unangenehm empfunden und hoffen, daß der hier ausgesprochene Tadel zu einer Besserung beiträgt. Dem Antrag der Genossin Baader stehe ich sympathisch gegenüber, doch muß das Flugblatt auch auf die Verhältnisse der Frauen auf dem Lande, der vielen Millionen Landarbeiterinnen, eingehen, die sich heute vielfach als Produzentinnen fühlen und von höheren Zöllen Vortheile haben glauben. Diese falschen Vorstellungen muß das Flugblatt widerlegen es muß bewiesen werden, daß die Sozialdemokratie auch für die Landarbeit eintritt, wir müssen die Behauptungen des Bundes der Landwirthe als Trugebilde enthüllen, damit die Landarbeiterinnen sich zu uns hingezogen fühle

Gogowski-Posen: Ich muß mich ganz entschieden gegen die Resolution Ledebour wenden, denn die polnischen Sozialisten haben nicht für den Inter

Digitized by Google

nationalismus, sondern für den Nationalismus agitirt, und diese Art der Agitation dürfen wir nicht unterstützen. Das Geld für die „Gazetta Robotnicza" ist einfach zum Fenster hinausgeworfen. Die gewerkschaftlichen Organisationen in Posen sind nicht von polnischen, sondern von deutschen Arbeitern gegründet worden, die es verstanden haben, die polnischen Arbeiter zu gewinnen. Bei der letzten Wahl wurde in einem Flugblatte der sozialdemokratische Kandidat in ganz schmutziger Weise von der polnischen Partei verdächtigt. Für solche Agitation danken wir. Da hat der Vorstand durchaus recht, wenn er von der Sonderorganisation nichts wissen will. Die Genossen in Posen wollen auch gar keine Sonderorganisation. Unterstützen wir deshalb nicht die national-polnische Bewegung, die nun und nimmer zum Sozialismus führt. Ich bitte Sie, die Resolution Ledebour möglichst einstimmig abzulehnen.

Dr. Rosa **Luxemburg**: Nun haben wir wieder die schönste Polendebatte, aber wir sind nicht schuld daran, wenn wir wieder mit diesen unerquicklichen Dingen traktirt werden. Die Debatte ist angefangen durch Ledebour, der sich gewiß durch das Gefühl der Gerechtigkeit und des Mitleids mit allen Unterdrückten leiten ließ, ein Gefühl, das leider in diesem Fall durch die Kenntniß der einschlägigen Verhältnisse nicht getrübt wird. Ich kann Sie beruhigen, wenn Jemand von Ihnen so wie Ledebour in Konflikt mit seinem Gewissen gerathen sollte, eine polnische Frage als solche existirt für uns glücklicherweise nicht mehr, wir sind im Reinen und können über die Resolution Ledebour zur Tagesordnung übergehen. Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Sozialdemokratie auch gegenüber den Polen dem Prinzip der internationalen Solidarität und der Gleichheit der Nationen und Geschlechter treu bleiben müsse und auch treu geblieben ist. Wenn es zu Unzuträglichkeiten, zu unangenehmen Konflikten innerhalb der polnisch-sozialistischen Organisation Deutschlands gekommen ist, so handelt es sich nicht um einen Konflikt zwischen Deutschen und Polen, sondern um einen zwischen polnischen Sozialdemokraten, die auf internationalem Boden stehen, und solchen, die auf nationalem Boden stehen. Diese polnischen Sozialisten haben auf ihrem letzten Parteitag ausdrücklich erklärt, sie schneiden das Tischtuch zwischen sich und unserer Partei durch. (Sehr richtig!) Auch wir schützen natürlich die unterdrückten Polen; ich fahre am Mittwoch von hier direkt nach Posen, um mich wegen Beleidigung des preußischen Kultusminister Studt zu verantworten, die ich verübt haben soll in einer Broschüre mit dem Titel „Zum Schutz der polnischen Nationalität". Also Sie sehen, wir wollen die polnische Nation schützen, so wie wir das überhaupt können, durch mündliche und schriftliche Agitation. Wer war es denn, der auf dem Mainzer Parteitag beantragt hat, die Reichstags-Fraktion möge sich der unterdrückten Polen annehmen? Das waren wir, die man heute als Unterdrücker der polnischen Sozialisten hinstellt. Jene Leute aber haben in der „Gazetta Robotnicza" diesen Antrag völlig verschwiegen; das genügt, um Ihnen zu zeigen, wie sorgfältig sie es vermeiden, den polnischen Genossen, die sie verhetzt und verdummt haben, die Wahrheit zu enthüllen. Und diese Leute kommen hierher und sagen: „Warum stößt Ihr uns zurück, warum wahrt Ihr nicht unsere Rechte, wir wollen friedlich mit Euch zusammenarbeiten." Wollt Ihr noch einen Beweis dafür, was für schöne Brüder diese Leute sind, so erinnere nur an die vorletzte Nummer der „Gazetta Robotnicza", wo als Ursache den Verlust des Wahlkreises Mühlhausen und für die „Niederlage" unserer tei in Memel-Heydekrug angegeben wird, daß die deutsche Sozialdemokratie so wie den Polen auch den französischen und lithauischen Genossen gegen- die Pflicht der internationalen Sozialdemokratie bricht. (Hört! hört!) sind die Mittel, womit diese Leute gegen uns agitiren. Und wollt Ihr einen Beweis, um einzusehen, daß es Lug und Trug ist, wenn diese Leute n, sie wollen mit uns zusammenarbeiten, so erinnere ich an die Worte von

Digitized by Google

Haase auf dem schlesischen Provinzialparteitag: Wir pfeifen auf die Beschlüsse der deutschen Parteitage. Uebrigens wird soviel Sums darum gemacht, daß Derjenige, der die Verhältnisse nicht kennt, glauben könnte, es handelte sich um eine zahlreiche Gruppe, die mit uns nicht Hand in Hand gehen kann. Beruhigen Sie sich, es ist nur eine Handvoll Krakehler, eine sogenannte Partei, die bequem auf einem Sofa Platz nehmen könnte. (Dr. Gumplowicz ruft: Frech gelogen!) Ach, Sie sind ja auch da, Sie gehören ja auch dazu. (Heiterkeit.) Mit Leuten, die auf dem Boden der internationalen Solidarität stehen, sind wir immer bereit, zusammen zu arbeiten, wie wir es in Posen und Oberschlesien thun. Will aber jenes Häuschen Leute durchaus ihr Extraeckchen auf dem Sofa haben, so möge sie es behalten. Ich bitte Sie nochmals, über den Antrag Ledebour möglichst einstimmig zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall.)

Nachmittags-Sitzung.

3¹/₄ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion zu **Agitation, Wahlen** und **Kassenbericht** wird fortgesetzt.

Biniszkiewicz-Berlin: Auf das Kouplet der Genossin Luxemburg will ich nicht eingehen; ich würde mich selbst beleidigen, wollte ich auf ein solch menschenfresserisches Gerede antworten. Hengsbach hat sich mit Morawski beschäftigt, obgleich dieser nicht anwesend ist und sich nicht vertheidigen kann. In dem Hengsbach'schen Wahlkreise sind die Polen für ihn eingetreten, weil es ein deutscher Wahlkreis ist; aber die Polen verlangen auch, daß die deutschen Genossen in einem polnischen Kreise für den polnischen Kandidaten stimmen. Im Lande mit polnischer Sprache kann nur so agitirt werden. Ich kann Ihnen sagen, daß jetzt, wo Sie die Unterstützung für die „Gazeta Robotnicza" zurückgezogen haben, wir mehr Erfolge haben als früher (Zurufe: Na also!), einfach deshalb, weil das polnische Proletariat jetzt eingesehen hat, daß es selbst Opfer bringen muß. (Zuruf: Na also!) Wir wollen nebeneinander arbeiten; wir verlangen von Euch keine materielle Hilfe; aber eine moralische zu verlangen haben wir das Recht, damit die internationale Solidarität zur Wahrheit wird.

König-Bochum: Die Polenfrage mag manchem Genossen langweilig sein; für uns mit der starken polnischen Bevölkerung hat sie aber großes Interesse. Wäre die Frage schon im vorigen Jahre gründlicher behandelt worden, so wäre es für uns besser gewesen. Die Thätigkeit der Parteikräfte, von der der Bericht spricht, mag auf Oberschlesien Bezug haben, wir im westfälischen Industriebezirk haben wenig davon gemerkt. Als Haase zu uns kam, hätte man erwarten sollen, daß er die polnische Industriebevölkerung für uns mobil machte. Wo er deutsch gesprochen hat und wir ihn kontrolliren konnten, hat er ja keine Schnitzer gemacht; aber in den polnischen Versammlungen soll er die polnische Propaganda besonders betrieben haben. Was noth thut, ist eine polnische Presse, darüber werden wir uns beim Punkt „Presse" näher unterhalten. Wir sollten die jetzige Erregung im Kohlengebiet, die sich bei den Polen besonders auch gegen das Zentrum bemerkbar macht, ausnutzen, besten durch ein gutes Flugblatt. Wir haben uns diesetwegen mit der Genos Luxemburg in Verbindung gesetzt. Wir wollten sie auch für einige Vortr in Westfalen engagiren, die Behörde hat uns einen Strich durch diese Rechnu gemacht, sie will die Luxemburg bei uns nicht reden lassen. Die Kosten Flugblatts, die beträchtlich sein werden, wird die Partei uns wohl tragen helf

Braun-Königsberg: Genosse Groth hat die Nothwendigkeit betont, dem von Frl. Baader beantragten Flugblatt der Behauptung des Bundes

Digitized by Google

Landwirthe entgegenzutreten, daß die Landarbeiter als Produzenten an höheren Getreidezöllen interessirt seien. Ich habe bei meiner Landagitation Landarbeiter, die sich in diesen Fragen als Produzenten fühlen, nicht kennen gelernt. Das Frauen-Flugblatt wäre ganz überflüssig, das vom Partei-Vorstand kürzlich herausgegebene illustrirte Flugblatt eignet sich vorzüglich für Stadt und Land, ein besonderes Flugblatt für die Landarbeiter ist ebensowenig nöthig. Wie gut das letzte Flugblatt gewirkt hat, beweist die Thatsache, daß die Landarbeiter bei uns nach Tausenden die Petition gegen die Getreidezölle unterschrieben. Noch ein Wort zu der Notiz der „Gazeta Robotnicza". Wie kann man in Memel-Heydekrug von einer Niederlage reden; ich wünschte, wir erlitten noch eine solche Niederlage, denn dann würde der Kreis uns gehören. Eine besondere lithauische Sozialdemokratie zu gründen, wäre eine ganz falsche Taktik, wir agitiren als Sozialdemokraten und haben dadurch bei den Lithauern und Masuren gute Erfolge erzielt. Es kommt nur darauf an, daß wir uns den Leuten verständlich machen. Das ist das ganze Geheimniß unserer Agitation in Ostpreußen. Auf das Nationalitätsgefühl brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen. Mögen das auch die polnischen Genossen thun, dann werden auch sie Erfolge erzielen.

Frau **Zietz**-Hamburg: Im Gegensatz zu Braun ersuche ich Sie dringend um Annahme des Antrags 54. Gerade in den rückständigsten Gegenden ist es nothwendig, den Frauen die ungeheuren Schäden zu demonstriren, die die Zollerhöhung ihnen bringt. Bei der Sammlung der Unterschriften für die Petition haben wir die Erfahrung machen müssen, daß noch bei außerordentlich vielen Männern es schwer ist, um wie viel mehr erst bei den Frauen. Vereinsgesetze hindern uns zu einem großen Theil, die Aufklärung in Versammlungen zu bringen; um so nothwendiger ist ein solches Flugblatt. Dem Genossen Groth kann ich erklären, daß, wenn der Parteitag die Herausgabe des Flugblattes beschließt, daß dann, soweit es im Rahmen eines Flugblattes möglich ist, im Allgemeinen also, die Verhältnisse der Landarbeiter mit in Rücksicht gezogen werden sollen. Jetzt gerade ist der geeignete Augenblick für ein solches Flugblatt für die Frauen vom Standpunkt der Hausfrau als Konsumentin und vom Standpunkt der Arbeiterin in ihrer Eigenschaft als Produzentin. An solche Fragen, die tief in das Wirthschaftsleben einschneiden, müssen wir anknüpfen, nicht nur, um die Frauen zu einem Protest gegen den Zolltarif zu entflammen, sondern um das weibliche Proletariat überhaupt für unsere Partei zu gewinnen. (Beifall.)

Ledebour-Berlin: Wenn in den Auseinandersetzungen über die Polenfrage an die Leidenschaften appellirt ist, so ist das nicht meine Schuld. Die Frage der Entziehung der Subvention für die „Gazeta Robotnicza" scheidet aus der Diskussion aus, da die polnischen Genossen selbst der Meinung sind, daß sie davon keinen Schaden haben, aber nicht scheidet damit auch die Nothwendigkeit aus, daß wir zu einem gedeihlichen Zusammenwirken mit den Polen kommen müssen. Es geht nicht an, daß zwei sozialdemokratische Organisationen in Deutschland sich gegenseitig befehden. Zweifellos ist es für uns unangenehm, daß in Deutschland $3^1/_2$ Millionen Polen ansässig sind, aber das ist nicht unsere Schuld und daran können wir nichts ändern. Mit dieser Thatsache haben wir zu rechnen, und wir haben auch damit zu rechnen, daß unter allen Kern Europas das nationale Empfinden auf das Höchste entwickelt ist, auch er den Sozialdemokraten, und zwar in dem Sinne, daß sie ihre Mutterache sprechen und hochhalten wollen. Dies Recht müssen wir jeder Nationität zugestehen, und auch wir Deutsche würden uns dies Recht nicht nehmen en, wenn wir das Unglück hätten, unter der Herrschaft einer fremdsprachigen ierung zu leben, die versuchte, uns unsere Muttersprache zu nehmen. Dann en wir mit derselben Energie wie die Polen unsere Muttersprache ver-

Digitized by Google

theidigen. Daß das vielen unserer Genossen nicht klar ist, liegt daran, weil wir praktisch diese Erfahrung nicht gemacht haben. Unsere österreichischen deutsch sprechenden Genossen wissen aus eigener praktischer Erfahrung, daß das Recht der Muttersprache geschützt und geachtet werden muß, und deshalb sind sie zu einem gedeihlichen Zusammenwirken aller Nationalitäten innerhalb der Sozialdemokratie gekommen. Gewiß nehmen wir uns der polnischen Sozialdemokraten an, aber daraus leite ich nicht das Recht ab, den Leuten zu bestreiten, daß sie auf eigenen Füßen stehen können. Genossin Luxemburg spricht den polnischen Sozialdemokraten das Recht auf eine eigene Organisation ab, aber sie setzt sich damit in Widerspruch zu ihrem eigenen Verhalten, denn sie hat auf dem internationalen Pariser Kongreß auf Grund eines Mandats, das sie, soviel ich weiß, in Deutschland erhalten hat, von polnischen Sozialdemokraten verlangt, innerhalb dieser polnischen Organisation anerkannt zu werden. Bisher habe ich geglaubt, daß das Wort: „Für Frauen giebt es keine Logik" auf sie keine Anwendung hat. (Unruhe.) Es giebt natürlich noch andere Frauen, auf die es nicht angewendet werden kann, aber Genossin Luxemburg hat heute diese Logik vermissen lassen. Meine Resolution will nun für die Zukunft ein gedeihliches Zusammenwirken ermöglichen und die polnische Sozialdemokratie anerkannt wissen; ich hoffe daher auf ihre Annahme. (Beifall.)

Südekum-Dresden begründet einen Schlußantrag mit der Fülle der sonstigen Tagesordnung des Parteitages.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Heugsbach verwahrt sich persönlich gegen den Vorwurf, Morawski in dessen Abwesenheit angegriffen zu haben; er habe ihn für anwesend gehalten.

Singer: Ehe ich diese Verhandlung weiter gehen lasse, muß ich auf einen Zwischenfall von heute Vormittag aufmerksam machen. Während der Rede der Genossin Luxemburg hat der als Berichterstatter anwesende Dr. Gumplowicz mit lauter Stimme dazwischen gerufen: „Gelogen! Frech gelogen!" In der Unruhe, die dabei entstand, war das hier oben nicht gehört worden. Nachdem mir das später mitgetheilt wurde, habe ich Veranlassung genommen, Herrn Dr. Gumplowicz zu ersuchen, sich der Betheiligung an der Diskussion durch Zwischenrufe zu enthalten. Dr. Gumplowicz hat mir das zugesagt. Ich würde den Gegenstand damit für erledigt gehalten haben, wenn jetzt nicht der soeben erschienene „Lübecker Volksbote" in den Bericht es aufgenommen hätte. Da hiermit dieser Vorfall über die Mauern dieses Saales hinausdringt, bin ich verpflichtet, nachträglich den Parteitag auf das Entschiedenste dagegen zu verwahren, daß ein als Berichterstatter anwesender Genosse sich an der Diskussion durch Zwischenrufe betheiligt, namentlich aber durch Zwischenrufe, die jeder parlamentarischen Gepflogenheit durchaus widersprechen. Wenn ich einen Wunsch daran knüpfen kann, dann ist es der, daß wir in der Diskussion selbst unter uns in den Ausdrücken die Grenze innehalten, wie es unter verständigen Menschen und namentlich unter Genossen im Interesse der Einigkeit nöthig ist. Damit ist der Zwischenfall erledigt.

Pfannkuch hat das Schlußwort für sein Referat: An sich hätte ich gegen die Resolution Ledebour nichts einzuwenden, denn sie ändert an dem bestehenden Zustand nichts; aber sie ist überflüssig. Ich habe in meinem Referat schon ausdrücklich erklärt, daß die Parteileitung die Pflichten der internationalen Solidarität durchaus achtet, aber dem besonderen Fall entsprechend, den Verhältnissen nach handeln muß. Sind die polnischen Genossen der Vernunft zugänglich und gewillt, die für die deutschen Verhältnisse nicht mehr passende Sonderbündelei aufzugeben, gut, sie sollen uns willkommen sein. Wenn sie ein Bedürfniß nach Ruhe und Frieden empfinden, bei uns ist es immer vorhanden gewesen; aber es ist dem Besten nicht möglich, in Frieden zu leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Die Polen sind uns für die Mit-

Digitized by Google

arbeit willkommen, aber wir haben kein Bedürfniß, uns aufzudrängen. Ich meine, zur Charakteristik der Polen haben die heutigen Verhandlungen den Delegirten ein besseres Verständniß beigebracht. Ich erhebe selten Vorwürfe; aber wir haben heute gesehen, wie polnische Genossen, die behaupten, der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein, sehr gut von uns in der Agitation verwendet werden könnten. Dieselbe Erfahrung habe ich mit dem früheren Vertrauensmann der polnischen Genossen Dulong gemacht, der, seitdem die polnische Sonderorganisation erstarkt ist, für die Partei nicht mehr thätig ist. Der kam einmal zu mir in das Parteibureau mit einem Vorstandsmitglied der polnischen Organisation, der ihm zur Assistenz als Dolmetscher beigegeben war, weil Dulong angeblich kein Wort Deutsch sprechen konnte. Nun kannte ich aber den Dulong doch schon von Neustadt her und ich sagte ihm: „Aber, ich habe Sie doch schon ganz gut Deutsch sprechen hören!" Und es stellte sich heraus, daß, nachdem ihm so die Zunge gelöst war, er die Verhandlung ganz gut deutsch führen konnte. (Hört! Hört!) Das zur Wahrhaftigkeit und Wahrheitsliebe der in der polnischen Organisation thätigen Genossen. Es ist auf den Fall Kasprzak hingewiesen worden. Die polnischen Genossen haben betont, sie hätten nicht nothwendig, den Beweis für die Behauptungen anzutreten, die sie K. angehängt haben. Es sind das so ziemlich alle Niederträchtigkeiten, die einem Menschen nachgesagt werden können. Maßgebend sei, so meinten die Polen, die russische Organisation, die K. ausgeschlossen habe. Wir haben über den Fall K. auf Wunsch der Generalkommission und in Gemeinschaft mit derselben uns bemüht, volle Klarheit zu schaffen. Der Gesammtvorstand der polnischen Partei war eingeladen, um die Anklage zu beweisen. Unbeschränkteste Redefreiheit war ihm eingeräumt. Nicht ein Punkt der Anklage wurde verlassen, ehe die Polen nicht erklärt hatten, sie hätten Alles gesagt, was sie zu sagen hätten. Was ist nun übrig geblieben von allen Anklagen gegen Kasprzak? Nichts, außer der einen Behauptung, daß K. einen Betrag von 60 Mk. unterschlagen habe, den er von polnischen Genossen zu Unterstützungszwecken erhalten haben soll. Von der Aufklärung dieses Punktes hat die Generalkommission ihr Verhalten abhängig gemacht. Der Vorstand beschloß, durch Vernehmung des noch in Breslau lebenden Zeugen den Thatbestand aufzuklären. Ich schrieb nach Breslau und bekam die lakonische Antwort: Ja, das ist so. Ich erwiderte: Diese Behauptung haben wir zwei Tage lang gehört, aber wo sind die Beweise? Und die Antwort war: Ja, darüber kann auch ich keine Antwort geben, Beweise habe ich nicht. (Heiterkeit.) Hören und Weitererzählen ist leicht. Aber wenn man Einem nichts beweisen kann, thäte man doch besser zu schweigen. (Sehr richtig!) Wie steht es nun mit der Ausschließerei Kasprzak's in Rußland? Gab es damals in Rußland eine Organisation, die die Verantwortung übernehmen konnte? (Ruf: Jawohl!) Es war nur ein Zirkel von Genossen vorhanden, die über unbequeme Leute abgeurtheilt haben. Ich würde auch heute stutzen, wenn von einer ausländischen Organisation ohne Beweismittel das Verlangen gestellt würde, wir sollten einen Genossen abschaufeln. Man muß die Dinge doch nachprüfen können. Mögen die Verhältnisse im Ausland zu einer außergewöhnlichen Organisationsform zwingen, die Organisation muß in der Lage sein, jederzeit Auskunft und Rechenschaft über eine Handlung zu geben. Das ist im Falle K. nicht geschehen. Als Kasprzak nun in Posen von den dortigen Genossen als Reichstagskandidat aufgestellt wurde, hatten wir mit den polnischen Genossen verabredet, sie hielten, wenn auch der letzte Punkt ihrer Anklage nicht bewiesen werden könne, jeder feindseligen Handlung gegen K. enthalten. Trotzdem zeigte uns die polnische Organisation an, sie würde gegen K. losgehen. In loyalster Weise sind die Verhandlungen gepflogen worden; eine Vereinbarung war getroffen. Wenn sie von der anderen Seite gebrochen wird, so mußten wir die Kon-

Digitized by Google

sequenz den Polen gegenüber ziehen. So sind die Dinge in Wirklichkeit. Wenn es zutrifft, daß seit dem Bruche die Entwickelung der polnischen Partei und Verbreitung ihres Blattes so prächtig vor sich gegangen ist, nun, dann könne es ja auch den Polen nur angenehm sein. Wir sind ja gern bereit, die sich für uns aus der internationalen Solidarität ergebenden Verpflichtungen voll zu erfüllen unter Vorbehalt der Prüfung des Einzelfalles. Der Starke soll Großmuth üben. Wir haben aber Nachsicht in der Behandlung der Polen bis zur Erschöpfung geübt. (Sehr wahr!) Es ist Sache der Polen, zu zeigen, ob sie sich in Zukunft dieser Nachsicht würdig erweisen wollen.

Nun zum Antrag 53. Es wäre ja eine herrliche Sache, wenn wir in jedem Wahlkreise einen bezahlten Agitator hätten, dem die Pflicht der Pflege der Agitation und Organisation obliegt. Aber dabei können wir nicht einzelne Kreise herausgreifen. Außer dem westfälischen Kohlenrevier giebt es eine große Anzahl Distrikte, die viel früher zu erobern wären, als dieser Bezirk, wollten wir die ganze Kraft der Partei darauf verwenden. Wir müssen aber auch nach dem Grundsatz verfahren: Was dem Einen recht ist, das ist dem Andern billig. Weil nicht allen Wahlkreisen gegeben werden kann, was Essen und Duisburg verlangt, muß man sich abfinden mit der Unterstützung einzelner Genossen in den Kreisen, wie sie bisher geübt worden ist. Der im Duisburger Kreise in Betracht kommende Genosse, der in gutem Arbeitsverhältniß steht, wird für den ausfallenden Arbeitsverdienst entschädigt. Es ist besser, ein solcher Genosse hat eine gut bezahlte Stellung, als daß wir ihn auf das unsichere Einkommen aus einer mit Parteimitteln gegründeten Buchhandlung oder aus einem Zigarrengeschäft stellen. Das ist auch für die Stellung und das Ansehen eines solchen Genossen viel angemessener. Wir haben uns mit den Duisburger Genossen auf diesem Boden verständigt. Wir haben uns bereit erklärt, dem betreffenden Genossen seine Ausfälle zu ersetzen.

Was den Antrag 54 der Genossinnen betrifft, so wird der Vorstand bereit sein, die geäußerten Wünsche zu erfüllen und die erforderlichen Mittel bereit zu stellen. Ueber die äußeren Modalitäten werden wir uns verständigen. (Beifall.)

Gerisch und Meister verzichten aufs Schlußwort.

Es folgt die Abstimmung.

Der Parteileitung wird Decharge ertheilt.

Antrag 49 wird angenommen. Antrag 53 abgelehnt, über die Resolution Ledebour geht der Parteitag zur Tagesordnung über.

Damit ist Punkt 1a der Tagesordnung erledigt.

Ueber Punkt 1b **(Presse, Litteratur, Kolportagewesen)** erklärt **Gerisch**, nicht in öffentlicher Sitzung referiren zu wollen.

Infolgedessen wird sofort in die Berathung der zum Punkt „Presse" gestellten Anträge geschritten und zwar sollen die Anträge 42, 50 und 103 in geschlossener, die Anträge 37—41, 43—48 und 51 in öffentlicher Sitzung verhandelt werden.

Singer theilt mit, daß die Diskussion über die Presse, falls sie heute nicht vollendet wird, zunächst zurückgestellt werden muß, da morgen früh mit der geschlossenen Sitzung begonnen werden soll.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Von den in öffentlicher Sitzung zur Berathung kommenden Anträgen finden nur die Anträge 38, 40, 45 und 46 die genügende Unterstützung.

Braun-Königsberg begründet den Antrag 38: Bei der letzten Nachwa hat sich wieder gezeigt, daß eine Agitation in der lithauischen Gegend oh lithauische Sprache nicht möglich ist. In allen anderen Bezirken Ostpreußer haben wir eine feste Abonnentenzahl für unsere Landarbeiterzeitung, in Lithaue kann sie nur schwer Eingang finden, die Leute verstehen sie nicht. Eine Uebe setzung aus dem Deutschen wird nicht zu viel Kosten machen.

Digitized by Google

Gerisch: Ich bitte, den Antrag in der vorliegenden Form abzulehnen, dagegen ihn der neuzubildenden Parteileitung zur Berücksichtigung zu überweisen. Unsere ostpreußischen Genossen wissen ja, daß der Partei-Vorstand für sie eine offene Hand hat.

Der Antrag von Gerisch wird angenommen.

Der Antrag 40 wird nicht begründet und gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Den Antrag 45 begründet

Hartmann-Höchst: In der Agitation muß den Vertrauensleuten und sonst thätigen Genossen Material zur Antwort auf die Gegner geliefert werden. Unser Antrag wird der Partei wenig Kosten verursachen. Diesmal beantragen wir ja nicht, wie es früher der Fall war, Gratishergabe.

Gerisch: Auch hier stelle ich den gleichen Antrag wie zu 38. Die finanziellen Folgen lassen sich noch garnicht übersehen.

Der Antrag 45 wird der Parteileitung zur Berücksichtigung überwiesen.

Den Antrag 46 begründet

Büttner-Berlin: Der „Neue Welt-Kalender" ist ein Agitationsmittel, das in weiteste Kreise gebracht werden muß; mit ihm können wir an eine ganze Masse Indifferenter herankommen. Wir wünschen eine Ermäßigung des Preises auf 30 Pf., um der starken Konkurrenz zu begegnen. Bei der heutigen Technik der Druckerei wird es bei diesem Preise wohl möglich sein, ohne Verlust zu arbeiten oder einen kleinen Verdienst zu erzielen.

Bérard-Hamburg: Ich ersuche Sie, den Antrag abzulehnen, denn seine Voraussetzungen sind nicht richtig. Bekanntlich hat der „Neue Welt-Kalender" früher 50 Pf. gekostet und ist dann auf 40 Pf. herabgesetzt worden; dabei erzielt er allerdings noch einen kleinen Ueberschuß, zwischen 5000 bis 6000 Mk. Bei einem Preise von 30 Pf. ist zu befürchten, daß der „Neue Welt-Kalender" ebenso ein Schmerzenskind der Partei sein wird wie seine Schwester, die „Neue Welt", über die wir ja morgen reden wollen. Der „Neue Welt-Kalender" wird auch in bürgerlichen Kreisen von Kolportage-Buchhändlern verbreitet, natürlich nur so lange, als sie daran noch verdienen können. Bei der Stärke der Partei müßte die Auflage eine viel höhere sein, sie bleibt aber seit Jahren auf 140000 stehen. Vor drei Jahren ist uns sogar ein Theil davon liegen geblieben, und dann fällt schon jeder Gewinn dabei fort. In der Partei selbst wird durch die Gratis-Kalender für Konkurrenz gesorgt, die eigentlich nur für die Landagitation bestimmt sein sollten. Aus diesen Gründen ersuche ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag 46 wird abgelehnt. Damit sind die Anträge zum Punkt „Presse" erledigt.

Gradnauer: Ich sehe mich genöthigt, auf einige Ausführungen, die gestern Abend Bebel bezüglich der Parteipresse und besonders des „Vorwärts" gemacht hat heute mit einigen Bemerkungen einzugehen. Es ist mir durchaus nicht angenehm, gegen einen Führer und Meister wie Bebel auftreten zu müssen; aber seine Angriffe waren völlig ungerechtfertigt. Er sprach davon, daß im Frühjahr dieses Jahres alle möglichen Angriffe, Verspottungen und Erhöhnungen blutigster Art gegen unsere Partei erhoben seien und daß die Parteipresse, das Zentralorgan eingeschlossen, dazu geschwiegen hätte, als wenn sie keine Augen und Ohren hätten. Während er in diesem Falle eine zu große Schweigsamkeit der Parteipresse tadelte, tadelte er auf der anderen Seite einen zu großen Lärm in Bezug auf die Frage der geschlossenen Sitzungen; er meinte, die Parteipresse habe ein Geschrei und Gegacker erhoben. Also auf der einen Seite haben wir zu wenig, auf der anderen zu viel gelärmt. Diese Kritik von Bebel ist nicht stichhaltig. Zunächst die Haltung der Parteipresse gegenüber

Digitized by Google

der Ankündigung der geschlossenen Sitzungen. Ich gebe zu, daß rein äußerlich, chronologisch betrachtet, es allerdings die Ausführungen gegnerischer Blätter gewesen sind, die die Parteipresse erst in vollem Maße aufmerksam gemacht haben, um was es sich eigentlich handelt, aber die Schuld daran liegt zum allergeringsten Theil an den Redaktionen der Blätter, sondern an dem Partei-Vorstand; man darf über den Ausschluß der Öffentlichkeit denken, wie man will, aber das ist sicher, daß es eine einschneidende und bedeutsame Maßregel ist, und da ist es doch eigenthümlich, daß diese Maßregel der Parteipresse in einer unscheinbaren Notiz von vier Zeilen angekündigt wurde. Es ist leicht zu verstehen, daß solche unbedeutende kleine Notiz nicht sofort gelesen wurde und sofort Anlaß zur Besprechung gab. Sobald man darauf aufmerksam wurde, um was es sich handelte ist die Parteipresse sofort in die Kritik eingetreten; von einer Beeinflussung durch die gegnerische Presse in der Sache selbst kann dabei keine Rede sein. Der Partei-Vorstand hätte die Sache in richtiger Weise an die Oeffentlichkeit bringen sollen. Erst gestern haben wir von Singer vernommen, welche Motive dieser Neuerung zu Grunde liegen und in welchem Umfange sie vor sich gehen sollte. Vorher haben wir davon so gut wie garnichts gewußt. Ja, noch mehr; als in der Presse die Opposition anhub, haben wir aus dem Parteisekretariat eine Zuschrift bekommen, in der etwas ganz Anderes zu lesen war, als was gestern vorgetragen ist und woraufhin Sie Ihren Beschluß gefaßt haben. Da war es gar kein Wunder, daß in der Partei eine Erregung Platz griff und daß wir uns gegen die Neuerung wehrten. Ich bitte also den Genossen Bebel, vor Allem die Körperschaft anzuklagen, der er selbst angehört.

Nun die andere, wie mir scheint, auch für Bebel wichtigere Angelegenheit: im Frühjahr seien „blutige Angriffe" der Gegner erfolgt und wir hätten keine Augen und Ohren dafür gehabt. Das ist ein Vorwurf, wie er schwerer nicht gedacht werden kann. Bebel's Andeutung geht offenbar dahin, daß die Parteipresse gegenüber dem Vortrag von Bernstein im sozialwissenschaftlichen Studentenverein eine außerordentliche Reservirtheit beobachtet habe. Wie lagen die Dinge in Wirklichkeit? Es ist nicht richtig, daß der „Vorwärts" geschwiegen habe; er hat vielmehr klare Stellung zu dem Vortrag genommen. Wir haben zunächst die Erklärung abgegeben, daß wir den authentischen Text des Vortrages nicht kennen; Bernstein hat uns selbst, als der Artikel der „Welt am Montag" erschien, mitgetheilt, daß jener Artikel auf einer vollständig falschen Auffassung seines Vortrages beruhe; wir hatten also überhaupt keine Möglichkeit, materiell darauf einzugehen. Wir spotteten aber auch von vornherein der Versuche der bürgerlichen Presse, uns auseinanderzuloben, und lehnten ab, ihr auf den Leim zu gehen. Als dann der Vortrag im Druck vorlag, da erschien im „Vorwärts" eine Kritik, welche sich in sehr scharfer Weise gegen die Ausführungen von Bernstein wandte. Wir haben also nicht geschwiegen und nicht etwa keine Augen für diese Sache gehabt, wir haben aber kein Bedürfniß gehabt und auch geglaubt, daß die Partei kein Bedürfniß hat, auf den Vortrag ausführlicher und über das von uns innegehaltene Maß einzugehen. Der Vortrag lag auf einem Gebiet weit ab von allen praktischen Fragen, die uns beschäftigen. Es war ein philosophisches Gebiet, viele Leute haben sogar gemeint, es sei eine Haarspalterei über den Begriff Wissenschaft, worauf der ganze Vortrag hinauslaufe. Nun, mag dem sein, wie ihm wolle, jedenfalls kann das „Vorwärts" nicht das Organ sein, das derartige rein wissenschaftliche Fragen behandelt. Andererseits haben wir erklärt, daß wir keinen Anlaß haben darauf einzugehen, weil über diese Fragen, soweit sie Einwirkung auf d. Politik der Partei haben könnten, schon vor Jahren genügend debattirt und weil in Hannover völlig klare Bahn geschaffen ist. Fast die ganze Partei hatte wohl die Empfindung, wir hätten genug an dieser Diskussion, die sich

Digitized by Google

als recht nutzlos und fruchtlos erwiesen habe. Ich zweifle, ob der Parteitag sehr beglückt gewesen wäre, wenn wir den ganzen Sommer wieder derartige Bernstein-Debatten gehabt hätten wie vor Jahren. Bebel sagt, wir seien hier so sehr ruhig, auf der anderen Seite aber zu lärmend gewesen. Genosse Bebel, Sie verfallen hier in denselben Fehler, den Sie uns zum Vorwurf machen. Die „Welt am Montag", die „Hilfe" und ähnliche Blätter leben ja davon, in unseren Reihen Wirrniß anstiften zu wollen. Auer wird da als großer Staatsmann hingestellt, da wird von Mauserung gesprochen und der Sieg des Opportunismus verkündet, um die sogenannten „Radikalen" zu reizen. Ja, soll denn unsere Partei sich fortwährend nervös aufregen lassen durch die Spaltungsfabeleien einer gegnerischen Presse? Ich glaube, wir haben wohl daran gethan, daß wir uns nicht verleiten ließen, von Neuem diese Fragen ausführlich zu behandeln. Es müßte doch endlich einmal ein Ende dieser recht unfruchtbaren Diskussion gemacht werden! Das Eine möchte ich aber noch hinzufügen: Bebel's Auffassung hat mich auch noch aus einem anderen Grunde sehr in Erstaunen gesetzt; Bebel war gerade auf unserer Redaktion anwesend, als wir in der Ueberlegung begriffen waren, ob wir den Vortrag anders behandeln sollen als wir es gethan haben. Damals hat Bebel uns durchaus zugegeben, daß unsere sehr ruhige und sehr kühle Zurückhaltung berechtigt sei; er hat seine Auffassung geändert, ich weiß nicht warum.

Zum Schluß noch eine allgemeine Bemerkung. Gerade der „Vorwärts" befindet sich von jeher in einer außerordentlich schwierigen Situation. Wir haben den Anschauungen der Berliner Genossen Rechnung zu tragen als Berliner Parteiorgan, und zugleich den Anschauungen der Partei als Zentralorgan. Zu diesen Schwierigkeiten ist in neuerer Zeit noch der unersetzlich schwere Verlust unseres Wilhelm Liebknecht gekommen. Wir haben uns aber bemüht, das Zentralorgan zur Ehre der Partei fortzuführen. Daher muß ich es aufs Lebhafteste bedauern, daß unser verehrter Bebel, von dem wir in so vielen Fällen wohlmeinenden Rath und Förderung erhalten, hier die Oeffentlichkeit anruft und eine Kritik über die Parteipresse ausspricht, die er viel besser in anderer Weise — es steht ihm ja die dauernde Kontrolle über die Haltung der Redaktion zu — geübt hätte, und deshalb bitte ich, daß Bebel uns in Zukunft seine wohlwollende Berathung schenkt, nicht aber Monate verstreichen läßt und dann hier plötzlich Angriffe erhebt, die jeder zureichenden Begründung entbehren. (Bravo!)

Bebel: Als ich gestern meine Angriffe machte, seien Sie überzeugt, da wußte ich, was ich that; ich wollte Gradnauer oder einem anderen „Vorwärts"-Redakteur Gelegenheit geben, zu antworten, damit ich nun ausführlicher antworten kann. Was habe ich betreffs der geschlossenen Sitzung gesagt? Ein großer Theil der Parteipresse habe sich über diese Dinge aufgehalten, erst nachdem die „Frankfurter Zeitung" den Artikel gebracht hatte. Gradnauer hat das heute zugegeben. Er sagte, chronologisch hatte ich recht gehabt. Nun, mehr wie chronologisch will ich nicht recht haben. An dem Tage, wo der „Vorwärts" die Notiz aus dem Bureau brachte, konnte der „Vorwärts" am nächsten Tage bereits antworten und seine Stellung präzisiren, ehe die „Frankfurter Zeitung" Gelegenheit hatte, ihre Angriffe zu machen.

Wenn man im „Vorwärts" mit der Erklärung des Vorstandes nicht einverstanden war oder meinetwegen nun erst recht beunruhigt war, so war es persönliche Sache der betreffenden Redakteure. Dagegen konnten sie polemisiren. Was ich gestern gesagt habe, ist bestätigt worden.

Gradnauer hat dann gemeint, es sei doch sehr viel wünschbarer, daß ich bei einer Gelegenheit nehme, meine Meinung den Genossen in der Redaktion zu sagen. Ich frage Gradnauer, ob das nicht wiederholt geschehen ist, gerade in diesem Frühjahr, ob ich nicht wiederholt Gelegenheit gehabt habe, mich über

Digitized by Google

die Haltung des „Vorwärts" zu beschweren, z. B. auch in der Millerand-Affaire. (Hört, hört!) Als die französische Arbeiterpresse in der schärfsten Weise gegen Millerand Stellung nahm und die ganze Presse sonst davon Notiz nahm, hat der „Vorwärts" das in höchst unzulänglicher Weise gethan. (Hört, hört!) Nachdem ich darauf aufmerksam gemacht hatte und schrieb: Das und das schreibt die „Wiener Arbeiter-Zeitung" und als der „Vorwärts" trotzdem nichts brachte, da ging ich in die Redaktion und habe eine lange Erörterung gehabt und ging fort mit dem Bewußtsein, es wird doch nichts kommen; man hat sich dann aber eines Besseren besonnen. Dann eine andere Angelegenheit; es betrifft das den Genossen Bernstein; wir werden ja über seinen Vortrag bei einem andern Punkt der Tagesordnung sprechen. Dieser Vortrag hat in der gegnerischen Presse wahren Jubel erregt; in der Parteipresse und auch Nicht-Parteipresse, in den „Sozialistischen Monatsheften" hat noch Heine in der letzten Nummer eine so absprechende Kritik gebracht, wie sie absprechender nicht gedacht werden kann. Der Vortrag ist in der bösesten Weise gegen die Partei ausgebeutet worden. (Sehr wahr!) Man kann in der That nichts Schlimmeres sagen, als wenn man es in Zweifel zieht, ob die Partei auf wissenschaftlichem Boden stehe. Aus diesem Anlaß hat man die Partei gehöhnt und gefoppt und da war es allerdings die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Parteipresse und in erster Linie des Zentralorgans, klipp und klar und so deutlich wie nur irgend möglich, sich darüber auszusprechen. Was hat man mir auf der Redaktion erwidert? Man hat keinen Berichterstatter dort gehabt! (Hört! hört!) Traurig genug! (Bewegung.) Es handelte sich darum — ich war zufällig da —, ob eine Erklärung des Genossen Bernstein Aufnahme finden sollte; man gab sie mir zu lesen; ich sagte, nehmt sie meinetwegen auf, ihr könnt Euch ja dagegen erklären. Sie ist nicht aufgenommen worden. Ich will mich mit keinem Wort auf Theorien einlassen, der Standpunkt der Partei ist in Hannover festgelegt worden; ich konnte und mußte verlangen, daß das Zentralorgan der Partei klipp und klar erklärt: wenn wir auch nicht bei jenem Vortrag gewesen sind, so erklären wir doch, wenn der Vortrag auch nur irgend etwas Derartiges enthält, was darüber berichtet worden ist, positiv uns in der entschiedensten Weise gegen Bernstein (Beifall); das war klar, deutlich, das hieß Stellung nehmen; damit vergab sich das Zentralorgan garnichts. Es ist seit einer geraumen Zeit der traurige Zustand, daß man nicht mehr wie früher scharf, gerade, wie es Männern, vor allen Dingen Sozialdemokraten geziemt, den Gegnern auf ihre Angriffe dient, sondern sich drückt. (Bewegung.) Der „Vorwärts" hat ein paar Mal in der Polemik mit der „Welt am Montag" in der schmählichsten Weise Niederlagen erlitten. Das empörte mich als Parteigenossen, das empört mich als Vorstandsmitglied. Der Bernstein'sche Vortrag war allerdings ein philosophischer Vortrag. Ich bin überzeugt, Bernstein hat keine Seide damit gesponnen; aber je unklarer der Vortrag war, desto nothwendiger war es, scharf zu erklären: damit haben wir nichts zu thun Bernstein kann ja garnicht mehr anders als immer nur die Partei kritisiren. Ich glaube, er kann keinen Abend ins Bett gehen, ohne sich zu fragen, ob er nicht in einem andern Punkt die Grundanschauungen der Partei angreifen kann. (Bewegung.)

Und nun weiter! Die Haltung der Parteipresse war in Folge dieser Haltung des Zentralorgans die allergedrückteste; man hat nicht gewußt, wie man sich verhalten sollte. In München, wo Singer von nationalsoziale Gegnern attackirt wurde, gestützt auf die Ausführungen Bernsteins, da muß das Wort fallen, wenn es nicht anders wird, dann gehen wir lieber auseinander, dann lieber eine kleinere Partei! Das war mit die Folge und Wirkung dieser Haltung des Zentralorgans. Und noch schlimmer! Als endlich Molkenbuhr — und das habe ich ihm im Stillen gedankt — das Wort ergriff

Digitized by Google

Hamburg, in Barmen-Elberfeld u. s. w., und in einer Resolution sich gegen das Auftreten Bernstein's erklärte, da hat der „Vorwärts" wieder geschwiegen, hat die Resolution nicht abgedruckt! Und es ist eine verdammte Pflicht und Schuldigkeit des Zentralorgans als solches, daß es an solchen Vorgängen in der Partei, die von Wichtigkeit sind, nicht ruhig vorübergeht, von solchen Strömungen Notiz nimmt, sie zur Kenntniß der Gesammtpartei und dann der Berliner Genossen bringt. Die Berliner Genossen sind dadurch getäuscht worden. Man hat das Vertuschungssystem, die Kompromißsüchteleien beliebt, und das ist beim „Vorwärts" in den letzten Jahren sehr oft der Fall — bis mir endlich einmal die Laus über die Leber gelaufen ist und ich mich ausgesprochen habe, wie ich darüber in Wahrheit denke. Man komme nur jetzt nicht und bringe unsern großen todten Genossen Liebknecht, weil er nicht mehr da ist, als Entschuldigung her. Es giebt gewisse Dinge, über die man nicht spricht; aber ich meine, die Redaktion des „Vorwärts" muß verstehen, auch ohne Liebknecht auszukommen, muß wissen, wie sie Stellung zu nehmen hat. Das hat sie leider nach meiner Auffassung in vielen Fällen nicht gethan. (Stürmischer Beifall.)

Singer: Ich muß durchaus anerkennen, daß der Vorredner sich in den Grenzen gehalten hat, die durch den Punkt der Tagesordnung gezogen sind, d. h. er hat über die Haltung der Presse im Allgemeinen und die des „Vorwärts" im Besonderen gesprochen; er hat aber dabei — und das konnte nach den Darlegungen, die er zu machen hatte, nicht anders sein — auch einen Gegenstand zur Sprache gebracht, den wir an anderer Stelle der Tagesordnung zu verhandeln gedachten, in Verbindung mit dem Vortrag Bernstein's über seine ganzen Ansichten. Nun habe ich als Ihr Vorsitzender das Interesse und die Pflicht, die Zeit des Parteitags möglichst haushälterisch zu verwenden; und in der festen Ueberzeugung, daß die nun folgende Debatte, zu der sich ja schon einige Redner, u. a. Bernstein selbst, mit vollem Recht gemeldet haben, das doch zur Erörterung bringt, und in dem Wunsche, einer doppelten Erörterung aus dem Wege zu gehen, schlage ich vor, nunmehr die Diskussion, in der wir uns jetzt befinden, mit den Anträgen, die direkt zur Bernsteinfrage gestellt sind, zu verbinden. (Allseitige Zustimmung.)

Es sind dies die Anträge 52, 91, 92, 93, die sämmtlich ausreichend unterstützt werden.

Quarck-Frankfurt: Ich beabsichtige nur zu der Anfangs durch Bebel aufgerollten Frage zu sprechen. Ich kann Bebel nicht einmal das zugeben, daß seine chronologische Darstellung richtig gewesen sei. Für uns in Frankfurt und einer Reihe anderer Blätter hatte es des Artikels der „Frankfurter Zeitung" nicht erst bedurft, zu der Frage der geschlossenen Sitzung Stellung zu nehmen. Gerade wir in Frankfurt kennen doch die „Frankfurter Zeitung" noch besser als Andere und wissen die Gründe zu schätzen, aus denen sich dieses Blatt in unsere Angelegenheit mischt. Aber das Andere! Bebel hat den „Vorwärts" und die andere Parteipresse angeklagt, in der Sache des philosophischen Bernstein'schen Vortrags zögernd Stellung genommen zu haben. In der Sache selbst bin ich derselben Meinung wie Bebel; in Hannover ist die Sache erledigt. Aber in Genossenkreisen wird die Nervosität Bebel's und einiger unserer Akademiker wegen dieses philosophischen Vortrags garnicht getheilt; die Masse hatte nicht Lust, auf diese Sache weiter einzugehen. Es war ganz korrekt, den identischen Wortlaut, der angekündigt war, abzuwarten. Das haben auch in Frankfurt gethan, und dann sofort, noch vor dem „Vorwärts", aber übereinstimmend mit seinem späteren Artikel, Bernstein kritisirt. Weitere Regung hat es nicht gegeben. Ich verfolge die Kundgebungen der Arbeiterpresse in unseren Vereinen aufmerksam, weil ich sie vielfach für wichtiger halte als litterarische Aeußerungen unserer Schriftsteller. In der Masse der Arbeiter, folgere ich daraus fest, hat man sich über die Bernsteinfrage fast nirgends

Digitized by Google

aufgeregt. Die Anträge stammen ja auch nur aus Berlin, wo Bernstein wohnt, und aus Thüringen, natürlich, wo ja Grunwald ist. (Heiterkeit.) Die Sache ist des litterarischen Spektakels garnicht werth; unsere Kämpfer in Gemeinden, Landtagen und Reichstag haben sich durch das Unrichtige an Bernstein's Ausführungen noch niemals ankränkeln lassen. Das ist die Hauptsache, und das genügt.

Adolf **Hoffmann**-Berlin: Nach den Ausführungen Bebel's, die ich Wort für Wort unterschreibe, hätte ich das Wort nicht zu nehmen brauchen, wenn Gradnauer nicht erklärt hätte, mit Rücksicht darauf, daß der „Vorwärts" auch ein Lokalblatt sei, hätte die Redaktion auf den Bernstein-Vortrag nicht näher eingehen können. (**Gradnauer**: Ist mir ja garnicht eingefallen.) Das war hier der allgemeine Eindruck. (Sehr richtig!) Es ist da doch merkwürdig, daß gerade die Berliner Genossen auf das Energischte dagegen protestirt haben, daß der Vortrag Bernstein gewissermaßen todtgeschwiegen wurde. Daß die Parteipresse in der Provinz das dringendste Bedürfniß empfunden hat, im Zentralorgan einen Bericht zu finden, ist sehr erklärlich angesichts der rüden Art, mit der die Gegner diesen Vortrag ausgebeutet haben. Bernstein wird gewußt haben, was er that, und wo er hinging, und wie er ausgenutzt werden konnte. Der „Vorwärts" hätte Vorkehrung treffen sollen, sofort einen Bericht zu besorgen. Woher wußte denn Quarck, daß ein authentischer Bericht erscheinen würde? Zu dem hat man sich vielleicht erst entschlossen, als die Gegner den Vortrag ausnützten. Die Preßkommission hat wiederholt einstimmig erklärt, es sei ein schwerer Fehler gewesen, daß der Bericht nicht sofort gekommen sei. Es handelt sich nicht um die Angriffe der „Welt am Montag", die Einige schon für ein Parteiblatt halten. (Heiterkeit.) Es handelt sich für uns darum, energisch dagegen zu protestiren, daß solche Dinge uns vorenthalten werden. Selbst die Anhänger Bernstein's, so weit welche in Berlin vorhanden sind, haben verlangt, daß ein Bericht kommt. Die „Welt am Montag" hat gemeint, sie freue sich auf den Augenblick, wo Hoffmann Bernstein wissenschaftlich widerlegen werde. Sie hat sich umsonst gefreut. Ich denke garnicht daran, Bernstein wissenschaftlich zu widerlegen. Vielleicht kann ich es nicht. Jedenfalls will ich es nicht. Ich habe einfach nicht die Zeit, mich auf theoretische Haarspaltereien einzulassen. Ich wünsche, daß endlich Ruhe herrscht und die Beschlüsse der Parteitage respektirt werden. (Sehr gut!) Wenn ich so burschikos wie Auer sprechen wollte, dann würde ich sagen: „Lieber Ede, nun arbeite einmal mit und laß die Quengeleien, die uns nur die Agitation erschweren und uns nicht vorwärts, sondern rückwärts bringen." (Bravo!)

Bernstein: Werthe Genossen! Ich war nicht darauf vorbereitet, daß diese Frage bereits heute zur Berathung kommen würde, und bin deshalb nicht in der Lage, Ihnen all diejenigen Thatsachen authentisch vorzuführen, die zu dieser Frage gehören. Ich denke aber genug vorbringen zu können, um Ihnen zu zeigen, daß alle Anklagen von Bebel absolut ungerechtfertigt sind und daß die Angriffe von verschiedenen Orten nicht provozirt wurden durch irgend etwas, was ich gethan habe. Wie kommt man zunächst dazu, zu sprechen von den Revisionsbestrebungen Bernstein's seit seiner Rückkehr? Was ist meine Thätigkeit seit meiner Rückkehr nach Deutschland gewesen? Ich lese eben in der neuesten Nummer der „Neuen Zeit" einen Aufsatz von Viktor Adler, worin gesagt wird, ich entfalte meine Thätigkeit nicht nach außen, sondern nach innen. (Sehr wahr!) Ich erinnere dem gegenüber daran, daß ich in Berlin und Umgegend auch in der Provinz, eine ganze Reihe van Vorträgen gehalten habe, die nich nur nicht beanstandet, sondern im Gegentheil mit dem größten Dank von den Genossen aufgenommen sind, die mich dazu eingeladen haben. Hier sind Zeuger anwesend aus Orten, wo ich gesprochen habe, sie werden das bestätigen. Es kommt also höchstens der Vortrag im sozialwissenschaftlichen Studentenverein in Betracht. Dieser Verein steht unter der akademischen Disziplin, er kann

Digitized by Google

nicht ein sozialistischer Studentenverein sein, er ist es auch nicht, er will nur ein Verein sein von Studenten, die sich dem Studium der Sozialwissenschaft widmen, und er bildet insofern — das darf ich wohl sagen — einen Theil der Elite der Berliner Studentenschaft, Derjenigen, die sich vorwärts bilden und sich mit ernsten Angelegenheiten beschäftigen wollen, mit Angelegenheiten, mit denen sich zu beschäftigen wir die Jugend auffordern. Bald nach meiner Rückkehr wurde ich aufgefordert, dort im Verein über irgend ein Thema zu sprechen; natürlich konnte das nicht direkt ein sozialistisch-propagandistisches Thema sein, es sollte ein wissenschaftliches sein. Ich gestehe, in einer Beziehung habe ich mich getäuscht, ich dachte, es wäre eine kleine Versammlung von 50 bis 100 Studenten im geschlossenen Raum, wo eine wissenschaftliche Frage erörtert wird, die die Oeffentlichkeit nichts angeht. Als ich erfuhr, daß es eine öffentliche Versammlung sei, habe ich dem Vorsitzenden wiederholt erklärt, ich würde eine geschlossene Sitzung vorziehen. Nun ist es eine große Versammlung geworden. In Folge einer Reihe von Umständen konnte ich meinen Vortrag nicht so eingehend ausarbeiten, wie ich gewünscht hätte, ich erkläre aber von vornherein, daß ich absolut keinen Grund sehe, von dem, was ich gesagt habe, etwas zurückzunehmen. Daß er im Aufbau einige Mängel hat, habe ich dem Redakteur der „Sozialistischen Monatshefte" noch an demselben Abend zugegeben, und ich habe ihm auch am nächsten Tage gesagt, daß ich äußerst deprimirt sei, nicht über die Aufnahme des Vortrages, sondern darüber, daß er nicht das geworden, was er werden sollte. Ich bin also weit davon entfernt, den Vortrag als vollkommen hinzustellen, aber von seiner Tendenz, seinem Inhalt, seiner Stellung zu der Frage, wie weit wissenschaftlicher Sozialismus möglich sei, habe ich nichts zurückzunehmen. Ich habe auch in dem Vortrag nicht von Revisionsbestrebungen oder deren Nothwendigkeit gesprochen, sondern nur die Thatsache erwähnt, daß über eine Reihe von theoretischen Fragen innerhalb der Sozialdemokratie, wie die Debatten gezeigt haben, Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich habe lediglich auf diese Thatsache hingewiesen und nicht einmal direkt Stellung zu den Fragen genommen, sondern nur die verschiedenen Standpunkte erörtert und dann gesagt: Während wir auf der Seite der praktischen Bewegung des Sozialismus den beständigen Aufstieg vor uns sehen, während die Sozialdemokratie fast in allen Ländern Erfolge über Erfolge erringt, die Arbeiterbewegung Positionen über Positionen erobert, immer klarer ihre Forderungen formulirt, scheint auf dem Gebiete der Wissenschaft Zerfahrenheit zu herrschen, und darauf habe ich die Frage aufgeworfen, inwieweit wissenschaftlicher Sozialismus nöthig und in welcher Form er möglich sei. Im zweiten Theil habe ich geschichtlich nachgewiesen, wie der Sozialismus sich von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt hat und wie er von Marx und Engels weiter ausgebaut ist. Ich habe direkt gesagt, in seinem Zukunftsprogramm kann der Sozialismus nicht ausschließlich wissenschaftlich sein, weil er diktirt wird vom Wollen, vom Klassenkampf. Ihr habt es mir sehr übel genommen, daß ich gesagt habe, das sogenannte Endziel ist mir gleichgiltig, die Bewegung ist mir Alles. Gut, Ihr wollt das Endziel vor Augen haben, ich erkenne das an, wenn Ihr ein Ideal haben wollt, aber für mich liegt das
al in der praktischen Bewegung selbst, die Schritt für Schritt vorwärts geht.
von ist in dem Vortrag absolut nichts geleugnet und in Zweifel gestellt, es
nur gesagt worden, weil das Ideal des Sozialismus in der Zukunft liegt,
n es nicht völlig wissenschaftlich, muß und darf es zum Theil diktirt sein
s Wollen. Was für ein Grund, darüber in Aufregung zu gerathen, wenn
Redakteur der „Welt am Montag" mißverständlich herauslieſt, daß ich den
ialismus kritisch aufgelöst habe? Davon ist in dem Vortrag nichts zu
en, wenn man es nicht darin finden will. Warum kein Berichterstatter des
rwärts" zugegen war, weiß ich nicht; in einer Hinsicht wäre es wohl besser

Digitized by Google

gewesen. Jedenfalls stand im „Vorwärts" die Erklärung, daß der Bericht in der „Welt am Montag" auf irrigen Voraussetzungen beruhe, und dann hat die Redaktion ja auch noch sehr scharf gegen das sogenannte Auseinanderloben der „Welt am Montag" Stellung genommen.

Ich wiederhole: Die Kritiken meines Vortrages, soweit sie sich auf Form und Aufbau beziehen, habe ich ohne Weiteres als berechtigt anerkannt, und über das, was die Grenzen der Wissenschaft sind, können die Ansichten auseinandergehen. Allerdings habe ich am Schluß gesagt: weil der Name wissenschaftlicher Sozialismus zu falschen Voraussetzungen verleitet, weil er zu einer dogmatischen Auffassung verleitet, weil er zu der Auffassung verleitet, als sei der Sozialismus bereits abgeschlossen, darum würde ich den Namen kritischer Sozialismus, wie ihn schon Andere vor mir vorgeschlagen haben, vorziehen. Dagegen behält, wie ich hinzufügte, der Name wissenschaftlicher Sozialismus dann für mich seine volle Berechtigung, wenn der Begriff „wissenschaftlich" in ihm eben im kritischen Sinn als Postulat und als Programm aufgefaßt wird, als eine Forderung, die der Sozialismus an sich selbst stellt und die besagt, daß für sein Wollen die wissenschaftliche Methode und Erkenntniß Richtung gebende Kraft war. In diesem Sinne erkenne ich den Namen vollkommen an, und wird er so anerkannt, so ist keine Ursache vorhanden, sich darüber aufzuregen. Man konnte die „Welt am Montag" zurückweisen, und dann war die Sache erledigt. Keine einzige praktische Forderung, für die wir kämpfen, war in Zweifel gestellt, es war eine rein methodologische Frage. Ich bestreite aber entschieden, daß die Kritiken, die mein Vortrag in solchen sozialistischen Zeitschriften gefunden hat, die unbeeinflußt waren, einen so absprechenden Charakter tragen, wie Bebel meint, ich bestreite das entschieden von der Rezension des Genossen Heine. Sie werden in der nächsten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" meine Antwort auf diese Kritik und auf die eines russischen Rezensenten finden. Gerade das, worin mein Vortrag gipfelte, hat Heine übersehen, und Heine hat mir das auch privatim zugestanden. Es wird ja heute, nachdem ich zehn Jahre Redakteur Eures Zentralorgans und neun Jahre einer der Hauptmitarbeiter Eures wissenschaftlichen Organs gewesen bin, verbreitet, ich sei heute nicht nur ein unwissender Mensch, sondern auch ein Mensch, der nicht weiß, was er will, ein ganz konfuser Mensch, der nicht weiß, was die Partei will. Das ist ja schon verbreitet worden. Aber ich sage nochmals: In diesem Vortrag steht nichts, was einen Genossen in seiner Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Berechtigung des Sozialismus irgend wie schwankend machen könnte. Es ist ausdrücklich hervorgehoben, daß, wenn die Formeln strittig sind, wenn wir über die Tragweite einer Thatsache streiten, doch die sozialistische Bewegung darunter nicht leidet. Gerade Diejenigen, die mir mit Unrecht vorwerfen, daß ich den Klassenkampf nicht anerkenne, haben doch gewiß keinen Grund, aus einer methodologischen Untersuchung irgend etwas zu befürchten. Stellen Sie doch nicht unserer Bewegung das Zeugniß der Schwäche aus!

Es ist gesagt, daß gerade von Berlin aus, wo Bernstein wohnt, jene Anträge kommen. Allerdings, die Anträge kommen aus Berlin, aber nicht aus jenen Wahlkreisen, wo ich aufgetreten war, sondern da, wo ich noch nicht aufgetreten bin. Meine erste Berliner Versammlung fand im zweiten Wahlkreise statt; da ist keine Resolution gegen das Wirken Bernstein's angenommen, auch nicht im dritten, wo ich gesprochen habe, sondern nur dort, wo ich nicht war. Im sechsten Wahlkreise ist eine Resolution gegen mich beschlossen. Dort hat Lebebour gesprochen, mit dem ich sechs Tage vorher bei Dr. Arons mehrere Stunden zusammen war. Ich kann es nur bedauern, daß er nicht Gelegenheit genommen hat, mir zu sagen: Hören Sie, nächste Woche denke ich mit Ihnen ins Gericht zu gehen, kommen Sie doch auch hin! Es wäre doch

Digitized by Google

nur recht und billig gewesen, mir die Möglichkeit zu geben, da, wo ich angeklagt war, mich zu vertheidigen. Das ist nicht geschehen, die Resolution ist angenommen in einer Versammlung, die mich nie gehört hat, auf Grund eines Referats, das in meiner Abwesenheit erstattet ist. Ich bin wohl berechtigt, Ledebour daraus einen Vorwurf zu machen; jedenfalls wäre es recht und billig gewesen, mir das mitzutheilen. Anders ist es im vierten Wahlkreis, denn dort hatten die Genossen keine Verpflichtung mir gegenüber gehabt und ich kann es ihnen nicht übel nehmen, wenn sie auf Grund der Berichte der Presse zunächst verdutzt waren und Angriffe gegen mich laut werden ließen. Ich hätte das wahrscheinlich auch gethan. Nachdem mein Vortrag zum Druck vorlag, konnte man ihn verschieden beurtheilen, aber zu irgend einer derartigen Erklärung gegen mich lag keine Veranlassung vor. Ich könnte sagen, gut, den einen Vortrag habe ich gehalten, ich werde es jetzt lassen.

Durch die Annahme der Resolutionen würden Sie nicht nur mir, sondern sich selbst Unrecht thun, sie thun mir Unrecht, indem Sie meine Absichten und meine Thätigkeit verdächtigen, wozu kein Anlaß vorliegt, Sie thun sich selbst Unrecht, indem Sie sich einer Schwäche anklagen, zu der Sie kaum Anlaß haben. Was geschieht denn, wenn wir in den wissenschaftlichen Diskussionsorganen der Partei irgend welche theoretische Fragen erörtern und zu abweichenden Schlüssen gelangen, Sie legen gerade einen Stolz darauf, die Sozialdemokratie die wissenschaftlichste Partei zu nennen. Ich habe es selbst in meinem Vortrag sehr energisch betont, daß von allen Parteien die Sozialdemokratie die wissenschaftlichste sei. Haben Sie denn solche Furcht oder weshalb wollen Sie sich das Zeugniß ausstellen, daß Sie solche Erörterungen fürchten? Unsere wirklichen Forderungen, für die wir kämpfen, werden ja dadurch garnicht berührt. Auch in den früheren Aufsätzen, die ich geschrieben habe, ist nichts davon berührt worden. Es ist das auch eine ganz neue Auffassung, nicht die Auffassung, die früher in der Partei obgewaltet hat. Wir sagen, wir sind eine wissenschaftliche Partei, wir betrachten unser Programm nicht als ein steinernes Dogma, als einen papiernen Papst, wir arbeiten weiter. Nun, was ist denn die Aufgabe Derer, die Sie Theoretiker nennen, anderes, als weiter zu arbeiten in den wissenschaftlichen Zeitschriften!

Wenn Sie das Programm von Zeit zu Zeit revidiren wollen, so muß doch eine wissenschaftliche Diskussion vorangehen. Das Wort Revision stammt nicht von mir, sondern von unserm leider erkrankten Genossen Schoenlank. Bebel hat selbst konstatirt, daß die Partei im Laufe der Jahre ihre Anschauungen in verschiedenen Punkten geändert hat. Lassen Sie doch die Diskussion ihren Lauf nehmen! Was schert uns die „Welt am Montag"? Würde ich heute in Berlin einen Vortrag halten und sagen 2 mal 2 ist 4, so können Sie womöglich in der „Welt am Montag" lesen: Bernstein hat den wissenschaftschaftlichen Sozialismus widerlegt, er hat gesagt, 2 mal 2 ist 4 (Heiterkeit). Und in unsrem wissenschaftlichen Organ könnten Sie dann lesen, er hat die Partei dadurch beleidigt. (Oho!) Ja, das ist die Weise, in der die Polemik geführt wurde. (Zustimmung und Widerspruch.) Wie können wir da noch diskutiren? Entweder müssen wir fortwährend persönlich streiten, oder aber müssen alle Diskussionen einstellen und nur noch widerkäuen. Das wollen doch nicht, das haben wir auch nie gewollt.

Als bereits der größte Theil meiner Probleme des Sozialismus in der „Neuen Zeit" erschienen war, namentlich auch der in der Kritik radikalste Artikel „Die sozialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl", da hatte ich Korrespondenz mit Kautsky. In einem Brief entwickelte Kautsky seine Ansicht dahin, die „Neue Zeit" müsse Organ des strengen Marxismus bleiben. Ich mich dagegen wandte und schrieb, sie müsse auch der Kritik Raum [illegible] bekam ich folgende Antwort unter dem 30. August 1897 von Kautsky:

Digitized by Google

„Was nun den strengen Marxismus anbelangt, so hätte ich das Wort öffentlich kaum gebraucht, aber Dir gegenüber durfte ich mir die Abbreviatur wohl erlauben. Ich meinte selbstverständlich nicht starres Festhalten an allen Resultaten, zu denen Marx und Engels gekommen; das wäre das Gegentheil von Marxismus. Ich betrachte vielmehr die „Neue Zeit" vornehmlich als Organ der Kritik und zwar der Selbstkritik, und gerade diese ihre Eigenschaft ist es, die uns so viel Feinde macht."

Nachher ist mir zum Vorwurf gemacht die Selbstkritik, die ich geübt habe. (Oho!) Ja wohl, das ist mir zum Vorwurf gemacht, und fortwährend wird darauf herumgeritten. Auch in den letzten Parvus-Artikeln wird so gethan, als ob ich nur fortwährend an den Grundsätzen der Partei herummäkele. Zeigen Sie mir doch Artikel, wo ich fortgesetzt herummäkele. Es wird einfach eine Legende geschaffen, wie die andere Legende, daß ich, sobald ich etwas gesagt habe, mich zurückziehe und das Gesagte bestreite. Das ist nicht der Fall. Ich habe an den Stuttgarter Parteitag eine Einsendung geschickt, in der ich mit klaren Worten oder wie die „Wiener Arbeiterzeitung" sagt, mit musterhafter Präzision meine Anschauungen in kurzen Sätzen entwickelt habe. Ich habe neulich erklärt, daß das, was ich da gesagt habe, noch heute meine Anschauung ist und daß es die Grundlage meines Wirkens bildet. Zum Hannoverschen Parteitag sandte ich einen Brief an Auer über meine Stellung zu den gegen mich erhobenen Anklagen. Ich habe Auer anheimgestellt, davon Gebrauch zu machen. Er hat es nicht für nöthig gehalten, den ganzen Brief vorzulesen, sondern nur mitgetheilt, daß ich geschrieben habe, mit einem Körnchen Salz könnte ich die Resolution gut unterschreiben. Das Körnchen Salz ist natürlich ein sehr dehnbarer Begriff, es kann zu einem ganzen Salzberg werden. Ich habe aber unmittelbar nach dem Hannoverschen Parteitag im „Vorwärts" eine Erklärung veröffentlicht, die Bebel vorher gelesen hatte, in der ich ganz genau sagte, wie ich zu der Resolution stünde. Bald darauf erfolgte gegen mich ein neuer Angriff in der „Neuen Zeit". Darauf habe ich wieder einen Artikel in der „Neuen Zeit" geschrieben und präzisirt, warum und wie weit ich die Resolution Bebel unterschreiben kann. Was ich geschrieben und erklärt habe, dazu stehe ich, ich nehme nichts davon zurück. Wenn Sie eine theoretische Debatte haben wollen, bin ich sehr gern erbötig, meine Anschauungen zu begründen. Aber die theoretischen Debatten sollen hier ein Ende nehmen, also lassen Sie es dabei bewenden; in den Zeitschriften wollen Sie sie ja wohl nicht unterbrochen haben.

Ich habe ferner wiederholt meine Stellung zum Parteiprogramm präzisirt. Sie werden in diesen Tagen den Programm-Entwurf der österreichischen Genossen gelesen und da bei einem Vergleich mit dem Erfurter Programm gefunden haben, daß im österreichischen Entwurf jedenfalls zwei Punkte in einem Sinne geändert sind, der mir beweist, daß den österreichischen Genossen diese theoretischen Sätze des Erfurter Programms nicht mehr richtig erscheinen. (Sehr wahr!) Und das sind gerade die Punkte, in denen auch nach meinen Ausführungen das Erfurter Programm der Kritik zugänglich ist. Fürchten Sie davon eine Gefahr für die Bewegung? Nein! Es ist wiederholt gesagt worden, ich sollte doch ein neues Programm ausarbeiten. Ja, glauben Sie denn, ich sei in den drei Jahren, seit ich nicht mehr die Achtung des Redakteurs der „Neuen Zeit" genieße, unfähig geworden, daß ich nicht mehr ein mir richtig erscheinendes Programm aufsetzen könnte? Aber ich habe wiederholt erklärt, zur Abfassung eines neuen Programms ist die Zeit dann gekommen, wenn in der Partei allgemein die Ansicht verbreitet ist, wir brauchen ein neues Programm. So lange aber das bestehende Programm als ein Markstein in der Parteientwickelung, da irgend ein theoretischer Satz nicht die korrekte Form hat, darauf kommt weniger an. Die Hauptsache sind unsere Ziele und praktische Forderungen

Digitized by Google

sind die allgemeinen Grundsätze, die Jeder von uns anerkennt. Würde ich sie nicht mehr anerkennen, dann würde das für mich die Ursache sein, meinen Austritt aus der Partei zu erklären. Nichts im Programm ist durch meinen Vortrag in Frage gestellt worden. Ebenso gut könnten Sie sagen, durch Kautsky's Agrarschrift werde der Satz im Programm in Frage gestellt, der vom Verschwinden der Kleinbetriebe auch in der Landwirthschaft spricht. Nun behalten wir das Programm aber doch und behalten es so lange, bis es der Partei zweckmäßig erscheint, das Programm zu ändern. Ich stelle einen solchen Antrag nicht.

Ich wollte Ihnen eigentlich einen Bericht geben über meine Thätigkeit, seit ich wieder zurück bin. Außer diesem Vortrage ist nichts bemängelt worden. Nun wird mir vorgeworfen, daß die Studenten mir eine Ovation bereitet und mich mit Beifall überschüttet hätten. An dieser Versammlung haben eine große Zahl Nichtstudenten theilgenommen, die der Partei angehören. Wenn Sie wissen wollen, wie der Geist der Versammlung war und in welchem Sinne mein Vortrag verstanden wurde, so hören Sie: am entschiedensten war der Beifall, als ich den Versuch eines Freisinnigen, aus meinem Vortrag Kapital zu schlagen, zurückwies. Die Genossen Heine und Heinrich Braun, die in der Versammlung waren, werden es mir bestätigen. (Heine: Ist wahr.) Das muß ich hervorheben, weil behauptet worden ist, ich sei mit meinen Vorträgen zu den Gegnern gegangen. Die Versammlung war durchaus nicht danach angethan, die Sache der Sozialdemokratie zu schädigen. Ich verwahre mich auf das Entschiedenste gegen die Auslegung, die Bebel meinem Vortrag gab.

Sie können, ich hoffe, Sie werden es nicht thun, diesen Resolutionen zustimmen. Ich hoffe es nicht meinetwegen. Aber die Partei sollte nicht ein solches Zeichen der Schwäche geben. Es darf nicht von uns gesagt werden, wir fürchten jede Diskussion.

Ich habe gesagt, ich würde den Namen kritischer Sozialismus vorziehen, natürlich im Sinne wissenschaftlicher Kritik. Ich habe schon einmal den Genossen Labriola zitirt. Auch er hält den Ausdruck: kritischer Kommunismus für richtiger, als das Wort „wissenschaftlicher Kommunismus". Auch ein Schriftsteller, der in der „Neuen Zeit" gegen mich polemisirt hat, sagt: „Der Name wissenschaftlicher Sozialismus soll nicht sagen, daß wir schon im Besitz der letzten Wahrheit sind. Es ist ein Ausdruck der bescheidenen Selbstbeschränkung, daß wir die Wahrheit erforschen wollen". Das ist ganz meine Ansicht.

Glauben Sie nicht, daß die Bewegung unter der Kritik Schaden leiden kann. Sie zieht ihre Kraft aus dem Klassenkampfe, aus den Zuständen, unter denen die Arbeiter leiden müssen. Wie oft sind wir gezwungen gewesen, einen Satz im Programm zu ändern und wir sind doch gewachsen von Jahr zu Jahr. Ich schlage den Werth der Diskussion nicht gering an. Erinnern Sie sich, welcher Zorn manchen Genossen erfüllte, als Engels den Marx'schen Brief zum Gothaer Programm veröffentlichte. Wie schnell ist das Alles überwunden worden, wie wenig hat es uns geschadet, wie ist dadurch für eine fruchtbare Diskussion Thor und Thür geöffnet worden. Lassen Sie sich nicht durch das Geschrei der Gegner verlocken, der Kritik, soweit sie von Genossen und in treuen Treuen erfolgt, irgendwie Zügel anlegen zu wollen. Denken Sie an das Bild der Reformatoren, in der einen Hand die Bibel, in der anderen das Schwert. Wir sprechen von der Bibel der Arbeiterklasse, vom „Kapital". Grade Marx hat den Sozialismus durchaus kritisch aufgefaßt. „Kritik der politischen Oekonomie" steht auf der ersten Seite des „Kapital". Halten Sie am Grundsatz der freien Kritik. Lassen Sie sich nicht von den Gegnern bluffen. Nehmen Sie nicht eine Resolution an, die mich persönlich momentan in eine unangenehme Lage bringen könnte, die aber vor Allem der Partei

Digitized by Google

nicht diejenige Ehre machte, welche in Anspruch zu nehmen sie den Beruf hat. (Bravo.)

Singer stellt das Einverständniß des Parteitags damit fest, daß für diesen einen Punkt die Beschränkung der Redezeit aufgehoben wird.

Heine-Berlin: Die letzten Ausführungen Bernstein's haben so große und bedeutende Fragen aufgerollt, daß ich es fast peinlich empfinde, die Versammlung auf den viel kleinlicheren Anfang der heutigen Debatte zurückzuführen. Schon der erste Streit um Bernstein ist meiner Meinung nach mit viel mehr Nervosität geführt worden, als unbedingt nothwendig war. Der zweite, der im Vergleich zum ersten ein Zwerg ist, zwang nun erst recht nicht zu irgend welcher Erregung. Bebel hat schon gesagt, daß gerade ich gegen den Bernstein'schen Vortrag polemisirt habe. Ich habe mich gegen ihn gewendet, weil ich sachlich nicht mit ihm einverstanden bin. Ich habe Bernstein so verstanden, daß er meint: die sozialistische Theorie sei keine Wissenschaft und könne es auch nicht sein. Bernstein hat mich berichtigt und auf seinen Schlußsatz hingewiesen, worin er das Postulat der Wissenschaftlichkeit an die Sozialdemokratie stellt. Ich muß mich schuldig bekennen: ich habe den versteckten Halbsatz übersehen. Aber das ist ja gerade das Malheur, daß ein so wesentlicher Gedanke sich an einer Stelle am Schluß verbirgt, wo er so leicht übersehen werden kann, ein Gedanke, der, Bernstein nehme es mir nicht übel, im Widerspruch zu dem übrigen Inhalt steht. (Sehr richtig!) Sie sehen, so sehr ich Bernstein in vielen Punkten recht gebe, so sehr ich ihn schätze, Bernstein und ich bilden keine Versicherung auf Gegenseitigkeit zu Lobeserhebungen, so daß wir in den uns zur Verfügung stehenden Blättern einander erzählten, was für vorzügliche Kerle wir wären und wie prächtig wieder unsere letzte Arbeit gerathen sei. (Heiterkeit.) Nein, wir bilden keine geschlossene Masse, jeder nimmt sich das unbedingte Recht der Kritik heraus. Die Gerechtigkeit erfordert hinzuzufügen, daß Bernstein unter Wissenschaft etwas versteht, was gemeinhin nicht darunter verstanden wird. Er meint: nur die Forschung, die die unter den gegebenen Verhältnissen mögliche Wahrheit erreicht und lehrt, sei Wissenschaft. Das halte ich für falsch. Denn dann gäbe es eine zeitgenössische Wissenschaft überhaupt nicht. Die unzähligen Ideen und Hypothesen, mit denen sie arbeitet, enthalten nur Theilwahrheit und künftige Zeiten müssen feststellen, wieviel Wahrheit daran ist. Indem Bernstein das aber sagt und einen anderen Begriff der Wissenschaft zu Grunde legt, als es Andere thun, verliert seine ganze These, daß die sozialistische Theorie nicht Wissenschaft, ihre Bedeutung. (Sehr richtig!) Und wenn behauptet wird, er hat die Grundlage unseres Programms untergraben, so sage ich: Nein! Er erklärt nur, daß unsere Theorie nicht Wissenschaft in dem von ihm untergelegten Sinne sei. Daß aber unsere Theorie Wissenschaft ist in dem andern Sinne, nämlich in dem gründlichen und vorurtheilslosen Streben nach der Wahrheit, das bestreitet er nicht, und in dem Sinne ist auch der Satz von dem „Postulat" gemeint, der an dem Ende seines Aufsatzes steht. Ich bin nun der Meinung, daß Wissenschaft in dem Sinne, wie ich ihn verstehe, die gutgläubig und mit bestem Wissen und Gorgfalt bethätigtes Streben nach der Wahrheit ist, auch die Kritik verträgt; und was Bernstein vorgelesen hat aus einem Briefe Kautsky's, das trifft durchaus Kern der Sache, daß der Sozialismus an sich selbst Kritik üben muß, Kautsky hat ja erklärt, daß das auch heute noch seine Meinung ist. W nun unsere Theorie Wissenschaft in diesem Sinne ist, den ich damit verbi dann — und das möchte auch ich Hoffmann sagen, dann ist es erst r nothwendig, daß für diese wissenschaftliche Forschung keine Grenze gezogen w nach keiner Seite, dann ist es ein großes Unrecht, von Bernstein zu verlang er solle seine Unterwühlung, wie man es nennt, einzustellen. Man darf ei Forscher nicht mundtodt machen; das hat Bernstein vom Standpunkt

Digitized by Google

höchsten sittlichen wissenschaftlichen Ernstes am Schlusse seiner Rede hier so ausgeführt, daß ich verzichten kann, darauf neu einzugehen.

Bernstein hat nun aber auch die Aufgabe dieser Wissenschaft im Verhältniß zu unserer politischen Praxis formulirt; und da hat er nach meiner Meinung ganz richtig gesagt, daß unsere Wissenschaft die Aufgabe habe, unsere Praxis vor falschen Wegen zu warnen und sie auf den richtigen Weg zu führen. Darin bin ich ganz seiner Meinung. Es kann nur ganz exakte Beobachtung, nur Forschung mit wissenschaftlichen Methoden zeigen, ob wir auf dem richtigen Weg sind; nur sie kann uns lehren, die Machtmittel der Gegner und unsere eigenen richtig einzuschätzen. Aber das ist die Hauptsache, die Bernstein wohl auch hat sagen wollen und die ihm den Anstoß zu dem Artikel gegeben hat: so groß und tief und umfassend die Aufgabe der Wissenschaft in dieser Beziehung ist, der Effekt ist nicht ganz so groß (Sehr richtig!), ihre praktische Wirkung ist viel kleiner. Wir entnehmen der Wissenschaft wohl manches theoretische Rüstzeug, aber in Wahrheit lernen wir mehr aus der Praxis. (Lebhafte Zustimmung.) Ich gehöre nicht zu den Verkleinerern der Wissenschaft; ich wünsche beileibe nicht, daß die Sozialdemokratie den Namen „wissenschaftlicher Sozialismus" ablege. Wir würden uns damit ein Armuthszeugniß ausstellen, wir würden einen großen Theil des Erbes von Karl Marx aufgeben. Deshalb bin ich auch gegen den von Bernstein vorgeschlagenen Namen „Kritischer Sozialismus", aber überschätzen wollen wir den praktischen Werth der Theorie auch nicht, und ich glaube fast, daß wir ihn überschätzen. Ich habe früher auch zu den Gläubigen der Wissenschaft gehört, aber wenn mich jetzt etwas darin bedenklicher macht, dann ist es das, daß zwei so ernste Männer, die es so treu und ehrlich mit der Partei meinen wie Bernstein und Kautsky, die in praktischen Fragen meiner Ueberzeugung nach keinen Streit haben, sich jahrelang in solchen theoretischen Streitigkeiten befinden, durch die die Partei wirklich leiden kann. Das sind die Gefahren der Theorie.

Dann aber der zweite Punkt. Bebel hat Bernstein den Vorwurf gemacht, daß er in dieser Studentenversammlung gesprochen habe. Man hat sogar davon gesprochen, er gehe zu Gegnern und greife die Partei an. Ich kann nur das eine sagen: ich bin in der Versammlung gewesen, habe die Rede gehört und habe — Bernstein hat das ganz richtig behauptet — den Eindruck mitgenommen, daß das eine Propaganda für die Sozialdemokratie gewesen ist, natürlich in der Form dem Orte entsprechend. Keiner hat das Gefühl gehabt, daß Bernstein die Sozialdemokratie hat unterwühlen wollen. Dann hat man das angeführt, was die nationalsozialen Blätter gegen uns geschrieben haben! Und da möchte ich gegen diese Art der Polemik, die die Nationalsozialen gegen uns führen, einmal etwas sagen, da ich ja auch zu den Leidtragenden gehöre. (Heiterkeit.) Diese Nationalsozialen kommen mir vor, wie ein von einem Professor aus tausend Fläschchen und Phiolen zusammengekochter Homunkulus (Heiterkeit), und darum paßt auch auf sie, was Mephisto von dem Homunkulus sagt: „So klein Du bist, so sehr bist Du Phantast!" (Sehr gut!) Es ist eine durchaus phantastische Politik, die die Nationalsozialen betreiben wollen. Sie haben zwei Angelpunkte. Der eine heißt: den Kaiser gewinnen, und dieser soll dann mit seinen unglaublichen Machtmitteln den gegenwärtigen Staat mstürzen und einen nationalsozialen Staat errichten. Wer unsere Verhältnisse i Deutschland kennt, weiß, daß das eine Phantasterei ist. Aber das Zweite st wichtiger: sie haben es sich in den Kopf gesetzt, die Sozialdemokratie zu palten oder — wie Gradnauer sehr richtig gesagt hat — sie auseinanderuloben. Mit echter Pfaffenschlauheit gehen sie folgendermaßen vor: Es giebt in der Partei Leute, die den Vorzug genießen, von irgend Jemand einmal it dem Namen „Opportunist" bedacht worden zu sein, der die fatale Eigenhaft hat, daß der, dem er einmal um die Ohren geschlagen ist, zeitlebens

Digitized by Google

damit behaftet bleibt (Heiterkeit), ein Name, der, wenn es so weiter gehandhabt wird, namentlich wie es Parvus thut, auf dem besten Wege ist, ein Ehrenname in der Partei zu werden. (Sehr wahr!) Wer in der Lage ist, als Opportunist bezeichnet worden zu sein, von dem denken die Nationalsozialen, sie könnten ihn von der Partei abtreiben, wenn sie ihm bei jeder Gelegenheit erklären: der gehört eigentlich zu uns, oder: das ist ein ganz famoser Kerl, der hat völlig recht u. s. w. (Heiterkeit.) Na, ich gehöre auch zu den Genossen, die sich den Zorn eines Gewaltigen zugezogen haben, weil sie nicht der Meinung sind, daß man nächstens durch eine große Revolution, durch politische Massenstreiks die Gewalt bekommt und dann in drei Monaten die sozialdemokratische Gesellschaft fix und fertig aufrichtet. Damit kein Falscher sich getroffen fühlt, will ich gleich sagen, daß ich mit dem „Gewaltigen" Herrn Parvus meine. (Heiterkeit.) Und da haben es die Nationalsozialen auch mit mir so gemacht: In jede Versammlung, wo ich sprach, ist Einer gekommen und hat gesagt: Der Heine gehört eigentlich zu uns. Nun, ich habe mir das erste Mal Herrn von Gerlach persönlich vorgenommen, der ein guter Bekannter von mir ist und habe gesagt: „Mein lieber Gerlach, was denken Sie sich denn eigentlich dabei? Habt Ihr noch nicht genug Führer und keine Leute dahinter? „O", sagte er, „wir wissen aber, daß dann ein großer Theil der Arbeiter mitgeht." (Heiterkeit.) Sie sehen, er bestreitet es garnicht. Ich habe gar keine Veranlassung, das zu verschweigen, denn ich habe es mir nicht von ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit sagen lassen. Einige Monate später setzte Herr Maurenbrecher die Taktik fort; da habe ich ihm vor meinen versammelten Parteigenossen dasselbe gesagt und ihm gesagt, für wie kindlich ich das halte, und habe es mir ausdrücklich verbeten, so Zwietracht in unseren Reihen säen zu wollen. Ich habe ihm gesagt, was würden sie erreichen, wenn es Ihnen wirklich gelänge, mich aus der Partei heraus zu drängeln? Nun, dann hätte die Partei einen Mann weniger, aber bliebe doch dieselbe wie früher. (Beifall.) Das ist meine Ansicht, und seitdem hat wenigstens Maurenbrecher, den ich für einen ehrlichen Kerl halte, mit diesen Versuchen aufgehört.

Sehen Sie, Genossen, so muß man es machen. In aller Ruhe muß man den Leuten heimleuchten und sich nicht aufregen lassen. Jetzt wieder in der letzten Nummer der „Hilfe" sind einige Perfidien gegen meine Freunde und mich: da wird gesagt, wir wühlten seit einem oder zwei Jahren im Marxismus herum. Ich habe in meinem Leben nicht den Marxismus unterwühlt, ich stehe fest auf dem Boden des Marxismus; aber es fällt mir nicht ein und es würde mir auch heut nicht eingefallen sein, ein Wort dazu zu sagen, wenn mich die Ausführungen Bebel's nicht dazu veranlaßt hätten. Singer hat sich in München — und ich bin ganz froh, daß ich Gelegenheit habe, das zu sagen — durch die Angriffe eines solchen nationalsozialen Schwadroneurs ins Bockshorn jagen lassen, so daß er den Leuten den Gefallen gethan hat, das Gespenst der Spaltung an die Wand zu malen. Ja, das wollten die Leute gerade. (Heiterkeit.) Sie sind ihnen auf den Leim gegangen. Mir thut es nicht wehe, denn meine Genossen in Berlin wissen ja, wie ich zu diesen Dingen stehe, aber den Leuten hat es Freude gemacht.

Bebel sagt, wir sollten nicht auf die „Frankfurter Zeitung" hineinfallen. Aber die „Frankf. Ztg." ist nun doch einmal ein Weltblatt, während die „Welt am Montag" ein ganz untergeordnetes Organ ist (Heiterkeit!), das keinen Leserkreis vertritt, sondern nur einen kleinen Kreis von Litteraten, die es ja vielleicht ganz gut meinen, aber Phantasten sind. Ich gebe zu: Ruhe ist Temperamentsache, und wir Alle lieben unsern Bebel wegen seines Temperaments, wegen seines Feuereifers, wir wissen, daß die Partei solcher feurigen Seelen bedarf. Aber Bebel wird es mir nicht übel nehmen, daß ich, der ich nun das gerade entgegengesetzte Temperament habe, der Meinung bin, man könne die

Digitized by Google

Sache auch anders behandeln und daß Sie hier, wo es gilt, den Gegnern der Partei die Suppe zu versalzen, viel besser thun, die kindlichen Intriguen zu ignoriren, und deshalb kann ich auch nicht finden, daß der „Vorwärts" unrecht gethan hat, wenn er auf den Artikel der „Welt am Montag" über den Bernstein'schen Vortrag nicht sofort angebissen hat.

Und nun noch ein Wort zu der von Bernstein angeschnittenen Frage. Ich sagte ja schon, daß ich der Meinung bin, man habe mit der Bernstein-Theorie schon etwas mehr Zeit verbraucht — ich meine nicht heute, sondern überhaupt in den ganzen letzten Jahren —, als unbedingt nothwendig wäre. Die neue Frage, die Bernstein jetzt angeregt hat, betrifft ja nicht blos Theorie, sondern sie behandelt die Theorie der Theorie (Lebhafte Zustimmung), und ich bin wirklich der Ansicht, daß wir eine Diskussion darüber ablehnen könnten. Ich, Parteigenossen, bin, wie die Dinge heute liegen und vermuthlich noch auf lange Jahre hinaus, gegen jede Programmänderung; ich kenne auch keinen Menschen, der eine Aenderung beantragt hat. Ich lege Programmen überhaupt keinen so großen praktischen Werth bei; die Hauptsache ist die praktische Arbeit. Stellt Bernstein, stellt Jeden von uns vor praktische Arbeit, vor bestimmte Fragen, dann wird sich zeigen, daß wir Alle einig sind. Das ist ja die Natur der Theorie, daß sie die Leute von einander entfernt, und die Natur der praktischen Arbeit, daß sie die Leute zusammenbringt, daß sie das, was auseinander redet und auseinander denkt, zusammenbringt zum gemeinsamen Handeln; und da wir eine Partei nicht des Redens und theoretischen Denkens, sondern des praktischen Handelns sind, und da uns wirklich Aufgaben genug vorliegen, die ein praktisches Arbeiten erfordern, da mag Jeder theoretisiren, soviel er will — das steckt ja uns Deutschen im Blute —, aber wir in der Diskussion und in den dem öffentlichen politischen Tageskampf gewidmeten Parteiblättern sollten wir die Dinge mit etwas mehr Gleichgültigkeit behandeln, sollten etwas mehr auf die praktische Arbeit sehen, dann werden wir Alle einig sein. (Stürmischer Beifall.)

Grabnauer: Wer die Thätigkeit, die Bernstein seit seiner Rückkehr aus England in Berlin und außerhalb Berlins ausgeübt hat, verfolgt, der wird ihm nicht abstreiten können, daß er nicht gesucht hat, in umfassendem Maße seine kritischen Bemerkungen, seine Grübeleien, wie ich es nennen möchte, über progammatische Fragen in die Partei hinauszusteuern und die Partei, die in diesen Dingen mir gesättigt erscheint, noch weiter mit diesen Dingen zu befassen. Bernstein hat in Reih und Glied mit anderen Genossen in seinem eigenen und anderen Wahlkreisen gewirkt. Seinen Vortrag in der Sozialwissenschaftlichen Studentenvereinigung allerdings habe ich von vornherein für eine Thorheit gehalten. Andererseits glaube ich, man kann diesen Fehler, den er in seiner besonderen Stellung nicht hätte begehen sollen, verstehen, wenn man daran denkt, daß für ihn diese Verhältnisse neu waren; man denke ferner daran, daß auch ganz andere Genossen bereit gewesen sind, in demselben Studentenverein zu sprechen — ich nenne nur Franz Mehring; was dem Einen recht ist, mag dem Andern billig sein. Ich verstehe aber auch die Empfindungen, die der Berliner Resolution zu Grunde liegen, die eine Selbstbeschränkung der Bernstein'schen Kritik erstrebt. So fern es uns Allen liegen muß, die Freiheit der Kritik irgendwie zu beschränken, so kann man über die Art der Kritik, die der Einzelne übt, allerdings sehr verschiedener Meinung sein, und ich stehe garnicht an zu erklären, daß mir persönlich diese Kritik Bernstein's am Parteiprogramm und an Einzelfragen in der Partei keineswegs eine besonders glückliche und förderliche gewesen zu sein scheint. Sie hat mit Nothwendigkeit Gegenkritik heraufbeschworen und ich glaube, daß diese Gegenkritik, die insonderheit von der „Neuen Zeit" geübt worden ist, klärend gewirkt und Vieles richtig gestellt hat, was Bernstein zu bemängeln versuchte. Aber, Genossen, man kann doch

Digitized by Google

solche Dinge nicht in Bausch und Bogen behandeln. Manches, was Bernstein angeregt hat, ist heute beinahe Gemeingut der Partei geworden; ich erinnere nur an die Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen. Also ich bitte die Genossen, nicht so zu verallgemeinern; wir müssen die einzelnen Fragen und Anregungen prüfen, aber nicht in dieser generalisirenden Weise über einen Genossen aburtheilen, wie es vielfach geschehen ist. Ich glaube, die ganze Art, wie diese Diskussionen bei uns gepflogen worden sind, die Uebertreibungen, Unterstellungen, Gehässigkeiten, die da so vielfach unterliefen, sind für die Partei schlimmer und bedenklicher gewesen, als die einzelnen kritischen Versuche Bernstein's. Die Art und Weise, wie in diesen Kämpfen verfahren worden ist, ist nicht immer diejenige gewesen, die zum Vortheil und zum Frieden in der Partei führt. Wir haben erst in der allerletzten Zeit solche Polemiken von Parvus in der „Neuen Zeit" gelesen. Es ist geklagt worden, daß der theoretische Sinn in der Arbeiterschaft abgenommen habe; gerade Kautsky hat diese Klage ausgesprochen und ich stimme mit ihm überein. Nichts scheint mir mehr bedauerlich zu sein, als daß thatsächlich die Lust an der Theorie, an der wissenschaftlichen Diskussion zurückgegangen ist. Aber die tiefere Ursache scheint mir darin zu liegen, daß man bei uns nicht mehr versteht ruhig und sachlich zu diskutiren (sehr wahr!), sondern daß unsere Kämpfe im höchsten Maße vergiftet werden durch persönliche Invektiven und durch Verallgemeinerungen, deren sich z. B. Bebel auch gegen die Parteipresse bedient hat.

Soviel über diese allgemeinen Dinge. Ich komme zu dem, was Bebel gegen mich ausgeführt hat. Meine Ausführungen, sagte er, waren ihm eine willkommene Gelegenheit, sein Herz auszuschütten und die Galle, die sich bei ihm schon lange angesammelt hat, los zu werden. Mit seinem lebendigen Temperament und seiner Leidenschaftlichkeit hat Bebel ein Verdikt über den „Vorwärts" und die andern Parteiblätter ausgesprochen, aber der Inhalt, der sachliche Kern dessen, was er gesagt hat, ist außerordentlich dürftig. Er sprach von der Behandlung des Falles Millerand. Ich erinnere ihn daran, daß der „Vorwärts" einen Korrespondenten in Paris hat, der ihn seit langen Jahren über die französischen, schwer zu behandelnden Angelegenheiten in der vortrefflichsten Weise unterrichtet hat und der auch für die „Leipziger Volkszeitung" und die „Sächsische Arbeiterzeitung" korrespondirt. Nun ist ein Beschluß einer einzelnen Departements-Organisation in Frankreich nicht im „Vorwärts" veröffentlicht worden, der seine Spitze gegen das Ministerium Millerand richtete, und die Nichtaufnahme dieses einen Beschlusses hat Bebel geglaubt, als eine der großen Sünden des „Vorwärts" anführen zu sollen. Wie lag aber die Sache? Unser Korrespondent hatte uns nichts darüber mitgetheilt, die Quelle Bebel's war die „Wiener Arbeiterzeitung". Wir haben in Berlin keine Kontrolle darüber, ob das, was in der „Wiener Arbeiterzeitung" über französische Dinge steht, ohne jede Prüfung von uns übernommen werden kann; wir haben ferner Bedenken gehabt, ob wir die Resolution aufnehmen sollten, weil wir der Meinung waren, daß jene Organisation schon früher zu den antiministeriellen gezählt hatte und daß ein Beschluß derselben nichts weniger als von Bedeutung gewesen wäre. Auf jeden Fall handelt es sich doch nur um eine Frage sehr geringer Bedeutung. Bebel selbst hat bestätigt, daß wir, nachdem er den Wunsch ausgesprochen hat, die Resolution veröffentlicht haben. Dann ist uns zum Vorwurf gemacht worden, insbesondere auch von Hoffmann, daß wir in jene Versammlung des Sozialwissenschaftlichen Studentenvereins keinen Berichterstatter entsendet haben; das soll wieder so eine Art Vertuschungssystem gewesen sein. Nein, auch diese Sache liegt anders. Der Sozialwissenschaftliche Studentenverein hat mit uns nichts zu thun. Wir schicken niemals einen Berichterstatter in seine Versammlungen, sie werden nicht im „Vorwärts"

Digitized by Google

angezeigt. Wir haben es nicht für nöthig gehalten, deshalb, weil nun Bernstein dort sprach, ein großes Wesen davon zu machen. Ja, wer sich auf jedes Wort Bernstein's wie auf einen etten Bissen stürzt und sucht, ob sich Bernstein da etwas anhängen läßt — wir aber haben nie auf dem Standpunkt gestanden, Bernstein irgend eine Ausnahmestellung in der Partei einzuräumen. Darum haben wir eben so wenig wie wenn ein Anderer dort gesprochen hätte, zu seinem Vortrag einen Berichterstatter entsandt. So lag die Sache; von irgend einer Schuld kann nicht geredet werden.

Bebel hat uns dann den Vorwurf gemacht, wir hätten die Resolutionen in den Versammlungen Singer's in München und Molkenbuhr's in Hamburg nicht veröffentlicht. Ich kann augenblicklich nicht sagen, ob Bebel nicht vielleicht hier etwas übersehen hat. Ich weiß positiv, daß die Singer'sche Resolution und Rede ausführlich im „Vorwärts" mitgetheilt ist. Nicht genau weiß ich es bezüglich Molkenbuhr's. So viel aber weiß ich, daß unser Redakteur auf diesem Gebiete durchaus objektiv und gewissenhaft ist und die ganze Haltung des „Vorwärts" zeigt, daß wir unbeeinflußt von rechts und links durch sogenannte radikale und sogenannte opportunistische Strömungen die Berichterstattung besorgen, wie es unsere Pflicht ist. Was ferner Bebel von angeblichen Niederlagen gegenüber der „Welt am Montag" sagte, ist ebenso neu wie unverständlich. Vor Allem aber wundert mich, daß Bebel über sein Verhalten in unserer Redaktion bei Besprechung der Behandlung des Bernstein'schen Vortrags über das wichtigste so leicht hinweggeglitten ist. Dessen entsinne ich mich mit voller Bestimmtheit, daß damals Bebel am Schluß unserer Besprechungen gegen unsere Haltung mindestens in keiner Weise protestirt hat, damals hat er die Sache ohne jede Erregtheit behandelt und ist in gutem Frieden von uns gegangen.

Und darum möchte ich zuletzt bitten: Man möge keine solchen allgemeinen Anschuldigungen gegen uns erheben, daß wir nicht Stellung zu Parteifragen nehmen. Ich nehme für den „Vorwärts" in Anspruch, daß er zu allen Parteifragen Stellung genommen hat und das weiter thun wird trotz der schwierigen Situation, in der sich die Redaktion befindet. Man erhebe keine allgemeinen Anschuldigungen oder man suche sie zu beweisen. Bebel hat keinen Beweis erbracht. Es mag sein, daß Bebel in dieser oder jener Beziehung die Stellungnahme des „Vorwärts" nicht gefallen hat; wir können den „Vorwärts" nicht so redigiren, daß er stets und immer gerade Bebel's Anschauungen entspricht. Wir haben die Pflicht, die Gesammtpartei zu vertreten, in der sich verschiedene Richtungen und Meinungsäußerungen finden, und da haben wir nicht in so schroffer, erregter Weise unsere Meinungen zum Ausdruck zu bringen, sondern ruhig und sachlich, in einer Art und Weise, die nicht dazu dient, die Partei auseinanderzutreiben, sondern die dazu führt, sie zu einigen und das feste Band, das uns bisher umschlungen hat, zu erhalten.

Hierauf wird die weitere Debatte vertagt.

Singer (persönlich): Da die Rednerliste sehr lang und ich nicht weiß, ob meine Wortmeldung es mir ermöglicht, zu Ihnen in der Frage selbst zu sprechen, beschränke ich mich heute auf eine persönliche Bemerkung zu den [illegible]führungen Heine's. Er meinte, ich hätte mich in München von den Gegnern Bockshorn jagen lassen und hätte von einer Spaltung der Partei gesprochen. [illegible]e kann natürlich das, was ich in München gesagt habe, nur aus den [illegible]chten kennen. Darin ist aber, soweit ich es verfolgt habe, etwas nicht [illegible]lten gewesen, was, wenn es Heine gewußt hätte, ihn wahrscheinlich ver[illegible]ßt hätte, seine Bemerkung nicht zu machen. Ich habe nämlich in München [illegible]r längeren Ausführungen über die Bernstein'schen Artikel und Vorträge [illegible]rt, indem ich diese Bestrebungen verurtheilt habe, es sei dafür gesorgt, [illegible]die Bernstein'schen Bäume nicht in den Himmel wachsen; wenn es aber

Digitized by Google

solche Dinge nicht in Bausch und Bogen behandeln. Manches, was Bernstein angeregt hat, ist heute beinahe Gemeingut der Partei geworden; ich erinnere nur an die Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen. Also ich bitte die Genossen, nicht so zu verallgemeinern; wir müssen die einzelnen Fragen und Anregungen prüfen, aber nicht in dieser generalisirenden Weise über einen Genossen aburtheilen, wie es vielfach geschehen ist. Ich glaube, die ganze Art, wie diese Diskussionen bei uns gepflogen worden sind, die Uebertreibungen, Unterstellungen, Gehässigkeiten, die da so vielfach unterliefen, sind für die Partei schlimmer und bedenklicher gewesen, als die einzelnen kritischen Versuche Bernstein's. Die Art und Weise, wie in diesen Kämpfen verfahren worden ist, ist nicht immer diejenige gewesen, die zum Vortheil und zum Frieden in der Partei führt. Wir haben erst in der allerletzten Zeit solche Polemiken von Parvus in der „Neuen Zeit" gelesen. Es ist geklagt worden, daß der theoretische Sinn in der Arbeiterschaft abgenommen habe; gerade Kautsky hat diese Klage ausgesprochen und ich stimme mit ihm überein. Nichts scheint mir mehr bedauerlich zu sein, als daß thatsächlich die Lust an der Theorie, an der wissenschaftlichen Diskussion zurückgegangen ist. Aber die tiefere Ursache scheint mir darin zu liegen, daß man bei uns nicht mehr versteht ruhig und sachlich zu diskutiren (sehr wahr!), sondern daß unsere Kämpfe im höchsten Maße vergiftet werden durch persönliche Invektiven und durch Verallgemeinerungen, deren sich z. B. Bebel auch gegen die Parteipresse bedient hat.

Soviel über diese allgemeinen Dinge. Ich komme zu dem, was Bebel gegen mich ausgeführt hat. Meine Ausführungen, sagte er, waren ihm eine willkommene Gelegenheit, sein Herz auszuschütten und die Galle, die sich bei ihm schon lange angesammelt hat, los zu werden. Mit seinem lebendigen Temperament und seiner Leidenschaftlichkeit hat Bebel ein Verdikt über den „Vorwärts" und die andern Parteiblätter ausgesprochen, aber der Inhalt, der sachliche Kern dessen, was er gesagt hat, ist außerordentlich dürftig. Er sprach von der Behandlung des Falles Millerand. Ich erinnere ihn daran, daß der „Vorwärts" einen Korrespondenten in Paris hat, der ihn seit langen Jahren über die französischen, schwer zu behandelnden Angelegenheiten in der vortrefflichsten Weise unterrichtet hat und der auch für die „Leipziger Volkszeitung" und die „Sächsische Arbeiterzeitung" korrespondirt. Nun ist ein Beschluß einer einzelnen Departements-Organisation in Frankreich nicht im „Vorwärts" veröffentlicht worden, der seine Spitze gegen das Ministerium Millerand richtete, und die Nichtaufnahme dieses einen Beschlusses hat Bebel geglaubt, als eine der großen Sünden des „Vorwärts" anführen zu sollen. Wie lag aber die Sache? Unser Korrespondent hatte uns nichts darüber mitgetheilt, die Quelle Bebel's war die „Wiener Arbeiterzeitung". Wir haben in Berlin keine Kontrolle darüber, ob das, was in der „Wiener Arbeiterzeitung" über französische Dinge steht, ohne jede Prüfung von uns übernommen werden kann; wir haben ferner Bedenken gehabt, ob wir die Resolution aufnehmen sollten, weil wir der Meinung waren, daß jene Organisation schon früher zu den antiministeriellen gezählt hatte und daß ein Beschluß derselben nichts weniger als von Bedeutung gewesen wäre. Auf jeden Fall handelt es sich doch nur um eine Frage sehr geringer Bedeutung. Bebel selbst hat bestätigt, daß wir, nachdem er den Wunsch ausgesprochen hat, die Resolution veröffentlicht haben. Dann ist uns zum Vorwurf gemacht worden, insbesondere auch von Hoffmann, daß wir in jene Versammlung des Sozialwissenschaftlichen Studentenvereins keinen Berichterstatter entsendet haben; das soll wieder so eine Art Vertuschungssystem gewesen sein. Nein, auch diese Sache liegt anders. Der Sozialwissenschaftliche Studentenverein hat mit uns nichts zu thun. Wir schicken niemals einen Berichterstatter in seine Versammlungen, sie werden nicht im „Vorwärts"

Digitized by Google

angezeigt. Wir haben es nicht für nöthig gehalten, deshalb, weil nun Bernstein dort sprach, ein großes Wesen davon zu machen. Ja, wer sich auf jedes Wort Bernstein's wie auf einen etten Bissen stürzt und sucht, ob sich Bernstein da etwas anhängen läßt — wir aber haben nie auf dem Standpunkt gestanden, Bernstein irgend eine Ausnahmestellung in der Partei einzuräumen. Darum haben wir eben so wenig wie wenn ein Anderer dort gesprochen hätte, zu seinem Vortrag einen Berichterstatter entsandt. So lag die Sache; von irgend einer Schuld kann nicht geredet werden.

Bebel hat uns dann den Vorwurf gemacht, wir hätten die Resolutionen in den Versammlungen Singer's in München und Molkenbuhr's in Hamburg nicht veröffentlicht. Ich kann augenblicklich nicht sagen, ob Bebel nicht vielleicht hier etwas übersehen hat. Ich weiß positiv, daß die Singer'sche Resolution und Rede ausführlich im „Vorwärts" mitgetheilt ist. Nicht genau weiß ich es bezüglich Molkenbuhr's. So viel aber weiß ich, daß unser Redakteur auf diesem Gebiete durchaus objektiv und gewissenhaft ist und die ganze Haltung des „Vorwärts" zeigt, daß wir unbeeinflußt von rechts und links durch sogenannte radikale und sogenannte opportunistische Strömungen die Berichterstattung besorgen, wie es unsere Pflicht ist. Was ferner Bebel von angeblichen Niederlagen gegenüber der „Welt am Montag" sagte, ist ebenso neu wie unverständlich. Vor Allem aber wundert mich, daß Bebel über sein Verhalten in unserer Redaktion bei Besprechung der Behandlung des Bernstein'schen Vortrags über das wichtigste so leicht hinweggeglitten ist. Dessen entsinne ich mich mit voller Bestimmtheit, daß damals Bebel am Schluß unserer Besprechungen gegen unsere Haltung mindestens in keiner Weise protestirt hat, damals hat er die Sache ohne jede Erregtheit behandelt und ist in gutem Frieden von uns gegangen.

Und darum möchte ich zuletzt bitten: Man möge keine solchen allgemeinen Anschuldigungen gegen uns erheben, daß wir nicht Stellung zu Parteifragen nehmen. Ich nehme für den „Vorwärts" in Anspruch, daß er zu allen Parteifragen Stellung genommen hat und das weiter thun wird trotz der schwierigen Situation, in der sich die Redaktion befindet. Man erhebe keine allgemeinen Anschuldigungen oder man suche sie zu beweisen. Bebel hat keinen Beweis erbracht. Es mag sein, daß Bebel in dieser oder jener Beziehung die Stellungnahme des „Vorwärts" nicht gefallen hat; wir können den „Vorwärts" nicht so redigiren, daß er stets und immer gerade Bebel's Anschauungen entspricht. Wir haben die Pflicht, die Gesammtpartei zu vertreten, in der sich verschiedene Richtungen und Meinungsäußerungen finden, und da haben wir nicht in so schroffer, erregter Weise unsere Meinungen zum Ausdruck zu bringen, sondern ruhig und sachlich, in einer Art und Weise, die nicht dazu dient, die Partei auseinanderzutreiben, sondern die dazu führt, sie zu einigen und das feste Band, das uns bisher umschlungen hat, zu erhalten.

Hierauf wird die weitere **Debatte vertagt**.

Singer (persönlich): Da die Rednerliste sehr lang und ich nicht weiß, ob meine Wortmeldung es mir ermöglicht, zu Ihnen in der Frage selbst zu sprechen, beschränke ich mich heute auf eine persönliche Bemerkung zu den [illegible]führungen Heine's. Er meinte, ich hätte mich in München von den Gegnern Bockshorn jagen lassen und hätte von einer Spaltung der Partei gesprochen. [illegible]e kann natürlich das, was ich in München gesagt habe, nur aus den [illegible]ichten kennen. Darin ist aber, soweit ich es verfolgt habe, etwas nicht [illegible]alten gewesen, was, wenn es Heine gewußt hätte, ihn wahrscheinlich ver[illegible]ßt hätte, seine Bemerkung nicht zu machen. Ich habe nämlich in München [illegible]r längeren Ausführungen über die Bernstein'schen Artikel und Vorträge [illegible]irt, indem ich diese Bestrebungen verurtheilt habe, es sei dafür gesorgt, die Bernstein'schen Bäume nicht in den Himmel wachsen; wenn es aber

Digitized by Google

der Fall sein sollte, dann wäre mir lieber — nun kam die Bemerkung — eine kleinere Partei, die aber aus Leuten bestände, die energisch das, dem sie sich einmal zugewandt haben, vertreten, als das ewige Schwanken von einem zum andern.

Heine: Ich gebe zu, daß ich den Vorfall in München nur aus dem Bericht gekannt habe, aber heute durch Singer mehr erfahren habe und genauer informirt bin. Aber weshalb gerade ich da hineingezogen bin, habe ich noch nicht erfahren und auch nichts, was meine Bemerkungen im Ganzen, soweit sie die Sache betreffen, ändern könnte. Dagegen nehme ich keinen Anstand zu erklären, daß, wenn ich das gewußt hätte, was Singer jetzt sagte, ich in der Form etwas zurückhaltender gewesen wäre.

Ledebour: In der Versammlung im 6. Wahlkreise, die die Resolution gegen Bernstein faßte, war ich nicht anwesend, ich machte eine Agitationsreise durch die Schweiz.

Bernstein: Die Versammlung, die ich im Auge hatte, war allerdings 14 Tage vorher.

Ledebour: Die war im vierten Wahlkreise, war mir kurz vorher mitgetheilt worden und ich konnte Bernstein garnicht in einer Privatgesellschaft vorher davon unterrichten.

Singer erklärt, daß der Parteitag die Einladung des Lokalkomitees zu einer Dampferfahrt am Donnerstag Nachmittag mit Dank annimmt.

Morgen Abend ist Kommers.

Singer: Wir werden also, wie bereits in Aussicht genommen, morgen mit der geschlossenen Sitzung beginnen und dann erst die heutige Diskussion fortsetzen.

Schluß 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 24. September. — Vormittags.

Geschlossene Sitzung.

Punkt 1b der Tagesordnung: **Presse, Litteratur und Kolportagewesen** wird in der von Singer in der Vorversammlung vorgeschlagenen Begrenzung berathen. Die dazu vorliegenden Anträge 42, 50 und 103 werden genügend unterstützt.

Gerisch giebt als Referent einen Ueberblick über den heutigen Stand der Parteipresse im Vergleich zum Jahre 1899; er berichtet über die Abonnentenzahl sowie über die Einnahmen und Ausgaben der Parteiorgane. Der Haupttheil seiner Ausführungen gilt denjenigen Blättern, die mit Unterbilanz arbeiten. Angesichts der wirthschaftlichen Krise sei besondere Vorsicht in finanzieller Hinsicht geboten, die Rathschläge und Warnungen der Parteileitung müßten mehr beachtet werden. Ein unvorsichtig gegründetes, schlecht fundirtes Blatt könne der Parteibewegung des betreffenden Ortes unter Umständen höchst verderblich werden. Solche Zustände weiter zu fördern, betrachte die Parteileitung nicht als ihre Aufgabe. Der Referent wendet sich sodann zu der Frage des Vertriebs der Parteilitteratur und bedauert, daß die Verbreitung älterer, grundlegender Parteischriften von Jahr zu Jahr mehr zu wünschen übrig lasse. Die bisherige Gestaltung der Kolportage habe nicht die gehegten Erwartungen erfüllt. Unsere Parteikolporteure verstehen es nicht, unter den uns fernstehenden Kreisen unsere Litteratur zu verbreiten. Hoffentlich werde bald eine Gesundung eintreten. (Beifall.)

Antrag 42 wird nicht begründet.

Digitized by Google

Den Antrag 50 begründet **Rudolph**-Nürnberg. Die Parteilitteratur werde völlig ungenügend vertrieben. In dem Worte: „Viele Parteikolporteure betrachten es als persönliche Beleidigung, wenn man bei ihnen etwas bestellt", liege ein Körnchen Wahrheit. Der Antrag sei vielleicht nicht präzise genug gefaßt, er könne aber durch Amendements verbessert werden.

Bérard-Hamburg führt zur Begründung des Antrages 103 aus, daß die „Neue Welt" finanziell von jeher ein Schmerzenskind der Partei gewesen sei. Durch die Schaffung neuer Unterhaltungsblätter an verschiedenen Orten erwachse ihr eine große Konkurrenz. Man könne natürlich nicht verlangen, daß jedes Parteiblatt eine Unterhaltungsbeilage hat, aber diejenigen Blätter, die eine Unterhaltungsbeilage bringen, müßten im Interesse der Partei verpflichtet werden, die „Neue Welt" beizulegen.

Die Diskussion wird eröffnet.

Windhoff-Düsseldorf vertheidigt die Umwandlung des Düsseldorfer Kopfblattes in ein selbständiges Organ. Auer habe zwar geschrieben, es sei jetzt so weit gekommen, daß jedes Dorf in Deutschland ein eigenes Organ haben wolle, aber Auer sei wahrscheinlich so mit Arbeiten überhäuft, daß er nicht wisse, daß Düsseldorf ein Dorf von 220 000 Einwohnern, also das größte Dorf Deutschlands sei. (Heiterkeit.) Zum Mindesten könnten die Düsseldorfer Genossen die moralische Unterstützung der Parteileitung beanspruchen. Dann sei das Blatt zu halten.

Eberle-Barmen bedauert die Düsseldorfer Gründung. Alle Versuche der Elberfelder, sich mit den Düsseldorfern zu verständigen, seien an deren Hartnäckigkeit gescheitert. In der Verlegenheit wollten sie jetzt die Schuld den Elberfeldern aufbürden.

Hengsbach-Köln tritt für den ihm sehr sympathischen Antrag 103 ein und bekämpft den Antrag 42 wegen seiner unklaren Fassung. Die Ausführungen von Gerisch über die Parteikolportage seien sehr berechtigt. Der Antrag 50 müsse deshalb abgelehnt werden. Redner bespricht eingehend die Düsseldorfer Angelegenheit.

Grimpe-Elberfeld (der nach den bisherigen Gang der Debatte nicht recht versteht, weshalb die Oeffentlichkeit ausgeschlossen worden sei) hebt hervor, daß er ebenfalls gegen das Vorgehen der Düsseldorfer war, nachdem aber diese in kurzer Zeit große Erfolge erzielt, müsse etwas geschehen. Redner bespricht die Verhältnisse im Industriegebiet am Niederrhein, die Herrschaft des großindustriellen Scharfmacherthums inmitten des Zentrumsthurms. Als er die Nothwendigkeit der Erhaltung eines täglichen Parteiblattes bespricht, wird er vom Vorsitzenden Singer daran gehindert durch den Hinweis, daß ein darauf abzielender Antrag am Tage vorher vom Parteitag nicht die genügende Unterstützung gefunden hätte.

Thiele-Halle: Der von Gerisch konstatirte Zuwachs an Abonnenten ist ein durchaus ungenügender. Soweit die Ursachen beseitigt werden können, muß das geschehen. Namentlich sind sachliche Kenntnisse für die Zeitungsverwaltungen, rechtzeitige Erhöhung des Abonnentenpreises, richtige Bemessung der Inseratenpreise, Abschaffung der Gratis-Annoncen nothwendige Maßnahmen, den Blättern eine gesunde finanzielle Grundlage zu geben. Den Schriften, r deren geringen Vertrieb Gerisch geklagt habe, sei ein aktueller Werth nicht umessen, und darum ihr geringer Absatz nicht charakteristisch. Leider finden c auch die neuen und aktuellen Parteibroschüren viel zu wenig Absatz. So je die wirthschaftliche Krise dauere, müsse der Vorstand jeden Zuschuß zu :n Blattgründungen ablehnen. Dem Bestreben auf Gründung besonderer sblätter müsse entgegengetreten werden. Damit nicht jedes Blatt erst durch den klug zu werden braucht, sei es wünschenswerth, daß der Partei-Vorstand

Digitized by Google

durch einen Fachmann eine Instruktion ausarbeiten lasse für die geschäftliche Leitung unserer Blätter.

Dr. **David**-Mainz wendet sich gegen Antrag 103. Die „Neue Welt" entspricht nicht den Bedürfnissen einer Sonntagsbeilage für unsere Tagesblätter. Sie wirkt nicht propagandistisch und ist nicht aktuell. Es ist ein Irrthum, durch die „Neue Welt" Verständniß für die neue Kunst wecken zu wollen. Dazu müßten die Illustrationen farbig sein. (Singer ersucht den Redner, nicht zu eingehend über Dinge zu sprechen, die der öffentlichen Besprechung über die Presse vorbehalten seien.) Dazu kommen die finanziellen Bedenken. Unsere Blätter müssen sich nach der Decke strecken.

Singer: Es ist ein Antrag auf Herstellung der Oeffentlichkeit eingegangen. Hätten sich die Redner an unseren Beschluß gehalten, so wäre dieser Antrag überflüssig. Die Genossen wollen doch berücksichtigen, daß wir immer noch in der öffentlichen Verhandlung eine Diskussion über die Presse haben. Alles, was die letzten Redner, namentlich David, ausgeführt haben, hätte auch öffentlich verhandelt werden können. Die Redner wollen sich doch lieber in dieser Debatte auf die rein finanziellen Erwägungen und auf die Erwägungen über den Vertrieb unserer Litteratur beschränken.

Der Antrag auf Herstellung der Oeffentlichkeit wird, nachdem Bartels-Lübeck dafür und Wurm-Berlin dagegen gesprochen, abgelehnt.

Lipinski-Leipzig stimmt Gerisch zu. Die Schuld an den Mißständen trage die Abhängigkeit der in der Presse thätigen Genossen von den Preßkommissionen; auch stehe den Buchhandlungen zu wenig Kapital zu Gebote, sie könnten sich kein großes Lager halten. Um den Absatz von Schriften zu steigern, solle die Parteipresse mehr Besprechungen von guten Büchern bringen und dadurch die Arbeiter auf diese Erzeugnisse hinweisen.

Wurm-Berlin ist der Meinung, daß der Inhalt der Presse auch in der Provinz sich gebessert habe. Wenn trotzdem der Aufschwung hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, so liege das an der geschäftlichen Handhabung. Es fehle vielfach an geeigneten Personen zum Vertrieb der Parteilitteratur. Der Bildungshunger sei im Volke vorhanden, er müsse nur erst geweckt werden. (Zustimmung.) In den Orten, wo die Genossen für die Presse eine rege Agitation entfaltet haben, seien glänzende Erfolge erzielt. Der Umsatz unserer Parteilitteratur, selbst guter Werke, um die uns das Bürerthum beneidet, sei viel zu gering. Die Uebernahme in Parteiregie, wie es von Nürnberg beabsichtigt wird, würde den Zustand nur noch mehr verschlechtern. Die Parteipresse nehme zu wenig Notiz von der Parteilitteratur, während sie ellenlange reklamehafte Waschzettel bürgerlicher Verleger aus kleinlichstem Geschäftsinteresse aufnehme. (Sehr wahr!) Die „Neue Welt" allgemein beizulegen, sei finanztechnisch unmöglich. Kleine Blätter können nicht eine so theuere Beilage geben, sie stellen sich selbst ihre Beilagen billiger her.

Zum Antrag ist das Amendement eingelaufen, die Wörter „nach Möglichkeit" einzufügen.

Ein erneuter Antrag, die geschlossene Sitzung in eine öffentliche zu verwandeln, den Thiele-Halle begründet und Kiesel-Berlin bekämpft, wird mit 96 gegen 115 Stimmen abgelehnt.

Auer bekämpft den Antrag 103 auch in der Fassung des Amendement Wir haben keine Exekution und könnten einen solchen Beschluß nicht durc führen. Die Parteiblätter, die die „Neue Welt" jetzt nicht beilegen, würde erklären: Nehmen würden wir sie schon, seht aber, woher Ihr Euer Gel bekommt. Die Verbreitung der „Neuen Welt" kann nur so gefördert werde daß ein möglichst gutes und möglichst billiges Blatt geliefert wird. Die Düsse dorfer haben meinen Brief falsch verstanden. Es steht ausdrücklich darin: d Bedürfniß in unseren industriellen Provinzen Rheinland und Westfalen n

Digitized by Google

einer Reihe guter Blätter erkennen wir in vollem Umfange an. Aber die Bewegung trägt sie noch nicht. Hier müssen wir auf die Entwickelung vertrauen. Redner schließt sich im Uebrigen den Ausführungen Wurm's an.

Cohn-München bedauert die mangelhafte Unterstützung der Parteipresse durch Abonnements seitens der Genossen und der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter und spricht sich gegen den Antrag 42 aus, der für München eine bedeutende Mehrausgabe bedeute. Bezüglich des Kolportagewesens stimme er Wurm und Auer bei. Mit der Zunahme der Presse seit Aufhebung des Sozialistengesetzes sei das Bedürfniß nach der weiteren Parteilitteratur bedauerlicher aber erklärlicher Weise im Abnehmen begriffen. Mit der Uebernahme der Kolportage in Parteiregie sei er nicht einverstanden.

Schmidt-Rostock hebt hervor, daß das Eindringen der Parteilitteratur in weitere Kreise der maßgebende Gesichtspunkt sein müsse, nicht aber der finanzielle Erfolg.

Stadthagen-Berlin hält es für wesentlich, den Vertrieb unseres Kolportagewesens zu organisiren, indem wir der Entwickelung nachgehen, die der Buchhandel nun einmal in Deutschland genommen hat. Vielleicht empfehle es sich, daß mal die Leiter unserer Partei-Buchhandlungen zusammentreten, um eine Aenderung bezüglich der Kolportage und der Preise der Broschüren herbeizuführen.

Quarck-Frankfurt a. M.: Der Parteipresse dürfe keine bestimmte Beilage aufgedrängt werden. Der Auer'sche Standpunkt, der Partei-Agitation halber kleine Blätter in aussichtsreichen Bezirken zu unterstützen, sei vom Standpunkt moderner Zeitungstechnik aus ein überwundener. Solche kleine Blätter sind dann die Quelle der redaktionellen und geschäftlichen Mißstände. Wir dürfen den Zwergbetrieb nicht noch begünstigen. Die größeren Blätter sollten unterstützt und ihre Ausdehnung auf größere Bezirke gefördert werden, ohne daß natürlich ein Universalblatt geschaffen werden dürfte. Die Vorwärts-Buchhandlung solle die Massenverbreitung der Parteilitteratur dadurch fördern, daß die sozialistischen Vereine dafür engagirt werden. Noch mehr aber kann geschehen, wenn unsere mittleren Agitatoren unsere neuere Litteratur mehr und besser studiren. In der Masse ist der Bildungshunger da, das sei gegen David hervorzuheben. Aber wir müssen ihn gründlicher und besser anregen und die Wege zeigen.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion, den Hoffmann-Berlin begründet und Töhne bekämpft, wird angenommen.

Windhoff und Bérard bedauern, durch den Schluß an einer Erwiderung verhindert zu sein.

Das Schlußwort erhält

Gerisch: Ich weiß nicht, was die Genossen, die gegen Ausschluß der Oeffentlichkeit waren, eigentlich von der geschlossenen Sitzung erwartet haben. Erwarteten Sie etwa eine Reihe sensationeller Enthüllungen von mir? Fingerzeige habe ich Ihnen genug gegeben. Warum hat man die Gelegenheit nicht benutzt, um sich ein Mal über die Forderungen des Vereins Arbeiterpresse oder über die „Neue Zeit" auszusprechen? Lassen Sie in Zukunft solche Gelegenheiten nicht unbenutzt vorübergehen!

Die Abstimmung ergiebt die Ablehnung sämmtlicher Anträge (42, 50 und 103).

Es wird beschlossen, über die geschlossene Sitzung ein kurzes Resumee der Parteipresse und der übrigen Presse zur Verfügung zu stellen, das auch im Protokoll mit veröffentlicht werden soll.

Damit ist die Tagesordnung der geschlossenen Sitzung erledigt.

Schluß 1 Uhr.

Digitized by Google

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Begrüßungen des Parteitages aus dem Auslande liegen vor von der Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie, der Parteileitung der czechischen Sozialdemokratie, des Deutschen Arbeitervereins in Brüssel, des Arbeiter-Bildungsvereins in London und der Zeitung „Iskra", des Organs der russischen revolutionären Sozialdemokratie.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erstattet die **Mandatsprüfungs-Kommission** Bericht durch

Böhle-Straßburg: Auf dem Parteitage sind anwesend 203 Delegirte mit 217 Mandaten, 25 Reichstags-Abgeordnete, die Mitglieder des Parteivorstandes, die Kontrolleure und Genosse Bérard als Vertreter der Firma Auer & Co. in Hamburg, ferner als ausländische Gäste Dr. Adler-Wien, Askew-London, Branting-Stockholm, Bracke-Paris, De Roode-Amsterdam und Pernerstorffer-Wien. Die Kommission beantragt, sämmtliche Mandate, soweit sie im Sinne des Organisationsstatuts als Mandate angesehen werden können, gültig zu erklären. Im Auftrag der Mehrheit der Kommission habe ich dem Parteitag einen anonym eingelaufenen Protest gegen das Mandat von Schneider aus Leipzig zu unterbreiten. Der Protest ging ein in Form eines auf eine Postkarte geklebten Zeitungsausschnittes, in welchem Schneider als Streikbrecher erklärt wird. Mit Rücksicht auf die Anonymität beantragen wir Uebergang zur Tagesordnung. Ferner beantragen wir das Mandat des Genossen Biniszkiewicz, des Vertreters des Vorstandes des polnisch-sozialdemokratischen Vereins, für ungültig zu erklären. Wir können ein solches Mandat nach unsrem Organisationsstatut nicht anerkennen. Biniszkiewicz hat erklärt, wenn er diese Gruppe nicht als Delegirter vertreten könne, wolle er als Gast hier bleiben. Darüber stand der Kommission keine Entscheidung zu, das ist lediglich Sache des Bureaus. Wir beantragen, das Mandat für ungültig zu erklären.

Ohne Debatte erklärt der Parteitag sämmtliche Mandate mit Ausnahme des Mandats von Biniszkiewicz für gültig.

Biniszkiewicz-Berlin: Die sozialdemokratische Presse, besonders die „Sächsische Arbeiterzeitung", hat sich das ganze Jahr hindurch mit den Angelegenheiten der polnisch-sozialdemokratischen Partei beschäftigt. (Zuruf: Ist ihr garnicht eingefallen!), außerdem handelt der Parteibericht von uns. Außerdem bin ich hergeschickt, um Ihnen die brüderliche internationale Solidarität zu bekunden und Sie zu begrüßen.

Leutert-Apolda: Wie weit der Genosse als „Gast" — in Gänsefüßchen hier sein kann, muß doch präzisirt werden. Er ist doch nicht ein Gast wie etwa der Vertreter einer ausländischen Organisation, sondern einer Sonderorganisation im Deutschen Reich, die die Mitarbeit mit uns ablehnt.

Biniszkiewicz: 1896 auf dem internationalen Kongreß in London wurde beschlossen, daß jede Nation das Recht der Selbstbestimmung hat. Nation ist aber nicht nur eine solche, die eine besondere Regierung hat, sondern die eine Zunge hat, die eine andre Nation nicht versteht. Wir sind Polen und müssen Polen bleiben.

Pfannkuch: Seine Mission hat der polnische Genosse ja bereits erfü Es ist Raum im Saale genug, daß wir das Gastrecht gegen ihn üben könn Ueben Sie das Gastrecht. (Beifall.)

Singer: Ich führe einen Beschluß des Parteitages herbei. Ich ka also mittheilen, daß der Parteitag den Genossen als gern gesehenen G weiter in seinen Sitzungen sehen wird.

Die Anträge der Mandatsprüfungs-Kommission sind genehmigt. A

Digitized by Google

auf den früheren Parteitagen übernimmt die Mandatprüfungs-Kommission auch das Amt einer Beschwerdekommission. Es liegt eine Beschwerde von Lange-Berlin vor. Zu der Verhandlung über diese Beschwerde werden auf Vorschlag Singer's die mit den Verhältnissen vertrauten Delegirten Ernst-Berlin und Reul-Berlin zugezogen werden.

Hierauf wird die gestrige Tagesordnung fortgesetzt.

Zum Punkt „Presse" sind weiter eingegangen die Resolutionen 108 (Heine und Genossen) und 109 (Bebel und Genossen).

Es liegen zahlreiche Geschäftsordnungs-Anträge vor.

Ehrhardt-Ludwigshafen: Ich habe mir die Rednerliste angesehen. Es ist eine ganze Anzahl Redner gemeldet, schwere Redner (große Heiterkeit), dauerhafte Redner. (Heiterkeit.) Ich befürchte, daß unter der Bernstein-Debatte der Punkt „Presse" ganz verschwinden wird. Wir müssen deshalb beides trennen. Nehmen wir zuerst den Punkt Presse vor und verschieben wir die Bernstein-Debatte auf den nächsten Sonnabend-Nachmittag. (Große Heiterkeit.)

Thiele-Halle beantragt, die Preßangelegenheit zuerst zu behandeln.

Fischer-Berlin erklärt sich mit der Theilung, nicht aber damit einverstanden, daß die Bernstein-Debatte hintangesetzt werde.

Es wird im Sinne der Fischer'schen Ausführungen beschlossen. Zuerst wird die Bernstein-Angelegenheit behandelt.

Fischer beantragt, die Redezeit wieder auf zehn Minuten zu beschränken und nur für Kautsky und Bernstein eine Ausnahme zu machen.

Leutert-Apolda ersucht, diesen Antrag abzulehnen. Den Meisten ist bekannt, was Bernstein und was Kautsky gesagt haben. Bernstein und Kautsky aber wissen noch nicht, was die Praktiker, die Arbeiter denken. Die Arbeiter sind aber weniger geschult und brauchen längere Redezeit.

Ad. Hoffmann-Berlin beantragt, auch Bebel eine längere Redezeit einzuräumen.

Bebel verzichtet auf diese Bevorzugung.

Dr. **David** wünscht die Redezeit allgemein auf 10 Minuten einzuschränken.

Frohme schlägt vor, zwei Generalredner sprechen zu lassen.

Sämmtliche Geschäftsordnungsanträge werden abgelehnt. Es bleibt also bei der unbeschränkten Redezeit. Nur die Gegenstände der Debatte sind getrennt.

Zur Debatte stehen die Anträge 52, 91, 92, 93, 108, 109.

Kiesel-Berlin: Genosse Quarck kann sich bezüglich der angeblichen Absichten der Berliner beruhigen; er hat sich schon öfter in dieser Beziehung geirrt. Ich habe Namens der großen Mehrheit der Genossen des 6. Berliner Wahlkreises zu bemerken, daß die Resolution dort nach 2½stündiger Debatte mit allen gegen 6 Stimmen bei 800 Anwesenden angenommen worden ist. Grabnauer gegenüber sind die Berliner Genossen in ihrer großen Mehrheit der Meinung, daß der „Vorwärts" als Zentralorgan zu dem Vortrag Bernstein's in dem Studentenverein hätte Stellung nehmen müssen. Mit Grabnauer haben auch wir es bedauert, daß Liebknecht nicht mehr in der Redaktion des „Vorwärts" saß, denn sonst hätten wir eine Stellungnahme gegen Bernstein zu lesen bekommen. Wir haben von dem Vortrag Bernsteins zuerst erfahren in der „Welt am Montag", einem Blatt, das dazu bestimmt ist, gegen die Sozialdemokratie Stimmung zu machen; und ein ;es Blatt mußten nun unsere Genossen lesen! Es giebt doch nur zweierlei: weder gilt noch das Kommunistische Manifest, sind die Anschauungen, die n bekundet werden, richtig, dann muß gegen Bernstein Stellung genommen den; denn dann muß mit aller Schärfe der Kampf gegen die bürgerliche ellschaft geführt werden. Ihn theoretisch zu führen, dazu sind wir ja zu m, das mögen die Akademiker machen, aber wir können verlangen, daß uns ; immerfort Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, und das geschieht ' immer mit Bernstein. Ich will nicht leugnen, auch ich habe viel von

Digitized by Google

Bernstein gelernt, besonders aus der Zeit, wo er zehn Jahre leitender Redakteur des „Sozialdemokrat“ war. Wir haben auch sonst Bernstein Manches zu verdanken. Ich kann da erklären, daß wir den Beschluß des Parteitages wegen der preußischen Landtagswahlen achten und ausführen, weil er eben ein Parteitagsbeschluß ist. (Bravo!) Aber angenehm ist er uns nicht.

Hengsbach-Köln erklärt, die Resolution 108 nur unterschrieben zu haben, um sie zur Diskussion zu bringen.

Grunwald-Erfurt: Die Thüringer Resolution und wohl auch die andern sind nicht als Anträge aufzufassen, sondern eben als Resolutionen, in denen in der Hauptsache den Motiven der Antragsteller Rechnung getragen wird, und nur im Schlußsatz der Thüringer Resolution liegt eine Art Antrag. Das Recht der freien Kritik wollen wir natürlich wahren, das brauchte Bernstein nicht erst zu sagen. Nach Annahme der Resolution Bebel in Hannover hätte man aber eben erwarten können, daß Bernstein nach seiner Rückkehr erst einige Jahre sich mit den deutschen Verhältnissen vertraut gemacht hätte, um dann eventuell seine Kritik von Neuem zu beginnen. Was am meisten empört hat, war, daß Bernstein seine Kritik trotz Hannover fortgesetzt und sogar verschärft hat, indem er das Fundament der Partei angriff. Verschärfend kam noch hinzu, daß Bernstein in einen gegnerischen Verein ging, nicht um die Grundsätze der Partei objektiv darzulegen oder zu vertheidigen, sondern um die Partei in negativem Sinne zu kritisiren. Dazu sind nur Parteivereine da. Bernstein und Gradnauer haben den sozialwissenschaftlichen Studentenverein als harmloses Kind hingestellt. Wie steht es aber in Wirklichkeit? Bewußte Parteigenossen sind aus jenem Verein zur Zeit, als sich in Berlin eine selbständige Akademikerbewegung auftat, einfach hinausgedrängt worden. Zu den Protektoren des Vereins gehören der bekannte Sozialistentödter Adolf Wagner, Schmoller u. A., die die Partei auf das Schärfste bekämpft haben. Der Verein ist im Prinzip weder für noch gegen uns, aber gegen uns insofern, als er sonst nicht geduldet würde an deutschen Universitäten. Daß vielleicht einige Kryptogenossen darin sind, die sich in Folge ihrer Stellung als Studenten nicht bethätigen können, ist Sache für sich. Wäre Bernstein ein x-beliebiger Provinzler, wie etwa ich, oder hätte er keine Vergangenheit hinter sich, so könnte man darüber hinwegsehen, daß er dort gesprochen hat. Aber wenn ein Bernstein dort auftritt, so wird das als historischer Moment betrachtet, mag auch das, was er sagt, noch so minderwerthig sein, und der „Vorwärts“ als Berliner Parteiblatt hatte die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diesen historischen Moment zu fixiren, nicht sowohl der Abwehr wegen, als vor Allem, um den Genossen in der Provinz sofort ein objektives Urtheil zu ermöglichen. Nun sagt Gradnauer, der Verein annoncirt bei uns nicht, darum brauchen wir ihn nicht zu beachten. Hat aber Gradnauer, diese Frage stelle ich direkt an ihn, nicht gewußt, daß Bernstein dort sprechen wird? Waschzettel, an dem und dem Tage spricht der und der Redner, hat der Verein übrigens auch dem „Vorwärts“ zugesandt. Wie Bernstein von der bürgerlichen Gesellschaft und der Universität betrachtet wird, geht ferner daraus hervor, daß den zielbewußten Genossen von der Universität nicht gestattet wird, in dem Sozialwissenschaftlichen Studentenverein zu sprechen, z. B. Ledebour, Mehring, so selbst Schippel, wenn ich nicht irre. Ich beschränke mich jetzt nur noch auf ein Wort, da es doch gut ist, wenn die Praktiker sprechen und nicht nur die Theoretiker, für die die Sache erled ist. Bernstein beschwert sich über die Form der Diskussion; er scheint aber glauben, daß ihm Alles erlaubt ist, andern nicht. Ich habe absichtlich die scha Form in der Thüringer Resolution und vor Allem in meinen Artikeln in d „Tribüne“ gewählt, um die Bernstein-Frage hier in Lübeck zur Debatte bringen, und ich bin vollauf befriedigt. Ich lehne es aber auch ab, zu sch gewesen zu sein; vielleicht habe ich, was Jedem passiren kann, in der Fo etwas über die Stränge geschlagen. Die ganze Bernstein-Frage kommt he

Digitized by Google

letztlich darauf hinaus: wie wirkt Bernstein's Auftreten auf die Parteibethätigung? Denn prinzipiell ist die Sache ja in Hannover erledigt. Aber ganz anders ist die Sache, da Bernstein fortfährt, die Partei anzugreifen; die schädigende Wirkung hatte sich ja schon 1898 bei den Wahlen gezeigt, aber noch mehr in der letzten Zeit in den Fragen der Weltpolitik und den inneren Fragen des Klassenkampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft. Unsere kleinen Agitatoren — es soll das keine irgendwie geartete Herabsetzung sein —, die am Fundament bauen, die den Samen für die Partei in die kleinsten Bezirke hinaustragen, wissen oft nicht ein noch aus, wenn die Gegner ihnen in den Versammlungen mit Bernstein kommen; schon oft sind sonst sehr tüchtige Genossen zu mir gekommen und haben sich darüber beschwert, daß sie auf Grund der Argumente Bernstein's mit den Gegnern nicht fertig geworden sind. Diesen Zuständen und Möglichkeiten muß endlich ein Ende gemacht werden! Es ist eine absolute Nothwendigkeit, daß die Einheit der Grundsätze für die Agitation wiederhergestellt wird. (Bravo!)

Kautsky: Ich will mich bemühen, möglichst kurz zu sein. Was ich zu sagen habe, ist schon gesagt worden. Und die Hauptsache ist jetzt, daß die Welt erfährt, was die Masse der Parteigenossen über Bernstein denkt. Seine letzte Broschüre giebt mir keinen Anlaß hier zu reden. Die persönliche Seite der Frage will ich ebenfalls nicht berühren und die persönlichen Attacken Bernstein's nicht beantworten. Ich will mich auch nicht darüber beschweren, daß er wieder einen Brief von mir veröffentlicht hat. Wenn Jemand, wie er, meine Briefe immer wieder aufs eifrigste liest, sie durch Jahrzehnte aufbewahrt und sie zur Hand hat, wenn er unvorbereitet in einer Debatte spricht, dann erinnert mich das an die Inbrunst eines 18jährigen Jünglings für die ersten Briefe seiner Geliebten. (Heiterkeit.) Für mich liegt kein Anlaß zur Unzufriedenheit vor mit der Veröffentlichung der Stelle, die er verlesen hat. Es hat mich angenehm überrascht, daß er eine so gescheite Stelle der Versammlung mitgetheilt hat. (Heiterkeit.) Das, was ich da sage, ist nur die allgemeine Praxis der Partei, die von Niemand in Frage gestellt worden ist. Bernstein hat anerkannt, daß ich selbst Selbstkritik geübt habe und zwar in meiner Agrarschrift. Zur Selbstkritik gehört die Kritik der eigenen Anschauungen. Selbstkritik ist aber auch die Kritik der Genossen, im Gegensatz zu der Kritik der Gegner. Wenn er meinte, wir übten nicht Selbstkritik, sobald wir ihn kritisiren, so schlösse er sich damit selber aus, rechnete er sich zu den Gegnern, was er natürlich doch nicht will. (Sehr gut!) Seiner Selbstkritik sagt er nach, daß sie von reiner Liebe zur Partei diktirt sei, wenn wir aber Kritik üben, dann ist es persönliche Gehässigkeit und Dogmenfanatismus. Es giebt nun Leute, die die von Bernstein hervorgerufenen Streitigkeiten als eine Förderung des geistigen Lebens unserer Partei betrachten. Im „Vorwärts" steht im Begrüßungsartikel: Wenn auch gewisse Ansichten sich schließlich als haltlos erweisen, so bleibt doch der Vortheil einer gewissen Art geistiger Gymnastik; sonst würden wir geistig einrosten. (Heiterkeit.) Ich beneide die Genossen im „Vorwärts", die so viel Zeit übrig haben, daß sie geistig einzurosten fürchten, wenn nicht diese Gymnastik wäre. (Sehr gut!) Selbstverständlich meine ich das nur scherzhaft; ich weiß, wie viel die Genossen im „Vorwärts" zu thun haben. Ist es nicht wahr? Haben wir nicht zu kämpfen gegen eine Welt von Feinden?! Müssen wir da nicht unermüdlich gegen die Kritik unserer Gegner [illegible]pfen? Das ist eine so erschöpfende Arbeit, daß wir weiter geistige Gymnastik, [illegible]nn sie nicht geboten, sehr gut entbehren können, ohne einzurosten. (Bravo!) [illegible]ß Bernstein uns neue Einsichten gebracht hat, davon ist heute nicht mehr die [illegible]de. Als Bernstein's erste Broschüre erschien, da wurde sie mit Fanfarentönen [illegible]grüßt, da hieß es: Eine neue Zeit ist angebrochen, große Erkenntnisse sind [illegible]s geworden. Und wie reden heute die Anhänger Bernstein's: Ach, regt Euch [illegible]h nicht auf, die Geschichte ist ja nicht der Mühe werth. Es ist nichts dabei [illegible]usgekommen. Was wollt Ihr eigentlich von Bernstein. (Sehr richtig!) Ich

Digitized by Google

glaube, schlimmer kann man von dem Ergebniß eines Revisionsfeldzugs nicht urtheilen. Bernstein allerdings ist anderer Ansicht. Er hat uns darauf hingewiesen, daß bereits die praktische Folge seines Revisionsprogrammes in dem Hainfelder Programm zu Tage getreten sei. (Widerspruch, Zustimmung. Zuruf Fischer's-Berlin: Er hat gesagt: Was die können, können wir auch!) — Ich habe es wenigstens so aufgefaßt; er hat darauf hingewiesen, daß die österreichischen Genossen die Verelendungstheorie aus dem Hainfelder Programm gestrichen haben. Wie steht es denn mit der Verelendungstheorie? Sie sagt, daß es immer schlechter werden muß, ehe es besser werden kann, daß das Proletariat immer mehr und mehr in Elend versinkt, bis es ganz widerstandslos geworden ist und daß dann erst der große Tag der Befreiung hereinbricht. Genossen, ist diese Verelendungstheorie jemals in der Partei von irgend Jemand, der auf Bedeutung Anspruch macht, getheilt worden? Sicher nicht. Diese Verelendungstheorie ist schon längst widerlegt und zwar von Niemand anders als von Karl Marx in seinem Kapital. Dieser Satz ist nur als Tendenz zu verstehen, und nicht als unbedingte Wahrheit; er ist nur so zu verstehen: Das Kapital muß danach trachten, um seinen Mehrwerth zu vermehren, die Lage des Proletariers immer elender zu gestalten. Das ist ja bekannt; aber Marx selbst hat die Gegenwirkung bezeichnet, er selbst war einer der Vorkämpfer des Arbeiterschutzes, einer der ersten, der auf die Bedeutung der Gewerkschaften hingewiesen hat, zu einer Zeit, wo die anderen Sozialisten nichts davon wissen wollten, schon 1847. Er hat also bewiesen, daß diese Tendenz absolut nothwendig ist, aber daß sie nicht absolut nothwendig zur Herunterdrückung des Arbeiters führt. Aber dadurch unterscheiden wir uns von den bürgerlichen Reformern, daß diese glauben, die Tendenz selbst könne überwunden werden, ein sozialer Friede könne hergestellt werden, ein Zustand, bei dem das Kapital nicht danach trachte, die Arbeiter herunterzudrücken. Das Kapital muß danach trachten, und darauf beruht der Klassenkampf, der dahin gehen muß, daß wir dem Kapital seine politischen und ökonomischen Machtmittel entreißen; bevor das nicht gethan ist, kann der soziale Friede nicht wieder hergestellt werden, und nur in diesem Sinne haben wir an der Theorie der Zunahme des Elends festgehalten. Wenn die österreichischen Genossen daran gegangen sind, den Punkt ein wenig anders zu fassen, so ist das, wie Adler schon in der „Wiener Arbeiterzeitung" ausgeführt hat, nicht dem zuzuschreiben, daß sie ihre alte Anschauung aufgegeben haben, sondern nur dem, daß eben Programme nicht blos Kinder einer Theorie, sondern auch die Kinder ihrer Zeit sind. Programme müssen im Lapidarstyl sprechen, sie behandeln nur jene Punkte eingehender, über die Mißverständnisse naheliegen. Welche Punkte das sind, hängt von den Zeitverhältnissen ab. 1891, als das Erfurter, und 1888, als das Hainfelder Programm geschaffen wurde, hat man Bernstein noch nicht vorausgeahnt, damals war der Kampf innerhalb des Proletariats nicht zwischen Bernstein und seinen Gegnern, sondern es war ein Kampf gegen die Anarchisten. Daher wurden damals jene Punkte im Programm ausführlicher erörtert, die von der Nothwendigkeit des politischen Kampfes reden. Heute hingegen ist es nothwendig, die falsche Auffassung der Verelendungstheorie zurückzuweisen und diesem Punkt einen präziseren Ausdruck zu verleihen. Würde heute eine Aenderung des Erfurter Programms verlangt, so würde ich ebenfalls beantragen, den Punkt so zu ändern, daß Mißverständnisse ausgeschlossen sind. Aber diese Mißverständnisse sind erst von Bernstein in die Debatte hineingetragen. (Sehr richtig!) U nun kommt Bernstein her und sagt, es sei sein Verdienst, daß wir klarer seh Nein, es waren immer unsere Gegner, denen wir entgegenhalten mußten, d unsere Theorie von der Zunahme des Elends keine Theorie zunehmender V elendung ist, und Bernstein hat uns nur die Aufgabe erschwert, die Klarh über diese Theorie aufrecht zu erhalten, denn er sagt, diejenigen, die ihm ni beistimmen, seien noch Anhänger der alten vorsintflutlichen Theorie, die sc

Digitized by Google

seit dem Kommunistischen Manifest überwunden ist. Also, Sie sehen, was bei der ganzen Revision herausgekommen ist! Nun sagt Bernstein, sein Vortrag sei ganz harmlos. Ja, wenn Bernstein diesen Vortrag vor 4 oder 5 Jahren gehalten hätte, so hätte sich kein Mensch darum gekümmert; man hätte ihn vielleicht gelesen, den Kopf geschüttelt und gesagt: Ja, was will denn Bernstein eigentlich? Heute wird der Vortrag betrachtet als die Konsequenz seiner Schrift über die Voraussetzungen des Sozialismus. Er wird in diesem Lichte betrachtet und bekommt erst in diesem Licht seine Bedeutung. Durch dieses Licht betrachtet ihn auch die bürgerliche Presse, und wir müssen die Folgen tragen. Nicht nur die „Welt am Montag", sondern die gesammte bürgerliche Presse, „Frankfurter Zeitung", „Berliner Tageblatt", „Vossische Zeitung" haben unisono geschrieben, Bernstein habe wieder bewiesen, daß die Sozialdemokratie nichts anderes sein soll als eine demokratische Reformpartei. Nun kann ja Niemand etwas dafür, wenn ihm die Gegner Ansichten unterschieben, die man nicht hat, und wenn Bernstein mißverstanden ist, so ist das sein Pech. Ich bedauere ihn darum, aber man ist doch nicht so ganz wehrlos, man braucht sich das Lob der Gegner doch nicht ruhig gefallen zu lassen. Ich habe Bernstein schon früher vorgeworfen, daß er das Lob der Gegner willenlos über sich ergehen ließ; er hat darauf erwidert, daß auch von mir ein Satz mißverstanden und von den Gegnern gegen die Partei ausgenutzt wurde. Er meint meine Broschüre über die Handelspolitik, aus der die Agrarier einen Satz ausgebeutet haben. Aber doch nur, so lange sie nur ein vom „Vorwärts" abgedrucktes Kapitel aus der Broschüre kannten! Als die ganze Broschüre ihnen bekannt war, konnten sie diesen Satz nicht mehr ausnützen. Trotzdem habe ich mich nicht dabei beruhigt, sondern die Thatsache, daß ein Satz von mir gegen uns als Waffe gebraucht wurde, als solche Schmach empfunden, daß ich sofort am nächsten Tage, nachdem ich den Artikel in der „Kreuz-Zeitung" gelesen hatte, meinen Herren Lobrednern in der agrarischen Presse einen solchen Fußtritt versetzte, daß sie sofort auf die Bundesgenossenschaft mit mir verzichteten.

Bei Bernstein handelt es sich nicht um einen Satz aus einem einzigen Kapitel, sondern um das ganze geistige Wirken dreier Jahre; er macht seit drei Jahren nichts als Selbstkritik, soweit er überhaupt kritisch thätig ist. Natürlich hat er auch noch eine andere Thätigkeit, aber seine kritische Thätigkeit richtet sich nur gegen die Partei. Warum tritt er nicht einmal gegen seine Lobredner außerhalb der Partei auf? Das ist dringend nothwendig im Interesse der Partei, denn unsere Gegner halten uns fort und fort Bernstein entgegen; sie sagen: „was versteht denn Ihr vom Sozialismus? Bernstein versteht das viel besser, er ist ein alter Marxist, der das und das nicht für durchführbar hält." Würde sich Bernstein einmal gegen diese Gegner wenden, gegen die falschen Freunde, die die Arbeiterbewegung für ihre Zwecke ausnutzen wollen, würde er jedes Mißtrauen und jede Zweideutigkeit zerstreuen, so könnte er in jeder Beziehung Selbstkritik üben, wie er will. Das ist das, was wir von ihm erwarten und verlangen müssen. Bernstein hat uns daran erinnert, daß er zehn Jahre lang als Redakteur des „Sozialdemokrat" gewirkt hat. Ja, zehn Jahre lang hat er am „Sozialdemokrat" gewirkt zu unserer Freude und zu unserem Nutzen, und ich wünsche nichts sehnlicher, als daß er die Tradition, auf die er sich beruft, wieder erneuert. Er hat im „Sozialdemokrat" Selbstkritik geübt, aber auch ere Gegner kritisirt, auch die bürgerlichen Sozialreformer, denen er auf das rffte entgegengetreten ist. Möge er die alten Traditionen erneuern! Dann n er überzeugt sein, daß auch das alte Verhältniß wieder hergestellt wird, daß er nicht mehr nöthig hat, sich über seine Kritiker in der Partei zu lagen. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Dr. **David**-Mainz: Kautsky ist materiell in die Diskussion über die bleme der Hannover'schen Bernsteindebatte eingetreten dadurch, daß er uns

Digitized by Google

wieder einen Vortrag über die Verelendungstheorie gehalten hat. Zunächst ist es unwahr, daß nach Erscheinen des Bernstein'schen Buches von den Freunden Bernstein's gerufen und geschrieen ist: Jetzt beginnt eine neue Zeit; jetzt wird die Theorie auf eine ganz neue Basis gestellt! Wollen Sie mir nicht Einen nennen, der das gerufen hat? Und ebenso unwahr ist es, daß jetzt dieselben Genossen sagen: Ach, es war ja gar nichts, es ist ja gar nichts dabei herausgekommen. Nirgends innerhalb der Sozialdemokratie ist ein Jubelton über das Bernstein'sche Buch angeschlagen worden. Es wurde sehr scharf angegriffen, und da kam eine Reihe von Genossen und sagte: Seht euch das Buch doch erst mal an, ist es wirklich so, wie ihr es darstellt? So entstand eine Diskussion darüber. Was sollen also diese Uebertreibungen, Genosse Kautsky? — Weiter, die Verelendungstheorie! Wir haben uns ja in Hannover über das Elend dieser Verelendungstheorie unterhalten, und nun tritt Kautsky wieder mit der Behauptung auf, kein Mensch habe früher die Verelendungstheorie im Sinne einer fortschreitenden absoluten Verelendung aufgefaßt, sondern immer nur als Tendenz, der aber Gegentendenzen in den Weg treten. Ich habe schon in Hannover Kautsky gegenüber einfach das kommunistische Manifest zitirt, wo nicht von einer Tendenz auf Herabdrückung die Rede ist, sondern wo es heißt, die bürgerliche Gesellschaft ist nicht einmal im Stande, ihren Sklaven zu ernähren, der Arbeiter wird zum Pauper. Und zwar ist das nicht von dem Einzelnen gesagt, sondern von der Masse des Proletariats, und es wird auch im Manifest nicht im Geringsten auf die Gegenwirkung durch die gewerkschaftliche Organisation hingewiesen. Das hat Marx später gethan, aber im kommunistischen Manifest hat er darauf nicht das geringste Gewicht gelegt. Er hatte ja auch eine andere Erklärung; er sagte: Deshalb wird die Arbeiterklasse in der uns nahe bevorstehenden Revolution ihre Ketten zerreißen, denn sie hat nichts zu verlieren. Und das kommunistische Manifest schließt mit dem Ausblick auf die nahe bevorstehende Revolution im Sinne der Gewalt. Also, es hat Leute gegeben, die auf diesem Standpunkt standen, und wenn heute noch, wie es Kiesel gethan hat, das kommunistische Manifest als Norm hingestellt wird, so kann man doch nicht sagen: Was ist das für eine verrückte Auslegung der Verelendungstheorie, die doch niemals ein vernünftiger Mensch gehabt hat! Nein, wenn man seine Meinung ändert, so habe man auch den Muth und die Kraft, zu sagen: Wir haben uns geirrt! (Zuruf: Olle Kamellen!) Ja, gewiß sind das olle Kamellen. Ganz recht, aber Sie hätten den Zwischenruf machen sollen, als Kautsky die Frage anschnitt.

Diese Auffassung ist auch keineswegs so abgethan, insbesondere nicht die Auffassung, daß wir vor einer nahen Revolution stehen im Sinne der Gewalt. Ein hervorragender Mitarbeiter der „Neuen Zeit", Parvus, hat in einer der letzten Nummern erklärt, daß der Begriff des Revolutionären einzig in dem Sinne richtig zu verstehen sei, daß die Revolution erst vom Tage nach Eroberung der politischen Macht ab beginnt. Da haben Sie noch dieselbe Auffassung des Revolutionären im alten, guten Sinne. Derselbe Parvus hat, wie mir Genosse Fischer aus Dresden versichert, noch vor Kurzem eine mehr als merkwürdige Auffassung von der Nähe des Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft einer Gewerkschaft gegenüber verrathen. (Lachen.) Das sind allerdings lächerliche Dinge, ich würde es nicht für möglich halten, daß etwas noch vorkommt, aber das zeigt doch, mit welchen Rückständigkeiten dem Gebiete der Theorie wir noch zu rechnen haben.

Nun zu der Frage, die uns heute beschäftigt! Der Bernstein'sche Vortrag ist ein so geringfügiges „Vergehen", daß ich glaube, daß diejenigen, auf Grund dieses Vortrags ihm den Prozeß machen wollen, es nachgerade selbst fühlen, wie unangebracht das ist. Daß man sich, bevor der Vortrag

Digitized by Google

Druck erschien, über die Art seiner Ausschlachtung durch die bürgerliche Presse ärgerte und falsche Vorstellungen darüber hatte, das begreife ich vollständig. Ich begreife auch die Nervosität Bebel's. Aber nachdem der Vortrag im Druck vorlag, war es doch jedem klar, um was es sich handelte. Es handelte sich, wie Heine sagte, um die Theorie der Theorie, um einen Definitionsstreit über den Begriff der Wissenschaft. Die nicht akademisch gebildeten Genossen halten das vielleicht für eine gräßliche Haarspalterei, aber die Wissenschaft beschäftigt sich thatsächlich damit. Dieser Vortrag ist jedoch von keinerlei Bedeutung für die Sozialdemokratie und ihre Theorie und er hat ja auch zu den in der Bernsteindebatte aufgerollten Fragen selber gar nicht Stellung genommen. Warum sollte nun Bernstein nicht das Recht haben, vor Studenten auch einmal die Theorie der Wissenschaft in seinem Sinne zu behandeln. — Es soll ihm besonders wegen der begleitenden Nebenumstände der Prozeß gemacht werden. Dieser Verein ist kein sozialdemokratischer, sondern ein gegnerischer, sagt Grunwald. Er thut so, als ob es nichts dazwischen gäbe. Es ist einfach ein wissenschaftlicher Verein, ohne eine bestimmte politische Tendenz, der die Aufgabe hat, die Studenten der Nationalökonomie zur Diskussion, zur Anhörung gegensätzlicher Meinungen einzuladen, um sich selbst ein Urtheil zu bilden. Das ist in England viel weiter ausgebildet und außerordentlich werthvoll. Daß in dem Verein auch Sozialdemokraten sind, bestreitet auch Grunwald nicht. Er vergaß auch eine Thatsache zu registriren, die er im Interesse der Wahrhaftigkeit seiner Deduktionen hätte anführen sollen: Der Vortrag Bernstein's in öffentlicher Versammlung wurde von dem Rektor der Universität ebenso untersagt wie der Vortrag Mehring's. (Hört! hört!) Also der Rektor war nicht so überzeugt, daß er es in Bernstein mit einem Umstürzler des Sozialismus zu thun habe; der Vortrag wurde dann in geschlossener Versammlung gehalten, wozu eine Genehmigung nicht nöthig war. Das zur Kennzeichnung der Situation.

Man sagt, die bürgerliche Presse hat uns erst auf die Gefahr aufmerksam gemacht. Die reaktionäre Presse hat im Gegentheil Bernstein für viel gefährlicher erklärt als die anderen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber auch die andere Presse, die uns auseinanderzuloben versucht, z. B. die „Frankfurter Zeitung", hat Bernstein wegen seines Vortrags durchaus kein Lob ertheilt; sie hat es für Wortstreiterei erklärt, mit der nichts bewiesen sei. Der Vortrag ist dort als das taxirt worden, was er war: als rein wissenschaftliche Deduktion, die zu uns gar keine Beziehung hat.

Der Zorn ist aber darüber: Bernstein zieht — so hieß es in der „Erfurter Tribüne" — jetzt dem Sozialismus seine wissenschaftlichen Fundamente unter den Füßen weg; er bestreitet, daß er auf wissenschaftlicher Grundlage beruht. Wer das behauptet nach den bürgerlichen Berichten über den Vortrag, dem kann man sagen: Du hast das mißverstanden. Wer das aber behauptet auf Grund der Lektüre des erschienenen Wortlautes, dem muß man sagen: absichtliche Verdrehung! Bernstein war viel zu höflich gegen Sie, Genosse Grunwald. Ich halte Sie nicht für so dumm, daß Sie das hätten mißverstehen können. Zur Charakterisirung der Thüringer Resolution möchte ich noch etwas ausführen. Als der Bericht über den Vortrag erschienen war und die Debatte darüber begann, da brachte der „Petit Sou" eine Berliner Korrespondenz, in der es hieß, daß in der so einflußreichen „Erfurter Tribüne" [illegible]iterkeit) man jetzt Stellung nehme zu den Theorien Bernstein's und erkläre, [illegible] die Spaltung unvermeidlich ist; denn es könne nicht geduldet werden, daß [illegible]rnstein einer Partei angehöre, deren Prinzipien er angreife. Es heißt dann: „Wir sind entzückt über die letzten Angriffe Bernstein's, weil sie uns Gelegenheit geben, einer unerträglichen Sache ein Ende zu machen." (Hört! hört! rufe Grunwald's.) Jawohl, Genosse Grunwald! Sie haben nur auf die Gelegenheit gewartet und dann: Halali, jetzt konnte die Hetze losgehen! Und

Digitized by Google

dann ist sie auch losgegangen, zunächst durch eine verkehrte Darstellung des Inhalts des Vortrags und dann so weiter. Sie haben den „Oppurtunisten" vorgeworfen, wenn man sie beim Wort nehme, so suchten sie sich herauszureden mit der Parole „Mißverständnisse". Ich bin nicht so höflich, den guten Willen, uns zu verstehen, bei der Gegenseite vorauszusetzen, und deßhalb sage ich, Sie operiren mit absichtlichen Entstellungen und Verdrehungen. —

Aber die Sache ist noch weiter gegangen. Um dieselbe Zeit spielte der bekannte Fall Ruhland-„Münchener Post". Da ließ Ruhland die Gute los, er habe seiner Zeit der „Münchener Post" das Angebot gemacht, für ruhiger gehaltene sozialistische Schriften, die mit den alten Traditionen brächen, eventuell Geldmittel aus bürgerlichen Kreisen flüssig zu machen. Der „Vorwärts" hat die in dem Ruhland'schen Gerede angedeutete Insinuation einfach lächerlich gemacht und ich glaube nicht, daß in der Partei irgend jemand geglaubt hat, daß die Bewegung, die man als opportunistische bezeichnet, die es aber meines Erachtens gar nicht ist, die sich an den Namen Vollmar knüpft, von bürgerlichen Kapitalisten bezahlt sei. (Grunwald: Das habe ich gesagt?) Das hat zunächst Ruhland gesagt. Der „Vorwärts" hat damit kurzen Prozeß gemacht, und da kommt die „Erfurter Tribüne" und schreibt, daß der „Vorwärts" mit seiner Polemik doch sehr unglücklich sei, denn er habe keine Parteigeschichte im Kopfe, wenn er behaupte, so was habe es damals gar nicht gegeben; er verweist auf Vollmar, und dann ergeht er sich in Ausdrücken wie: „Um die Richtigkeit der Ruhland'schen Darlegungen ableugnen (!) zu können, stellt der „Vorwärts" die Parteigeschichte falsch dar." (Bewegung. Hört! hört! Rufe: Das ist stark!)

Wenn man zu derartigen Mitteln greift, um Stimmung zu machen gegen die sogenannten Bernsteinianer, die abgeschlachtet werden sollen, dann begreift man, wie die Erfurter Parteigenossen, die die „Erfurter Tribüne" lesen, für eine solche Resolution stimmen konnten. (Sehr wahr!) Es war nothwendig, die Entstehungsgeschichte der Resolution einmal aufzudecken. (Lebhafte Bewegung.) Ich habe die Empfindung gehabt, daß es sich hier um ein planmäßiges Scharfmachen gehandelt hat. (Zustimmung.) Das hat Grunwald ja auch zugegeben, indem er sagte: ich wollte die Debatte provoziren; nun, und der Zweck heiligt ja bekanntlich die Mittel. Erst stiftet man Unruhe und will dann den, gegen den man die Unruhe gestiftet hat, als Unruhestifter vor Gericht ziehen. (Hört! hört!) Ich bin der festen Ueberzeugung, daß das der Parteitag nicht thun wird; es würde ihm nicht zur Ehre gereichen.

Es liegen dann noch zwei andere Resolutionen vor. Zunächst die Bebel'sche. Ich erkenne an, daß Bebel seine Begründung nicht mehr auf den Vortrag speziell gestützt hat; er hat wohl eingesehen, daß der die Bedeutung nicht haben kann. Was er aber dann weiter als Begründung angegeben hat, das ist gewissermaßen eine Fortsetzung von Hannover, und ich glaube, wenn die Sache ruhen sollte, dann sollte es auch für alle sein. Man wirft Bernstein vor „die einseitige Art, wie er diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, unter Außerachtlassung der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Trägern" — ja, Parteigenossen, das ist doch eine sehr natürliche Sache; Bernstein war nun einmal in diesen Kampf verflochten worden, die Probleme waren aufgerollt, und da war ein großer Theil seiner wissenschaftlichen Arbeit dem gewidmet. Er hat daneben, soweit mir bekannt, allerdings in beschränktem Maße, auch Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft geübt. Ich theile auch den Wunsch und die Hoffnung, daß Bernstein nicht nur litterarisch und an uns selber kritisirend seine Fähigkeiten der Partei zu Diensten stellt; sondern daß er sucht Boden zu gewinnen unmittelbar in der praktischen Arbeit, daß er an der praktischen Kleinarbeit in Organisation und Agitation theilnimmt mit den Anderen. (Beifall.) Und das möchte ich auch den anderen rein litterarisch

Digitized by Google

thätigen Genossen wünschen, soweit das mit ihren Stellungen und ihren Fähigkeiten vereinbar ist. (Sehr gut!) Es ist ja richtig, daß man da oft in Konflikt geräth mit seiner Zeit und Kraft; aber was man an Zeit verliert, das gewinnt man durch die Erkenntnißquelle, die die Arbeit an der unmittelbaren Agitation für jeden bedeutet. Wenn Bebel wünscht, daß Bernstein seine Thätigkeit in dieser Richtung erweitert, so mag das als Wunsch ja bestehen bleiben, aber das in einer Resolution auszusprechen, giebt ihr den Charakter einer Ungerechtigkeit, denn sonst müßte Bebel doch auch für die Gegenseite ein Wort finden. (Sehr richtig!) Wenn Kautsky sagt, Bernstein könne keine Selbstkritik vertragen — nein: hier ist weit mehr als sachliche Kritik, hier sind persönliche Herunterreißereien und Anzapfungen vorgekommen, die die zulässigen Grenzen weit überschreiten. Was müssen sich in der „Neuen Zeit" auch Auer und Vollmar u. s. w. gefallen lassen! (Sehr wahr!) Bebel sollte seine Resolution zurückziehen und sich der anderen anschließen, die beide Theile mit gleichem Maße mißt. In Hannover ist doch nicht die kritische Forschung, die Weiterbehandlung der wissenschaftlichen Probleme verboten worden, im Gegentheil. Für die freie, voraussetzungslose Wissenschaft muß Raum in der Sozialdemokratie sein (Zuruf: ist immer gewesen!) — eben, und darum soll es auch weiter sein. Wer aber an diese Probleme als Wissenschaftler herantreten will, der muß vorher den Parteimantel ausziehen. Was berechtigten Unwillen erregt hat, ist, daß man diesen theoretischen Auseinandersetzungen diese Bedeutung beigemessen, sie in die Agitation selbst hinausgeworfen hat. Mir ist das, was Grunwald vorführte, in meiner agitatorischen Wirksamkeit übrigens niemals entgegengetreten. (Zurufe.) Freilich muß man die Agitatoren auch richtig unterrichten und die Dinge nicht entstellt wiedergeben. (Sehr richtig!)

Die Diskussion hätte die häßlichen Nebenerscheinungen nicht gehabt, wenn man die Sache nicht immer zur Parteisache machte. Lassen Sie doch diesen litterarischen Streitigkeiten ihren Charakter als theoretische Meinungsverschiedenheit. Ich klage Bebel an, daß er es gewesen ist und wieder scheint sein zu wollen, der der Sache die große parteipolitische Bedeutung giebt, indem er sich mit der ganzen Wucht seiner Persönlichkeit hineinwirft. Wer auf dem festen Fundament der historischen Nothwendigkeit der Emanzipation des Proletariats steht, hat wahrhaftig nicht nöthig, nervös zu werden, wenn man diesen oder jenen Satz des Marx'schen Kapitals anficht. Parteigenossen, was an dieser Kritik richtig ist, wird Bestand haben und sich durchsetzen und wenn man es zehnmal verdonnert, und was nicht richtig ist, das wird absterben; wir werden neue Erfahrungen machen, vielleicht werden die betreffenden Genossen selbst sagen, in diesem oder jenem Punkt sind wir im Unrecht gewesen. Also lassen Sie das doch! Die Wissenschaft leuchtet nicht immer voraus, sondern kommt sehr häufig der praktischen Erkenntniß nach, die Erfahrung ist sehr häufig der vorwärtstreibende Faktor. Darum haben wir es nicht nöthig, uns aufzuregen, die große politische Aktion daraus zu machen und Bernstein die Gurgel durchzuschneiden. (Zurufe: Das wollen wir ja auch nicht!) So buchstäblich nehme ich das auch nicht an. (Heiterkeit.)

Zur Frage der Presse will ich nur bemerken, daß angesichts der Artikel, die die „Neue Zeit" ihren Lesern in letzter Zeit als wissenschaftlich vorgesetzt hat, es angemessen ist, auch jenen Genossen zu sagen: Es ist Zeit, daß Ihr in euch geht. Schön war es nicht. (Sehr wahr!)

Auch diese Debatte schadet uns nichts. Ich hoffe nur, daß es für absehbare Zeit die letzte Bernsteindebatte in der Partei gewesen ist. (Rufe: Hoffentlich!) Diese Debatte ruft uns auf die Wacht, sie mahnt uns nicht zu glauben, daß wir alle Wahrheit bereits in der Tasche haben. (Sehr richtig!) Auch die Selbstkritik gehört zum Kampf gegen die Gegner. (Zustimmung.) Wenn wir uns darauf berufen, wir seien eine wissenschaftliche Partei, dann

Digitized by Google

dürfen wir uns nicht dazu verstehen, einen Forscher wie Bernstein in seiner Thätigkeit herabzudrücken. Lassen wir ihn in seinem Sinne weiterarbeiten im Interesse der Partei. Von der Gegenseite wird Bernstein schon gesagt werden, was sie für falsch hält. Die Partei wird sich über diese Debatten nicht aufregen, sie wird davon profitiren! (Bravo!)

Bebel: Wenn Jemand in diesem Saal sein sollte, der nur die letzten Ausführungen des Genossen David hörte, der müßte glauben, daß bei irgend einem Menschen in der Partei die Absicht besteht, die freie Selbstkritik bei uns zu verbieten. Ich verweise auf die einfache Thatsache, daß die beiden vorliegenden Resolutionen in ihren Eingangssätzen vollkommen übereinstimmen. Es heißt Wasser ins Meer tragen, wenn David im letzten Theil seiner Rede auffordert, wir sollten die Selbstkritik in der Partei schützen. Darüber streiten wir uns überhaupt nicht mehr. (Lebhafte Zustimmung.) Wogegen wir uns wenden, das ist die Art, die parteischädigende Art der Thätigkeit, die Bernstein in den letzten Jahren entfaltet hat. (Sehr richtig!)

Ich hatte zunächst nicht die Absicht, mich auf die prinzipiellen Differenzen der beiden Richtungen einzulassen. Ich dachte, das sei durch Hannover abgethan. Zu meiner Ueberraschung ist Kautsky von dieser richtigen Taktik abgewichen. Er ist auf die sogenannte Verelendungstheorie eingegangen und hat damit David Gelegenheit zur Polemik geboten. Es ist nun eine böse Sache, derartige Dinge unwidersprochen hingehen zu lassen und darum einige Worte. Man hat sich auf das Kommunistische Manifest berufen. Ich konstatire, daß 1872 bereits Engels im Einverständniß mit Karl Marx erklärt hat, daß sie es nur als historisches Aktenstück wieder veröffentlichen wollten (hört! hört!). Wer die Werke von Marx und Engels eingehend studirt hat, kann nicht im Zweifel sein, daß sie nie und nimmer die Elendstheorie in dem von David dargestellten Sinne aufgestellt haben. (Sehr richtig.) Wenn etwas charakteristisch ist und weite Stellen in den „Voraussetzungen des Sozialismus" von Bernstein widerlegt, dann ist es die von Bernstein als Motto seinem Buche vorausgeschickte Stelle im „Kapital", in der Karl Marx die Zehnstundenbill als Sieg eines Prinzips bezeichnet. (Sehr richtig!) Marx war der Ansicht, daß den niederdrückenden Tendenzen des Kapitals die Arbeiterklasse durch ihre Organisation entgegenwirken kann, und wenn es ihr durch die Kraft der Organisation gelinge, die Staatsgewalt zu solchen Schritten zu veranlassen, dann sei das nicht blos ein großer moralischer Fortschritt, sondern der Sieg eines neuen Prinzips. Selbst ein Mann wie Lassalle, der so scharf auf dem Standpunkt des ehernen Lohngesetzes stand, selbst er giebt nicht Anlaß, ihn zum Zeugen für eine falsche Auffassung der Verelendungstheorie anzurufen. In seinem Offenen Antwortschreiben heißt es: Man sagt Euch Arbeiter, Ihr seid heute in einer ganz andern Position wie vor 3—400 Jahren. Gewiß steht Ihr besser da, als die Botokuden und menschenfresserische Wilden. „Jede menschliche Befreiung", so heißt es weiter, „hängt ja immer nur ab von dem Verhältniß der Befriedigungsmittel zu den in einer Zeit bereits gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnissen, oder was dasselbe ist, von dem Ueberschuß der Befriedigungsmittel über die unterste Grenze der in einer Zeit gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnisse". Wenn ihr aber dann vergleicht — meint er weiter — das, was die reiche Klasse heute hat, mit dem, was die Arbeiterklasse heute hat, dann ist der Abstand zwischen der Arbeiterklasse und der reichen Klasse von heute ein größerer als je vorher. (Sehr richtig!) Das ist der Kern der Verelendungstheorie, eine so einfache und selbstverständliche Sache daß David, der nicht zu den unbedeutenden Männern in unsrer Partei gehört und die Parteigeschichte sehr genau kennt, so viel Objektivität hätte besitzen sollen, diese Auffassungen unserer großen Theoretiker anzuerkennen. (Sehr richtig!) Da bei dieser Gelegenheit auch Parvus in die Debatte gezogen worden, unter

Digitized by Google

anderm mit einem Citat aus der „Neuen Zeit“: „Unmittelbar am Tage nach der Eroberung der politischen Gewalt ꝛc.“, so will ich mit meiner Meinung nicht zurückhalten. Ich bedauere lebhaft, daß in den letzten Nummern der „Neuen Zeit“ die bekannten Artikel von Parvus über die sogenanten Opportunisten in der Partei und hervorragende Parteigenossen erschienen sind. (Lebhaftes Hört! hört!) Ich meine, es gehört ein ziemlicher Grad von Geschmacklosigkeit dazu, hervorragende Parteigenossen ihren Gegnern gewissermaßen im Badekostüm vorzuführen. (Große Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) Nach meiner Meinung hätte die Redaktion der „Neuen Zeit“ diese Artikel nicht aufnehmen sollen. Von dieser Meinung habe ich auch sofort Kautsky Mittheilung gemacht. Darauf hat Kautsky mir erwidert: Auch ich bedauere, daß die Artikel aufgenommen worden sind, aber ich bin unschuldig daran, ich war in den Ferien. Kautsky hatte für seine zerrütteten Nerven Erholung suchen müssen. Wenn aber auch Kautsky ohne Schuld ist, so bedauere ich doch, daß in dem wissenschaftlichen Organ unsrer Partei solche Artikel erscheinen konnten. (Sehr richtig!) Was aber das Citat aus diesen Artikeln betrifft, das David erwähnt hat, nun wie oft haben wir nicht solche Redefloskeln „vom Tage nach dem und dem Ereigniß“ gebraucht! Wir sagen immer „am Tage nach“. Das ist eine in der ganzen internationalen Sozialdemokratie allgemein übliche Redensart, aus der man nicht das herausziehen darf, was hier herausgezogen ist.

Ich beabsichtige nicht, auf das einzugehen, was gestern über die Stellungnahme des „Vorwärts“ zu Bernstein und zu anderen Vorgängen ausgeführt ist. Wir haben beschlossen, uns streng an die Bernsteindebatte zu halten, und dem werde ich nachkommen. Aber was zur Sache gehört, ist mein gestern ausgesprochener Tadel, daß der „Vorwärts“ es unterlassen hat, einen Berichterstatter zum Vortrag von Bernstein zu schicken. Darauf hat Gradnauer erwidert, ich sei durch ihn irregeführt worden, der „Vorwärts“ habe einen Berichterstatter in den Sozialwissenschaftlichen Studentenverein geschickt. Man hat mir aber seiner Zeit auf der Redaktion des „Vorwärts“ gesagt, ein Berichterstatter sei nicht dagewesen. Jetzt meldet man, es sei einer dort gewesen. Es kann uns allerdings gleichgültig sein, wer in diesem Verein spricht, aber wenn ein so hervorragender Genosse wie Bernstein spricht und wenn er ein Thema wählt, wie er es gewählt hat, so hatte, meines Erachtens, eine aufmerksame Redaktion die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, einen Berichterstatter hinzuschicken, nicht nur um zu hören, was er sagt, sondern auch um zu berichten. Man wandte ein, der Vortrag sei so kraus und verschlungen gewesen, daß man darüber nicht berichten konnte. Das träfe dann Bernstein, der sich in seinem Vortrag so unklar ausgedrückt hat, daß selbst Heine, ein Mann von tüchtiger juristischer und philosophischer Bildung, in seiner Kritik sagt: „Bernstein macht es einem nicht gerade leicht, den Gedankengang herauszuschälen aus den vielfachen Abschweifungen, Wiederholungen und irreführenden Ausdrücken.“ Eine schärfere Beurteilung einer Rede kann allerdings von einem Freunde nicht ausgesprochen werden. Es kann ja sein, daß auch der Berichterstatter des „Vorwärts“ zu diesem Resultat gekommen wäre und gesagt hätte: „Ich habe zwar aufmerksam zugehört, aber was Bernstein gesagt hat, ist mir unmöglich, zu Papier zu bringen“. Das ist überhaupt das Unglück von Bernstein, daß r früher, wo er noch festen Boden unter den Füßen hatte, sich klar ausdrücken onnte, aber jetzt, wo er im Sumpfe watet, nicht mehr klar sich auszudrücken ermag. (Sehr richtig.) Man lese nur sein Buch, ich wette darauf, daß keine eits darin ist, über die nicht unter den verschiedensten Menschen die verschiedensten Anschauungen bestehen. Wenn man glaubt, Bernstein am Kragen u haben, so sagt er sofort: Das habt Ihr mißverstanden! (Sehr richtig!) a, es ist in der That schwer, mit Bernstein zu diskutiren, sowohl schriftlich ie mündlich, weil er es einem bei dem krausen, verschlungenen Gedankengang

Digitized by Google

in seinen Schriften und Reden sehr schwer macht, herauszubekommen, was er eigentlich sagen wollte.

Darin unterscheide ich mich von Grunwald, daß ich Bernstein keinen Vorwurf daraus mache, daß er im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein gesprochen hat. Ich kenne die Herren gar nicht und habe auch nicht die Absicht, mich um die Antezedentien dieses Vereins zu kümmern. Die Herren hatten stets die Freundlichkeit, mich zu ihren größeren Veranstaltungen einzuladen; ich habe aber stets aus Mangel an Zeit abgelehnt; sie haben mich auch in diesem Frühjahr aufgefordert, bei ihnen zu reden. Ich habe abgelehnt, denn einmal hatte ich keine Zeit und zweitens war mein Gesundheitszustand so herunter, daß ich nicht einmal bei meinen eigenen Parteigenossen reden konnte. Aber ein prinzipieller Grund, nicht dort zu sprechen, lag für mich nicht vor, selbstverständlich auch nicht für Bernstein. (Hört! hört!) Etwas Anderes aber ist das Thema, worüber Bernstein sprach. Das gehörte nicht in den sozialwissenschaftlichen Studentenverein. (Sehr richtig.) Das ist ein Thema, das seiner ganzen Natur nach von Neuem eine Bernstein-Debatte eröffnen mußte. Das ist der Grund der jetzigen Debatte, Genosse David! Die Dinge werden so dargestellt, als ob wir das Karnickel seien, und speziell ich. Aber ich habe doch in den letzten sechs Monaten kein Wort über Bernstein öffentlich gesagt oder geschrieben, und nun soll ich die Person sein, die mit der ganzen Wucht ihrer Autorität sich gegen Bernstein ins Zeug legte nnd die heutige Debatte hervorrief. Wenn David diese Art Bernstein-Debatten bis an den Hals zuwider sind, so sage ich, mir sind sie bereits bis über den Scheitel, und ich hoffe mit ihm, daß es heute das letzte Mal ist, wo wir über diese Dinge reden. (Beifall!) Und damit es wirklich das letzte Mal ist, schlagen wir unsere Resolution vor, die sich von der nichtssagenden Form der anderen Resolution unterscheidet. Wir konstatiren einfach eine Thatsache, wir sprechen kein Urtheil in der Resolution aus, und erwarten, daß Bernstein, nachdem er sowohl in den letzten Monaten wie speziell hier auf dem Parteitage durch die Diskussion erfahren hat, wie ein großer Theil der Genossen über seine Art der Agitation denkt, endlich einmal Raison annimmt und daß er künftig wieder in der Weise für uns arbeitet, wie wir es von dem ehemaligen Redakteur des Züricher „Sozialdemokrat" als etwas ganz Selbstverständliches glaubten annehmen zu sollen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Daß wir uns in dieser Beziehung so gewaltig getäuscht haben, bedauert niemand mehr als ich. Daß dem so ist, wundert mich aber nicht. Wir kennen uns seit 31 Jahren, und ich weiß, wenn auf irgend einen seine Umgebung einen starken Einfluß ausübt, so ist es der Genosse Bernstein, und durch die verschiedenen Situationen, in die er im Laufe der 31 Jahre durch die Verhältnisse gekommen ist, erklärt es sich, daß er große umwälzende Wandlungen bei sich selbst vorgenommen hat. Seine letzte Wandlung erklärt sich daraus, daß er verurtheilt war, lange Jahre in England zu leben, wo die Verhältnisse so grundverschieden von den unsrigen sind, und daß er dazu verurtheilt wurde ist nicht seine Schuld, es ist sogar sein Verdienst. Solche Anschauungen hätte er in Deutschland nie bekommen. Ich verurtheile nicht, ich klage nicht an, ich konstatire nur die Thatsache.

Nun hat Bernstein den lebhaften Beifall angezogen, den sein Vortr gefunden hat. Ich bin erstaunt darüber, daß er darauf Gewicht legt. D jungen Menschen, die ihm Beifall geklatscht haben, sind kaum kompetent, d Vortrag zu beurtheilen. Wie aber die Parteigenossen urtheilen, zeigt die Kri von Heine, der den Vortrag gehört und gelesen, also den doppelten Vorz der mündlichen Erörterung und der schriftlichen Wiedergabe hat. Da brauc er sich über den Beifall der Studenten nicht zu wundern. (Bernstein ruf Bei welcher Gelegenheit hatte ich den Beifall?) Hier in dem Bericht, d

Digitized by Google

mir eben Bernstein übergiebt, steht, daß Bernstein den größten Beifall an der Stelle hatte, wo er einem Gegner gegenübertrat. (Hört! hört!) Das ist ja sehr erfreulich, aber ich hätte nur gewünscht, daß er das, was er in der Debatte einem Gegner sagte, später, als die bürgerliche Presse seinen Vortrag fruktifizirte, klipp und klar erklärt hätte, wie er diesem Treiben gegenüberstehe. (Sehr richtig.) Wir sind heute in der traurigen Lage, daß wir in der Partei nicht, wie damals in Frankfurt a. M. nur einen Mann haben, der uns von der bürgerlichen Presse als Musterknabe hingestellt wird, nein, heute haben wir bereits fünf hervorragende Genossen, die unausgesetzt das nicht beneidenswerthe Schicksal genießen, nach allen Richtungen hin von den Gegnern gelobt zu werden, ohne daß sie auch nur einmal Veranlassung nahmen, dies für sie geradezu kompromittirende Lob in die gehörigen Schranken zu verweisen, sich zu verbitten, daß man ihnen Tendenzen unterschiebt, die sie nicht haben, und zu erklären: Wir stehen fest zur Partei. (Beifall.) In Frankfurt a. M. war es Auer, der auf das ständige Lobhudeln Vollmar's durch die gegnerische Presse hinwies und ausführte:

„Daß die Reibungen mit den Bayern nicht aufhören, hängt weiter mit der persönlichen Stellung Vollmar's und seiner Bedeutung in der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Vollmar kann es nicht unbekannt sein, daß fortgesetzt von der gegnerischen Presse versucht wird, einen Gegensatz zwischen ihm und uns zu konstruiren, und diese Versuche sind so alt schon, als Vollmar alt in der Partei ist. Wir sahen sie bereits in einer Zeit, wo Vollmar noch nicht auf der äußersten rechten Seite unserer Partei stand, wie er selber gesagt hat, sondern auf der ganz entgegengesetzten Seite. Diese Versuche sind ständig gemacht worden, aber wir warten bis heute noch auf ein Wort Vollmar's, auf eine offene Erklärung von ihm, worin er diese gegnerische Infamie desavouirt. Dies Wort habe ich oft von Dir erwartet, Vollmar. Du bist zu stolz dazu gewesen. Wir, die wir in guten und in bösen Tagen mit Dir zusammengekämpft haben, wir kennen Dein Naturell und wissen, weshalb Du schweigst. Die Hunderttausende draußen aber kennen Dich nicht so genau, sie ziehen Folgerungen und denken, wenn die Dinge immer wieder auftauchen und Vollmar schwebt über den Wolken und hat nicht ein Wort, das seine Solidarität bekundet, ja zum Teufel, da muß am Ende doch etwas dahinter stecken."

Das trifft genau auf die heutige Situation zu, nur daß wir wie gesagt heute eine ganze Anzahl von Personen haben, die fortgesetzt von den Gegnern gelobt werden. Ich hätte gewünscht, daß jene sehr richtige Bemerkung Auer's in Frankfurt endlich auch einmal hier und bei den verschiedensten Gelegenheiten in den letzten Jahren Beachtung gefunden hätte. (Sehr richtig!) David hat ja vollkommen recht, daß es nicht richtig ist, wenn man sagt, die „Frankfurter Zeitung" habe den Bernstein'schen Vortrag gelobt. Nein, sie hat ihn getadelt, aber in einer Weise, die für einen Genossen wie Bernstein außerordentlich bedauerlich ist, und wenn jemals, so hätte dieser Kritik gegenüber Bernstein das dringendste Bedürfniß haben müssen, in der fulminantesten Weise die „Frankfurter Zeitung" heimzuschicken. Es heißt da:

„Bernstein hat die Revision sehr gut begonnen. Er nahm den Marxismus vor sich und ohne auf Fragen subtilster Art einzugehen, holte er ein Stück nach dem anderen heraus, zergliederte es und zeigte die Fehlschlüsse. Das haben zwar andere schon vor ihm gethan, aber wie die Dinge nun einmal liegen, mußte ein angesehener Sozialdemokrat es noch einmal thun. Das ist seine historische Mission. (Hört! hört!) Auf diesem Wege müßte er weitergehen, wenn er sein Werk fortsetzen will, mitten in den Marxismus hineingreifen und demonstriren — Wissenschaft gegen Wissenschaft. Wenn aber das eine von vornherein als Unwissenschaft abgethan ist, dann

Digitized by Google

braucht es keiner Diskussion mehr und keiner Demonstration; dann ist man am Ende. Das wäre aber sehr schade, denn Bernstein's Aufgabe ist noch lange nicht erfüllt."

(Hört! hört!)

Das sind die Ansichten und Hoffnungen, die in einem so hervorragenden und auch sachkundigen Blatt wie die „Frankfurter Zeitung" anläßlich dieses Vortrags geäußert worden sind. Und da sage ich offen: mir hat es in der Seele weh gethan, als ich eine solche Kritik über Bernstein in der „Frankfurter Zeitung" las, ihn, der früher ganz andere Kritiken und weniger angenehme von jener Seite zu hören bekam. Und haben Sie es nicht alle in der bürgerlichen Presse gelesen, daß man es als Geniestreich des Grafen Bülow pries, daß er Bernstein nach Deutschland ließ? Zu solcher Zweideutigkeit, zu solcher Zwitterstellung hat seine Thätigkeit in der Partei in der letzten Zeit geführt. Was hat denn Bernstein in den letzten drei Jahren gethan? Haben Sie von ihm eine Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer theoretischen Träger, der Brentano, Wagner, Schmoller, Sombart gelesen? Nein, die Grundlagen der Partei und Marx und Engels hat er ausschließlich kritisirt. Bei der Neu-Auflage seines Buches hat er die schärfsten Angriffe gegen Brentano gestrichen, die scharfen Angriffe gegen Engels und Marx hat er ruhig stehen lassen. Wir wissen heute noch nicht, wie Bernstein zu einer ganzen Reihe hochwichtiger Fragen steht, zu unserer parlamentarischen Thätigkeit, der Militär-, Marine-, Kolonial-, der Weltpolitik, dem China-Abenteuer. Ist das eine Art des Kampfes bei einem so hervorragenden, intelligenten Parteigenossen? Ich habe schon gestern gesagt, es macht den Eindruck, als könne er keinen Abend ruhig zu Bett gehen, ohne nach einer neuen Stelle in unserem Programm zu suchen, gegen die er seine kritischen Pfeile richten kann. Wir sind wahrhaftig für die Freiheit der Kritik, aber wie Bernstein es in den letzten Jahren trieb, das ist nicht mehr Kritik, das ist philosophische Haarspalterei, talmudistische Spitzfindigkeit, Philosophisterei und Kritikasterei (große Heiterkeit), es ist die Sucht, immer wieder etwas in Zweifel zu ziehen, mit Behagen seinen Scharfsinn daran zu wetzen.

Heine hat ganz richtig gesagt, wir sind eine Partei des Handelns. Auch ich bin der Meinung, daß die meisten von uns das, was sie wissen, im praktischen Kampf, nicht durch theoretische Kritik gelernt haben, weil unsere Schulung nicht so weit geht, daß wir Marx in allen Punkten verstehen können. Dazu aber haben wir die Theoretiker, und darum sind wir nicht nur eine Partei des praktischen Handelns, sondern auch eine theoretische Partei, eine Partei, die fortgesetzt ihre Stellung untersucht und die, wie keine andere Partei, so den Zeiterscheinungen und Veränderungen in der Gesellschaft folgt. Sonst wären wir nicht in 30 Jahren zu dem vierten Programm gekommen; es werden wenige Jahre vergehen und wir haben das fünfte. Ich bin nicht der Meinung Heine's, daß wir noch längere Jahre unser jetziges Programm ungeändert behalten werden. Nein, mir pressirt es etwas mehr; ich will nicht, daß wir, während fortgesetzt die Grundanschauungen des Programms kritisirt und in Zweifel gestellt werden, mit diesem Programm in den Kampf ziehen, und ich habe gar nichts dagegen, daß wir im nächsten Jahre eine Revisionskommission einsetzen.

Nun hat Bernstein gestern hervorgehoben, daß ein Erfolg seiner Kr die Aenderung des Programms der österreichischen Partei gewesen sei. A einer der Hauptmitarbeiter an diesem neuen Programm, Adler, erklärt in österreichischen „Arbeiterzeitung", daß auch nicht ein einziger der al Programmsätze durch den „Kritizismus", durch die „Bernsteinerei" erschü sei. (Hört! hört!) „Aber" — so schreibt er weiter — „ebenso zeigt es daß man einige jener alten Sätze heute nicht mehr lesen kann gerade re jener Diskussion, ohne zu empfinden, daß sie dem Mißverständniß und

Digitized by Google

Unterschiebung ausgesetzt sein können. Bernstein hat bekanntlich neben etlichen wirklichen Verdiensten das vermeintliche, der Erfinder des granum salis zu sein, des Körnchens Salz, mit dem man jeden allgemeinen, generalisirenden Satz — und aus solchen besteht ein Programm — lesen müsse." Und in seinem Artikel in der „Neuen Zeit" äußert er eine Ansicht, die ich vollkommen theile. Parteigenossen! Das ganze Auftreten Bernstein's würde in der Partei lange nicht die Bedeutung gehabt haben, wenn wir nicht eine Prosperitätsepoche von ungewöhnlicher Dauer gehabt hätten und diese nicht in einer Menge von Köpfen unter uns den Glauben an die Richtigkeit unserer bisherigen Voraussetzungen erschüttert hätte. (Sehr richtig!) Nun ist die Krise gekommen und so bedauerlich sie ist wegen ihrer entsetzlichen Wirkungen für Hunderttausende und Millionen von Arbeitern, vom Standpunkt der Partei ist sie von den besten Folgen. Sie hat mit elektrischem Licht gezeigt, wie es in Wahrheit in der bürgerlichen Gesellschaft aussieht, und ich bin überzeugt, wäre die Krise vor $2^1/_2$ Jahren gekommen, statt in diesem Frühjahr, das Bernstein'sche Buch wäre nicht geschrieben worden. (Sehr richtig!)

Also es kann gar kein Zweifel sein, wie wir uns dem Auftreten Bernstein's gegenüber zu verhalten haben. Bernstein hat sich große Verdienste um die Partei erworben; Niemand weiß das besser als ich, der ich in den schweren Zeiten des Sozialistengesetzes in der engsten persönlichen Fühlung mit ihm stand. Aber ich behaupte, daß die Thätigkeit der letzten Jahre seine Verdienste um die Partei in sehr erheblichem Maße geschmälert hat. Leider! Wenn wir diese Taktik allesammt verfolgt hätten, dann hätten wir uns heute die Trümmer der sozialdemokratischen Partei besehen können. (Bewegung.) Aus diesem Grunde bitte ich Sie dringend: Nehmen Sie die von uns vorgeschlagene Resolution an. Man wirft ihr vor, sie enthalte ein Bernstein beleidigendes Urtheil; das ist nicht wahr. Die Resolution konstatirt einfach nackte Thatsachen und wir können sagen: wir hoffen, daß Bernstein zu der Erkenntniß kommen wird, daß er einen Fehltritt gethan hat. Wir hoffen, daß er wieder auf den richtigen Weg kommen wird, wo wir uns freuen werden, ihn als den Unseren im vollsten Sinne des Wortes zu begrüßen. (Stürmischer Beifall.)

Die Debatte wird hier abgebrochen.

In einer persönlichen Bemerkung verwahrt sich **Ad. Hoffmann**-Berlin gegen die Behauptung David's, daß er das Verbot der kritischen, wissenschaftlichen Forschung für Bernstein oder andere gefordert habe. Wir wünschen die kritische Forschung, aber im Rahmen der Partei und in den Kreisen der Partei.

Auer: Genosse Bebel hat bedauernd erwähnt, daß Parvus mich im Badekostüm den Gegnern vorgeführt habe. Ich erkläre: Wenn Parvus weiter nichts gethan hätte als das, so hätte ich nichts dagegen einzuwenden. (Heiterkeit.) Denn ich halte mich für einen ganz normalen und hübsch gewachsenen Kerl. (Stürmische Heiterkeit.) Aber Parvus hat etwas anderes gethan, und das ist es, worüber ich mich beschweren muß. Er hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich bei der Auswahl meines Vaters nicht vorsichtig genug gewesen bin. (Heiterkeit.) Nun, irgendwo muß der Mensch doch geboren sein, und alle können wir nicht aus Rawitsch stammen. (Stürmische Heiterkeit.)

Singer theilt mit, daß zwei genügend unterstützte Anträge namentliche Abstimmung über die Resolution 108 und 109 verlangen und schließt dann die Sitzung.

Schluß $6^1/_4$ Uhr.

Digitized by Google

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 25. September. — Vormittags-Sitzung.

Von der Belgischen Arbeiterpartei liegt ein Begrüßungstelegramm vor.

Singer: Bei aller Wichtigkeit der laufenden Debatte müssen wir doch dafür sorgen, daß für unsere weiteren Geschäfte noch Zeit bleibt. Ich schlage deshalb vor, daß wir die Bernstein-Debatte und die allgemeine Erörterung über die Presse spätestens heute Mittag beenden. Der Nachmittag und der morgige Vormittag soll der Schiedsspruch-Angelegenheit gewidmet sein; zur Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung haben wir dann den Freitag und Sonnabend, so daß wir Sonnabend Abend zu Ende kommen können. Die Hamburger und die Banter Schiedsspruch-Angelegenheiten werden gesondert behandelt werden. Die Banter Genossen haben gegen den Spruch der Kontrolleure Berufung eingelegt, das Material ist in meinen Händen; ich schlage vor, daß es zunächst der Neunerkommission zur Berichterstattung überwiesen wird.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Die gestern abgebrochene Verhandlung wird nunmehr fortgesetzt. Zur Diskussion stehen mit die Anträge 52, 91, 92, 93, 108, 109, über die beiden letzteren ist namentliche Abstimmung beantragt.

Den Vorsitz übernimmt Schwartz.

Leutert-Apolda: Ich muß mich gegen die Auffassung David's verwahren, als ob wir alten Genossen erst durch die „Wühlereien" von Grunwald zur Abfassung unserer Resolution gegen Bernstein veranlaßt wurden. Auf unserem Parteitag handelte es sich nicht allein um Bernstein, der die Disziplin etwas gelockert hat. Nein, wir sagten uns, wenn wir Bernstein köpfen, was sollen wir dann erst mit Schippel, Calwer und den anderen Mitarbeitern der „Sozialistischen Monatshefte" thun, die die Wissenschaft nur zum Zwecke der Wissenschaft betreiben. Wer das will, der muß auf der Universität weiter studiren; wenn sie bei uns sind, so müssen sie die Wissenschaft studiren, um sie in die Praxis zu übertragen. Kritik, Antikritik, Selbstkritik sind schöne Dinge, aber wir sind dadurch in eine kritische Situation gekommen. Schuld daran sind die „Isegrimm"-Artikel, die Referate von Schippel und Calwer auf unseren letzten Parteitagen. Wir dachten, die Bernsteinerei sei durch die Bebel'sche Resolution in Hannover erledigt. Leider ist das nicht der Fall. Wir haben uns nicht allein durch Bernstein's Vortrag im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein zu unserer Resolution bringen lassen, sondern durch seine ganzen Artikel in der „Neuen Zeit" und den „Sozialistischen Monatsheften", wo er unser ganzes Endziel bestreitet. Glauben Sie nicht, Genosse Bernstein, daß uns das schadet? Im Wahlkampf von 1898 haben unsere Gegenkandidaten die Bernstein'schen Ausführungen als Waffe gegen uns benutzt. Der freisinnige Dr. Crüger hat mir entgegengehalten, Bernstein habe gesagt, das Endziel ist mir nichts. Darauf erwiderte ich: Nein, das hat er nicht gesagt, er hat gesagt, die Bewegung zum Endziel ist mir alles, und darin stimmen wir mit ihm überein. Sofort zeigt mir Dr. Crüger den Bernstein'schen Artikel in der „Neuen Zeit", ich werde leichenblaß und sage: Das steht da drin, aber so lange es noch nicht in unserem Programm steht, halte ich mich nicht daran. und ich kann versichern, daß Baubert auch auf dem Standpunkt steht. Ber stein macht Kritik und Antikritik und Selbstkritik und es bleibt alles dasselb und man kann Bernstein nicht fassen. Da schreibt er seinen Artikel über d Gewerkschaften, schreibt darin dreierlei und behauptet, es ist alles dasselb Sind wir nicht Sozialdemokraten, weil wir die Ausbeutung durch den Kap talismus beseitigen wollen? Kennt Bernstein nicht die Geschichte der letzte Streiks? Glaubt er, daß der Kapitalismus seit dem Sozialistengesetz ander geworden ist? Auf das scharfe Vorgehen können wir nur auf die schärff

Digitized by Google

Weise antworten. Für die Zukunft die Erfahrungen nutzbar machen, das nenne ich Wissenschaft. Bernstein sagt, er hat sich bei dem Vortrag in dem Studentenverein nur auf einen kleinen Kreis von Zuhörern eingerichtet; ach, Genosse Bernstein, richten Sie sich doch so ein, wie sich jeder von uns gewöhnlichen Agitatoren einrichten muß. Bebel hat sich auch gemausert, aber niemals hat er vergessen, wie seine Ausführungen und die dadurch herbeigeführten Beschlüsse auf die Zukunft wirken müssen; so war er als Geselle, so als Handwerksmeister und noch heute und deshalb steht er in enger Fühlung mit uns. Ich habe seit 14 Jahren ein gutes Malergeschäft, aber ich weiß doch, daß ich nur Handlanger des Kapitalismus bin. Es sind auch 40 Strumpfwirker in Apolda mehr geworden; der Kapitalist giebt die Maschinen aus seinem Hause heraus und der Handwerksmeister ist froh, wenn er für die Arbeit 10 Mk. verdient, sie ist aber 50 und 60 Mk. werth. Wenn Bernstein die Sache so studirt hätte, wie sie sich der Kleine zu studiren vorgenommen hat — er ist noch jung, er kann noch etwas werden (Heiterkeit), — dann wäre noch etwas herausgekommen: ein gemeinsames Vorgehen gegen unseren gemeinsamen Feind.

Kiesel-Berlin erklärt zur Geschäftsordnung im Auftrage der Genossin Luxemburg, daß sie ihres Prozesses wegen nach Posen abgereist ist und deshalb ihre Wortmeldung zurückziehen müsse.

Stadthagen-Berlin: Die Debatte hat sich streng auf das Bernsteingebiet zu beschränken. Auf den „Vorwärts" kann ich daher nur soweit eingehen, als die Bernstein-Debatte ihren Ausgang in der Preßdebatte über den „Vorwärts" genommen. Wenn der „Vorwärts" etwas schneller — nicht Stellung gegen Bernstein, dazu hat er kein Recht — wohl aber Stellung gegen die „Welt am Montag" genommen hätte, dann wäre eine Menge Diskussion erspart und überflüssige Erregung vermieden worden. Es ist nicht richtig, wenn sich Gradnauer darauf beruft, der „Vorwärts" sei sowohl Lokal- wie Zentralblatt. Das ist richtig. Aber es ist nicht richtig, daß die Preßkommission die lokalen, der Vorstand die Interessen der Gesammtpartei vertritt. Diese beiden Interessen sind nicht verschieden voneinander. (Sehr richtig!) Beide Körperschaften vertreten die Interessen der Partei und keine von ihnen wünschte, daß der „Vorwärts" schweige. Unzweifelhaft mußte der „Vorwärts" Stellung nehmen. Es giebt aber Leute, die glauben, die Oberdiplomaten zu sein, und auf Eiern tanzen wollen, ohne sie zu zertreten. (Heiterkeit.) Das geht aber nicht. Es muß aber Stellung in allen aktuellen, die Partei berührenden Fragen genommen werden. Freilich soll in sachlicher, nicht in persönlicher Weise diskutirt werden. Es wäre oft zu wünschen, daß die Hälfte der Schärfe gegen Gegner angewendet wird, die leider oft, ohne sachdienlich zu sein, gegen Genossen zur Anwendung gelangt. So hat der „Vorwärts" auch bei dieser Gelegenheit persönliche Angriffe gegen Genossen gerichtet, z. B. gegen Grunwald. Die Frage, wie alt Grunwald ist, gehört doch nicht zur sachlichen Kritik. Ich halte es für ganz unzulässig, mit persönlichen Invektiven zu kommen. Ich bedauere auf das Tiefste, daß die Parteipresse häufig einen so persönlichen Ton anschlägt. Eine Antwort auf Bernstein ist zweifellos nothwendig. Die mildeste Form dieser twort liegt in der Resolution 109 vor. Die Resolution 108 ist unannehmbar) zwar aus folgenden Gründen: Gestern hat Bernstein in Anlehnung an den annten Giordano Bruno'schen Ausspruch: „Ihr, die Ihr das Urtheil sprecht, chtet Euch vielleicht mehr über das Urtheil als ich, der ich es empfange", it geschlossen, daß er sagte: Der Partei würde ein Urtheil gegen ihn unenehmer sein, als ihm selber. Diese Auffassung ist durchaus irrig. Wenn : sachliche Resolution angenommen wird, kann es weder der Partei noch schaden. Bernstein irrt, wenn er glaubt, es handle sich darum, eine 'n ihn persönlich gerichtete Resolution anzunehmen oder der Selbstkritik

Digitized by Google

irgend welche Schranken aufzulegen. Nein, es handelt sich ausschließlich darum, ein Votum gegen ein bestimmtes Vorgehen abzugeben. Wenn es aber im Eingang der Resolution 108 heißt: Der Parteitag hält die Freiheit wissenschaftlicher Selbstkritik für eine Voraussetzung der geistigen Weiterentwickelung der Partei — so sieht das im Zusammenhang mit jenen Ausführungen dazu gerade so aus, als ob die Partei jemals eine andere Ansicht gehabt hätte. (Sehr richtig!) Die Bernsteinianer werfen so gern mit den Worten umher: „Du sagst nur alte Phrasen". Wer aber als funkelnagelneues Axiom den Satz aufsteckt, Selbstkritik ist nothwendig, dem stehen solche Redensarten schlecht an. Die Anträge 52 und 98 verlangen volle Selbstkritik; sie verlangen aber auch, daß gegen eine Art Stellung genommen wird, die Verwirrung und Uneinigkeit in die Reihen des kämpfenden Proletariats zu tragen geeignet ist. Sie verlangen Selbstkritik und die abzulehnen ist nicht angebracht. Nr. 108 weicht dieser beabsichtigten Forderung, weicht der Selbstkritik aus. Der Selbstkritik feindlich sind Elemente, die ich kurzweg Bernsteinianer nennen will, wiewohl ich ausdrücklich betone: nicht Bernstein gehört zu ihnen, er wird überhaupt geschoben, während er zu schieben glaubte. Gegen diese Richtung, die von außen sich an die Genossen und die Partei herandrängt, ist sachlich Stellung zu nehmen. Zur Charakterisirung der Selbstkritik, Wissenschaftlichkeit und des Tons dieser Leute ein Beispiel. Da wird in einem auch sonst auffallendem Blatt im Anschluß an einem Waschzettel der „Sozialistischen Monatshefte" geschrieben, daß „die „Neue Zeit" sich immer mehr und mehr zu einem Organ herausbildet, in dem die Mehring, Rosa Luxemburg und Kautsky ihr Henkeramt an alle Jenen ausüben, die es wagen, selbständig zu denken und deren Thätigkeit nicht in der Wiederholung alter abgedroschener Phrasen besteht". Ein derartiger Ton und eine derartige Feindseligkeit gegen die, die trotz aller persönlicher Anremplungen ihre Ueberzeugung zum Ausdruck bringen, zeigt, daß solche Leute, die sich auch Genossen nennen, im Gegensatz zu der stets geübten Praxis der Partei, freie Kritik nicht vertragen können. (Zuruf.) Ja, Genosse David, so schreiben Die, mit denen Sie nicht übereinstimmen, die aber glauben, mit Ihnen übereinzustimmen. Das ist ja das Wesentlichste bei der jetzigen Debatte: es kommt nicht darauf an, was der einzelne Genosse beabsichtigt, sondern welche Wirkung bei unseren Gegner und in unseren Reihen seine Thätigkeit ausübt, das ist leidenschaftslos, objektiv zu prüfen und da muß man erklären, wie es der Antrag 109 thut, — es hat das für Bernstein nichts Verletzendes —, daß es nothwendig ist, Kritik an den bürgerlichen Parteien und Institutionen zu üben, anstatt vermeintlicher Kritik an den eigenen Parteigrundsätzen, und Zweifel auf den breiten Markt zu tragen und an Stellen abzulagern, wo sie nicht hingehören. Ein Philosoph definirt einmal Schmutz als eine Substanz an einem unrichtigen Ort. Gegen Ablagerung von Schmutz in diesem Sinne wende ich mich. Wir dürfen verlangen, daß gegen den Mißbrauch, der von Gegnern mit einigen Worten unserer Genossen getrieben wird, von diesen selbst Stellung genommen und denen auf die Finger geklopft wird, die Verwirrung in unseren Reihen zu tragen beflissen sind. Es kann ein Wort in der Hitze des Gefechts gesagt werden wie das: das Endziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles. Das kann Bernstein so nicht gemeint haben. Aber es ist Sache unserer Presse, Sache der Genossen, die in dieser Art mißbraucht werden, gegen die mißbräuchliche Anwendung und Auslegung eines so irrigen, in der Hitze mal gefallenen Ausspruchs und gegen ähnliche Dinge Stellung zu nehmen. Heine hat uns mitgetheilt, daß er mit dem Redakteur der „Welt am Montag" mal privatim Rücksprache genommen habe. Ja, dieser Redakteur schrieb beispielsweise vor einem Jahr in der Wiener „Zeit". Heine glaube ja, er sei sozialdemokratisch. Schreiber, von Gerlach, kenne ihn persönlich und da müsse er sagen: wenn Heine erreicht hat, was er wolle, s

Digitized by Google

wisse er, der Nationalsoziale nicht, was ihnen zu thun übrig bleibe. Gegen so etwas hat man entschieden und öffentlich Stellung zu nehmen, um den Gegnern, die Verwirrung in unser Lager hineintragen wollen, das Wasser abzugraben. Heine hat das nicht oder erst jetzt gethan. Es geht ja gewiß Manchem gegen den Strich, sich mit jedem Schmutzfinken, der sich an einen herangedrängt, zu befassen. Aber wenn da behauptet wird, wir kennen den Heine persönlich, der ist eigentlich ein Nationalsozialer u. s. w., dann genügt es nicht, einmal mit einem solcher Leute eine Privatunterredung gehabt zu haben. Wenn der Staatsminister Freiherr v. Berlepsch den bürgerlichen Ideologen sagt: unsere Devise ist die des Sozialisten Bernstein, dann wird Bernstein sich wohl hinter den Ohren gekraut haben. Das wollte Bernstein gewiß nicht. Wie solches Streben unserer Gegner nach Spaltung wirkt, dafür noch ein Beispiel aus der letzten Reichstagswahl in Brandenburg-Westhavelland.

Damals schrieb die „Welt am Montag" wörtlich, wie die „Brandenburger Zeitung" selbst ihren Lesern mittheilte:

„Bei der Reichstagsstichwahl in Brandenburg haben die Freisinnigen den Ausschlag zu geben zwischen dem ultra-reaktionären Herrn v. Loebell, der den Wahlfeldzug nach echt konservativer Gewohnheit unter Mundtotmachung der Gegner geführt hat, und dem Sozialdemokraten Peus. Peus ist ein Mann, dem jeder entschieden freiheitlich Gesinnte unbedenklich seine Stimme geben kann. Er hat sich stets durch den maßvollen Ausdruck im Großen und Ganzen recht verständiger Ansichten ausgezeichnet. (Hört! hört!) Ging doch von ihm der Vorschlag aus, den allgemeinen Theil des sozialdemokratischen Programms — also das ganze utopistische Endziel! — zu streichen und ihn lediglich als unverbindliches Manifest stehen zu lassen. (Hört! hört!) Wenige unter den deutschen Sozialdemokraten dürften Bernstein so nahe stehen wie er — (na, ich bin nicht der Ansicht). Seine Wahl wäre also schon deshalb ein im Sinne der radikalen bürgerlichen Parteien erfreuliches Ereigniß, weil sie in der sozialdemokratischen Fraktion den Einfluß des rechten Flügels stärken würde. Trotzdem ist Zehn gegen Eins zu wetten, daß Eugen Richter's Einfluß auf die Brandenburger Freisinnigen viel zu groß ist, als daß sie die Wahlparole für Peus ausgeben könnten. Sie werden sich offiziell der Stimme enthalten und inoffiziell zum großen Theil für den Brotwertheuerer Loebell stimmen. So war's bisher immer und überall. So wird es diesmal wieder sein."

Das schreibt die „Welt am Montag". Das wiederholt unser Parteiorgan und sagt dann, weit darüber hinausgehend, in einem Aufruf an das liberale Bürgerthum — ich betone, daß wenn Bernstein die Wirkung gewußt hätte, er mit aller Schärfe das zurückgewiesen hätte; er meint wohl, so dumm könne Niemand sein, seine Bestrebungen so auszunutzen, aber er unterschätzt die Dummheit der Leute. (Heiterkeit.) Die Dummheit darf niemals unterschätzt werden, weder bei Andern, noch bei Denjenigen, die glauben, die Dummheit Anderer zu sehen. (Heiterkeit.) Also da sagt unser Parteiorgan in dem Aufruf:

„Ein freigesinnter Gegner rühmt Peus in der „Welt am Montag" nach, es sei ein Mann, dem jeder entschieden freiheitlich Gesinnte unbedenklich seine Stimme geben könnte. „Er hat sich stets durch den maßvollen Ausdruck im Großen und Ganzen recht verständiger Ansichten ausgezeichnet," schreibt dieser Gegner, vermuthlich Herr v. Gerlach, der bekannte freigesinnte Nationalsoziale. Unser Kandidat legte allerdings seit Beginn seiner politischen Thätigkeit großes Gewicht auf eine zwar sachlich scharfe, aber in der Form anständige Kampfesweise. Schon auf dem Erfurter Parteitage 1891 wurde er wegen dieser auf die Gesittung, auf die Achtung auch der Gegner Werth legenden Agitationsweise von dem

Digitized by Google

kurz darauf aus der Partei ausgeschiedenen „Unabhängigen" Auerbach angegriffen. Auch legt unser Kandidat freilich das allergrößte Gewicht auf die Gegenwartsaufgaben, weil er überzeugt ist, nur durch die Lösung dieser auch die Zukunftsziele, auch das Endziel erreichen zu können."

Ja, Genossen, Sie sehen, wie weit das selbst in führenden Parteikreisen geht. Anstatt die Antwort zu geben, die auf diese unverschämten Anrempeleien in der „Welt am Montag" gebührt, wird das als Reklame benutzt! (Hört! hört!) Als das nach Berlin kam — das wird Bernstein vielleicht etwas zu denken geben — und als man sich in Berlin überlegte, ob man die Wahl unterstützen solle, da entschloß man sich, da es sich nicht um die Person, sondern um den Wahlkreis handelte, die Stichwahl nachdrücklich zu unterstützen. Es geschah dies dann auch mit dem guten Erfolge. Bei dieser Gelegenheit entspann sich aber nicht eine Peusdebatte, sondern eine Bernsteindebatte; denn Bernstein wird eben für bedeutend erachtet und Peus wird nur von Herrn v. Gerlach und einigen Anderen für so bedeutend erachtet.

Bernstein ist durchaus gewillt, in unseren Reihen zu kämpfen. Auf einem Fragebogen, der von der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg vor Kurzem auch an ihn gerichtet wurde, hat er sich uns für die Agitation voll zur Verfügung gestellt; also unser Ede gehört durchaus zu uns — nach seinem Willen. Nicht sein Wollen verurtheilen wir, sondern das, was er gethan hat und wohin er wider seinen Willen geschoben worden ist. Gewiß, Zweifel kann Jeder haben, aber dann soll er sich in ein stilles Kämmerlein setzen und so lange drucksen, bis er die Zweifel los wird. Hätten ihm nicht seine sogenannten Freunde den Rath gegeben, in jenem nichtsozialdemokratischen Verein zu sprechen, hätte man ihn nach seiner Rückkehr aus England zunächst in Ruhe gelassen, ich bin überzeugt, jener Vortrag wäre nicht gehalten worden. Der sozialwissenschaftliche Studentenverein ist nicht der richtige Ort, wo man seinen Zweifeln über die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus Ausdruck giebt. (Sehr richtig!) Seine Mitglieder bestehen aus jungen Leuten, die, soweit sie überhaupt eine Richtung haben, viel mehr im bürgerlichen als in unserem Lager stehen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich kurz entschieden gegen die willkürliche Scheidung von Akademikern und Arbeitern, von Wissenschaft und Arbeit wenden. Diese ist grundverkehrt. Gewiß, die Akademiker haben die formelle Bildung voraus, aber gerade auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaft haben die Arbeiter die praktische Erkenntniß voraus. (Sehr richtig!) Man sagt immer: der ganze Streit gehe allein Akademiker und Theoretiker an. Das ist aber durchaus unzutreffend. Es giebt Leute, die sich Akademiker nennen und doch keine sind. Ich meine jene Nullen, die kaum angefangen haben zu studiren und dann aufhören, weil sie glauben, daß die Universität ihnen nicht genug bieten kann, daß aber ihr Thatendrang in der Umgestaltung der Partei, in einem seit Jahrzehnten überwundenen utopistischen Allerweltssozialismus Bethätigung finden könne. Die Herren verwechseln gar zu leicht Oberflächlichkeit mit Wissenschaftlichkeit. Gewiß, es giebt prächtige Akademiker unter uns, aber daneben giebt es unter dem Deckmantel von Akademikern eine Reihe Konfusionäre und diese heften sich an die Rockschöße von Bernstein und drängen ihn in eine falsche Richtung.

In seinen „Voraussetzungen des Sozialismus" spricht Bernstein davon, wer sich nur ein wenig theoretischen Sinn bewahrt habe, für den die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus nicht blos ein Schaustück sei, der werde das und das thun. Bis jetzt habe ich immer geglaubt, daß für Bernstein der wissenschaftliche Sozialismus nicht ein Schaustück sei. Wenn man aber seinen Vortrag liest, so wird man zu dem Resultat kommen, daß in jenem Augenblick, wo er dort sprach, der ruhige Gedanke mit ihm durchgegangen ist. Das geht Vielen von uns so. Was ich ihm zum Vorwurf mache, ist, daß er diese

Digitized by Google

Dummheiten — Dummheiten machen wir Alle, aber dazu sind sozialdemokratische Versammlungen und Vereine da, um über solche zu sprechen und sie zu erledigen — in gegnerische Versammlungen trägt. Gewiß, es ist kein konservativer Parteitag, wo er hingegangen ist. Aber wenn ein Sozialdemokrat, wie Bernstein, über ein solches Thema spricht, so muß er ganz deutlich erklären, warum die Ansicht von Marx eine falsche sein soll. Bei ruhiger Ueberlegung kann ihm nicht entgehen, daß der marxistische Sozialismus, daß die Sozialdemokratie dank der Arbeit der Denkriesen Marx und Engels der allein wissenschaftliche Sozialismus ist. Die materialistische Geschichtsauffassung und die Mehrwerthstheorie auf die Gesellschaftswissenschaft angewandt, dadurch den utopistischen Wünschen eine klare, bestimmte, wissenschaftliche Basis gegeben, den mit unserem Ziel übereinstimmenden Weg der Entwickelung bewiesen zu haben, soweit sich in der Zukunft liegende Dinge beweisen lassen, das ist das große weltgeschichtlich Bedeutende des wissenschaftlichen Sozialismus, der Sozialdemokratie. Wir müssen ein ganz entschiedenes Urtheil über die uns beschäftigende Frage aussprechen, ob nun Bernstein oder ein anderer davon betroffen wird. Ich stehe garnicht an, auszusprechen, daß mir eine schärfere Resolution gegen eine ganze Reihe anderer Genossen, die ihrer Pflicht zuwider gehandelt haben, viel lieber wäre. Die Resolution 109 ist so liebenswürdig gehalten, daß eigentlich Bernstein selbst damit einverstanden sein könnte, und weil das der Fall ist, weil die Resolution 108 eine Verhöhnung der Partei selbst sein oder mindestens von Gegnern so aufgefaßt werden könnte, bitte ich Sie, möglichst einstimmig für die Resolution 109 einzutreten. Gradnauer meinte, die Praxis habe keinen Nachtheil von der Bernstein-Debatte gehabt, ich glaube, er wird sich überzeugt haben, wie unrecht er hat. Das ist ja das Erhebende für uns, daß beim wissenschaftlichen Sozialismus Praxis und Wissenschaft Hand in Hand gehen. Gewiß, auf Haarspaltereien und Dummheiten von gleichgültigen Leuten giebt man nichts. Aber anders ist das bei Bernstein. Wir wollen, daß er in Zukunft den Gegnern möglichst wenig Veranlassung giebt, ihn gegen die Sozialdemokratie ausnutzen zu können. Zwischen Wissenschaft und Praxis, richtig aufgefaßt, giebt es eigentlich überhaupt keinen Unterschied. Wenn wir jetzt das Wort „Akademiker" in die Diskussion hineinwerfen, so sieht das immer so aus, als ob wir damit die Leute schützen wollen, vor denen wir geschützt zu werden wünschen, nämlich die Leute, die kaum fertig sind und nun mit einem Mal den Beruf in sich fühlen, Marx, Engels, Bebel und Liebknecht zu überwinden. Diese jungen Leutchen, die ihr Licht leuchten lassen wollen, vergessen aber, daß wer kein Licht hat, es auch nicht anderen leuchten lassen kann. Gegen sie muß man entschieden Stellung nehmen, sie sind es, die sich entweder an die Rockschöße von Bernstein gehängt haben oder von denen er sich, wie ich fürchte, sehr gegen seinen Willen hat stoßen lassen. Ich habe keinen Zweifel, daß Bernstein sich in Zukunft mehr der praktischen Arbeit widmen und daß er in schärfster Weise den Gegnern, die seine Ansichten für sich ausschlachten zu können glauben, entgegentreten wird. Ich zweifle ferner nicht daran, daß Bernstein in einer etwaigen neuen Auflage seiner „Voraussetzungen" auf das Verhalten der Freisinnigen in Memel-
eydekrug und Brandenburg zur Illustration der Irrigkeit seiner Ansicht, daß
Freisinnigen so sehr nach links gegangen sind, hinweisen und daß er auch
augenblickliche Krisis als Beweis für den Irrthum, in dem er sich über
n Entwickelungsgang befindet, anführen wird.

Sowohl im Interesse der Partei, als auch besonders im Interesse des
nossen Bernstein selbst bitte ich Sie, der Resolution 109 zustimmen zu wollen,
absolut nichts Verletzendes hat und weiter nichts sagt: Bernstein, tritt
eder in unsere Reihen und sieh' darauf, daß die Gegner Dich nicht gegen
s ausschlachten! (Beifall.)

Digitized by Google

Singer: Es ist ein Antrag eingegangen, die Debatte zu schließen und nur noch Bernstein das Wort zu gestatten.

Frau **Zetkin:** Ich bitte, den Antrag anzunehmen, da sachlich das Wesentlichste gesagt ist und wir noch eine große Reihe anderer Dinge zu erledigen haben. Ich schneide mir damit zwar selbst das Wort ab, glaube aber, die Selbstentsagung, die ich mir auferlege, dürfte auch von anderen geübt werden.

Der Antrag wird angenommen.

Singer bemerkt, daß ihm dadurch die Möglichkeit genommen ist, seine Ansichten zu entwickeln.

Das Wort erhält nunmehr

Bernstein: Genossen! Ich will versuchen, die Debatte möglichst unpersönlich zu führen und möglichst wenig auf Nebenfragen eingehen, sondern nur die Hauptfragen erörtern. Ich verkenne durchaus nicht, daß beide Resolutionen mir persönlich gegenüber in freundschaftlichem Sinne gemeint sind, und daß die Resolution 109, soweit sie einen Tadel gegen mich ausspricht, diesen nur in Bezug auf bestimmte Handlungen, nicht in Bezug auf mein Wollen ausspricht, und in Folge dessen in keiner Weise ein Mißtrauensvotum gegen meine Person ausdrücken soll. Wenn ich das anerkenne, so glaube ich doch, verpflichtet zu sein, Sie zu bitten, der Resolution 109 nicht zuzustimmen, ich bitte vielmehr die Antragsteller, von ihr Abstand zu nehmen. Die Resolution beruht zum großen Theil auf falschen Voraussetzungen; sie spielt an und kann auch nur anspielen auf das, was ich gethan habe, seitdem ich wieder auf deutschem Boden weile. Wenn Sie meine Thätigkeit verfolgen, so könnte von Ihrem Standpunkt aus tadelnswerth einzig und allein mein Vortrag im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein sein. Ich habe von vornherein einige formale Mängel desselben zugegeben, aber wenn Sie die Tendenz des Vortrags betrachten, unparteiisch und unbeeinflußt durch die Kritik und das Lob der Gegner, so werden Sie zu der Erkenntniß kommen, daß er dem Sozialismus mehr giebt, als er ihm nimmt. Nirgends in dem Vortrag steht, daß der Sozialismus keine Wissenschaft sei; es wird nur gesagt, daß er nicht ausschließlich Wissenschaft ist und nicht sein kann. Wir können wissenschaftliche Theorien über den Sozialismus aufstellen, wir können den engen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Wissenschaft betonen, und das gerade thut mein Vortrag. Aber der Sozialismus an sich ist eine allgemeine theoretische Auffassung von der Zukunft der Gesellschaft und enthält zum großen Theil ein Element des Wollens. Nachdem ich das in meinem Vortrag ausgeführt habe, stelle ich fest:

„Indeß besteht trotzdem eine intime Beziehung zwischen dem Sozialismus, wie ihn die Sozialdemokratie vertritt, und der Wissenschaft. Der Sozialismus schöpft in immer stärkerem Maße seine Begründung aus ihrem Arsenal. Er steht von allen gesellschaftlichen Parteiungen ihr am nächsten, denn als die Bewegung einer aufsteigenden Klasse ist er freier in der Kritik des Gegebenen wie jede andere Partei oder Bewegung, und Freiheit in der Kritik ist eine der Grundbedingungen wissenschaftlichen Erkennens. Die Gesellschaft ist ein lebendiger, sich fortentwickelnder Organismus, und diejenige Partei oder Klasse, die von diesem Fortschritt, dessen Richtung wir vor uns sehen, am meisten zu erhoffen hat, ist naturgemäß auch mehr als jede andere am Fortschritt der Erkenntniß interessirt. Dieses Interesse besteht für die Sozialdemokratie oder den Sozialismus schon deshalb, weil die Erkenntniß der gesellschaftlichen Zusammenhänge ihr das Auffinden derjenigen Mittel verbürgt, die geeignet sind, den gesellschaftlichen Fortschritt zu beschleunigen, sowie das Vermeiden derjenigen Mittel, die ihn aufhalten oder verlangsamen würden. Der Sozialismus ist zwar, wie vorher ausgeführt, stets in bestimmtem Grade eine Sache des Willens, aber er ist keine Sache der Willkür. Um zum gewollten Ziele zu gelangen, bedarf er

Digitized by Google

Wissenschaft von den Kräften und Zusammenhängen des Gesellschaftsorganismus."

Wenn Sie das durchdenken, Genossen, dann werden Sie finden, daß die Gegner vollständig geirrt haben, als sie behaupteten, dieser Vortrag sei eine Kritik des Sozialismus. Wer ist mir denn entgegengetreten in jener Versammlung? Gerade einer von denen, die ich nicht kritisirt haben soll: Adolf Wagner. Es ist gefragt worden, weshalb ich den Gegnern keine Antwort ertheilt habe. Ich habe die Besprechung meines Vortrages in der „Frankfurter Zeitung" nicht gelesen. Ich lese die „Frankf. Ztg." nicht, nicht etwa, weil ich sie nicht für lesenswerth halte, aber ich habe nicht die Zeit und nicht die Mittel, eine größere Zahl von Tageszeitungen zu lesen, ich muß mir Beschränkungen auferlegen. Ich habe absolut niemals Beziehungen zur „Frankf. Ztg." unterhalten. Wenn Sie, Genossen, die Bücher der „Frankf. Ztg." einsehen könnten, dann würden Sie die Namen mancher Genossen darin antreffen, die mitgearbeitet haben. Ich mache den Genossen keinen Vorwurf daraus, aber meinen Namen werden Sie nicht darin antreffen. Ich habe niemals Beziehungen zur „Welt am Montag" gehabt und Herrn von Gerlach vor vier Wochen zum ersten Mal flüchtig gesprochen. Es ist ein Irrthum, daß ich die Gegner nicht kritisirt habe. So habe ich z. B. in den „Monatsheften" Naumann's Imperialismus kritisirt. Ich habe gezeigt, wie die Sozialdemokratie als Partei des Friedens beim Marinismus nicht mitmachen kann, daß sie der Regierungspolitik kritisch gegenüberstände und sie nicht unterstützen könne. Ich habe im Braun'schen „Archiv" Kulemann's Buch über die Gewerkschaftsbewegung, das als Informationsquelle vorzüglich ist, besprochen und entschieden mich gegen den Versuch Kulemann's gewandt, die Gewerkschaft gegen die Sozialdemokratie auszuspielen. Ich habe in den „Sozialistischen Monatsheften" weiterhin den Dr. Franz Oppenheimer und seinen Sozialliberalismus kritisirt. Im „Archiv" habe ich die letzte Broschüre Sombart's loyal besprochen, soweit sie Gutes bietet, aber die Ansichten Sombart's über das Verhältniß der Gewerkschaft zur Sozialdemokratie bekämpft und seinen Versuch, das Zerrbild eines sozialdemokratischen Agitators zu geben, so scharf zurückgewiesen, daß Sombart sich in einem Briefe an Braun bitter darüber beschwert und den Ausdruck „Schmähschrift" gebraucht hat. (Hört! hört!.) Ich habe gesagt: Wenn es einmal das Zerrbild eines sozialdemokratischen Agitators gegeben hat, so hätten wir auch das Zerrbild des gewerkschaftlichen Agitators, wenn neben ihnen nicht eine große politische Bewegung besteht. Natürlich kann ich nicht über alles und überallhin schreiben, jedenfalls aber steht es fest, daß ich auch die bürgerlichen Reformer kritisirt habe. Eine Antwort auf die „Welt am Montag", die meinen Vortrag ausnutzen wollte, hatte ich ausgearbeitet, aber da die Antwort des „Vorwärts" alles das sagte, was ich sagen wollte, war ich einverstanden damit, daß meine Antwort nicht erschien. Was ist nun meine politische Thätigkeit, seit ich wieder in Deutschland bin? Keiner wird sich beschweren können, daß ich mit meiner Kritik an der Partei eingesetzt hätte. Ich habe stets die Parteigrundsätze vertreten. Es liegt keine Thatsache vor, worauf sich ein Tadel gründen ließe. Was Sie gegen die „Voraussetzungen des Sozialismus" zu sagen haben, das haben Sie schon früher gesagt. Es wird über meine Unklarheit darin geklagt. Aber sehr mit Unrecht. In den „Voraussetzungen" habe ich in sehr bestimmter Weise mich über die darin berührten praktischen Fragen ausgesprochen und meine Auffassung über die Nothwendigkeit des Kampfes für Demokratie entschieden betont. Es liegt gar kein Grund für Bebel vor, zu sagen: Wir wissen nicht, wie Bernstein zu diesen und diesen Fragen der praktischen Politik steht.

Nun zu der Theorie. Es ist mir gesagt worden, ich sollte mit meinen Zweifeln erst dann an die Oeffentlichkeit treten, wenn die Antwort darauf vor-

Digitized by Google

liege. Es giebt, Genossen, eine Reihe von Fragen, auf die überhaupt keine abschließende Antwort gegeben werden kann. Ihr Gesicht ändert sich von Tag zu Tag. Wir aber haben die Pflicht, auf diese Fragen aufmerksam zu machen, damit dienen wir der Weiterentwickelung. Niemals ist da ein Abschluß möglich. Ich habe in meinem Buche einige Bemerkungen über die Werththeorie gemacht und gezeigt, daß das, was durch die Werththeorie bewiesen werden soll, bestehen bleibt, auch wenn die Werththeorie falsch sein sollte, daß die Grundlage bleibt, nämlich die Produktions- und Einkommensstatistik. Die Produktionslehre von Karl Marx habe ich nicht angegriffen.

Kommen wir zur Krisen-Theorie. Bebel sagte, wenn der Aufschwung nicht gewesen wäre, hätte Bernstein sein Buch nicht geschrieben. Werthe Genossen! Es ist daran etwas Wahres, aber anders, als Bebel es meint. Ich möchte Bebel daran erinnern, wie er und ich Anhänger der Zusammenbruchs-Theorie gewesen sind. Ich kann mich erinnern, wie ich 1882 den Bontoux-Krach als ein Vorspiel des Zusammenbruchs, als „einen Tropfen Fegefeuer" bezeichnet habe. Da schrieb mir ein Genosse, der als Mensch außerordentlich hoch steht, aber als Denker sehr unterschätzt wurde, Karl Höchberg, obwohl er persönlich sehr schwer von dem Bontoux-Krach in Mitleidenschaft gezogen wurde: Du täuschest Dich vollständig über die bürgerliche Gesellschaft. Nun, im ersten Augenblick acceptirt man so was nicht gern. Ich erinnere Bebel daran, daß er 1891 auf dem Brüsseler internationalen Kongreß in der Kommission der Ansicht gewesen ist, wir werden überhaupt niemals mehr einen Aufschwung erleben. Es ist das kein Vorwurf, denn eine ähnliche Auffassung hat auch Friedrich Engels in einer Note zu Marx's „Elend der Philosophie" vertreten, der nur noch lange Perioden der Depression und nur kurze Perioden matten Aufschwungs annahm. Und doch haben wir einen großen Aufschwung gehabt. Also die Krisenfrage ist durchaus noch nicht erledigt. Wir sehen, daß die bürgerliche Gesellschaft noch eine ganze Reihe von Möglichkeiten der Entwickelung hat, namentlich, was ich hervorgehoben habe, unter dem Druck der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftsbewegung, der doch immer herbeiführt eine allmälige, wenn auch langsam sich vollziehende Hebung der Arbeiterklasse, daß eine andere Entwickelung vor sich geht, die wir beachten müssen. Dem habe ich in meinem Kapitel über die Krisentheorie Ausdruck gegeben. Ich habe überhaupt keine Krisentheorie aufgestellt. Engels giebt die Möglichkeit einer Verlängerung des früher angenommenen Krisencyklus zu, daraus sehen Sie doch, daß die Entwickelung im Fluß ist. Wir haben eine Reihe von Tendenzen, die auf Krisen hindrängen, wir haben die Ueberproduktion in den verschiedensten Industrien in Folge der Organisation der heutigen Gesellschaft. Engels nahm hinsichtlich des Krisencyklus statt einer Ausdehnung von zehn, eine solche von vielleicht 15 oder 20 Jahren an. Damit würde die Linie auch viel regelmäßiger werden. Das ist keine Anerkennung der heutigen Gesellschaft. In einem Landsee wird ein Sturm Wellenberge erregen; in einem Meere wird derselbe Sturm viel höhere Wellenberge verursachen und trotzdem bietet das Ganze ein viel ruhigeres Bild als der kleine See. Das ist das Bild der modernen Gesellschaft; unleugbar haben wir örtliche Krisen, aber wenn Sie den Weltmarkt übersehen, so werden Sie sehen, daß die Krise keineswegs eine allgemein ausgedehnte ist, daß die Industrie, die hier stockt, in anderen Länder vielleicht zu derselben Zeit florirt kann — das Bild hat sich verändert. Ich habe einmal ein anderes Bild gebraucht. In einem Dorfe fällt der Tod des Einzelnen auf und ob es der letzte Bettler war, in einer großen Stadt fällt der Tod des Einzelnen nicht auf und sei es der größte Mann gewesen, nach ein paar Tagen ist er vergessen. So stellt sich der Markt heutzutage dar; die Unsicherheit ist gewachsen, es kommen viel mehr Bankrotte, Krisen vor, und doch ist nach einiger Zeit alles ruhig.

Digitized by Google

So stellt sich die Krisentheorie dar. Und was war meine Absicht? Nur einfach der Ansicht entgegenzutreten, als ob wir unser ganzes Thun auf eine große wirthschaftliche Katastrophe einzurichten haben. Ich fordere nichts Neues, ich trete nur bestimmten Anschauungen, die, wie es scheint, von einzelnen Kreisen der Partei geltend gemacht werden, entgegen, daß wir unsere Politik auf Katastrophen zuzuspitzen haben. Darum habe ich diese Katastrophentheorie bekämpft und trete ihr noch jetzt entgegen, weil ich sie für unrichtig halte. Kommen solche Krisen durch eine Hungersnoth u. s. w., so wird die Sozialdemokratie als starke, organisirte Partei wissen, was sie zu thun hat. Ich trete nur der Spekulation auf solche entgegen.

Dasselbe gilt von der Verelendungstheorie. Ich habe das Wort garnicht einmal in die Diskussion hineingeworfen; ich habe nur beiläufig bemerkt: wie die ökonomische Verelendungstheorie hat daran glauben müssen, so wird auch die politische Verelendungstheorie daran glauben müssen. Ich vertrete hier eine andere Auffassung, als wie sie lange unter uns verbreitet war. Bebel hat Marx angeführt; aber das ist unleugbar, daß Marx zur Zeit des Kommunistischen Manifestes eine andere Auffassung vertreten hat als später im „Kapital". (Bebel: Habe ich ja gesagt!) Ja, aber was Anderes habe ich auch nicht gesagt; als ich meine Denkschrift nach Stuttgart schickte, hatte es sich doch nur darum gehandelt und das habe ich auch nur begründen wollen. Früher war die Auffassung sehr stark in unseren Reihen verbreitet, daß wir trotz Allem, was wir thun, trotz aller unserer Bemühungen auf politischem und sozialem Gebiete im Allgemeinen einem Abgrunde, einer Verschlechterung der Verhältnisse zugehen, und diese Auffassung ist gerade auch in Stuttgart vertreten worden, in politischer und sozialer Beziehung, daß wir schließlich vor dem Rothen Meer stehen, jenseits dessen das gelobte Land uns winkt. Ich vertrete eine andere Auffassung; ich meine, die Geschichte zeigt uns einen hoffnungsvolleren Weg. Wir haben uns unseren Weg durch Dickicht und über Felsen gebahnt und glaubten, es geht nicht vorwärts, wir kommen immer tiefer, bis wir den Blick zurückwerfen und sehen, daß wir aufgestiegen sind. Das ist der Weg, den die ganze Bewegung nehmen wird, je stärker die Partei ist, je stärker die Arbeiterschaft organisirt ist. Gewiß, auf der anderen Seite wächst auch der Widerstand der Gegner, sie schaaren sich gegen uns zusammen, aber doch wird ihre Zahl geringer. Das sehen Sie doch alle Tage. Gewiß, in Memel-Heydekrug hat die Mehrheit der Freisinnigen für den Konservativen gestimmt, aber im Gegensatz zu früher hat ein Theil von ihnen für den Unseren gestimmt. Das zeigt das Wachsen unserer Macht. Ueberall sehen Sie eine ganz andere Haltung gegenüber der Arbeiterklasse. Warum bestreiten Sie das denn? Darin liegt doch die Gewähr unseres Sieges, unseres Fortschrittes. Es ist doch kein Grund, das zu verheimlichen, im Gegentheil, Sie dürfen stolz darauf sein.

Also ich sage nochmals, es liegt kein Grund vor, irgend etwas von dem zurückzuweisen, was ich geschrieben habe. Mein Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus" ist scharf kritisirt worden; ich vermag nicht einzusehen, daß diese Kritiken, von formalen abgesehen, berechtigt sind. Es ist mir gesagt worden, bei einer neuen Auflage meines Buches solle ich es umarbeiten. ıossen, den Gedanken habe ich schon lange gehabt, aber Genossen, die die ge ruhiger beurtheilen, haben mir gesagt: nein, lassen Sie das, es ist ein ument! Und ich bin überzeugt, es wird die Zeit kommen, wo die Sozialokratie stolz sein wird, ein solches Buch zu besitzen. (Lachen.) Ja wohl, ist keine Ruhmredigkeit; es ist meine feste Ueberzeugung: wenn die ziterei vorüber ist, dann werden Sie sehen, daß mein Buch eine große Masse Erkenntnißelementen enthält, die für die Bewegung Früchte tragen werden nicht zum Nachtheil ausschlagen. Ich habe ein Recht, das auszusprechen; ist keine Unverschämtheit, das ist meine Ueberzeugung und für die stehe ıfall.)

Digitized by Google

Nun ist von Leutert und Anderen ein Argument vorgebracht worden, dem ich sehr zugänglich bin; ich habe der Agitation Schwierigkeiten bereitet durch einzelne Aussprüche. Das thut mir gewiß leid; aber im Ganzen sind, glaube ich, die Schwierigkeiten doch überschätzt worden. (Lachen.) Im praktischen, wirklichen Kampf haben Sie doch Ihre Waffen. Das Wort: das Endziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir Alles — erstens habe ich es qualifizirt, zweitens habe ich es erläutert, und dann, wenn auch ein Nationalsozialer das benutzt, wir wissen doch, was wir an Kritik in Bezug auf die thatsächlichen Verhältnisse unseren Gegnern entgegen zu setzen haben, und da legt mein Buch Euch gar kein Hinderniß in den Weg, im Gegentheil, da ist mein Buch, wenn Ihr es recht versteht, Euch eine Hilfe. (Gelächter.) Ja, Ihr mögt wohl lachen (Zurufe: Sie sollten es ein Mal selbst probiren!) — ich bin auch in der Agitation gewesen.

Werthe Genossen, ich will Euch Etwas sagen. Was mich von der gestrigen Debatte sehr peinlich berührt hat, ist die Verachtung der Theorie, die von einzelnen Rednern zum Ausdruck gebracht worden ist. Als mein Buch erschien und kritisirt wurde, als die Polemik sich eröffnete und Angriffe gegen mich erfolgten, die — ich kann es sagen — in mir die höchste Empörung erregten, da hat unter Anderem sich mir der Gedanke aufgedrängt: das Ende der ganzen Polemik wird eine Herabsetzung der Theorie in unserer Bewegung sein, und ich habe einen derartigen Gedanken sogar Karl Kautsky gegenüber brieflich geäußert. Es ist mir damals, als der Kampf in einer so gehässigen Weise geführt wurde, die Erinnerung an das Wort Fichte's aufgetaucht: „Wir Gelehrten verachten einander". Und nun muß ich Eines sagen: In Bezug auf den Werth der Theorie in einer Bewegung, so sehr ich für eine realistische Auffassung des Kampfes eintrete, da stehe ich auf der Seite der Theoretiker; da möchte ich den Werth der Theorie retten, da halte ich lieber eine Reihe von Püffen aus, aber ich rufe Euch zu: haltet das theoretische Denken hoch, haltet das theoretische Forschen hoch, schätzt es nicht gering ein, selbst da nicht, wo es ein Mal zu einer Folge kommt, die Ihr nicht gleich begreift. In unserer Nachbar-Hansastadt Hamburg tagen in diesem Augenblick die deutschen Naturforscher. Es finden da Diskussionen statt und wird eine Theorie entwickelt, die an der Descendenz-Theorie des großen Darwin Kritik übt, die eine Auffassung der Entwickelung der Arten vertritt, die mit den Sätzen Darwin's in Widerspruch steht. Aber keinem Naturforscher wird es dabei einfallen, das große Verdienst Darwin's geringer einzuschätzen; der Name Darwin wird darunter nicht leiden, nein, es wird eine Ausfüllung seiner Theorie sein. Das ist die Entwickelung aller Theorie. Jede Theorie ist in den Anfängen zum großen Theil noch Spekulation, die erst der Ausfüllung bedarf; und wenn die Riesen eine neue Theorie entwickelt haben, dann wird die Ausfüllung, das Kleinwerk der Schüler, sehr oft auftreten müssen in Form einer Kritik, in Form einer Berichtigung dessen, was dort spekulativ gesagt ist, das ändert nicht den Werth der Theorie, das fördert das Werk. Und darum habe ich gesagt: Die Weiterausarbeitung des Marxismus muß beginnen mit der Kritik: was ist auszubessern, was haben die Verhältnisse nicht bestätigt? Also wenn Sie wirklich wissenschaftlich sein wollen, wenn Sie den wissenschaftlichen Geist für den Sozialismus festhalten wollen, dann müssen Sie auch bei Allem, was die Theor anstrebt, das Recht der Kritik anerkennen und gelten lassen. (Ledebour Bestreiten wir ja garnicht!) Ja, theoretisch, in der Absicht thun Sie es nich aber in Wirklichkeit schreckt und hemmt doch die Art Ihres Vorgehens Diejenige die in der Sache arbeiten. Ja, werthe Genossen, was soll denn der Genosse, de kritisch sich bethätigt, thun? Soll er fortwährend wiederkäuen, was scho gesagt ist?

Seien Sie doch nicht so nervös! Wir sind doch heute eine starke Partei Bisher hat man die Kritik nicht verkümmert und wir sind vorwärt

Digitized by Google

gegangen; lassen Sie doch jetzt als große Partei ruhig Einige schreien über Spaltung, haben Sie doch das Bewußtsein des Sieges, treten Sie solchen Aeußerungen etwas ruhiger und kühler entgegen.

Ich sage noch einmal: Die Resolution Bebel ist ja nicht bös gemeint, soll kein Mißtrauensvotum sein, aber sie geht von falschen Voraussetzungen aus. Meine Thätigkeit ist keine einseitige; es haben sich Genossen gemeldet, die das bestätigen werden, ich habe es Ihnen auch nachgewiesen. Und darum appellire ich an Sie, an das Bewußtsein Ihrer Stärke. Seien Sie gerecht! Sie können gerecht sein, weil die Partei stark ist. Werfen Sie mir nicht vor, was nicht richtig ist. Nehmen Sie die Resolution Heine an. Ich sage ganz offen, daß sie mir auch nicht genügt. (Lachen.) Ja, werthe Genossen, ich werde Ihnen Etwas sagen: ich glaube, Sie hätten in der Resolution noch etwas Anderes sagen können, noch ein Wort des Vertrauens. (Lachen.) — Jawohl, wenn Sie ein Wort des Tadels hineinschieben, dann hätte auch ein Wort nach der anderen Seite gesagt sein können, gestützt auf meine Thätigkeit, die ich entfaltet habe, seit ich zurück bin. Sie haben es nicht für nöthig gehalten, schön! Die Resolution Heine's giebt mir absolut nichts; sie giebt aber der Partei. Sie sagt: Die Partei hat das Verpönen der Selbstkritik bisher nicht anerkannt, sie stellt sich auf keinen neuen Standpunkt, in Erwägung des alten Standpunktes geht sie zur Tagesordnung über. Ich bestreite es ganz entschieden, sei es in meinen Vorträgen, sei es in meiner sonstigen Thätigkeit, irgend eine einseitige Kritik geübt zu haben. Ich nehme für mich das Verdienst in Anspruch, mit meinen besten Kräften für die Partei gearbeitet zu haben, und das werde ich auch weiter thun; und darum bitte ich Sie, nehmen Sie eine Resolution an, die, wenn sie der Partei gerecht wird, wenigstens gegen mich nicht ungerecht ist. (Lebhafter Beifall und Zischen.)

Singer: Damit ist die Diskussion geschlossen. Während der Rede von Bernstein ist folgende, genügend unterstützte Resolution von Heinrich Braun eingegangen (Nr. 115), die lautet:

Der Parteitag wolle beschließen:

Der Parteitag erkennt rückhaltslos die Nothwendigkeit der Selbstkritik für die geistige Fortentwickelung der Partei an. Aber die vorwiegend einseitige Art, wie Genosse Bernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, hat ihn bei einem großen Theil der Parteigenossen in eine zweideutige Stellung gebracht und vielfach Mißstimmung erregt, zumal auch seine Kritik von Gegnern mißdeutet und mißbraucht worden ist. Es kann aber nicht verkannt werden, daß der Genosse Bernstein zu diesem Verhalten durch nicht weniger einseitige Gegenkritiken einzelner Parteigenossen weiter gedrängt worden ist.

In der Erwartung, daß alle Genossen sich den üblen Konsequenzen nicht verschließen und danach handeln, geht der Parteitag, der keine Veranlassung hat, von den Grundsätzen der 1899 in Hannover angenommenen Bebel'schen Resolution abzuweichen, über die Anträge Nr. 52, 91, 92 und 93 zur Tagesordnung über.

Heinrich Braun-Berlin. J. Auer. Dr. Südekum. E. Fischer-Dresden. Blos. Ulrich-Offenbach. R. Fischer-Berlin. A. v. Elm-Hamburg. Harm. Schmidt-Frankfurt. Fendrich. Jos. Heer. Emma Ihrer. C. Legien. H. Dietz. Heine. Calwer. Cohn. R. Bérard. Stolle. Fr. Wedemeyer. Ehrhardt.

Heine: (zur Geschäftsordnung): Unter dieser Resolution steht auch mein Name. Ich bitte aber, daraus nicht etwa zu schließen, daß ich meine ursprüngliche Resolution zurückgezogen habe.

Singer: Es sind noch zwei Erklärungen zu Protokoll gegeben. Die e, von Louis Cohn-München, lautet:

Digitized by Google

„In der Debatte über die Bernstein-Angelegenheit wurde mehrfach auf einen Artikel der „Thüringer Tribüne" Bezug genommen, worin aus der unwahren Behauptung des Dr. Ruhland, er habe der „Münchner Post" finanzielle Unterstützung angeboten, um die sogenannte gemäßigte Richtung (Vollmar'sche) durch Herausgabe von Schriften zu unterstützen, unzutreffende Schlüsse gezogen werden. Ich erkläre demnach wiederholt: Dr. Ruhland hat mir Summen in beliebiger Höhe angeboten; falls die „Münchener Post" bereit wäre, Artikel zur Unterstützung der Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck aufzunehmen. Diese Summen sollten aus den Kreisen der Interessenten dieser Politik kommen."

Die zweite Erklärung stammt von dem Redakteur Wetzker vom „Vorwärts"; sie nimmt Bezug auf eine Aeußerung von Bebel, daß die Berliner Parteigenossen durch die Thatsache, daß eine bestimmte Resolution im „Vorwärts" nicht abgedruckt sei, getäuscht wären. Wetzker giebt als derjenige Redakteur des „Vorwärts", der diesen Theil bearbeitet hat, eine längere Auseinandersetzung, weshalb er die Resolution nicht aufgenommen hat; er bezieht sich auf die Verhandlungen der Berliner Preßkommission und verwahrt sich gegen den Vorwurf der Täuschung, der ihm gemacht ist.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Grunwald-Erfurt: Bebel hat mich mißverstanden, ich habe Bernstein nicht vorgeworfen, daß er im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein gesprochen hat, sondern daß er dort gegen uns gesprochen hat. David hat mir Mangel an Logik nachweisen wollen, weil ich den Sozialwissenschaftlichen Studentenverein als indifferent bezeichnet haben soll. Ich habe gesagt, der Verein ist seinen Statuten nach in der That indifferent, er verliert aber diesen Charakter durch seine Protektoren, durch die ganze Art, wie er ausgesprochene Parteigenossen nicht dulden kann und dadurch, daß anerkannt zielbewußten Genossen dort nicht erlaubt wurde, zu reden. Mehring, Ledebour und Schippel durften auch nicht in geschlossener Sitzung sprechen . . .

Singer: Das ist keine persönliche Bemerkung. Was Schippel, Mehring und Ledebour passirt ist, kann nicht Gegenstand einer persönlichen Bemerkung von Ihnen sein. (Heiterkeit.)

Grunwald (fortfahrend): David hat es mir sogar als absichtliche, grobe Unwahrheit unterschoben, daß ich nach der Lektüre des Bernstein'schen Vortrages noch meinen Artikel hätte schreiben können. Diese Auffassung enthält zwei Unwahrheiten, ich lasse dahingestellt, ob absichtliche oder unabsichtliche. Erstens habe ich mich mit dem Bernstein'schen Vortrage inhaltlich nur ein Mal beschäftigt, und zwar nachdem ich ihn gelesen habe. Vorher hatte ich mich nur mit der Form befaßt, und wenn David nun noch behauptet, daß ich mit meiner Auffassung des Vortrages eine grobe absichtliche Unwahrheit gesagt habe, so hoffe ich, wird er diesen harten Vorwurf auch gegen seine eigenen Freunde anwenden, die den Vortrag ebenfalls falsch verstanden haben . . .

Singer: Ich bitte Sie, im Rahmen der persönlichen Bemerkung zu bleiben.

Grunwald (fortfahrend): Also, ich muß den Vorwurf David's in der energischsten Weise zurückweisen. Der andere Vorwurf David's, der sich auf die Ruhland-Affaire bezieht, ist auch nicht gerechtfertigt. Mir hat jede, auch d leiseste Beeinflussung des Parteitages fern gelegen. Genosse Cohn widerle in seiner zu Protokoll gegebenen Erklärung Etwas, was ich niemals gesagt hab ich habe Ruhland von innen heraus psychologisch zerlegt. Ein noch gröberer ur gehässigerer Vorwurf David's ist der, ich hätte in der Polemik gegen d „Vorwärts" die Vollmar'sche Richtung versteckt der Bestechlichkeit geziehen. Ic beschränke mich einfach darauf, aus meinem Blatte den betreffenden Passu vorzulesen: „Wir bleiben dabei, die Annahme des „Vorwärts" ist durch Nich begründet, daß unsere Debatten über das Agrarprogramm den Professor Rul

Digitized by Google

land zu dem Versuch veranlaßt hätten, die „Münchener Post" den Zwecken des Bundes der Landwirthe dienstbar zu machen. Alles spricht für unsere Annahme, daß es nicht diese Debatten, die erst 1894 begonnen, sondern die Vollmar'schen Reden von 1891 und 1892 waren, die 1893 dem damals noch nicht bündlerischen Ruhland den Glauben einflößten, es gäbe in der Sozialdemokratie eine Richtung, die sich durch kapitalistisches Geld ködern und fördern ließe" — und jetzt hören Sie! — „welcher Glaube natürlich elend scheitern mußte". — Und nun appellire ich an die Loyalität der Parteigenossen, zu entscheiden, was ich gesagt habe, und was nicht. Bleibt David bei seiner Behauptung, so habe ich keinen parlamentarischen Ausdruck, sein Verhalten zu kennzeichnen, ich würde es eine Infamie nennen.

Gradnauer-Berlin: Bebel ist gestern durch einen Irrthum von mir veranlaßt worden, es zu beklagen, daß der „Vorwärts" keinen Berichterstatter zum Bernstein'schen Vortrag geschickt hat. Meine Kollegen vom „Vorwärts" telegraphiren mir eben: „Im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein war Genosse Ströbel als Zuhörer, Genosse Reinke als Berichterstatter anwesend. Beider Mittheilungen ergaben aber so völlig verschlungene Gedankengänge, daß ein kurzer Bericht unmöglich war; deshalb wurde die Herausgabe des Buches abgewartet, die die Unmöglichkeit einer kurzen Berichterstattung bestätigte." Ferner eine Bemerkung gegen Stadthagen; er meinte, ich hätte gesagt, der „Vorwärts" habe deshalb keine Stellung zum Bernstein'schen Vortrag genommen, weil er zugleich Zentral- und Lokalorgan sei. Das habe ich nicht behauptet. Als ich vom Lokal- und Zentralorgan sprach, habe ich ganz allgemein auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die der „Vorwärts" seit jeher habe. Bezüglich des Bernstein'schen Vortrages habe ich um so weniger das von Stadthagen Behauptete sagen können, als ich vielmehr ausgeführt habe, daß wir zu dem Vortrag in jeder möglichen und nothwendigen Weise Stellung genommen haben.

Leutert-Apolda: Bernstein hat gesagt, ich hätte die Gegner überschätzt und wäre vielleicht deshalb etwas zu ängstlich gewesen. Wer mich kennt, weiß, daß mir nicht ängstlich geworden ist vor Bassermann und Naumann, sondern vor Bernstein. (Heiterkeit.)

Peus-Dessau: Bei der Stichwahl in Brandenburg handelte es sich darum, ob ein Brotwucherer oder ein Sozialdemokrat gewählt werden solle. Selbstverständlich haben wir da die bürgerlichen Preßstimmen, soweit sie sich zu unseren Gunsten aussprachen, in unserer Zeitung gesammelt. Das geschieht überall. (Metzger ruft mit lauter Stimme: Nee! Heiterkeit.) Jedenfalls nicht nur in Brandenburg-Westhavelland. In der „Welt am Montag" ist dann aber ...

Singer (unterbrechend): Sie dürfen keine persönlichen Bemerkungen über „Die Welt am Montag" machen.

Peus (fortfahrend): Stadthagen hat doch mitgetheilt, daß wir diese Preßstimmen wiedergegeben haben. Seine Mittheilung ist einseitig, und es muß mir daher gestattet sein, vorzulesen, was in der Wiedergabe steht. Da heißt es ausdrücklich:

> Was die Stellung unseres Kandidaten zum Endziel betrifft, so hat Peus oft und nachdrücklich betont, daß er das Endziel, welches prinzipiell aufzugeben ihm garnicht einfällt (hört, hört!), praktisch durch die an der Hand der wirthschaftlichen und politischen Entwickelung sich darbietenden Gegenwartsaufgaben allmälig in der positiven Weise zu erreichen sucht, wie das seit 1890 angesichts der größeren Macht und Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie allgemein in der Partei geschieht.

Ich habe also damit ausdrücklich dem Inhalt nach die Auffassung der „Welt am Montag" desavouirt und nicht für mich ausgenutzt. Ausgenutzt habe sie nur, soweit sie mir in formaler Beziehung zugestand, daß maßvolle Angriffsweise meine Art sei. Es heißt hier in dem Aufruf diesbezüglich:

Digitized by Google

Unser Kandidat legte allerdings seit Beginn seiner politischen Thätigkeit großes Gewicht auf eine zwar sachlich scharfe, aber in der Form anständige Kampfesweise. Schon auf dem Erfurter Parteitage 1891 wurde er wegen dieser auf die Gesittung, auf die Achtung auch der Gegner Werth legenden Agitationsweise von dem kurz darauf aus der Partei ausgeschiedenen „Unabhängigen" Auerbach angegriffen. Auch legt unser Kandidat freilich das allergrößte Gewicht auf die Gegenwartsaufgaben, weil er überzeugt ist, nur durch die Lösung dieser auch die Zukunftsziele, auch das Endziel, erreichen zu können.

Was Stadthagen sich dann an Bemerkungen darüber gestattete, was ich für eine Bedeutung in der Partei hätte bezw. nicht hätte, so bin ich von jeher bescheiden genug gewesen, nicht mehr sein zu wollen, als ich unter den mir gegebenen Bedingungen und bei den mir gegebenen Fähigkeiten sein kann. Ich bemühe mich nach Kräften, da wo ich stehe, meine Pflicht zu thun und bin dabei auch nicht ganz ohne Erfolge. Wer für sich noch nicht mehr Reklame verbrochen hat, als ich sie mir anläßlich der Stichwahl in Brandenburg-Westhavelland zu Schulden kommen ließ, um Gegner zu veranlassen, nicht für den ärgsten Brotvertheuerer zu stimmen, dem Vorwürfe zu machen, steht am allerwenigsten einem Genossen an, der die Reklame für seine Person zweifellos in so hohem Grade versteht, daß ich ihm darin das Wasser nicht reichen kann. (Beifall.)

David-Mainz: Die Ausführungen von Grunwald können mich nicht veranlassen, irgend etwas von dem zurückzunehmen, was ich gesagt habe, sie treffen das Wesen dessen, was ich ihm vorgeworfen habe, garnicht. Ich habe ihm vorgeworfen, daß er mit Absicht eine Scharfmacherei betrieben habe, um hier Bernstein vor Gericht zu schleppen, und das habe ich durch die beigebrachten Dokumente hinreichend bewiesen. Ich habe um so weniger Veranlassung, den Vorwurf zurückzunehmen, daß er den Vortrag als gefundenes Fressen betrachtet hat, das er gegen Bernstein ausnutzen könne, als sich das durch eine mir nachträglich bekannt gewordene Thatsache vollauf bestätigt hat. Grunwald hat seine Artikel gegen Bernstein sofort an die bürgerliche Presse geschickt. (Hört! hört!)

Singer: Sie dürfen im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht auf Dinge Bezug nehmen, die in der vorhergehenden Debatte nicht erwähnt worden sind.

David (fortfahrend): Grunwald hat erklärt, wenn ich meine Aeußerung aufrecht erhalte, so sei das eine Infamie. Ich habe in meinen Bemerkungen die „Erfurter Tribüne" zitirt, die dem „Vorwärts" vorwirft, er stelle die Parteigeschichte falsch dar, um die Richtigkeit der Ruhland'schen Darstellung ableugnen zu können. Ich habe diesen Passus genau so aufgefaßt, wie der „Vorwärts" selbst, daß nämlich Grunwald es für möglich hält, daß Parteigenossen die Infamie, die Ruhland ihnen zugetraut hat, begehen könnten. Das beweist folgender Passus aus dem „Vorwärts" ...

Singer: Ich bitte, keine persönlichen Bemerkungen für den „Vorwärts" zu machen. (Heiterkeit.) Bitte, schildern Sie Ihre Empfindungen, aber lassen Sie andere Leute aus dem Spiel.

David: Ich habe den „Vorwärts" zitiren wollen, um zu zeigen, weshalb ich nichts zurücknehmen kann. Wenn mir das unmöglich gemacht wird, so muß ich mich bescheiden, ich konstatire lediglich, daß ich nichts zurücknehme, und d[a]ß Grunwald, wenn er den Vorwurf der Infamie gegen mich erhebt, ja eigent[lich] nur eine Retourkutsche macht.

Bebel: Gradnauer irrt sich, wenn er glaubt, daß allein seine Aeußer[ungen] mich veranlaßt hat, es zu beklagen, daß die Redaktion des „Vorwärts" kein Berichterstatter zum Bernstein'schen Vortrag entsandt hat. Mir haben auf Redaktion Gradnauer, Ströbel und Eisner erklärt, daß kein Berichterstatter dort war. Nur Ströbel sagte, er sei als Zuhörer dagewesen, es sei [e]

Digitized by Google

unmöglich gewesen, dem Vortrage zu folgen und einen vernünftigen Bericht darüber zu bringen.

Stadthagen: Peus wirft mir vollkommen zu Unrecht falsches Zitiren vor. Der Aufruf in der „Brandenburger Zeitung", den ich entschieden tadele, ist dieser hier, fett überschrieben: „An das liberale Bürgerthum." Dort heißt es wörtlich:

„Ein freigesinnter Gegner rühmt Peus in der „Welt am Montag" nach, es sei ein Mann, dem jeder entschieden freiheitlich Gesinnte unbedenklich seine Stimme geben könnte. „Er hat sich stets durch den maßvollen Ausdruck im Großen und Ganzen recht verständiger Ansichten ausgezeichnet," schreibt dieser Gegner, vermuthlich Herr v. Gerlach, der bekannte freigesinnte Nationalsoziale. Unser Kandidat legte allerdings seit Beginn seiner politischen Thätigkeit großes Gewicht auf eine zwar sachlich scharfe, aber in der Form anständige Kampfesweise. Schon auf dem Erfurter Parteitage 1891 wurde er wegen dieser auf die Gesittung, auf die Achtung auch der Gegner Werth legenden Agitationsweise von dem kurz darauf aus der Partei ausgeschiedenen „Unabhängigen" Auerbach angegriffen. Auch legt unser Kandidat freilich das allergrößte Gewicht auf die Gegenwartsaufgaben, weil er überzeugt ist, nur durch die Lösung dieser auch die Zukunftsziele, auch das Endziel erreichen zu können."

Ich überlasse es Ihrem Urtheil, ob das eine Ausnutzung von Stimmen der Gegner ist und ob es dem guten Geschmack und dem Selbstbewußtsein entspricht, derartige schulmeisternde Lobeserhebungen auszunutzen, statt sie sich zu verbitten. Aber nachdem Peus das Bekenntniß abgelegt hat, daß er nicht über die ihm gegebenen Bedingungen und Fähigkeiten hinaus kann, verzichte ich natürlich darauf, mit ihm über den Begriff „Ausnutzung" und „Reklame" zu diskutiren.

Grunwald: Was David gegen mich richtig gestellt hat, habe ich niemals bestritten. Ich habe nicht bestritten und bestreite es auch hier nicht, daß ich durch meine Artikel die Genossen hauptsächlich veranlassen wollte, gegen Bernstein eine schärfere Stellung einzunehmen. Ich halte es für Parteipflicht, was man vor seinen Genossen verantworten kann, auch jederzeit zu vertreten. (Sehr gut!) David hat kein Wort zurückzunehmen für nöthig befunden. Gut, es bleibt also bei dem, was ich gesagt habe. Daß ich meinen Artikel an die bürgerliche Presse versandt habe, ist richtig. Ich habe sie an einige anständige bürgerliche Blätter geschickt und zwar in demselben Sinne und derselben Absicht, wie die „Sozialistischen Monatshefte" und andere Zeitschriften versandt werden.

David: Grunwald giebt zu, daß er die Absicht gehabt hat, deren ich ihn beschuldigt habe. Ich kann auch, was das Urtheil über die Mittel betrifft, die er gebraucht hat, von dem Gesagten nichts zurücknehmen.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen beendet.

Es folgt die Abstimmung. Es liegen vor die Anträge 52, 91, 92, 93, 108, 109 und der Braun'sche Antrag (115).

Singer: 108, 109, 115 bezwecken Uebergang zur Tagesordnung über die weiteren Anträge. Ich schlage nun vor, zunächst über 109 abzustimmen, weil diese Resolution eine Art motivirter Tagesordnung enthält und am Weitesten von den drei Resolutionen. Im Falle der Annahme von 109 würden alle Anträge erledigt sein. Sollte 109 abgelehnt werden, so würde 108 zur Abstimmung kommen, dann eventuell 115 und dann eventuell die weiteren Anträge.

Es folgt eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

Frohme bittet den Vorschlag Singer's nicht zuzustimmen, und zwar um möglichst einheitliche Kundgebung zu erzielen, zunächst über 108 abzustimmen. Von den Unterzeichnern von 108 sind eine ganze Anzahl geneigt, für 109 zu stimmen, wenn 108 abgelehnt wird. Wird über 109 zuerst abgestimmt,

Digitized by Google

dann müssen sie gegen 109 stimmen und kommen in die unangenehme Lage, als Bernsteinianer zu erscheinen, während dieser künstlich konstruirte Gegensatz nicht neue Nahrung erhalten sollte. (Sehr richtig.)

Heine: Singer hat gesagt, 109 sei der weitestgehende Antrag. Darin gebe ich ihm recht. Aber daraus folgt, daß über 108 und 115, die sachlich Abschwächungen zu 109 darstellen, zuerst abgestimmt werden muß. Nur so kann ein Bild über die Stimmung der Genossen gegeben werden.

Singer: Ich bin zwar entgegengesetzter Ansicht, aber ich werde über die Frage abstimmen lassen.

Frohme: Ich bestehe nicht auf der namentlichen Abstimmung über 108.

Singer: Der Antrag auf namentliche Abstimmung ist ordnungsmäßig gestellt und kann nicht von einem Einzelnen zurückgezogen werden.

Ledebour: Heine's Vorschlag wäre gerechtfertigt, wenn wir Amendements zu 109 vor uns hätten. (Heine: Sachlich sind sie das.) Daß die beiden Resolutionen 108 und 109 sich gegenüberstehen, geht aus den eigenen Erklärungen Bernstein's hervor. Die Annahme von 108 würde dadurch zu einem Vertrauensvotum für Bernstein werden. (Sehr richtig!)

Heine: Ledebour beweist mir jetzt, worauf er bei der Sache hinaus will. Nicht um eine Klärung der Ansichten der Genossen ist ihm zu thun, sondern um irgend ein Urtheil. (Ruf: Ein Ketzergericht!) Natürlich wissen die Genossen, wie sie stimmen wollen. Aber es muß festgestellt werden nach außen hin, wie die Stimmung ist. Ledebour sieht in 108 ein Vertrauensvotum, also in 109 eine Verurtheilung Bernstein's. Das wollen Sie natürlich. Ich aber will nicht das Eine oder das Andere, sondern eine Klarstellung, wie stehen wir zu den drei Anträgen.

Ulrich-Offenbach schließt sich der Anschauung an, daß über 108 zuerst abgestimmt werden müsse. Bei anderer Fragestellung verliere er, wenn er seinen Standpunkt wahren wolle, die Möglichkeit, für 109 zu stimmen. Er sei weder der Ansicht, daß 108 ein Vertrauensvotum, noch daß 109 eine Verurtheilung Bernstein's enthalte. (Ledebour: Habe ich auch nicht gesagt.)

Bebel: Ich muß entschieden dagegen Einspruch erheben, daß jetzt in der Geschäftsordnungs-Debatte noch Reden über Sinn und Inhalt meiner Resolution gehalten werden. (Zustimmung.) Was ich mit meiner Resolution meine, habe ich klar und deutlich ausgesprochen und bin nicht in der Lage, Ledebour's Auslegung zu akzeptiren. (Bewegung.) Ob über 108 oder 109 zuerst abgestimmt wird, halte ich für ziemlich gleichgiltig. Weil wir aber den Betreffenden, die es wünschen, die Möglichkeit geben müssen, hernach für 109 zu stimmen, bin ich der Ansicht, daß zuerst über 108 abgestimmt wird.

Die Mehrheit beschließt, zuerst über 108 und dann erst über 109 abzustimmen.

Heine: Wann soll über 115 abgestimmt werden?

Singer: Zuerst über 108, dann über 109, dann über 115.

Heine: Wir haben aber nur darüber abgestimmt, worüber zuerst abgestimmt werden soll.

Singer: Nein, ich habe gefragt, ob zuerst über 109 und dann über 108 abgestimmt werden soll. Der Widerspruch hätte rechtzeitig erhoben werden müssen.

Heine: Das habe ich gethan. Im Uebrigen halte ich die Sache für unwesentlich. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Geschäftsordnungs-Debatte.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag 108 mit 166 Nein gegen 71 Ja bei Stimmenthaltung von Kautsky und Bernstein abgelehnt.

Mit Ja stimmten: Amend, Auer, Bartels-Lübeck, Baudert, Blos, Bömelburg, Heinrich Braun, Büttner, Calwer, David, Decker, Deinhardt, Deutsch, Dietz, Dimmick, Dörncke, Ebert, Efftinge, Ehrhart, v. Elm, Emmel,

Digitized by Google

Fendrich, Rich. Fischer, Fischer-Dresden, Friedrich-Lübeck, Frohme, Gerisch, Gradnauer, Grimpe, Groth, Harm, Hoffmann-Bielefeld, Hoch, Hüttmann, Heine, Hug, Jakobsen, Kielisch, Kloß, Körsten, Krohn-Ottensen, Ladewig, May, Müller-Hamburg, Neukirch, Nietzsch, Orb, Pape, Peus, Pfeiffle, Pfüller, Pistorius, Quarck, Roeske, Roßkopf, Rudolph, Sidow, Siebeneicher, Silberschmidt, Südekum, Schmidt-Rostock, Schulz-Magdeburg, Staningl, Helma Steinbach, Stubbe, Thönen, Toelge, Ulrich, Voigt-Bernburg, Wedemeyer, Windhoff.

Mit Nein stimmten: Albrecht, Antrick, Ottilie Baader, Baerer, Baier, Barthels-Dortmund, Basner, Bebel, Becker, Beckmann, Beyer, Bérard, Blumhardt, Blumstock, Bohn, Böhle, Brandt, Braun-Königsberg, Brecour, Breil, Brey, Brühne, Busold, Bühler, Cohn, Domscheidt, Drechsler, Düwell, Eberhardt, Eberle, Ernst, Evers, Faber, Fanghänel, Feldmann, Fiedler, Fischer-Lüdenscheid, Fischer-Weimar, Förster, Frahm, Friedrich-Darmstadt, Fritzsch, Fülle, Fulfs, Gartz, Geck, Gemoll, Gesche, Geyer, Goerke, Gogowsky, Goldstein, Grauer, Grevesmühl, Grosse, Grunwald, Haase, Hartmann, Haverkamp, Heer, Hengsbach, Herbst, Hildenbrand, Hintze, Hoffmann, Horenburg, Huber, Hüttig, Jahn, Emma Ihrer, Fanny Imle, Joos, Jürs, Jungnickel, Kaden, Käppler, Keller, Keil, Kenkel, Kiesel, Klingenhagen, Knierim, Klees, Koenen, König, Koß, Kotzke, Kraus, Krause-Neugersdorf, Krause-Stettin, Kurze, Landgraf-Chemnitz, Landgraf-Limbach, Lang, Ledebour, Legien, Lehmann, Leopoldt, Leutert, Lipinski, Löwenstein, Lüth, Marckwald, Meinhardt, Meister, Meißner, Messing, Metzger, Metzner, Michaelis, Molkenbuhr, Mucker, Müller-Flensburg, Müller-Groitzsch, Pfannkuch, Plorin, Raith, Reiwand, Reul, Riegel, Rosbitzki, Reißhaus, Sachse, Seifert, Seige, Sindermann, Singer, Sommer, Scheidemann, Schlichtholz, Schmidt-Frankfurt, Schmidt-Fürth, Schmidt-Meißen, Schneider, Schnell, Scholz, Schrader, Schreiter, Schubert, Schulze, Schwartz, Schwedt, Staab, Stadthagen, Steinbrügge, Stolle, Stolpe, Stollen, Stücklen, Marie Thiel, Thiele, Thielhorn, Unger, Walther-Löbtau, Walter-Coburg, Weickers, Wesemeier, Winkler, Wizorowski, Wolters, Wurm, Zeisig, Clara Zetkin, Louise Zietz, Zorn, Zubeil.

In weiterer namentlicher Abstimmung wird nunmehr der Antrag 100 mit 203 Ja gegen 31 Nein bei Stimmenthaltung von Auer, Rich. Fischer, Bernstein und Kautsky angenommen.

Mit Ja stimmten: Albrecht, Amend, Antrick, Ottilie Baader, Baier, Bartels-Dortmund, Basner, Baudert, Baerer, Bebel, Becker, Beckmann, Beyer, Blos, Blumhardt, Blumstock, Bohn, Böhle, Bömelburg, Brandt, Braun-Königsberg, Brecour, Breil, Brey, Brühne, Busold, Bühler, Büttner, Calwer, Cohn, David, Deutsch, Dietz, Dimmick, Domscheidt, Dörnke, Drechsler, Düwell, Eberhardt, Eberle, Efftinge, Emmel, Erhardt, Ernst, Evers, Faber, Fanghänel, Feldmann, Fendrich, Fiedler, Fischer-Lüdenscheid, Fischer-Weimar, Förster, Frahm, Friedrich-Darmstadt, Fritzsch, Frohme, Fülle, Fulfs, Gartz, Geck, Gemoll, Gerisch, Gesche, Geyer, Goerke, Gogowski, Goldstein, Gradnauer, Grauer, Grevesmühl, Grimpe, Grosse, Groth, Grunwald, Haase, Harm, Hartmann, Haverkamp, Heine, Hengsbach, Herbst, Hildenbrand, Hintze, Hoch, Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Bielefeld, Horenburg, Huber, Hug, Hüttig, Hüttmann, Jahn, Jakobsen, Emma Ihrer, Joos, Jungnickel, Jürs, Kaden, Keller, Keil, Kenkel, Kielisch, Kiesel, Klees, Klingenhagen, Kloß, Knierim, Koenen, König, Körsten, Koß, Kotzke, Kraus, Krause-Neugersdorf, Krause-Stettin, Krohn, Kurze, Ladewig, Landgraf-Chemnitz, Landgraf-Limbach, Lang, Ledebour, Lehmann, Leopoldt, Leutert, Lipinski, Löwenstein, Lüth, Marckwald, Meinhardt, Meister, Meißner, Messing, Metzger, Metzner, Michaelis, Molkenbuhr, Mucker, Müller-Flensburg, Müller-Groitzsch, Müller-Hamburg, Molkenbuhr, Pfannkuch, Pfeiffle, Pfüller, Plorin, Raith, Reißhaus, Reiwand, Reul, Riegel, Rosbitzki, Sachse, Scheidemann, Schlichtholz, Schmidt-Frankfurt, Schmidt-Fürth, Schmidt-Meißen, Schneider, Schnell, Scholz, Schrader, Schreiter, Schubert, Schulze, Schwartz, Schwedt, Seifert, Seige, Siebeneicher, Silber-

Digitized by Google

schmidt, Singer, Sindermann, Sommer, Südekum, Staab, Stadthagen, Stanngl, Steinbrügge, Stolle, Stolpe, Stolten, Stubbe, Stücklen, Marie Thiel, Thiele, Thielhorn, Thöne, Toelge, Ulrich, Unger, Walter-Coburg, Walther-Löbtau, Weickers, Wesemeier, Windhoff, Winkler, Wizorowski, Wolters, Wurm, Zeißig, Klara Zetkin, Louise Zietz, Zorn, Zubeil.

Mit Nein stimmten: Bartels-Lübeck, Bérard, Dr. Heinrich Braun, Decker, Deinhardt, Ebert, Elm, Fischer-Dresden, Friedrich-Lübeck, Heer, Imle, Käppler, Legien, Marckwald, Mayr, Neukirch, Nietzsch, Orth, Pape, Peus, Pistorius, Quarck, Röske, Roßkopf, Rudolph, Schmidt-Rostock, Schulz-Magdeburg, Sidow, Helma Steinbach, Voigt und Wedemeyer.

Damit sind die Resolution 115, die Anträge 52, 91, 92, 93 und dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Das Wort erhält nunmehr zu einer Erklärung

Bernstein: Parteigenossen! Wie ich Ihnen schon in meiner Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag erklärt habe, kann ein Votum des Kongresses mich selbstverständlich in meiner Ueberzeugung nicht irre machen. Es ist mir aber auch zugleich das Votum der Mehrheit meiner Genossen niemals gleichgiltig. Meine Ueberzeugung ist, daß diese Resolution mir objektiv unrecht thut, auf falschen Voraussetzungen beruht, wie ich Ihnen das ausgeführt habe. Aber nachdem Genosse Bebel erklärt hat, daß mit dieser Resolution kein Mißtrauensvotum verbunden sein soll, erkläre ich fernerhin, daß ich dem Votum der Majorität des Parteitages diejenige Achtung und Beachtung entgegenbringen werde, die einem solchen Kongreßbeschluß gebührt. (Stürmischer Beifall.)

Es wird zurückgekehrt zur **allgemeinen Diskussion über die Presse.**

Thiele-Halle: Die Artikel von Pörsch, Calwer und Parvus über die Zustände in unseren Provinzial-Parteiblättern haben zu umfangreichen Debatten Anlaß gegeben. Leider wird kein Kenner unserer Parteipresse behaupten können, jene Artikel seien in wesentlichen Punkten unrichtig. Es bestehen in der That sehr bedeutende Mißstände auf diesem Gebiete. Das ist nicht die Schuld einzelner Personen. Im Gegentheil kann gesagt werden, daß sowohl in den Redaktionen als auch in den Expeditionen unserer Blätter mit größtem Fleiße gearbeitet wird und daß unsere Blätter in den letzten Jahren außerordentliche Fortschritte betreffs redaktioneller und technischer Ausgestaltung gemacht haben. Die Hauptschuld, daß unsere Presse, mit wenigen Ausnahmen, nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen kann, liegt in den oft geradezu lächerlich geringen Mitteln, die für die Redaktion ausgeworfen werden. Ich habe hier eine Zusammenstellung, aus der sich ergiebt, daß viele unserer Blätter nur 8—12 Prozent ihrer Gesammtausgaben auf die Redaktion verwenden, und da stecken auch noch die zum Theil sehr beträchtlichen Prozeßkosten darin. Bei so stiefmütterlicher Behandlung der Redaktionen kann auch beim eifernsten Fleiße der Redakteure das Blatt nicht auf die Höhe seiner Aufgaben gestellt werden. Ein fernerer Uebelstand beruht darin, daß zumeist die rechtlichen Befugnisse zwischen Redaktion, Expedition und Preßkommission nicht oder doch nicht genau abgegrenzt sind. Wir lassen es uns seit einem Jahre angelegen sein, diesen Uebelstand zu heben, ohne dabei überall auf das Entgegenkommen zu treffen, das erwartet werden sollte. (Glocke des Vorsitzenden.) Da meine Redezeit verstrichen ist, empfehle ich noch allen Genossen, durch genaue Abgrenzung der rechtlichen Befugnisse nach Kräften die Reibungsfläche zwischen Redaktion, Expedition und Preßkommission zu vermindern, überall auf Aufstellung eines Redaktionsbudgets zu dringen und in denjenigen Orten, in denen unsere Blätter Filialen haben, dem Expedienten eine Zeitungs-Kommission zur Seite zu stellen, die aus 3 bis 5 im Orte wohnenden Personen bestehen kann und welcher die Aufgabe zufällt, sowohl bei Gewinnung neuer Abonnenten als bei den monatlichen Abrechnungen mit der Hauptexpedition dem Austräger zur Hand zu gehen.

Digitized by Google

Betreffs des Tones, den Genosse Grunwald-Erfurt in der „Thüringer Tribüne" gegen Parteigenossen und Parteiblätter anschlägt, kann ich ihm nur sagen, daß dieser Ton bei fast allen Kollegen große Mißstimmung erzeugt hat. (Beifall.)

Ehrhart: Ich befürchte, daß die Presse in dieser Diskussion viel zu kurz kommt. Calwer hat die Provinzpresse für rückständig erklärt; es thut mir sehr leid, daß Calwer unter die freien Schriftsteller gegangen ist und nicht in einer Redaktion gezeigt hat, wie er es besser machen kann. Es ist das ein schwerer Vorwurf gegen die Provinzpresse, man soll doch nicht außer Acht lassen, in welchen schwierigen Verhältnissen Redaktionen und Expeditionen mit den Arbeitern Hand in Hand arbeiten müssen, um die Existenz des Blattes zu erhalten. Wenn wir das einführen wollen, was Calwer will, den meisten Organen wäre das Lebenslicht ausgeblasen. Eine derartige Kritik gehört nicht in die „Sozialistischen Monatshefte", sondern auf den Parteitag. Ich glaube wohl, daß Calwer und Anderen die Preßkommissionen ein Greuel sind, aber sie sind nöthig, wenn sie auch oft lästig fallen. Es ist oftmals die Schuld manchen Redakteurs, wenn er mit der Preßkommission nicht auskommt. Die Redaktion muß eng Hand in Hand mit dem Geschäftsführer gehen, denn wenn dieser nicht leistungsfähig ist, ist es die Redaktion erst recht nicht.

Die parteigenössischen Redakteure haben eine Kampfesorganisation gegründet, sie wollen ihre geistige Arbeit höher eingeschätzt haben; sehr schön, aber sie sollen nicht nur von ihren Rechten reden, sondern auch von ihren Pflichten. Es ist ein schwerer Vorwurf für die Redakteure, wenn Calwer und Andere andeuten: billig und schlecht; das heißt, der Redakteur würde, wenn er besser bezahlt würde, besser arbeiten. Das ist in unserer Parteigeschichte garnicht traditionell. Was mußte der alte Liebknecht mit seinem jämmerlichen Gehalt früher leisten! Die Redakteure sollten durch ihre Leistungen das Blatt, den Abonnentenstand und damit auch die Leistungsfähigkeit des Verlages heben. Man verweist immer auf die bürgerliche Presse, greift aber nur ein paar Ausnahmefälle heraus, während da vielfach ganz grauenhafte Zustände herrschen. So ist mir ein Redaktionskuli bekannt, der für 135 Mk. monatlich täglich eine ganze Kuhhaut redigiren muß und dazu noch vier Kopfblätter.

Singer: Ich ersuche den Redner, auf die Vorschläge des Vereins Arbeiterpresse an die Verleger hier nicht einzugehen, weil jedes Material dem Parteitag fehlt.

Ehrhart: Aber über den Ton in der Presse muß ich noch einige Bemerkungen machen. Noch weit nöthiger, als über Bernstein zu Gericht zu sitzen, ist es über die Art, wie man Parteigenossen behandelt. Z. B. wie der „Vorwärts" Calwer abgekanzelt hat, der bei allen seinen Sünden doch noch immer Parteigenosse ist. Es ist durch den männlichen und weiblichen Zuzug aus dem Osten ein recht unangenehmer Ton in unsere Parteipresse gekommen. Es wird von den Delegirten in Mainz als von „Nullen" gesprochen. Noch drastischer ist die Sprache der Genannten in unserem wissenschaftlichen Organ der „Neuen Zeit". Die Genossen Gradnauer und Auer haben anscheinend vor der lieben Rosa den Kotau gemacht, mit ihr Frieden geschlossen, aber wir können doch nicht dasselbe thun, haben auch nicht Alle Lust dazu. Aber ich protestire gegen diese Art der Politik, die wir uns bieten lassen müssen. Auch wir machen Anspruch auf anständige, parteigenössische Behandlung.

Ich bedauere, daß die „Neue Zeit" fast ausschließlich gerade auf diese Arbeiter angewiesen ist. Sie haben das Wort gehört: „Billig und schlecht". Auf die „Neue Zeit" paßt das nicht ganz, denn sie kostet der Partei sehr viel Geld und trotzdem entspricht sie uns nicht, trotzdem entwickeln sich neben ihr Organe, die ihr das Wasser abgraben. (Zustimmung.) Eine Aussprache darüber wäre dringend geboten. Es war in der Bernsteinfrage so viel von der Selbstkritik die Rede, möge diese doch auch ihre Anwendung in der gegenseitigen

Digitized by Google

Behandlung der Genossen finden. Es wird über die Theorie viel leeres Stroh gedroschen, nützlicher wäre, sich mehr mit der Kleinarbeit zu beschäftigen. Auch die fabrikmäßige Thätigkeit einiger journalistisch thätiger Genossen dürfte eine Besprechung nöthig machen. Bei aller Hochachtung vor unseren Akademikern möchte ich diesen dringend empfehlen, mehr Fühlung mit der Masse zu nehmen. Meine Redezeit ist um; weil ich gerecht bin, verzichte ich, obwohl ich noch viel auf dem Herzen hätte, auf das Wort.

Die Mittagspause tritt ein.

Schluß 1¼ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Debatte über die **Presse** wird fortgesetzt.

Dr. **Südekum**-Dresden: Ein Theil dessen, was ich ausführen wollte, ist bereits durch die vorhergehende Diskussion erledigt worden, z. B. ein Theil der Klagen, die in weiten Parteikreisen gegen die „Neue Zeit" laut geworden sind. Mehr noch als die Zornesworte von Ehrhart hat mich die entschiedene Art und Weise erfreut, in der Bebel gestern in dieser Hinsicht von Parvus abgerückt ist. Privatim habe ich gehört, daß Kautsky die Verantwortung für die Artikel nicht trägt, da er zu jener Zeit auf Urlaub war. Aber aus der eigenthümlichen Numerirung dieser Artikel, die den Schluß aufkommen lassen, als sei ein Artikel ausgefallen, läßt sich vielleicht vermuthen, daß selbst seinem Vertreter der eine Artikel zu stark war. Ebenso kann ich mich vollkommen dem Urtheil Thiele's über Grunwald und die Art seiner Polemik anschließen. Ich bin kein Verehrer studentischer Sitten, aber das eine gefällt mir immer daran, nämlich die Art, wie junge Studenten, die Korporationen angehören, sobald sie anfangen, zu üppig zu werden, sofort immer an ihr Fuchsenthum erinnert werden. Das hätte doch auch Grunwald nicht aus den Augen lassen sollen, als er in seiner Weise zu polemisiren anfing. Nun bin ich weit entfernt, das Alter und die Länge der Parteizugehörigkeit schlechthin zum Maßstab der Tüchtigkeit zu machen. Ich weiß ganz genau, daß sogar graue Haare nicht vor Thorheiten in der Partei schützen, ja auch Leute, die gar keine Haare mehr haben, können Dummheiten machen, aber das hindert doch nicht, daß in den Reihen gerade der Kollegen Grunwald's die Empfindung vorherrscht, daß es bedeutend besser gewesen wäre, wenn er in anderer Form seinen Eintritt in die journalistische Parteithätigkeit vollzogen hätte.

Nun zu etwas Anderem! Zwei kritische Aufsätze über die Parteipresse, die in letzter Zeit veröffentlicht sind, geben mir Anlaß zu einigen Bemerkungen. Auch ich bin der Meinung, daß der Calwer'sche Artikel sehr starke Uebertreibungen enthält. Aber er enthält auch manches Richtige. Unleugbar leidet unsere Parteipresse, insbesondere die kleine, unter einer starken Uniformität. Aber so schlecht unsere Parteipresse in einzelnen Punkten vom journalistisch-technischen Standpunkte auch sein mag, thurmhoch steht sie doch schon wegen ihrer Integrität über einem großen Theil der bürgerlichen Presse, bei der es ja jetzt wieder gelungen ist, in Dresden die schlimmste Korruption aufzudecken.

Aufsehen erregt hat auch der Artikel des Genossen Julian Borchardt der „Neuen Zeit". Er erhebt die ja nicht neue Forderung der Begründung einer Jugendzeitschrift, die auch dem jetzigen Parteitag wieder in Form eines Antrages unterbreitet worden ist. Borchardt meint, es sei möglich und rühmenswerth, daß sich eine Jugendzeitschrift im losen Zusammenhange mit einem Parteiblatt entwickele, so wie sich die „Kommunale Praxis" vom Mutterboot der „Sächsischen Arbeiterzeitung" losgelöst habe. Nun, in Dresden wird j

Digitized by Google

aus privater Initiative ein Versuch damit gemacht von meinem Kollegen Dr. Morgenstern in Verbindung mit dem Genossen Wallfisch, Geschäftsführer der „Sächsischen Arbeiterzeitung". Wir werden einen schweren Stand haben, aber die freundlichen Worte Pfannkuch's lassen mich hoffen, daß uns die moralische und auch praktische Unterstützung durch den Parteitag nicht fehlen wird. Lassen Sie mich einige Worte über den Plan sagen. Die Jugendzeitschrift ist als selbständige Zeitschrift von 16 Seiten mit Umschlag gedacht. Sie ist nicht für höhere A-B-C-Schützen gedacht, sondern wendet sich an jenes kritische Alter, wo das Kind die Schule verläßt, um ins Leben zu treten, an das Alter von 18, 14, 15 Jahren. In Dr. Morgenstern glauben wir die geeignete Persönlichkeit für die Redaktion gefunden zu haben, der mit Hilfe unserer besten Parteischriftsteller und hervorragender Pädagogen das Blatt schaffen wird. Auch der geschäftlichen Tüchtigkeit des Genossen Wallfisch, des geschäftlichen Leiters, dürfen wir vertrauen. Ich hoffe, daß Ihnen in kurzer Zeit etwas Tüchtiges vorgelegt werden kann. (Bravo!)

Richard Fischer: Wenn ich in der geschlossenen Sitzung oder in der Bernstein-Debatte zum Wort gekommen wäre, dann hätte ich mich jetzt nicht gemeldet, weil ich dort schon meine Schmerzen losgeworden wäre. So muß ich hier etwas ausführlicher werden, soweit dies unter dem Zehnminutenmaulkorb möglich ist. In der Bernstein-Debatte haben wir uns über den Begriff der Wissenschaft unterhalten. Da dürfte also auch hier die Frage angezeigt sein, ob unser wissenschaftliches Organ, die „Neue Zeit", diesen Begriff erfüllt. Darin sind wir wohl Alle einig, daß ein solches Organ im Gegensatz zur Tagespresse auf einer höheren Warte stehen, ein Organ für kritische Forschung sein soll und daß darin die in der Partei auftauchenden Meinungsverschiedenheiten, Probleme erörtert und geklärt werden sollen.

Ich habe mir Material aus der älteren Zeit nicht mitgebracht, aber auch die letzten Tage haben genug Material gebracht. Immer mehr macht sich die bedauerliche Erscheinung bemerkbar, daß in der „Neuen Zeit" entgegengesetzte Meinungen niedergeschlagen werden. Immer mehr wird die „Neue Zeit" ein Organ des Kampfes für eine bestimmte Meinung, für die Reinhaltung einer bestimmten Anschauung, und daraus erklärt sich die traurige Thatsache, daß fast Alles, was litterarisch thätig in unserer Partei ist, die „Neue Zeit" verläßt auf einer Revue folgt, die nur durch eine Personalunion, durch die Person des Redakteurs mit der Partei verbunden ist, und während die Partei gar keinen Einfluß auf die Redaktion hat, sie andererseits immer häufiger und mehr ein Stück moralischer Verantwortung für deren Inhalt überwälzt bekommt. Wie ist es zu dieser Thatsache gekommen? Es ist eben nicht Jedermanns Geschmack, an demselben Tisch mit ein paar litterarischen Raufbolden zu sitzen, die, sobald ihnen Gelegenheit gegeben wird, Jeden zusammenbeißen, der vielleicht eine falsche Meinung oder gar eine solche in ungeschickter Form ausgedrückt hat. (Sehr richtig!) Bebel hat ja nun gesagt, daß er diese Angriffe nicht billige, und Kautsky hat privatim erklärt, daß auch er nicht damit einverstanden wäre. Bebel hat es so hingestellt, als handle es sich nur um die Entgleisung einer Ferienredaktion. Ich halte gewiß Kautsky für einen unserer begabtesten, klarsten und populärsten Schriftsteller, auf den wir Alle stolz sein dürfen. Anders aber steht es mit seiner Redaktionsführung, und da behaupte ich, [illegible]t ein System in der „Neuen Zeit" vor. Schließlich ist der Stellvertreter Kautsky's [illegible] den Ferien seit Jahren Hauptmitarbeiter und Redakteur, er muß wohl darüber [illegible]errichtet sein, was man der „Neuen Zeit" zumuthen darf; und da finden wir [illegible]ch in dem ersten Artikel von Parvus eine Stelle, von der ich nicht verstehe, wie [illegible]s sie in die „Neue Zeit" aufnehmen konnte. Wenn die Auffassung richtig [illegible]der Kautsky schriftlich Ausdruck gegeben hat, daß diesen Schriftsteller in [illegible]Partei Niemand mehr ernst nimmt, wie kann man ihn dann zum Fahnen-

Digitized by Google

träger machen in unserer wissenschaftlichen Revue! (Lebhafte Zustimmung!) Da heißt es, „daß, wer es noch vor zwei, drei Jahren gewagt hätte, gegen eine Parteigröße den Vorwurf des Opportunismus zu erheben, der wäre als Schwarzseher angesehen worden und hätte sich in Acht nehmen müssen, um nicht als Krakehler wegen „persönlicher Verunglimpfung" aus der Partei hinausgeschmissen zu werden." Das schreibt der wissenschaftliche Revuer in der „Neuen Zeit"! Nicht einmal die Unabhängigen haben einen solchen Vorwurf zu erheben gewagt! Und die Behandlung Auer's! Mit Auer's persönlicher Erklärung ist ja die Sache gestern schon, soweit sie hier in Betracht kommt, in der entsprechendsten Weise charakterisirt worden. Aber die Auffassung Bebel's ist schon deswegen nicht richtig, weil ja unterdessen unter der Redaktion Kautsky's ein weiterer Artikel erschienen ist, der sich in Bezug auf den Ton, die Werthschätzung der Personen, gar nicht von den anderen unterscheidet. Wenn wir den Genossen Parvus an der Arbeit sehen, dem Genossen Bernstein die niederträchtigsten und gemeinsten Motive für sein Verbleiben in der Partei zu unterschieben, wie er versucht, ihm die litterarische Ehre abzuschneiden (sehr wahr!) mit der Unterstellung, daß Bernstein sich mit den Federn von Friedrich Engels schmücke (Unruhe), dann ist Kautsky verpflichtet, nach seiner Kenntniß der Verhältnisse und der Person Bernstein's, mit dem er Jahre lang zusammen gearbeitet hat, dagegen zu protestiren oder diese Stelle nicht aufzunehmen. (Lebhafter Beifall.) Das ist auch der Grund, weshalb ich für die Resolution Bebel's nicht habe stimmen können, weil darin die Stelle steht, daß Bernstein den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft und deren Vertreter unterlasse — ich weiß, Bebel hat es nicht beabsichtigt, aber der Schluß kann daraus gezogen werden —, daß Bernstein absichtlich und mit Vorbedacht den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr führe. Wenn das in der wissenschaftlichen Revue steht und es dann heißt: „Andererseits hält Bernstein schon deswegen an der Sozialdemokratie fest, weil er außerhalb derselben jede politische Bedeutung verlieren würde" (große Unruhe) — so werden Sie mir zugeben, daß das eine unwürdige Unterstellung ist. Wenn es weiter heißt: „Seine Aufgabe ist die sozialreformerische Zersetzung der Partei", dann sind das nicht Entgleisungen, sondern der Ausdruck eines Systems. (Sehr wahr!) Aber es ist ja nicht nur Parvus. Die Genossin Luxemburg ist nicht anwesend, das kann mich aber nicht hindern, auch über sie etwas zu sagen. Dieselbe unwürdige Unterstellung und dieselbe Verdrehung des Thatbestandes vermittels geschickter, aber gewissenloser Rabulistik haben wir in der Behandlung des Falles Millerand seitens der Genossin Luxemburg erlebt. Man kann eine Auffassung vertreten in aller Schärfe, aber man darf die Meinungen der Genossen nicht fälschen, und blos in der Absicht, geistreich zu erscheinen, so lange rabuliſteln, bis die Wahrheit in ihrem Gegentheil erscheint. In ganz klassischer Weise hat sie das gerade wieder in der letzten Nummer der „Neuen Zeit" gethan. In der Budgetbewilligungsfrage stehe ich auf dem Standpunkte der Genossin Luxemburg; ich verurtheile auch die Motivirung Fendrich's; das Wort von der Gleichberechtigung hätte er unterlassen sollen. Aber wer von uns hat nicht sogar schon eine gute Sache mit schlechten Gründen und in ungeschickter Weise vertreten! Wenn ich nicht die Gabe habe, in geistreicher Weise meinen Standpunkt zu vertreten, so kann man es einem unanständigen Gegner überlassen, mich als politischen Trottel hinzustellen; hier aber st wir, wie die Genossin Luxemburg einen anderen Genossen nicht blos Trottel hinstellt, sondern geradezu als Verräther an der Partei. Nach allei was unsere Genossen im badischen Landtag in tapferer Vertretung uns Parteigrundsätze dort geleistet, schreibt Rosa Luxemburg von ihnen: „Soz demokratische Abgeordnete werden in den Landtag geschickt als Ausdruck Protestes gegen die Entrechtung, die Versklavung, die Unterdrückung der Arb

Digitized by Google

klasse, sie treten in den Landtag und erklären: Es thut uns leid, wir sind „in jeder Beziehung so gleichberechtigt", daß es uns unmöglich ist, dem kapitalistischen Staate ein Mißtrauensvotum zu geben." Ist das nicht geradezu eine völlige Umkehrung der Thatsachen, eine Spekulation auf die Unwissenheit und Unkenntniß? (Sehr wahr!) Geben wir dafür jährlich Tausende zur Deckung des Defizits der „Neuen Zeit"!? Fendrich hat sich im Ausdruck vergriffen, aber deswegen mit der ganzen Kunst der Rabulisterei, wie sie vielleicht ein Erbtheil ihrer Rasse ist, über ihn herzuziehen, das geht doch nicht an.

Singer macht Fischer darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen ist.

Fischer: In zehn Minuten kann man zwar eine Frage anschneiden, aber sie nicht eingehend behandeln, aber man kann wenigstens die Forderung stellen, daß es so nicht weiter gehen darf, da muß von der Partei Remedur geschaffen werden. (Lebhafter Beifall.)

Kautsky: Auf alle die schweren Anklagen, die gegen mich erhoben worden sind, kann ich in den zehn Minuten nicht eingehen, ich will mich auf einige wenige Punkte beschränken. Vor Allem nehme ich keinen Anstand, zu erklären, daß ich die letzten Artikel von Parvus, die nicht unter meiner Redaktion veröffentlicht sind, mißbillige und daß ich sie nicht aufgenommen hätte. Aber man darf auch nicht übertreiben und jene Artikel als unerhört hinstellen. Gewiß, der Ton ist unpassend, aber hat man nicht gegen Parvus und Luxemburg einen noch schärferen Ton in süddeutschen Blättern angeschlagen? Hat man da nicht diese Genossen in einer unerhörten Weise beleidigt? Dagegen habe ich in dem Artikel über Auer nicht das geringste Beleidigende gefunden. (Widerspruch.) Die Absicht der Beleidigung selbst lag nicht vor und Parvus hat mir brieflich erklärt, daß er vor Auer die größte Hochachtung besitze, sowohl als Menschen wie als Parteigenossen. Sie finden in dem Artikel nur eine Kritik der politischen Thätigkeit Auer's, die vielfach nicht zutreffend, aber doch keine persönliche Herabsetzung ist. Allerdings hat Parvus auch eine Geschmacklosigkeit über das Germanenthum von Auer verbrochen, aber ich muß als Milderungsgrund anführen, daß er da nicht originell war, sondern die Schalkhaftigkeit von Auer nachahmen wollte. Sehr ungeschickt, denn um Schalk zu sein, muß man Grazie haben, und an Grazie kann sich Parvus mit Auer nicht messen. (Heiterkeit.) Aber abgesehen von diesen Artikeln ist doch das, was hier gesagt ist, furchtbar übertrieben. Es ist gesagt, Parvus und Luxemburg nehmen ja den ganzen Raum der „N. Z." ein. Nun, was haben sie denn in den letzten Jahren veröffentlicht? Parvus hat über die Finanznoth in Rußland und über die landwirthschaftlichen Zölle äußerst instruktive und höchst lehrreiche Artikel geschrieben. Erst in jenen letzten Artikeln, auf denen man fortwährend herumreitet, ist der Anstoß erregende Ton angeschlagen. Und was hat Luxemburg veröffentlicht? Einen Artikel über den Fall Millerand, in dem sie eine Reihe höchst instruktiver Thatsachen mitgetheilt hat, die für Alle vom höchstem Werthe waren; einen Artikel über die Frage der Akkordmaurer, der ganz sachlich und unbefangen war und auch werthvolles Material bot. Allerdings hat sie auch durch einen Artikel die Frage der Budgetbewilligung in Fluß gebracht; das hat freilich Anstoß erregt, aber meiner Ansicht nach war gerade das sehr verdienstlich. Soll ich alle diese Artikel ablehnen, blos weil sie von Leuten herstammen, die Manchem mißliebig sind? Ich glaube, das wollen die Genossen selbst nicht.

Nun wirft man mir ein, es handelt sich nicht um die Artikel, sondern um den darin angeschlagenen Ton. Dieser Ton vertrete ein System, und dieses System bestehe darin, daß Jeder, der nicht meiner Ansicht ist, niedergeknüttelt werde. Das sei aber nicht Aufgabe der „N. Z.", sie solle Probleme diskutiren

Digitized by Google

und nicht einfach die Diskussion ersticken. Ja, werden denn nicht in der „N. Z." eine Unmenge Probleme diskutirt? Ist nicht die Bernstein-Frage in der „N. Z." aufgerollt worden? Man könnte mir eher vorwerfen, daß ich dieser Debatte zu spät als zu früh ein Ende gemacht habe. Wir haben Diskussionen gehabt über die Konsumvereine, die Jugendlitteratur, die Verstaatlichung der Bergwerke, die Neutralität der Gewerkschaften, und andere Fragen, man kann also nicht sagen, daß die „N. Z." kein Diskussionsorgan ist. Aber, sagt man, die „N. Z." solle über den Kämpfen stehen. Ja, wenn Sie das von mir verlangen, dann verlangen Sie etwas, was über meine Kräfte geht. Wenn Sie verlangen, daß die „N. Z." eine Art wissenschaftliches Ueberbrettl sein soll, eine Art höherer Warte, die von einem Uebergenossen redigirt wird, der auf unsere internen Kämpfe von oben herabblickt, dann werden Sie keinen Redakteur finden, denn das könnte nicht ein Mann von Charakter sein, sondern nur eine Molluske. Ich bin mir indeß nicht bewußt, daß ich, wenn ich in die Arena des Kampfes hinabgestiegen bin, meine Pflicht den Genossen gegenüber vernachlässigt habe. Quarck hat neulich gemeint, daß bei uns eine gewisse Nervosität über die Bernstein-Frage herrscht. Ich gebe das zu, diese Frage hat uns alle nervös gemacht. Hüben wie drüben ist man geneigt, jedes scharfe Wort als unerhörte Beleidigung aufzufassen.

Unser Ton wurde ein unpassender genannt. Man vergißt dabei Eines. Wenn man mit einem Gegner polemisirt, so will man zeigen, wohin die Konsequenzen seines Thuns führen. Damit sagt man aber nicht, daß der Gegner sich dieser Konsequenz bewußt ist und ihnen absichtlich zustimmt. Daß Bernstein nicht die Absicht hat, die Partei aufzulösen, ist doch selbstverständlich; es ist mir auch niemals eingefallen, die bona fides der Genossen von der anderen Richtung anzuzweifeln, noch ist das irgend einem meiner Mitarbeiter eingefallen; es wurden nur die Konsequenzen gezogen und gesagt, diese führen in den Sumpf. Aber man hat nicht gesagt: Ihr wollt uns in den Sumpf führen. Das ist etwas ganz Anderes. Das Eine kann man mit allem Nachdruck bekämpfen, es ist aber nichts Beleidigendes, sondern nur etwas Schmerzliches. Allerdings kann ich nicht für Alles, was in der „N. Z." steht, die Verantwortung übernehmen, in dem Sinne, daß ich jedes Wort unterschreibe. Sie verlangen doch, daß wir Selbstkritik üben, aber das können wir nur, wenn wir Toleranz üben. Auf der einen Seite nennt man mich den Großinquisitor, auf der anderen Seite sagt man, ich sei viel zu tolerant. Ja, es fällt mir allerdings schwer, der Zensor meiner Genossen zu sein und meine Mitarbeiter zu kastriren. Es ist möglich, daß ich da zu weit gehe, aber einer Schuld bin ich mir nicht bewußt. Im Uebrigen hoffe ich, daß diese ganzen Klagen über die „N. Z." beendet sind, denn sie sind doch nichts als ein Nachklang der Bernstein-Debatte. Das gebe ich gern zu: die Bernstein-Debatte hat Niemanden mehr geschadet als der „N. Z." und Niemanden in eine schwierigere Situation gebracht als den Redakteur der „N. Z.". Ob der Redakteur der „N. Z." daran schuld ist, das ist eine andere Frage, die ich jetzt nicht aufrollen will, da ja die Bernstein-Debatten für immer beendet sein sollen. Und weil ich glaube, daß die Bernstein-Frage begraben ist und daß wir uns jetzt zusammenfinden werden zu gemeinsamem, einmüthigem Arbeiten, darum glaube ich, ist auch Alles, was Sie gegen die „N. Z." vorgebracht haben, ein Ding der Vergangenheit. Wir werden ja jetzt wieder einmüthig kämpfen und siegen. (Lebhafter Beifall.)

Heine-Berlin: Stadthagen hat uns heute empfohlen, uns in der Polemik einer recht milden, wenig gehässigen und anständigen Form zu bedienen. Hoffentlich wird er das in Zukunft selbst beherzigen. Heute hat man davon noch nicht viel bemerkt, denn das Gebot der Berücksichtigung anständiger Formen gilt doch auch unseren Gegnern gegenüber. Ich muß Protest dagegen

Digitized by Google

erheben, daß Stadthagen den Schriftsteller von Gerlach, von dem ich vorher gesagt habe, daß er ein guter Bekannter von mir sei, ohne jeden Anlaß als einen Schmutzfinken bezeichnet. Eine solche Ausdrucksweise entspricht meiner Auffassung von der Würde dieser Tagung nicht. (Sehr wahr!) Ebensowenig halte ich es für angemessen, daß die Luxemburg ohne jeden Anlaß von den hier anwesenden Berichterstattern als von Schmöken gesprochen hat. Nun, der Vater der Schmöke war ein polnischer Jude, und ich wüßte nicht, welche Ursache die Luxemburg hat, diesen Ausdruck zu gebrauchen. Der Ton in unserer Presse ist vielfach ein sehr unangebrachter. Mir liegt hier ein Artikel der „Münchener Post" vor, in dem in einem ganz unglaublichen Ton gegen die Mitarbeiter an den „Sozialistischen Monatsheften" losgezogen wird. Das Komische daran ist nur, daß der Hauptmitarbeiter, Vollmar, der Vertreter für München ist. Ueber Grunwald nur ein paar Worte; er hat Bernstein gegenüber das Wort Goethe's über Dilettantenthum gebraucht. Als Goethe das schrieb, war er 76 Jahre alt. Nun sollen wir ja, wie Stadthagen meint, Niemandem seine Jugend vorhalten, aber Stadthagen selbst hat uns Mitarbeitern an den „Sozialistischen Monatsheften" vorgehalten, daß wir eigentlich noch junge Leute sind, die erst etwas lernen müssen. Ja, wenn Vollmar, Auer und ich junge Leute sind, so sind Sie, Genosse Grunwald, ein Embryo gegen uns. (Stadthagen: Wer hat denn das gesagt?) Aber ich will auf Parvus kommen: in welcher Weise hat er Vollmar mitgespielt?! Das ist besonders abscheulich, daß er ihm vorhielt, er hielte gute Beziehungen zur Regierung und all den Leuten. Ich weiß nicht, ob Vollmar sie hielt, aber ich weiß das Eine, daß Parvus ohne diese guten Beziehungen Vollmar's zu den Leuten nicht in München sein würde, und sich gar nicht genirt hat, diese guten Beziehungen Vollmar's auszunutzen. (Pfui! Pfui! Große Unruhe! Glocke!) Ich erwarte, daß dieses Pfui dem Menschen gilt, der solche Geschenke annimmt und darauf anderen ins Gesicht spuckt. (Große Unruhe. Glocke. Rufe: Nein, Ihnen gilt's.) Sie haben die Artikel von Parvus gemißbilligt, und die Art, wie Auer ihn gestern abgefertigt hat, war ja sehr hübsch, humoristisch und nett, aber sie genügt denn doch nicht vollkommen. Ich habe in meinem Wahlkreise den Kampf gegen die Antisemiten zu führen, und ich kann es nicht für angemessen halten, daß Parvus in der Weise, wie er es zweifellos durch jene Stelle in seinem Artikel thut, Propaganda für den Antisemitismus mache. Denn das ist das Resultat seiner ungezogenen Bemerkung über die deutsche Nation, die eine Nation sei, die nicht schlau sein könne. Kautsky sagt, Parvus habe ihm geschrieben, das sei nicht so schlimm gemeint. Ja, das ist uns gleich. Gesagt ist gesagt, und ausgenutzt ist es vom ersten Tage ab. Es ist wirklich nicht angenehm, daß die Gegner jetzt kommen und sagen: „Das habt Ihr von Eurem Internationalismus." Wenn Einer, so bin ich gegen den antisemitischen Gedanken gefeit und es ist eine unglaubliche Thorheit der Antisemiten, uns so etwas zu sagen, denn unser Internationalismus hat damit nichts zu thun. Unser Internationalismus bedeutet, daß jede Nation die andere achtet, und ich habe keine Mißachtung gegen die russischen und polnischen Juden, aber wenn Jemand als Gast zu uns kommt und uns in die Stube spuckt, so werden wir uns das nicht gefallen lassen und werden mit aller Energie, wenn auch mit der uns angeborenen Höflichkeit, dagegen Protest erheben. (Zubeil ruft: Sie waren ja selbst Antisemit, Sie waren Vorsitzender des antisemitischen Vereins deutscher Studenten.) Der diesen Zuruf machte, war derselbe Herr, der sich vorhin erlaubte, Pfui zu rufen. Daraus, daß ich einmal Antisemit gewesen bin, habe ich nie ein Hehl gemacht, das hat Jeder gewußt.

Nun noch Eins: Kautsky hat darauf hingewiesen, wie schwer es ist, daß die „Neue Zeit" zugleich ein Kampforgan und ein wissenschaftliches Organ sein soll. Ich gebe zu, daß das sehr schwierig ist; z. B. dürfte man dann

Digitized by Google

nicht die Abgeordneten der Partei so angreifen, wie das geschieht. Ich glaube, daß der eingeschlagene Weg nicht immer der richtige war, und ich hätte nur gewünscht, daß Kautsky ebenso wie Bernstein erklärt hätte, daß er die auf dem Parteitage laut gewordenen Meinungen akzeptirte. Lebedour hat vorhin in höchst hämischer Weise sich über die Erklärung Bernstein's ausgesprochen, über die wir uns alle so gefreut haben; er hat gesagt: Bernstein stellt sich hier hin und sagt: Ich kann auch anders! . . .

Singer: Es ist nicht angebracht, Privatgespräche in die öffentliche Diskussion zu ziehen. Ich bin selbstverständlich bereit, volle Redefreiheit zu gewähren, aber das geht nicht, daß Privatgespräche hier öffentlich erörtert werden.

Heine: Dann benutze ich die Gelegenheit, um zu erklären, daß ich die Handlungsweise von Bernstein für höchst muthig und ehrenwerth gehalten habe, daß Niemand ein Recht hat, ihm daraus einen Vorwurf zu machen, und daß Diejenigen, die das nicht anerkennen, Leute sind, die zeigen, daß sie den Frieden nicht wollen. (Beifall und Widerspruch.)

Stücklen-Altenburg: Die Parteipresse hat nicht die Aufgabe, Parteigenossen anzugreifen. Wir in Thüringen haben uns ganz gut vertragen, bis Genosse Grunwald als neue Leuchte nach Erfurt kam und als „Chefredakteur" die vier Seiten starke Erfurter „Tribüne" zu leiten begann. Nun gut! Aber was uns nicht gefällt, das ist die Anreißerei (sehr wahr!), die Sucht, ja in der Oeffentlichkeit besprochen zu werden, was man dann mit allen Mitteln zu erreichen sucht. Als die Anti-Bernstein-Bandwürmer an die bürgerliche Presse versandt waren, da schrieb diese, die Thüringer Sozialdemokratie steht unter dem Einfluß des Dr. Grunwald — zu dem „Chefredakteur" wurde noch der „Dr." angefügt. Es wurde ihm damit eine Wichtigkeit beigemessen, die wir ganz entschieden bestreiten müssen. Verschiedene Parteigenossen haben das mit Recht kritisirt, und in welcher Weise hat Grunwald sie dann angerempelt! Z. B. den Genossen Thiele! Den „Vorwärts" rempelte er an, weil dieser seine langen Artikel nicht in die Welt hinausposaunen half; dazu ist unser Zentralorgan wahrhaftig nicht da. Wie soll denn das erst werden, wenn die Papierpreise fallen und die Erfurter „Tribüne" vielleicht sechs Seiten stark erscheint! (Heiterkeit.) Der Partei-Vorstand hätte Grunwald schon längst sagen sollen, diese Anrempeleien müßten eine Grenze haben, er solle sich nicht so viel Kraut herausnehmen, es seien noch andere Leute da (Sehr wahr!) Es läßt sich gar nicht leugnen, daß in den Kreisen der Genossen eine sehr starke Mißstimmung gegen die Akademiker in der Partei herrscht. Ich theile diese Mißstimmung in der Weise nicht, wenn das aber in der Presse weiter geht, dann begreift man sie (sehr wahr!), um so mehr, wenn die Parteithätigkeit dieser Leute noch sehr jungen Datums ist. Jeder hat das Recht, seine Meinung zu sagen, aber gewisse Grenzen und Formen muß er inne halten; auf keinen Fall aber darf er in hochnäsiger und prätentiöser Weise auftreten. Dieses Auftreten war bisher ein Vorrecht der Genossin Luxemburg. Wenn ich unhöflich sein wollte, dann würde ich sagen: der Genosse Grunwald scheint mir eine mißlungene männliche Ausgabe der Genossin Luxemburg zu sein. (Stürmische Heiterkeit.)

König-Bochum: Wir haben kein polnisches Blatt im Kreise. Nun hat der Vorstand seine Beziehungen zur „Gazeta Robotnicza" gebrochen. Welches Blatt sollen wir nun unseren polnischen Genossen im Kreise empfehlen? Wir im Buchhandel empfinden es schmerzlich, daß die „Neue Zeit" keine Fortschritte macht, während die „Sozialistischen Monatshefte" durch barnumhafte Reklame von Tag zu Tag neue Leser gewinnen.

Ulrich-Offenbach: Die Preßkommissionen sind ein Kind der Parteiverhältnisse an den einzelnen Orten. Hätten diese Orte einen auskömmlichen Redaktionsetat, dann hätten die Prätentionen gewisser Redakteure ihre Berechtigung.

Digitized by Google

An einzelnen Orten aber befinden sich die Parteiblätter in äußerster Noth und das Sparen am Redaktionsetat ist die Hauptaufgabe der Preßkommissionen. Bis zu einem gewissen Grade war Calwer berechtigt, darüber zu klagen, daß in den Preßkommissionen Genossen sitzen, die von der Journalistik nichts verstehen. Durch das Reden darüber wird aber nicht Wandel geschaffen, das ist nur möglich, wenn die Genossen es sich zum Gesetz machen, nur dann an die Gründung von Blättern zu gehen und an die Anstellung von Redakteuren, wenn sie die materielle Grundlage haben und einen Redaktionsetat aufstellen können. (Beifall.) Nun will ich über den Ton meine Meinung sagen. Der ersten Mahnung Heine's will ich folgen, aber seinen weiteren Ausführungen kann ich nicht folgen. Wenn wir uns befleißigen sollen, einen vernünftigen Ton anzuschlagen, dann dürfen wir nicht so losgehen wie Heine. (Lebhafte Zustimmung.) Der größte Theil meiner Ausführungen ist abgeschlagen durch die Erklärungen Kautsky's. Ich habe die Zuversicht, daß die „Neue Zeit" in der Folge anderen Bahnen folgen wird. So kann es nicht fortgehen wie in der letzten Zeit, wenn sie nicht jeden Einfluß im Parteileben verlieren will. Sie hat die Stellung verloren, die ihr eigentlich gebühren sollte, und zwar, als sie in der Debatte über die Agrarfrage Töne anschlug, die ihre Mitarbeiter, die anderer Ansicht waren, herausgegrault hat. (Sehr richtig!) Es fehlt leider einem großen Theil unserer Journalisten das proletarische Klassenbewußtsein, das sie in erster Linie unter sich bethätigen sollten. Wie kommt das? Es erklärt sich daraus, daß die lautesten Rufer im Streite in der That die Fühlung mit den eigenen Parteigenossen verloren haben. Deshalb schlagen sie gegen Ihresgleichen einen bedenklichen Ton an. (Sehr wahr!) Unsere Gegner können uns oft nicht besser bekämpfen, als durch die Veröffentlichung von Aeußerungen von Parteigenossen gegen einander, die sie noch besonders ausmünzen. Der größte Fehler, den wir zu beklagen haben, ist der: Unsere eigenen Organe sind oft nicht mehr Kampforgane gegen unsere Feinde, sondern Kampforgane gegen uns selbst. Sollten die heutigen Verhandlungen dazu führen, dieses Uebel zu beseitigen, dann hätten sie großen Werth. (Beifall.) Kautsky sagt, es sei unmöglich, daß die Redaktion der „Neuen Zeit" über den Wassern schwebt. Bis zu einem gewissen Grade aber hat es der leitende Redakteur einer solchen Zeitschrift an der Hand, alle Richtungen zu Wort kommen zu lassen. Keine sollte geächtet werden. Dazu müßte er allerdings die eigene Meinung möglichst zurückstellen und persönliche Angriffe unterlassen. Nicht ein wissenschaftliches Ueberbrettl wünschen wir, wohl aber, daß die Formen beobachtet werden, unter denen man sich selber behandelt wissen will.

Calwer: Diese Debatten machen immer den Eindruck: Wo Verstimmungen herrschen, gilt die Moral immer nur für den anderen Theil. Deshalb will ich auf die „Neue Zeit" nicht eingehen, ich fühle mich da als Partei. Ehrhardt hat sich mit meinem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" beschäftigt. Ich muß vorausschicken, daß bei dieser Frage höchstens über einen Punkt Einstimmigkeit bei uns herrscht, darüber nämlich, daß unsere Preßverhältnisseun befriedigend sind. Ueber die Gründe streiten wir uns und über die Mittel, wie dem abzuhelfen ist. Ich fürchte; diese Mißstände werden zunehmen, je größer der Stab unserer Journalisten wird, und zwar unserer Berufsjournalisten, die blos Journalisten sind und es bleiben wollen. Je größer ihr Kreis wird, desto mehr müssen sich diese Gegensätze herausbilden. Der frühere Idealismus ist nicht mehr vorhanden; jedenfalls dürfen wir uns auf ihn nicht verlassen. Von den Handarbeitern verlangen wir ihn ja auch nicht. Sie werden nach den Sätzen ihrer Organisation bezahlt. Verlangen Sie ihn also auch nicht bei den geistigen Arbeitern. Auch ihre Ansprüche sollten befriedigt werden, sonst ist die Folge unbefriedigende Leistung in der Presse. Getadelt habe ich besonders den Mangel durchgehender Berichterstattung über den Wirthschafts-

Digitized by Google

markt. Wir sind da ganz auf die gegnerische Presse angewiesen und die Arbeitgeber, Banken, Aktiengesellschaften schildern die Lage so, wie es ihnen paßt, nicht, wie sie ist. Die Arbeiterorganisationen könnten sehr gut Material zur Beurtheilung der Lage beschaffen — hätten sie es gethan, so würden Viele von uns nicht von der herrannahenden Krise überrascht worden sein. Mein ungünstiges Urtheil über die Parteipresse kann ich in keiner Weise modifiziren. Auf der einen Seite stehen die Schriftsteller; ihren berechtigten Forderungen sollte die Gegenseite entgegenkommen; nur so ist ein Ausgleich möglich.

Grimpe beantragt Schluß der Debatte.

Ledebour: Ich persönlich bin in unerhörtester Weise angegriffen worden von Heine. Wir müssen darauf antworten können.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Gradnauer: Es ist außerordentlich viel über den guten Ton in der Parteipresse gesprochen worden. Wie schwer es ist, die richtige Grenze zu finden, das hat sich bei einzelnen Rednern gezeigt, die sich selbst über den schlechten Ton beschwert haben. (Sehr richtig!) Heine hat sich über den üblen Ton von Rosa Luxemburg und Parvus beschwert. Ich stimme darin mit ihm überein; dann aber ist es um so bedauerlicher, daß er die Unziemlichkeiten von jener Seite mit eben so groben Unziemlichkeiten seinerseits beantwortet hat. (Sehr gut! Ruf: übertroffen hat!) Der „Vorwärts" ist seit je bemüht, in Parteiangelegenheiten einen Ton inne zu halten, der nicht angeklagt werden kann. Ehrhardt wird selbst nicht der Meinung sein, daß der Vorwurf, den er bezüglich eines einzelnen Artikels erhoben hat, irgendwie verallgemeinert werden kann. Das aber möchte ich nebenbei dem Genossen Ehrhardt sagen, daß er eine ganz absonderliche Auffassung über den persönlichen Verkehr der Genossen unter einander hat. Es ist eine seltsame Zumuthung, die er an mich und einen anderen Genossen gerichtet hat, wir sollten nicht über die Straße gehen mit Genossen, mit denen wir uns in sachlichem Gegensatz befinden. Ich stimme mit Rosa Luxemburg in sehr vielen Dingen nicht überein, ich mißbillige sehr gewisse ihrer literarischen Gepflogenheiten, aber das kann mich nicht abhalten, sie als Persönlichkeit zu schätzen und mit einer sehr interessanten und klugen Frau gern zusammenzutreffen. (Sehr richtig!) Wir würden in eine lächerliche und thörichte Kliquenwirthschaft verfallen, wenn wir Genossen wegen sachlicher Meinungsverschiedenheiten nicht die Hand reichen sollten. (Sehr richtig!) Calwer hat mich nicht davon überzeugt, daß er eine fruchtbare Kritik an der Parteipresse geübt hat. Ja, wenn er nur den Mangel in der Behandlung des wirthschaftlichen Theils getadelt hätte, dann könnte ich ihm zustimmen. Aber er hat ganz allgemeine Bemerkungen über die Parteipresse gemacht, gewiß in guter Absicht, aber ohne Berücksichtigung der Verhältnisse der kleinen Parteipresse. Ich habe überhaupt den Eindruck, als wenn die „Sozialistischen Monatshefte" in einer der Redaktion vielleicht selbst nicht angenehmen, aber durch die Parteiverhältnisse heraufbeschworenen Sucht der Kritik derartige Artikel bringen. (Sehr richtig!) Es war wirklich nicht nöthig, ein Pronunziamento dieser Art gegen die Parteipresse zu veröffentlichen. Statt dieser Kritiksucht sollte man lieber versuchen, im Verein mit den Genossen so gut wie möglich Besserung zu schaffen. (Sehr gut!) Leider kann ich die Hoffnung Kautsky's nicht theilen, daß jetzt, wo in der Bernstein-Frage eine gewisse Verständigung erzielt worden ist, die auch von ihm beklagten Uebelstände in der „Neuen Zeit" beseitigt werden dürften. Es liegt nicht an dem häßlichen Ton, auch nicht daran, daß die „Neue Zeit" durch die Bernstein-Debatte in eine besonders schwierige Lage gekommen ist. Nein, es liegt an der ganzen Organisation der „Neuen Zeit", daß sie erhebliche Mängel zeigt. Sie verbindet Aufgaben mit einander, die der genialste Redakteur nicht lösen kann. Sie soll zugleich wissenschaftliches Diskussionsorgan und ein aktuelles Organ

Digitized by Google

sein, das Stellung zu den Fragen des Tages nimmt. Das sind Aufgaben, die keine einzige Zeitschrift sonst mit einander zu lösen begehrt und im Stande ist. Ich habe schon bei früherer Gelegenheit einmal, und zwar in Uebereinstimmung mit Kautsky, ausgeführt, daß es nicht segensreich gewesen ist, nach dem Fall des Sozialistengesetzes aus der monatlich erscheinenden eine achttägig erscheinende „Neue Zeit" zu machen, die neben den wissenschaftlichen Problemen und den Diskussionen über diese Probleme zugleich die aktuellen Fragen des Tages pflegen soll. Kautsky hat in der Ausführung dieses Versuches ganz Außerordentliches geleistet, aber ein solches Unternehmen ist an sich eine Unmöglichkeit. Dabei haben die auf Aktualität gerichteten bürgerlichen Zeitschriften journalistisch einen ganz außerordentlichen Aufschwung genommen. Die „Sozialistischen Monatshefte" haben nicht nur wegen des schlechten Tones in den „Neue Zeit"-Artikeln einen solchen Mitarbeiter- und Abonnentenkreis gewonnen, sondern weil sie es verstanden haben, aktuell zu werden. Der Partei-Vorstand sollte prüfen, ob nicht die Möglichkeit zu schaffen ist, ein wissenschaftliches Organ zu haben, welches in gründlicher Weise die Probleme des Sozialismus behandelt und auf der anderen Seite eine Wochenschrift, die in frischer aktueller Weise die politischen Ereignisse des Tages behandelt. Würde auch diese Monatszeitschrift ein Defizit haben — und wissenschaftliche Zeitungen haben immer Defizits bei uns in Deutschland —, das könnte die Partei tragen, wenn wir andererseits eine Wochenschrift hätten, die sich gegen die immer stärker auftretende Konkurrenz halten kann und von den fortgeschritteneren Genossen gern gelesen wird.

Lipinski-Leipzig: Ich bedauere den Ausfall Ehrhart's, daß die Leistungen unserer Redakteure anscheinend von der Bezahlung abhängig seien, insbesondere bedauere ich auch die Bezugnahme auf Liebknecht. Das ist ja das Uebel, daß wir immer am Alten kleben, den Maßstab von vor 25, 30 Jahren anlegen, wo wir noch keine Berufsredakteure hatten. Man hat in den Preßkommissionen — dafür sind eine ganze Anzahl Belege vorhanden — vielfach die Ansicht, die Redakteure brauchten nicht besser zu stehen wie sie, die Mitglieder der Preßkommissionen selbst. Das Papier, der Druck muß bezahlt werden, die Setzer haben ihren Tarif, also wird am Redaktionspersonal gespart. Das Ideal scheint zu sein ein Zustand, bei dem, wie man ja in Kassel will, man den Redakteur ganz abschafft und die Zeitung durch den Verleger und Expedienten herstellen läßt. Das kann nicht unsere Aufgabe sein, aus 14 Zeitungen eine 15. zu machen. Die Existenz des Redakteurs muß ausreichend und sichergestellt werden.

Singer wiederholt dem Redner gegenüber sein Ersuchen, die Forderungen des Vereins „Arbeiterpresse" nicht zu begründen, da dem Parteitag das Material fehle.

Ledebour: Heine hat in unerhörter Weise eine Anzahl Genossen, darunter auch mich angegriffen. Ueber den Ton von Angriffen gegen mich pflege ich mich nicht zu beschweren. Wenn aber Heine sich hier hinstellt und anderen Leuten gute Lehren geben will, so dürfte er doch nicht selbst in einen Ton verfallen, wie wir ihn noch niemals auf unseren Parteitagen zu hören bekommen haben — c'est le ton, qui fait la musique! — Es ist der Ton, der die Musik macht. — Ich weise nur auf den Feldwebelton hin, den er gegen den Genossen Zubeil angeschlagen hat. (Sehr richtig!) Ich begrüße sein Auftreten als abschreckendes Beispiel. Worüber ich mich aber hauptsächlich persönlich zu beklagen habe, ist nicht der Ton, das ist diese Methode, persönlichen Klatsch, der ihm zugetragen ist, hier öffentlich auf der Tribüne auszunutzen. Irgend Jemand hat Heine privatim gesagt, daß er mich privatim nach der Sitzung irgend etwas hat sagen hören. Es war nicht genau so, wie er es gesagt hat; ich habe keinen Anlaß, sachlich noch einmal die Bernstein-Debatte aufzurollen. Aber die Methode hier, so etwas in der öffentlichen Debatte vorzubringen, das ist nach allem gesellschaftlichen, nach allem politischen Gebrauch unzulässig (sehr richtig!), das wird

Digitized by Google

als unzulässig überall zugegeben, — das stimmt allerdings mit anderen Gebräuchen überein, die jetzt bei uns Eingang gefunden haben, daß man Privatbriefe früherer Freunde auffammelt und dann mit Witzen hausiren geht (Bernstein: Gilt das mir?). Das gilt Ihnen (Bernstein: Ich bitte ums Wort!) —, daß er aus einer Privatgesellschaft, wo ich zufällig mit ihm zusammengetroffen bin, mittheilt, was ich eigentlich hätte sagen müssen. (Heiterkeit.) Wenn diese Methode Bernstein's und Heine's Schule machen sollte, dann würde der gesellschaftliche Verkehr unter Genossen überhaupt unmöglich sein. (Sehr richtig!) Gradnauer sagte schon: Man kann noch so scharfe Differenzen haben, sich sogar sehr grob behandeln und doch gesellschaftlich verkehren; aber mit Leuten, die Privatklatsch öffentlich ausnutzen, im Parlament, in der Presse, auf dem Parteitag gegen Parteigenossen, überhaupt gegen Mitmenschen, kann man nicht mehr gesellschaftlich verkehren. Ich appellire an das fachmännische Verständniß Auer's. (Heiterkeit.) Wenn es Auer passiren sollte, Aeußerungen, die er über andere Parteigenossen gethan hat, die immer sehr amüsant sind, die ich immer sehr gern gehört habe — des Witzes wegen und weil sie meistens — er nimmt das ja nicht übel — saugrob sind (Heiterkeit) — wenn die in böswilliger Absicht ausgeschlachtet würden gegen ihn, dann würde er sagen: ja, jetzt gehe ich in keine Kneipe mehr, wo ich mit Parteigenossen zusammentreffe! So etwas muß aufhören und ich spreche, Parteigenossen, glaube ich, in Ihrer Aller Sinne, daß wir uns derartiges Herumtragen von Privatklatsch, derartige Ausnutzung von in Privatgesprächen gefallenen Bemerkungen, von Stellen aus Freundesbriefen ein für alle Mal verbitten. (Sehr wahr!)

Aber das ist noch nicht das Schlimmste, was Heine gethan hat; das Schlimmste ist das, was er gegen Parvus vorgebracht hat. Er hat hier erzählt, Parvus verdankte die Möglichkeit seines Aufenthalts in München der Intervention Vollmar's bei der bayerischen Regierung. Genossen, Sie Alle wissen, was das sagen will. (Sehr wahr!) Genosse Parvus, gegen den ja wegen seines Tones Angriffe erhoben worden sind, der aber ein eifriger, überzeugter Parteigenosse ist, ist wegen seiner Parteithätigkeit durch Deutschland gehetzt worden, aus Preußen, aus Hamburg, aus Reuß-Schleiz-Lobenstein ausgewiesen, er hat schießlich in Bayern eine Ruhestelle gefunden. Nun weiß ich nicht, ob das richtig ist, daß er dort diese Ruhestelle der Intervention Vollmar's verdankt (Bebel: Das ist nicht richtig!) — vielleicht wissen Sie es nicht — (Bebel: Ich weiß es aber!) Wenn Vollmar das gethan hat, so hat er nur seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit gegen einen Parteigenossen gethan, gleichviel ob er tausend Konflikte mit ihm hatte. (Lebhafter Beifall.) Aber ich hoffe, daß Vollmar aus diesem Vorkommniß die Lehre ziehen wird, daß man derartige vertrauliche Mittheilungen nicht an Leute übergiebt, die im Stande sind, so etwas gegen den Gehetzten und Ausgewiesenen auf öffentlicher Volkstribüne hier zu verwerthen. (Lebhafter Beifall.) Ich halte den Genossen Heine für einen viel zu guten Juristen, als daß er nicht die Tragweite einer (sehr richtig!) — ich will mich einmal eines deutschen Ausdrucks bedienen, da mir der fremdländische zu grob ist — solchen Anzeige sich nicht bewußt sein sollte. Parteigenossen, Ton hin und her, gesellschaftlicher Anstand hin und her — ich meine, die äußerliche Korrektheit des Auftretens wirkt unangenehm, wenn sie kollidirt mit dem, was die Franzosen nennen politesse de coeur — Höflichkeit des Herzens. (Sehr richtig!) So etwas darf nicht vorkommen, und — unsere Meinungen mögen auseinandergehen wie sie wollen — so etwas müssen wir verurtheilen als Sozialdemokraten, als Männer von Herz und Gefühl (Lebhafter Beifall.)

Singer: Ich bitte, zum Schluß zu kommen.

Ledebour: Ich bin fertig. (Stürmischer Beifall.)

Digitized by Google

Grunwald: Nach dem großen und verdienten Beifall, der meinem Vorredner gezollt wurde, und nach der Gesinnung, die Sie damit bekundet haben, halte ich es nicht nur im Interesse der Zeit, sondern auch im Interesse des eigenen Taktes für völlig überflüssig, auf Alles einzugehen, was gegen mich gesagt ist. Ich beschränke mich lediglich auf die Zurückweisung einiger persönlichen Angriffe. Ich erkläre zunächst sehr gern, daß ich es lebhaft bedauere, die Versendung einiger Artikel an bürgerliche Zeitungen habe machen zu lassen. Ich habe es im guten Glauben gethan, wollte der bürgerlichen Presse auch vor Allem ein anderes Bild von unserer Parteibewegung geben, als sie es im „Vorwärts" gefunden hat. Ich habe eingesehen, daß es nicht richtig ist, ich bedauere es lebhaft Stücklen nun hat mich zuerst angegriffen. Es sind sodann vor Allem gehässige Angriffe gegen mich aus Solingen gerichtet worden; ich habe darauf nicht geantwortet; für mich ist der Betreffende gestrichen aus der Liste der anständigen Parteigenossen. (Frohme: Das geht ja fix bei Ihnen! Heiterkeit.) Gewiß, das konnte schnell gehen, Parteigenossen, wenn einem Dinge vorgehalten werden, die bewußt entstellt, ja gefälscht sind. Ich will Ihre Zeit nicht länger aufhalten; ich bin zu Unrecht angegriffen worden, wenn ich auch vielleicht im Ton etwas über die Stränge geschlagen haben mag.

Frau **Zetkin:** Der geringe Abonnentenstand der „Neuen Zeit" ist von verschiedenen Seiten auf ihren einseitigen Charakter und ihren Ton zurückgeführt worden. Ich halte diese Ansicht für irrig. Ich glaube, daß der wesentlichste Umstand, welcher sich der wünschenswerthen Verbreitung der „Neuen Zeit" entgegenstellt, der folgende ist: Die „Neue Zeit" ist ein wissenschaftliches Organ, das die Auffassung einer ganz bestimmten politischen Partei vertritt. Dadurch ist das Rekrutirungsgebiet ihrer Abonnenten von vornherein auf bestimmte Kreise beschränkt. In Deutschland giebt es nur eine einzige Wochenschrift — die „Woche" natürlich ausgenommen — die an Abonnentenzahl die „Neue Zeit" übertrifft: „Die Zukunft". Es ist kein Einziger unter uns, der einen hohen Abonnentenstand der „Neuen Zeit" erkaufen wollte durch Preisgabe ihres ausgesprochenen Parteicharakters und durch die Annahme des Charakters eines Sensationsblattes, gleich dem der „Zukunft". (Lebhafter Beifall.) Ich glaube, ein Parteigenosse, der eine Ueberzeugung hat, der seine Ehre darin setzt, seiner politischen Ueberzeugung zu dienen, wird nicht in die Fußstapfen eines Maximilian Harden treten. (Lebhafter Beifall.) Die Genossen, die ein solches Gewicht auf den Ton der „Neuen Zeit" gelegt haben, haben übersehen, daß sie beeinflußt sind durch den ganzen internen Kampf der Meinungen für und wider die erstrebte Revision unserer Grundsätze und unserer Taktik. Dadurch hat man sich von beiden Seiten gewöhnt, nur jene Artikel ins Auge zu fassen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit jenem internen Kampf stehen. Man hat darüber die große Zahl instruktiver, werthvoller wissenschaftlicher Artikel übersehen, die nicht im Zeichen des Kampfes gestanden haben, sondern die unserer allgemeinen theoretischen Schulung oder der Vermehrung unserer Kampfestüchtigkeit auf den verschiedenen Gebieten gedient haben. Man hat dort den Ton empfunden, wo man die Tendenz nicht billigte. Man hat gesagt, daß der Ton der „Neuen Zeit" durch Genosse Parvus und Genossin Luxemburg, durch den Einfluß des fernen Ostens heruntergebracht worden sei. Genossen, habt Ihr unsere Parteigeschichte und unsere früheren Kämpfe so vollständig vergessen? Habt Ihr vergessen, daß schon lange, ehe Russen und andere Ausländer mit uns gekämpft haben, sich Sozialdemokraten in den Bruderkämpfen mit der gleichen Grobheit und Leidenschaftlichkeit in die Haare gefahren sind wie gegenwärtig? (Sehr wahr!) Die Schwäche, die wir hier gezeigt haben, wurzelt in dem, was unsere Stärke gegen unsere Gegner ist (lebhafter Beifall); sie wurzelt in der Leidenschaft der Ueberzeugung, in dem flammenden

Digitized by Google

Wunsche, unsere Sache zum Siege zu führen. (Stürmischer Beifall.) Wir dürfen uns bezüglich des ja oft über die Stränge schlagenden Tones, der besonders bei Ausländern gerügt wurde, doch nicht stellen auf den Standpunkt des Bürgermeisters von Krähwinkel, der nach Heine sagt:

Ausländer, Fremde sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landeskinder.

(Stürmischer Beifall.) Wir dürfen bei Genossen Parvus und Genossin Luxemburg über Allem, was sie in der Form hier und da gesündigt haben, nicht vergessen, wieviel sie in der Sache uns genützt. (Sehr wahr!) Nun ist von verschiedenen Seiten recht eindringlich die Nationalität der Genossin Luxemburg und des Genossen Parvus betont worden. Unter uns sind Beide nicht als Russen und Juden, sondern als Parteigenossen (stürmischer Beifall), die auf dem Boden des gleichen Programms stehen wie wir und die unsere Kämpfe theilen. Wenn uns von Heine der Rath gegeben ist, unseren Ton zu ändern, so stimme ich mit ihm überein: wir sind allzumal Sünder und ermangeln des Ruhmes, den wir vor einer Anstandskommission für höhere Töchter haben sollten. (Große Heiterkeit und Beifall.) Ich schlage aber vor, zum Zweck unserer Erziehung zum höheren Ton die letzten Ausführungen Heine's möglichst wörtlich im Protokoll zu bringen (lebhafte Heiterkeit und Beifall), damit wir wissen, wie anständig der Ton sein soll, dessen wir uns befleißigen müssen. (Stürmischer Beifall.)

v. Rosbitzki-Wandsbek begründet einen Schlußantrag. Es ist sehr wünschenswerth, heute noch die beiden Referate über die Akkordmaurer-Angelegenheit zu hören. Es sind viele Parteigenossen, die ein Interesse daran haben, heute als Gäste erschienen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Heine: Nun habe ich ja auch mein Fett weggekriegt. (Ruf: Viel zu wenig. Glocke des Präsidenten.) Genosse Gradnauer und Frau Zetkin haben ja ganz Recht, daß ich auch über die Schnur gehauen habe, und ich bin der Letzte, dem es einfiele, das abstreiten zu wollen. Aber ich muß hier im Rahmen der persönlichen Bemerkung mich gegen zwei Dinge verwahren, die unrichtiger Weise von mir behauptet worden sind. Genosse Ledebour hat mir etwas vorgeworfen, was in Ihrer Aller Augen und auch in meinen Augen ein schwerer Vorwurf wäre, daß ich gegen Parvus etwas ausgesprochen hätte, was eine Anzeige wäre. Ich habe mir von dem Berichterstatter das Stenogramm dessen geben lassen, was ich gesagt habe. Ich selber war darauf nicht vorbereitet. Da habe ich wörtlich Folgendes gesagt:

„Ich finde es abscheulich, daß Parvus gerade Vollmar vorhält, er halte gute Beziehungen zur Regierung und allen ihren Leuten. Ich weiß nicht, wie weit er sie hat, aber ich erinnere daran, daß Parvus ohne diese guten Beziehungen Vollmar's zur Regierung garnicht in München sein würde, daß er sich also nicht geniert hat, diese guten Beziehungen auszunützen." (Hört! hört!)

Nun frage ich Sie: Anzeigen heißt doch, Jemandem etwas sagen, was er noch nicht weiß . . .

Singer: Ich kann nicht zugeben, daß Sie im Rahmen einer persönlichen Bemerkung Ihre vorigen Ausführungen begründen. Sie haben richtig gestellt, was Sie gesagt haben, und damit müssen Sie diesen Punkt verlassen.

Heine: Ich glaube doch, daß ich im Rahmen einer persönlichen Bemerkung wenigstens sagen darf, warum das keine Anzeige ist.

Singer: Bitte!

Digitized by Google

Heine: Mit den guten Beziehungen meinte ich den Ton der Politik, den Vollmar in München hergestellt hat und der sich unter Anderem darin geäußert hat, daß die Münchener einen großen Umzug machen durften, mit der rothen Fahne voran . . .

Singer: Das geht aber doch nicht an, daß Sie im Rahmen einer persönlichen Bemerkung hier erzählen, was Vollmar in München möglich ist.

Heine: Sie haben Recht. Ich will wieder zur persönlichen Bemerkung zurückkehren und will sagen: Die Regierung weiß doch Alles und wenn sich Vollmar bei ihr dadurch oder, wie ich gemeint habe, durch seine ganze Haltung für den Parvus verwendet hat, dann ist doch der Regierung nichts Neues durch mich gesagt worden. Das heißt doch nicht denunziren.

Das Zweite ist Folgendes: Frau Zetkin sagt mir, ich hätte es für nöthig gehalten, zu betonen, daß die Luxemburg und Parvus unter uns nicht als Ausländer, sondern als Genossen wären. Das ist ganz richtig, nicht als Juden, sondern als Genossen. Das habe ich selbst am meisten betont und habe mich mit aller Entschiedenheit gegen antisemitische Auslegungen gewendet. (Unruhe und Heiterkeit.)

Stücklen-Altenburg: Grundwald sagt, ich habe angefangen. Dem gegenüber stelle ich fest: Ich habe dem „Halle'schen Volksblatt" zugestimmt. Darauf rempelte mich Grunwald an, und da schrieb ich: „Ich bin ein entschiedener Gegner Bernstein's, aber einen so verdienten Parteigenossen muß ich doch in Schutz nehmen gegen eine derartige wasserköpfige Kampfesweise." (Heiterkeit.) Ja, wenn man schreibt, muß man doch gleich deutsch schreiben. Nun macht mir Grunwald den Vorwurf der Perfidie. Das ist mir höchst gleichgiltig. Vielleicht scheide ich jetzt für ihn auch aus der Liste der Parteigenossen aus. (**Grunwald:** Der anständigen Parteigenossen!)

Stadthagen: Heine hat uns in seiner, wie er annimmt, außerordentlich vornehmen, tiefsachlichen, ihm selbst gefälligen, abgeklärten und schönen Weise ein Kolleg über Anstand gehalten und unter Denen, die darin gefehlt haben, auch mich genannt. Ich soll Herrn von Gerlach als Schmutzfinken bezeichnet haben, obwohl ich wissen mußte, daß er Heine's Freund ist. Thatsächlich habe ich erst angeführt, scherzhaft, philosophisch hingesagt, Schmutz sei eine Substanz, ein Ding am unrechten Ort, gegen Ablagerungsstätten solchen Schmutzes und von der Nothwendigkeit gesprochen, sich gegen Schmutz, der zu dem Zwecke der Verwendung in der Partei abgelagert wird, auszusprechen. Hierbei habe ich angeführt, daß Gerlach in der Wiener „Zeit" schreibt: „Ich verkehre bei Heine und muß sagen, prächtiger Kerl! Wenn Alles erreicht ist, was er will — er meint zwar, er ist Sozialdemokrat — dann bleibt uns Nationalsozialen nichts weiter zu sagen übrig." Dies habe ich ausgeführt und hinzugesetzt: Solchen Nationalsozialen und anderen Schmutzfinken gegenüber sollte man nicht schweigen. Ich muß dabei bleiben, wiewohl ich Heine garnicht absprechen will, daß Herr von Gerlach sein Freund und daß auch das, was er heute gesagt hat, ein Ding am unrechten Ort ist. Weiter sagt Heine, ich hätte den Mitarbeitern der „Sozialistischen Monatshefte" und auch ihm gegenüber den Vorwurf erhoben, sie seien junge Leute. Das ist unwahr. Sie mögen ja nicht im Stande sein, die Tragweite Ihrer Handlungen zu übersehen, aber die Fähigkeit besitzen Sie zweifellos, daß Sie wissen, daß ich gegen Sie das nicht gesagt habe. Ich weise es zurück, daß Sie solche Unwahrheiten hier von der Tribüne herab aussprechen. Heine behauptet, der Pfui-Ruf, an dem unter Vielen auch ich mich betheiligt habe, beziehe sich auf Parvus, er wird inzwischen eingesehen haben, daß er sich nicht auf Parvus bezog, sondern darauf, daß er etwas gethan hat, das nicht nur unter Sozialdemokraten, sondern unter allen anständigen Menschen ist je als abgrundtief unanständig gilt: Jemand einer Regierung gegenüber zu denunziren. . . .

Digitized by Google

Singer: Nachdem Heine erklärt hat, daß ihm die Absicht der Denunziation ferngelegen hat, haben Sie kein Recht, ihm den Vorwurf der Denunziation zu machen. (Stadthagen: Ich bitte ums Wort!) Sie bekommen hierzu das Wort nicht mehr.

Bernstein: Es ist mir ein Vorwurf daraus gemacht, daß ich aus einem Brief von Kautsky hier eine Stelle zitirt habe. Ich würde entschieden einen Verstoß darin erblicken und will durchaus kein Vorbild geben, mit Briefstellen herumzuwerfen. Aber nachdem ich in den letzten Nummern der „Neuen Zeit", wie Kautsky selbst zugiebt, in einer Weise angegriffen bin, die meinen Charakter in Frage stellt, in einer Weise, die mir das Recht, Sozialdemokrat zu sein, bestreitet, habe ich aus einem Briefe eine einzige Stelle zitirt, die nicht geeignet war, Kautsky in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Daraus kann man mir keinen Vorwurf machen. Dann hat Ledebour — allerdings sehr bedingt — bestritten, daß er die von Heine vorgebrachte Bemerkung über mich gethan hat. Er hat meine Erklärung in der unanständigsten Weise verdreht, ihren Charakter entstellt . . .

Singer: Ich bitte auch Bernstein, private Aeußerungen nicht zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion zu machen.

Bernstein: Er hat einen Ausspruch, der mich von Neuem verdächtigen würde, nicht zurückgenommen. Ich hoffe, daß er das noch thut.

Ledebour: Heine hat vollinhaltlich bestätigt, was ich ihm vorgeworfen habe. Die Worte, die jetzt nun glücklich durch ihn autoritativ festgestellt sind, die sind es eben, die ich, um mich eines milden Ausdrucks zu bedienen, als Anzeige bezeichnete. Ueber die Definition, die Heine diesen Worten gab, würde ich mich mit ihm vielleicht auseinandersetzen, wenn ich mich vor Gericht befände, hier habe ich das nicht nöthig. (Sehr richtig!) Es kommt Dutzende von Malen vor, daß den Regierungen thatsächlich Dinge vollkommen bekannt sind, daß sie sich aber erst dann zum Einschreiten genöthigt fühlen, wenn die konservative oder sonstige Presse sie in die Oeffentlichkeit bringt. (Sehr wahr!) Was Bernstein von mir verlangt, ist geradezu unglaublich. Ich verwahre mich dagegen, daß hier Klatsch an die Oeffentlichkeit gezerrt wird. Ich habe ausdrücklich gesagt, wie der Klatsch angebracht ist, ist er nicht ganz richtig. Aber unter allen Umständen lehne ich es ab, auf Klatsch hier sachlich einzugehen. Den Vorwurf, Genosse Bernstein, den ich gegen Sie erhoben habe, daß Sie private Vorkommnisse in Privatgesellschaften unter Namensnennung öffentlich ausbeuten, den haben Sie nicht zurückgewiesen. Ich fordere Sie auf, deshalb um Entschuldigung zu bitten, dann wollen wir weiter reden. (Beifall.)

Das Wort erhält nunmehr Heine Als er die Tribüne betritt, erschallen laute Schlußrufe.

Singer: Es giebt keine parlamentarische Möglichkeit, persönliche Bemerkungen durch Schlußanträge oder sonst zu unterdrücken, wir müssen diesen Hagel von persönlichen Bemerkungen über uns ergehen lassen. (Ruf: Stadthagen ist auch abgewiesen!) Stadthagen ist nicht abgewiesen, weil er sich zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet hat, sondern ich habe ihm gesagt, er bekommt nicht mehr das Wort zu einem Gegenstand, der vollständig erledigt ist.

Heine: Es giebt aber eine Möglichkeit, die Sache auf andere Weise zu Ende zu führen, indem nämlich der, der das Wort hat, darauf verzichtet, und da ich schon einmal etwas gesagt habe und eine Sache nicht darum richtiger wird, weil sie Ledebour wiederholt, so verzichte ich aufs Wort.

Thiele-Halle versucht, im Rahmen einer persönlichen Bemerkung auf die Ausführungen Ulrich's zu erwidern, daß es für eine Redaktion nicht möglich sei, ein Budget aufzustellen, wird aber von Singer daran verhindert.

Zubeil: Ich habe den Ruf „Pfui" gegen Heine nochmals gebraucht, und zwar erstens wegen seiner Ausführungen gegen Parvus und zweitens, weil er

Digitized by Google

auf öffentlichem Parteitag seinen Freund Herrn v. Gerlach vertheidigte, ohne auch nur ein Wort gegen Gerlach's Angriffe auf Singer, Täterow oder mich übrig zu haben.

Singer: Das war nicht persönlich.

Bebel giebt folgende Erklärung zu Protokoll:

„Die Erklärung des Genossen Heine, daß gute Beziehungen des Genossen Vollmar zur bayerischen Regierung die Aufenthaltszulassung des Genossen Parvus ermöglicht hätten, entspricht, wie ich seit längerer Zeit aus der besten Quelle weiß, nicht den Thatsachen."

Gerisch erklärt in seinem Schlußwort, daß eine in der geschlossenen Sitzung berührte persönliche Angelegenheit von dem betreffenden Genossen der künftigen Kontroll-Kommission zur Untersuchung übergeben worden ist.

Singer theilt mit, aus Löbau i. S. sei eine Depesche eingelaufen, wonach unsere Genossen in zwei Wahlkreisen gesiegt und in 4 Kreisen zur Stichwahl gelangt seien. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall und Händeklatschen. Geyer eilt zum Bureau.) Mir wird soeben mitgetheilt, daß der Jubel ein wenig verfrüht war. Hoffentlich war er aber ein gutes Omen. Mir wird soeben mitgetheilt, daß dieses Resultat erst das Resultat aus der dritten Wählerklasse ist und daß erst morgen und übermorgen die beiden anderen Klassen zu wählen haben.

Zur Verhandlung gelangt nunmehr als letzter Punkt des Geschäftsberichts des Vorstandes die

Beschwerde gegen den in der Angelegenheit der Hamburger Akkordmaurer gefällten Schiedsspruch.

Die Banter Angelegenheit soll vollkommen getrennt davon behandelt werden und zwar erst, wenn die Neuner-Kommission mit der Untersuchung fertig ist.

Zur Verhandlung stehen die Anträge 27, 28, 29, 83—89, 99, 102, 112, 113 und 114. Sämmtliche Anträge gelten als genügend unterstützt.

* * *

Zum besseren Verständniß der nachstehenden Debatte sei hier aus der den Delegirten übersandten Schrift: „Aktenstücke über den Schiedsspruch der Hamburger Akkordmaurer" folgendes Thatsachenmaterial vorausgeschickt.

Am 29. März 1901 tagte in Hamburg im Lokale von Springsborn eine gemeinschaftliche Versammlung der drei sozialdemokratischen Vereine, in der nachstehende Resolution angenommen wurde:

Erster Beschluß.

„Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, insbesondere der Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine, sich den Beschlüssen ihrer Gewerkschaft zu fügen, soweit diese Beschlüsse nicht gegen das Parteiprogramm und gegen die anerkannte Taktik der Parteigenossenschaft verstoßen. Es ist weder mit dem Prinzip noch mit der Taktik der Sozialdemokratie vereinbar, daß sich von den im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bewährten Gewerkschaften Sonderorganisationen abzweigen, da jede derartige Zersplitterung der Arbeiter nur dem Unternehmerthum wie überhaupt den Gegnern der Arbeiterbewegung zu Gute kommt. Th. Bömelburg."

Am 18. Juni d. J. tagten die drei Vereine wieder in Tittges Etablissement. Es stand der Antrag der Maurer: „Ausschluß einer Anzahl Mitglieder, welche in Akkord gearbeitet haben", auf der Tagesordnung.

Nach sehr umfänglicher Debatte, fand folgender Antrag Annahme:

„Die heutige Versammlung der drei Wahlkreise beantragt beim Parteivorstand den Ausschluß der von dem Zentralverband der Maurer als Streikbrecher bezeichneten Personen".

Digitized by Google

Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit unterrichtet der nachstehende Bericht über die Sitzung des Schiedsgerichts in Sachen der vier sozialdemokratischen Vereine Hamburgs und Wandsbeks contra Akkordmaurer.

In der kombinirten Mitgliederversammlung der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs am 18. Juni d. J. in Tütge's Etablissement wurde auf Antrag des Genossen von Elm folgender Beschluß gefaßt:

„Die heutige Versammlung der drei Hamburger Wahlkreise beantragt beim Partei-Vorstand den Ausschluß der von dem Zentralverband der Maurer als Streikbrecher bezeichneten Personen".

Ein sachlich denselben Zweck verfolgender Antrag wurde in der Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Wandsbek am 11. Juni mit 95 gegen 38 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, angenommen.

Diese Anträge gelangten durch die zuständigen Vereinsvorstände unterm 13. und 21. Juni an den Partei-Vorstand in Berlin. Dieser leitete die nothwendigen Vorbereitungen ein, indem er ein den Bestimmungen des § 2 der Partei-Organisation entsprechendes Schiedsgericht, bestehend aus neun Genossen, u Vorschlag brachte, zu dem Ankläger und Beschuldigte je vier Beisitzer zu wählen hatten, während der Partei-Vorstand den Vorsitzenden bestimmte.

Dieser Vorschlag wurde von beiden Parteien angenommen und die Wahl der Beisitzer in die Wege geleitet.

Der Schiedsspruch.

Das Schiedsgericht trat am Montag, 15. Juli, Vormittags 9½ Uhr, im Konferenzsaal der Redaktion des „Hamburcher Echo" zusammen.

Als Vertreter der vier sozialdemokratischen Vereine waren erschienen die Genossen:

1. Wahlkreis: L. Grünwaldt, Hamburg,
2. „ P. Hoffmann, „
3. „ F. Evers, „
Wandsbek: R. v. Rosbitzki, Wandsbek.

Als Vertreter der Angeschuldigten waren die Genossen

1. H. Ostfeld, Billhorner Röhrendamm,
2. L. Lendholt, Barmbek,
3. W. Lück, „
4. F. Vieth, Wandsbek,

anwesend.

Vom Partei-Vorstande war Genosse J. Auer, Berlin, delegirt. Dieser übernahm den Vorsitz, worauf durch Zuruf Genosse v. Rosbitzki zum Schriftführer ernannt wurde. Durch Umfrage wurde festgestellt, daß außer den Mitgliedern des Schiedsgerichtes noch die Genossen Paeplow, Kober und Hittmann als Vertreter der Hamburger Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer, und die Genossen Bargstedt, Saß und Stüben als Vertreter der Akkordmaurer anwesend waren.

Nach Eintritt in die Verhandlungen wurde von dem Genossen Paeplow die Thatsache konstatirt, daß von den als Schiedsrichter fungirenden drei Vertretern der drei Hamburger sozialdemokratischen Vereine, zwei nicht in Mitgliederversammlungen gewählt worden sind, wie es den demokratischen Grundsätze" gemäß wohl angebracht gewesen wäre. Die zwei Genossen sind von den Vereinvorständen delegirt. Redner will aus diesem Vorgange keinen Einspruch geg die Zuständigkeit des Schiedsgerichtes herleiten, verlangt aber, daß derselbe Protokoll vermerkt werde.

Genosse Grünwaldt verwies darauf, daß die kurz bemessene Frist z Berufung einer Versammlung der Vereine zur Wahl der Schiedsrichter unmö lich gemacht habe, während von Auer konstatirt wurde, daß es Sache der c klagenden Partei, im vorliegenden Falle also der sozialdemokratischen Verei

Digitized by Google

gewesen sei, sich über die geeignet erscheinende Form der Wahl ihrer Vertreter zu entscheiden. Von dieser zuständigen Seite liege aber ein Einspruch nicht vor und da auch von Seiten des Genossen Paeplow ein Einspruch gegen die Zuständigkeit des Schiedsgerichts nicht erhoben werde, so könne die Angelegenheit durch den verlangten auszuführenden Vermerk im Protokoll als erledigt betrachtet werden. Dem wurde allseitig zugestimmt. Bevor den Parteien zur Darlegung ihres Standpunktes das Wort gegeben wurde, kamen noch die Begründung des Ausschlußantrages und der gegen den Antrag eingelegte Protest der Betroffenen zur Verlesung.

In der Begründung des Antrages, welche in ihrem Eingange Bezug auf die Vorgänge in der Versammlung vom 18. Juni nimmt, heißt es:

„Der Sachverhalt ist kurz folgender: „Im vorigen Jahre wurden zwischen der hiesigen „Bauhütte" (Arbeitgeberorganisation) und der Maurerorganisation eine Tarifvereinbarung getroffen, welche die Akkordarbeit ausschloß. Die Maurer haben sich in drei Versammlungen mit diesem Tarif beschäftigt und demselben zugestimmt. Ein kleiner Theil hat sich diesem Beschlusse nicht gefügt und arbeitete im Akkord weiter. Der Zentralverband der Maurer hat darauf über die Bauten, wo in Akkord gearbeitet wurde, die Sperre verhängt und die betreffenden Mitglieder ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen haben dann eine selbständige Organisation — „Freie Vereinigung" — gegründet und sollen den Beschluß gefaßt haben, an allen Bauten die Arbeit aufzunehmen, wo der Zentralverband die Sperre verhängt. Die „Freie Vereinigung" soll 200 Mitglieder zählen."

Dieser Begründung war noch die Mittheilung zugefügt, daß die Versammlung mit großer Majorität den Ausschlußantrag angenommen hat.

Weiter wurde dem Partei-Vorstande ein Verzeichniß von Maurern überreicht, das 103 Namen aufweist, deren Träger auf 8 Bauten, über die vom Zentralverband die Sperre verhängt worden war, nachher noch weiter gearbeitet haben sollen. Unter diesen 103 Maurern werden 42 als Mitglieder der drei Hamburger Parteivereine festgestellt.

Vom Vorstande des sozialdemokratischen Vereins in Wandsbek wurden als Gründe für den Ausschluß dieselben Beschwerden wie in der Hamburger Begründung aufgeführt und speziell acht Vereinsmitglieder bezeichnet, die sich des behaupteten Verstoßes schuldig gemacht haben sollen.

Im Namen der vom Ausschlußantrag Betroffenen ist vom Genossen O. Saß, Eilbek, unterm 4. Juli d. J. folgender Einspruch gegen den Antrag erhoben worden:

„Im Namen aller vom Ausschluß Betroffenen kann ich mittheilen, daß sich Keiner dieses stillschweigend fügt. Es ist uns im Gegentheil sehr viel daran gelegen, einer Partei anzugehören, deren Fahne wir schon größtentheils während der ganzen Dauer des Sozialistengesetzes und bis heute hoch gehalten haben.

Betreffs Lohn- oder Akkordarbeit stehen wir bis heute, bei der hier üblichen Intensivität im Tagelohn, auf dem Standpunkt der Akkordarbeit. Einige Kollegen sind aus dem Verbande der Maurer ausgeschlossen worden und deßhalb alle Uebrigen freiwillig ausgetreten.

Schließen wir nun mit einem Arbeitgeber Akkord ab, dann verhängt der Zentralverband über den betreffenden Bau die Sperre und bezeichnet dann Diejenigen von uns, die nach den Akkordbedingungen weiter arbeiten, als Streik- oder Sperrebrecher."

In der Zuschrift wird weiter behauptet, daß auch Verbandsmitglieder ämlich im Akkord arbeiten sollen und daß das Betreiben des Ausschlusses in r Hauptsache nur von dem Verbande der Maurer ausgeht.

Vom Vorsitzenden wurde nach Kenntnißgabe der vorstehenden Zuschriften gestellt, daß die Verhandlungen und eventuellen Beschlüsse des Schiedsgerichts nur auf die fünfzig Mitglieder der Parteivereine beziehen können, da nur en diese sich der Antrag auf Ausschluß aus der Partei beziehe.

Digitized by Google

Die nun folgenden mehrstündigen Verhandlungen wurden in ihren Haupttheilen von den Vertretern des Zentralverbandes der Maurer und der Akkordarbeiter geführt. Es wurde wiederholt festgestellt, daß eine Einschränkung der Debatten nach jeder Richtung ausgeschlossen bleiben müsse.

Aus der erschöpfenden Debatte ergab sich, daß weitere Beweise für die Anschuldigungen gegen die Akkordmaurer, als wie sie in den betreffenden Vereinsversammlungen, in der Begründung des Ausschlußantrages und in der Nr. 26 des Organs des Zentralverbandes der Maurer „Der Grundstein" bereits aufgeführt sind, nicht beigebracht wurden.

Von den Vertretern der Akkordmaurer wurden die einzelnen Anklagepunkte theilweise bestritten oder richtig zu stellen versucht.

Ehe sich das Schiedsgericht zur Fällung des Schiedsspruches zurückzog, stellte der Vorsitzende auf Grund der stattgefundenen Debatten und der vorliegenden Beweisstücke fest, daß die Anschuldigung sich auf folgende Punkte stütze:

1. Der Ausschluß einer Anzahl Akkordmaurer aus dem Verbande sei erfolgt, weil von denselben, trotzdem zwischen den Vertretern der Hamburger Maurer und Zimmerer einer- und der Innung andererseits neben Festsetzungen bezüglich der Arbeitszeit und des Stundenlohnes nur Arbeit im Tagelohn abgemacht war und trotz wiederholter Verwarnung und guten Zuredens Arbeiten im Akkord ausgeführt wurden.
2. Es haben weiter die Akkordmaurer auf gesperrten Bauten nicht nur Maurerarbeiten, sondern sogar Zimmererarbeiten verrichtet. Sie haben nach unwidersprochen gebliebenen Berichten bürgerlicher Blätter damit geprahlt, daß sie stark genug seien, jede Sperre illusorisch zu machen und sie haben beschlossen, sich den Unternehmern in allen Fällen zur Verfügung zu stellen.

Diesen Anschuldigungen gegenüber wurde von den Akkordarbeitern geltend gemacht:

1. Es ist richtig, daß die in der „Freien Vereinigung" vereinigten Akkordarbeiter die Bestimmung des § 1 der Tarifvereinbarung für das Baugewerbe, wonach nur Arbeit im Tagelohn zugelassen werden soll, nicht anerkennen.
2. Gegenüber den weiteren Anschuldigungen und der Berufung auf Berichte bürgerlicher Blätter wurden Auszüge aus dem Protokollbuche (welches dem Schiedsgerichte vorlag) der Sitzungen der „Freien Vereinigung" vorgelegt, die den wahren Sachverhalt wiedergeben sollen und mit denen sich auch die mündlichen Ausführungen der Redner deckten.

Diese Auszüge lauten:

Beschluß vom 30. Oktober 1900.

Wir werden in jeder Beziehung uns eingehend erkundigen über den Grund der Sperre, werden in erster Linie, wo es sich um Lohnreduzirung oder Arbeitsverlängerung handelt, sowie in Folge schlechter Behandlung unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen — dagegen, wo es sich um Einführung von Akkord sowie Weigerung anderer Maurer, mit Mitgliedern der „Freien Vereinigung" zusammen zu arbeiten, handelt, jederzeit die Arbeitsstellen besetzen; wir werden weiter auf Bauten, wo wir in der Mehrheit sind, nicht verlangen, daß Mitglieder des Zentralverbandes sich uns anschließen, sondern wollen es Jedem überlassen, nach seiner eigenen Ueberzeugung zu handeln.

Beschluß vom 14. Mai 1901.

Es wird mitgetheilt, daß die Verbandsgesellen und Zimmerer Arbeit beim Bau des Herrn Baumgarten eingestellt haben, um nicht mit Mitgliedern der „Freien Vereinigung" zusammen zu arbeiten. Dieses wur einer scharfen Kritik unterzogen und die Mitglieder aufgefordert, weil es s um unsere Vernichtung handelt, die Baustelle zu besetzen.

Gegen die vorstehende Fixirung der Anklagepunkte und die dagegen gelt gemachten Vertheidigungsgründe wurden Einwendungen von keiner Seite erhob

Digitized by Google

In den nun folgenden Verhandlungen des Schiedsgerichts wurde zunächst der Vorschlag gemacht, ehe man in die Entscheidung über die strittige Frage eintrete, einen Vorschlag zur Verständigung beider streitenden Theile zu machen. Dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme und einigte sich das Schiedsgericht über nachstehenden Vergleichsvorschlag:

1. Bis zum 1. September d. J. steht der Ausführung der Akkordarbeit nichts im Wege und sind diesbezüglich eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen, ohne daß Vorwürfe daraus hergeleitet werden dürfen.
2. Die Akkordmaurer verpflichten sich, keine Akkordaufträge zu übernehmen, deren Erledigung sich über den 1. September d. J. hinausziehen würde.
3. Die Vertreter des Zentralverbandes treten vor Abschluß eines neuen Tarifvertrages gemeinsam mit den Vertretern der Akkordmaurer (Freie Vereinigung) in eine erneute Prüfung der Frage der Akkordarbeit ein.
4. Die Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag sind gemeinsam von Vertretern beider Organisationen mit den Unternehmern zu führen.
5. Die Akkordmaurer (Freie Vereinigung) verpflichten sich, nach getroffener Verständigung über den neuen Tarifvertrag, ihre Sonderorganisation aufzulösen und dem Zentralverbande beizutreten.

Der vorstehende Vorschlag wurde nach Wiedereröffnung der Sitzung zur Kenntniß der beiden Parteien gebracht und dieselben aufgefordert, sich unter sich zu berathen und dann das Ergebniß ihrer Besprechung mitzutheilen.

Nach kurzer Unterbrechung der Verhandlungen gab Genosse Paeplow für die Verbandsmaurer die Erklärung ab, daß er und seine Kollegen prinzipiell einem Vergleich zustimmen und denselben vor ihren Auftraggebern mit aller Entschiedenheit vertreten würden. In diesem Sinne stimmte der Redner der Ziffer 1 des Vorschlages mit der Bemerkung zu, daß man einer eventuell nothwendig werdenden nicht allzu ausgedehnten Hinausschiebung des Termins keinen Widerspruch entgegensetzen werde.

Widerspruch erhob Redner gegen die in den Ziffern 3, 4 und 5 liegende Anerkennung der „Freien Vereinigung" als gleichberechtigte Organisation neben dem Zentralverband der Maurer.

Bei den Verhandlungen mit der Innung über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages, nach Ablauf des jetzt geltenden, der bis zum 1. April 1902 abgeschlossen ist, sagte Paeplow die Zulassung einer Vertretung der Akkordmaurer als selbstverständlich zu.

Von den Akkordmaurern erklärte hierauf Genosse Stüben, daß er und seine Freunde gegen einen Vergleich prinzipiell zwar auch nichts einzuwenden hätten, daß sie aber in Verhandlungen über einen solchen erst eintreten können, nachdem der Schiedsspruch darüber vorliege, ob in ihrem Verhalten wirklich ein Streik- oder Sperrebruch — also im Sinne des § 2 des Partei-Organisationsstatuts eine ehrlose Handlung vorliege.

Gegen den Vergleichsvorschlag in seinen einzelnen Bestimmungen machte der Redner besonders geltend, daß der Termin in Ziffer 1 zu kurz bemessen sei.

Nach dieser Erklärung betrachtete das Schiedsgericht den Vergleichsversuch gescheitert und trat es nun in die Verhandlungen über den Ausschlußantrag ein:

Zur Verhandlung wurde zunächst die Frage gestellt:

Ist Streikbruch eine ehrlose Handlung im Sinne des Paragraphen 2 s Organisationsstatuts der Partei?

Diese Frage wurde vom Schiedsgericht einstimmig mit Ja beantwortet.

Ebenso einstimmig wurde aber anerkannt, daß der Partei und ihren nen das Recht vorbehalten bleiben müsse, als selbständige Organisationen

Digitized by Google

Die nun folgenden mehrstündigen Verhandlungen wurden in ihren Hauptheilen von den Vertretern des Zentralverbandes der Maurer und der Akkordarbeiter geführt. Es wurde wiederholt festgestellt, daß eine Einschränkung der Debatten nach jeder Richtung ausgeschlossen bleiben müsse.

Aus der erschöpfenden Debatte ergab sich, daß weitere Beweise für die Anschuldigungen gegen die Akkordmaurer, als wie sie in den betreffenden Vereinsversammlungen, in der Begründung des Ausschlußantrages und in der Nr. 26 des Organs des Zentralverbandes der Maurer „Der Grundstein" bereits aufgeführt sind, nicht beigebracht wurden.

Von den Vertretern der Akkordmaurer wurden die einzelnen Anklagepunkte theilweise bestritten oder richtig zu stellen versucht.

Ehe sich das Schiedsgericht zur Fällung des Schiedsspruches zurückzog, stellte der Vorsitzende auf Grund der stattgefundenen Debatten und der vorliegenden Beweisstücke fest, daß die Anschuldigung sich auf folgende Punkte stütze:

1. Der Ausschluß einer Anzahl Akkordmaurer aus dem Verbande sei erfolgt, weil von denselben, trotzdem zwischen den Vertretern der Hamburger Maurer und Zimmerer einer- und der Innung andererseits neben Festsetzungen bezüglich der Arbeitszeit und des Stundenlohnes nur Arbeit im Tagelohn abgemacht war und trotz wiederholter Verwarnung und guten Zuredens Arbeiten im Akkord ausgeführt wurden.
2. Es haben weiter die Akkordmaurer auf gesperrten Bauten nicht nur Maurerarbeiten, sondern sogar Zimmererarbeiten verrichtet. Sie haben nach unwidersprochen gebliebenen Berichten bürgerlicher Blätter damit geprahlt, daß sie stark genug seien, jede Sperre illusorisch zu machen und sie haben beschlossen, sich den Unternehmern in allen Fällen zur Verfügung zu stellen.

Diesen Anschuldigungen gegenüber wurde von den Akkordarbeitern geltend gemacht:

1. Es ist richtig, daß die in der „Freien Vereinigung" vereinigten Akkordarbeiter die Bestimmung des § 1 der Tarifvereinbarung für das Baugewerbe, wonach nur Arbeit im Tagelohn zugelassen werden soll, nicht anerkennen.
2. Gegenüber den weiteren Anschuldigungen und der Berufung auf Berichte bürgerlicher Blätter wurden Auszüge aus dem Protokollbuche (welches dem Schiedsgerichte vorlag) der Sitzungen der „Freien Vereinigung" vorgelegt, die den wahren Sachverhalt wiedergeben sollen und mit denen sich auch die mündlichen Ausführungen der Redner deckten.

Diese Auszüge lauten:

Beschluß vom 30. Oktober 1900.

Wir werden in jeder Beziehung uns eingehend erkundigen über den Grund der Sperre, werden in erster Linie, wo es sich um Lohnreduzirung oder Arbeitsverlängerung handelt, sowie in Folge schlechter Behandlung unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen — dagegen, wo es sich um Einführung von Akkord sowie Weigerung anderer Maurer, mit Mitgliedern der „Freien Vereinigung" zusammen zu arbeiten, handelt, jederzeit die Arbeitsstellen besetzen; wir werden weiter auf Bauten, wo wir in der Mehrheit sind, nicht verlangen, daß Mitglieder des Zentralverbandes sich uns anschließen, sondern wollen es Jedem überlassen, nach seiner eigenen Ueberzeugung zu handeln.

Beschluß vom 14. Mai 1901.

Es wird mitgetheilt, daß die Verbandsgesellen und Zimmerer i Arbeit beim Bau des Herrn Baumgarten eingestellt haben, um nicht mit d Mitgliedern der „Freien Vereinigung" zusammen zu arbeiten. Dieses wurd einer scharfen Kritik unterzogen und die Mitglieder aufgefordert, weil es si um unsere Vernichtung handelt, die Baustelle zu besetzen.

Gegen die vorstehende Fixirung der Anklagepunkte und die dagegen geltend gemachten Vertheidigungsgründe wurden Einwendungen von keiner Seite erhob.

Digitized by Google

In den nun folgenden Verhandlungen des Schiedsgerichts wurde zunächst der Vorschlag gemacht, ehe man in die Entscheidung über die strittige Frage eintrete, einen Vorschlag zur Verständigung beider streitenden Theile zu machen. Dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme und einigte sich das Schiedsgericht über nachstehenden Vergleichsvorschlag:

1. Bis zum 1. September d. J. steht der Ausführung der Akkordarbeit nichts im Wege und sind diesbezüglich eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen, ohne daß Vorwürfe daraus hergeleitet werden dürfen.
2. Die Akkordmaurer verpflichten sich, keine Akkordaufträge zu übernehmen, deren Erledigung sich über den 1. September d. J. hinausziehen würde.
3. Die Vertreter des Zentralverbandes treten vor Abschluß eines neuen Tarifvertrages gemeinsam mit den Vertretern der Akkordmaurer (Freie Vereinigung) in eine erneute Prüfung der Frage der Akkordarbeit ein.
4. Die Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag sind gemeinsam von Vertretern beider Organisationen mit den Unternehmern zu führen.
5. Die Akkordmaurer (Freie Vereinigung) verpflichten sich, nach getroffener Verständigung über den neuen Tarifvertrag, ihre Sonderorganisation aufzulösen und dem Zentralverbande beizutreten.

Der vorstehende Vorschlag wurde nach Wiedereröffnung der Sitzung zur Kenntniß der beiden Parteien gebracht und dieselben aufgefordert, sich unter sich zu berathen und dann das Ergebniß ihrer Besprechung mitzutheilen.

Nach kurzer Unterbrechung der Verhandlungen gab Genosse Paeplow für die Verbandsmaurer die Erklärung ab, daß er und seine Kollegen prinzipiell einem Vergleich zustimmen und denselben vor ihren Auftraggebern mit aller Entschiedenheit vertreten würden. In diesem Sinne stimmte der Redner der Ziffer 1 des Vorschlages mit der Bemerkung zu, daß man einer eventuell nothwendig werdenden nicht allzu ausgedehnten Hinausschiebung des Termins keinen Widerspruch entgegensetzen werde.

Widerspruch erhob Redner gegen die in den Ziffern 3, 4 und 5 liegende Anerkennung der „Freien Vereinigung" als gleichberechtigte Organisation neben dem Zentralverband der Maurer.

Bei den Verhandlungen mit der Innung über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages, nach Ablauf des jetzt geltenden, der bis zum 1. April 1902 abgeschlossen ist, sagte Paeplow die Zulassung einer Vertretung der Akkordmaurer als selbstverständlich zu.

Von den Akkordmaurern erklärte hierauf Genosse Stüben, daß er und seine Freunde gegen einen Vergleich prinzipiell zwar auch nichts einzuwenden hätten, daß sie aber in Verhandlungen über einen solchen erst eintreten können, nachdem der Schiedsspruch darüber vorliege, ob in ihrem Verhalten wirklich ein Streik- oder Sperrebruch — also im Sinne des § 2 des Partei-Organisationsstatuts eine ehrlose Handlung vorliege.

Gegen den Vergleichsvorschlag in seinen einzelnen Bestimmungen machte der Redner besonders geltend, daß der Termin in Ziffer 1 zu kurz bemessen sei.

Nach dieser Erklärung betrachtete das Schiedsgericht den Vergleichsversuch als gescheitert und trat es nun in die Verhandlungen über den Ausschlußantrag ein:

Zur Verhandlung wurde zunächst die Frage gestellt:

Ist Streikbruch eine ehrlose Handlung im Sinne des Paragraphen 2 des Organisationsstatuts der Partei?

Diese Frage wurde vom Schiedsgericht einstimmig mit Ja beantwortet.

Ebenso einstimmig wurde aber anerkannt, daß der Partei und ihren ganen das Recht vorbehalten bleiben müsse, als selbständige Organisationen

Digitized by Google

in jedem einzelnen Falle die Frage zu prüfen, ob ein Verstoß gegen die Bestimmungen des § 2 des Organisationsstatuts vorliege?

Die Partei kann in der Frage über die Zugehörigkeit der einzelnen Genossen auf das Recht selbständiger Prüfung im einzelnen Falle nicht verzichten und kann unmöglich von vornherein Beschlüsse und Entscheidungen anderer Organisationen als für sich bindend anerkennen.

Das gleiche Recht steht natürlich auch allen anderen in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen zu.

Die zweite Frage lautete

Liegt in dem Verhalten der Akkordmaurer ein Streik- oder Sperrebruch vor und haben sich die fünfzig namhaft gemachten Mitglieder der vier Parteivereine in Hamburg und Wandsbek desselben mit schuldig gemacht?

Beschluß des Schiedsgerichtes:

Einstimmig: Nein!

Aus den gepflogenen Verhandlungen sowie den beigebrachten sonstigen Beweisstücken hat sich zweifellos ergeben, daß der Ausgang des ganzen Konfliktes sich aus der Differenz über die Beurtheilung der Akkordarbeit in den betheiligten Kreisen ergiebt. Der erste Ausschluß aus dem Verbande und die ihm folgenden gleichen Beschlüsse sind erfolgt, weil die Ausgeschlossenen der Tarifvereinbarung, nur im Tagelohn zu arbeiten, nicht folgen wollten.

Diese Nichtanerkennung der Majoritätsbeschlüsse der eigenen Organisation ist zweifellos eine Handlung, die der Zahlstelle des Maurerverbandes ein energisches Vorgehen dagegen nahe legte. Ob der Ausschluß der betreffenden Mitglieder aus dem Verbande das einzig mögliche oder zweckmäßigste Mittel war, darüber steht dem Schiedsgericht kein Urtheil zu; wohl aber stimmte die Mehrheit darin überein, daß das Verhalten der Akkordmaurer ihrer Organisation gegenüber, im Interesse der für die Kämpfe der Arbeiter so absolut nothwendigen Solidarität, auf das Tiefste zu bedauern sei.

Dieses Verhalten erschien der Mehrheit des Schiedsgerichts um so bedauerlicher, als dessen Mitglieder, mit Ausnahme eines einzigen, auf dem Standpunkte stehen, daß die Abschaffung oder doch möglichste Einschränkung der Akkordarbeit eine Aufgabe sei, deren Lösung von den gewerkschaftlich organisirten Arbeitern auf das Entschiedenste anzustreben ist. Besonders im Baugewerbe sei mit der durch die Akkordarbeit fast immer verbundenen Treiberei und Hatz die Möglichkeit von Gefahren für Gesundheit und Leben der betheiligten Arbeiter durch zahlreiche Unfälle so nahe gelegt, daß der Widerstand von Arbeitern gegen die Beseitigung dieser Arbeitsmethode fast unbegreiflich erscheint.

Die überwiegende Mehrheit des Schiedsgerichts steht in der Beurtheilung der Akkordarbeit auf den Grundsätzen, wie sie von den Vertretern des Zentralverbandes der Maurer bei dem Abkommen mit der Innung hochgehalten wurden.

Das Schiedsgericht beschloß deshalb ausdrücklich, seine Sympathie für das Bestreben des Verbandes, die Akkordarbeit für das Baugewerbe abzuschaffen, auszusprechen und sein Bedauern darüber auszudrücken, daß es über diese Frage im Verbande zu Differenzen mit Berufsgenossen gekommen ist, die als Gewerkskollegen und Parteigenossen seit einer Reihe von Jahren sich bewährt und große persönliche und materielle Opfer für die Arbeiterbewegung gebracht haben.

Wenn das Schiedsgericht, trotz seiner vorstehend geschilderten Stellung zur Frage der Akkordarbeit, dazu gekommen ist, einstimmig die zweite Frage zu verneinen, so geschah dies ausschließlich von dem Gesichtspunkte aus, daß nach keiner Richtung ein Beweis dafür erbracht ist, daß die aus dem Verbande Ausgeschlossenen sich bei ihrem Verhalten irgendwie durch ehrlose Motive haben leiten lassen.

Daß die Akkordarbeit an sich, so sehr vom Standpunkte der Bewerthung der Arbeitskraft auch gegen sie anzukämpfen ist, einen Makel nicht mit sich bring

Digitized by Google

bedarf nicht erst des Beweises. Ist es doch notorisch, daß in ganzen und großen Berufen das System der Akkordarbeit vorherrscht, in vielen anderen Berufen aber wenigstens sehr stark verbreitet ist.

Letzteres trifft besonders auch für das Baugewerbe in Hamburg zu, wo bis vor wenigen Jahren der Akkord die fast allgemein angewendete Arbeitsmethode war.

Die Angeschuldigten haben bei dieser Arbeitsmethode seit Jahren ihr Auskommen gesucht und, recht und schlecht auch gefunden. Sie sind überzeugt, daß das, was sie seit Jahren im Bunde mit ihren Kollegen und gewerkschaftlichen und politischen Kampfesgenossen gemeinsam geübt haben, nun unmöglich mit einem Schlage eine ehrlose Handlung geworden sein könne.

Diese Auffassung kann man bedauern, aber sie als den Ausfluß ehrloser Gesinnung zu betrachten, das hat das Schiedsgericht einstimmig abgelehnt.

Es ist von den Angeschuldigten zugegeben, daß die Einzelnen von ihnen auf Bauten weiter gearbeitet haben, obwohl über diese Bauten vom Verbande die Sperre verhängt worden war.

Aus den Verhandlungen aber hat sich klar ergeben, daß in all den in Frage kommenden Fällen es sich um Bauten gehandelt hat, wo der Verband die Sperren verhängte, weil dort entweder in Akkord gearbeitet wurde oder weil Mitglieder der „Freien Vereinigung" auf diesen Bauten beschäftigt worden sind.

Daß Akkordmaurer an einer Arbeitsstätte weiter gearbeitet haben, über welche der Verband wegen Differenzen aus dem Arbeitsverhältniß, sei es wegen Lohn, Arbeitszeit oder inhumaner Behandlung der Arbeiter, die Sperre verhängt hat, ist weder erwiesen, noch während der Verhandlungen behauptet worden. Es muß als festgestellt erachtet werden, daß sich die Angeschuldigten strikte in dem Sinne verhalten haben, wie es in den Protokollauszügen vom 30. Oktober 1900 und 14. Mai 1901 ausgedrückt ist.

In der Differenz über die Beurtheilung der Akkordarbeit liegt der Grund für den ganzen Streitfall. Konnte das Schiedsgericht in der abweichenden Auffassung der Angeschuldigten keine ausschlußwürdige, ehrlose Handlung erblicken, so kann die Nichtberücksichtigung des Sperreverbots — soweit dies nur erlassen war, um die Akkordarbeit unmöglich zu machen oder die Akkordarbeiter außer Brot zu bringen — als eine solche Handlung ebenfalls nicht betrachtet werden.

Die Angeschuldigten, von ihrem Standpunkte aus, befanden sich gewissermaßen im Stande der Nothwehr, wenn sie die Sperrgebote ignorirten.

Die dritte Frage, die das Schiedsgericht zu beantworten hatte, lautet:

„Haben einzelne Maurer Zimmererarbeit auf gesperrten Bauten verrichtet?"

Beschluß des Schiedsgerichts.

Einstimmig: Ja!

Es ist aus den Verhandlungen klar ersichtlich, daß auf einem Bau die Akkordmaurer Zimmererarbeiten verrichteten, soweit diese nothwendig waren, um die Maurerarbeiten fortsetzen zu können.

In dem bezeichneten Falle haben die beschäftigten Zimmerer mit den Verbandsmaurern gemeinsame Sache gemacht und die Arbeitsstätte verlassen, weil sie mit den dort beschäftigten Akkordmaurern nicht gemeinsam weiter arbeiten ...lten. Das Schiedsgericht ist in seiner Mehrheit der Ansicht, daß auch hier ... Akkordmaurer in eine Zwangslage versetzt waren, die bei Aburtheilung des ...les zu ihren Gunsten spricht.

Die vierte Frage lautete dahin:

Ist in der „Freien Vereinigung der Akkordarbeiter" ein Beschluß gefaßt ...orden, dahin gehend: sich den Unternehmern in allen Fällen zur Verfügung ... stellen?"

Beschluß des Schiedsgerichts.

Einstimmig: Nein!

Digitized by Google

Die in der vorstehenden Frage aufgestellte Behauptung stützt sich ausschließlich auf Angaben von Berichten in bürgerlichen Blättern über angebliche Vorgänge in Versammlungen der Akkordmaurer. Das Schiedsgericht war einstimmig der Ansicht, daß solchen Quellen in Arbeiterangelegenheiten mit großer Vorsicht zu begegnen sei.

Von den Vertretern der Akkordmaurer wurde zugegeben, daß sie nicht in der Lage seien, jedes Wort eines beliebigen aufgeregten Redners in ihren Versammlungen zu vertreten; sie bestritten aber auf das Entschiedenste, daß in ihrem Verein jemals Beschlüsse gefaßt worden seien, wie sie in der Frage angedeutet werden. Was sie in Wirklichkeit beschlossen haben, sei in dem Protokollauszug vom 14. Mai 1901 klar und deutlich ausgesprochen. Da auch von den Verbandsvertretern irgend ein anderer Beweis als die Berichte bürglicher Blätter nicht angeboten wurde, so beschloß das Schiedsgericht über diese Frage wie angegeben.

Damit waren alle dem Schiedsgericht vorliegenden Einzelfragen beantwortet und wurde nun einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Das am 15. Juli 1901 in dem Konferenzsaale des „Echo" tagende, vom Partei-Vorstand berufene und aus neun Parteigenossen bestehende Schiedsgericht hat nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Thatbestände den Antrag der vier Parteivereine von Hamburg und Wandsbek

„auf Ausschluß sämmtlicher vom Zentralverband der Maurer als Streikbrecher bezeichneten Personen aus der Partei"

einstimmig abgelehnt."

Das Schiedsgericht.
(Folgen die Namen.)

Appell an die Kontrollkommission.

Nach Bekanntwerden des Schiedsspruchs wurden in einer am 6. August abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung der drei Hamburger sozialdemokratischen Vereine folgende Beschlüsse gefaßt:

„Die Versammlung der Mitglieder der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs erhebt gegen den Entscheid des Schiedsgerichts, bezüglich Ausschluß von Streikbrechern aus der sozialdemokratischen Partei, entschieden Einspruch. Nachdem von dem Schiedsgericht selbst festgestellt worden ist, daß Diejenigen, deren Ausschluß beantragt war, Streikbruch begangen haben, hätte der Ausschluß vollzogen werden müssen.

Die Versammlung beauftragt das heutige Bureau, bei den weiteren Instanzen der Partei, den Kontrolleuren und dem Parteitag, zu beantragen, daß diese einen Entscheid im Sinne der Antragsteller fällen.

Des Ferneren erklärt die Versammlung, daß sie die Begründung, welche das Schiedsgericht seinem Entscheid gegeben hat, unter keinen Umständen als richtig anerkennen kann. Diese Begründung widerspricht den Grundsätzen, welche bisher in der deutschen und speziell in der Hamburger Arbeiterbewegung Geltung hatten. Ein Begriff wie „Streikbruch in einer Nothlage, durch den der Streikbrecher weder an Ansehen bei den Arbeitern, noch das Recht verliert, fernerhin den Organisationen anzugehören, die den Klassenkampf führen", war den im Kampfe mit dem Unternehmerthum stehenden Arbeitern bisher unbekannt.

Die Versammlung protestirt ganz entschieden dagegen, daß eine solche Ansicht Geltung für die sozialdemokratische Partei Deutschlands haben soll und spricht die Hoffnung aus, daß diese Ansicht unter den deutschen Arbeitern nie zur Geltung kommen wird.

A. von Elm. L. Huppertz. L. Brunner.
C. Legien. Paul Umbreit."

„Die am 6. August in Tütge's Etablissement tagende gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs beschließt: „Die große Mehrheit der Mitglieder der in den sozialdemokratischen Vereinen organisirten Parteigenossen Hamburgs vertritt entschieden die Ansicht, daß die vom Zentralverband der Maurer Deutschlands (Zweigverein Hamburg) gekennzeichneten Maurer nach dem § 2 des Organisationsstatuts „ehrlos"

Digitized by Google

gehandelt und somit aus der Partei ausgeschlossen werden müssen. Da nun eine Vollstreckbarkeit des Ausschlusses vorläufig nicht möglich, sondern genau nach den im Organisationsstatut vorgeschriebenen Bestimmungen zu verfahren ist, wird der definitive Ausschluß erst nach Wochen erfolgen können. Es ist deswegen für die Partei von großem Interesse, um dem fortwährenden Streit unter den aktiv thätigen Parteigenossen vorzubeugen, daß die vom Ausschluß Betroffenen so lange ihre öffentliche Thätigkeit in der Partei aufzugeben haben, bis die Sache endgültig erledigt ist. H. Hüttmann.

Dem Antrage der drei Hamburger Parteivereine entsprechend, dem sich auch der sozialdemokratische Verein in Wandsbek anschloß, hatte sich nach den Bestimmungen des § 2 III unseres Organisationsstatuts die Kontrollkommission der Partei mit der Angelegenheit zu befassen.

Dieselbe trat am 9. August in Berlin zusammen und traf folgende

Entscheidung

der Kontrollkommission in Sachen der Beschwerde der drei Hamburger sozialdemokratischen Vereine.

In Folge der von den drei Hamburger sozialdemokratischen Vereinen erhobenen Beschwerde gegen den Schiedsgerichtsspruch in Sachen des Ausschlusses der Hamburger Akkordmaurer aus der Partei traten die unterzeichneten Kontrolleure am 9. August in Berlin zur Berathung zusammen. Nach sorgfältiger Ueberprüfung des vorgelegten Materials und des Schiedsspruches, sowie nach eingehender Erörterung all der Fragen, die im Zusammenhang mit dem Thatbestand stehen, gelangten die Unterzeichneten einstimmig zur Abgabe folgender Erklärung:

Die Kontrollkommission spricht zunächst ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß Parteigenossen eine ihrer Natur nach rein gewerkschaftliche Frage dadurch zur Parteisache gemacht haben, daß sie die Parteiorganisation zur Entscheidung angerufen haben. Dieses Vorgehen würde in unvermeidlicher Konsequenz dazu führen, daß tadelnswerthe, die Interessen der sozialdemokratischen Partei verletzende Handlungen seitens einzelner Gewerkschaftsmitglieder auch vor das Forum der Gewerkschaftsorganisation gezogen und eventuell auch durch Ausschluß aus der letzteren geahndet werden müßten. Es liegt auf der Hand, daß aus dem dadurch geschaffenen Zustand der politischen wie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung die größten Schwierigkeiten und Schädigungen erwachsen würden.

Was die eingelegte Beschwerde selbst betrifft, so hat die Kontrollkommission keinerlei Gründe gefunden, welche die Aufhebung des Schiedsgerichtsspruchs rechtfertigen könnten.

Das Schiedsgericht hat die erste Frage: Ist Streikbruch eine ehrlose Handlung im Sinne des § 2 des Organisationsstatuts der Partei? — mit Ja beantwortet. Die Kontrollkommission hat sich einstimmig diesem Votum angeschlossen. Daß die Organe der Partei in jedem einzelnen Falle zu prüfen und zu entscheiden haben, ob ein Verstoß gegen § 2 des Organisationsstatuts vorliegt, erachtet auch sie als selbstverständlich.

Die zweite Frage: Liegt in dem Verhalten der Akkordmaurer ein Streik- oder Sperrebruch vor und haben sich die fünfzig namhaft gemachten Mitglieder der vier Parteivereine in Hamburg und Wandsbek desselben mitschuldig gemacht? — hat das Schiedsgericht einstimmig verneint. Die Kontrollkommission konnte auch hier, nach gewissenhafter Würdigung aller ihr zur Beurtheilung des Sachverhalts mitgetheilten Einzelheiten, zu keiner abweichenden Entscheidung gelangen. Die im Schiedsspruch zu Punkt 2 angeführten Gründe erachtet sie für stichhaltig. Jedoch war sie einstimmig der Ansicht, daß das disziplinwidrige Verhalten der Akkordmaurer gegenüber den Beschlüssen des Verbandes nicht nur auf das Tiefste zu bedauern, sondern auf das Nachdrücklichste zu verurtheilen ist.

Die in Punkt 3 des Schiedsspruches festgestellte Thatsache, daß einzelne Akkordmaurer Zimmererarbeit auf gesperrten Bauten verrichtet haben, verurtheilen

Digitized by Google

die Kontrolleure zwar einstimmig und mit aller Schärfe, konnten aber unter den gegebenen Umständen eine ehrlose Handlung im Sinne des § 2 des Organisationsstatuts darin nicht erblicken.

Die Entscheidung des Schiedsgerichts auf Frage 4: Ist in der „Freien Vereinigung der Akkordarbeiter ein Beschluß gefaßt worden, dahin gehend: sich den Unternehmern in allen Fällen zur Verfügung zu stellen? lautete: Nein. Da die Unzuverlässigkeit der aus bürgerlichen Quellen stammenden Informationen auch von den Verbandsvertretern nicht bestritten wurde, und neues Material zur Stütze der Anklage nicht beigebracht worden ist, so konnte die Kontrollkommission nicht umhin, der Entscheidung beizustimmen.

In Erwägung aller dieser Umstände beschlossen die unterzeichneten Kontrolleure einstimmig, der Beschwerde gegen den Schiedsspruch nicht stattzugeben.

Berlin, 9. August 1901.

H. Meister. Aug. Kaden. Fr. Brühne. Theodor Metzner. Clara Zetkin.
Eduard David. H. Koenen. F. J. Ehrhart.

Ausschlußantrag an den Parteitag.

Von den drei Hamburger sozialdemokratischen Vereinen wurde nachstehender Antrag beim Partei-Vorstand eingereicht:

Hamburg, den 19. August 1901.

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Berlin.

Nachdem die Kontrolleure der Partei die Beschwerde gegen den Spruch des Schiedsgerichts in Sachen der Akkordmaurer, Hamburg und Wandsbek, zurückgewiesen haben, ist das Bureau der gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung, auf Grund der bei den Akten befindlichen Resolution, verpflichtet, den Spruch des Parteitages herbeizuführen.

Es wird daher bei dem Parteitage in Lübeck hierdurch beantragt:

Der Parteitag wolle die, etwa 50, mit Namen näher bezeichneten Mitglieder der Partei, auf Grund der beim Partei-Vorstande befindlichen Akten, ausschließen aus der Partei.

Im Auftrage:
G. Blume,
Vorsitzender der gemeinschaftlichen Versammlung
der drei Sozialdemokratischen Vereine Hamburgs.

* * *

Zur Begründung der Beschwerde in Sachen der Hamburger Akkordmaurer-Angelegenheit erhält das Wort der Referent

Bömelburg: Die Angelegenheit hat in der Presse und in Versammlungen recht viel Staub aufgewirbelt. So weit ich der ganzen Diskussion folgen konnte, habe ich gesehen, daß in der Sache selbst eine ungemein große Unklarheit herrscht. Ich werde mich bemühen, diese Unklarheit zu lichten. Zunächst aber einige Vorbemerkungen. Die Kontrolleure haben sich besonders in ihrem Bericht darüber beschwert, daß man ihnen Vorwürfe der schwersten Art gemacht und daß man bei der Diskussion der Frage einen Ton angeschlagen habe, der verletzen mußte. Die Erregung war aber auch ziemlich groß und hat zu heftigen Auseinandersetzungen geführt, bei denen manches scharfe Wort gefallen ist, bei ruhiger Ueberlegung besser bei Seite geblieben wäre. Diese Seite in Diskussion kommt aber um so weniger in Betracht, als die Redner in diesen Versammlungen nicht Akademiker sondern Arbeiter waren. Wenn Akademiker trotz ihrer feineren Schliffs und ihrer höheren Bildung über die Stränge schlagen, da mag man es auch dem Arbeiter nicht so verübeln. (Zustimmung.) Ich habe oft gehört, daß man von der Hamburger Angelegenheit als von einer Angelegenheit des Maurerverbandes gesprochen hat. Das ist vollständig unrichtig.

Digitized by Google

handelt sich nicht um eine Angelegenheit der Maurer, sondern der Hamburger Parteigenossen, welche die vorliegenden Revisions-Anträge gestellt haben. Es ist weiter von verschiedenen Seiten behauptet worden, mit dieser Angelegenheit suche eine Klique einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben.

In einem Artikel des „Vorwärts" vom Genossen Auer in Nr. 215 heißt es:

„Aber komisch wird es in weiten Parteikreisen empfunden, daß dieselben Leute, die im angeblichen Interesse der Neutralität sich fortgesetzt über Bevormundung der Gewerkschaften aus den Reihen der Partei beschwerten, jetzt einen rein gewerkschaftlichen Vorgang vor das Forum der Partei zerren und ein Urtheil derselben provoziren."

Und in Nr. 209 des „Vorwärts" schreibt Auer:

„Das letzte Wort hat jetzt der Parteitag, und ich bin nicht im leisesten Zweifel darüber, daß dort den im Trüben fischenden Herren, denen der Akkordmaurer-Fall als willkommene Gelegenheit erscheint, ihre Batterien zu demaskiren, ihr Treiben recht gründlich verleidet werden wird."

Und in einem Bericht des „Volkswille" in Hannover über eine Rede Meister's heißt es im Sperrdruck:

„Das Ganze sei nichts als ein künstlich konstruirter Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft. Es gäbe Elemente, die auf eine solche Gelegenheit längst gewartet hätten."

Aus den Aeußerungen in der Presse kann man schließen, daß wir es hier einzig und allein mit einer Sache zu thun haben, die vielleicht von Legien oder Elm provozirt worden ist. Auch die Zusammenstellung des Aktenmaterials, das gedruckt vorliegt, führt auf solche Schlüsse. Man bringt Preßstimmen, aber nicht etwa alle, sondern nur den Artikel im Korrespondenzblatt und Theile des Artikels von Elm in den „Sozialistischen Monatsheften". Ich stelle dem gegenüber fest, daß es sich hier nicht um die Sache einzelner Personen handelt. Ferner hat man gesagt, es wäre besser gewesen, die Hamburger hätten die Angelegenheit unter sich ausgemacht, nun, mir und allen Hamburgern wäre nichts lieber, als wenn das möglich gewesen wäre. (Sehr richtig!) Wir haben uns sonst nie in schweren gewerkschaftlichen Kämpfen an die Gesammtpartei gewandt, sondern die unlauteren Elemente sofort selbst ausgeschlossen. Noch nach dem Hafenarbeiter-Streik haben wir sofort erklärt, der Streikbruch sei eine ehrlose Handlung und die Ehrlosen nicht unter uns geduldet. Wer aber hat uns denn gerade zuerst darauf aufmerksam gemacht, daß das jetzt nicht mehr so ginge? Das war Molkenbuhr. Gleich in der ersten Versammlung hat er auf das veränderte Organisationsstatut uns hingewiesen und gesagt: So geht das nicht wie früher; Ihr könnt nicht ohne Weiteres ausschließen. Auch der Partei-Vorstand und die Kontrolleure sind der Meinung, daß alle Ausschlußfragen aus sozialdemokratischen Vereinen durch Schiedsgericht erledigt werden müßten.

Wir haben die Sache gewiß nicht provozirt, um Radau zu machen. Ich protestire dabei dagegen, daß in den „Aktenstücken über den Schiedsspruch", dem amtlichen Material über den Fall, Dokumente veröffentlicht worden sind, deren Richtigkeit von keiner Seite garantirt werden kann. Ich meine den Brief Genossen Schnack, des Vorsitzenden der Hamburger Zimmererorganisation, dem Partei-Vorstand von dritter Stelle zur Verfügung gestellt worden ist. wäre übrigens dankbar, wenn Auer nachher diese dritte Stelle nennen wollte. wäre mir lieb, zu wissen, an wen man solche Briefe schreibt, ohne daß die glieder des Vorstandes der Zimmererorganisation davon Kenntniß erhalten. den „Aktenstücken" sind auch zwei Flugblätter veröffentlicht worden, sicherlich er bestimmten Tendenz, zu zeigen, mit welchen Mitteln in Hamburg gearbeitet den ist. In Hamburg hat man mit versteckten Worten angedeutet, die Maurerleute, von denen das eine Flugblatt ausgeht, seien zu dumm, so etwas

Digitized by Google

zu machen, es müßten andere Leute dahinterstecken. Nun ich erkläre, Niemand von uns hat, so viel ich weiß, von der Absicht, das Flugblatt zu veröffentlichen, Kenntniß gehabt. Hätten mich meine Kollegen gefragt, ich hätte entschieden abgerathen. In den Versammlungen ist oft behauptet worden, wir wenden uns gegen die Akkordarbeit im Allgemeinen. Das ist nicht der Fall. Nicht der Ausschluß von Akkordarbeitern, sondern von Streikbrechern wird beantragt. Die Akkordarbeit kommt nur soweit in Betracht, als der Streitfall in ihr seinen Ursprung hat. Kein Gewerbe eignet sich für die Akkordarbeit so wenig wie das Baugewerbe, denn da ist die Akkordarbeit Kolonnenarbeit, bei der jedes Solidaritätsgefühl in die Brüche gehen muß. Bei Akkordarbeit im Baugewerbe ist eine Organisation fast unmöglich. Es liegt auch im öffentlichen Interesse, daß im Baugewerbe keine Akkordarbeit herrscht. In Hamburg war in den 90er Jahren die Akkordarbeit viel vorherrschend. Die verhältnißmäßig hohen Preise in Verbindung mit großer Arbeitsleistung, brachten den Maurern guten Verdienst. 1890 waren es dann die Unternehmer, die in Akkord nicht mehr zahlen wollten. Es kam die Cholera, 15 000 Wohnungen standen leer, die Arbeitslosigkeit unter den Maurern war fürchterlich, und nun kamen die Unternehmer und verlangten das höchste Maß von Leistungsfähigkeit, das früher in Akkord zu erzielen war. Die Organisation ging in die Brüche, es waren 1895 soviel Hunderte organisirt als im Jahre 1889 Tausende organisirt gewesen waren. Da haben die Schwindelmeister den Akkord wieder eingeführt. 1897 stimmten bei einer Enquete von 1935 befragten Personen 1525 gleich 79 Proz. für Aufhebung der Akkordarbeit und nur 129 gleich 6 Proz. für ihre Beibehaltung, der Rest enthielt sich der Abstimmung. Wir hätten die Abschaffung der Akkordarbeit schon damals 1897 durchgesetzt, wenn unsere Organisation nicht zu schwach gewesen wäre. 1900 kamen wir dann zu der Vereinbarung mit den Unternehmern. Wird ein Tarif zwischen zwei Organisationen verabredet, so ist es immer nothwendig, dieselbe Verpflichtung auch bezüglich der außerhalb stehenden Unternehmer auszusprechen. So wird es immer gehandhabt und es kann sich Niemand von den betheiligten Akkordmaurern darauf berufen, daß sie das nicht gewußt hätten; sie sind in den Versammlungen anwesend gewesen und haben mitgestimmt. Nun stellte es sich heraus, daß eine Anzahl von Maurern in Akkord arbeiteten. Wir stellten sie zur Rede; zunächst leugneten sie es; erst als der Unternehmer sie um die Akkordüberschüsse betrügen wollte und sie vor das Gewerbegericht gingen, mußten sie es zugeben. Nun erfolgte auch der Organisationsbruch unter Verletzung des demokratischen Prinzips, auf dem die Arbeiterbewegung beruht. Es begann eine Jagd nach Akkordarbeit. Wir hatten laut Vereinbarung die Verpflichtung, sie an der Akkordarbeit zu hindern. Was sollen wir thun? Sie vom Bau zu prügeln, ist nicht gestattet; da mußten wir die Arbeitsplätze sperren. Hier liegt nun der Schwerpunkt in dem ganzen Schiedsspruch: In dem Moment, in dem wir die Sperre über die Bauten verhängten, lag ein Streik vor. Das Schiedsgericht verneint das. Darum allein dreht es sich, alles Andere ist Nebensache. Ich habe es in meiner gewerkschaftlichen Praxis nicht anders kennen gelernt, als daß, wenn die Sperre verhängt wurde, dann Die, die sich ihr nicht fügten, als Streikbrecher bezeichnet wurden. Noch vorgestern hat ein Unternehmer in einem ähnlichen Fa[ll] nachgeben müssen, wo es sich um Nichtorganisirte handelte. Aber hier erklär[en] die Leute: Die Arbeit einzustellen, fällt uns nicht ein. Ich frage die Kontrolle und auch die Schiedsrichter, ob nach der gewerkschaftlichen Praxis die Le[ute] die trotz der Sperre bei der Arbeit bleiben, nicht Streikbruch verübt hat[en]. Aber weiter! Es heißt in dem Schiedsspruch: „Daß Akkordarbeiter an ei[ner] Arbeitsstätte weitergearbeitet haben, über welche der Verband wegen Differen[zen] aus dem Arbeitsverhältniß, sei es wegen Lohn, Arbeitszeit oder inhuma[ner] Behandlung der Arbeiter, die Sperre verhängt hat, ist weder erwiesen, n[och] während der Verhandlungen behauptet worden." Auch die Akkordarb[eit]

Digitized by Google

sagen, wenn wegen schlechter Behandlung oder schlechter Arbeitsbedingungen die Arbeit niedergelegt wird, so nehmen wir sie nicht auf. Nun gehört die Frage der Abschaffung der Akkordarbeit aber zu den Hauptforderungen der Maurer, und diese Forderung wird durch das Urtheil des Schiedsgerichts einfach korrigiert. Niemand hat das Recht, die Forderung der Abschaffung der Akkordarbeit von unserem Programm zu streichen. Ich will den Schiedsrichtern keinen Vorwurf machen, sie haben nicht gemerkt, daß sie durch ihr Urtheil eine Korrektur an dem vornahmen, was wir uns als erstrebenswerth zur Aufgabe gemacht haben.

Ein weiterer Einwand, auf den ich in Versammlungen gestoßen bin, ist der, daß Streikbruch nicht in Frage kommen kann, da es sich garnicht um einen Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern handelt. Dieser Einwand ist durchaus hinfällig. Solange mir nicht der Beweis gebracht wird, daß der Maurerverband nicht berechtigt war, die Sperre zu verhängen, und solange mir nicht bewiesen wird, daß die Forderung der Abschaffung der Akkordarbeit unberechtigt ist, solange kann ich nicht zugeben, daß kein Streikbruch vorliegt. Streikbruch aber hat das Schiedsgericht selbst als ehrlose Handlung bezeichnet und deshalb müßte, da auch in diesem Falle Streikbruch vorliegt, der Ausschluß erfolgen.

Die Leute haben sich über das Urtheil des Schiedsgerichts wer weiß wie sehr gefreut, aber wer sind diese Leute? Zu ihrer Charakterisirung verweise ich zunächst auf den Fall Dahl. Durch die Hände der Schiedsrichter ist doch das Erkenntniß des Hamburger Gewerbegerichts gegangen, wonach Dahl seinen Arbeitern die Summe von 474,96 M. schuldig geblieben ist. Die Vertreter der Akkordmaurer sagen in ihrer Rechtfertigungsschrift, es handle sich hier nicht um zurückgehaltenen Lohn, sondern um einen Akkordüberschuß, und sie sagen: „Die Sperre über den Bau von Dahl wurde erst verhängt, nachdem wir die Arbeit aufgenommen hatten." Das zeigt, wie groß die Wahrheitsliebe dieser Leute ist. Dahl hat zu einer Zeit, wo die Akkordarbeit noch nicht ausgeschlossen war, Bauten im Akkord ausführen lassen, er konnte den Maurern den Lohn nicht zahlen und zu holen war bei ihm nichts. Nach längerer Zeit übernahm er wieder einen Bau und da wurde die Sperre über ihn verhängt. Er wandte sich an den Vorstand der Organisation mit der Bitte, vorläufig die Sperre aufzuheben und versprach, sobald der Bau richtfertig sei und er Geld erhalten würde, den rückständigen Lohn zu zahlen. Darauf gingen unsre Leute ein, und als nun die Zeit da war, und unser Vorsitzender ihn an sein Versprechen erinnerte, was that Dahl da? Er nimmt eine Kolonne Akkordmaurer an und entläßt die anderen. Erst beschwindelt er die Arbeiter um ihren Lohn, und dann hält er nicht mal sein Versprechen. Das hat unser Bevollmächtigter den Leuten auf dem Bau vorgestellt, aber die Akkordmaurer haben einfach die Arbeit aufgenommen und durchgeführt und sich noch in der schmählichsten Weise gegen die Organisation ausgelassen. An demselben Abend konnte die Annonce für das „Echo" nicht mehr aufgegeben werden; daher kommt es, daß die Sperre erst am 19. ausgesprochen wurde. Die Leute haben thatsächlich auf einem Bau gearbeitet, der gesperrt war, weil der Unternehmer den Arbeitern den Lohn schuldig geblieben ist.

Auf den Fall Baumgarten scheint Auer besonders großes Gewicht gelegt zu haben. Wie war dieser Fall? Die Sperre wurde allerdings verhängt, weil die Akkordarbeiter da waren, aber man muß die gewerkschaftliche Taktik kennen, die darauf hinausläuft, daß man die Sperre dann verhängt, wenn den Unternehmer am meisten schmerzt. So war es auch hier. Bezeichnend ist es, daß die Leute sich nicht scheuten, in diesem Falle sogar die Maurerarbeiten auszuführen. Als ich den Schiedsspruch las, sagte ich mir, etwas ist ja unmöglich. Die Angeschuldigten sollen sich gewissermaßen in Nothwehr befunden haben, als sie die Sperre ignorirten. Nun das muß ich

Digitized by Google

sagen: Hätten die Schiedsrichter so viel schwere wirthschaftliche Kämpfe kennen gelernt, wie ich in den letzten Jahren, hätten sie kennen gelernt, wie schwer es ist, gegen das Unternehmerthum anzukämpfen, so wären diese Worte nicht gebraucht. (Sehr richtig!) Die Akkordarbeiter hätten jederzeit zur Organisation zurückkehren können, die Sache wäre erledigt und irgendwelche Unannehmlichkeiten wären ihnen nicht bereitet.

Es heißt weiter in dem Schiedsspruch: „Die Angeschuldigten haben bei dieser Arbeitsmethode seit Jahren ihr Auskommen gesucht und recht und schlecht auch gefunden. Sie sind überzeugt, daß das, was sie seit Jahren im Bunde mit ihren Kollegen und gewerkschaftlichen und politischen Kampfesgenossen gemeinsam geübt haben, nun unmöglich mit einem Schlage eine ehrlose Handlung geworden sein könne." Ich mache darauf aufmerksam, daß die Akkordarbeit in Hamburg fast 10 Jahre nicht möglich war, die Leute wußten ganz genau, daß sie Unrecht handelten. Ich habe wirklich geglaubt, sie würden sich ihres parteigenössischen Gewissens erinnern und von ihrem Thun ablassen. Aber das ist ihnen nicht eingefallen. Das Schiedsgericht hat ihr Verhalten aufs Schärfste verurtheilt, ist aber leider nicht zu dem Schluß gekommen, daß sie ehrlos gehandelt haben. Haben Sie gehört, daß auch nur ein Einziger von ihnen von seinem Thun abgelassen hat? Ist ihnen garnicht eingefallen! Und auch nachdem die Kontrolleure ihr Verhalten doppelt scharf verurtheilt haben, sind sie bei ihrem Treiben geblieben und in ihrer Rechtfertigungsschrift sprechen sie es ja auch ganz klar aus, daß sie nicht die Absicht haben, in der Folgezeit davon abzulassen. Mit solchen Leuten hat man es zu thun.

Das Schwerste, was ich Ihnen vorwerfe, ist der Organisationsbruch. Sie haben dadurch den Rücken des Unternehmerthums gestärkt. Wenn ich mir das Alles vergegenwärtige, so sage ich mir, sie haben nicht blos ehrlos gehandelt, nein, ich kann mir überhaupt keinen Menschen denken, der so schlecht ist, wie diese Personen. Wenn ihre Handlungen nicht ehrlos sind, so giebt es überhaupt nichts Ehrloses. (Sehr richtig!) Die Leute sind Streikbrecher. Dabei bleibe ich, so lange mir nicht der Gegenbeweis geliefert ist. Aber selbst, wenn sie das Odium des Streikbruches nicht auf sich geladen hätten, so müßten wir ihnen doch zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat und ihnen sagen: Ihr habt in der Arbeiterbewegung nichts mehr zu suchen! Ich bitte Sie, den Schiedsspruch aufzuheben! Ich bin am allerwenigsten geneigt, den Schiedsrichtern oder den Kontrolleuren auch nur den geringsten Vorwurf zu machen, aber wenn wir uns einmal darüber einig sind, daß Personen eine ehrlose Handlung begangen haben, so müssen wir auch die Konsequenzen ziehen. Lassen Sie sich nicht von der Rücksicht auf Personen leiten, sondern kommen Sie zu dem Schluß, zu dem Sie kommen müssen, wenn Sie die ganzen Verhältnisse richtig überschauen! Die Leute haben ehrlos gehandelt, und deshalb muß der Schiedsspruch aufgehoben werden. Uns Hamburgern ist es am liebsten, wenn Sie sie uns überweisen, wir werden schon mit ihnen fertig werden. (Lebhafter Beifall. Händeklatschen.)

Singer: Auer ist bereit, ein Korreferat zu halten. Ich denke, wir nehmen das dankbar an, auch wenn dadurch unsere heutige Sitzung etwas länger dauert.

Auer: Trotz meines körperlichen Befindens halte ich die Uebernahme des Korreferats doch für eine Ehrenpflicht gegen den Referenten und gegen die Parteigenossen. Nachdem ich Bömelburg gehört habe, bin ich noch mehr als vorher davon überzeugt, daß, wenn nicht unberufene Dritte sich dazwischen geschoben hätten, die Partei und die Maurer sich wie bisher, so auch bei dieser Gelegenheit ganz gut vertragen hätten und daß die Differenzen überhaupt nicht entstanden wären. Aber die Ausführungen Bömmelburg's können doch auch nur mit dem üblichen Körnchen Salz als richtig anerkannt werden. Hier habe ich einen Brief, der die Ueberschrift trägt: „Centralverband der Me-

Digitized by Google

Deutschlands und der verwandten Berufe. Zahlstelle Hamburg", datirt vom 9. Februar 1901. und mit der Unterschrift Ihres Kollegen Kober. Er lautet:

„Werther Genosse! Im Auftrage einer am 31. Januar d. J. abgehaltenen Mitgliederversammlung habe ich den Vorständen der drei Hamburger Wahlkreise folgenden Antrag zu unterbreiten: Die Mitgliederversammlung des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Hamburg, ersucht die Vorstände der drei Hamburger Wahlkreise, auf die Tagesordnung der nächsten kombinirten Mitgliederversammlung zu setzen: Ausschluß aller derjenigen Maurer aus den sozialdemokratischen Vereinen der drei Hamburger Wahlkreise, welche an einer von dem Central-Verbande Deutschlands, Zahlstelle Hamburg, gesperrten Arbeitsstelle gearbeitet haben, sowie auch derjenigen, welche sich in dem Verein „Freie Vereinigung der Maurer Hamburgs" vereinigt haben zu dem ausgesprochenen Zweck, als Streikbrecher zu arbeiten".

Es ist ja ganz nebensächlich, wer das Karnickel ist, das angefangen hat, aber es geht hieraus doch ganz klar hervor, daß entgegen der Behauptung Bömelburg's, die Sache sei von den Maurern garnicht angeregt worden, sie in der offiziellsten Form von jener Seite an die Partei-Organisation herangebracht ist.

Von unendlicher Wichtigkeit aber für den Fall Baumgarten ist der Brief von dem Vorsitzenden der Hamburger Zimmerer-Organisation C. Schnack. Derselbe lautet:

Hamburg, d. 8. 9. 01.

„Am 4. Mai d Js. fand eine gemeinschaftliche Sitzung der Zahlstellenvorstände der Maurer und Zimmerer statt. In dieser Sitzung wurde u. A. von dem Maurer Hüttmann an uns Zimmerer die Frage gerichtet: „Wie stellen sich die Zimmerer, wenn an einem Bau Verbandsmaurer und Akkordmaurer zusammen arbeiten und die Verbandsmaurer das Verlangen an den Arbeitgeber stellen, die Akkordmaurer zu entlassen?"

Als Beispiel führte Hüttmann an, daß er auf einem Bau arbeite (bei Baumgarten), wo ca. 35 Verbandsmaurer und ca. 12 Akkordmaurer beschäftigt seien. Die Verhältnisse an dem Bau lägen nun so, daß nach seiner Meinung dort ein Schlag gegen die Mitglieder der „Freien Vereinigung" ausgeführt werden könne. Von Seiten des Vorstandes der Zimmerer wurde hierauf erklärt, daß seine Stellung von den jeweiligen Verhältnissen abhängen würde. Am 11. Mai Abends wurde ich nach der Lessinghalle gerufen. Anwesend waren hier Hartwig und Kober vom Vorstand der Maurer, ich als Mitglied des Vorstandes der Zimmerer und ferner Hüttmann, sowie unser Baudelegirter vom Baumgarten'schen Bau.

Hier wurde von Hüttmann nun mitgetheilt, daß er im Laufe der Woche in Erfahrung gebracht, daß einige an dem Bau beschäftigte Mitglieder der „Freien Vereinigung" an Baumgarten herangetreten seien und an diesen die Anfrage gerichtet haben, ob sie nicht Akkord erhalten könnten? Dieses sollte zwar von Baumgarten abgeschlagen sein, aber die Gefahr sei vorhanden, wenn der Bau maurerfertig sei, daß dann die Verbandsmaurer entlassen und die Putzarbeiten in Akkord vergeben würden.

Er hätte in der Frühstücksbude dieses zur Sprache gebracht und wäre die Fragestellung an Baumgarten von den Akkordmaurern zugegeben und in herausfordernder Weise dazu bemerkt worden: wer, wenn sie Akkord erhalten rden, an dem Bau nicht arbeiten wolle, möge ja aufhören. (Vergleiche rzu Seite 5 des im „Verlage von C. Hense in Hamburg" über die ganze age erschienenen Berichtes der Kommission des Hamburger Gewerkschaftstells). Der dort abgedruckte Schlußsatz: „wenn der Verband es nicht erlaubt, unten sie u. s. w." ist mir ganz was Neues.

Am Abend des 13. Mai fanden dann Zusammenkünfte der an dem u beschäftigten Maurer mit Kober und der daselbst beschäftigten Zimmerer t ihrem Vorstande, und zwar zunächst für die Berufe getrennt, statt. Hier hte nun die Verwaltung der Zimmerer ihre Berufsgenossen darauf auf- ksam, daß

Digitized by Google

weder Akkord noch sonstige Differenzen am Bau vorhanden seien, ein rechtlicher Grund zur Bausperre überhaupt nicht vorhanden sei; man solle sich das Vorgehen sorgfältig überlegen, es könnte eine Niederlage dabei herauskommen.

Unsere Berufsgenossen standen jedoch auf dem Standpunkt, mit den Akkordmaurern an einem Bau nicht zusammen arbeiten zu wollen und eine Niederlage sei bei gemeinschaftlichem Eintreten ausgeschlossen.

Weil nun die Verhältnisse an dem Bau diesbezüglich günstig lagen, außerdem aber auch wir gewillt waren, die Maurer in ihrem Kampfe gegen die Akkordmaurer zu unterstützen, willigten wir ein und sollte ein Vermittlungsversuch mit Baumgarten voraufgehen. Dieser Vermittlungsversuch wurde jedoch von den Verbandsmaurern abgelehnt und hinzugefügt, wenn die Zimmerer nicht mitmachen wollten, würden die Maurer allein vorgehen.

Am 14. Mai Morgens nahmen nun die Verbandsmaurer die Arbeit nicht wieder auf. Baumgarten, der sofort gerufen wurde, lehnte jede Verhandlung mit Kober ab und gingen so mithin die Verbandsmaurer vom Bau. Um 9 Uhr legten auch die Zimmerer die Arbeit nieder. Auf Verabredung mit dem Zimmermeister fand Abends 7 Uhr eine Unterhandlung zwischen dem Zimmermeister, Baumgarten (Maurermeister) und dem Unterzeichneten statt.

Auf Vermittlungsvorschläge ließ sich Baumgarten wenig oder garnicht ein und zwar aus dem Grunde, weil er erklärte, daß er seit Bestehen seines Geschäfts Akkord noch nicht gegeben habe und nunmehr, nachdem er Mitglied der Innung, sei es ihm garnicht in den Sinn gekommen, Akkord zu geben. Wenn er dieses Ansinnen nicht gleich energisch zurückgewiesen habe, so liege der Grund darin, daß er die theilweisen guten Kräfte der Akkordmaurer nicht habe missen wollen. Er hätte über beregte Angelegenheit gewiß mit sich reden lassen; jedoch hätte dieses vor der Arbeitsniederlegung geschehen müssen.

Damit war nun die Arbeitseinstellung perfekt. Da von den Zimmerern schon ein Theil der Arbeiten bis aufs Hinlegen angefertigt war, haben dann im Laufe der Tage die an dem Bau beschäftigten Maurer mit dem Zimmerpolier, der die Arbeit nicht eingestellt hatte, die angefertigten Zimmererarbeiten hingelegt.

Von Seiten des Vorstandes der Zimmerer wurde, weil Gründe dafür nicht vorhanden waren, auch **keine Sperre über die Arbeiten verhängt.**

Ob der Unternehmer Baumgarten später dadurch, daß Verbandsmaurer nicht bei ihm arbeiten wollten oder durften, er also nur Akkordmaurer beschäftigte, Akkord gegeben hat, ist mir nicht bekannt. Nach dem oben erwähnten Bericht des Gewerkschaftskartells gewinnt es den Anschein.

Mit Gruß
C. Schnack,
Frucht-Allee 20/19 III."

Man hat es immer als vernichtend für den Schiedsspruch hervorgehoben, daß die Akkordmaurer sogar Zimmererarbeit hergestellt haben, das sei ehrlos. Hüttmann hat ja im Schiedsgericht schon zugegeben: wir hatten den Verdacht, daß die Arbeiter auf dem Bau Baumgarten, 14 Mann — Akkordarbeiter. die aber wohlverstanden nicht im Akkord, sondern mit den 35 Verbandsmaurern im Tagelohn arbeiteten —, wenn der Bau mauerfertig ist. dann die Putzarbeiten in Akkord ausführen würden, und um ihnen das Präveniere zu spielen, habe er sich it seinen Kollegen und dem Leiter der Verbandsstelle in Verbindung gesetzt id gesagt: halt einmal, die wollen wir hinausgraulen! Sie haben ihre Organisati s- interessen, die wirklichen oder vermeintlichen, gewahrt. Das ist ihr Recht; für s kommt es aber nur darauf an, ob die Handlung Derer, die wir ausschli n sollen, ehrlos war. Nach Meinung Hüttmann's war die Gelegenheit gün g, einen Schlag gegen die Mitglieder der Vereinigung zu führen. Er hatte n Erfahrung gebracht, daß einige dieser Leute an Baumgarten herangetreten d ihn gefragt hätten, ob er nicht in Akkord arbeiten lassen wolle. Dieser r e

Digitized by Google

es zwar abgelehnt, aber die Gefahr sei vorhanden gewesen, daß, wenn der Bau mauerfertig sei, die Verbandsmaurer entlassen und die Putzarbeiten in Akkord angefertigt werden würden. Es fanden Besprechungen der Maurer und Zimmerer getrennt statt. Die Leitung der Zimmerer machte darauf aufmerksam, daß weder Akkordarbeit noch sonstige Differenzen auf dem Bau vorhanden (Hört! hört!), ein richtiger Grund zur Bausperre überhaupt nicht vorhanden sei; man solle sich das Vorgehen sorgfältig überlegen, es könnte eine Niederlage die Folge sein. Weil aber die Verhältnisse günstig lägen, seien sie gewillt, die Maurer eventuell in ihrem Kampf gegen die Akkordarbeit zu unterstützen. Von den Zimmerern wurde ein Vermittelungsvorschlag angebracht, der aber von der Leitung der Verbandsmaurer abgelehnt wurde (Hört! hört!); diese erklärte, wenn die Zimmerer nicht mitmachen würden, so würden sie allein vorgehen. Dann haben die Maurer die Arbeit niedergelegt. Und nun das Entscheidende: Von Seiten des Vorstandes der Zimmerer wurde, weil Gründe dafür nicht vorlagen, auch keine Sperre über den Bau bei Baumgarten verhängt. (Hört! hört!)

So also lag die Sache: es war ein taktischer Zug der Maurer, dessen Berechtigung oder Unberechtigung mich nichts angeht. Wir werden und müssen uns hüten, in die gewerkschaftlichen Kämpfe, in die Handhabung der Angelegenheiten der einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen uns hineinzumischen. Wenn aber diese Organisationen umgekehrt zu uns kommen und sagen: wir haben die und die bei uns ausgeschlossen, und zwar wegen ehrloser Handlungen und Ihr habt ohne Prüfung die Betreffenden aus der Partei hinauszuwerfen — das können, das dürfen wir nicht. Wenn wir auf diese schiefe Ebene Ihnen folgen würden, Parteigenossen, die Sie den Gewerkschaften angehören und unter schwierigen Verhältnissen sie zu leiten haben, Sie würden in ganz kurzer Zeit diese Stellungnahme zu bedauern haben. Wenn irgend ein Fall zeigt, wie richtig die Anschauungen der Schiedsrichter gewesen sind, so ist es gerade dieser Fall Baumgarten. Wir können nicht einseitig, wie Bömelburg dies verlangt, den Standpunkt der Verbandsmaurer in Betracht ziehen, wir haben zu untersuchen, ob eine ehrlose Handlung vorliegt. In Wirklichkeit steht nur fest, daß Hüttmann und seine Freunde die Vermuthung hatten, die Maurer könnten später in Akkord arbeiten, und daß er auf Grund dieser Vermuthung sagte, schmeißen wir sie vorher schon hinaus, ehe sie ihre Absicht ausführen können. Fest steht weiter, daß die Zimmerer bestimmt wurden, auch mitzugehen und daß dann die Akkordmaurer die paar Balken unter Leitung des Poliers gelegt haben, um weiter arbeiten zu können. Die Zimmererleitung erklärt ausdrücklich, von Seiten der Zimmerer ist überhaupt keine Sperre verhängt. Sie muthen der Partei eine Aufgabe zu, die sie nicht erfüllen kann.

Und nun zum Schiedsspruch selbst. Bömelburg behauptet, die Abschrift des Urtheils des Hamburger Gewerbegerichts in Sachen des Baues von Dahl habe unter den Schiedsrichtern zirkulirt; möglich, daß das Erkenntniß zirkulirte, aber ich konstatire, das ganze Material, das den Schiedsrichtern von Haus aus vorgelegt wurde, ist der im Schiedsspruch abgedruckte Brief, vom 18. Juni. Nur meiner Initiative ist es zu verdanken, daß wir überhaupt erfahren haben, wen wir denn überhaupt ausschließen sollten. Ich mußte erst Stubbe nach Hamburg schreiben, um das Objekt für den Ausschluß ermitteln. Da erhielt ich von Stubbe ein gedrucktes Verzeichniß von Maurern; die sollten ausgeschlossen werden, die andern werden dann zen; kein Wort davon, ob sie Parteigenossen, ob sie als solche organisirt sind. frage an; da schrieb mir Stubbe: das wird schwer halten, festzustellen iterkeit), aber wir werden den Versuch machen! Da stellte sich denn heraus, die Mehrheit, 53, überhaupt gar keine organisirten Parteigenossen waren. ne mich wäre die Sache ausgegangen wie das Hornberger Schießen.

Digitized by Google

Ungemein interessant ist aber der Fall Dahl. In dem Verzeichniß der 103 sind alle Bauten mit Namen genannt, aber den Dahl'schen Bau finden Sie in dem ganzen Schriftstück nicht mit einem Worte erwähnt. (Hört! hört!)

Was ist das für eine Art und Weise, Anklagen vorzubereiten, bei denen es sich um den Ausschluß von 50 Genossen handelt, von denen viele bereits unter dem Sozialistengesetz treu ihre Pflicht erfüllt haben? Hätte ich nicht Ordnung in diese Sache gebracht, so hätten wir 103 Personen ausgeschlossen, von denen die größere Hälfte garnicht der Parteiorganisation angehörte, darunter aber nicht einen einzigen von dem Bau Dahl, wo angeblich die ärgsten Verstöße vorgekommen sein sollen. Wäre ich Maurer und Verbandsgenosse, so würde ich Bömelburg Recht geben, ich würde aber noch hinzufügen: Das ist Sache der Maurer, nicht aber der Partei. Die Verhandlungen des Schiedsgerichts sind ruhig, objektiv und ohne Leidenschaft geführt worden. Ich verlange nicht, daß Sie mit dem Schiedsspruch einverstanden sind, aber das müssen Sie Alle zugeben, daß ein Urtheil garnicht sachlicher und objektiver in der Form sein kann. Und was ist trotzdem Alles gegen den Schiedsspruch geltend gemacht worden? Wir haben gewiß nicht geglaubt, ein Wunderwerk zu verrichten. Legien meinte am Sonntag: Ach Gott, die Geschichte kennen wir, Auer hat den Schiedsspruch einfach geschrieben und die Anderen unterschrieben. Gewiß, geschrieben habe ich ihn, einer mußte ihn doch schreiben, aber glauben Sie doch nicht, daß die anderen Schiedsrichter einfache Nullen sind. Es wurde auch, ich glaube es geschah dies von der Genossin Steinbach, die Ansicht ausgesprochen: Auer hat die Schiedsrichter hypnotisirt! Ich bedaure mir, daß Legien so vorsichtig war, sich nicht unter die Hypnose von Auer zu begeben. Sie sind doch sonst ein so selbstständiger Mann, das Prototyp eines unabhängigen Genossen, sowohl gegenüber dem Terrorismus des Partei-Vorstandes als gegenüber Schmeicheleien! Hier war mal Gelegenheit, Auge in Auge Ihre Anschauungen zu verteidigen, hier konnten Sie einmal dem Genossen Auer, diesem bösen Geist der Gewerkschaften, gegenüber so recht zeigen, was Sie können. Wie war denn die Sache? Unter den 8 Delegierten, die von den Hamburger Genossen und den Akkordmaurern gewählt sind, war auch nicht ein einziger, der mir nicht schon beim Zusammentritt des Schiedsgerichts sagte: Ja, ausschließen können wir sie nicht! Ich sagte: Wie kommt denn das, wo sind denn die Genossen, die für den Antrag auf Ausschluß eintraten? Und da wurde mir erwidert, diese Genossen haben es alle abgelehnt, ins Schiedsgericht zu gehen. (Hört! hört!) Im zweiten Wahlkreise hat zunächst Legien mit Rücksicht auf den Termin, an dem das Schiedsgericht stattfinden sollte, mit Dank abgelehnt. Er hatte angeblich keine Zeit. Dann wurde v. Elm vorgeschlagen, er schloß sich der Ablehnung an. Man ging weiter und sagte sich: Wenn v. Elm nicht kann, dann kann die Frau Steinbach! (Große Heiterkeit) Man bot ihr an, einzutreten, sie lehnte ebenfalls ab, und so hat mans gemacht auf der ganzen Linie. Alle, von denen bekannt war, daß sie für den Ausschluß waren, haben abgelehnt unter der Motivirung, daß ihnen der Termin nicht paßte. Es wurde gesagt, Auer habe mit der von Parvus ja bestrittenen, hier und da aber anerkannten Schlauheit (Heiterkeit) einen Termin ausgewählt, an dem v. Elm und Legien verhindert waren. Wir in Berlin sollen also genau gewußt haben, daß die genannten Genossen an dem Tage nicht in Hamburg sind. Diese Unterstell ist doch zu eigenartig, Gedankenleser bin ich doch nicht, aber es ist auch wahr, daß ich den Termin so festgesetzt habe, daß er nicht mehr zu ändern eine solche Diktatur übe ich nicht aus. Wenn ich auch nicht schlau bin, so dum so etwas zu machen, bin ich denn doch nicht. Ich habe hier den Brief mir, den ich geschrieben habe. Darin heißt es: „Ich schlage Ihnen vor, Schiedsgericht auf einen Tag vom 14. Juli ab, also morgen über acht T einzuberufen. (Hört! hört!) Es bleiben auch dann noch volle acht Tage Zeit, die nothwendigen Vorarbeiten zu treffen. Als Lokal schlage ich Euch

Digitized by Google

Konferenzzimmer auf der Redaktion des „Echo" vor, als geeigneten Tag für die Verhandlungen bringe ich Montag, den 15. Juli, in Vorschlag. Beginn 10½ Uhr Vormittags. Den Akkordmaurern sind die gleichen Vorschläge von mir gemacht. Vielleicht verständigt Ihr Euch. Besonders wäre dies angebracht, wenn Ihr über Ort, Zeit usw. andre Vorschläge zu machen habt." (Hört, hört!)

Dies mein Brief. Und was sagen nun meine Gegner? Ich hätte den Termin diktirt! Frau Steinbach namentlich unterstellt mir, ich hätte mit besonderem Raffinement wieder einen Tag gewählt, an dem die Genossen v. Elm und Legien nicht kommen konnten. Der Fall selbst ist in dem Schiedsgericht völlig aufgeklärt, die Sache ist in aller Form erledigt, dies auch in dem veröffentlichten Protokoll dargelegt und trotzdem kommt Frau Steinbach und redet wieder von dem bösen Streich des „Oberschiedsrichters" Auer. Deshalb werden wir Beide uns nicht zanken, Sie dürfen von mir erzählen, was Sie wollen, Frau Steinbach, nur, bitte, loben Sie mich nicht. (Große Heiterkeit.)

In dem von der Kommission des Hamburger Gewerkschaftskartells herausgegebenen Aktenstück heißt es: „Im ersten und dritten Wahlkreise ernannten die Vorstände zwei der Schiedsrichter unter der etwas eigenthümlichen Begründung: der unparteiische, vom Partei-Vorstande bestellte Richter J. Auer habe ihnen das Datum diktirt, an dem das Schiedsgericht zusammentreten müßte." (Pfui!) Dieser eine Vorgang zeigt, daß da im Hintergrunde Elemente gewirkt haben, denen es nicht darauf ankommt, Frieden zu stiften, sondern denen dieser Vorgang wieder einmal eine sehr willkommene Gelegenheit war, ihre Gegensätzlichkeit zu uns zu dokumentiren und außerdem im Trüben zu fischen. (Sehr wahr!) Aber die Fische gehen nicht an die Angel. Bleiben Sie ganz ruhig, ich bin zwar krank, aber soviel Kraft habe ich noch immer, Ihre Treibereien aufzudecken. (Beifall. Frau Steinbach ruft: Ach, Sie wissen ja nicht, was Sie thun!)

Daß der Schiedsspruch objektiv ist, habe ich schon betont. Ich weiß ja, Manche, die in den Versammlungen am kräftigsten dagegen gesprochen haben, haben ihn überhaupt nicht gelesen. Denn auch bei uns urtheilen eben leider Manche am sichersten, wenn sie von einer Sache möglichst wenig unterrichtet sind. Aber an Sie, die Sie die höheren Richter sind, die Sie auch über mich zu urtheilen haben, an Sie richte ich jetzt ausdrücklich das Ersuchen: Lesen Sie den Schiedsspruch! Ob Sie ihn billigen, ist Sache für sich, aber daß er ein Aktenstück ist, das sich bestrebt, objektiv und sachlich den Thatbestand wiederzugeben, darüber kann nicht der leiseste Zweifel sein. Und, Bömelburg, Hand aufs Herz! Ist nicht der Schiedsspruch vollinhaltlich sachlich, dasselbe was auch Sie uns hier gesagt haben? Ich appellire zum Beweise dafür an Diejenigen, die den Schiedsspruch gelesen haben, wie darin über die Akkordarbeit geurtheilt ist. Für uns aber handelt es sich nicht um die Schädlichkeit der Akkordarbeit, sondern darum, ob Handlungen vorliegen, auf die der § 2 unseres Organisationsstatuts Anwendung finden muß. Sind Handlungen vorgekommen, die als ehrlos zu betrachten sind? Erst wenn das erwiesen ist, können wir verurtheilen. Wir haben die Handlungsweise der Akkordmaurer aufs Tiefste bedauert und das auch im Schiedsgericht ausgesprochen. Ich habe den Schiedsspruch geschrieben und halte ihn aufrecht. Was denken Sie denn von mir? Ich bin ein Parteigenosse wie Sie Alle, ich habe in allen Zeiten treu zur Partei gehalten, die Partei ist ein Stück v[illegible] mir und ich ein Stück von ihr, ich habe darin gelebt und werde darin sterben. G[laub]en Sie, daß es mir gleichgültig sein kann, ob an einem Ort wie Hamburg e[in] so tiefgreifender Streit ist oder nicht? Glauben Sie etwa, daß ich dazu b[e]tragen würde, die Differenzen, die Sie ja nach und nach in Ihren Gewerben ü[be]rwunden haben, die Sonderbündelei usw., zu fördern? Nein, ich weiß ja, [Sie] behaupten das, sie irren sich aber. Ich kann von mir sagen, was [die] Maria Stuart von sich sagte: Ich bin besser als der Ruf, den ich bei [den] habe. Nein, der schlechte Kerl bin ich nicht! Wäre ich wirklich das, was

Digitized by Google

gewisse leitende Kreise, nicht unter den Maurern, aber sonst in der Gewerkschaftsbewegung glauben, seien Sie versichert, es hätte mir nicht an Gelegenheit gefehlt, mich Ihnen recht unangenehm zu machen. Aber ich bin es nicht! Alles, was in dieser Beziehung gesagt wird, ist Märchen, wird aber leider vielfach geglaubt. Es trifft zu, was der Dichter sagt: „Am Urtheil der Landsleute ändert nichts der Zahn der Zeit, da hilft kein Zaudern und kein Sträuben, Du mußt der kleine Töffel bleiben". Und das bin ich nun mal, ich bin der schwarze Mann, der Alles aufbieten soll, um die Gewerkschaften nicht hoch kommen zu lassen. Ich habe meine Rede auf dem Parteitage 1893 nochmals nachgelesen. Was steht darin? Auch nicht ein Wort gegen die Gewerkschaftsbewegung! Mit Legien habe ich mich auseinandergesetzt. Es mag sein, daß ich im persönlichen Urtheil zu weit gegangen bin, aber daß sich ein sachlicher Widerspruch, ein feindseliges Urtheil gegen die Gewerkschaften darin findet, — ich zahle Jedem, der das nachweisen kann — na — viel habe ich nicht, ich bin ein armer Kerl — eine anständige Zeche! (Stürmische Heiterkeit.) Mit keiner Silbe habe ich im Schiedsgericht die Streitfrage über die Neutralität der Gewerkschaften gestreift. Mit voller Absicht habe ich diese Objektivität gewahrt, weil ich es für meine Pflicht hielt, Alles zu thun, um den Streit zu beseitigen, um unter Wahrung des Rechts, wozu wir berufen waren, beiden Theilen die Möglichkeit zu geben, sich wieder zu verständigen. Nicht verhetzen, versöhnen wollten wir. Das schwebte uns vor. Und verhindern wollten wir vor Allem, daß sich eine neue Schutztruppe für das Baulöwenthum aus den Akkordmaurern bildet. Und dafür diese Behandlung in den Versammlungen und einem Theil der Gewerkschaftspresse.

Die einzige strittige Frage unter den Schiedsrichtern war die Beurtheilung des Falles Baumgarten, die Ausführung von Zimmererarbeiten durch Akkordmaurer. Und da ist es sehr interessant zu erfahren, welche Seite vorschlug, hier vielleicht ein Exempel zu statuiren. Es war ein von Seiten der Akkordmaurer gestellter Schiedsrichter, der da meinte: Es rast der See, er will sein Opfer haben. Schmeißen wir eins hinein, vielleicht zieht der Walfisch nachher befriedigt ab. (Heiterkeit.) In den Sonntagsverhandlungen über die Tages-Ordnung ist angeführt worden, daß das Schiedsgericht keine Gründe angeführt hätte und — ein gewisser Widerspruch — seine Gründe taugten nichts. Ob die Gründe etwas taugen, das zu beurtheilen ist Sache des persönlichen Urtheils. Die Gründe mögen Ihnen nicht gefallen, aber seit wann, Genosse Legien, ist es denn eine Parteieinrichtung, daß wir, sobald in einer Gewerkschaft Zank entsteht, von Partei wegen die Befehle der Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen haben! (Sehr richtig!) Das ist der erste Fall, der mir vorgekommen. Der Fall ist neu, aber die Grundsätze, daß wir solche Versuche abwehren müssen, sind alt. (Sehr gut!) Und die Manier! Die Herren kommandiren und wir gehorchen! Wenn Sie uns die Entscheidung überlassen, weshalb dann Ihre Erregung über unsere Entscheidung? Sollten wir einfach sagen: Zu Befehl!? (Lebhafte Zustimmung.)

So stehen die Dinge. Wenn es aber dahin kommen sollte, dann brauchte die Partei überhaupt nicht mehr zu existiren, dann machte die Gewerkschaft Alles. Wir können davon nicht abgehen, daß wir darüber entscheiden, wer zu uns gehören soll. Grund hin, Grund her, die ganze Richtung gefällt Ihnen nicht, die wir repräsentiren. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind Ihnen gegenü[ber] immer so vorsichtig wie nur möglich gewesen. Wir schonten Sie, auch w[enn] wir anderer Meinung waren. Sie können keinen Fall anführen, wo wir Generalkommission zur Intervention aufgefordert hätten. Wir haben uns j[e] Zeit solcher Maßnahmen enthalten. In Ruhe und Frieden wollten wir Ihnen leben, nicht weil wir in Sie verliebt sind (Heiterkeit), sondern wei[l] im Interesse der gesammten Arbeiterbewegung liegt, daß wir nicht in Kon[flikt] mit einander kommen.

Digitized by Google

Aber sofort, als wir uns durch den Schiedsspruch in Widerspruch zu Ihren Wünschen setzten, gingen die persönlichen Angriffe gehässigen Charakters los. Daß man mich als den Oberschiedsrichter bezeichnete, na, das ist nicht schlimm, auch nicht, daß es gleich im Anfang hieß: der in Gewerkschaftskreisen genügend bekannte Auer. Frau Steinbach, die ein besonderes Faible für mich hat (Heiterkeit), hat herausgekriegt, daß ich die Schiedsrichter hypnotisirt hätte. (Heiterkeit.) Sehen Sie sich doch einmal die Exemplare der Schiedsrichter an. Da ist der Genosse Hoffmann, von Geburt Schuster (Heiterkeit), nachher Seemann, ein vierschrötiges Ungeheuer. (Große Heiterkeit.) Frau Steinbach überschätzt die Kraft meiner Hypnose. Ich kann nur bedauern, daß sie dem Schiedsgericht nicht angehört hat. Sehen Sie, Frau Steinbach, auf Sie würde ich den Versuch der Hypnose gemacht haben. (Stürmische Heiterkeit.) Bei Ihrem hochentwickelten, unerschütterlichen Gerechtigkeitsgefühl hätte ich darauf gerechnet, daß Sie als Schiedsrichterin dem Schiedsspruch dann zugestimmt hätten.

Wie weit aber ist man sonst mit den Angriffen gegangen. Ein Gewerkschaftsorgan hat geschrieben, über den Schiedsspruch brauche man sich nicht zu wundern; seien die Schiedsrichter doch Leute, die nichts von der Gewerkschaftsbewegung verständen, Lagerhalter, Gastwirthe, Bureauvorsteher. Das Scharfmacherorgan, die „Post", hätte höchstens noch hinzugefügt: Cigarrenhändler. (Bewegung.) Ist das die Art, wie wir unter einander verkehren sollten! Auch die Akademiker sind hineingezogen worden. Na, die Mitglieder der Kontrollkommission, der alte Metzner, Kaden, Meister sind wirklich nicht Akademiker. (Heiterkeit.) Oder sollte der kleine David die übrigen Acht eingefangen haben. Ja, es ist wirklich manchmal abgeschmackt, wie Sie kämpfen! Es giebt noch weitere markante Stellen in den Gewerkschaftsblättern, so die Aeußerungen des Neutralisten Hus im Organ der Bergarbeiter. Da wird behauptet, das Schiedsgericht habe eine gemeingefährliche Streikbrecherkolonne in seinen Schutz genommen, die Gewerkschaftsbewegung werde zu der Rolle des Aschenbrödels verurtheilt. Solchen Aeußerungen gegenüber muß man wirklich fragen: Geschieht das noch um der Sache willen oder geschieht es wegen andrer Zwecke. Ich kann die Empfindung nicht los werden, daß dieser Verdacht gerechtfertigt ist. (Bewegung.) Wenn die Genossen, die so polemisiren, glauben, daß in der Parteileitung so viel Animosität und Widerwillen gegen die Gewerkschaftsbewegung besteht, dann wäre es längst ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, einzugreifen und nach dem Rechten zu sehen (v. Elm: Das thun wir jetzt!) O, Herr v. Elm! da will ich Sie an einen andern Fall erinnern. In einem Artikel des „Correspondenzblattes" über die Sache wird in ganz bösartiger Weise auch der Leipziger Fall mit den Buchdruckern hineingezogen. Dieser Fall ist wirklich nicht von der Parteileitung eingerührt worden. Uns war er unangenehm genug. Dieser Leipziger Fall hat wochenlang die Fraktion beschäftigt. In einer Anzahl von Fraktionssitzungen haben wir darüber verhandelt. Unsere Fraktionsgenossen sind aufrührerisch geworden gegen Bebel, Pfannkuch, Singer und mich. Schließlich ist ein Antrag sogar in der Fraktion angenommen worden, der uns einen bestimmten Termin stellte. (Meister bestätigt es.) Es hieß: Wenn Ihr die Sache nicht bis da und dahin zur Erledigung bringt, dann gehen : an die Oeffentlichkeit. Wir wurden in der Fraktion direkt bezichtigt, wir ten nicht den Muth, gegen den Buchdrucker-Verband vorzugehen, wir wahrten Verbandsinteresse mehr als das Parteiinteresse. (Meister: Stimmt!) Wir en die Sache hingezogen und hingezogen, solange als es nur ging. Immer immer wieder haben wir Verhandlungen mit dem Verband der Buchdrucker führt. Auch die Verbandsleitung hat nach meiner Empfindung alles gethan, einen verständigen Ausgleich herbeizuführen. Aber der Schwierigkeiten nten sie und konnten wir nicht Herr werden. Es waren Gegensätze in

Digitized by Google

Leipzig, die nicht zu überwinden waren. Weil nicht alle Verbandsbuchdrucker wieder an die alten Stellen kommen konnten, sollten keine sie wiederhaben. So wurde der Bruch unvermeidlich trotz aller unserer Bemühungen.

Wenn je ein Fall es gebot, daß ein so prononcirter Vertreter der Gewerkschaften wie Elm in der Fraktion erschien, dann hier. Ich konstatire, daß Elm allen unsern Verhandlungen fern geblieben ist. (Bewegung.) Elm mußte davon unterrichtet sein. Durch viele Wochen haben sich die Verhandlungen hingezogen. Zweimal in einer Woche sind wir öfter zusammengekommen. Elm aber, der Mitglied der Fraktion ist, hat sich bei uns nicht sehen lassen! (Hört! Hört!) Wie nichts mehr zu retten war, da hat dann Elm einen Artikel in den „Socialistischen Monatsheften" geschrieben und hat uns gründlich heruntergemacht. Alle Vorwürfe des interessanten Nexhäuser (sehr gut!) hat er sich zu eigen gemacht und seine höhere Einsicht produziert. Ist das die richtige Art, die Gegensätze auszugleichen!

Wenn man immer wieder solche Dinge sieht, dann muß Verdacht in einem aufsteigen. Elm ist es gewesen, der in den Hamburger Versammlungen den Antrag gestellt hat, die Angelegenheit hierher zu bringen. Ich bin vom Vorstande nicht autorisirt, aber meine Meinung ist, daß wir in unendliche Schwierigkeiten kommen, wenn wir den Lokalvereinen nicht das Recht des Mitgliederausschlusses lassen. Dieser Ausschluß bedingt nicht eo ipso den Ausschluß aus der Partei. Wenn man aus der Partei ausschließen will, dann braucht man ein Schiedsgericht. Wir haben ja jetzt schon Genossen, die ihre Beiträge direkt an den Vorstand einsenden. In Hamburg hat man sich darüber gestritten und ich gebe zu, daß die Frage strittig ist. In Hamburg sind bei dieser Gelegenheit die interessirten Organisationen in den Versammlungen zahlreich erschienen. Es ist so weit gekommen, daß unser Molkenbuhr in seiner Heimathstadt überhaupt nicht mehr reden konnte, daß er niedergeschrieen wurde. (Hört! hört!) Elm ist es eben durch seine begeisternde Beredsamkeit gelungen, die Massen so aufzuregen. Als Molkenbuhr sich privatim darüber beschwerte und meinte, so schlimm brauche er es doch nicht zu machen, da sagte Frau Steinbach: Das ist eben die Bruderliebe, die aus v. Elm spricht. (Frau Steinbach: Das ging doch nicht gegen Molkenbuhr). Ja, Genossin Steinbach, das macht wieder Ihrem Herzen alle Ehre, ich wundere mich nur, daß die Bruderliebe v. Elm's sich nicht auf uns alle erstreckt. Aber Diejenigen, die immer in Versammlungen sind, einfach niederzuschreien, und Diejenigen, die sich sehr selten sehen lassen, auf den Schild zu heben, für diese Art Bruderliebe habe ich kein rechtes Verständniß.

Die Sache ging weiter. Die Siedehitze scheint mir erreicht zu sein in der von Genossen Elm eingebrachten Resolution des Hamburger Gewerkschaftskartells vom 13. August, die da lautet:

„Die am 13. August tagende Delegierten-Versammlung des Hamburger Gewerkschaftskartells spricht ihr tiefstes Bedauern aus über die gleichfalls „einstimmige" Bestätigung des „einstimmig" gefaßten Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Akkordmaurer durch die Kontrolleure der sozialdemokratischen Partei. Diese beiden Urtheilssprüche beweisen ein unsäglich geringes Maß von Verständniß für die Bedeutung des organisirten Klassenkampfs. Sollte dieser unglückliche gemeinschaftliche „Schiedsspruch" auch von dem in Lübeck demnächst tagenden Parteitag der sozialdemokratischen Par zum dritten Mal bestätigt werden, so würde das nichts Geringe andeuten, als die Sanktionirung des schamlosesten Streik- und Orga sationsbruchs in Permanenz durch eine Partei, deren Aufgabe es i ihrem Programm sein soll, den Kampf der Arbeiterklasse gegen Ausbeut. und Knechtschaft in jeder Form zu einem bewußten und einheitlichen zu mach Die von den besten Organisationen nach schwersten Kämpfen errungene Positi welche ihr Fundament in periodisch zu erneuernden tariflichen Vereinbarun

Digitized by Google

der Arbeiter mit dem Unternehmerthum finden, gehen den größten Gefahren entgegen, viel größeren, als sie ein Zuchthausgesetz hätte bringen können, wenn in den Reihen der organisirten Kämpfer Disziplinlosigkeit und Organisationsbruch nicht mehr als ehrlose Handlungen gebrandmarkt werden sollten, und hält es das Hamburger Gewerkschaftskartell deshalb für seine Pflicht, die organisirten Arbeiter Deutschlands auf die eminente Gefahr aufmerksam zu machen und sie aufzufordern, zur Vermeidung derselben alles zu thun, was in ihren Kräften steht."

So hat v. Elm über unsre Thätigkeit resolviren lassen. Und hier, wo wir Auge in Auge gegenüberstehen, wo wir verlangen, daß unsere Ankläger auch ihren Mann stellen, was beantragt man da? „Der Parteitag erklärt, daß er die Begründung des Schiedsspruchs in der Hamburger Angelegenheit als richtig nicht anerkennt." In Hamburg „Sanktionirung des schamlosesten Streik- und Organisationsbruchs in Permanenz" und hier eine Handlung, die nicht ganz richtig ist! Ein besonderes Zeichen von Tapferkeit kann ich darin nicht erblicken. (Sehr richtig!) Ich zittere auch vor der Schlacht. Ich gehe nicht gern in den Kampf, aber wenn ich im Gefecht bin, dann sehe ich nur mehr meinem Gegner in die Augen. Sie machen es umgekehrt, Sie pariren mit einer Front, die zum Pariren sonst nicht dient. (Große Heiterkeit.) Ich glaube es Bömelburg, daß er und seine Freunde aus der Leitung des Maurerverbandes mit den Aufrufen für die Wahl der Delegirten in den drei Hamburger Wahlkreisen nichts zu thun hat. Sie sind viel zu alte und erfahrene Taktiker, als daß sie sich zu solchen Streichen hergeben. Aber es giebt Freunde, von denen man sagen muß: Gott bewahre mich vor ihnen. Bömelburg und Staningk haben ja gesehen, was für schlechte Erfahrungen sie mit ihren Freunden in Ostpreußen gemacht haben. Ich glaube es Staningk, so unerfahren ist er nicht, daß er zu Schwartz gesagt hat: Geh nach Ostpreußen und verschaffe mir ein Mandat, Diäten brauche ich nicht. Schwartz ist noch zu jung, den müßt Ihr nicht wieder hinausschicken, der hat die Sache viel zu dumm angefangen. (Große Heiterkeit.) Nein, solche Dummheiten machen Sie nicht. Mit demselben Rechte können Sie nach meiner Ueberzeugung auch die Aufrufe zu den Hamburger Delegiertenwahlen ableugnen, aber charakteristisch sind sie doch.

Charakteristisch ist es auch, daß gesagt wird, wir werden noch dahin kommen, bei den nächsten Reichstagswahlen Kandidaten aus dem Baugewerbe aufzustellen. Gewiß! Das Streben, auch Genossen aus dem Baugewerbe als Vertreter der Partei in den Reichstag zu schicken, findet unsre volle Unterstützung, aber wogegen wir uns wenden, das ist die Taktik, die mehr und mehr in den Vordergrund tritt, die Auswahl der Vertreter nicht mehr vorzunehmen auf Grund nach ihrer Stellung zu unserem Programm, sondern nach dem Gesichtspunkt, ob der Betreffende Maurer, Schuster oder dergleichen ist. Hat doch schon bei einer Nachwahl ein großes Gewerkschaftsorgan es offen ausgesprochen, nicht weil der Kandidat Sozialdemokrat, sondern weil er Bergarbeiter ist, unterstützen wir ihn.

Es ist eigenartig, daß man in gewissen Kreisen dazu übergeht, Dinge, die die Partei angehen, in Gewerkschaftskartellen oder auf Gewerkschaftskongressen zu erörtern und so eine Nebenorganisation, eine Seitenorganisation r vielleicht noch eine höhere Instanz der Organisation zu schaffen.

Der Partei-Vorstand hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, heute n Alles zu thun, Bestrebungen nicht aufkommen zu lassen, die darauf hinaus- fen, eine Marschlinie zu bilden von Elm bis zum Pfarrer Naumann. wegung, dann stürmischer Beifall und Händeklatschen. Bebel ruft: Bis Berlepsch!) Ich sage nicht, daß das Ihr Zweck ist, Herr v. Elm, aber es andre Leute da, die das wollen, und ob Sie nicht durch Ihre Art und se, einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft hervorzurufen, unbewußt

Digitized by Google

dieses Streben unterstützen, das möchte ich Ihrer Erwägung und Prüfung anheimgeben!

Noch eine charakteristische Thatsache. Im „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker" wurde gesagt, jetzt sei der Moment, loszuschlagen gegen den Terrorismus, den die Partei gegen die Gewerkschaften ausübt. Wenn die Partei jetzt nicht den Auer herunterjägt und den Schiedsspruch desavouirt und die Gewerkschaften zu ihrem Recht kommen läßt, so sei der Zeitpunkt gekommen, wo die Entscheidung fallen müsse. Jetzt seien die Maurer gegen die Partei, mit den Maurern werde man siegen, wie von Schweitzer mit den Maurern Anfangs der siebziger Jahre in Berlin gegen die Fortschrittler Platz geschaffen habe.

Und noch ein anderes Beispiel: Bernstein hatte sich auch in die Sache gemischt und wie das so seine Art ist, wollte er nach keiner Seite hin verletzen; er hat in seinem Artikel einerseits und andererseits gesagt (Heiterkeit); er meinte, der Schiedsspruch sei nicht ganz richtig, aber er müßte doch zugeben, daß er nach Lage unserer Partei-Gesetze nicht anders ausfallen konnte. Er hat auch Vorschläge gemacht, die so unpraktisch sind, wie manches andere von ihm. (Heiterkeit.) Das griff die Naumannsche „Hilfe" auf. Sie schrieb: „Auf was will sich denn Bernstein in seinen Bestrebungen stützen, wenn er auch die Gewerkschaften nicht mehr auf seiner Seite hat." Da sehen Sie die Absichten unserer Gegner. Wir müssen vorsichtig sein. Diese Warnung richte ich nicht an die Maurer, sondern an eine ganz andere Seite. Wir können nicht den Zustand einreißen lassen, daß die Gewerkschaften blos zu befehlen und wir blos zu gehorchen haben.

Können denn die Gewerkschaften Gegenseitigkeit üben? Nein! Ich wünsche, daß möglichst viele Arbeiter in die Gewerkschaften gehen; daß da verschiedene politische Ansichten herrschen, das können wir nicht verhindern. Was aber würden Sie sagen, wenn etwa bei den nächsten Wahlen der nationalsociale Gewerkschaftler Tischendörfer gegen einen Sozialdemokraten kandidirte und wir deshalb seinen Ausschluß aus der Gewerkschaft verlangten? Eine solche Forderung würde zu den ungeheuerlichsten Konsequenzen führen. Die Gewerkschaften können einfach nicht Gegenseitigkeit üben, selbst wenn sie es wollten.

Man hat gesagt, nicht die Akkordarbeit, sondern der Disziplinbruch solle bestraft werden. Ja, das ist doch nur ein Taschenspielerkunststück. Woher kommt denn der Disziplinbruch, woher der angebliche Streikbruch, den ich als solchen nicht anerkenne? Doch nur aus dem Streit über die Akkordarbeit. Gewiß, darin stimme ich mit den Maurern überein, daß der Beschluß der Organisation zu befolgen ist. Aber was die Maurer mit ihren Leuten anfangen wollen, das geht uns nichts an. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie sie aus dem Verband ausschließen, nur dürfen Sie ihnen dann nicht Organisationsbruch vorwerfen, wenn sie sich eine eigene Organisation schaffen. Die Leute sind aus der Organisation hinausgeworfen, aber haben sie damit auch das Recht verloren, das ihnen gesetzlich zusteht, sich eine neue Organisation zu gründen? Es ist sehr bedauerlich, daß sie einen neuen Verein gegründet haben, aber Sie haben sie doch dazu gezwungen. Bömelburg sagt, es liegt Streikbruch vor; aber er hat nicht nachgewiesen, daß die Akkordmaurer irgendwo die Arbeit aufgenommen haben, wo eine andere Differenz als die über die Akkordarbe[illegible] vorhanden war; er konnte nichts anderes anführen, als auch die dem Schiedsgericht unterbreitete Thatsachen. Für uns ist die That der Akkordmaurer kein ehrlose Handlung, die den Ausschluß aus der Partei bedingt. Dazu könne wir uns nicht hergeben, daß wir den Leuten die Benutzung des Vereinsrechte verbieten. Sie haben es ja fertig gebracht, auf Grund Ihrer Mehrheit un Ihrer Macht ihnen das Preßrecht illusorisch zu machen, es werden kein Annoncen von den Akkordmaurern im Hamburger Partei-Organ aufgenommen

Digitized by Google

es kommen keine Versammlungsberichte hinein, es wird von ihnen überhaupt nicht Notiz genommen. An mich als Firmenträger von Auer u. Co. in Hamburg kam eine Beschwerde von einem Akkordmaurer mit der Bitte um Abhilfe. Es sei eine Ungerechtigkeit, hieß es dort, ihnen das „Echo" zu verschließen, während die Zahlstelle es benutze, um sie anzugreifen. Die Preßkommission hat das Ersuchen der Akkordmaurer abgelehnt, „da sie sich nicht auf den Standpunkt stellen könne, daß zeitlichen Minoritäten irgend einer Gewerkschaft das Recht der Organisation zuzugestehen sei." (Hört! hört!) Die Frage der Akkord- oder Lohnarbeit war für die Preßkommission nicht entscheidend. Es hatte eine Sitzung der Preßkommission stattgefunden wegen einer Beschwerde der Verbandsmaurer, weil das „Echo" eine Todesanzeige der Akkordmaurer gebracht hatte (hört! hört!); die Preßkommission beschloß, daß das Verbot sich nur auf solche Anzeigen beziehe, die einen agitatorischen Zweck haben. Also eine Todesanzeige selbst hat unter den Verbandsmaurern in Hamburg eine derartige Aufregung hervorgerufen, daß sie sich mit einer Beschwerde an die Preßkommission wandten!

Wir können das nicht ändern; aber ich meine, auch dieser Vorgang beweist, daß wir alles vermeiden müssen, was dazu führen könnte, die Differenzen noch zu verschärfen.

Nun aber, wir werden als der Störenfried angeklagt; und was thun Sie? Es ist hier konstatiert, daß Sie die Preßfreiheit in dem Organ, das diese Maurer selbst haben mit schaffen helfen, die es unterstützen, einfach in einer Weise, wie sie in keinem Bourgeoisstaat heute mehr möglich ist, kaum mehr in Rußland, die Möglichkeit einer freien Meinungsäußerung einfach unterbinden. Sie haben die Macht dazu. Auf dem Gebiete des Vereinsrechts freilich reicht Ihre Macht nicht so weit. Hier können Sie gegen die Leute nicht einschreiten, dafür erklären Sie aber die Bildung einer neuen Organisation für disziplinlos, für einen Organisationsbruch, für eine ehrlose Handlung und verlangen, daß die Partei sie ausschließt! Derartige Dinge muß man doch auch wissen, um zu begreifen, wie ich zu meiner Stellungnahme gekommen bin.

Dann wird den Akkordmaurern in dem Artikel der Vorwurf gemacht, daß sie in dem großen Kampf zwischen Unternehmer und Arbeiter den kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallen und Partei ergriffen haben für die Unternehmer, deren Schutztruppe sie seien. Auch das ist nicht richtig. Der Kampf wird geführt zwischen Arbeitern und Arbeitern, zwischen Verbandsgenossen und organisierten Genossen in einer freien Vereinigung; und wenn überhaupt von einer Betheiligung der Unternehmer gesprochen werden kann, nun, dann hat die Innung mit den Verbandsmaurern ein Abkommen gegen die Akkordarbeit getroffen; auch dieser Vorwurf deckt sich also nicht mit den Thatsachen. Also ich kann nicht zugeben, daß ein Streikbruch in dem Sinne vorliegt, wie auch ich ihn eventuell als ehrlos betrachte.

Wohin das führen würde, wenn wir die Bahn beschreiten wollten, auf die Sie uns drängen wollen, das zeigt doch der Schiedsspruch in Ottensen. Ist es nicht gerade ungeheuerlich, daß da der Genosse Winkelmann einstimmig aus der Partei herausgeschmissen wird, und dieselben Leute haben nachher, als sie höher, objektiver mit Gerisch die Sache untersuchten, ebenso einstimmig den Ausschluß wieder zurückgenommen! (Hört! hört!) Denn es stellte sich heraus, daß der Mann zu derselben Zeit, wo er die ehrlose Handlung begangen haben sollte, krank zu Bett gelegen hatte. Sie sehen, die Leidenschaft ist ein schlechter Berather.

Ich komme zum Schluß. Ich hätte noch Manches mitzutheilen und auszuführen; aber ich habe Ihre Zeit lange genug in Anspruch genommen und habe ja auch noch ein Schlußwort.

Parteigenossen, ich erkläre bei meiner Ehre und bei meiner Parteizugehörig-

Digitized by Google

keit, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen, ich nehme das für alle übrigen Schiedsrichter mit in Anspruch, den Schiedsspruch so gefällt habe, wie er ist, und muß auch, nachdem ich heute Bömelburg gehört habe, bei meinem Schiedsspruch stehen bleiben. Sie können nur beweisen, daß Differenzen unter den Maurern bestehen, die wir alle miteinander bedauern. Aber solange Sie den Nachweis einer ehrlosen Handlung nicht beizubringen vermögen, theile und verstehe ich Ihre Wünsche, aber folgen kann ich Ihnen nicht. (Stürmischer Beifall.)

Singer: Es liegen eine Reihe von Meldungen zu persönlichen Bemerkungen vor. Ich werde nur persönliche Bemerkungen in Bezug auf das Schlußwort des Korreferenten zulassen und jede sachliche Bemerkung unweigerlich zurückweisen.

Legien: Von den vielen Behauptungen Auer's mir gegenüber, die nicht auf Wahrheit beruhen, halte ich es für nothwendig, eine heute noch zu widerlegen. Auer erklärte, ich hätte Gelegenheit gehabt, in dem Schiedsgericht ihm Auge in Auge gegenübertreten zu können, ich hätte aber den besseren Theil der Tapferkeit gewählt und die Annahme eines Mandats für das Schiedsgericht abgelehnt. Wenn Auer eine solche Behauptung aufstellt, so hätte er sich erst informiren müssen, aus welchen Gründen ich das Mandat ablehnte. Ich war von der Generalkommission in die Generalversammlung der Formstecher in Eimbeck delegirt worden, und zwar erklärte die Generalkommission es für nothwendig, daß gerade ich hinging. Uns ist weder in der Versammlung noch in dem Vorstand des zweiten Wahlkreises der Brief, den Auer vorgelesen hat, vorgelegt worden. Hätte uns unser Wahlvereins-Vorsitzender gesagt, der Termin vom 15. Juli müsse nicht absolut festgehalten werden, Auer habe freigestellt, einen anderen zu bestimmen, dann wäre ich im Schiedsgericht gewesen. Sie sehen, daß ich einen zwingenden Grund für die Ablehnung hatte. Auf derselben Basis stehen die anderen Behauptungen Auer's. Ich kann ihm erklären, daß ich mich nie gefürchtet habe, ihm Aug in Aug entgegenzutreten und mich auch nie fürchten werde, dies zu thun. Ich bin überzeugt, das Beste für die Partei und die gesammte Arbeiterbewegung zu wollen, und in dieser Ueberzeugung fürchte ich mich nie, Auer oder einem anderen Genossen entgegenzutreten.

v. Elm: Ich bin leider nicht in der glücklichen Lage, mich nur gegen eine einzige unwahre Behauptung Auer's wenden zu müssen. Erstens polemisirt Auer gegen mich immer, als ob ich Mitglied der Generalkommission sei, der ich seit 5 Jahren schon nicht mehr angehöre. Weiter hat Auer von unerhörten Angriffen meinerseits gegen die Partei in Angelegenheit der Buchdrucker gesprochen. In meinem ersten Artikel habe ich den darauf bezüglichen Beschluß der Fraktion vertheidigt, von Angriffen gegen die Partei steht darin auch nicht ein einziges Wort. In meinem letzten Artikel „Durch Gährung zur Klärung" befindet sich über die Buchdrucker nur ein Satz, der lautet: „Ein anderer Fall, der eventuell noch für das gesammte Partei- und gewerkschaftliche Leben unheilvoll werden kann, — ähnlich der schon sattsam besprochenen, zum Schaden der gesammten Arbeiterbewegung noch schwebenden Leipziger Buchdrucker-Affaire . . ." Wo steckt in diesem einzigen Satz ein Angriff auf die Partei Mit derartigen Mitteln operirt man, um mich als großen Sünder erscheinen zu lassen!

In den Fraktionssitzungen soll ich nicht anwesend gewesen, wo die Buchdruckerangelegenheit behandelt wurde. Als Vogenitz und Pinkau damals von Leipzig nach dem Reichstag kamen, wurde die Sache in der Fraktion nicht behandelt. Eine besondere Einladung zu einer anderen Fraktionssitzung, welcher die Sache verhandelt werden sollte, habe ich nicht erhalten. Ich kann doch nicht dafür, daß ich nicht ständig in Berlin sein kann. Ich bin ein vie

Digitized by Google

beschäftigter Mann, Sie dürfen mir doch nicht unterstellen, daß ich absichtlich ferngeblieben bin und hinterher suche, die Partei anzugreifen. Das ist einfach unerhört.

Dann die Wahl zum Schiedsgericht. Anfangs dachte ich, Auer sagt das in gutem Glauben, aber nachher hat es auf mich den Eindruck gemacht, als wenn dieses nicht der Fall sei. Ich habe in der Versammlung gefragt: Ist es unabänderlich, daß die Verhandlung am 15. Juli stattfinden soll? Da sagte der Vorsitzende Blume: Jawohl! Da sagte ich: Dann bedauere ich ablehnen zu müssen, denn ich hatte einen gerichtlichen Termin für die Genossenschaft, von der ich einzig und allein mein Einkommen beziehe, wahrzunehmen, wo es sich um eine große Summe Geldes handelte, die der Genossenschaft eventuell verloren gehen konnte. (In großer Erregung:) Mir einen Vorwurf daraus zu machen, das alles sei böse Absicht — ich habe keinen Ausdruck dafür, daß man eine derartige unerhörte Anschuldigung erhebt! Auer hat davon geredet, daß wir es nicht wagten, dem Gegner ins Auge zu sehen; wir hätten in Hamburg einen ganz anderen Standpunkt als jetzt in der Resolution Legien eingenommen. Wir hätten nichts anderes gemacht, als die Streikbrecher aus unserer örtlichen Organisation hinausgeworfen; erst als Molkenbuhr der betreffenden Versammlung lang und breit auseinandergesetzt hat, daß das formell nicht angehe, haben wir beim Partei-Vorstand die Bildung eines Schiedsgerichts beantragt.

Singer: Sie können doch nicht in einer persönlichen Bemerkung den Standpunkt der Hamburger Genossen vertheidigen. Ich bitte dringend, sich darauf zu beschränken, was Auer in Bezug auf Ihre Person gesagt hat, und das andere der späteren Diskussion vorzubehalten.

v. Elm: Wie soll das in zehn Minuten möglich sein? Parteigenossen, wenn Sie in der Weise verfahren, wie es der Vorsitzende will, dann begehen Sie eine Ungerechtigkeit. (Zurufe: Sie werden ja Redezeit haben!)

Singer: Der Genosse v. Elm hat keinen Anlaß, vorauszusetzen, daß der Parteitag ihn in seiner Redefreiheit irgendwie beschränken wird. Ja, Parteigenossen, ich bin in einer sehr unangenehmen Lage, den Genossen sagen zu müssen, daß sie nicht weiter reden sollen. Ich habe an dieser Stelle die Pflicht, den Parteitag in seiner Gesammtheit zu vertreten und seine Arbeiten zu fördern. Wenn dem entgegen gehandelt wird, dann ist es meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, Sie darauf aufmerksam zu machen.

Frau **Steinbach:** Sie können nicht glauben, welch eine Genugthuung mir soeben geworden ist, von der Sie natürlich keine Ahnung haben können. (Gelächter.) Das Gewieher ist eigentlich Ihrer gar nicht würdig. (Große Unruhe.)

Singer: Ich muß die Genossin Steinbach dringend auffordern, Ausdrücke, wie sie eben gebraucht hat, zu unterlassen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Steinbach:** Parteigenossen! Wenn Genosse Paeplow im Schiedsgericht darauf verzichtet hat, aus der Art der Zusammensetzung des Schiedsgerichts — (Zurufe: Ist das persönlich?) — o bitte sehr, es kommt schon! — Wenn er darauf verzichtet hat, daraus eine Ablehnung des Schiedsgerichts herzuleiten —

Singer: Sie können im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht den Genossen Paeplow vertreten. (Heiterkeit.)

Frau **Steinbach:** Auer hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich mich im zweiten Wahlkreis in Hamburg nicht hätte ins Schiedsgericht wählen lassen, aus Furcht, von Auer hypnotisirt zu werden. Zunächst befindet sich Auer im Irrthum, ich bin nicht Mitglied des zweiten Wahlkreises. Dort hat man die Wahl vorgenommen, im ersten und dritten Wahlkreise hat man wegen angeblich zu kurzer Zeit die Mitglieder des Schiedsgerichts ernannt. Ich frage Auer, ob er seine Behauptung noch aufrecht erhält, daß es in meinem Willen

Digitized by Google

gelegen habe, ob ich im Schiedsgericht vertreten war. Wäre Legien, v. Elm oder ich ins Schiedsgericht gewählt worden, dann wäre Auer das Material in einer Weise beigebracht worden, daß seine Hypnose auf uns keine Wirkung gehabt hätte. (Große Heiterkeit.)

Stubbe: Auer hat ausgeführt, daß es längerer Zeit bedurft hätte, von mir das Material zu erhalten. Das ist nicht der Fall. Am 18. Juni fand die gemeinschaftliche Mitgliederversammlung statt, in der der Antrag auf Ausschluß der betreffenden Genossen gestellt wurde. Am 22. Juni habe ich den Partei-Vorstand von dem Beschluß in Kenntniß gesetzt; ich hätte noch einige Tage gewartet, wenn nicht unsere gesammte Presse von dem Hamburger Beschluß schon Notiz genommen hätte. Ich legte die Liste, die uns von den Maurern angegeben war, bei; es war darin uns nicht mitgetheilt, wer Mitglied eines sozialdemokratischen Wahlvereins war, es fehlten die Adressen. Auer hat aber gleich am 23. geschrieben, er müßte wissen, wer Mitglied ist; am 24. konnte ich es ihm bereits von 39 Personen vom 3. Wahlkreise mittheilen, am 1. Juli auch bezüglich der übrigen. Es ist also nicht an dem, daß das Schiedsgericht deswegen nicht zu Stande kommen konnte.

Singer: Es ist folgende Erklärung eingegangen:

„Nachdem Genosse Auer in seinem Korreferat Material bekannt gegeben, das uns bisher unbekannt war, ziehen wir unsere Unterschrift unter dem Antrag 113 hiermit zurück.

Düwell. Scheidemann. Bühler. Alb. Rudolph. May."

Singer: Ein Telegramm aus dem zweiten Dresdener Landtagswahlkreis meldet soeben, daß in der dritten Wählerklasse von unserer Partei 119, vom Ordnungsbrei 12 Wahlmänner gewählt sind. (Beifall.)

Singer: Das Lokalkomitee bittet uns, der Dampferfahrt wegen die morgige Sitzung schon um 12 Uhr zu schließen. Da wir heute weit über die übliche Zeit gearbeitet haben, können wir dieser Bitte wohl nachkommen. Ich schlage aber dafür vor, die Sitzung morgen schon um $8^1/_2$ Uhr zu beginnen. (Zustimmung.) Ich benutze den Anlaß, die Mitglieder des Parteitags darauf hinzuweisen, daß noch eine Reihe wichtiger Punkte auf unserer Tagesordnung stehen, und daß zu dem gegenwärtigen Verhandlungsgegenstand vorläufig vierzig Redner sich gemeldet haben. (Heiterkeit.) Ich glaube, wir werden dem Minister Thielen dankbar sein können, daß er die Dauer der Retourbillets auf 45 Tage verlängert hat, denn dann werden wir mit den Parteitagsverhandlungen wohl fertig sein. (Heiterkeit.)

Schluß der Sitzung $9^1/_2$ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 26. September. — Vormittags-Sitzung.

$8^1/_2$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Der zweite Wahlkreis Chemnitz telegraphirt: Sämmtliche Wa männer dritter Klasse gewählt. Sozialisten $^4/_5$, Gegner $^1/_5$ Stimmen. Niema (Beifall.) — Sozialdemokratische Grüße sendet Arbeiterschaft Oelsni Gestern vollständig gesiegt. Doehler. (Beifall.)

Die Diskussion über den **Hamburger Schiedsspruch** wird fortgese Zur Debatte stehen die Anträge 27, 28, 29, 83 bis 89, 99, 102, 112, 113 und 1

Singer: Ich werde zunächst die Anträge, die eine zu dem Schiedsspr gegensätzliche Auffassung bekunden, begründen lassen, die Anträge 113, 85 114 und dann die Diskussion eröffnen.

Digitized by Google

Das Wort zu einer Erklärung nimmt

Auer: Ich möchte, um etwas dazu beizutragen, in Nebensachen die Diskussion möglichst einzuschränken, folgende Erklärung abgeben:

„Ich habe gestern auf Grund der mir gewordenen Information unter den Personen, welche den Eintritt in das Schiedsgericht abgelehnt haben, auch Frau Steinbach genannt. Diese Information ist mir von Molkenbuhr geworden, wie ich hier mitzutheilen von ihm selbst ermächtigt bin. Er hat mir gestern nach der Diskussion sofort erklärt, daß er irrig berichtet war. Ich erkläre deshalb, daß meine Ausführungen in Bezug auf den Eintritt in das Schiedsgericht, soweit sie Frau Steinbach betreffen, irrig sind. Zweitens habe ich aus den Ausführungen Stubbe's entnommen, daß er meine Angaben in Bezug auf die Schwierigkeiten der Beschaffung des Materials auf sich bezogen hat, als wenn ihn die Schuld träfe. Ich erkläre demgegenüber, daß es gerade Stubbe gewesen ist, durch dessen thatkräftige Vermittelung und ungemein rasche und eifrige Thätigkeit ich überhaupt erst in den Stand gesetzt wurde, das, was ich zu unserer Information für nothwendig hielt, zu erhalten. Bömelburg fragte mich gestern, von wem mir der Brief des Zimmerers Schnack übergeben ist. Ich antworte auch heute nicht, weil der Betreffende anwesend ist, auf der Rednerliste steht und selbst die gewünschten Angaben machen wird.

Den Antrag 113 begründet

Legien: Es wird fortgesetzt versucht, die Sache als eine Angelegenheit der Maurer hinzustellen, es wird ferner versucht, es so darzustellen, als seien die Maurer wegen ihres Arbeitens in Akkord oder wegen ihrer Zugehörigkeit zur Freien Vereinigung ausgeschlossen, und drittens hat Auer gestern die Angelegenheit als Folge einer Hetze einzelner Personen bezeichnet. Wäre dies Letztere wahr, Genosse Auer, dann hätten auch unsere Gegner recht, wenn sie sagen, daß die ganze sozialdemokratische Bewegung nur die Folge der Hetze einiger bezahlter Agitatoren ist. (Sehr richtig!) Aber es ist nicht die Hetze einzelner Personen, die zu diesem durchaus traurigen Ergebniß geführt hat, es ist ja auch undenkbar, daß zwei oder drei Personen eine solche Bewegung hervorrufen können. Ich möchte also Auer sehr bitten, sich zu überlegen, ob er seine gestern mit so großem Wohlgefallen hier vorgetragenen Behauptungen aufrecht erhalten oder wiederholen will. Es handelt sich zunächst nicht um eine Maurerangelegenheit. Dem Brief Kober's, auf den sich Auer beruft, und dem Beschluß der Verwaltungsstelle der Maurer in Hamburg sind lange Verhandlungen vorausgegangen, nicht in der Gewerkschaft, sondern in der Partei. (Sehr richtig!) Ich habe als Vorstandsmitglied des Wahlvereins für Hamburg II an allen Sitzungen Theil genommen, in denen die Maurer-Angelegenheit auf der Tagesordnung stand. Im November vorigen Jahres wurde aus dem 84. Bezirk beim Vorstand ein Antrag eingebracht auf Ausschluß eines Akkordmaurers, eines Streikbrechers. Aehnliche Anträge lagen den Vorständen der Wahlvereine Hamburg I und III vor; deshalb wurde im Dezember eine gemeinsame Sitzung aller Vorstände einberufen; an den Brief Kober's und an den Beschluß der Verwaltungsstelle der Maurer Hamburgs war damals noch garnicht zu denken. Zu dieser Sitzung waren eingeladen die Vertreter der Verbandsmaurer und der Akkordmaurer. Die Vorstandsmitglieder der Freien Vereinigung waren zu der Sitzung erschienen. Wir haben uns stundenlang mit ihnen auseinandergesetzt und gesagt: Die Frage der Akkordarbeit scheidet für uns als Parteiorganisation aus, für uns ist einzig die Frage maßgebend, ob Streikbruch vorliegt. Ich besonders war es, der die Akkordmaurer dringend bat: „Leute, überlegt Euch, was Ihr mit dieser Handlungsweise thut; wir stehen seit 1890 in Hamburg einem organisirten Unternehmerthum gegenüber, das nur auf den Augenblick wartet, wo eine Sprengung unserer Einheit in der Arbeiterbewegung eintritt, um dann seinen Angriff zu beginnen. Ueberlegt es Euch, Leute, es handelt sich nicht um die Akkordarbeit, nicht um den

Digitized by Google

Verband der Maurer allein, sondern um die Einheit der Hamburger Arbeiterbewegung. Wollt Ihr es mit Eurem Gewissen vereinbaren, den Streit in unsere Bewegung hineinzutragen?"

Sie sehen also, die Angelegenheit hat sich völlig im Rahmen der Partei-Organisation abgespielt. Aus der Partei kamen die Anträge, in der Partei wurde darüber verhandelt. Seit 1897 werden bei uns Streikbrecher aus der Partei ausgeschlossen. Wir sagten den Antragstellern, gebt uns die, die den Streikbruch verübt haben, auf! Sie gaben uns Namen an, aber wir schritten noch nicht zum Ausschluß. Wieder trat einer von Denen, von denen hier behauptet wird, daß sie eine Hetze inszenirt haben, an die Akkordmaurer heran und bat sie dringend, von ihrem Thun abzulassen. Es wurde noch nicht der Ausschlußantrag gestellt, sondern nur die Resolution Bömelburg angenommen, die eine Verwarnung an die Akkordmaurer enthält. Die Sache ist nicht von der Gewerkschaft in die Partei getragen, sondern in der Partei entstanden und es kann auch nicht anders sein. Halten Sie es für angängig, daß Jemand, der in der Gewerkschaft als ehrlos bezeichnet ist, zusammensitzt in der politischen Bewegung mit Dem, der ihn als ehrlos bezeichnet hat? Glauben Sie, daß die Neutralität der Gewerkschaften so weit geht? Man kann sich doch nicht halbiren. Es ist absolut unmöglich, daß diese Leute gemeinsam bei den internsten Aktionen mit einander arbeiten in einer Partei, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, in einer Partei, deren Grundlage die Solidarität ist. Ganz logisch und folgerichtig mußte also aus der Partei selbst, nicht von den Gewerkschaften, der Antrag auf Ausschluß gestellt werden. Es handelt sich nicht darum, daß die Partei den Büttel der Gewerkschaften machen und nolens volens deren Beschlüsse ausführen soll. Nein, in der Partei selbst sind alle diese Differenzen entstanden.

Die zweite Frage ist: Steht es der Partei zu, über die Frage der Akkordarbeit zu urtheilen? Meiner Meinung nach nicht. Ueber die Frage der Akkordarbeit sind die Ansichten so getrennt, daß es geradezu ein Unglück für die Partei wäre, wollte sie nach dieser Richtung hin Beschlüsse fassen. Gewiß, der Brüsseler Kongreß hat die Akkordarbeit verurtheilt, aber ich würde es für einen Schaden für die Partei halten, wenn sie sich mit der Frage der Akkordarbeit eingehend beschäftigen wollte. Aber so liegt auch die Frage in Hamburg nicht; nicht die Frage der Akkordarbeit hat die Differenzen hervorgerufen, sondern das Arbeiten auf gesperrten Bauten. Das zunächst einmal, um Ihnen klar zu machen, daß die Voraussetzungen, auf Grund deren Auer zu der Warnung an Sie gekommen ist, sich ja nicht auf diesen Weg einzulassen, ebenso falsch sind, wie die übrigen, auf denen seine Darstellung beruht.

Nun ein paar Worte zur Begründung des Antrages 113. Die Nichtanerkennung der Beschlüsse des Schiedsgerichts wird nicht darin verlangt. Aber die Begründung des Schiedsspruchs kann und darf von der Partei nicht anerkannt werden. Ueberlegen Sie es sich doppelt und dreifach, ob Sie diese Begründung anerkennen wollen. Geben Sie Ihre Zustimmung dazu, dann giebt es keinen Streikbruch mehr, der als ehrlos betrachtet werden muß.

Auer hat viel Gewicht auf den Fall Baumgarten gelegt. Wir sind nun in der glücklichen Lage, einen sehr unverfänglichen Zeugen für die Richtigkeit der von uns aufgestellten Behauptung nennen zu können. Das sind die Akkordmaurer selbst. In der von ihnen herausgegebenen Broschüre heißt es: „Bei dem Unternehmer Baumgarten hatten die Zimmerer mit Verbandsmaurern zusammen die Arbeit eingestellt, weil die dort arbeitenden Mitglieder der „Freien Vereinigung" den Arbeitgeber um Akkord beim Putzen gefragt hatten."

Die Akkordmaurer bestätigen also, was wir gesagt haben. Und da will man behaupten, daß die Akkordmaurer bei Baumgarten willkürlich aus der Arbeit gedrängt worden seien.

(Glocke des Vorsitzenden: Die Redezeit ist abgelaufen.)

Digitized by Google

Legien: Vielleicht fragen Sie die Versammlung, ob ich weiter reden soll.

Singer: Wir wollen uns verständigen. Ich kann es jedem Redner nachfühlen, daß er gern Alles sagen möchte, was er auf dem Herzen hat, und daß es ihn schmerzt, durch die beschränkte Redezeit daran gehindert zu werden. Andererseits steht es fest, daß es doch auch eine Zumuthung an den Parteitag ist, zu Gunsten Einzelner Ausnahmen zu machen. Will der Parteitag es darauf ankommen lassen, seine Tagesordnung nicht zu erledigen, gut, ich habe nichts dagegen. Beschließen Sie so. Vorläufig aber halte ich mich an Ihre ersten Beschlüsse für gebunden. Wollen wir doch nicht dadurch, daß wir Ausnahmen zulassen, eine Aristokratie von Rednern großziehen. (Beifall.) Aber ich will den Parteitag befragen.

Legien: Nein, ich bin mit Ihnen einverstanden. — Zum Schluß deshalb nur noch ein Wort an Auer. Ein Drittel seiner Rede war persönlich gegen mich gerichtet. Ich komme voraussichtlich nicht mehr zum Wort und kann ihm auch nicht mit einer Silbe erwidern — auch dann nicht, wenn er im Schlußwort die persönlichen Angriffe fortsetzt, was er gestern in Aussicht stellte. Ich kann dem Schlußwort nicht beiwohnen, da ich mich morgen gegen eine Anklage vor dem Landgericht in Hamburg zu vertheidigen habe. Ich gestatte Ihnen, Auer, über meine Person zu sagen was Sie wollen, ich gestatte Ihnen, dies auch in meiner Abwesenheit zu thun. Aber ich sage das Eine: Diese Art persönlicher Polemik, wie sie von Ihnen beliebt wird, wird der Arbeiterbewegung nicht dienlich sein. (Bravo!)

Den Antrag 85 begründet

Frau Steinbach: Ich bin in der angenommen Lage, Sie mit Ausführungen in Bezug auf meine Person nicht mehr belästigen zu müssen. Ich wiederhole aber, daß die Verlegung des Schiedsgerichts auf einen anderen Tag möglich gewesen wäre; Stubbe hatte den Brief Auer's rechtzeitig erhalten; bei den Hamburger Vorständen ruht also die Schuld — ob bei Stubbe allein oder den Anderen mit, kann ich nicht untersuchen —, daß wir in das Schiedsgericht nicht hineingekommen sind. Wenn ich gestern in der großen Erregung über die Ulkstimmung, in die Sie bei einer Frage, die für die Arbeiterbewegung von solch einschneidender Bedeutung ist, die Mätzchen eines Auer versetzt hatten, von Gewieher gesprochen habe, so werden wenigstens Die, die nicht gelacht haben, es mir nachfühlen können. Es entspricht der Würde des Parteitages nicht, bei einer solchen Angelegenheit in ungeheuere Heiterkeit zu verfallen.

Die Akkordmaurer haben den vereinbarten Tarif gebrochen, sie haben sogar die Meister dazu zu verleiten gesucht, die Abmachungen mit der zustehenden Zentralorganisation zu brechen. Streikbruch ist ehrlos, raus müssen sie!

Ein einzelner Streikbruch ist eine vorübergehende Erscheinung; nicht so leicht werden Sie mit dem Organisationsbruch fertig. Ich glaube, Jeder, der sich im Dienst der Arbeitersache bemüht hat, eine Organisation in die Höhe zu bringen, sie so stark zu machen, daß sie es fertig bringt, die auf Eigennutz, auf selbstsüchtiger Raffgier beruhende Akkordarbeit zu beseitigen, verdient unsere sorgsamste Unterstützung, aber ganz entschieden sollte die Arbeiterpartei nicht mithelfen, eine solche Organisation in Gefahr zu bringen. Die Gefahr beruht in der demagogischen Hetze gegen den Verband. Man braucht ja nur das Material des Herrn Saß — Akkordmaurer, wie er sich stolz nennt — gelesen zu haben, um einzusehen, daß die Kerle aus der Arbeiterpartei heraus müssen. Gegen die Macht der Unternehmer brauchen wir eine gleich starke, eine stärkere Macht der Arbeiterorganisation, aber nicht — verzeihen Sie den nicht ganz ästhetischen Ausdruck — Naströpfel-Organisationen. Mit Organisationen, die 30 Pfennig Beitrag monatlich erheben, kann man keine wirthschaftlichen Kämpfe führen. Stolz erklären da die Akkordmaurer: „Nicht 30, sondern 50 Pfennige nehmen wir jetzt; außerdem finden freiwillige Sammlungen statt!" Partei-

Digitized by Google

genossen, wir haben glücklicher Weise mit der Periode abgeschlossen, in der ein Reichstagsabgeordneter auf einem Gewerkschaftskongreß den Ausspruch thun konnte: „Wir müssen mit der verwerflichen Tendenz der hohen Beiträge brechen, wir müssen das Kassengepäck abschnallen." Wir sind jetzt glücklicher Weise so weit, daß wir uns das Kassengepäck ganz ruhig gefallen lassen; je schwerer es ist, desto besser für die Organisation! Aber die Akkordmaurer möchten das Kassengepäck beseitigen und uns wieder auf den Klingelbeutel anweisen. Es heißt da in ihrer Erklärung weiter — ich bitte auf das Demagogische zu achten:

„Meiner Ansicht nach wird durch das fortwährende Steigern der Beiträge für die Gewerkschaften die Partei finanziell zurückgestellt. Hier in Hamburg ist es bis vor ca. fünf Jahren so Usus gewesen: einen Zahltag wird für die Partei, den folgenden für die Gewerkschaft gesammelt. So wurde es auch während des Ausnahmegesetzes gehandhabt; jetzt sind die Sammlungen auf den Baustellen für die Partei vollständig fortgefallen, es existirt dort nur die Gewerkschaft. Die Maurerorganisation hatte es im Jahre 1898 sogar durch Versammlungsbeschluß so weit gebracht, daß überhaupt garnicht für die Partei gesammelt werden durfte, — achten Sie, bitte, darauf, Parteigenossen! — diese sollte von der Gewerkschaft nach Gutdünken ihr Theil ab haben. Einer solchen Bau-Ordnung stimmten die Maurer Hamburg's zu, aber warum? Dieser Antrag kam vom Vorstand der Maurer."

Nun muß man aber wissen, daß Maurer keine Philanthropen, sondern arme Arbeiter sind und daß die Frauen in ihrem Unverstand es lieber sehen, wenn ihre Männer keine Beiträge zahlen. Jetzt kommen die Akkordmaurer und sagen, der Verband erhebe die Beiträge nur deshalb, damit er bezahlte Beamte unterhalten kann! Beim Bau Dahl hat man gesagt: wenn Euer Verband es nicht erlaubt in Akkord zu arbeiten, dann kommt in die „Freie Vereinigung", dann dürft Ihr weiter arbeiten und braucht nur 50 Pfennig pro Monat zu zahlen. Giebt es eine gemeinere Abtreibung von Mitgliedern? Und diese Gesellschaft wollen Sie schützen, die in einer solchen Weise Stellung nimmt gegen die Arbeiterorganisation? Wir zahlen Beiträge für die im wirthschaftlichen Kampf stehende gewerkschaftliche Organisation; wir sind aber immer gewöhnt gewesen, daß auch für unsere Mutter, für die Partei, ein Scherflein und zwar ein nicht zu kleines abfällt. Nun gehen die Akkordmaurer mit der Lüge krebsen. und scheuen sich nicht, es dem Parteitag sogar gedruckt vorzulegen, daß die Verbandsmaurer nicht mehr für die Partei sammeln wollen. Wie liegt die Sache? Bis 1898 war es üblich, regelmäßige freiwillige Sammlungen auf den Bauten vorzunehmen, eine Woche für die Partei und eine Woche für den Verband. Um es aber den Drückebergern zu erschweren, sagen zu können „ick heff all geben, ick gew nich noch mol", beschlossen die Maurer, hinfort diese freiwilligen Extrasammlungen durch Marken zu quittiren und dieselben einem sogenannten Lokalfonds zuzuführen, aus dem dann sowohl die Partei, wie der Verband bedacht werden sollte. Um nun bei dem Uebergang zu dieser Sammelmethode der Partei einen eventuellen momentanen Ausfall zu ersetzen, sollte derselben . . .

Singer ersucht die Rednerin, zu schließen, da ihre Redezeit abgelaufen ist.

Frau **Steinbach**: Dann hoffe ich, daß Bömelburg in seinem Schlußwort die Sache noch richtig stellt. Ich hoffe, daß Sie unter Erwägung aller Umstände uns den Kampf nicht nur in Hamburg, sondern in ganz Deutschland den einheitlichen Klassenkampf der Gewerkschaften und der Partei nicht so unsagbar erschweren. Heben Sie den von den falsch unterrichteten Schiedsrichtern und Kontrolleuren gefällten Schiedsspruch auf, oder stimmen Sie zum Wenigsten für den Antrag 113, dessen Unterstützung ein paar Genossen in Folge der Drahtzieherei Auer's zurückgezogen haben. Ich weiß nicht, wie diese mit ihrer salomonischen Entscheidung vor ihren Wählern bestehen werden. Ich bitte Sie, heben

Digitized by Google

Sie den Schiedsspruch auf, verweisen Sie die Sache an uns nach Hamburg zurück, zum Mindesten aber heben Sie die Begründung auf. Wir werden auch in Zukunft nicht mit der Rückseite Front machen, sondern immer Auge in Auge selbst Auer gegenüberstehen. (Beifall.)

Singer: Es ist ein Amendement zum Antrag 114 eingegangen (Antrag 116): Den Absatz 4 zu streichen und dafür zu setzen:

„Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus, daß die schiedsrichterlichen Instanzen bei ihrem Votum sich von der ehrlichen Absicht haben leiten lassen, Recht zu finden und Recht zu sprechen. Es wird rücksichtlich der Neuheit des Falles anerkannt, daß diesen Instanzen aus ihrem Votum ein Vorwurf nicht zu machen ist."

Joh. Staningk, K. Seifert, Wesemeier, Rich. Beyer, Gradnauer, Friedrich-Darmstadt, H. F. W. Deutsch, H. Schneider, E. Ihrer, H. Silberschmidt, Kurze, Ebert, W. Roßkopf, J. Jacobsen, H. Klingenhagen, H. Stolpe, Eberle, Harm, J. Efftinge, H. Thöne, Frohme, Toelge.

Singer: Entsprechend dem von Mitgliedern des Parteitages geäußerten Wunsche ist es wohl richtig, daß wir auch für den Antrag 102, der gleichfalls eine andere prinzipelle Auffassung vertritt, eine Begründung mit der 20 Minuten-Rede zulassen; es ist das der Antrag Bernstein. (Zustimmung.)

Den Antrag 114 begründet

Fischer-Berlin: Auf den Antrag 114, der ja eine ganze Reihe von Unterschriften gefunden hat, können sich alle Delegirten vereinigen. Er ermöglicht es namentlich den Beschwerdeführern, sich auf unseren Boden zu stellen; denn in der Sache, um die es sich für sie handelt, bekommen sie alle Aktionsfreiheit, die sie haben müssen. Diese Resolution ist eine Art Verständigung zwischen allen Denen, denen es in dieser Frage um nichts anderes zu thun ist als um das Wohl der Partei und das Wohl der Gewerkschaften, und die es für eine der ersten Aufgaben des Parteitages bei der Verhandlung dieser Frage halten, daß über die Stellung der Partei zur Gewerkschaft, über die Einigkeit der Auffassung der Partei in politischen und gewerkschaftlichen Fragen mit der Gewerkschaft gar kein Streit mehr entbrennen kann. Wir haben bisher leider wiederholt die Wahrnehmung gemacht, daß man über Dinge gesprochen hat, über die gar keine Meinungsdifferenz bestehen kann (Sehr richtig!), über grundsätzliche Fragen der Partei und Gewerkschaft. Unsere Resolution geht von dem Gesichtspunkt aus, abermals klar zu stellen, daß, bei aller Selbständigkeit der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung, in der Grundauffassung der Dinge, in der Frage des Zusammenarbeitens gar keine Differenz besteht.

Der Absatz 1 erklärt, daß der Parteitag als Vertreter der politischen Organisation der Arbeiterklasse mit der Vertretung der auf dem Boden des Klassenkampfes wirthschaftlich organisirten Arbeiterklasse übereinstimmt in der rückhaltlosen Verurtheilung des Streikbruchs. Es ist zwar niemals darüber in der Partei ein Streit gewesen; aber wir haben in neuerer Zeit, und zwar aus Anlaß dieses Falles, in einem ganzen Theil der gewerkschaftlichen Presse, vor allem im Zentralblatt der Generalkommission, immer wieder die Aeußerungen gelesen, als ob die Partei einen Schutzwall bilden solle für die Streikbrecher. Da steht u. A. im Zentralblatt: „Es ist noch nicht lange her, als die Hamburger Parteivereine von den gewerkschaftlich Organisirten als Unterschlupf für alles Mögliche betrachtet wurde, diesen Ruf, den man jetzt mit Recht auf Unterschlupf für Streikbrecher ausdehnen darf"... Demgegenüber erklärt der Parteitag in dem ersten Satz der Resolution in Uebereinstimmung mit der von Anbeginn an vertretenen Auffassung, daß er mit der Gewerkschaft übereinstimmt in der Verurtheilung des Streikbruchs.

In Punkt 2 erklären wir weiter, daß es selbstverständlich das Recht der Gewerkschaft sein muß, den Streikbruch mit aller Energie zu bekämpfen; aber

Digitized by Google

die Art und Weise, wie sie mit ihren Gewerksgenossen verfahren, welche Mittel sie anwenden, das muß in erster Linie den Gewerkschaften selber überlassen bleiben. Die Thatsache selber, daß die Partei mit der Gewerkschaft darin einer Meinung ist, daß es unverträglich mit der Organisation sei, Streikbrecher zu dulden, ist so alt wie die Partei, aber nach Annahme unserer Resolution giebt es niemand mehr, der auch nur mit dem Schein der Wahrheit oder unter Annahme eines Mißverständnisses behaupten kann, daß in dieser Frage zwischen Gewerkschaft und Partei ein Gegensatz bestehe.

Die Resolution ertheilt nun in Punkt 3 — und das bitte ich namentlich die Vertreter der Gewerkschaften zu beachten — den Gewerkschaften für ihre Taktik in den wirthschaftlichen Kämpfen absolute Souveränetät. Wenn jetzt solche Einzelfälle vor die Partei gebracht werden, dann muß das Schiedsgericht in jedem Fall die Einzelheit prüfen und jedesmal nachprüfen, ob der Beschluß der Gewerkschaften allen formalen Voraussetzungen entsprach. Die Partei wird damit — ganz gegen ihren Willen — gleichsam zum Gerichtshof über Streitigkeiten der Gewerkschaften gemacht und dadurch natürlich in Gegensatz zu den Gewerkschaften gebracht. Aus diesem Dilemma, das die Gewerkschaft unserer Ansicht gar nicht vertragen kann, hilft unsere Resolution heraus. Genau so wie in Parteikämpfen, können auch in gewerkschaftlichen Irrthümer vorkommen, die in der eigenen Organisation selbst sich am besten und leichtesten ausgleichen können, aber sofort wird die Frage zu einer prinzipiellen, sobald eine außerhalb der Organisation stehende Instanz die Sache in die Hand bekommt. Damit steht dann die ganze Aktionsfreiheit der Gewerkschaften in Frage. Diese Frage ist nun vollkommen gelöst im Punkt drei der Resolution, im Interesse der Gewerkschaft wie in dem der Partei. Selbstverständlich wird auch darin nur ausgesprochen, was seit Jahr und Tag Usus in der Partei ist. Die Partei hat nie beansprucht, in die Angelegenheiten der Gewerkschaften hineinzureden oder als Schiedsrichter für die Gewerkschaften sich aufzuspielen.

Nun komme ich zu dem Punkte, bei dem die Meinungen auseinandergehen. Ueber die ersten drei Punkte sind schließlich auch die streitenden Parteien einig, auseinander gehen sie nur in dem Punkte, wo der Parteitag Stellung nehmen soll zu dem Schiedsspruch. Wir erklären, daß das Schiedsgericht nach dem Wortlaut des Parteibeschlusses und dem vorgelegten Material nicht anders hat urtheilen können. Als Parteitag können wir in die Einzelheiten des vorgebrachten Materials nicht eingehen. Es ist ganz unmöglich, daß eine Körperschaft von 200 bis 300 Genossen das Beweismaterial prüft. Der Parteitag kann ein Urtheil nur fällen über die allgemeine Grenzlinie in den Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Partei, und nur darüber, ob das Material, das in dem Schiedsspruch, in der Begründung vorliegt, durch die Ausführungen hier bestätigt worden ist oder nicht. Eine Spezialuntersuchung könnte nur durch eine Kommission erfolgen und auch nur dann, wenn irgend eine Thatsache bisher vorgebracht wäre, die klarlegte, daß das Schiedsgericht sich materiell oder formell geirrt hat. Das ist bisher nicht erwiesen und deshalb können wir auch den Schiedsrichtern nicht Unrecht geben. Wir können aber unter solchen Umständen auch schon deshalb den Schiedsspruch nicht aufheben, weil damit alle die Behauptungen gleichsam sanktionirt würden, die in der einseitigsten, gehässigst unrichtigsten Weise gegen die Schiedsrichter erhoben worden sind. Nichts vorgebracht, was den Schiedsspruch auch nur in einem Theile erschüttern könn und darum muß der Parteitag, um künftigen Treibereien vorzubeugen, d konstatiren.

Dagegen kommen wir allen Wünschen des großen Maurerverbandes soweit entgegen, daß wir sagen, wir wollen Euch die Mittel und Wege angeb wie Ihr die Hilfe der Partei in Eurem Kampf gegen disziplinbrüchige M glieder beanspruchen und benutzen könnt. Denn wir fühlen es mit den Ha

Digitized by Google

burger Maurern, daß es einfach ein unerträglicher Zustand ist, wenn sie gezwungen sein sollen, mit Leuten, die in gewerkschaftlicher Beziehung gegen das erste Gesetz der Organisation gesündigt haben, mit denen sie Tag für Tag in ihrem wirthschaftlichen Kampf in Todfeindschaft leben, in derselben Organisation für den gemeinsamen politischen Klassenkampf zusammenarbeiten. Ich stimme nicht mit Moltenbuhr überein, der glaubt, der Wunsch der Hamburger Akkordmaurer habe nicht erfüllt werden können ohne Einsetzung eines Schiedsgerichts. Freilich, so wie die Hamburger Maurer es wollten, konnte es von den Hamburger Wahlvereinen nicht gemacht werden: denn ein Wahlverein kann nicht aus der Gesammtpartei ausschließen. Und deshalb sagen wir in Punkt 3 unserer Resolution, daß die Partei nicht im Allgemeinen in jedem Streifall zu den Beschlüssen der Gewerkschaften über ihre Organisation und Taktik Stellung nehmen kann. Aber das Recht der Organisation auf Selbsterhaltung, das Recht darauf, ihre Bestrebungen durchzuführen, muß den gewerkschaftlich organisirten Parteigenossen gewahrt bleiben, darüber besteht innerhalb der Partei keine Meinungsverschiedenheit. Wäre in Hamburg von vornherein nur der Ausschluß aus den Wahlvereinen beantragt worden, dann wäre die Frage anders entschieden worden. Aber dieser Antrag ist nicht gestellt worden, und so sind wir in die Schwierigkeiten hineingekommen. Unsere Aufgabe ist es nun, einen Weg zu finden, um den gewerkschaftlichen Ansprüchen zu genügen und das Parteiinteresse zu wahren. Wir schlagen deshalb in der Resolution vor, es den örtlichen Partei-Organisationen zu überlassen, darüber zu entscheiden, ob sie in derartigen Streitfällen eingreifen wollen oder nicht. Dadurch haben die Hamburger Genossen die Möglichkeit, die Akkordmaurer aus den Vereinen auszuschließen oder solange in ihren Mitgliedsrechten zu suspendiren, als sie in ihrem Widerstand gegen ihren Organisationsverband beharren. Damit ist dem Maurerverband gegeben, was er will. Partei- und Gewerkschaftsgenossen, denen es um den Frieden, und nur um den Frieden zu thun ist, werden unserer Resolution zustimmen. Mit ihr können wir den Streitfall so erledigen, daß wir alle Rechte der Partei und alle Rechte der Gewerkschaften hüten. (Bravo!)

Bernstein begründet den Antrag 102. Ich muß dagegen Verwahrung einlegen, daß mein Antrag ein Einerseits-Andererseits-Antrag ist; er ist ganz bestimmt gefaßt, und er behält seine Berechtigung auch dann, wenn irgend einer der anderen Anträge bereits angenommen ist. Er ist vor Allem eine nothwendige Ergänzung des Antrages Fischer, dem ich durchaus zustimmen kann unter der Voraussetzung, daß dann auch mein Antrag angenommen wird, der die Anerkennung des Rechts der Gewerkschaften und der Pflicht der Partei, dies Recht hochzuhalten, statuirt. Es handelt sich nicht nur um einen einzigen Fall, sondern es handelt sich auch darum, späteren ähnlichen Konflikten vorzubeugen. Auer hat gestern gewarnt vor der Möglichkeit eines Bundes v. Elm-Naumann-v. Berlepsch. Ich halte die Gefahr, die der Arbeiterbewegung von Naumann und von Berlepsch droht, für außerordentlich gering; aber wenn sie existirte, so könnte sie durch einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften oder auch nur durch die Auffassung eines solchen Gegensatzes höchstens eine Förderung erfahren. Es handelt sich hier um ein Lebensprinzip der Gewerkschaftsbewegung, um die einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in eine Organisation. Ich will über die kleinen gewerkschaftlichen Organisationen durchaus nicht den Stab brechen, wir wollen sie auch nicht in die großen Organisationen mit Gewalt hineintreiben, wir wollen aber dahin wirken, daß sie hineinkommen, und ich hoffe, die Zeit wird nicht fern sein, wo die kleinen Organisationen eingesehen haben, daß es ihre Pflicht ist, in die großen Verbände einzutreten. Ich bin nicht der Meinung, daß der Schiedsspruch mit Gewalt desavouirt werden soll. Wenn zwei Instanzen der Partei, die nach ihrer Zusammensetzung alle Bürgschaften geben, daß die verschiedensten Anschauungen da zur Geltung kommen,

Digitized by Google

das gleiche Urtheil fällen, so ist es nur klug und vernünftig, ihnen zuzugestehen, daß sie nach Lage der Dinge, nach dem Wortlaut des Statuts, nicht anders handeln konnten. Das Parteistatut schreibt als Vorbedingung für den Ausschluß eine ehrlose Handlung vor, der Begriff „ehrlos" ist dehnbar, deshalb habe ich ihn in meinem Antrag ganz fortgelassen und nur den Grundsatz der Einheitlichkeit des Kampfes aufgestellt und gesagt, wo dagegen gesündigt wird, sollen die örtlichen Organisationen berechtigt sein, wenn sie es nach Lage der Dinge für nöthig halten, die Sonderbündler, solange sie Sonderbündlerei treiben, auszuschließen. Dies Prinzip können Sie anerkennen, Sie binden damit die Partei nicht und sagen andererseits den Gewerkschaften, daß die Partei die fundamentalen Grundbedingungen ihres Kampfes anerkennt und sie aufrecht zu erhalten entschlossen ist. Die Sozialdemokratie ist die Partei der Arbeiterbewegung, sie steht allen Elementen der Arbeiterbewegung mit dem Gefühl gegenüber: Was dem Kleinsten unter Euch passirt, das passirt auch uns. Und darum müssen wir vor Allem aufrecht erhalten den Grundsatz, den ich in meiner Resolution zum Ausdruck gebracht habe. Ich bitte Sie dringend, für welche Resolution Sie sich auch entscheiden, doch noch meiner Resolution zuzustimmen, die geeignet ist, die Lücke zwischen den anderen auszufüllen und jedes Mißverständniß, das über den Geist der Resolution Fischer entstehen könnte, aufzuklären.

Die Diskussion wird eröffnet.

v. Rosbitzki-Wandsbek: Im Auftrage sämmtlicher Schiedsrichter habe ich folgende Erklärung zu verlesen:

„Die unterzeichneten Mitglieder des Schiedsgerichts in Sachen der Akkordmaurer erklären hierdurch, daß sie sich bezüglich des Schiedsspruches nach wie vor mit dem Genossen Auer solidarisch fühlen, wie sie ja auch ihre Entscheidung nach eigenem Gewissen und durchaus unbeeinflußt gefällt haben. Hamburg, 23. September 1901. F. Vieth, Wandsbek, L. Grünwaldt, L. Landholt, W. Lück, Fr. Evers, H. Ostfeld, Paul Hoffmann und v. Rosbitzki."

Ich wundere mich, in welcher Weise man über die Schiedsrichter hergezogen ist, nicht seitens der Anwesenden, denn die sind zu schlau dazu. Wir sind nicht von Auer hypnotisirt worden, wir müssen uns gegen eine solche Auffassung verwahren. Ich habe weiter zu erklären, daß ich mit zu dem Genossen Schnack gegangen bin und ihn um Material ersucht habe; er hat mir dann den Brief geschickt, und ich habe mich für verpflichtet gehalten, ihn Auer zu überweisen. Sie sehen also, wir kämpfen mit durchaus loyalen Mitteln. Wir Schiedsrichter waren uns von vornherein klar, daß, wenn Streikbruch vorliegt, der Ausschluß ausgesprochen werden muß; ich selbst habe den Genossen Kober ersucht, uns nachzuweisen, wo ein Streikbruch begangen ist. Paeplow meinte: es sei doch ganz selbstverständlich, daß Streikbruch vorliegt, aber eine Behauptung wird doch dadurch nicht wahr, daß man sie wiederholt. Ein Beweis dafür ist nicht erbracht, und auch Bömelburg, dessen Kampfesweise sich vor der anderer Genossen in Hamburg rühmlichst auszeichnet, hat gestern keinen Nachweis geführt ...

Singer: Ihre Redezeit ist abgelaufen, ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen.

v. Rosbitzki: Ich bin ja noch nicht über die Einleitung hinaus. Der Weg, den die Resolution 114 angiebt, ist nicht klar; z. B. für einen Fall, wie den von Ottensen, ist nichts damit zu machen. Wir müssen uns auf eine Resolution einigen, die volle Klarheit schafft. Darum bitte ich Sie dringend im Interesse der Sache.

Frau **Zietz**-Hamburg: Ich denke, es ist selbstverständlich, daß der Parteitag bemüht ist, in dieser Frage eine Lösung zu finden, die im allgemeinen Interesse liegt. Ich habe die Resolution 113 nicht unterzeichnet, um, wie Auer sagt, de

Digitized by Google

Rückzug anzutreten, sondern um eine Basis zu finden, auf der eine Verständigung möglich ist. Gewiß ist in Hamburg und in der Presse im Ton gesündigt worden; aber die organisirten Arbeiter können dasselbe Recht für sich in Anspruch nehmen, wie es gestern die Akademiker gethan haben. Man muß den Ton mindestens entschuldigen. Soweit Unterstellungen vorgekommen sind, bedauere ich sie; ich bin überzeugt davon, daß die Mitglieder des Schiedsgerichts und die Kontrolleure vom besten Willen beseelt waren. Es ist den Maurern, die Parteigenossen sind, nachzufühlen, wenn sie mit den Akkordmaurern nicht in der Partei zusammenarbeiten wollen. Wir haben doch uns zu vergegenwärtigen, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht nur den Zweck hat, für die Gegenwart uns die Erringung einer besseren Lebenshaltung zu ermöglichen, sondern wir als Sozialdemokraten erwarten von dieser Hebung der materiellen Lage der Massen eine Befähigung zum intensiveren Kampf für unsere endgiltige Befreiung. Wenn das richtig ist, so werden Sie doch zugeben müssen, daß Derjenige, der mich hindert durch sein Verhalten in der Gewerkschaftsbewegung, diese Befähigung zu erlangen, dann unmöglich mit mir innerhalb der politischen Organisation für diese endgiltige Befreiung kämpfen kann. Die entscheidende Frage ist: Liegt ein Streikbruch vor oder nicht. Und da müssen wir fragen: 1. Ist der Maurerverband die offizielle Vertretung der Maurer? Die Antwort kann nur Ja sein. 2. Ist der Maurerverband berechtigt, Verträge mit den Unternehmern abzuschließen? Auch hier kann nur mit Ja geantwortet werden. 3. Enthält der zwischen dem Maurerverbande mit der Hamburger Bauhütte abgeschlossene Vertrag einen Passus, der gegen die Grundsätze der klassenbewußten Arbeiterschaft verstößt? Hierauf lautet die Antwort: Nein. 4. Hat die Organisation der Maurer nicht mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß der Tarifvertrag gehalten wird. Das hat auch Auer mit Ja beantwortet. Wenn der Verband im Rechte ist und von seinem Rechte Gebrauch macht, und wenn dann festgestellt wird, daß die Akkordmaurer gegen diese Abmachung verstoßen, dann muß man weiter schließen: Hier liegt ein Disziplinbruch vor. (Sehr richtig!) In der entscheidenden Maurerversammlung haben die Akkordmaurer nicht opponirt. Als Demokraten hatten sie sich der Mehrheit zu fügen. Sie sind nicht Demokraten und auch das soziale Gefühl ist ihnen abzusprechen, da sie nur von egoistischen Gefühlen geleitet worden sind. Wir müssen deshalb unbedingt erklären: Es war berechtigt, daß der Maurerverband über jene Bauten die Sperre verhängt hat. Ist aber die Sperre zu Recht verhängt worden, dann liegt ein Sperrebruch vor und damit auch eine ehrlose Handlung. Im Parteistatut wird kein Unterschied gemacht zwischen einer ehrlosen Handlung, die Jemand als politischer Genosse, als Privatperson, oder als Gewerkschaftler begeht, sondern von einer ehrlosen Handlung schlechthin ist die Rede. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Quarck-Frankfurt a. M.: Auch die nicht von Auer Angegriffenen hat es peinlich berührt, daß er in seinem Referat hervorragende Gewerkschaftsführer in dieser Weise angegriffen hat; sein Korreferat war nicht zur Einigung angethan, sondern zur Erweiterung der Kluft. (Sehr richtig!) Die feinen Unterschiede, die der Schiedsspruch zwischen Ehrlosigkeit, Streikbruch u. s. w. macht, versteht die Arbeiterschaft garnicht. Diese weiß nur, daß Partei und werkschaften innerlich verbunden sind durch ihre einheitliche Auffassung vom sen des Klassenkampfes. Tarifverträge sind eine Art Merksteine für die rtschritte und Erfolge des Klassenkampfes. An der Spitze des Tarifvertrages Hamburg steht das Verbot der Akkordarbeit, und in dem Augenblick, wo die kordmaurer dagegen handelten, begingen sie nach Ansicht der Arbeiter etwas, das Prinzip des Klassenkampfes verletzte. (Sehr wahr!) Das ist das tscheidende. Ich habe persönlich Erkundigungen bei den Akkordmaurern eingogen und gefunden, daß sie zwar sehr gute Menschen, aber schlechte Musikanten

Digitized by Google

im Gewerkschaftskampf sind. Das A und O ihrer Antwort ist immer: Wir können nicht mit dem geringen Zeitlohn auskommen, wir müssen im Interesse unserer Familien in Akkord arbeiten. In ihrem Statut haben sie zuerst parteipolitische und religiöse Diskussionen ausgeschlossen, dann wieder zugelassen. Sie wollten sich an die lokalorganisirten Maurer und ihre Berliner Spitze anschließen. Aber selbst diese hat sie abgewiesen, weil man keine Maurer brauchen könne, die für Akkordarbeit seien. Ich meine, das genügt zur Kennzeichnung der Leute. In formelleer Hinsicht ist der ganze Streit darauf zurückzuführen, daß wir in Mainz den Zentralisationsbestrebungen des Parteivorstandes in Sachen des Ausschlusses aus der Partei zu sehr nachgegeben haben. Hätten wie früher die Hamburger Vereine zuerst und allein entschieden, so hätte es keinen solchen Spektakel gegeben. Heben Sie den Schiedsspruch auf und verweisen Sie die Sache an die Hamburger Wahlvereine zurück! Es handelt sich um die Hochhaltung des einheitlichen Klassenkampfprinzips für die Partei und die Gewerkschaften. (Bravo!)

Hoch-Hanau: Auch ich bedauere, daß das Referat von Auer sich zum großen Theil nicht mit der Sache, sondern mit Personen beschäftigt hat; ich begreife ja seine Empörung über die Verdächtigungen, die ihn getroffen, aber verkehrt ist es, so zu thun, als handele es sich um Hetzereien. Das scheint ja jetzt Mode in der Partei zu werden. Aber wir verbitten uns solche Vorwürfe, als seien wir die Geleithammelten und Verhetzten. Wir haben auch unsere Meinung. Ich kann das Urtheil des Schiedsgerichts nicht unterschreiben, es hätte zum Ausschluß schreiten müssen, da es das Verhalten der Akkordarbeiter im Interesse der Solidarität selbst tief bedauert hat. Es wird also festgestellt, daß die Akkordmaurer ihren Brüdern im Kampf in den Rücken gefallen sind, und das ist ein Widerspruch zu unseren Parteigrundsätzen. (Sehr wahr!) Wer das thut, versündigt sich nicht nur gegen einen gewerkschaftlichen, sondern auch gegen einen sozialdemokratischen Grundsatz, die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung zu fördern. Wer sich eines groben Verstoßes gegen unsere Prinzipien schuldig gemacht hat, kann aber nach unserem Organisationsstatut nicht zur Partei gehören. Die Disziplin verlangt, daß man seine persönliche Ansicht hinter der Sache zurückstellt, denn sonst untergräbt man jede gewerkschaftliche Thätigkeit. Solchen Disziplinbruch dürfen wir nicht zulassen. Auer spricht von Legien'scher Richtung, ich weiß nicht, was er damit sagen will, ich weiß ja nicht, was hinter den Koulissen spielt. Die Genossen haben die alte Taktik so lange hochgehalten, wie das alte Organisationsstatut bestand. Ich halte Auer für einen schlauen Menschen im guten Sinne des Wortes, aber warum haben Sie nicht für eine klarere Formulirung gesorgt? Selbst Molkenbuhr, der doch nicht zu den Dümmsten gehört, hat in Folge dieser unklaren Formulirung einen ganz falschen Rathschlag ertheilt. Der hohe Partei-Vorstand ist der Schuldige an der unklaren Formulirung des Statuts. Und nun zum Schluß! Vertuschen wir nichts, wie es die Resolution Fischer thut, sondern heben wir das Urtheil auf und weisen die Sache an die Hamburger zurück. Nehmen Sie unsere Resolution an.

Thielhorn-Hannover: Bömelburg hat gestern den Bericht des „Volkswille" über eine Rede Meister's erwähnt. Es war ein objektiver Bericht über eine Versammlung des Wahlvereins. Die Ansicht, daß es sich um einen künstlich konstruirten Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft handle, hat lange unter der Oberfläche geschlummert und ist jetzt hervorgetreten. Auch ich neige ihr zu besonders nach den gestrigen Mittheilungen Auer's. Was die Sache selbst betrifft, so möchte ich die Genossen warnen, in diesem Falle das Vorliegen eines Streikbruchs mit allen Folgen anzuerkennen. Ich warne wegen der ungeheuerlichen Konsequenzen für die Partei. Die Partei hat doch nicht Nachtwächterdienste für die Gewerkschaften zu leisten. Wohin sollte es führen, wenn d

Digitized by Google

Partei bestimmen wollte, wer in die Gewerkschaften gehört und wer nicht. Das würden sich die Gewerkschaften entschieden verbitten. Dabei sind in Dutzenden von Fällen Streikbrecher in den Gewerkschaften gelassen worden. In Hannover ist das beim Buchdrucker- und beim Tischlerstreik vorgekommen. Die Streikbrecher sind ruhig im Verbande geblieben. Wollte die Partei alle Streikbrecher ausschließen, dann könnte sich das Schiedsgericht in Permanenz erklären. Die Frage war nur so zu stellen: Liegt eine ehrlose Gesinnung vor? Das ist einstimmig vom Schiedsgericht und von den Kontrolleuren verneint worden. Die Akten können wir nicht im Einzelnen prüfen, da müssen wir Zutrauen zum Schiedsgericht haben. Der Parteitag kann garnicht anders, als den Schiedsspruch aufrecht zu halten. Daß die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen die Sache unter sich regeln, dagegen habe ich garnichts. Ich empfehle 114 anzunehmen.

Haase-Königsberg: Ein großer Theil der Redner scheint mir übersehen zu haben, welche Funktionen der Parteitag in dieser Angelegenheit auszuüben hat. Wir sind hier als Richter berufen und dürfen nicht in die Fehler verfallen, die wir oft mit Recht den bürgerlichen Gerichten vorwerfen. Und da gilt es als unerschütterlicher Grundsatz, daß man niemals eine Strafe festsetzte, wenn nicht vorher ein Strafgesetz über die angeklagte Handlung besteht. Wir haben uns zu fragen: Ist in unserem Organisationsstatut, das unser Gesetzbuch, und in unserem Programm irgend eine strafrechtliche Norm gegeben, die es uns gestattet, die Angeklagten aus der Partei auszuschließen. Und weiter geziemt sich für Richter, absolute Ruhe zu bewahren. Es giebt keine schlechteren Berather für den Richter, als die Leidenschaftlichkeit. Hier handelt es sich nicht darum: Hie Auer! Hie Legien und v. Elm! Hier handelt es sich darum, den Angeklagten Recht zu schaffen. Es ist keine kleine Sache, die von uns verlangt wird. Wir sollen die Angeklagten enthaupten als Parteigenossen! Da geziemt sich peinlichste Gewissenhaftigkeit! In geradezu mustergiltiger Weise hat Bömelburg seine Rolle als Ankläger gespielt, eine Weise, die sich unsere Staatsanwälte zum Muster nehmen könnten. So sehr ich das anerkenne, so sehr halte ich es doch für nothwendig, den Kern seiner Anklage auf die Berechtigung zu prüfen. Und dabei können wir zu keinem anderen Resultat kommen als zu dem, daß das Schiedsgericht nicht anders hat urtheilen können, als es geurtheilt hat. Mit besonderer Gründlichkeit, Sachlichkeit und Objektivität hat das Schiedsgericht seine Aufgabe erfüllt. Natürlich wird nicht Jeder von uns jedes Wort der Begründung unterschreiben. Das hat auch Niemand verlangt. Wenn Auer den Schiedsspruch jetzt kritisiren sollte, würde er auch Manches ausmerzen wollen. Besonderen Anstoß hat das Wort von der Nothwehr erregt. Es heißt aber im Spruch: Die Akkordmaurer befinden sich gewissermaßen in der Nothwehr. Das Schiedsgericht suchte also nach dem richtigen Wort, es fand nur ein annähernd richtiges Wort und zeigte das ausdrücklich, indem es „gewissermaßen" hinzufügte. Wir müssen uns lediglich die Frage vorlegen: Liegt ein Streikbruch vor oder nicht? Es ist interessant, daß Quarck und Hoch nicht mehr aufrecht erhalten, daß ein Streikbruch vorliegt. Auch Bömelburg sagt: Streikbruch oder nicht; jedenfalls haben sich die Akkordmaurer dem demokratischen Prinzip nicht gefügt. Also nicht ein Streikbruch, sondern ein Disziplinbruch liegt vor. Wonach aber mußte das Schiedsgericht erkennen? Nach den Fragen, die ihm vorgelegt waren. Und diese Fragen waren in Uebereinstimmung mit Anklägern und Angeklagten formulirt worden. Die Ankläger sagen heute: Es liegt ein grober Disziplinbruch vor und deshalb müssen die Angeklagten aus der Partei heraus. Aber diese Frage war dem Schiedsgericht garnicht vorgelegt worden. Die Frage war ganz allgemein formulirt: liegt ein Streikbruch vor? und bei dieser Fragestellung konnte das Schiedsgericht nur so erkennen, wie es erkannt hat.

Verschiedene Auffassungen über die Akkordarbeit sind hervorgetreten.

Digitized by Google

Aber die Verwirrung der Ansichten über die Akkordarbeit ist gerade von jenen Theoretikern mitgeschaffen worden, auf die sich die Herren aus Hamburg sonst berufen. Ich verurtheile die Akkordarbeit auf das Entschiedenste. Ich erwarte auch, daß der Parteitag die Akkordarbeit verurtheilt und die Erwartung ausspricht, daß sich die Akkordmaurer fügen. Bömelburg sagte: Ja, wenn die Angeklagten auch nicht das Bewußtsein hatten, daß sie einen Streikbruch verübten, so hatten sie doch das Bewußtsein des Unrechts. Es kann aber einer nur verurtheilt werden, wenn er das Bewußtsein der rechtswidrigen Handlungsweise in Bezug auf den Thatbestand hatte. Auer hat, glaube ich, schwer Unrecht gethan, als er in dem Verhalten Legien's, Elm's und der Frau Steinbach lediglich eine Frontänderung sah und behauptete, sie hätten nicht mehr gewagt, Aug' im Auge zu kämpfen. Ich bin anderer Ansicht. Wir müssen ihre Resolution auffassen als Ausdruck versöhnlicher Gesinnung. (Sehr richtig!) Im Absatz 2 geht mir diese Resolution nicht weit genug, wenn sie nur den Ausschluß aus der örtlichen Organisation verlangt. Bricht Jemand die Treue — und die Treue ist kein leerer Wahn! — dann soll er aus der Gesammtpartei ausgeschlossen werden. Es bleibt uns nichts weiter übrig, als die Sache nochmals nach Hamburg zurückzuverweisen, damit die Leute dort wegen Disziplinbruchs gefaßt werden. (Bravo!)

Silberschmidt-Berlin: Die Rede Auer's hat sich zu zwei Dritteln mit Dingen beschäftigt, die mit der Sache nichts zu thun haben. Wir wollen nichts weiter, als die Arbeiterbewegung fördern, andere Motive darf man uns nicht unterschieben. Die Hamburger haben nicht den Antrag auf Ausschluß aus der Gesammtpartei, sondern auf Ausschluß aus den Wahlvereinen gestellt, und weil dem nicht Folge gegeben ist, haben wir uns heute mit der Sache zu befassen. Im Fall Baumgart ist nicht die Entlassung der Akkordmaurer gefordert, das ist Niemand eingefallen. Auer hat es ganz falsch dargestellt. Nicht die Akkordmaurer befanden sich in der Nothwehr, sie veranlaßten die Unternehmer, tarifbrüchig zu werden und versetzten so die Verbandsmaurer in die Zwangslage, Verräther ihrer Organisation zu werden oder die Arbeit niederzulegen. (Sehr richtig!) So war es im Fall Baumgart. Im Fall Dahl waren die Arbeiter um ihren Lohn gekommen. Dahl hat sein Wort, den Lohn nachträglich zu zahlen, nicht gehalten, und die Akkordmaurer haben durch ihr Verhalten ihre Kollegen um den verdienten Lohn bringen helfen. Wenn das keine ehrlose Handlung, wenn das keine niedrige Gesinnung ist, so weiß ich nicht, was noch als ehrlos in der Arbeiterbewegung gilt. Ich bitte Sie, die Resolution Fischer abzulehnen und ersuche Auer. den Ausspruch von der Wahrung des Vereinsrechts für die kleinen Absplitterungen, auch wenn sie im Bunde mit den Unternehmern stehen und gegen die großen Organisationen kämpfen, zurückzunehmen.

Müller-Hamburg: Die Behauptung von der Hypnose des Schiedsgerichts durch Auer kommt nicht von Frau Steinbach, sondern von mir; denn wenn ein Schiedsgericht sagt, wir halten die Akkordmaurer für Lumpen, wollen sie aber nicht noch extra als solche stempeln, wenn ein anderer Schiedsrichter, Grünwaldt, für Aufhebung des Schiedsspruchs eintritt, so bekommt man eine eigenartige Auffassung von der Selbständigkeit der Schiedsrichter. Nach der Erklärung, die Rosbitzki verlesen hat, nehme ich den Ausdruck Hypnose zurück, aber ich halt das Urtheil des Schiedsgerichts nach wie vor für falsch. Leider besteht bei un in Hamburg ein Cliquenwesen und eine persönliche Hetze gegen gewisse Personer (Ruf: Namen nennen!) Hoffentlich wird dem bald ein Ende gemacht. Di Leute, die in Versammlungen gegen den Schiedsspruch aufgetreten sind, haben sich von edlen Motiven leiten lassen. Friede ist erst dann möglich, wenn de Schiedsspruch aufgehoben und die Sache an die Hamburger Wahlvereine zurück gewiesen ist. Genau so, wie wir Kritik an bürgerlichen Urtheilen üben, dürfe wir das auch an dem Schiedsspruch gegen die Akkordmaurer thun. Ich ha

Digitized by Google

auch die Wahl zum Schiedsgericht abgelehnt, aber dadurch habe ich nicht das Recht verwirkt, mich nachträglich gegen den Schiedsspruch auszusprechen. Ich wünsche sehnlichst Wiederherstellung des Friedens, aber die Vorbedingung dazu ist die Aufhebung des Schiedsspruchs und die Verweisung der Angelegenheit an die Hamburger Parteiorganisation. Das würde ein ernster Appell an die Akkordmaurer sein, ihre Verfehlung wieder gut zu machen.

v. Elm: Leider ist es mir nicht möglich, auf alle Angriffe von Auer in zehn Minuten zu antworten. Im Uebrigen mag er von mir sagen, was er will, ich stehe glücklicherweise so, daß er das Vertrauen der Arbeiter zu mir nicht im Geringsten erschüttern kann. (Sehr wahr!) Auer hat selbst gefühlt, daß seine sachlichen Gründe äußerst schwach sind, und sich deshalb auf das persönliche Gebiet begeben. Ich muß mich bei der Kürze der Zeit auf wenige sachliche Bemerkungen beschränken.

In der Resolution 114 wird gesagt, daß die Schiedsrichter nicht anders handeln konnten. Zunächst nicht nach dem Wortlaut des Organisationsstatuts. Ich mache darauf aufmerksam, daß nach dem Wortlaut des Statuts auch ausgeschlossen werden kann, wer gegen die Grundsätze des Parteiprogramms verstößt. Nun mögen Sie über den Begriff „ehrlos" urtheilen, wie Sie wollen, aber darüber kann es garnicht zweierlei Meinung geben, daß die Akkordmaurer gegen den Grundsatz verstoßen haben, daß der Klassenkampf der Arbeiter ein einheitlicher sein muß; sie haben eine Sonderorganisation gebildet, um den Tarif zu durchbrechen, sie sind ihren Kollegen in den Rücken gefallen, und deshalb mußten sie, selbst wenn das Schiedsgericht als Motiv dieser Handlung keine ehrlose Gesinnung annehmen wollte, doch nach dem Wortlaut des Statuts unter allen Umständen ausgeschlossen werden. Dadurch, daß man den Begriff ehrlose Gesinnung in den Vordergrund gerückt hat, hat man die ganze Angelegenheit verwirrt. Weiter wird in der Resolution 114 gesagt, nach dem vorliegenden Thatsachenmaterial hat das Schiedsgericht völlig korrekt gehandelt, aber die Akkordmaurer geben in ihrer Rechtfertigungsschrift selbst zu, daß für ihre Handlungsweise nur das Motiv des höheren Verdienstes durch die Akkordarbeit maßgebend war. Andere Motive gab es für sie nicht. Nun, wenn solche Motive als maßgebend anerkannt werden sollen, so werden wir niemals dahin kommen, allgemein nützliche Maßnahmen durchführen zu können. Wir verlangen Opfer in der Arbeiterbewegung, wir müssen sie in der Gewerkschaftsbewegung genau so verlangen wie in der politischen, und wer sich aus Rücksicht auf seine Privatinteressen der Durchführung unserer Beschlüsse widersetzt, dem haben wir noch immer gesagt: Du verstößt gegen das Interesse der Gesammtheit, Du mußt Deine eigenen Interessen denen der Allgemeinheit unterordnen, sonst handelst Du ehrlos. (Beifall.)

Die Akkordmaurer geben aber selbst zu, daß sie geradezu organisirten Streikbruch begehen wollen. Auer meint, die Frage der Akkordarbeit gehöre garnicht zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ich hätte einen solchen Ausspruch von Auer, der doch so lange in der Bewegung steht, wirklich nicht erwartet, denn es kann doch kein vernünftiger Mensch bestreiten, daß die Frage der Akkordarbeit im vollsten Sinne eine Lohnfrage ist. Es ist also falsch, zu sagen, daß es sich nur um Meinungsverschiedenheiten über die Akkordarbeit handelt. Der Schlußsatz der Resolution 114 sagt dem Zentralverband der Maurer die Unterstützung zu. Wo hat denn die Maurerorganisation die Unterstützung der Partei erbeten? Nein, lediglich im Interesse der Partei wollen wir den Schiedsspruch aufgehoben wissen, weil wir uns sagen, daß solche Leute, die das Ansehen der Arbeiterschaft diskreditiren, nicht in die Partei gehören. (Sehr wahr!) Unser Antrag auf Aufhebung des Schiedsspruchs ist der Erwägung entsprungen, daß [illegible] nicht der Gewerkschaftsbewegung einen Knüppel zwischen die Beine werfen [illegible] Auer hat in der Begründung des Schiedsspruchs einen Begriff geschaffen,

Digitized by Google

der alle bisher maßgebenden Grundsätze in der Gewerkschaftsbewegung auf den Kopf stellt, und weil dem so ist, weil Sie da Gründe hineingetragen haben, auf die sich später jeder Streikbrecher stützen kann, deshalb verlangen wir die Aufhebung des Schiedsspruchs. Es ist da gesagt, eine Handlung, die man so lange geduldet hat, kann nicht mit einem Mal eine ehrlose sein. Auf diesen Satz des Schiedsspruchs könnte man sich in Zukunft auch dann stützen, wenn es sich um andere Tarifabmachungen z. B. um Verkürzung der Arbeitszeit handelt. Dann hat Auer den Begriff der Nothwehr hineingetragen. Nothwehr haben wir bisher als berechtigt doch nur anerkannt im Kampf der Arbeiter gegen die Arbeitgeber, aber Nothwehr im Kampf gegen die eigenen Genossen, diesen Begriff haben wir nicht gekannt. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Ich bedauere unendlich, daß ich nicht auf Alles antworten kann; nicht in meinem Interesse, sondern im Interesse des Ansehens der Partei bedauere ich, daß man mir, nachdem ich so schwer angegriffen bin, nicht gestattet, mich zu vertheidigen.

Auf Antrag von Ledebour, dem Lüth-Hamburg widerspricht, werden dem Redner weitere zehn Minuten Redezeit gewährt.

v. Elm: Es wird mir auch in zehn Minuten nicht möglich sein, daß Nöthige zu sagen. Auer hat von unberufenen Dritten gesprochen, die sich hineingemischt hätten, von Elementen, die im Trüben fischen wollen, von Hetzereien, und hat dabei wiederholt meinen Namen genannt. Genosse Auer, wenn Sie die Entwickelung dieser Sache in Hamburg kennten, würden Sie diese Vorwürfe zurücknehmen müssen. Sie haben von meiner glänzenden Beredtsamkeit gesprochen, nun, das trifft auf mich nicht entfernt so zu, wie auf Sie. Aber wie lag die Sache? Das eine Mal in der Versammlung wurde mir durch einen Schlußantrag das Wort abgeschnitten, das zweite Mal habe ich nur einen Antrag gestellt; zur Begründung des Antrages habe ich das Wort garnicht bekommen. Ich habe also garnicht gesprochen, und da spricht Auer von meiner glänzenden Beredtsamkeit! (Hört! hört!)

Nun sagt Auer: Wir seien die Schuldigen, wir hätten den Lärm in die ganze Partei hineingebracht. Es ist schon gesagt worden: hätte man uns den Willen gelassen, dann wären die Streikbrecher in Hamburg ausgeschlossen und es hätte keinen Lärm gegeben. Nun kam Molkenbuhr und sagte, den örtlichen Organisationen ständen diese Rechte nicht zu. Es ist kein Zweifel, durch die in Mainz beschlossene Aenderung des Organisationsstatuts sind die Begriffe in dieser Beziehung verwirrt worden; unsere Absicht war es jedenfalls nicht, die Sache vor die Gesammtpartei zu bringen. Ich habe in einer Versammlung gesagt: auch wenn der Parteitag erklärt, sie sollen nicht aus der Gesammtpartei heraus, so haben wir doch das Recht, sie aus unserer örtlichen Organisation auszuschließen, und wir werden das auch thun, um Ruhe und Frieden in Hamburg zu haben. Ich weiß nicht, Genosse Auer, ob Sie jemals gestreikt haben, es ist wohl schon lange her (Auer: Schon sehr lange her!), Sie werden das Gefühl der Erbitterung nicht mehr kennen, das einen ergreift, wenn man durch einen Streikbrecher herausgedrängt wird, und dieses Gefühl kennen eine ganze Reihe von Genossen hier nicht mehr, sie haben keinen Begriff mehr davon, und deshalb urtheilen sie so kühl und so lieblos und so formell über die Sache. Deshalb haben wir gesagt, im Interesse der Partei ist es nothwendig, sie müssen hinaus! Im Interesse unserer Organisation ist das nothwendig. Da sollen wir mit diesen Leuten zusammenarbeiten, die Jeder als Ehrlose kennt! Da kann doch keine Ruhe, keinen Frieden, kein ersprießliches Zusammenwirken geben im Interesse der Partei. Und wenn wir dort nicht Wandel geschaffen, uns auf den Standpunkt gestellt hätten, die Partei muß eingreifen, was glauben Sie wohl, was dann in Hamburg geschehen wäre, ohne unser Zuthun? Eine große Anzahl von Verbandsmaurern würde der Partei den Rücken gekehrt haben, wenn die Lokalverwaltung nicht den Leuten gesagt hätte: thut das nicht,

Digitized by Google

die Sache ist noch nicht entschieden, die Sache kommt noch ganz anders. Denn das ist richtig, die unteren Parteigenossen denken anders über die Partei als zumeist die oberen, die halten die Partei für das Heiligste, was es giebt, und sagen deshalb, daß in der Partei Streikbrecher nicht sein können, und wenn diese geduldet werden, dann ist es selbstverständlich, das das Ansehen der Partei geschädigt wird. (Beifall.)

Nun hat man gesagt, wir hätten dort nicht ruhig debattirt, sondern einen leidenschaftlichen Ton angeschlagen. Parteigenossen! Ich habe in Hamburg nichts Anderes gesagt, als was ich Ihnen hier gesagt habe. Wie man redet, ist natürlich Sache des Temperaments; ich kann unter Umständen sehr erregt reden; das weiß ich, das thue ich. Ich war empört über den Schiedsspruch, weil dieser neue Begriffe über den Streikbruch hineingebracht, weil die alten guten Begriffe auf den Kopf gestellt wurden; und ich habe vielleicht auch Ausdrücke angewendet, die der Eine oder Andere als beleidigend aufgefaßt haben mag, das gestehe ich ohne Weiteres zu. Aber seit wann sind wir so zimperlich in der Partei? Wir haben zwei Tage lang eine Litteraten-Debatte gehabt. Welche Beleidigungen und Grobheiten haben sich Diese nicht gegenseitig an den Kopf geworfen! Das sind gebildete Leute; ich habe nicht studirt, wir sind aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, — soll da uns nicht gestattet werden, auch ein Mal kräftigere Töne anzuschlagen, namentlich wenn es unserer innersten Ueberzeugung entspricht? Genosse Auer, es entspricht meiner innersten Ueberzeugung, daß es bedauerlich ist, daß ein derartiger Schiedsspruch gefällt ist; es entspricht meiner innersten Ueberzeugung, daß es ein geringes Verständniß für die praktische Arbeiterbewegung bekundet vor Allem, daß eine derartige Begründung gegeben werden konnte.

Ja, Genosse Auer, Sie haben gestern Ausdrücke gebraucht, die Sie heute bei ruhiger Ueberlegung wahrscheinlich schon bedauern. Sie haben mir die böse Absicht unterstellt, die Partei zu schädigen, und das ist sehr schlimm, namentlich weil ich die Ueberzeugung habe, daß Sie das wider besseres Wissen gethan haben. Genosse Auer, Sie kennen mich seit 25 Jahren von Hamburg her, wo ich als junger Mann bei den Lassalleanern, später in der vereinigten Gesammtpartei Schriftführer war; Sie sind — ich habe es Ihnen schon früher ein Mal gesagt — in Bezug auf verschiedene Fragen mein Lehrmeister gewesen. Die Vorträge, die Sie in Hamburg gehalten haben gerade in gewerkschaftlichen Fragen, haben sich mir tief ins Gedächtniß eingeprägt. Ich bedauere, daß der Auer von vor 25 Jahren nicht mehr derselbe ist wie der Auer von heute; wenn Sie Ihre jetzigen Reden vergleichen mit denen, die Sie damals gehalten haben, wo Sie den Arbeitern vielleicht etwas näher standen, so werden Sie den Unterschied merken.

Sie werfen uns vor, wir hätten nicht Muth, wir seien nicht tapfer genug. Wann bin ich jemals ausgekniffen? Fragen Sie Jeden, der mich kennt, und er wird Ihnen sagen, daß ich feige noch nie gewesen bin, daß ich in Versammlungen hineingegangen bin, nicht nur, wo es sich um Meinungsaustausch handelte, sondern wo ich ziemlich sicher war, verhauen zu werden; ein Einzelner bin ich der Masse entgegengetreten. Und, Genosse Auer, in Ihrer allernächsten Nähe sitzt ein Mann, ich meine in Berlin, in der Redaktion des „Vorwärts", der mich [illegible]z genau kennt, der sich meinen Schüler, meinen Freund nennt, mit dem [illegible]en Sie sicher Gelegenheit gehabt, über mich zu sprechen und ich bin überzeugt, der hat Ihnen nicht gesagt: der Elm hat die Absicht, der Partei Schwierigkeiten zu bereiten, sondern: der Elm ist ein ebenso guter Parteigenosse, wie er guter Gewerkschaftler ist. Von den Buchdruckern haben Sie gesprochen und Rexhäuser sich berufen. Was geht mich der Rexhäuser an? Soll ich das antworten? Der Mann ist niemals mein Freund gewesen und wird es auch niemals sein. Die Art und Weise, wie Rexhäuser die Partei bekämpft, ver-

Digitized by Google

damme ich. Er ist es eben, der bei unserer sachlichen Auseinandersetzung, bei dieser Frage, wo es sich um die Feststellung des Begriffs Streikbruch handelt, wieder Verwirrung anstiftet und Anderen Gelegenheit giebt, uns hinzustellen als Leute, die einen künstlichen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften erzeugen wollen. Können Sie mir beweisen, Auer, daß ich jemals die Absicht gehabt habe, Partei und Gewerkschaften zu zersplittern? Den Beweis werden Sie mir nicht mit irgend einer Zeile erbringen können. Daß ich eine andere Auffassung über den Werth der Gewerkschaften habe wie Sie, daß ich, der ich speziell im gewerkschaftlichen Kampfe gestanden habe, der Meinung bin, daß die Partei den Gewerkschaften eine hohe Bedeutung beimessen sollte, das ist doch kein Kapitalverbrechen, damit will ich doch nicht die Partei schädigen. (Die Redezeit ist wieder abgelaufen, doch werden dem Redner auf Antrag von Kiesel-Berlin VI weitere zehn Minuten gestattet.)

Auer hat es uns Hamburgern als schweres Verbrechen angerechnet, daß wir den Akkordmaurern nicht die Presse zur Verfügung gestellt hatten. Auer ist ja ein so glänzender Redner, er versteht es so gut, die Angelegenheit einem mundgerecht zu machen, daß es nicht möglich ist, dagegen aufzukommen; er kann nicht allein eine Kommission, nein, er kann gleich einen ganzen Parteitag hypnotisiren. (Heiterkeit.) Wie war denn die Sache? Wir hatten eine Preßkommissionssitzung, an der auch der Redakteur Stolten, Bömelburg, sowie Vertreter der Akkordmaurer Theil nahmen, und in dieser Sitzung erklärte schließlich auch Stolten, der früher anderer Meinung war, daß wir garnicht anders handeln könnten. Wir müssen die Annoncen der Akkordmaurer zurückweisen, wir können diesen Organisationsbrechern nicht die Arbeiterpresse zur Verfügung stellen. Ja, Genossen, Sie plädiren für die freie Meinungsäußerung, Sie sagen, die Leute müssen das „Echo" in Anspruch nehmen können. Aber die Redaktion des „Echo" hat von jeher den Standpunkt eingenommen, sich nicht in die Organisationsstreitigkeiten einzumischen und sie, wenn irgend möglich, aus der Zeitung fortzulassen.

Ich halte diesen Standpunkt für richtig. Nun aber betrachtet Auer die Organisation der Akkordmaurer als eine berechtigte. Ich bin der Meinung, wenn sein Ausspruch in der Buchdrucker-Angelegenheit: „Fort mit aller Sonderbündelei" einen Sinn haben soll, dann müßte er vor Allem hier angewendet werden, wo sich eine Organisation gebildet hat, um den Streikbruch zu organisiren. Organisationen, die gebildet werden, um den eigenen Genossen in den Rücken zu fallen, kann man doch als berechtigte Arbeiterorganisationen nicht anerkennen. (Zustimmung.) Wir sind eine Partei des Kampfes und haben keine Veranlassung, den einheitlichen Kampf zu stören und den Leuten, die das wollen, unsere Blätter zur Verfügung zu stellen. Ich finde die gegentheilige Auffassung von Auer ganz besonders eigenthümlich und ersuche ihn, sie zurückzunehmen. Ich ersuche ihn darum in seinem eigenen Interesse, denn wenn er derartige Grundsätze proklamirt, so könnte man sich damit auch ein Mal auf dem Gewerkschaftskongreß befassen. Das ist ein Grundsatz, den Sie nicht aufrecht erhalten können und den die Partei nicht aufrecht erhalten kann. Wir dürfen den Leuten nicht die Mittel liefern, um den Klassenkampf zu stören.

So liegen die Dinge. Wollen Sie, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht gestört wird, so heben Sie den unglücklichen Schiedsspruch auf, in welcher Fo
ist mir gleich. Aber aufgehoben muß er werden, vor Allem wegen sei
Begründung. Wollen Sie noch besonders aussprechen, daß die Schiedsric
nach bestem Wissen und Gewissen geurtheilt haben, ich habe nichts dagegen. A
Sie uns unterstellen, das haben wir den Schiedsrichtern nicht unterstellt.
haben wohl erklärt, daß sie dumme Kerle sind, aber nicht, daß sie Schufte
Ein Schuft aber wäre der, der absichtlich der Partei Schwierigkeiten zu berei
suchte. Den Beweis haben Sie nicht erbracht, Auer, den werden Sie auch

Digitized by Google

erbringen. Deshalb hoffe ich, Sie werden in Ihrem Schlußwort zurücknehmen, was Sie gesagt haben und auch der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß diese gemeine Absicht mir noch niemals innegewohnt hat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Debatte wird vertagt.

Singer: Es ist ein Antrag von Käppler-Altenburg (117) eingegangen:

„Der Parteitag erklärt: Der in Sachen der Hamburger Angelegenheit gefällte Schiedsspruch wird aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an die erste Instanz, die Hamburger Parteivereine, zurückverwiesen."

Ueber diesen Antrag sowie über die Resolution 114 werden wir namentlich abstimmen, da genügend unterstützte Anträge auf namentliche Abstimmung vorliegen.

* * *

Heine erhält das Wort zu folgender Erklärung: Ich bitte mit Bezug auf den Vorfall in der gestrigen Nachmittagssitzung eine Mittheilung machen zu dürfen. Genosse Vollmar telegraphirt, daß die von mir geäußerte Annahme, Parvus betreffend, irrig ist und daß Vollmar gänzlich unbetheiligt ist. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen das mitzutheilen und zugleich mein Bedauern auszusprechen, daß ich Folgerungen gegen Parvus daran geknüpft habe, die demnach unberechtigt sind. Ich habe dies auch an Parvus selbst sofort geschrieben.

Ich möchte ferner erklären, daß ich bedauere, durch die Form meiner Aeußerung Anlaß zu einer Auffassung gegeben zu haben, an deren Möglichkeit ich, wie ich auf das Bestimmteste versichere, absolut nicht gedacht habe. Ich verstehe die Gefühle, mit denen die Genossen, die meine Aeußerung so verstanden haben, sie aufgefaßt haben, und bitte die Genossen um Entschuldigung. (Bravo.)

Schluß 12 Uhr.

Nachmittags Dampferpartie.

Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 27. September. — Vormittags-Sitzung.

9½ Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Er eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung einer Reihe von Zuschriften:

Vom Generalrath der vereinigten revolutionären sozialistischen Arbeiterparteien Frankreichs ist ein Begrüßungstelegramm eingelaufen.

Die Genossen aus Stollberg-Land theilen mit, daß bei den Landtagswahlen in der dritten Abtheilung für uns 4475 Stimmen, für die Gegner 1525 Stimmen abgegeben worden sind. (Beifall.)

Aus Reuß j. L. wird telegraphisch gemeldet, daß wir bei den Landtagswahlen in 15 Wahlkreisen, in denen wir bisher drei Mandate hatten, zwei Siege errungen haben und in drei aussichtsvollen Stichwahlen stehen. (Bravo!)

Vom Genossen Morawski in Berlin ist die Mittheilung eingegangen, onach die Ansicht Pfannkuch's, daß man sich mit dem Genossen Dylong in deutscher Sprache vollständig verständigen kann, irrthümlich sei. (Heiterkeit!)

Von dem Genossen Dreyer in Kassel ist eine Beschwerde über Nichtaufnahme einer Gewerkschaftsannonce eingelaufen. Die Beschwerde wird der Leunerkommission überwiesen.

Vom Genossen Parvus ist ein Telegramm eingelaufen, worin er mittheilt, daß es auf einer vollständig falschen Auffassung des Genossen David be-

Digitized by Google

ruht, wenn er gesagt hat, Parvus habe einer Gewerkschaft den Rath gegeben, ihre Gelder flüssig zu machen für die bevorstehende Revolution.

Eduard Fischer erklärt im Anschluß an dieses Telegramm: Ich hatte neulich gehört, daß David sich bei seiner Mittheilung über Parvus auf mich berufen hat. Thatsächlich hat David meine Worte falsch aufgefaßt und falsch wiedergegeben. Ich habe niemals gesagt, Parvus habe eine Gewerkschaft aufgefordert, Gelder flüssig zu halten für die nahe bevorstehende Revolution. Das hat Parvus auch nie gethan. Es handelte sich bei unserem Gespräch um einen Artikel von Parvus in der „Neuen Zeit" aus dem Jahre 1895/96 und um das, was damals die bürgerliche Presse darüber geschrieben hatte, nämlich Parvus habe die Krankenkassen, Gewerkschaftskassen und Konsumvereinskassen als die Kriegskassen der sozialen Revolution bezeichnet und sie aufgefordert, recht viel Gelder zu sammeln, damit wir bei Ausbruch der sozialen Revolution eine Kriegskasse hätten. Das stand damals in der gesammten bürgerlichen Presse, und darüber haben wir uns unterhalten. David hat das irrthümlich aufgefaßt. Wahrscheinlich hat zu diesem Irrthum auch meine Aeußerung beigetragen, Parvus habe noch 1898 geglaubt, daß der Kladderadatsch in zwei Jahren hereinbreche.

Dr. **David**-Mainz: Nach dem, was ich eben gehört habe, bin ich natürlich genöthigt, meine Auffassung dementsprechend richtig zu stellen.

Singer: Es besteht der Wunsch, unsere Verhandlungen morgen Abend zu schließen. Ich behalte mir mit Rücksicht darauf vor, Ihnen im Laufe der Debatte je nach Lage der Dinge den Vorschlag auf Abhaltung einer Abendsitzung heute zu machen.

Der Parteitag tritt nunmehr in die Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Hamburger Akkordmaurer-Angelegenheit ein. Mit zur Debatte stehen die Anträge 27, 28, 29, 83 bis 89, 99, 102, 112, 113, 114, 116 und 117. Eine von Düwell-Essen und eine von Frau Zietz-Hamburg gestellte Resolution finden nicht genügende Unterstützung, kommen somit nicht zur Verhandlung.

Schrader-Bramsche: Wir Alle verurtheilen das Verhalten der Hamburger Akkordmaurer auf das Entschiedenste; anders liegt die Frage des Ausschlusses. Man ist mit zu viel Nervosität verfahren; es ist gewiß das gute Recht jedes Parteigenossen, das Urtheil des Schiedsgerichts zu kritisiren, auch scharf zu kritisiren, es geht aber zu weit, den Mitgliedern desselben jedes Verständniß für die gewerkschaftliche Organisation, für den proletarischen Klassenkampf abzusprechen. Wir können uns als Partei unmöglich zum Tummelplatz aller gewerkschaftlichen Differenzen hergeben. (Sehr richtig!) Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß konstatirte Legien, daß zwar die meisten gewerkschaftlich organisirten Arbeiter Sozialdemokraten, aber die Gewerkschaften als solche nicht sozialdemokratisch sind; daher darf man die Gewerkschaften nicht als die Bannerträger der Parteibewegung hinstellen und die Partei nicht zur Vollzieherin aller gewerkschaftlichen Wünsche machen. Es wird mit solchem Nachdruck der Organisationsbruch betont; ja, wie war es denn mit dem Austritt von Metallarbeitern aus dem Metallarbeiterverband, und wie ist es mit den Buchdruckern, mit dem rheinischen Weberverband, der bei den letzten Gewerbegerichtswahlen sogar mit den christlichen Gewerkvereinsleuten zusammenging gegen die vom Gewerkschaftskartell nominirten Kandidaten. Gewiß, wir bedauern diese Vorgänge, aber sollen wir alle diese Leute aus der Partei ausschließen? Elm sagt, wie anders war der Auer von vor 25 Jahren. Wer von ihnen hat nicht in Manchem seit 25 Jahren seine Ansicht geändert, wer hält noch jeden Ausspruch aufrecht, den er vor 25 Jahren gethan hat. In Auer ist wieder der Urbayer erwacht, aber man darf ihm doch nicht das Verständniß für den proletarischen Klassenkampf absprechen; außerdem ist er doch auch sehr provozirt worden. Vor Allem lehnen

Digitized by Google

Sie die Bernstein'sche Resolution 102 ab, sonst würde geradezu eine Ausschluß-epidemie erfolgen. (Zustimmung.)

Keil-Stuttgart begründet einen Schlußantrag.

Efftinge-Hamburg spricht gegen den Schluß. Man hat gesagt, das in der Verhandlung vorgebrachte Material reiche nicht aus, um zur Aufhebung des Schiedsgerichts zu führen. Wir Hamburger sind der Meinung, daß wir das Material beibringen werden.

Das Ergebniß der Abstimmung bleibt anfangs zweifelhaft, sie wird wiederholt und ergiebt den Schluß der Debatte.

Das Schlußwort als Referent hat

Bömelburg: Auer hat sich in seinem Korreferat mit der Sache selbst ja sehr wenig beschäftigt, in der Hauptsache die Personenfrage hervorgekehrt; vorgestern Abend hatte es ja den Anschein, als ob es ihm gelungen sei, den Parteitag von der Materie abzulenken und sein Interesse auf die Person Legien, v. Elm und Frau Steinbach zu konzentriren. Der Eindruck seiner Rede war so stark, daß einige Parteigenossen ihre Unterschriften von der Resolution gegen den Schiedsspruch zurückzogen. Diese Parteigenossen — ich glaube, es waren Nürnberger darunter — mache ich aufmerksam auf das Wort: Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muß sie hören alle Beede — (Zuruf: Sie hatten ja schon geredet!) — nein, über die Personenfrage nicht, und die persönlichen Bemerkungen ergaben ja auch sofort, daß Auer in einer Reihe von Punkten Sie falsch berichtet hat. Grobes Geschütz fuhr er auf mit dem Brief Kober's. Ein Formfehler ist allerdings vorgekommen, aber — Legien hat das ja schon dargestellt — mit Entschiedenheit weise ich es zurück, daß wir als Organisation schon vorher den Ausschluß betrieben hätten. Dann der Brief des Genossen Schnack. Ich bedaure, daß der Debatteschluß Hüttmann verhindert hat, vor Ihnen nachzuweisen, daß die Angaben Schnack's der Wahrheit nicht entsprachen. Schnack hat die Unwahrheit angegeben, und damit fallen alle Schlußfolgerungen Auer's. Die Schiedsrichter, die in Wandsbeck wohnen, hätten nicht mit Schnack allein, sondern mit dem gesammten Vorstand der Zimmererorganisation verhandeln sollen, denn Schnack hatte ein Interesse daran, die Unwahrheit zu sagen. Die Thatsachen über den Baumgartener Bau stehen fest. Als unsere Mitglieder von dem Bau Baumgarten fort waren, ist dort in Akkord gearbeitet worden, und das haben die Akkordmaurer, deren Ausschluß wir beantragen, selbst in ihrer sogenannten Denkschrift dem Parteitag mitgetheilt. Unser Material, das wir dem Schiedsgericht unterbreitet haben, soll zu mangelhaft gewesen sein, und Auer hat damit eine große Wirkung auf den Parteitag erzielt. Die Frage der Parteimitgliedschaft konnte zunächst unmöglich durch die Maurer, sondern nur durch die Hamburger Parteigenossen erfolgen. (Sehr richtig!) Und seit wann ist es denn üblich, daß auf Grund schriftlichen Aktenmaterials verhandelt wird? Der Fall war dem Schiedsgericht mitgetheilt worden, und wenn die Aussagen der geladenen Personen nicht genügten, dann konnte das Schiedsgericht ja noch weitere Auskunftspersonen laden. Auf das Allerentschiedenste aber weise ich es zurück, daß das Material ungenügend gewesen sei, denn wir haben ein mündliches Verfahren. Die Stubbe'sche Angelegenheit hat dieser ja schon klargelegt.

Der Fall Dahl ist dem Schiedsgericht mündlich vorgetragen worden, und es ist bezeichnend, daß im Schiedsspruch nichts davon mitgetheilt worden ist. Auch Haase hat es gestern versäumt, auf den Kern der Sache einzugehen: hatte der Maurerverband die Berechtigung und die Pflicht, die betreffenden Bauten zu sperren? Das kann Niemand bestreiten. Wer soll es denn sonst thun? Bisher war es Tradition in der Arbeiterbewegung, die auf gesperrten Bauten arbeitenden Personen als Streikbrecher zu betrachten. Und so war es hier.

Aber noch weiter: ich frage jetzt speziell den Genossen Auer: Wie hätte das Schiedsgericht entschieden, wenn es sich nicht um Akkordarbeit, sondern um

Digitized by Google

Ueberschreitung der Arbeitszeit gehandelt hätte? Wie kommt das Schiedsgericht dazu, die Frage der Akkordarbeit einfach aus unserem gewerkschaftlichem Programm zu streichen? Für uns handelt es sich hierbei auch um eine Frage der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Solange mir nicht der Beweis geliefert wird, daß wir kein Recht hatten, die Sperre zu verhängen, und daß das Schiedsgericht Recht hatte, diese Korrektur in unserem Programm vorzunehmen, solange behaupte ich, es liegt Streikbruch vor und uns ist Unrecht geschehen.

Nun muß ich aber auf eine Ausführung Auer's kommen, die auf das Allerschärfste zurückgewiesen werden muß, wenn die Arbeiterorganisation nicht für immer auf das Aeußerste geschädigt werden soll. Auer kam in seinen Ausführungen zuletzt zu einer glänzenden Vertheidigung des Organisationsbruchs. (Sehr wahr!) Er sagte: Gewiß, Ihr könnt sie ausschließen, aber beschwert Euch nachher nicht, wenn sie eine Sonderorganisation gründen. Nun, das Vereinsrecht wollen wir Niemandem nehmen. Die Agrarier können sich organisiren, um das Volk zu schröpfen, die Kohlenbarone können es, warum sollten sich nicht auch ausgeschlossene Streikbrecher organisiren dürfen? Aber eine andere Frage ist, ob wir solche Organisation als Organisation in unserem Sinne anerkennen. Das thun wir nicht, und ich bitte Auer dringend, im Interesse der Arbeiterbewegung sein Wort zurückzunehmen, sonst könnten sich später Gegner darauf berufen. Das Beispiel von Schrader ist auch nicht zutreffend, die Arbeiterbewegung und auch die Gewerkschaftsbewegung ist aufgebaut auf demokratischem Prinzip, und Organisationen, die nicht auf dem demokratischen Prinzip gegründet sind, haben auch kein Recht, Sperren zu verhängen. Wer sich an Beschlüsse solcher Organisationen nicht kehrt, begeht in unseren Augen keinen Organisationsbruch. Eine derartige Aeußerung zeigt mir aber, auf welche Unerfahrenheit in Organisationsfragen man selbst bei führenden Genossen stoßen kann.

Die Auer'sche Rede macht auf mich den Eindruck, als wenn er, weil es an Gründen fehlt, die Sache auf das persönliche Gebiet bringen wollte. Ich hatte das Persönliche ganz fortgelassen; und Auer war noch vorher zu mir gekommen und hatte mir gesagt: „Nicht wahr, Bömelburg, wir machen es aber nicht so, wie es soeben in der Preßdebatte gewesen ist?" Und nachher hat er es doch so gemacht. Ich weiß nicht, was Auer mit Legien, Elm und Frau Steinbach abzurechnen hat; hatte er aber dieses Bedürfniß, sich auf dem Parteitage mit der Gewerkschaftsfrage zu befassen, dann hätte er fordern müssen, daß das als gesonderter Punkt auf die Tagesordnung gestellt wird, dann hätte er seinem Herzen Luft machen können. Hier aber war das nicht am Platz und ich habe das Gefühl, daß man sich in Personenfragen von Vorurtheilen leiten läßt. Mir ist es wenigstens nicht bekannt, daß bei uns Bestrebungen vorhanden sind, wie die, die Rexhäuser leider vertritt, Bestrebungen, die schließlich ein Zusammengehen der beiden Bewegungen nicht mehr möglich machen. Bebel, Mollenbuhr und Andere vertreten stark den Neutralitätsstandpunkt; ich glaube, daß Diejenigen, die so sehr für Neutralität schwärmen, in den nächsten Jahren der Krise wohl eines Anderen belehrt werden. Also die Fragen lassen wir lieber heraus. Und es wäre gut, wenn wir uns daran gewöhnten, nicht aus jedem kleinen Vorkommniß eine Haupt- und Staatsaktion zu machen. (Sehr gut!) Gewerkschafts- und politische Bewegung müssen sich nothwendig ergänzen. Die eine ist ohne die andere nichts. (Lebhafte Zustimmung.) Das Beste ist, wenn wir uns verständigen. Leider ist es aber so gekommen, daß Auer ins Persönliche gegangen ist. Wenn wir ihm mit gleicher Münze hätten bezahlen wollen, so hätten wir mehrere Tage damit zubringen können. Kann man sich darüber wundern, wenn nach solchen Angriffen nun wieder die Gewerkschaftsblätter und Gewerkschaftskongresse kommen und darauf erwidern! (Sehr richtig!) Geschieht das aber dann meint man wieder, sie wollen die Partei schädigen und untergraben. Ich kann Auer nicht verbieten, in seinem Schlußwort genau so zu operiren, wie in

Digitized by Google

Korreferat. Im Interesse der gesammten Arbeiterbewegung aber würde es liegen, wenn er von dieser Methode ablassen wollte! (Bravo!)

Es ist ein Amendement eingegangen, wonach der Antrag 116 (Staningk und Genossen) dem Antrag 117 (Käppler und Genossen) als Absatz 1 vorangesetzt werden soll.

Das Schlußwort zu seinem Korreferat erhält

Auer: Den guten Rath Bömelburg's, den persönlichen Theil auszuscheiden, werde ich befolgen; ich hatte mir das so wie so vorgenommen. Glauben Sie doch nicht, daß mir solche Auseinandersetzungen ein Vergnügen machen! Wenn ich sie trotzdem herbeigeführt habe, so, weil ich es im Interesse der Sache für nöthig hielt. Ob ich vielleicht zu scharf gewesen bin, darüber kann man verschiedener Meinung sein, aber ich hielt es für nöthig, alle die Fragen, die ich angeschnitten habe, vorzubringen, und ich hoffe, die Debatte wird sich für die Zukunft als segensreich erweisen. Die ganze Erörterung hat auf mich einen deprimirenden Eindruck gemacht, sie hat gezeigt, wie schwer es ist, sich über einmal vorhandene Vorurtheile hinwegzusetzen. Was ist denn schließlich die Quintessenz der ganzen Meinungsverschiedenheiten? Nicht über den Streikbruch, Organisationsbruch, Disziplinbruch geht der Streit; über diese Dinge sind wir Alle vollständig einig, ebenso über die Frage der Akkordarbeit. Der Streit, der nach meiner Ueberzeugung nicht zu beseitigen ist, ist, ob im gegebenen Fall Streikbruch, Organisationsbruch vorliegt. Wären wir der Meinung, daß wir es in diesem Falle mit Streikbrechern zu thun haben, dann hätten wir sie ausgeschlossen. Wir sind aber zu einer entgegengesetzten Meinung gekommen. Wir haben auf Grund sorgsamster Prüfung des Materials die Ueberzeugung gewonnen, daß bei aller Verurtheilung des Verhaltens der Akkordmaurer ein Streikbruch, eine ehrlose Handlung nicht vorliegt. Ich verstehe den Standpunkt der Maurer, aber der giebt doch nicht das Recht, den Schiedsrichtern, die nach bestem Wissen und Gewissen entschieden haben, mit allen Mitteln der Presse und der mündlichen Agitation nicht etwa nachzuweisen, daß sie sich geirrt haben, sondern die politische und gewerkschaftliche Ehrenhaftigkeit der Betreffenden zu diskreditiren. Es war mir ungemein interessant, daß von Elm, der sich so bitter über meine persönlichen Bemerkungen beschwerte, kurzer Hand mit der ihm eigenen Nonchalance erklärte, mir sei das Klassenbewußtsein abhanden gekommen. Beurtheile ich von Elm richtig, so nimmt er wohl an, ich habe nie Klassenbewußtsein gehabt, und was man nicht gehabt hat, das kann einem auch nicht abhanden kommen. Genossen, giebt es wirklich einen schwereren Vorwurf gegen einen Mann, der seit 30 Jahren in der Partei steht und stets, auch unter dem Sozialistengesetz, seine volle Pflicht und Schuldigkeit gethan hat? Einem Manne, der so lange durch das Vertrauen der Parteigenossen nach mancher Richtung in eine Stellung geschoben wurde, wo es galt, hohe Interessen wahrzunehmen, einem solchem Manne schlanker Hand ins Gesicht zu sagen, ihm sei das Klassenbewußtsein abhanden gekommen — ja, Genossen, giebt es einen schwereren, einen verletzenderen Vorwurf, als wie ihn v. Elm erhoben hat, und das in demselben Athemzuge, in dem er sich darüber beschwerte, daß ich ihm persönlich nahe getreten bin? Ich will mich auf dieses Kapitel weiter nicht einlassen; ich will nicht die Rolle spielen, in der ich dem Genossen v. Elm erscheine, als der Hypnotiseur des Parteitages, ich möchte diese unendlich niedere Einschätzung des Parteitages durch Elm (Sehr richtig!) nicht unterstützen; ich meine, wenn man sich so sehr über persönliche Angriffe, über Kränkung beschwert, dann soll man nicht in demselben Augenblick in denselben Fehler verfallen. Mag sein, daß, als das Klassenbewußtsein vertheilt worden ist, ich in die Rolle des armen Poeten gekommen bin, der zu spät kam; es kann aber auch sein, daß Genosse von Elm zweimal zugehappst hat, so daß für mich nichts übrig blieb. (Heiterkeit.) Damit will ich diese Sache verlassen.

Wir können uns nicht verständigen. Aber die Diskussion hat doch ge-

Digitized by Google

zeigt, daß, wer ruhig und nüchtern, mit Gründen der Vernunft, der kühlen, nüchternen Ueberlegung die Sache beurtheilt, erklärt hat: die Frage läßt sich nicht anders beurtheilen bei der gegebenen Rechtslage; man muß es bedauern, daß kein Mittel vorhanden ist, den Gefühlen mehr Rechnung zu tragen, aber das läßt sich nicht anders machen. Wir können hier keine Gefühlspolitik treiben. Ich gebe zu, wenn ich der schlaue Auer wäre, für den man mich hinzustellen beliebt, dann hätte ich ja sagen können: Die Akkordmaurer sind ein paar Hundert, eine verschwindende Minorität gegen den großen Maurerverband. Ich mußte mir sagen, daß meine Person allein schon manche Gewerkschaften mit Vorurtheil erfüllt. Ich hätte mir sagen können, hier sind ein paar Hundert, warum sollst du dem großen Verband nicht dienstwillig sein: das wird dir schön nützen. Ich hätte Recht Recht sein lassen und einstimmen können in das Geschrei von Streikbruch, Organisationsbruch u. s. w. Schöne Redensarten kann ich auch anwenden. Und ich gebe zu, es giebt Momente, wo man begeistern, anregen muß, wo die großen Worte am Platze sind. Hier aber handele es sich darum, Recht zu sprechen (sehr gut!), nicht irgend einer populären Strömung Rechnung zu tragen (sehr gut!) und mit ihr zu schwärmen. Hier mußte man den Muth der Ueberzeugung haben und dem Rechte zur Seite stehen. Angenehm ist die Sache gewiß nicht nach alledem was vorausgegangen ist. Es ist aber eine andere Sache, eine Volksversammlung zu begeistern oder Recht zu sprechen. Die Begeisterungsräusche, die Leidenschaften gehen vorüber. Wenn Jemand nach fünf Jahren den Schiedsspruch liest, er wird die dagegen erhobenen Einwürfe nicht verstehen! Ungeheuerlich ist es, uns, die wir doch ausdrücklich gesagt haben, Streikbruch sei ein Grund zum Ausschluß, vorzuwerfen, wir hätten den Streikbruch vertheidigt. Die ausgezeichneten Ausführungen, die Genosse Haase gestern darüber gemacht hat, sollten Sie doch beherzigen. Wir haben aufs Entschiedenste getadelt, daß die Akkordmaurer sich nicht gefügt haben, wir haben alle anklagenden Momente erwogen, aber wir mußten doch auch die entschuldigenden Gründe hören, wir mußten suchen, ob ehrlose Motive vorliegen, die den Ausschluß begründen. Haben wir uns etwa die Motive der Akkordmaurer zu eigen gemacht? Nein, wohl aber haben wir die mildernden Umstände berücksichtigt und nach eingehender Untersuchung gesagt: Die Angeklagten befinden sich von ihrem Standpunkte aus — nicht von unserem Standpunkte aus — gewissermaßen in Nothwehr. Bömelburg sagt: Wir machen unsere Gesetze selbst. Gewiß, Bömelburg, das bestreite ich nicht. Sie sind souverän in ihrem Verband, Sie können für Ihre Mitglieder beschließen, was Sie wollen, und jeden Versuch, Ihre Aktionsfreiheit zu beengen, werde ich mich jederzeit widersetzen und, wie ich glaube, mit Erfolg. Aber etwas ganz Anderes ist es, wenn Sie verlangen, daß, weil Sie in Ihrem Verband beschließen können, was Sie wollen, wir nun das, was Sie uns präsentiren, einfach ohne jede weitere Prüfung, ohne jede Kritik zu akzeptiren haben. Das müssen wir zurückweisen. Wir haben auch die Motive, die Stellung Derer in Betracht zu ziehen, die von Ihrem Beschluß betroffen sind. Alle die Gründe, die Euch zu Eurem Beschluß geführt haben, prüfen wir nicht nach in Bezug auf Euch, sondern nur, wenn wir die Konsequenzen daraus für uns, für die Partei zu ziehen haben. Und dieses Recht der Nachprüfung, der selbständigen Beurtheilung kann sich die Partei nicht nehmen lassen. Zu welchen ungeheuren Konsequenzen würde es führen, wenn die Partei das Recht der Nachprüfung aufgeben wollte! D Partei ist eine selbständige Organisation. Nun sagt v. Elm, wenn eine Gewerkschaft Streikbruch konstatirt hat, so hat die Partei die Konsequenz daraus zu ziehen. Es ist ja bekannt, daß ich eine allein berechtigte Organisationsform nicht anerkennen kann. Ich bin aber von jeher Zentralist gewesen, ich habe auch meiner Broschüre über die Leipziger Buchdrucker-Angelegenheit das bekannte „Dreckschwänzchen" angefügt: „Fort mit aller Sonderbündelei!" Ich stehe nach wie vor auf dem Boden, daß die Zusammenfassung aller Angehörigen eines Be-

Digitized by Google

rufs in eine einzige Organisation das geeignetste Mittel für die Gewerkschaften zur Erreichung ihres Zweckes ist. Ich bin ein alter Zentralist, ich bin auch, um von Elm zu beruhigen, ein alter Streikbruder, ich habe gestreikt zu einer Zeit, wo von Elm, der ja jünger ist als ich, noch gar nicht in der Lage war, zu streiken, weil er noch in gar keinem Arbeitsverhältniß stand. Immer und immer war ich Zentralist. Aber mit dieser Ueberzeugung sind die thatsächlichen Verhältnisse nicht aus der Welt geschafft. Uebertragen Sie das Verhältniß, wie es in Hamburg herrscht, wo der Zentralverband so allmächtig ist, daß er den Akkordmaurern die Presse sperrt, einmal nach Berlin. Würden Sie das versuchen, nun, das würde die Partei in Berlin sprengen. (Sehr gut.) Konzessionen in der Akkordarbeit machen auch die Maurer selbst. Ihre erste Abtheilung in Berlin, die Putzer, machen Akkordarbeit. Wenn der Partei-Vorstand diese thatsächlichen Verhältnisse anerkennt, will er deshalb die Sonderorganisatiönchen fördern? Wenn aber in einer Organisation zwei Alexander vorhanden sind, denen ihr Königreich zu eng ist, können wir das ändern? Man sagt, der Partei-Vorstand sollte hineinfahren. Würde er das thun, so würde er eine große Unklugheit begehen. Dann wäre er längst abgesetzt, dann hätten Sie längst einen anderen Partei-Vorstand gewählt. Das wäre ja nicht das Schlimmste, aber Sie hätten eine solche Summe von Streitereien, Zänkereien, Differenzen, daß Sie die Partei, statt sie zu fördern, auf das Allerentschiedenste schädigen würden. Mein Bestreben, auszugleichen, zu versöhnen, die Gegensätze zu überbrücken, daraus wird mir ein Hauptvorwurf in dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission" gemacht. Da heißt es: „in beiden Fällen zeigt sich aber dieselbe geistige Kraft — die geistige Kraft bin i ch — bemüht, Gegensätze in der Arbeiterbewegung zu überbrücken." Man kann nicht alle Gegensätze aus der Welt schaffen. Wer sich zwischen Streitereien von zwei Anderen mengt, bekommt Prügel, das weiß ich, und diese Prügel will ich in dem anstehenden Falle gerne auf mich nehmen. Und wenn Sie mir auf meinem Grabstein, den Sie mir doch zweifellos setzen werden (Heiterkeit), einst die Inschrift — ich bitte da etwas freundlich zu sein (Heiterkeit) — schreiben werden: „Auer's Bemühen und Bestreben ist es gewesen, Gegensätze, die in der Arbeiterbewegung sich geltend machten, auszugleichen, sie zu überbrücken," so können Sie mir ein schöneres Denkmal meiner Thätigkeit nicht setzen. (Sehr richtig!) Ja, wer auf dem Standpunkt steht, unter allen Umständen muß man seine Meinung durchsetzen, terrorisiren und Diktatur üben, der wird anderer Meinung sein. Aber ich bin der Meinung, daß es eine der ersten Aufgaben des Partei-Vorstandes ist, eine Verständigung zu erzielen und die Gegensätze zu überbrücken. Die Lokalisirung der Gewerkschaftsbewegung in Berlin war eine Folge des Sozialistengesetzes. In demselben Berlin, das früher die Stätte der strengsten Zentralisation war, bildeten sich zu Zeit, wo Puttkamer in dem Glauben, damit dem fortschrittlichen Bürgerthum einen Streich zu spielen, die Zügel des Sozialistengesetzes wieder etwas locker ließ und dadurch überhaupt wieder die Möglichkeit einer Gewerkschaftsbewegung bot, lokale Organisationen. Und später kamen denn auch die theoretischen Begründer der Nothwendigkeit einer lokalen Form der Organisation. Ich erinnere mich noch sehr gut der Keßler'schen Thesen, daß nur die Lokalorganisation die einzig richtige sei. Ich habe mich beim Lesen damals nur gewundert, daß das in Berlin möglich war, in Berlin, wo in den 70er Jahren ein Vertreter solcher Anschauungen beim Nachhausegehen in den Rinnstein geflogen wäre. (Heiterkeit.) Die Lokalisten waren unstreitig in der großen Mehrheit, als wir, Bebel, Fischer, Singer, ich, Alles stramme Zentralisten, nach Berlin zurückkamen. Was konnten wir thun. Wie vorsichtig hat Gerisch, der viel klüger ist, als Manche von Ihnen vermuthen, mit seinen Freunden es unternommen, nach und nach, Schritt für Schritt die große Metallarbeiterbewegung mit dem Gedanken des Zentralismus zu erfüllen und die Voreingenommenheit dagegen zu überwinden. Schon damals

Digitized by Google

wurden wir von Hamburg aus angegriffen, weil wir nicht ein Machtwort sprachen, nachdem in Halle schon die Zentralisation empfohlen worden sei. Mit seinem Sinnen und Trachten war der Vorstand stets bei der Zentralisation. Aber es war ein Gebot der politischen Klugheit, langsam und vorsichtig zu sein und die Dinge werden zu lassen. Und sind sie nicht geworden? Anfang der 90er Jahre waren die Lokalisten in der Mehrheit. Durch verständige Einwirkung, durch die Presse und durch die wirthschaftlichen Verhältnisse, die Grund- und Unterlage der Zentralisationsbestrebungen, hat der Zentralisationsgedanke auch in Berlin den Sieg davongetragen, nicht durch Brutalität und Unterdrückung, sondern durch die Idee, durch demokratische Einwirkung. Trotz dieser ganz gewaltigen Umwandlung, die doch auch Sie in Hamburg anerkennen sollten, bestehen heute noch lokale Organisationen und werden neue gegründet. Ich glaube, es giebt kaum einen Beruf, von dem sich nicht lokale Organisationen abgesplittert haben. So ist das bei den Tapezirern, bei den Metallarbeitern, bei den Maurern, ja, die Zimmerer sollen sogar, wie mir versichert wird, in ihrer Mehrheit Lokalisten sein. Es ist ja die Taktik der Lokalisten, um ihr Vorgehen auch moralisch zu rechtfertigen, sich als die besten Parteigenossen hinzustellen. Bei den Buchdruckern will das einem Rexhäuser gegenüber natürlich nicht viel sagen. Aber können wir etwas dafür? Sollen wir etwa sagen: Ihr Lokalorganisirten seid keine Parteigenossen. Sollen wir, weil sie nach Ihrer Auffassung Organisationsbruch begangen haben, etwa thöricht genug sein, daraus herzuleiten, die betreffenden Personen müssen aus der Partei ausgeschlossen werden? Wollten wir das thun, ja, Parteigenossen, dann müßten wir befangen, kurzsichtig sein, dann müßten wir nicht das große Ziel im Auge haben: die Zusammenfassung, die einheitliche Bewegung der gesammten Arbeiterklasse nach dem einen, großen Ziele zu! Nicht bevorzugen dürfen wir diese Sonderorganisationen, aber toleriren müssen wir sie. Wer heute lokalorganisirt ist, kann morgen Zentralist sein. Vömelburg wird mir bestätigen, daß unter den besten Männern in seiner Organisation gar Mancher ist, der seinen Durchgang über die Lokalorganisation genommen hat. Wenn Sie selbst in Ihrer Zentralorganisation die Schablonisirung nicht durchführen können, dann müssen Sie gleiche Freiheit auch uns in der Parteiorganisation zugestehen. Thun Sie in Ihrer Organisation, was Sie in Ihrem Interesse halten, die Partei als solche wird sich nicht hineinmischen. Im einzelnen Falle kann man ein Auge zudrücken. Dies ist der erste Fall, der zu unserer Entscheidung steht; aber wir haben nicht nur zu diesem einen Fall Stellung zu nehmen, nein, es stehen auch die Konsequenzen in Frage. Ich frage die Berliner, ob nicht auch in Berlin schon eine solche Strömung besteht; auch in Berlin war ich schon Theilnehmer einer Konferenz von Vertrauensmännern der Partei und Gewerkschaften, in der der Ausschluß der Akkordmaurer erörtert wurde. Diese Strömung geht jetzt durch ganz Deutschland, sie wird Mode. Wir haben uns sehr wohl gefragt, welche Konsequenzen ein etwaiger Mißgriff nach sich ziehen würde. Heute sind es die Maurer, morgen eine andere Organisation. Wenn in der Weise verfahren werden soll, dann kommen wir, wie ganz richtig gesagt ist, zu einer Epidemie des Ausschlusses aus der Partei, zu Streit, Zank und Wirrwarr, aus dem wir uns nicht mehr herausfinden. (Sehr richtig!) Hier darf nicht blos das Gefühl, hier muß der nüchterne Verstand reden, wir müssen uns nach den Folgen fragen.

Und nun zum Schluß! Ich bin nicht der Streithahn, als der ich verschrien bin; ich stelle im Kampfe meinen Mann, aber mir ist es lieber, wenn ich in Ruhe leben kann. Ich will nicht in Ihren Augen als der Stänkerfritze dastehen der vermöge seiner Begabung alle Anderen zu unterdrücken und zu terrorisiren strebt. Nichts liegt mir ferner.

Wir müssen zu einer Verständigung kommen. Eine allgemeine Lösun der Frage finden wir nicht, denn jeder Fall liegt anders, und zu jedem Fa

Digitized by Google

müssen wir besonders Stellung nehmen. Für den gegebenen Fall aber giebt es einen Ausweg, indem wir den lokalen Interessen Hamburg's soweit als möglich entgegenkommen und die Hamburger selbst mit der Aufgabe betrauen, Frieden und Ordnung unter sich herzustellen. Ich schlage Ihnen deshalb vor, die ersten drei Absätze der Resolution 114 anzunehmen, den vierten Absatz aber durch das vom Führer der Maurer Genossen Staningk eingebrachte Amendement 116 zu ersetzen und dann natürlich auch den fünften Absatz der Resolution 114 anzunehmen. Wenn Sie diesem Vorschlag folgen, so ist meiner innersten, festen Ueberzeugung nach Alles erreicht, was wir jetzt erreichen können. Wir lokalisiren den Streit, wir übertragen die Lösung und Weiterführung den Hamburgern und sprechen andererseits auch aus, daß nach Lage der Sache das Schiedsgericht nach seiner besten Ueberzeugung gehandelt hat und daß dasselbe kein Vorwurf trifft. Folgen Sie meinem Vorschlag und wir werden uns, wenn wir auseinandergehen, sagen können: Wir haben uns wieder mal als vernünftige Männer ausgesprochen und verständigt. (Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Rudolph-Nürnberg: Das Wort „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede", trifft in Bezug auf die Zurückziehung meiner Unterschrift unter dem Antrag 113 nicht zu. Wir haben die Motivirung gegeben: „Nachdem Auer in seinem Korreferat Material bekannt gegeben hat, das uns bisher unbekannt war." Wir haben nicht nur Auer, sondern auch Bömelburg gehört.

Düwell-Essen schließt sich dieser Erklärung an.

v. Elm: Ich habe in meiner Rede dem Genossen Auer nicht die persönliche Ehrenhaftigkeit oder das Klassenbewußtsein abgesprochen. Ich habe gesagt, es sei lange her, daß er gestreikt habe, er habe nicht mehr das persönliche Gefühl der Erbitterung Dessen, der durch einen Streikbrecher herausgedrängt werde. Das heißt doch nicht das Klassenbewußtsein, die Lauterkeit der Gesinnung absprechen, ebensowenig liegt das in dem Hinweis, daß der Auer von heute ein Anderer ist als der Auer von vor 25 Jahren. Auer fragt, ob es einen größeren Vorwurf geben könne als den, den ich ihm gemacht habe. Nun, er hat mir vorgeworfen, ich versuchte die Partei zu zersplittern; ich frage, kann es einen stärkeren Vorwurf geben? Auer hat dann behauptet, ich hätte den Satz aufgestellt, daß, wenn eine Gewerkschaft etwas beschlossen hat, dann die Partei unter allen Umständen das ausführen müsse. Dafür ist er den Beweis schuldig geblieben; ich habe nur erklärt, daß von Fall zu Fall geurtheilt werden müsse. Ich habe auch nicht verlangt, daß man ohne Weiteres auch von Seiten der Partei gegen jede Lokal- und Sonderorganisation vorgehen solle, sondern nur gegen solche Sonderorganisationen, welche gegründet sind, Tarife zu durchbrechen und Streikbruch zu begehen. Was Auer über Lokalorganisationen gesagt hat, hätte er sich vollkommen sparen können. Durch diese unrichtigen Darstellungen hat Auer wieder den Beweis geliefert, daß er den Parteitag hypnotisiren will.

Bömelburg: Genosse Rudolph war auch jetzt nicht in der Lage, den Nachweis dafür zu führen, daß Genosse Auer neues Material beigebracht habe. Alles Neue bezog sich auf Punkte, die ich nicht berührt habe. Auer hat in seinem Schlußwort behauptet, daß es sich um Organisationsfragen Allgemeinen handle und daß meinerseits verlangt worden sei, daß die reffenden Personen wegen Verübung von Organisationsbruch ausgeschlossen rden sollten. Das habe ich nie gesagt. Von mir ist immer nur verlangt orden, sie wegen Streikbruchs auszuschließen. Was Auer über die Lage in erlin gesagt hat, hat mit der Sache nichts zu thun. Es ist richtig, daß die erliner Putzer im Akkord arbeiten, aber in unserem Organisationsstatut steht, aß die Beschlußfassung darüber den einzelnen Lokalvereinen überlassen bleibt. wäre richtiger gewesen, wenn Auer das Referat gehabt hätte.

Singer: Das ist nicht mehr persönlich.

Digitized by Google

Frau **Zetkin** bedauert im Namen der Kontrolleure, daß sie durch den Schluß der Debatte verhindert worden sind, die Gründe zu entwickeln, die sie zu dem so heftig angegriffenen Urtheilsspruch geführt haben. Wir hätten gern gesprochen, um dadurch zur Verständigung beizutragen.

Genosse Hüttmann-Hamburg III. sowie die Genossen Knierim und Raith-München geben Erklärungen zu Protokoll, daß sie durch Schluß der Debatte verhindert waren, ihren Standpunkt zu vertreten; Hüttmann bez. der im Schiedsspruch, im Aktenmaterial, sowie im Briefe Schnack's und in der Auer'schen Rede enthaltenen Irrthümer, Knierim und Raith bezüglich der Gründe und Stimmung der süddeutschen Genossen für Aufhebung des Schiedsgerichts.

Es folgt die Abstimmung. Zunächst wird der Antrag 85, der die Aufhebung des Schiedsspruchs und den Ausschluß der Akkordmaurer fordert, gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Der Abstimmung über den Antrag 117, die eine namentliche ist, geht eine Eventualabstimmung über den Antrag 116 voraus, der auch als Amendement zu 117 beantragt ist. Dieses Amendement wird angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der so veränderte Antrag 117 mit 159 gegen 72 Stimmen abgelehnt.

Mit Ja stimmen: Amend, Bartels-Lübeck, Baerer, Beyer, Bernstein, Blumstock, Bömelburg, Braun-Königsberg, Brecour, Decker, Deutsch, Eberle, Ebert, Efftinge, v. Elm, Emmel, Fischer-Lüdenscheid, Fiedler, Frechm, Friedrich-Darmstadt, Fritzsch, Gemoll, Gogowski, Grimpe, Grosse, Harm, Heer, Hoch, Hüttig, Hüttmann, Jakobsen, Ihrer, Imle, Joos, Jürs, Käppler, Knieriem, Kloß, Koersten, Krause, Krohn, Kurze, Lang, Lehmann, Meißner, Müller-Hamburg, Müller-Flensburg, Neukirch, Nitzsch, Pistorius, Quarck, Raith, Röske, Roßkopf, Rudolph, Sachse, Seifert, Silberschmidt, Schmidt-Frankfurt, Schmidt-Fürth, Schneider, Schreiter, Schulz, Schwedt, Staningk, Steinbach, Stolpe, Thöner, Toelge, Walther-Koburg, Windhoff und Louise Zietz.

Mit Nein stimmen: Albrecht, Antrick, Auer, Ottilie Baader, Baier, Bartels-Dortmund, Basner, Baudert, Bebel, Becker, Beckmann, Bérard, Blos, Blumhardt, Bohn, Böhle, Brandt, Braun-Berlin, Breil, Brey, Brühne, Bujold, Bühler, Büttner, Calwer, David, Deinhardt, Dietz, Dimmick, Domscheit, Dörnke, Drechsler, Düwell, Eberhardt, Ehrhart, Ernst, Evers, Faber, Fanghänel, Feldmann, Fendrich, Fischer-Berlin, Fischer-Dresden, Fischer-Weimar, Förster, Friedrich-Lübeck, Frohme, Fülle, Fulfs, Gartz, Geck, Gerisch, Gesche, Geyer, Goerke, Goldstein, Grauer, Grevesmühl, Groth, Haase, Hartmann, Haverkamp, Heine, Hengsbach, Herbst, Hildenbrand, Hintze, Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Bielefeld, Horenburg, Huber, Hug, Jahn, Jungnickel, Kaden, Kautsky, Keller, Kenkel, Keil, Kielisch, Kiesel, Klees, Klingenhagen, Koenen, König, Koß, Kotzke, Kraus, Krause-Neugersdorf, Ladewig, Landgraf-Chemnitz, Landgraf-Limbach, Ledebour, Leopoldt, Leutert, Lipinski, Lüth, Markwald, May, Meinhard, Meister, Messing, Metzger, Metzner, Michaelis, Molkenbuhr, Mucker, Müller-Groitzsch, Pape, Pfeiffle, Pfannkuch, Pfüller, Plorin, Reißhaus, Reiwand, Reul, Riegel, Rosbitzki, Scheidemann, Schlichtholz, Schmidt-Meißen, Schmidt-Rostock, Schnell, Scholz, Schrader, Schubert, Schulze, Schwartz, Seige, Sidow, Siebeneicher, Sindermann, Singer, Sommer, Staab, Stadthagen, Steinbrügge, Stolle, Stolten, Stubbe, Stücklen, Südekum, Marie Thiel, Thiele, Thielhorn, Ulrich, Unger, Voigt, Walther-Löbtau, Wedemeyer, Weikers, Wesemeier, Winkler, Wizorowski, Wolter, Wurm, Zeißig, Klara Zetkin, Zubeil.

Der Stimme enthält sich Orb, weil er ein gebundenes Mandat habe. Es fehlen Cohn, Gradnauer, Grunwald, Löwenstein, Legien, Luxemburg, Peus und Zorn.

Legien läßt erklären, daß er eines gerichtlichen Termins wegen fehle, sonst hätte er für den Antrag gestimmt.

Digitized by Google

Der Antrag 118, der die Begründung des Schiedsspruches nicht als richtig anerkennt, den Ausschluß aber nicht aus der Gesammtpartei verlangt, sondern die Sache den örtlichen Organisationen überläßt, wird abgelehnt.

Nachdem sodann der Antrag 116 noch einmal als Amendement zum Antrag 114 unter Streichung des vierten Absatzes des Antrages 114 eventuell angenommen ist, wird über den so veränderten Antrag 114 namentlich abgestimmt. Die Abstimmung ergiebt die Annahme mit 230 gegen 3 Stimmen. (Beifall.)

Gegen den Antrag 114 stimmten Decker-Magdeburg, Friedrich-Darmstadt und Schmidt-Frankfurt a. M.

Abwesend sind die bei der vorigen Abstimmung als fehlend Genannten, außer Gradnauer und Grunwald.

Der Beschluß des Parteitages lautet demnach folgendermaßen:

„Der Parteitag als Vertreter der in der Sozialdemokratie organisirten klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft stimmt mit den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, als den wirthschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, überein in der rückhaltlosen Verurtheilung des Streikbruches.

Der Parteitag erkennt auch an, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Erfüllung ihrer Aufgaben den Streikbruch mit aller Energie bekämpfen und ahnden müssen, daß aber die Führung dieses Kampfes und die Wahl der Kampfmittel in erster Linie den Gewerkschaften überlassen bleiben muß.

Dagegen lehnt der Parteitag es ab, in jedem Streitfall zu den Beschlüssen der Gewerkschaften über ihre Organisation und Taktik Stellung zu nehmen oder von solchen Beschlüssen oder dem Verhalten der gewerkschaftlich organisirten Parteigenossen dazu die Zugehörigkeit zur Gesammtpartei abhängig zu machen.

Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus, daß die schiedsrichterlichen Instanzen bei ihrem Votum sich von der ehrlichen Absicht haben leiten lassen, Recht zu finden und Recht zu sprechen. Es wird rücksichtlich der Neuheit des Falles anerkannt, daß diesen Instanzen aus ihrem Votum ein Vorwurf nicht zu machen ist.

Der Parteitag muß es den örtlichen Partei-Organisationen überlassen, zu entscheiden, mit welchen Mitteln sie den Zentralverband der Maurer in seinem Vorgehen gegen die Hamburger Akkordmaurer unterstützen können, und namentlich in wie weit sie ein Zusammenarbeiten mit ihnen in ihren Partei-Organisationen für möglich halten."

Damit sind alle Anträge erledigt mit Ausnahme des Antrages 102 (Bernstein und Genossen). Die Abstimmung über diesen Antrag bleibt zweifelhaft. Die Auszählung ergiebt seine Annahme mit 110 gegen 107 Stimmen.

Zur Verhandlung gelangt der Bericht der Neuner-Kommission betreffend den **Banter Schiedsspruch**. Darüber berichtet

Böhle-Straßburg: Die Banter Parteiorganisation, deren Ausschluß einer Gruppe von kleinen Bauunternehmern ein Parteischiedsgericht aufgehoben hatte, hat gegen diesen Schiedsspruch das Urtheil des Parteitages angerufen. Nach eingehender Untersuchung ist die Neuner-Kommission mit 8 gegen 1 Stimme zu der Ansicht gekommen, daß der Schiedsspruch völlig gerecht war. Die Ansicht, daß sozialdemokratische Unternehmer die Forderungen ihrer Arbeiter ohne Weiteres zu bewilligen haben, kann nicht maßgebend sein. Nach Lage der Sache und nach objektiver Prüfung des Sachverhalts können wir nur beantragen, das Urtheil des Schiedsgerichts zu bestätigen.

Frau **Steinbach**-Hamburg: Als dasjenige Mitglied der Kommission, welches mit dem Beschluß nicht völlig einverstanden ist, habe ich zu erklären, daß

Digitized by Google

ich das Verhalten der sich zu unserer Partei zählenden Unternehmergruppe ihren Arbeitern gegenüber unter keinen Umständen als gerechtfertigt anerkennen kann, wiewohl ich zugeben muß, daß das Vorgehen der Arbeiter in diesem Falle auch nach meiner Ueberzeugung taktisch nicht ganz richtig gewesen ist. Ausscheiden aber muß aus der Beurtheilung die Auffassung, als ob die Arbeiter von der Idee ausgegangen wären, daß sozialdemokratische Unternehmer unter allen Umständen ihre Forderungen bewilligen müßten. Das glaube ich im Interesse der Arbeiterbewegung, die derartigen Unsinn überhaupt nicht aufkommen lassen darf, hier betonen zu müssen.

Gemoll-Bant: Der Fall liegt in Bant anders als in Hamburg. Es kommen hier Arbeiter und Unternehmer in Betracht. Meister meinte neulich, es seien keine eigentlichen Unternehmer, sondern Scharwerker und kleine Krauter. Das stimmt nicht, es sind Unternehmer genau wie andere Unternehmer, vielleicht noch einen Deut schlechter. Das haben sie ja beim Streik bewiesen. Es ist auch nicht gesagt, die Unternehmer hätten unter allen Umständen die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Wie lag denn die Sache? Die Maurer forderten in diesem Frühjahr 5 Pfg. mehr, reduzirten dann aber ihre Forderung auf 2½ Pfg. Das Schiedsgericht und die Kontrolleure sind von falschen Voraussetzungen ausgegangen. In Bant verdienen die Maurer durchschnittlich 8 Mk. täglich. Ist das etwa zu viel? Die Unternehmer konnten die Forderung bewilligen. Es ist auch nur gesagt worden, sie können sie bewilligen, und wenn sie es nicht können, dann ist es schlecht, daß sie in der Partei sind. Zur Sache selbst — — —

Singer: Ich bitte zum Schluß zu kommen.

Gemoll: Ich kann das nicht. Wir wollen doch die Banter Angelegenheit ausführlich behandeln; der Schiedsspruch hat sie oberflächlich behandelt.

Singer: Sie können sich noch einmal zum Wort melden.

Gerisch: Es handelt sich einzig und allein um die Frage: Ist ein sozialdemokratischer Unternehmer verpflichtet, jede Forderungen der Arbeiter zu bewilligen? Der Sachverhalt ist folgender: Die Maurer haben im Frühjahr den Antrag gestellt, den Lohn von 50 Pfg. durchschnittlich auf 55 Pfg. zu erhöhen. Ich bemerke, daß die Unternehmer sozialdemokratischer Gesinnung bis dahin durchweg 52½ Pfg. bezahlt hatten, während die größeren Baugeschäfte durchschnittlich nur 50 Pfg. bezahlten. Mitte April — es wird behauptet, am 14. wurden erst die Zirkulare gedruckt, keinesfalls aber vor dem 10. — haben die Maurer zum ersten Mal ihre Forderungen den Unternehmern unterbreitet und Entscheidung bis zum 19. April verlangt. Die sozialdemokratischen Unternehmer erklärten, die gestellten Forderungen nicht bewilligen zu können, und auf dieses ablehnende Verhalten hin wurde 3 Tage nach Ausbruch des Streiks eine Liste der Unternehmer angefertigt, deren Ausschluß aus der Partei beantragt wurde.

Es ist gesagt worden, die Unternehmer seien sehr wohl in der Lage gewesen, die Forderung zu erfüllen; insbesondere wurde den sozialdemokratisch gesinnten erklärt, sie sollten damit anfangen, die Anderen würden dann schon nachfolgen. Diese erklärten aber: Darauf können wir uns nicht einlassen; wir zahlen schon die ganze Zeit 2½ Pfg. mehr, ohne daß die anderen Baugeschäfte uns nachgefolgt sind. Sie haben aber durchgesetzt, daß sämmtliche Baugeschäfte von Bant-Wilhelmshaven und Umgegend sich durch Unterschrift verpflichteten vom 1. Januar 1902 an 52½ Pfg. mindestens zu bezahlen; dies Angebot wurde von den Maurern als eine Verhöhnung ihrer Forderungen zurückgewiesen. (Zuruf.) Gewiß, das sind Dinge, über die wir nicht urtheilen können; ich konstatire nur Thatsachen. Die sozialdemokratischen Unternehmer glaubten, 52½ + 5 Pfg. nicht bewilligen zu können. Das Schiedsgericht hat gemeint, auf diese Frage können wir uns nicht einlassen, sonst müssen wir auch von Partei wegen das Existenzminimum der Unternehmer feststellen.

Digitized by Google

Nachmittags-Sitzung.

3½ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion über den Bericht der Reuner-Kommission, den **Banter Schiedsspruch** betreffend, wird fortgesetzt.

Leutert-Apolda: Die Kommission hat durchaus eingehend und unparteiisch entschieden. Im wirthschaftlichen Streite haben die sozialdemokratischen Unternehmer das gleiche Recht wie die Arbeiter; zu untersuchen war nur, ob sie dieses Recht illoyal ausgenutzt haben, und dafür hat sich, wenigstens aus den Akten, kein Anhalt ergeben. Das Koalitionsrecht haben sie unangetastet gelassen, sie haben darauf hingewirkt, die Anfertigung schwarzer Listen zu unterlassen, und nach Beendigung des Streiks ist bei ihnen auch keine Maßregelung erfolgt. Ich ersuche Sie, den Schiedsspruch anzuerkennen.

Bömelburg: Dieser Fall zeigt so recht klar, daß der Parteitag nicht die Stelle ist, wo solche Angelegenheiten ihre Erledigung finden müssen. Dafür sind nur die Genossen am Orte selbst zuständig. Der Schiedsspruch konnte garnicht anders ausfallen, wenn wir uns nicht auf den Standpunkt stellen wollen, daß der sozialdemokratische Unternehmer jede Forderung seiner Arbeiter zu erfüllen habe. Aber die sozialdemokratischen Unternehmer in Bant haben durchaus nicht recht gehandelt. Als es nachher die Niederwerfung der Maurer galt, da haben sich unsere Genossen unter den Unternehmern nicht nett benommen. Sie haben italienische Streikbrecher heranholen helfen, sich vollkommen mit der Handlungsweise ihrer anderen Berufsgenossen identifizirt. Sie hätten sich passiv verhalten sollen. Wenn die Arbeiter das örtliche Entscheidungsrecht hätten, würden sie mit den sozialdemokratischen Unternehmern schon fertig werden. So aber bleibt uns nichts weiter übrig, als dem Urtheil der Reuner-Kommission zuzustimmen.

Hug-Bant: Ich bedauere auf's Tiefste, daß sich der Parteitag auch in diesem Jahre wieder mit Banter Verhältnissen beschäftigen muß. Um kein Oel ins Feuer zu gießen und im Vertrauen auf die Einsicht des Parteitages, hatte ich mir vorgenommen, nur eine kurze Erklärung in der Sache abzugeben. Die Ausführungen des Genossen Gemoll zwingen mich, etwas mehr zu sagen. Es ist ein starkes Stück von ihm, zu behaupten, die beiden aufgestellten Formeln: 1. daß ein Parteigenosse als Unternehmer die Forderungen des Arbeiters unter allen Umständen zu bewilligen habe und 2. daß Unternehmer überhaupt nicht in die Partei gehörten, seien nicht bestimmend gewesen für die Parteiversammlung beim Ausschluß der in Frage kommenden Parteigenossen. Ich bin in der Lage, zu beweisen, daß es doch der Fall gewesen ist. Wie Genosse Gerisch bereits gesagt hat, ist 3 Tage nach Beginn des Maurerstreiks in einer Parteiversammlung eine Proskriptionsliste vorgelegt und verlangt worden, ohne Untersuchung der einzelnen Vergehen, kurzer Hand die Angeklagten aus der Partei auszuschließen. In dieser Versammlung wurden die fraglichen Formeln schon aufgestellt. Man wollte prinzipaliter entscheiden. Mit Mühe setzte ich mit einigen wenigen Parteigenossen durch, eine Kommission zur Prüfung der Anklagen einzusetzen. In dieser Kommission verlangten die Ankläger fortgesetzt, die Anklage sollte im Sinne der Formeln prinzipaliter nur entschieden werden. Keiner von den Freunden des Anklägers protestirte gegen die aufgestellten Formeln. Ich schrieb an Auer, um die Meinung des Partei-Vorstandes über diese Formeln und die Formel, daß jeder Streikbruch ohne Ausnahme eine ehrlose Handlung sei, wogegen ich auch protestirt hatte. Auer's Antwort ergab eine völlige Uebereinstimmung mit meinen Ansichten über die Dinge. Ich las in der Kommission meinen Brief und die Antwort Auer's vor. Keiner von den Anklägern und deren Freunden protestirte dagegen, daß diese Formeln für das Votum der Kommission grundlegend sein sollten. Als ich in der Parteiversammlung Namens der Minderheit der Kommission ausführlich Bericht erstattete — was an sich

Digitized by Google

schon als ein Verbrechen angesehen wurde — haben gerade meine Ausführungen über das Recht der Unternehmer, die Parteigenossen sind, Lohnforderungen der Arbeiter zurückzuweisen, sich zu koaliren, selbst Streikbrecher zu engagiren, den allerschärfsten Widerspruch erfahren. Die Versammlung hat es abgelehnt, über jeden Einzelnen, je nach der Schwere der Anschuldigungen, zu urtheilen. In Bausch und Bogen wurden die Angeklagten ausgeschlossen. Selbstverständlich sind ihnen auch angebliche Thatsachen zur Last gelegt worden, die Ankläger und deren Freunde hielten es nur nicht der Mühe werth, die Behauptungen zu beweisen. Wenn irgendwo das Wort Auer's am Platze ist, daß zu oft die Dinge aus dem Gefühl heraus und nicht mit dem kühl erwägenden Verstand beurtheilt werden, so ist es hier der Fall. Ich habe mit meinem bischen Verstand versucht, meine Parteigenossen zu einem objektiven Urtheil zu bewegen, es ist mir nicht gelungen. Ja, mir ist es noch schlimmer gegangen als dem Auer. Mir hat man nicht blos das Klassenbewußtsein und das Verständniß für gewerkschaftliche Dinge abgesprochen, sondern es wurden Stimmen laut, welche meinten, ich gehörte ob meiner Ketzerei auch auf die Proskriptionsliste. Es möchte für einen schnellen Frieden bequemer sein, die Angeklagten aus der Partei zu werfen, gerecht wäre es nicht. Ich gehe lieber zu Grunde, als daß ich das Unrecht mitmache. Nehmen Sie, werthe Genossen, den Antrag der Reuner-Kommission an, dann ist wenigstens die Hälfte des in Bant begangenen Unrechtes wieder gut gemacht. Weisen Sie damit das Ansinnen zurück, die Partei solle Büttel und Henkersknecht für die Gewerkschaften sein.

Gemoll-Bant: Gerisch hat selbst erklärt, daß seine Informationen von den Unternehmern stammen, meine stammen von den Arbeitern. Nach den Worten des Vorredners und nach dem Urtheil des Schiedsgerichts ist es wunderbar, daß nicht die Unternehmer den Ausschluß der Arbeiter aus der Partei beantragt haben. Die Unternehmer konnten die Forderungen bewilligen, sie haben doch den Italienern, den bedürfnißlosen Makkaronimännern, denselben Lohn gezahlt, die deutschen Maurer aber haben sie sogar aus den Arbeitsstättten vertrieben; dieselben Unternehmer, die als Genossen für den Achtstundentag eintraten, haben die Italiener 14 Stunden arbeiten lassen. Sollen wir das in unseren Reihen dulden? Dann nehmen Sie doch lieber gleich die Kühnemänner und Krupp in die Partei auf! Lehnen Sie den Schiedsspruch ab und gießen Sie nicht Wasser auf die Mühle einiger Leute, die heute schon die Partei schädigen!

Gerisch: Ich verwahre mich entschieden gegen die Insinuation, als ob ich meine Information von den Unternehmern hätte. Ich habe meine Information gewonnen aus vielstundenlanger, sorgfältiger, gewissenhafter Verhandlung. Gemoll kann mir das Zeugniß nicht versagen, daß Niemand den Vorsitz objektiver, loyaler und gewissenhafter führen konnte als ich in dieser Verhandlung. Wie schwierig die Verhältnisse sind, sehen Sie aus den verschiedenen Darstellungen. Wir können Ihnen nur das vortragen, was wir sorgfältig ermittelt haben, und dies Resultat meiner Ermittelungen hat auch Gemoll mitunterzeichnet. Zu einer neuen Differenz hatte es geführt, daß die Arbeiter nach Beendigung des Streiks noch einen Aufruf erließen: Zuzug ist fernzuhalten! Das brauchten sich die Unternehmer ebensowenig gefallen zu lassen, wie die Arbeiter sich schwarze Listen gefallen lassen. Es wurde dieser Aufruf denn auch geändert und der Friede wieder hergestellt. Ich wiederhole: die ganze Streikgeschichte dreht sich darum, sind die Unternehmer sozialdemokratischer Gesinnung verpflichtet, von vornherein Alles zu bewilligen, was die Arbeiter fordern. Stellen wir uns auf diesen Standpunkt nicht, dann haben wir nur zu untersuchen, ob von den Unternehmern illoyale Mittel angewandt sind. Diese Frage ist aber vom Schiedsgericht, der Kontroll- und der Reuner-Kommission verneint worden.

Windhoff-Düsseldorf wiederholt einen vorher abgelehnten Schlußantrag: Wir haben erst einen Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Wohin soll das

Digitized by Google

führen, wenn das nächste Jahr statt zweier Beschwerden fünf oder zehn vorliegen sollten und wir ebenso gründlich verfahren.

Beyer-Leipzig spricht gegen den Schluß. Es ist eine ganz neue Frage, die gründlich erörtert werden muß, und damit wir wissen, wie wir uns für die Zukunft verhalten sollen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort erhält

Böhle-Straßburg: Ich hätte aufs Wort verzichtet, aber ich bin genöthigt, eine kurze Erklärung abzugeben. Der Beschluß der Kommission, so kurz wie möglich zu berichten, scheint ein Fehler gewesen zu sein. Uns hat aber nur die eine Frage vorgelegen, ob Gründe vorhanden sind, die den Ausschluß aus der Partei auf Grund des Organisationsstatuts rechtfertigen. Diese Frage haben wir mit 8 gegen 1 Stimme verneint. Weiter hatten wir nichts zu prüfen. Namens der Neunerkommission stelle ich folgenden Antrag:

„In Sachen Tapken und Genossen, Bant-Wilhelmshavener Bauunternehmern, lag der Kommission die Frage vor, ob der Ausschluß Tapken und Genossen aus der Partei gerechtfertigt ist. Die Kommission kommt zu der Auffassung, daß sich ein Ausschluß aus der Partei nicht rechtfertigen läßt. Obwohl das Verhalten dieser Genossen, Unternehmer, nicht einwandsfrei ist, sind aber doch die Gründe nicht hinreichend, um sie aus der Partei auszuschließen.

In die Prüfung der Frage, inwieweit die Forderungen der Arbeiter berechtigt waren, ist die Kommission nicht eingetreten.

Festgestellt wurde, daß, nachdem die sozialdemokratischen Unternehmer die Forderung der Arbeiter ablehnten, sofort der Antrag auf Ausschluß aus der Partei von dem sozialdemokratischen Verein in Bant gestellt wurde. Die Kommission beantragt deshalb, der Parteitag wolle dem Antrag der Genossen in Bant, den Schiedsspruch aufzuheben, nicht beitreten."

Dieser Antrag wird angenommen.

Singer: Damit ist Punkt 1 und 2 unserer Tagesordnung vollständig erledigt. (Heiterkeit.) Statt die Abendsitzung abzuhalten, schlage ich vor, heute bis 8 Uhr zu arbeiten.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Schwartz übernimmt den Vorsitz.

Zur Verhandlung kommt Punkt 3 der Tagesordnung: **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.**

Dazu liegen die Anträge 70 bis 82, 90, 97, 104 bis 106, 110 und 118 vor:

Südekum beantragt, die Anträge 17 und 72 als zur Wohnungsfrage gestellt zu betrachten.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit erstattet

Wurm: Die Thätigkeit der Reichstagsfraktion ist im Allgemeinen von keiner Seite beanstandet worden. Erst in letzter Zeit ging ein Artikel von Parvus durch die Presse, der einen Antrag, den wir im Reichstag gestellt, aber noch nicht verhandelt haben, als unthunlich, unpraktisch und einen Rückschritt gegen früher bezeichnet, den Antrag auf Einführung eines Zehnstundentages. Es ist jedoch ein Irrthum von Parvus, wenn er glaubt, daß wir diesen Antrag eingebracht haben, um den bürgerlichen Parteien goldene Brücken zu bauen, im Gegentheil, er soll und wird die Heuchelei der bürgerlichen Sozialreformer entlarven. (Sehr richtig!) Zunächst: Unser Antrag verlangt nicht nur die Höchstgrenze von 10 Stunden, sondern er will diese für alle im Lehr-, Arbeits- und Dienstverhältniß, im Gewerbe-, Industrie-, Handels-

Digitized by Google

und Verkehrswesen beschäftigten Personen vorläufig auf 10 Stunden festgesetzt wissen und innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden verkürzt haben. Parvus irrt sich, wenn er meint, das Zentrum habe bereits einen annähernd gleichen Antrag eingebracht, der einen Maximalarbeitstag von 63 Stunden wöchentlich einführt; dieser Antrag ist nur von der Minorität des Zentrums eingebracht. Dr. Hitze befindet sich selbst mit seiner verwässerten Arbeiterfreundlichkeit in der Minderheit; der größte Theil des Zentrums befindet sich unter der Führung des Frhrn. v. Hertling noch durchaus auf manchesterlichem Standpunkt in der Arbeiterpolitik. Der 63-Stundentag, den die Minorität des Zentrums unter Hitze's Führung 1897 eingebracht hatte, fiel, der größte Theil des Zentrums stimmte dagegen. Beschlossen wurde 1897 nur, die Regierung zu einer Enquete aufzufordern, welche die Nothwendigkeit einer aus gesundheitlichen Rücksichten gebotenen Verkürzung der Arbeitszeit und deren gesetzliche Festlegung prüfen sollte. Der hygienische Maximalarbeitstag für die gesundheitsgefährlichen Betriebe ist aber garnichts Neues! Schon auf Grund der bestehenden Gewerbeordnung hat nach § 120e Abs. 3 der Bundesrath das Recht, derartige Verordnungen zu erlassen; daß er es bisher in so ungenügendem Maße that, liegt gerade an der sozialpolitischen Lauheit des Zentrums, das, wenn es seine Macht zu Gunsten der Arbeiter ernsthaft zur Geltung bringen wollte, schon längst weitgehende Verbesserungen geschafft haben könnte. Das aber will und kann es nicht, denn es ist eine kapitalistische Partei, und gerade unser Zehnstundenantrag wird uns auch Gelegenheit geben, die sozialpolitische Heuchelei des Zentrums zu entlarven, weil es dann nicht mehr mit der Ausrede ausweichen kann, daß wir Unmögliches fordern.

Von anderer Seite ist der Fraktion kein Vorwurf gemacht worden, ein Beweis, daß wir auf dem rechten Wege sind. Die Vorgänge im Parlament haben gezeigt, wie richtig der Satz unseres Programms ist daß die Arbeiterklasse sich selbst befreien muß. Nicht durch das Wohlwollen der herrschenden Klassen erringen wir etwas, sondern nur durch fortgesetzten Kampf. Vor Allem gilt es, dem Militarismus und Marinismus den Krieg zu erklären. Seit 1890/91 sind die Ausgaben für Heer und Flotte um 250 Millionen gestiegen, das ist um 40 Prozent! Dazu kommt unsere Kolonialpolitik, die uns einen jährlichen Zuschuß kostet, der fast anderthalb Mal so viel wie der gesammte Handel mit unseren Kolonien beträgt. Und Sie wissen, zu welchen abenteuerlichen Experimenten diese Zustände geführt haben! Sie kennen die Expansionspolitik, die der Kapitalismus treibt, um sich neue Absatzgebiete zu eröffnen und die Waaren, die er nicht im Inlande absetzen kann, weil er die Arbeiter darben läßt, im Auslande unterzubringen. Sie kennen die China-Expedition, die außer den Vorschuß-Lorbeeren nichts gebracht hat als ein paar Orden für Diejenigen, die an der Spitze standen, dem Volke aber neue Lasten auferlegt, den Handel nach China ruinirt und ein Defizit im Reichshaushaltsetat verursacht hat, wie wir es bisher nicht kannten. Die Folgen werden neue Steuern sein. Und das, obwohl die indirekten Steuern schon in den letzten Jahren kolossal gestiegen sind! 1881 betrugen sie pro Kopf 8 Mark, jetzt 14,5 Mark! Dabei weigert sich die herrschende Klasse, eine Reichseinkommensteuer, die einzig richtige Steuer, einzuführen. Leicht erklärlich, denn dann müßten für jede 100 Millionen Mark Reichseinnahmen die reichsten Einkommen mindestens mit 1¹/₉ pCt. besteuert werden. Den Millionären würde also für jede 100 Millionen Mark zu Gunsten des Reichs eine Steuer auferlegt von mindestens 15 000 Mark, und dafür sind die Herren nicht zu haben, so weit reicht ihr Patriotismus nicht. Während so die Lasten sich immer vermehren, steht die Sozialreform unter dem 12000 Mark-Grafen völlig still. Die Regierung ist abhängig vom Zentralverband deutscher Industrieller.

Digitized by Google

Und das Zentrum, das sich draußen so sehr seiner Arbeiterfreundlichkeit rühmt, ist es, das hemmend, bremsend und ernüchternd auf die Sozialreform einwirkt. Auf der anderen Seite sehen wir, wie sich eine Art patriarchalischer Fabrik-Feudalismus breit macht, der nicht nur eine materielle Schädigung der Arbeiter herbeiführt, sondern eine sittliche Korruption. Es ist die höchste Zeit, einmal die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen namentlich des Herrn Krupp zu beleuchten. In seinem Pensionsstatut findet sich u. A. die Bestimmung, daß die Beiträge der entlassenen oder freiwillig abgehenden Arbeiter der Kasse verfallen. Es werden aber jährlich etwa 8000 Arbeiter aus dem Krupp'schen Betriebe entlassen und 200 000 Mark Beiträge gehen auf diese Weise den Arbeitern verloren und kommen in den großen Fond; dann wird nachher so großes Rühmen gemacht von der Wohlfahrtsthätigkeit Krupp's, während sie zu so großem Theile mit aus den Taschen der Arbeiter bezahlt wird. Andererseits führt sie dahin, daß die Arbeiter sich alles gefallen lassen, nur um ja nicht ihre theuer erkauften Pensionsansprüche zu verlieren! Leider bieten uns die Gesetze noch keine Handhabe, diesem Treiben ein Ende zu machen. Die Fabrikpensionskassen haben ferner die Schattenseite, daß die Arbeiter sich Alles gefallen lassen, um nicht der Beiträge verlustig zu gehen. Das ist eine schwere Anklage gegen die staatliche Pensionskasse, die Invalidenversicherung! Wenn diese ausreichte, würden die Arbeiter nicht nach den Fabrikpensionskassen so begierig sein!

Die Fraktion hat einmüthig gegen das Budget gestimmt, aber nicht nur weil die Reichseinnahmen hauptsächlich auf den indirekten Steuern beruhen, die vorzugsweise den ärmeren Theil der Bevölkerung belasten, und nicht nur, weil die Sozialdemokratie dem kulturfeindlichen Militarismus jeden Groschen verweigert, sondern auch weil wir durch die Ablehnung des Budgets den grundsätzlichen Gegensatz zum Ausdruck bringen, in dem sich die Arbeiterklasse gegenüber dem kapitalistischen Klassenstaate und seiner Regierung befindet. Das ist der Standpunkt, den die Sozialdemokratie im Reichstage immer eingenommen hat, leider aber nicht überall in den Einzelstaaten, und ich bedauere das auf das Tiefste. Ich bin genöthigt, darauf näher einzugehen, um so mehr, als in den „Sozialistischen Monatsheften", die man richtiger als sozialistische Mauserungshefte bezeichnen kann (sehr wahr!), wieder einmal ein Artikel gestanden hat, in dem Einer das Bedürfniß fühlt, sich in seiner ganzen Mauserung zu zeigen. In diesem Artikel hat Fendrich, Mitglied des Badischen Landtages, eine neue Theorie der Budgetbewilligung aufgestellt, was bisher nicht sozialdemokratische, nein einfach demokratische Auffassung war. Er kennt nicht das ABC der Demokratie. Er meint, wir müßten das Budget nach dem Prozentsatz von Gut und Böse betrachten, das darin enthalten ist. Er erfindet eine Art Prozentbudgetbewilligung (Heiterkeit!), wie sie bei Liberalen, Zentrum und Konservativen gilt, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen. Die Sozialdemokratie aber sagt im ersten Theil des Programms, daß sie die heutige Gesellschaftsordnung für ein Unglück hält. (Sehr richtig!) Durch unsere Budgetverweigerung erklären wir, daß wir mit dem herrschenden System nicht einverstanden sind. Fendrich stellt die Dinge geradezu auf den Kopf. Er sagt in den „Sozialistischen Monatsheften": „Werde die Budgetverweigerung gegenüber allen Regierungen von Klassenstaaten auf Grund des Prinzips programmatisch den sozialdemokratischen Abgeordneten zur Pflicht gemacht, dann wird der ganze zweite Theil des Programms zur Phrase, zur Komödie. Es sei denn höchstens, daß wir uns einbildeten, die Regierungen würden so liebenswürdig sein, von uns im Programm aufgestellte und in den Parlamenten beantragte Forderungen mit gegen unsere Stimmen bewilligten Mitteln solange durchzuführen, bis die ganze Regierungspolitik durch die Selbst-

Digitized by Google

losigkeit der bürgerlichen Parteien und unsere unentwegte Nichtbewilligung von Mitteln schließlich einen sozialistischen Charakter erhielte, der es uns ermöglichte, ohne prinzipielle Bedenken für den Etat zu stimmen. Das ist natürlich ein roh zugehauenes und karrirtes Schema, aber es kennzeichnet in groben Zügen den Gang, welchen die Dinge nach den Illusionen der geschworenen Budgetverweigerer nehmen müßen."

Er meint also, daß wir alle Zugeständnisse des zweiten Theils nur dann zu fordern berechtigt sind, wenn wir das Budget bewilligen. Offenbar kennt Fendrich die Geschichte der Partei nicht. Obwohl wir im Reichstage das Budget immer abgelehnt haben, so haben wir doch trotzdem Jahr für Jahr Zugeständnisse auf dem Gebiet der Sozialreform erzielt. Glauben Sie denn, daß uns mehr gegeben würde, wenn wir uns freiwillig beugten, wenn wir den Kotau vor der Regierung machten? (Heiterkeit und Zustimmung.) Wohin es kommt, wenn man nachgiebig ist, wenn man Rechnungsträgerei übt, das haben wir an dem einst auf seine Opposition so stolzen Zentrum gesehen, das jetzt eine Jasagemaschine geworden ist. Die Budgetverweigerung ist ein integrirender Bestandtheil unserer gesammten programmatischen Forderungen. Es zeigt auch einen bedauerlichen Mangel an Kenntniß der Parteigeschichte, wenn Fendrich behauptet — und Artikel in den „Monatsheften" haben es auch behauptet und dadurch große Verwirrung gestiftet, der auch Jaurès zum Opfer gefallen ist —, daß es ein absolut neuer Vorgang war, als die Fraktion 1899 dem abgeänderten Invalidengesetz seine Zustimmung gab. Das ist unrichtig: 1869 hat die Fraktion sogar einem Lohnbeschlagnahmegesetz gegenüber den anderen Vorschlägen als dem kleineren Uebel, das wir direkt verwarfen, ihre Zustimmung gegeben. Wenn wir 1889 dem Entwurf der Invalidenversicherung nicht zugestimmt haben, so hatte das sachliche Gründe. Fendrich meint dann weiter, so lange kein Ausnahmegesetz bestehe, lasse sich gegen die Budgetbewilligung nichts einwenden. Er will die Budgetbewilligung zur Regel und die Ablehnung zur Ausnahme machen. Sie soll erst dann eintreten, wenn wir mit der Hundepeitsche traktirt werden. (Sehr gut!) Ich muß sagen, speziell die badische Regierung hat da mehr Charakter bewiesen als Fendrich, der jenen Grundsatz vertritt. Minister Eisenlohr als Klassenstaatsminister hat 1897 erklärt, die Aufgabe der Regierung sei, die Sozialdemokratie zu bekämpfen — eine runde und nette Erklärung, und Dreesbach stimmte denn auch gegen den Etat. Das nächste Jahr aber stimmte er schon für den Etat (hört! hört!), obwohl derselbe Eisenlohr noch Minister war, und 1901 macht Fendrich daraus schon ein System: die „Politik der reinen Negation" müsse abgelehnt werden. Das ist auch so ein Gespenst das bei gewissen Leuten immer wieder auftaucht und vor dem sie sich fürchten! Nun, wenn die Zustände so sind, daß wir immer nein sagen müssen, weil Das, was uns geboten wird, viel zu wenig ist, wäre das dann eine prinzipiell negative Thätigkeit? Ist die Abwehr von Feinden nicht genau so ein Theil des Kampfes wie der Angriff? Wenn wir Nein sagen, so ist das eine ebenso im Interesse der Arbeiter liegende positive Thätigkeit, wie wenn wir Ja sagen.

Nur Diejenigen, die meinen, man müsse den Parteien, die sich für Sozialreformer ausgeben, es nicht so schwer machen, mit uns gemeinsam zu gehen, können für die Budgetbewilligung sein. Daß mitunter einzelne Fälle eintreten können, wo die Bewilligung des Budgets erfolgen muß, weil wir das kleinere von zwei Uebeln zu wählen haben, das gebe ich zu, das kommt ja auch in der Resolution Bebel zum Ausdruck. Ich erinnere an Hessen, das nur eine Gesammtabstimmung über die Einnahmen, nicht über die Ausgaben hat. Der Landtag kann, wenn er will, einen geringeren Prozentsatz an Steuern beschließen, als die Regierung beantragt. Ein solcher Fall ist eingetreten, und da haben unsere Genossen gemäß unserer alten Taktik das kleinere Uebel gewählt und dem Budget zugestimmt, aber sie haben kein Prinzip daraus gemacht; sie haben, wie mir

Digitized by Google

Sachkenner, z. B. Ulrich, privatim mittheilten, nur in diesem einzelnen Fall, nicht aber prinzipiell für das Budget gestimmt. Fendrich jedoch macht die Ausnahme zur Regel und die Regel zur Ausnahme. Wohin es führt, wenn man gute Miene zum spösen Spiel macht, das zeigt uns der russische Orden, der dem Minister Millerand zugeflogen ist (sehr gut!), das zeigen uns die Fabier in England, die für den Imperialismus eintreten, das ist für die Raubpolitik des Transvaalkrieges! Es hat mal geheißen: Kanonen für Volksrechte, jetzt heißt es: Budgetbewilligung für Volksrechte, und nächstens wird es noch anders heißen. Man will sich das Bischen Sozialreform um das Linsengericht der Opposition erkaufen, der zielbewußten Opposition gegen das kapitalistische System, das uns gegenübersteht. Wir müssen uns auf diesem Parteitag gründlich mit dieser Frage befassen. Es ist, wie ich gehört habe, von einigen Genossen geplant, die Sache zu verschieben aus Mangel an Zeit, und sie im nächsten Jahre als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Ich warne auf das Entschiedenste davor, wir dürfen solche Krebskrankheiten nicht weiter um sich greifen lassen; böse Beispiele verderben gute Sitten. Wir brauchen nicht in das Ausland zu gehen, auch im Lande haben wir schon sonderbare Blüthen. In einem Bergwerksrevier — einen Namen will ich nicht nennen — wurde ein Reichtagskandidat aufgefordert, am 18. März eine Rede zu halten; er sagte: Nein, das kann ich nicht, denn dann bekomme ich keine Stimmen von den indifferenten Bergleuten. (Hört! hört!) Sehen Sie, das ist die Konsequenz der Rechnungsträgerei, daß man die Grundlage unseres Seins aufgiebt, daß aus elender Mandatshascherei man einfach die Prinzipien auf den Lumpenhaufen wirft. (Sehr gut!) Nein, wir sind nicht dazu da, mit allen Mitteln nach Wählern zu fischen, und wir danken für solche Wähler! Wir wollen mit offenem Visir kämpfen, als die Sozialdemokraten, die wir sind, und wollen uns nicht in ein Lammfell hüllen. Wir tragen auch nicht, wie Schnock, der Schreiner, in Shakespeare's Sommernachtstraum, nur die Maske eines Löwen, die wir, um ängstliche Gemüther nicht zu erschrecken, abnehmen und sagen: Verehrtes Publikum, fürchte Dich nicht, ich bin ja kein Löwe, ich bin nur Schnock, der Schreiner! (Sehr gut!) Nein, diese Methode wollen wir nicht mitmachen. Wir sind, was wir waren, und wenn wir es nicht mehr sind, dann werden wir überhaupt nicht mehr sein. Wir wollen den Protest gegen die kapitalistische Wirthschaftsordnung und ihre Regierung, mit dem wir das geworden sind, was wir jetzt sind, nicht aufgeben, vielleicht blos, um ein gnädiges Lächeln zu erreichen; dafür danken wir. Bebel hat die Bezugnahme auf die höfischen Demonstrationen aus der Resolution gestrichen, weil es ganz selbstverständlich ist, daß Sozialdemokraten sich daran nicht betheiligen; wenn es aber doch geschehen sollte, dann ist es Sache der Genossen am Ort, das Nöthige zu veranlassen. Wir, die wir Vertreter der so wie bisher revolutionären Sozialdemokratie sind, wir, die gegenüber dem Klassenstaat, gegenüber der kapitalistischen Wirthschaftsordnung ein unversöhnliches Nein haben, wir werden nicht wanken und weichen von unserem Endziel, das darauf hinausgeht, die kapitalistische Wirthschaftsordnung umzugestalten in eine sozialistische.

Von diesem Standpunkte aus bitte ich, die Anträge zu betrachten, die zu der parlamentarischen Thätigkeit gestellt sind. Ich kann nicht vorschlagen, sie sämmtlich der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen; nicht weil jene Anträge nicht werth sind, daß wir sie erwägen, sondern weil sie einfach von der Fraktion verlangen, etwas zu thun, was sie bereits gethan hat. Es ist doch etwas blamabel für uns gegenüber Denjenigen, die unsere Thätigkeit im Reichstage nicht kennen, wenn derartige Anträge gestellt werden, die den Anschein erwecken, als wenn wir bisher geschlafen hätten! In Elberfeld hat man sogar verlangt, die Fraktion solle einen Maximalarbeitstag beantragen, ohne Grenze! Wir sollen das Koalitionsrecht schützen, fordert ein Berliner Wahlkreis. Ja, was

Digitized by Google

denkt sich eigentlich der 5. Berliner Wahlkreis von der Reichstagsfraktion? Hat sie nicht durch Alles, was sie gethan hat, das Koalitionsrecht geschützt? Oder glauben Sie, daß es, wenn man noch ein paar Anträge mehr formulirt, die nachher doch nicht zur Verhandlung kommen, die positivste Thätigkeit wäre? Nein, unsere positive Thätigkeit besteht auch darin, daß wir fortgesetzt, bei jeder Gelegenheit, Kritik üben.

Daß wir bei Besprechung des Gumbinner Prozesses die Zustände in unserem Militärstrafverfahren geißeln werden, ist selbstverständlich, dazu bedarf es keiner Anträge. Aber es ist ein Fehler, wenn man glaubt, daß allein durch eine Verbesserung der Militärstrafprozeßordnung schon diese Zustände in Ordnung gebracht würden. Nein, sie sind eine Konsequenz des ganzen militaristischen Systems. (Sehr wahr!) Dieses „Zu Befehl, Herr Richter!" ist des Pudels Kern; diese Einschüchterung, die sich bis in das Zivilleben der Soldaten erstreckt; unsere Redakteure können aus ihren Prozessen von den Soldaten-Zeugen ein Lied erzählen. Das System müssen wir zu ändern suchen, nicht an Symptomen herumdoktern.

Ich kann im Namen der Fraktion versichern, daß unter uns niemals ein Zwiespalt war über das, was wir zu thun haben. Meinungsverschiedenheiten im Einzelnen, gewiß; aber getreu unserem Programm gehen wir einig vorwärts auf der alten Bahn und werden das weiter thun, bis wir das Ziel erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Schwartz. Es ist ein Antrag eingegangen, sämmtliche Anträge der Reichstagsfraktion zur Erwägung zu überweisen, soweit sie nicht mit der Budgetbewilligung im Zusammenhang stehen.

Böhle-Straßburg begründet den Antrag. Wir können uns die Zeit der Debatte sparen.

Vors. **Schwartz**: Wer will gegen den Antrag sprechen?

Bebel: Ich protestire dagegen, daß dieser Antrag jetzt schon zur Abstimmung kommt; es kann erst nach Schluß der Diskussion mit den anderen Anträgen zusammen geschehen. (Zustimmung.)

Die Debatte wird eröffnet.

Von den vorliegenden Anträgen werden nur die beiden Resolutionen 104 und 110 genügend unterstützt. Die übrigen Anträge werden also nicht mit zur Debatte gestellt.

Fendrich-Durlach: Es handelt sich bei der Frage der Budgetbewilligung nicht um eine Mauserung, sondern um das Verfahren der badischen Fraktion seit 1891. Der Beschluß, das Budget zu bewilligen, ist einstimmig gefaßt, meine Begründung wurde von 5 der Kollegen, mit denen ich darüber sprach, gutgeheißen. Handelt es sich denn um etwas so ganz Neues? Hat nicht in einer viel schlimmeren Zeit, unter dem Sozialistengesetz, selbst Liebknecht in Sachsen das Budget bewilligt? In Frankfurt a. M. haben die Süddeutschen in ihrer Resolution die Frage als eine reine Zweckmäßigkeitsfrage bezeichnet. Damals sollte festgestellt werden, daß die Frage keine taktische, sondern eine prinzipielle ist, und deshalb sind wir mit der heutigen Resolution Bebel, wenn das Amendement Baudert dazu angenommen wird, einverstanden. Es kommt vor Allem darauf an, eine gewisse Einigkeit zu erzielen, und da die Resolution Bebel die Frage als taktische bezeichnet, können wir für dieselbe in Verbindung mit dem Amendement Baudert ruhig stimmen. Das Amendement ist nöthig, weil wir nach der Verfassung keine Instruktionen über unsere Abstimmung von irgend Jemandem entgegennehmen dürfen. Ich soll nun unsere badischen Verhältnisse so rosig geschildert haben; aber in Wirklichkeit wird auch hier wieder ein ungeschickter Ausdruck benutzt, um Dem, von dem er stammt, einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Die französischen Genossen haben schon wiederholt für das Budget gestimmt, ebenso die italienischen, während die dänischen

Digitized by Google

Genossen sich entweder der Abstimmung enthalten oder auch dafür, keinesfalls aber dagegen stimmen. Daß die Frage eine taktische ist, beweist auch das in Frankfurt von Stadthagen gestellte Amendement. Unsere Stellung zur Regierung kam in Baden in den Einzelabstimmungen zu Tage, wo wir dem Minister Eisenlohr das Gehalt verweigerten. Wurm spricht von einer Prozentualrechnung, aber Kunert und auch Bebel haben das in Frankfurt als begreiflich bezeichnet. Bei uns in Baden verhalten sich die Ausgaben, die wir bewilligen können, zu denen, die wir nicht bewilligen können, wie 9 zu 1. In der „Neuen Zeit" wurde die ganze Frage als Charakterfrage bezeichnet. Dieser Ansicht bin ich auch, aber ich glaube, man muß so viel Fonds von innerem Charakter besitzen, um nicht auf der schiefen Ebene abzugleiten.

Blos-Stuttgart: Ich gehe nicht ganz so weit wie der Vorredner, aber auch ich stimme der Resolution Bebel zu. Wird die dort vorgeschriebene Taktik innegehalten, so fürchte ich weder Korruption noch Prostitution. Uns durch eine Resolution festzulegen, wie es Rosa Luxemburg will, halte ich für falsch. Daß wir das Reichsbudget wegen des Militäretats nicht bewilligen können, ist selbstverständlich, aber es sind schon Fälle dagewesen, wo wir Forderungen zwar nicht bewilligen, aber auch nicht direkt verweigern konnten. Ich erinnere an die Mittel zur Kriegsführung 1870/71. Die Lassalleaner haben die Mittel bewilligt, Liebknecht und Bebel sich der Abstimmung enthalten, mit vollem Recht, und eine motivirte Erklärung abgegeben. Es ist doch auch möglich, daß es Regierungen giebt, die einmal etwas so Vernünftiges vorschlagen, daß wir es akzeptiren können. Rosa Luxemburg sagt, unsere ganze Kritik wird zur Phrase, wenn wir nachher das Budget bewilligen. Denken Sie mal, eine Regierung würde eine vernünftige Eisenbahnpolitik betreiben. Wir Alle sind der Meinung, daß das Verkehrswesen ein wichtiges revolutionäres und unsere Bewegung förderndes Element darstellt. Wenn wir nun im Landtage durch unsere Stimmen eine solche Reform zu Fall bringen, dann kann der Spieß umgekehrt und mit vollem Recht gesagt werden, unser Eintreten für Eisenbahnreformen sei eine leere Phrase. Eine Festlegung auf die Budgetverweigerung ist auf keinen Fall angebracht. Ich wüßte keinen Genossen, der aus purem Muthwillen für das Budget stimmen würde. Parteigenossen, wir sind etwas eigenthümlich geartet, viel zu viel Zeit verbringen wir mit akademischen Diskussionen. Je größer unsere Partei wird, desto mehr wächst auch die Eigenartigkeit. Bei einer Bewegung von zwei Millionen läßt sich nicht Alles unter einen Hut bringen. Schon ist gesagt worden, es sei nicht gut, daß wir so groß geworden sind, es sei besser, wir würden wieder eine kleinere Partei. Wir alten Leute haben nun dreißig Jahre lang Alles gethan, um die Bewegung vorwärts zu treiben. Und wir sind groß geworden. Wenn wir jetzt wieder klein werden wollten, so würde das heißen, daß wir von unserer ungeheueren Macht keinen Gebrauch zu machen verstehen. Wir sollten nicht so viel spintisiren. Ich muß dabei immer an Miquel denken, der 1848 einem Freunde, der einem Bettler ein Almosen gab, zurief: Halten Sie doch die Krisis nicht auf! (Heiterkeit.) Je mehr wir uns mit praktischen Dingen befassen, desto mehr wird die Gefahr schwinden, daß eine andere Machtströmung kommt und uns bei Seite wirft. Wir sind bisher immer der Hammer gewesen, lassen Sie uns nicht in Gefahr kommen, vielleicht untergeordneter Dinge wegen zum Ambos zu werden.

Bebel: Es ist mir unerfindlich, wer unter uns wünschen könnte, wir sollten wieder eine kleinere Partei werden. Ein so absurder Gedanke ist öffentlich sicher nicht ausgesprochen worden. Es ist auch nicht die Lust am Spintisiren, an theoretischen Erörterungen, wenn wir uns über die vorliegende Frage unterhalten. Diese Debatte haben wir nicht gesucht, sie ist uns aufgezwungen worden. Aber nachdem unsere badischen Abgeordneten eine andere Stellung zum Budget eingenommen haben als die Sachsen, Bayern und Württemberger, da ist es doch im Interesse

Digitized by Google

der Partei geboten, derartige Widersprüche zu beseitigen und nach einem Standpunkt zu suchen, von dem aus wir Alle gemeinsam arbeiten können. Fendrich hat die Dinge so dargestellt, als handle es sich bei der Budgetbewilligung garnicht um ein Prinzip, sondern um eine taktische Frage. Bei dieser Gelegenheit muß ich die Unverfrorenheit abweisen, die in einem badischen Parteiblatt, im „Volksfreund", begangen worden ist. Das Blatt schreibt, — ich weiß nicht, ob Fendrich der Verfasser ist (Fendrich bestreitet es), ich habe es auch nicht behauptet —: „Die badische Budgetdebatte wird nicht so schlimm ausfallen, denn Bebel hat sich schon genöthigt gesehen, seine Resolution zurückzuziehen." Es ist eine Taktlosigkeit allerersten Ranges, so etwas zu schreiben. Ich habe mich nicht genöthigt gesehen, die Resolution zurückzuziehen, sondern die hier auf dem Parteitag anwesenden Genossen, die in den Landesvertretungen sitzen, sind zusammengetreten, haben die Resolution berathen und den Wunsch ausgesprochen, daß eine Form gefunden wird, der sie Alle zustimmen könnten. Ich habe dann mit Genossen aus den Landtagen einiger Einzelstaaten gesprochen, und speziell unser Veteran Löwenstein war es, der es für nöthig hielt, eine prinzipielle Resolution abzufassen und wünscht, daß ich dieses hier ausdrücklich erkläre. Dann haben wir uns auf eine Fassung geeinigt, die in ihren ersten beiden Absätzen durchaus prinzipiell ist und keinen Zweifel läßt, wie unsere Genossen zu stimmen haben. (Redner verliest die beiden Absätze seiner Resolution.) Das ist ein durchaus prinzipieller Standpunkt, der sich von dem meiner ersten Resolution nur dadurch unterscheidet, daß die erste Resolution die Gründe des Breiteren auseinandersetzt, weshalb so gestimmt werden soll, während ich mich jetzt mit der prinzipiellen Fassung begnüge. Gegen den dritten Satz hatte ich Bedenken, aber ich habe dann in der Auseinandersetzung den Eindruck gewonnen, daß es allerdings Fälle und Möglichkeiten giebt, wo unsere Genossen in den Landtagen in die Lage versetzt werden können, eine Ausnahme von der Regel zu machen.

Es steht von vornherein fest, daß die badischen Genossen kraft der in der Resolution ausgesprochenen Grundsätze g e g e n das Budget stimmen mußten, und indem sie dies nicht thaten, einen Verstoß begangen haben. (Sehr richtig!) Nach meiner Auffassung sind es nur g a n z a u s n a h m s w e i s e Fälle, für die einmal der letzte Satz der Resolution in Frage kommen könnte. Da man sich doch, wenn man einen solchen Satz vorschlägt, fragen muß, wann könnte das sein? so will ich Ihnen die zwei Fälle anführen, die dabei für mich in Betracht gekommen sind. Der eine Fall, der in Folge der eigenthümlichen Budgettechnik, die ja nicht überall gleich ist, eintreten kann, und der auch in Hessen bereits eingetreten ist, ist der, daß ein für die Steuerzahler günstigeres Budget fallen und ihnen ein ungünstigeres aufgehalst wäre, wenn unsere Genossen nicht für das erstere gestimmt hätten. Man zieht dann das kleinere Uebel dem größeren vor. Der andere Fall ist folgender: Im Gothaer Landtag sitzen 9 Genossen von uns und 10 Gegner. Nehmen wir an, nach der nächsten Wahl ist es umgekehrt. Dann verlangen wir selbstverständlich, daß unsere Genossen in Anbetracht ihrer Majorität das Budget nach ihrer Auffassung gestalten, und dann müssen sie doch auch dem Budget zustimmen. (Sehr richtig!) Das ist selbstredend. Unsere Genossen in Gotha sind auch insofern in einer günstigen Lage, als die Zivilliste aus dem Budget eliminirt ist. Dieselbe beruht auf Staatsverträgen, die mit dem Budget nichts zu thun haben. Das sind also die beiden Fälle, und da habe ich mir allerdings sagen müssen: So weit können wir nicht gehen, daß wir unseren Leuten unter allen Umständen einen Knüppel zwischen die Beine werfen. Ich erinnere an meine Ausführungen in Frankfurt a. M., wo Vollmar und Grillenberger sagten, ich wollte meiner persönlichen Gegnerschaft Ausdruck geben und es auf einen Bruch ankommen lassen. Damals erklärte ich: Das ist nicht wahr. Meine damalige Resolution war so milde wie möglich und deshalb habe ich mich auch jetzt gegen die Resolution Luxemburg erklärt. Nun wäre ja die ganze Frage

Digitized by Google

niemals auf einem deutschen Parteitage zur Erörterung gekommen. Denn wir einen deutschen Einheitsstaat besäßen. Den haben wir unglücklicherweise nicht, wir haben ein paar Dutzend Einzelstaaten und freie Städte mit selbständigem Leben, und für diese ganz verschiedenen Verhältnisse suchen wir einen gemeinsamen Boden zu schaffen. Das ist aber nothwendig, denn unsere Partei soll ja eine einheitliche sein, sie muß also auch einheitlich handeln.

Nun hat Fendrich die Abstimmung im badischen Landtag als sehr harmlos hinzustellen beliebt. Vor Allem weiß ich nicht — das ist weder aus seiner heutigen Ausführungen, noch aus seinem Artikel in den Monatsheften, noch aus dem von ihm im Auftrage der Landtagsfraktion bearbeiteten Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler hervorgegangen — warum die Genossen im badischen Landtag diesmal anders als früher gehandelt haben. Wenn in irgend einem Lande die ausschlaggebendsten Gründe maßgebend sein müßten, gegen das Budget zu stimmen, so vor Allem in Baden. (Sehr richtig!) Fendrich sagt selbst in seiner Broschüre, es sei die badische Regierung, die fortgesetzt dagegen ankämpft, das Landtags- und Gemeindewahlrecht zu verbessern und das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht einzuführen. Eine Haupt- und Kardinalforderung! Und ich behaupte, solange diese Forderung nicht erfüllt ist, können wir schon allein deswegen niemals ein Budget bewilligen. In Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht sind die Zustände in Baden so schlecht wie in irgend einem anderen Lande. Das giebt auch die Broschüre von Fendrich zu. Ohne jeden gesetzlichen Grund sind dort 100 000 Maiflugblätter konfiszirt, werden Versammlungen verboten, wird eine ganze Reihe von Maßnahmen gegen unsere Leute unternommen, werden Gedächtnißfeiern für die Kämpfer von 1848/49 verboten u. dergl. mehr. Mir selbst ist vor einigen Jahren bei Neumühl auf badischem Boden eine Versammlung nicht nur untersagt, sondern es ist auch ein ganzes Heer von Gensdarmen aufgeboten, die mit geladenem Gewehr vorgehen sollten, falls sie, nachdem die Aufforderung mit Hinweis auf die Aufruhrparagraphen auseinanderzugehen verlesen worden sei, auf Widerstand stießen. (Zuruf: Ist schon lange her!) Ja, aber der Geist ist noch derselbe.

Geradezu unerhört ist es, daß Fendrich den Verfassungseid als Grund angiebt, weshalb man für das Budget stimmen mußte. (Bewegung.) Wenn so etwas maßgebend sein soll, dann hört allerdings Alles auf. Wir haben im sächsischen Landtag erklärt: Wir leisten den Eid, wir betrachten ihn als leere Form, wir sind Republikaner und werden uns in unserer Abstimmung nicht dadurch gebunden halten. (Sehr wahr!) Der Verfassungseid ist ein altes Inventarstück aus den 30er und 40er Jahren, den die Regierungen nach der Revolution eingeführt haben, weil sie glaubten, sie sicherten damit in höherem Maße ihre Existenz. Die Reichsverfassung kennt ihn nicht, und wenn heute in einem Staate eine neue Verfassung beschlossen würde, würde Niemand mehr solchen Eid fordern, weil man weiß, daß er zwecklos und nutzlos ist. Und da kommt man sozialdemokratischerseits und sagt: wir haben den Eid geleistet und sind deshalb gezwungen, für das Budget zu stimmen. Wenn ferner über etwas Klarheit besteht, wie gestimmt werden muß, so ist es das Kultusbudget, soweit es sich auf Kirchen- und Religionsgemeinschaften bezieht. Hier muß und wird überall dagegen gestimmt, nach dem klaren Wortlaut unseres Programms. Aber in seiner Broschüre erklärt Fendrich, daß sie in Karlsruhe ihrer prinzipiellen Gegnerschaft dadurch Ausdruck verliehen hätten, daß sie sich der Abstimmung enthielten. (Hört! hört! Bewegung.) Einige Positionen sollen sogar durch diese Enthaltsamkeit angenommen worden sein. Kann man einen gröberen Verstoß gegen das Programm begehen? Deshalb habe ich auch ausdrücklich einen diesbezüglichen Satz in meine Resolution aufgenommen.

Sie erklären bei den Budgetforderungen für die Agrarier, daß Sie mit dem Zweck der bewilligten Mittel nicht einverstanden sind, stimmen aber doch

Digitized by Google

dafür. Ja, sie bewilligen über 32 000 Mark für die Organisation der Landwirthe, die doch sich nur organisiren, um dann besser für höhere Lebensmittelzölle wirken zu können. (Hört! hört!) Weiter ist gesagt, wer gegen das Budget stimmt, treibt Blanquismus. (Heiterkeit.) Vollmar wird sich sehr gewundert haben, wenn er das gelesen hat. (Erneute Heiterkeit.)

In welcher Weise überhaupt der einfachste demokratische Geist bei unseren badischen Genossen in die Brüche gegangen ist, das zeigt folgende Thatsache. Das offizielle badische Parteiorgan hat direkt verlangt, daß von oben herunter der Genossin Luxemburg entgegengetreten werde, es sei hohe Zeit, den Stänkereien ein Ende zu machen. Das ist die Preßfreiheit und die Meinungsfreiheit, wie man sie in Baden auffaßt! Würde der böseste Nationalliberale das fordern, so würde er verhöhnt, aber ein Parteiblatt darf das schreiben, ohne daß ihm die gebührende Antwort deshalb zu Theil wird. Das war keine Dummheit, das war mehr, das war eine Perfidie und Gemeinheit. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist weiter Thatsache, daß unsere badischen Genossen auch auf anderen Gebieten die eigenthümlichsten Seitensprünge gemacht haben. Der Oberbürgermeister von Karlsruhe, Schnetzler, ist ein Hauptsozialistenfresser, der sich den Haß unserer Genossen durch seine Maßnahmen zugezogen hat. Und als vor einigen Jahren die Frage der Gehaltserhöhung aufkam für diesen Mann, dem man nicht einen Pfennig bewilligen sollte, da stimmten unsere Genossen für die Gehaltserhöhung. (Hört! hört!) Noch mehr! Dieser Herr feierte im Laufe des Sommers sein 25jähriges Jubiläum durch ein Bankett, und unter Denen, die dazu auffordern, an der Feier theilzunehmen, findet sich unser Genosse Schaier, Schreiner und Stadtverordneter. (Hört! hört!)

Wie man sonst noch in Bezug auf die prinzipiellen Fragen in Baden denkt, zeige Folgendes: Auf dem badischen Parteitag im Februar d. J. äußerte Fendrich: „Wir müssen die Ideale in den Hintergrund stellen, nicht einmal das Wünschenswerthe, sondern nur das Erreichbare erstreben." Das ist der Possibilismus in seiner erschreckendsten Gestalt! (Sehr richtig!) Und der Genosse, der jetzt für den Landtag kandidirt, Kolb, sagte: „Innerhalb der nächsten zehn Jahre werden wir noch ganz anderen Programmballast über Bord werfen: das Wahlrecht der Frauen, die Minimalgrenze des Wahlrechts für männliche Arbeiter." Dieser Genosse weiß also nicht einmal, daß die Frage des Frauenwahlrechts in der ganzen Kulturwelt jetzt seinen Umzug hält und in einer ganzen Reihe von Staaten zur Geltung kommt. (Sehr richtig!) Er weiß nicht mal, daß in seinem Nachbarstaat Bayern für die Landtagswahlen das 21. Jahr gilt, er weiß nicht, daß für die Kommunalwahlen in Baden selbst das 21. Jahr gilt. Ja, wenn eine solche Rückständigkeit in den selbstverständlichsten Forderungen herrscht, über die zu diskutiren Keinem unter uns bei irgend einer Programmdebatte noch einfällt, wenn wir hören, daß unsere Genossen sich solche Blößen geben und derartige Meinungen vor versammeltem Parteitag äußern, dann haben wir alle Ursache, sie endlich einmal zu zwingen, künftig den Weg zu wandeln, den zu wandeln wir für absolut nothwendig halten. (Sehr richtig!)

Noch Eins: Es ist unter den deutschen Fürsten neben dem Kaiser der Großherzog von Baden, der bei jeder Gelegenheit in der schärfsten Weise sich gegen die Sozialdemokratie ausspricht. (Sehr richtig!) Ich nehme diesem Herrn natürlich nicht das Recht, das zu thun, ich konstatire einfach die Thatsache, aber wenn selbst der Landesfürst von diesem Geist gegen uns beseelt ist, wenn die Regierung durch eine ganze Reihe von Maßnahmen das Gleiche dokumentirt, dann ist es nicht nur eine Pflicht, nein, ich sage, eine Anstandspflicht der sozialdemokratischen Abgeordneten, einer solchen Regierung das Budget zu verweigern. (Sehr richtig!) Durch die Anfragen unserer Genossen im badischen Landtag ist konstatirt worden, daß die badische Regierung für die Flottenvorlage, für die Umsturzvorlage gestimmt hat, trotzdem bewilligt man ihr das Budget. Man

Digitized by Google

wirft die Frage auf: was soll denn dann werden? Zerbrecht Ihr Euch doch nicht den Kopf darüber, Ihr 5, 6 Männer im Landtage! (Heiterkeit.) Da haben Euere Vorfahren, die badischen Liberalen, in den 30er und 40er Jahren eine viel radikalere Haltung bewahrt, sie haben unter Rotteck und Welcker die Fahne des Liberalismus für ganz Deutschland aufgerollt. Bei uns ist es umgekehrt, in Baden kann es garnicht rasch genug rückwärts gehen durch unsere Parteigenossen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Es sind mir noch einige andere kompromittirende Vorgänge bekannt, ich höre aber, daß die Redezeit abgelaufen ist, und bitte Sie, unter allen Umständen für meine Resolution zu stimmen, aber das Amendement Baudert abzulehnen, das nur eine Hinterthür offen läßt. Von Baudert habe ich das nicht erwartet. Ja, Sie haben auch für das Budget gestimmt. Wer so viel Prügel von der weimarischen Regierung kriegt wie unsere Parteigenossen in Weimar, die heute alle unsere Versammlungen verbietet, und dann als Vertreter der Partei hinterher für das Budget stimmt, der besitzt allerdings eine Charaktereigenschaft, die ich nicht verstehe. (Stürmischer Beifall. Händeklatschen.)

Baudert: Zu den Schlußworten Bebel's habe ich zu erklären, daß in den früheren Jahren, wo ich das zweifelhafte Vergnügen hatte, allein im Landtage zu sitzen, ich stets g e g e n das Budget gestimmt habe. Dieses Mal trat ein eigenthümlicher Fall ein, der mich mit meinem Kollegen veranlaßte, eventuell, wenn ein bestimmter Antrag von dem Landtage angenommen werden würde, das Budget zu bewilligen, ohne damit der Regierung irgendwie ein Vertrauensvotum zu ertheilen. Wir kamen nicht in diese Lage, da der betreffende Ausschuß schon umfiel. Man kommt in eine schwierigere Lage, wenn man jetzt in größerer Zahl in der Körperschaft sitzt, als wie vorher in geringerer Zahl; in Gemeindevertretungen hat schon Mancher die Erfahrung gemacht. Ich sehe eine viel schärfere Opposition und ein stärkeres Mißtrauensvotum darin, daß man bei der Einzelberathung die einzelnen Positionen in scharfer Weise angreift. Ich habe die Diäten des Bundesbevollmächtigten abgelehnt, weil auf meine ausdrückliche Frage, welche Instruktionen die Regierung ihrem Vertreter gegenüber der Diätenforderung des Reichstages ertheilt habe, Schweigen erfolgte. Auf die Begründung der Ablehnung einer Etatsposition kommt es an, in ihr liegt meiner Ansicht nach der Protest.

Singer: Ueber das Amendement Baudert werde ich nicht sprechen; es kann nicht besser beurtheilt werden, als es durch Bebel geschehen ist. Ich spreche zur Resolution Bebel und schließe mich in ihren ersten beiden Sätzen durchaus seiner Meinung an. Die Frage der Gesammtbewilligung des Budgets müssen wir aus dem Gesichtspunkt des Vertrauens zu der Regierung betrachten; allgemein gilt sie als Vertrauensvotum für die Regierung, und daß wir keiner Regierung in Deutschland, mag sie sein, wo sie wolle, ein Vertrauensvotum zu ertheilten Ursache haben, darüber in diesem Saale ein Wort zu verlieren wäre ganz überflüssig. (Sehr richtig!) Aber ich spreche gegen den Schlußsatz der Bebel'schen Resolution; er will eine Zustimmung zu dem Budget dann gestatten, wenn ausnahmsweise zwingende Gründe bezw. besondere Verhältnisse vorliegen. Allen den Schäden und Nachtheilen, die Bebel Ihnen so beredt und richtig vorgehalten hat, wird durch den Schlußsatz Thür und Thor geöffnet. (B e b e l: Ist gar kein Gedanke!) Gewiß, Genosse Bebel! Wer entscheidet denn, was besondere Verhältnisse, was zwingende Gründe sind? Das entscheiden dann Diejenigen, die die Abstimmung vorgenommen haben. (Sehr richtig!) Ich bestreite garnicht, daß einmal ein Fall vorkommen kann, in dem eine Abweichung von der Regel angebracht ist; aber, Genossen, ich denke, wir Sozialdemokraten haben oft genug bewiesen, daß, wenn Genossen eines Landes oder Landestheils uns ihre zureichenden Gründe für ihr Verhalten dargelegt haben, wir sie nicht getadelt oder verurtheilt haben. Man warte also ab, ob besondere Verhältnisse

Digitized by Google

vorliegen, ob zwingende Gründe sich ergeben, aber man hat es nicht nöthig, vorher bereits festzustellen, daß in solchen Fällen die Budgetbewilligung eintreten kann, gerade weil darin die Gefahr liegt, daß, was wir prinzipiell wollen, dann praktisch mit zwingenden Gründen vertheidigt wird, die die Gesammtpartei als solche nicht ansehen kann. Ich bin also der Meinung, daß dieser Zustand eine Gefahr ist für die klare prinzipielle Stellung, die in den Vordersätzen der Resolution ausgesprochen ist, und weil ich wünsche, daß der Parteitag durch eine solche Resolution den Genossen in den Einzelstaaten die Rathschläge giebt, deren Ausführung wir im Interesse der Partei für nothwendig halten, deshalb wünsche ich, daß der dritte Satz der Resolution abgelehnt wird. Ich beantrage also getrennte Abstimmung.

Keil-Stuttgart: Ich hätte gewünscht, wir hätten einen Theil der Zeit, die wir in der Litteratendebatte vergeudet haben, die den Betreffenden selbst einen Genuß bereitet haben mag, für uns aber wenig Erhebendes hatte, für die gegenwärtige Frage verwendet. Es handelt sich um eine Frage der Taktik, nicht um eine solche der Theorie. Wir in Württemberg sind Baden benachbart. Die Verhältnisse bei uns liegen ähnlich, in Württemberg sicherlich nicht reaktionärer als in Baden. (Sehr richtig!) Wir haben gegen, die badischen Genossen für das Budget gestimmt, und ihre Abstimmung ist uns schon sehr hinderlich gewesen, noch mehr aber die Begründung, die Fendrich zuerst in dem Handbuch und nachher ausführlicher in den „Sozialistischen Monatsheften" gegeben hat. Wir könnten es uns ersparen, uns selber Knüppel zwischen die Füße zu werfen. Zitate aus Fendrich's Artikeln werden von unseren Gegnern ausgenutzt. In unserem Blatt haben wir noch keine Stellung genommen zu Fendrich, wir hätten sonst vielleicht auch so widerliche Debatten heraufbeschworen, wie solche hier in den letzten Tagen stattfanden. Was hat Fendrich nicht Alles gesagt! Er hat in seinem Artikel von der Budgetverweigerung gesprochen als von einem formalistischen Modus, von einer revolutionären Zeremonie, von einem konventionellen und völlig wirkungslosen Lufthieb. Von der Justiz sagt Fendrich, daß seit dem Ablauf des Sozialistengesetzes von klassenstaatlichen Auswüchsen der Justiz in Baden keine Rede sein kann. (Fendrich: Das habe ich ja nicht gesagt.) Redner verliest das Zitat aus den „Sozialistischen Monatsheften" und fährt fort: Fendrich hat nun das Unglück, daß die badische Justiz in diesen Tagen gerade das Urtheil gegen Opificius gefällt hat; eine subjektive Schuld muß ihm erst angewiesen werden (sehr richtig!), und trotzdem hat man ihm — ein unerhörter Fall — sein Mandat aberkannt. Und da lobt Fendrich die badische Justiz! Und weiter: er lobt, daß unsere badischen Abgeordneten als gleichberechtigt behandelt würden. Das ist doch wirklich der Gipfel der Bescheidenheit für einen Sozialdemokraten. Seit wann müssen wir denn eine Gegenleistung dafür gewähren, daß uns die selbstverständliche Gleichberechtigung mit den bürgerlichen Parlamentsmitgliedern eingeräumt wird? Das sind etwa die kräftigsten Wendungen, die in dem Fendrich'schen Artikel stehen. Sie werden begreifen, daß unsere Gegner sich auf solche Stellen stürzen, um sie uns vorzuhalten, die wir bei unserer verneinenden Stellung verharren. Wir haben unsere Justizverwaltung, Steuerwesen, Kultusetat, ja auch unsere Eisenbahnverwaltung auf das heftigste kritisirt. Und wir haben mit unserer Kritik der Einzelforderungen Erfolg im Volke gehabt; überall haben wir Zustimmung geerntet, und die Sympathie, die uns das Volk entgegenbringt, ist gewachsen. Diese Sympathie würde schwinden, wenn wir durch die schließliche Zustimmung zum Budget unserer eigenen Kritik ins Gesicht schlagen wollten. Hierdurch, nicht durch die Verweigerung des Budgets, würden wir unser Ansehen schädigen. (Zustimmung.) Nun sagt Fendrich: Die Verfassung verbietet es, gegen das Budget zu stimmen; da dürfte er sich überhaupt auf kein Programm wählen lassen, denn dann könnte ja auch die Regierung darauf verweisen: Du bist mit

Digitized by Google

einem bestimmten Auftrag hierher gekommen, hast deshalb nach unserer Verfassung hier nichts zu suchen. (Sehr richtig!) Singer erschwert es uns durch seine Bedenken, einen einheitlichen Standpunkt zu gewinnen. Ich bitte ihn, seinen Widerspruch zurückzuziehen, damit wir mit möglichster Einmüthigkeit den Weg zeigen, den wir in der Budgetfrage in den Einzelstaaten zu gehen haben. (Beifall.)

Stolten: Das Meiste ist durch Bebel erledigt, aber Einiges möchte ich zu dieser Frage bemerken. Auch ich bin der Meinung, daß es nebensächlich ist, ob wir aus prinzipiellen oder taktischen Gründen als normalen Standpunkt für uns den betrachten, daß das Budget verweigert wird, wenn wir nur eine sichere Richtschnur haben, wie sie in der Resolution Bebel gegeben ist. Ich halte die Ablehnung für das normale Verhalten, weil der Staat einen Klassencharakter trägt, nicht aber deshalb, weil ich unter allen Umständen in der Budgetbewilligung eine Vertrauenskundgebung sehe. Wenn bei der Budgetberathung unser Standpunkt genügend zum Ausdruck gebracht wird, dann braucht in der Budgetbewilligung keine Vertrauenskundgebung gesehen zu werden. Ich bin dafür, daß nur aus zwingenden Gründen der normale Standpunkt verlassen wird. Es giebt aber Nothfälle, wo das Budget angenommen werden muß, und in diesen Fall werden vielleicht in kurzer Zeit unsere gothaischen Genossen hineingerathen. Wenn unsere Vertreter in Gotha die Mehrheit erlangen, dann können sie das Budget zwar nicht vollständig, aber doch zu einem großen Theile nach ihren Wünschen gestalten. Eine Revolution können sie nicht machen, auch wenn sie die Mehrheit haben und es wollten, weil rundherum preußische Bayonnette starren. Wir müssen also mit Verhältnissen rechnen, wo wir für das Budget stimmen müssen. Diese Nothwendigkeit war aber in Baden nicht vorhanden und auch Fendrich hat sie nicht durch den Hinweis auf die Verfassung bewiesen, wonach die Abgeordneten keine Instruktionen annehmen dürfen. Dem Antrag Baudert bitte ich nicht zuzustimmen, weil er alle Dem, was geschehen ist, wieder Thor und Thür öffnet. Die Thatsache, daß Fendrich für die Resolution Bebel eingetreten ist, könnte bedenklich erscheinen. Aber ich habe den Eindruck, als wollte er durch sein Eintreten die Resolution Bebel zu Fall bringen. Durch seine Zustimmung könnten einzelne Genossen zu dem Eindruck kommen, die Bebel'sche Resolution käme zu sehr dem Standpunkt Fendrich's entgegen. Sollte aus diesem Grunde die Resolution Bebel abgelehnt werden, dann würde aber wohl eine schärfere angenommen werden. Mir genügt sie. Deshalb kann ich auch nicht dem Antrag Singer zustimmen. Singer meint, der Absatz im Antrag Bebel, dessen Streichung er beantragt, würde alle Uebel wieder zulassen. Ich muß das entschieden bestreiten. Singer bestreitet nicht, daß Fälle eintreten können, wo das Budget von uns bewilligt werden muß. Wenn man das aber voraussieht, so muß man solche Fälle von vornherein mit berücksichtigen. Es geht nicht, erst abzuwarten und nachher zu reden. Denn dann haben wir den Streit nachher um so schlimmer. (Zustimmung.)

Ulrich: Die Resolution Bebel ist zu Stande gekommen, nachdem auch ich im Verein mit David und Stolten die Frage besprochen habe. Ich bitte Sie, für diese Resolution zu stimmen und gegen den Antrag Singer zu votiren. Stolten's Gründe sind durchschlagend. Wenn Sie eine so positive Feststellung, wie Singer will, treffen wollten, dann würde unzweifelhaft Das entstehen, was wir Jahre lang erlebt haben. Denken Sie an unser Verhalten bei den Stichwahlen. Da lag auch ein Parteitagsbeschluß gegen die Betheiligung vor, und er wurde fortgesetzt übertreten. Die Landtagsabgeordneten der einzelnen Bezirke waren thatsächlich darauf angewiesen, mit den Genossen des Landes über diese Frage zu diskutiren und nach deren Beschlüssen zu handeln. Was die Frage selbst anlangt, so scheint sie mir ohne jeden Grund von der einen Seite absichtlich unterschätzt, von der anderen Seite absichtlich aufgebauscht worden zu

Digitized by Google

sein. Bei den Budgets der Kleinstaaten handelt es sich in der Hauptsache um nichts Anderes, als um die Bewilligung von Geldern, die zur Verwaltung und Organisation nothwendig werden. Ich muß Singer wirklich bitten, wenn er so radikal auftritt, auch in der Berliner Stadtverordeten-Versammlung das Budget zu verweigern. (Zurufe: Wir haben gar kein Budgetrecht.) Wenn wir auf den merkwürdigen Abstimmungsmodus hinweisen wollten, der es bei uns in Hessen bewirkt, daß wir eine eigentliche Budgetabstimmung nicht haben, dann würde man mir sagen: Ja, alter Freund, das liegt ja in Eurem Finanzgesetz darin, dahinter kannst Du Dich nicht verstecken. Dasselbe gilt auch für Berlin. (Widerspruch.) Wir müssen uns wirklich einmal darüber unterhalten, was die Kollegen in den Gemeinden und besonders in Berlin thun. Wenn wir allzumal Sünder sind und des Ruhmes ermangeln, dann ist auch Singer ein Sünder und (zu Wurm) auch Sie, edler Freund. (Heiterkeit.) Kommt mir man nicht mit Sophismen. (Ruf: Gehalt für den Großherzog!) Na und Ihr Berliner, Ihr bewilligt das Gehalt für den Polizeipräsidenten und das Gehalt für die Achtgroschenjungen. (Lebhafter Widerspruch.) Das Alles müssen die Berliner bewilligen. (Ruf: Sie kennen ja die preußischen Verwaltungsgesetze nicht.) Ich verwahre mich dagegen, daß in solchen Abstimmungen wie bei uns irgend welche Zustimmung zum Budget liegt. Unsere Budgetabstimmung geht so merkwürdig vor sich, daß ich in den 17 Jahren, wo ich Mitglied des hessischen Landtages bin, nur einmal Stellung zum Budget genommen habe. Unser Budget wird Position um Position erledigt. Eine Gesammtabstimmung giebt es bei uns überhaupt nicht. (Ruf: Ihr Glücklichen!) Nachher heißt es im Finanzgesetz: Wir brauchen so und so viel Steuern, und der Koeffizient der verschiedenen Steuern wird berechnet. Das ist das reine Rechenexempel. Das eine Mal, wo wir Werth darauf legen, daß die von der Regierung beantragte Steigerung des Steuerkoeffizienten abgelehnt würde, haben wir bewußt für den Etat gestimmt. Was die Zivilliste betrifft, so ist sie durch Vertrag festgelegt. Das frühere Privatvermögen der Fürsten ist in den Besitz des Staates übergegangen.

Geyer: Zunächst erkläre ich meine Uebereinstimmung mit der Auffassung Singer's über den Schlußsatz in der Resolution Bebel. Er ist mir zu dehnbar; die Genossen in den Einzelstaaten, die das Budget bewilligen wollen, werden immer besondere Verhältnisse und zwingende Gründe vorhanden glauben, besonders da Bebel das Wort von dem kleineren Uebel hat fallen lassen. (Bebel: Das war speziell auf die hessischen Verhältnisse gemünzt!) Wir haben mit der einen einzigen Ausnahme stets gegen das Budget gestimmt. Man hat uns die größere Reaktion der Regierung und Parteien und auf der anderen Seite den größeren Einfluß der Genossen in anderen Einzelstaaten entgegengehalten, man müsse die Gegensätze zu mildern suchen. Dies Argument ist das allerungünstigste, das man sich denken kann; wir leben im Klassenkampf. Die Eisenbahnausgaben, von denen Kloß sprach, sind Etatskapitel; dafür haben wir je nach ihrer Art gestimmt oder sie abgelehnt. Ja, aber wenn z. B. in Gotha die Genossen die Mehrheit haben, dann werden sie doch jedenfalls den Etat in unserem Sinne zu gestalten suchen, und wenn die Regierung ihn nachher ablehnt, dann tragen nicht wir, sondern die Regierung die Verantwortung. Wir haben so lange in den Landtagen mitgewirkt, daß es eigentlich erstaunlich ist, daß diese Frage trotz des Frankfurter Beschlusses immer wieder an den Parteitag herantritt. Die badischen Genossen scheinen die Partei von ihren Grundsätzen abdrängen zu wollen. (Beifall.)

Joos-Gotha: Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Bewilligung des Etats keine prinzipielle, sondern eine taktische Frage ist. Das hat Singer ebenso wie die Anderen zugegeben. Wenn, was das nächste Mal hoffentlich der Fall sein wird, wir in Gotha die Mehrheit haben werden, ist uns die Bewilligung des

Digitized by Google

Etats, den wir dann gestalten werden, von den Rednern hier gestattet worden. Wenn wir das nicht thun wollten, dann bliebe uns ja nichts übrig, als zu erklären, wir lehnen die Betheiligung an der Budgetberathung ab; das wäre aber — verzeihen Sie den Ausdruck — Prinzipienreiterei. Uns hat noch nie ein Genosse gefragt, ob wir das Budget bewilligt haben oder nicht. Ein Fall aus unserer jüngsten Erfahrung wird Ihnen zeigen, daß man, auch ohne die Majorität zu haben, unter Umständen den Etat bewilligen muß. Wir haben eine neue Regierung, die versucht, sich mit uns auf einen guten Fuß zu stellen — natürlich nicht, um unserer schönen Augen willen, sondern weil wir 9 unter 19 Abgeordneten sind. Wir hätten wohl auch diesmal den Etat zu Fall bringen können, weil bei der Haltung des Ministeriums in der Frage der Getreidezölle die Agrarier vielleicht gegen das Budget mitgestimmt hätten. Aber was hätten wir damit erzielt? Ich will Ihnen einmal das vorführen, was wir bisher dank unserer Stärke erreicht haben: die Entschädigung unschuldig Verurtheilter nicht nur, sondern auch der unschuldig Verhafteten; eine Gewerbeaufsichts-Assistentin; eine Erhöhung der Löhne der Domänenarbeiter von 1,20 Mk. auf 3 Mk., die in den Etat eingestellt sind; die Bewilligung von 2000 Mk. für das Arbeitersekretariat ohne jede andere Bedingung, als der Ueberwachung der unparteilichen Auskunftsertheilung durch einen Regierungsvertreter. Wir haben den zum mindesten moralischen Erfolg erreicht, daß unser Bock Vizepräsident geworden ist und zugleich auch in den Verwaltungsgerichtshof, des höchsten Gerichtshofes, auch über die Regierung, gewählt und sofort bestätigt worden ist. Nicht eine einzige Versammlung wird mehr von der Polizei überwacht. — Alles Zugeständnisse, weil man wußte, daß wir eine so starke Macht sind. Diesmal ist der Etat einfach verlängert worden, weil ein neues Steuergesetz in Vorbereitung ist. Wenn wir nun zu unseren Wählern gekommen wären und ihnen gesagt hätten, das Alles haben wir erreicht, aber dann den Gesammtetat verweigert, glauben Sie, unsere Wähler hätten ein solches Verhalten begriffen? Vergessen Sie nicht, daß wir es nicht mit aufgeklärten und zielbewußten Berliner und Hamburger Genossen zu thun haben, sondern mit einer Landbevölkerung, der solche Widersprüche unbegreiflich wären. Ich bin auch dafür, daß man das Budget ablehnt in Fällen wie in Baden oder Weimar, aber unter Umständen geht es nicht. Wenn man hinterher um Indemnität bitten müßte, so würde man eine klägliche Rolle spielen.

Geck: Ich unterstütze vollkommen die Ausführungen und die Resolution Bebel; ich kann das, weil ich noch ein unschuldiges Kindlein in Sachen der Budgetbewilligung bin — ich hatte Krankheitsurlaub. Namens der badischen Sozialdemokratie kann ich versichern, daß sie keine Neigung hat für diese moderne Erscheinung der Budgetbewilligung. Baden ist ja das Probirländle, nicht nur für die Regierung. In Frankfurt konnte ich für die Resolution von damals stimmen; damals standen wir unter dem geschärften Eindruck des Sozialistengesetzes, und dem Ministerium Eisenlohr konnte man wahrhaftig kein Budget bewilligen. Die badische Regierung hat keine Begründung dafür bekommen, weshalb die sozialdemokratische Fraktion damals so und heute so stimmte. Man hat sich damals begnügt, gegen die Apanageerhöhung für den nothleidenden Hof zu stimmen; dies allein hätte mich gezwungen, das Budget abzulehnen. Dazu man die Petitionen der Eisenbahnbeamten, statt sie empfehlend der Regieg zu überweisen, sie in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien zur ntnißnahme überwiesen, ein Begräbniß erster Klasse. Ich bin überzeugt, die ischen Genossen werden mit dem Beschluß des Parteitages durchaus einverden sein. Man hat mir meine Erklärung auf dem Mainzer Parteitag in hen der Wahltaktik verübelt; es war das nur ein Wink mit dem Zaunpfahl, e Mahnung an die Konsuln, daß etwas faul ist in Baden. Stellen wir die heren Zustände wieder her.

Digitized by Google

Haverkamp-Bremerhoven: Ich verstehe es nicht, wie Parteigenossen es über sich gewinnen können, trotz der von Bebel konstatirten Thatsachen den Regierungen Vertrauensvoten zu ertheilen durch die Etatsbewilligung. Eine jede Einzelregierung ist ja ein Theil auch der deutschen Gesammtregierung und mit verantwortlich für den jetzigen Hunnenkurs. Unsere Abgeordneten sollten die Regierung im Reichstage auch wegen der Zukunft der astronomischen Instrumente interpelliren, die auf dem Lloyddampfer aus China angekommen sind. Wir sollten uns mehr mit theoretischen Fragen beschäftigen; die Gewerkschaftsfragen, die uns zwei Tage beschäftigt haben, gehören auf den Gewerkschaftskongreß. Den Genossen in den Einzelstaaten muß das Gewissen geschärft werden, damit sie nicht auf die abschüssige Bahn gerathen. Wie man im Klassenstaat den Landesetat sozialistisch gestalten kann, begreife ich nicht.

Emmel-Mülhausen begründet einen Schlußantrag. Die Beschlüsse werden durch die weitere Debatte nicht mehr beeinflußt werden. Wir wollen heute Abend noch das Referat Bebel's über die Handelsverträge hören.

Ehrhart: Lehnen Sie den Schlußantrag auf jeden Fall ab. Es sind so gravirende Dinge vorgebracht worden, daß es beschämend wäre, wollte man den Betreffenden nicht die Möglichkeit geben, sie zurückzuweisen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Röske-Hamburg: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Sozialdemokraten in allen Körperschaften, in denen sie vertreten sind, das sozialistische Prinzip nicht verletzen dürfen, und das würde geschehen durch Bewilligung des Budgets an die antisozialistischen Regierungen. Nehmen Sie die Resolution Bebel in ihrem ganzen Umfange an.

David-Mainz: Geck hat Ihnen mitgetheilt, daß er in Bezug auf die Budgetbewilligung sich noch im Stande der Unschuld befindet; aber 1894 war er in Frankfurt bereit, seine Unschuld aufzugeben. Auch für ihn ist die Unschuld Zweckmäßigkeitsfrage (Heiterkeit), ausnahmsweise hält er es für gestattet, aus dem Stande der Unschuld herauszutreten. Aber die ganz ausnahmsweise schräg abfallende schiefe Ebene in Baden hat ihn kopfscheu gemacht. Da ist es doch merkwürdig, daß er, der seit Jahren Mitglied der badischen Landtagsfraktion war und die Fraktionsbeschlüsse wissen mußte, nicht die Alarmglocke schon längst in Bewegung gesetzt, sondern erst des Klöppels Bebel bedarf, und warum lehnt er ein Landtagsmandat ab und sieht dort nicht den Opportunisten auf die Finger? Auch für die württembergischen Genossen ist die Budgetverweigerung nur eine Frage der Taktik; ihrer Abstimmung über das Budget fügen sie ja auch eine Reihe von Gründen bei. (Hört! hört!) Die Gestaltung der Verhältnisse in Gotha wird Ihnen ja Allen zu denken gegeben haben. Wenn die Gothaer Genossen im Landtag auch die Mehrheit erhalten, sie würden doch eine Reihe von Positionen nicht ändern können, die gegen die Interessen des Proletariats und gegen unsere Forderungen sind. Ein sozialistisches Budget können sie also nicht machen, sie müssen auch dann für ein Klassenstaatsbudget stimmen. Der Versuch eines Konflikts würde in seiner Konsequenz zu einer Wahlentrechtung führen, gerade wie in Sachsen. Ein Mißtrauensvotum bringt man zum Ausdruck bei dem Gehalt des Bundesrathsvertreters, der Minister, besonders des Staatsministers. Die Parteigenossen und Wähler wissen es meistens gar nicht, kein Mensch kümmert sich um die formale Frage. Die Verhältnisse in der Berliner Stadtverordnetenversammlung liegen insofern ganz gleich, als a die Berliner am Schluß der Budgetberathung sich über die Steuersumme schlüs machen müssen, in der sich gewissermaßen das Finanzbewilligungsrecht für c Einzelforderungen befindet; da müßten Sie strikte mit Nein stimmen. Ein Fortschritt zeigt diese Debatte; sie hat doch eine Entwickelung zu verständige Ansichten gemacht als in Frankfurt. Damals wollte Bebel auch die Ausnahm fälle, die ein Antrag Stadthagen im Auge hatte, nicht zulassen. (Beifall.)

Digitized by Google

Frau **Zetkin**: Ich möchte zunächst zu den Bemerkungen David's das Eine sagen: In der Erklärung unserer württembergischen Landtags-Abgeordneten zur Budgetverweigerung war ganz klipp und klar ausgesprochen, daß das Budget sowohl in seinen einzelnen Theilen, wie in seiner Gesammtheit der Ausdruck des Klassencharakters des württembergischen Staates ist. Ich glaube, durch diese Erklärung war die Stellung unserer Genossen genügend gekennzeichnet. Es ist ein ziemlich müssiger Wortstreit, sich darüber zu unterhalten, ob die Frage der Budgetbewilligung eine grundsätzliche oder eine taktische ist, und zwar aus einem bestimmten Grunde. Nach meiner Auffassung sind Prinzip und Taktik nicht durch eine tiefe, unüberbrückbare Kluft Geschiedenes. Unsere Grundsätze hängen nicht hoch oben in den Wolken einer Theorie, während unsere Taktik allein auf dem Boden der Thatsachen stehen soll. Unsere Taktik wird durch unsere Grundsätze bedingt und gegeben. (Sehr richtig!) Unsere Taktik ist nicht die Möglichkeit, der Anwendung unserer Grundsätze auszukneifen und sie jeder Zeit unter einem mehr oder minder plausiblen Vorwand über Bord werfen zu können. Nein, unsere Taktik ist die Zusammenfassung der zweckmäßigsten Mittel für die Verwirklichung und Durchführung unserer Prinzipien. Das Wesen unserer Parteiauffassung zwingt uns im Allgemeinen, in normalen Fällen das Budget als eine Vertrauenskundgebung zu der jeweiligen Regierung abzulehnen. Genosse Blos meint, der Frage der Budgetbewilligung komme keine große Bedeutung bei, es sei eine reine Frage der Theorie. Ich bin der umgekehrten Meinung. Gerade aus Rücksicht auf die Praxis, nicht aus Liebe zur Theorie muß das Budget verweigert werden. Die Rücksicht auf die Praxis nöthigt uns, eine möglichst einheitliche Marschroute zu suchen, sie zwingt uns aber noch zu etwas Anderem. Gerade wenn wir praktische Politiker sein, wenn wir dem kapitalistischen Staat eine möglichst große Summe von Reformen abzwingen wollen, so ist eine wesentliche Vorbedingung dafür, daß wir das Klassenbewußtsein unter den Massen wecken und außerhalb der Parlamente durch die organisirten Massen die Macht schaffen, die allein im Stande ist, dem bürgerlichen Staat unseren Willen aufzuzwingen. Deßhalb müssen wir bei unserer Stellungnahme gegenüber dem Staat, den bürgerlichen Parteien, der bürgerlichen Welt festhalten, was geeignet ist, den tiefen, unüberbrückbaren Gegensatz zwischen uns und der gesammten bürgerlichen Gesellschaft aufzudecken, die Reibungsfläche zwischen der Sozialdemokratie und dem kapitalistischen Staat, sowie den bürgerlichen Parteien zu vergrößern. Mit Rücksicht darauf müssen wir in normalen Fällen das Budget ablehnen.

Noch einige Worte über die Budgetbewilligung unserer Genossen in Baden. Fendrich und seine Freunde machen sich einer Spiegelfechterei schuldig, wenn sie sagen, man konnte das Budget annehmen, weil eine große Zahl von Kulturforderungen darin enthalten sind. Ganz gleich, ob man nachrechnet, daß die und jene Posten mehr oder weniger Kulturforderungen enthalten. Wir haben das Eine festzuhalten, daß jeder einzelne Etat des Budgets ein Spiegelbild der kapitalistischen Kultur ist, und diese kapitalistische Kultur bedeutet die Unkultur, die Knechtung und Fesselung der Massen. (Lebhafter Beifall.) In dem angeblichen Kulturbudget für das Bildungswesen z. B. spielt die Volksschule die Rolle des Aschenbrödels. (Sehr wahr!) Fendrich sagt, in Baden könne man das Budget bewilligen, denn dort herrsche kein Ausnahmegesetz. Aber ist m dort nicht dem Proletariat das allgemeine gleiche Wahlrecht vorenthalten? d wenn dieses Ausnahmerecht den Charakter des gemeinen Rechts trägt, um schlimmer. Unverhüllt kommt der Klassencharakter des badischen Staates ein zum Ausdruck. Doch mehr noch: durch die Wahlkreisgeometrie der Regie- ng wird dies gemeine zum gemeinsten Recht dem Volke gegenüber verschlechtert. Sehr gut!) Fendrich und Genossen haben also unter erschwerenden Umständen s Budget bewilligt.

Digitized by Google

Nehmen Sie den Antrag Bebel einstimmig an ohne die Singer'sche Streichung. Wir müssen mit bestimmten Ausnahmen rechnen. Ich befürchte nicht, daß der Passus zum Hinterthürchen werde, mittels dessen die Genossen den Beschluß umgehen; ich fürchte keine Sophisterei, ich glaube an die Loyalität der Genossen. Gegen Illoyalität aber schützt uns auch die feinstgeschliffene Resolution nicht. Sollte es jedoch Genossen geben, welche ohne Noth das Budget bewilligen, so ist der Parteitag dazu da, ihnen den Kopf gründlich zu waschen.

Zeigen Sie, daß wir nicht nur die ungemauserte, sondern auch die einige Sozialdemokratie sind. (Lebhafter Beifall.)

Ehrhart: Es war mir noch selten schwerer, das Wort zu ergreifen wie zu diesem Punkt der Tagesordnung unter den gegebenen Umständen. Ich bedauere, daß Vollmar und Dreesbach verhindert sind, hier zu sein. Gerade Wurm sollte nicht mit solcher Schärfe gegen die Budgetbewilliger sprechen. Lesen Sie doch den ersten Absatz der Resolution. Wollen wir dieselbe konsequent zur Ausführung bringen, so können wir unmöglich mit den Staatsbudgets abschließen, wir müssen auch jene der Gemeinden einbegreifen. Die Gemeinden sind nicht minder ein Fundament des heutigen Klassenstaates, und wenn Sie das Budget zu ihrer weiteren Existenz votiren, so halten Sie auch den heutigen Klassenstaat in seinen Wurzeln in der Gemeindevertretung. Die Berliner Genossen und speziell Singer, der, wenn es gegen uns geht, der Radikalste der Radikalen ist, was thut er in seinem Berlin; hat er nicht sogar die Kosten für den Einzug des österreichischen Kaisers bewilligt? (Lebhafter Widerspruch und Heiterkeit.) Mir wurde so berichtet. Bebel hat zwei Fälle genannt, wo wir für das Budget stimmen können. Zunächst um Unglücklicheres zu vermeiden; aber wo bleibt da die Konsequenz, im Klassenstaat! Vom Standpunkt der Budgetverweigerer müßte uns logischer Weise ganz gleichgültig sein, welche Folgen unsere Ablehnung zeitigen würde. Im Weiteren glaubt er eine Zustimmung rechtfertigen zu können, wenn wir als Mehrheit das Budget nach unseren Grundsätzen gestaltet haben. Ich glaube, Derjenige, der das in absehbarer Zeit erwartet, der wird im Parlament im Mond zu Hause sein, aber nicht bei uns. Wenn wir zu drei Vierteln in der Landesvertretung sitzen, es wird uns nicht gelingen, ein Budget durchzusetzen, wie wir es wollen; und wenn wir es ablehnen, wird die nothwendige Folge die sein, daß man uns die Klappe vor der Nase zumacht, das Wahlrecht beseitigt. Nun wäre das ja auch kein Unglück, ob es aber im Interesse unserer Partei und des Volkes liegt, das ist eine andere Frage.

Ich bin kein Kleber, und keiner meiner Genossen im Landtage ist es, stehen Sie auf dem Standpunkt, daß unsere Thätigkeit entbehrt werden kann, so beschließen Sie doch demgemäß, sie werden manch Einem eine große Last abnehmen. Ich stimme für den Antrag Baudert und im Nothfall für den Antrag Bebel, um Schlimmeres zu verhüten. (Heiterkeit.) Beurtheilen Sie die Thätigkeit der Abgeordneten in den Einzellandtagen nicht nach ihrer Endabstimmung über das Budget, sondern nach ihrer Gesammtthätigkeit. Ich hätte ja noch auf Manches einzugehen, ich kann ja es aber nicht wegen unseres Großglockners. (Heiterkeit.) Geck sagt, die Zustände in Baden sind zurückzuführen auf die Bernsteinerei; o nein, Adolph, daran ist der persönliche Krakehl schuld, an Dem Du nicht unbetheiligt bist; das ist schon seit dem Fall Dr. Rüdt bemerkbar. In der badischen Landtagsfraktion sitzen 7 Genossen, darunter solche wie Dreesbach, die in der Partei mit Ihnen alt geworden sind, die heute noch in der praktisc[illegible] Agitation ihre volle Schuldigkeit thun. Beschuldigungen, wie sie Bebel erhob[illegible], sollten doch nicht so leichtfertig gemacht werden. Das sieht ja aus, als ob [illegible] Sieben die Stegmüller in einer schärferen Ausgabe wären. (Bebel: Jawoh[illegible] Ich bedauere, daß Bebel hier solche Anschuldigungen vor dem ganzen Partei[illegible] erhebt; in die badische Landesversammlung hätte er gehen sollen, bevor er [illegible] die badischen Genossen, die im Moment im Wahlkampfe stehen, derart [illegible]

Digitized by Google

blamiren sucht. Ich protestire gegen diese Art, verdiente Parteigenossen herabzusetzen.

Vömelburg-Hamburg beantragt Schluß der Diskussion.

Groth-Rostock spricht gegen den Schluß. Irrthümlich ist auch der Antrag 106 für nicht genügend unterstützt erklärt, obgleich er schon 20 Unterschriften hatte. Es ist das der Landarbeiter-Antrag. Der Antragsteller, der mecklenburgische Hofgänger Genosse Siebeneicher, steht als nächster Redner auf der Rednerliste.

Der Schlußantrag wird hierauf abgelehnt.

Siebeneicher-Westenbrügge: Wir mecklenburgischen Landarbeiter wollen mit unserem Antrage der Reichstagsfraktion kein Mißtrauensvotum ertheilen, sondern wollen nur auf unsere gedrückte Lage aufmerksam machen. Die meisten unserer Forderungen sind ja in dem Erfurter Programm viel besser ausgesprochen als in unserem Antrage, aber wir möchten gern, daß die Fraktion im Reichstag bei gegebener Gelegenheit für uns eintritt. Wir fordern erstens eine wirkliche Krankenversicherung. Bei uns ist sie den Ritterschaften selbst überlassen worden. Der Gutsbesitzer giebt Arzt und Apotheker. Wird nun ein Tagelöhner krank oder seine Frau oder das Kind, dann muß er erst auf den Hof gehen und um Erlaubniß fragen, ob der Doktor geholt werden darf, und erst wenn der Herr meint, daß es wirklich Krankheit ist, wird der Arzt geholt; wenn er aber meint, daß der Arbeiter nur aus Faulheit krank ist, dann muß er ohne Arzt bleiben. Auf dem Dominium liegt die Sache so, daß die Freihäusler und Gütler, die außerhalb auf Arbeit gehen, von der Dorf-Krankenkasse nicht aufgenommen werden, wenn sie nicht auf dem Dominium selbst arbeiten, und von der Ritterschaft auch nicht. Dann fordern wir Abschaffung der Gesinde-Ordnung, Koalitions- und Versammlungsfreiheit. Bei uns in Mecklenburg dürfen Versammlungen überhaupt nicht abgehalten werden ohne ministerielle Erlaubniß. Wir fordern den Zehnstundentag. Im Erfurter Programm steht ja der Achtstundentag, aber wir Landarbeiter müssen noch heut in der Erntezeit 13 Stunden arbeiten um einen Spottlohn, 1 Mk. pro Tag außer Kleinigkeiten, 50 Pfg. der Scharwerker, 70—80 Pfg. die Frau. Und die Kinder verdienen in 13 Stunden 30 bis 40 Pfg. Wir fordern ein Verbot der Kinderarbeit und ein Verbot der Frauenarbeit 6 Wochen vor und nach der Entbindung; die Großstädter werden ja oft auf dem Felde in der Erntezeit die schwere Arbeit der Frauen gesehen haben, wie sie 40—50 Pfd. schwere Garben hoch aufladen müssen, und in solchem Zustande. An Sonnabenden und an Tagen vor den Festen wollen wir um 5 Uhr Feierabend haben: die fremden Arbeiter, die stundenweit nach Hause haben, haben am Sonntag ihre Zwergwirthschaft zu besorgen. Meine Wähler haben mich gebeten, diese Wünsche vorzutragen. Wir Landarbeiter in Mecklenburg denken nicht daran, daß der sozialistische Staat auf einmal hereinbricht; wir wollen durch praktische Reformen allmälig das Ziel erreichen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Fischer-Weimar beantragt Schluß der Diskussion. Vorher wurde der Schluß abgelehnt, um den Süddeutschen Gelegenheit zur Antwort zu geben. Nach der außerordentlich gehaltreichen Rede Ehrhart's (Heiterkeit) sind alle Wünsche erfüllt.

Pfeiffle-Mannheim spricht gegen den Schluß. Die schwer angegriffenen Badenser müßten noch sprechen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Fendrich: Es ist unrichtig, daß ich irgendwo die Budgetverweigerung als Blanquismus bezeichnet habe. Die einzige Stelle, die da in Betracht kommen könnte, findet sich in meinem Handbuch. Es heißt da: „Anders steht natürlich

Digitized by Google

die Sache, wenn man der Ansicht ist, daß „der Staatskarren nicht laufen muß"; daß es am besten wäre, die ganze heutige Staats- und Gesellschaftseinrichtung so rasch als möglich zum Zusammenbruch zu bringen, um dann mit dem Aufbau des sozialistischen Staatswesens zu beginnen. Ueber diese blanquistische Auffassung streiten wir aber nicht. Wie kann man also sagen, ich hätte die Budgetverweigerung Blanquismus genannt? Ebenso muß ich mich gegen den Vorwurf Stolten's verwahren, als wollte ich durch die Annahme des Amendements Baudert die Resolution Bebel zu Falle bringen. Unwahr ist es auch, daß ich auf dem badischen Parteitag gesagt haben soll, man müsse die Ideale in den Hintergrund stellen. Bebel stützt sich da auf einen Bericht, der von einem unfähigen jungen Mann herstammt und den ich nicht berichtigen konnte, da ich unmittelbar nach dem Parteitage meines Gesundheitszustandes wegen in die Schweiz reiste. Es ist ferner nicht richtig, daß unsere Enthaltung bei der Abstimmung über den Kultusetat dazu geführt hätte, daß Kirchenforderungen der Alt-Katholiken bewilligt wurden. Diese Behauptung stammt von dem Zentrumsblatt in Karlsruhe, ist aber später zurückgenommen. Auf die Parteistreitigkeiten in Baden bin ich absichtlich nicht eingegangen, ich beschränke mich auch jetzt auf die Mittheilung, daß der Beschluß, dem Budget zuzustimmen, in der Fraktion einstimmig gefaßt ist (hört! hört!), und zwar bei Anwesenheit aller Fraktionsmitglieder. Dreesbach theilt mir mit, daß auch Adolf Geck nicht widersprochen hat. Warum werden solche Vorwürfe hier und nicht auf dem badischen Parteitag erhoben?

Geck: Der Vorredner ist im Irrthum. Die Budgetabstimmung war am 28. Mai und ich befand mich vom 7. April bis 18. Juni krankheitshalber garnicht in der Kammer, sondern als Einsiedler im Schwarzwald und konnte daher nicht an der Abstimmung theilnehmen. Im offiziellen Kammerprotokoll ist Geck als *nicht anwesend* verzeichnet. Ich halte also meine Jungfernschaft in der Beziehung aufrecht. Auf dem badischen Partetag habe ich gegen die Ausführungen des Fraktionsredners prinzipiell Stellung genommen und erklärt, ich bin mit der Taktik nicht einverstanden. Ich habe auch ausgeführt, daß wir in Zukunft wohl noch weitergehen und Kniehosen anziehen werden. Leider habe ich nur die Zustimmung eines Redners gefunden. Mit Rücksicht auf die bevorstehende badische Landtagswahl kann ich hier nicht Alles sagen, was ich sonst sagen würde. Es ist unrichtig, daß ich mich der Verpflichtung entzogen habe, in den badischen Landtag einzutreten. Ich habe mich bereit erklärt zu kandidiren, wenn ich die moderne Revisionsbewegung nicht mitzumachen, keine Kniehosen anzuziehen und nicht für das Budget zu stimmen brauche. Was darauf erfolgt ist, kann ich hier nicht auseinandersetzen. Ich habe das Mandat angenommen, nachher aber meine Kandidatur zurückgezogen. Der Fall Rüdt, den Ehrhart in die Debatte wirft, hat nicht zwischen mir, sondern zwischen Dreesbach und Rüdt gespielt. In dem Augenblick, wo der Parteitag erklärte, daß Rüdt gegen die Prinzipien verstoßen hat, brach ich mit ihm, aber solange Jemand noch nicht in der Partei begraben ist, hat er das Recht wie jeder andere Genosse.

Bebel: Daß meine Auffassung, die Ablehnung des Budgets betrachte Fendrich als Blanquismus, richtig ist, beweist die von ihm verlesene Stelle und vor Allem die nachfolgenden Sätze: „Die Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Baden anerkennen, abgesehen von einigen triftigen anderer Gründen, mit ihrem Eintritt in den Landtag und mit Ablegung des Verfassungseides die heutige Verfassung, deren Abänderung sie zwar mit allen gesetzlichen Mitteln anstreben, die sich aber durch einfaches, wenn auch noch so oft wiederholtes Regiren nicht aus der Welt schaffen läßt." Von den Alt-Katholiken habe ich kein Wort gesagt, sondern nur erwähnt, daß die badischen Genossen nicht, wie es das Programm vorschreibt, gegen alle Forderungen für Geistlichkeit und Kirche stimmten, sondern sich der Abstimmung enthielten. Das steht auch in der Fendrich'schen Broschüre. (Hört! hört!). Ich habe dann allerdings hinzugefügt,

Digitized by Google

daß in einem Fall ihre Abstimmung dazu beigetragen hat, daß eine Position genehmigt wurde. Das ist die Position für den Alt-Katholizismus, bei der es sich um einige Tausend Mark handelte. Das stand in den Zeitungen, und wenn es nicht richtig ist, so bedauere ich, daß ich die Entgegnung nicht gelesen habe. Bei meinen weiteren Ausführungen habe ich mich ebenfalls auf öffentlich bekannt gewordene Aeußerungen bezogen. Nun sagt weiter Fendrich, das Protokoll sei nicht korrekt, sein Verfasser sei ungeeignet dazu gewesen. Es ist bedauerlich, daß die Genossen nicht für ein richtiges Protokoll sorgen, aber wenn Unsinn im Protokoll steht, so kann doch der, der sich darauf bezieht, nichts dafür. (Sehr wahr!) Daß mir Ehrhart zumuthet, auf den badischen Parteitag zu gehen und dort meine Rede zu halten, hat mich am meisten überrascht, ich kann doch unmöglich alle Landesversammlungen besuchen. Das geht nur, wenn ich eingeladen oder vom Vorstand delegirt werde. Beides ist nicht der Fall gewesen. Ich kann auch nicht voraus wissen, was da gesagt wird. Wäre ich erschienen, so hätte man mir vorgeworfen, der Bebel mischt sich wieder ein, der will wieder Parteivorsehung spielen. Ich werde aber, wenn es gewünscht wird, in Zukunft anders verfahren, Ihr werdet aber dann Euer blaues Wunder erleben. (Heiterkeit.)

Fendrich: Wir waren alle der Meinung, daß Geck in der Fraktionssitzung, wo wir über die Stellung zum Budget beschlossen, anwesend war. Trotz der Erklärung von Geck kann ich meine Behauptung nicht zurücknehmen, ich halte daran fest, verspreche aber, die Sache in der Presse zu erörtern, denn Geck wird selbstverständlich das größte Interesse daran haben, diesen schweren Vorwurf auch durch Beweise zu entkräften.

Das Schlußwort hat

Wurm: Ich bin in der angenehmen Lage festzustellen, daß die Thätigkeit der Reichstagsfraktion von keiner Seite beanstandet worden ist. Der Antrag des Genossen Siebeneicher, der als erster Landarbeiter auf unseren Parteitagen hier erschienen ist, wird in Erwägung gezogen werden. Es sind sehr dankenswerthe Mittheilungen, die er über die traurige Lage der Hofgänger in Mecklenburg gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Auf die Angriffe gegen unsere Thätigkeit in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung erwidere ich: 1. Es ist ein Grundirrthum, daß wir für den Etat der Stadt Berlin jemals gestimmt haben; 2. es ist nicht richtig, daß die Verhältnisse einer Stadt und eines Staates dieselben sind. Ein Staat ist autonom, macht sich die Gesetze selbst, nach denen er sich verwaltet. Eine Stadt aber verwaltet sich nach den Gesetzen, die ihr der Staat vorschreibt. Wenn wir über die Stellung unserer Vertreter in den Gemeinden einmal gesondert diskutiren, so wird das sehr nützlich sein, denn erfreulicherweise nimmt ja die Zahl unserer Vertreter in den Gemeinden immer mehr zu, es kommen aber auch häufig Fälle vor, in denen sie nicht wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Was Ehrhart über die Berliner Stadtverordneten gesagt hat, stimmt leider nicht, so angenehm es ihm auch wäre, wenn er uns etwas am Zeuge flicken könnte. Ehrhart ist ja schon belehrt worden, daß er über die Bewilligung der Mittel für den Einzug des österreichischen Kaisers falsch unterrichtet ist. Wir haben nicht nur nichts bewilligt — im Gegentheil, Singer hielt eine sehr scharfe Oppositionsrede.

Die Befürchtung, die Opposition gegen das Budget könne zur Wahlentrechtung führen, unter Hinweis auf Sachsen, ist ganz verkehrt. In Sachsen hat man das Wahlrecht genommen nicht wegen der Budgetverweigerung, sondern weil die Bourgeoisie noch die Macht dazu hatte; sie wird es jedes Mal so machen, wenn sie dies für nützlich hält, ob wir für das Budget stimmen oder nicht. Das Amendement Daubert bitte ich abzulehnen, er selber hat es ja in Grund und Boden hinein vertheidigt. Der Antrag Singer sieht sehr bestechend aus; er

Digitized by Google

sieht aus wie eine Verschärfung der Resolution Bebel; in Wirklichkeit aber ist er eine Abschwächung. Es heißt in der Resolution Bebel: Normaler Weise wird das Budget abgelehnt. Wenn nun nichts dahinter kommt, dann ist für „nicht normale" Fälle Thür und Thor geöffnet. Wenn es aber ausdrücklich heißt: Nur ausnahmsweise aus zwingenden Gründen, dann wird die Erlaubniß, das Budget anzunehmen, abgeschwächt und der Protest gegen die Budgetbewilligung verschärft. Wir werden jetzt, hoffe ich, zu einer Annahme der Resolution Bebel kommen. Wenn aber nun doch noch in irgend welchen Bezirken Meinungsverschiedenheiten über die Budgetannahme auftauchen, so hoffe ich, daß die Genossen endlich gelernt haben werden, sachliche Dinge sachlich zu verhandeln und ihnen nicht immer und immer wieder eine persönliche Spitze zu geben. (Bravo!)

Die Seemannsordnung.

Müller-Hamburg: Ich habe als Führer der seemännischen Organisation gegenüber den unbegründeten Angriffen der Rheder und ihrer Presse auf unsere Reichstagsfraktion eine Erklärung abzugeben. Die Rheder behaupten, daß die Fraktion bei der Revision der Seemannsordnung weitgehende Anträge stellte, um mit ihrer Ablehnung hausiren gehen und Unfrieden in der seemännischen Bevölkerung stiften zu können. Ich erkläre, daß die Fraktion bisher im vollen Einvernehmen mit der organisirten seemännischen Bevölkerung gehandelt hat. Ja, ihr Auftreten geht uns noch nicht weit genug.

Die Debatte ist geschlossen; die Abstimmung beginnt:

Die Resolution Luxemburg (94) ist zurückgezogen, das Amendement Baudert (118) nicht genügend unterstützt. Der Antrag Singer's auf Streichung des letzten Satzes der Resolution Bebel (110) wird abgelehnt und die Resolution Bebel (110) in allen ihren Theilen angenommen.

Schluß 8¼ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 28. September. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Schwartz.

Singer schlägt vor, im Laufe der ersten zwei Stunden die Vorschläge zur Wahl der neuen Parteileitung beim Bureau einzureichen. Die Liste würde dann Vormittags gedruckt und vertheilt werden, damit die Mandatsprüfungs-Kommission Nachmittags die Stimmzettel abnehmen und das Resultat feststellen könne. Auch den Ort des nächsten Parteitages würde es sich empfehlen, mit auf die Liste zu setzen.

Pfannkuch theilt im Anschluß hieran mit, daß unter den Orten, die sich um die Abhaltung des nächsten Parteitags bewarben, auch Bremen sei. Der Antrag sei rechtzeitig eingereicht und nur durch ein Versehen nicht in die Vorlage aufgenommen.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 4 der Tagesordnung: **Zolltarif und Handelsverträge.** Als Berichterstatter erhält das Wort:

Bebel: In Rücksicht auf die weit vorgeschrittene Zeit werde ich mir Beschränkungen auferlegen. Ich kann das um so mehr, als Neues nicht viel zu sagen ist und der Gegenstand in der nächsten Zeit noch viel erörtert werden wird. Für die neuen Handelsvertrags-Verhandlungen ist ein neuer Generaltarif aufgestellt worden, der zwar noch der endgiltigen Feststellung bedarf, dessen ausschlaggebende Ansätze aber kaum eine wesentliche Abänderung bezw. Herabminderung

Digitized by Google

erfahren. Es besteht sogar die Gefahr für das Gegentheil. Seit mehr als zwei Jahrzehnten hat die agrarische Agitation eingesetzt und seit 1894 durch ihre Organisation im Bunde der Landwirthe und den süddeutschen Bauernbünden einen immensen Einfluß auf die Reichsregierung und die Regierungen der Einzelstaaten erlangt. Andererseits haben die Forderungen der großindustriellen Interessenvertretungen auf größeren Schutz Beachtung gefunden. Das Zusammenarbeiten dieser beiden Schichten der Bevölkerung hat das ermöglicht. Bei der Festsetzung des jetzt geltenden Zolltarifs von 1879 bot das Foyer des Reichstags das Bild einer Börse, einer Stelle, an der Handelsgeschäfte gemacht wurden. Aber damals wagte Fürst Bismarck nur einen Zoll von 50 Pfg. für Roggen einzubringen, der in der dritten Lesung des Entwurfs durch den Reichstag mit 173 gegen 101 Stimmen auf 1 Mk. erhöht wurde, und erklärte Den, der 3 Mk. Zoll verlangen würde, für verrückt. Nun, dieser Grad von Verrücktheit wurde sehr bald erreicht. Die agrarische Strömung wurde immer stärker; 1885 wurde der Roggen- und Weizenzoll auf 3 Mk., 1887 sogar auf 5 Mk. erhöht. Erst 1892 wurde aus Anlaß der Handelsverträge der Getreidezoll wieder von 5 auf 3 Mk. ermäßigt. Wenn aber damals noch der Führer des Zentrums, Peter Reichensperger, die Aufrechterhaltung eines Roggenzolls von 5 Mk. für unmöglich erklärte, so hat kürzlich der sicherlich sehr gemäßigte Zentrumsführer Dr. Spahn einen Zoll von 6 Mk. für angemessen erklärt. Das Zentrum ist nicht nur gezwungen, in sozialpolitischen Fragen einen Eiertanz aufzuführen, sondern hat auch auf seine ländlichen Wähler Rücksicht zu nehmen unter dem Druck des Bundes der Landwirthe. Auf der anderen Seite fordert ein Theil der Großindustriellen ebenfalls einen erhöhten Schutzzoll. Zweifellos aber beweist gerade der großartige industrielle Aufschwung Deutschlands, daß die Industrie nicht nur keines höheren Schutzzolls bedarf, sondern daß eher eine Ermäßigung der Zölle eintreten muß. Die Großindustriellen wollen einen erhöhten Schutzzoll, um mit seiner Hilfe den deutschen Markt möglichst gegen konkurrirende Industrieprodukte des Auslands abzuschließen und vermöge der Syndikate und Trusts eine Preisbildung auf dem deutschen Markt zu erzeugen, die ihnen so riesige Profite in die Tasche fließen läßt, daß sie auf der anderen Seite die deutschen Produkte zu Schleuderpreisen ins Ausland werfen können.

Wir haben das ja in den letzten Jahren nach den verschiedensten Richtungen erlebt; durch den Schutzzoll auf Eisenbahnschienen ist es gelungen, den Preis für den deutschen Bedarf auf eine ganz exorbitante Höhe zu bringen, auf 120 bis 130 Mk. die Tonne, während das Ausland nur 80 bis 90 Mk. zu zahlen hat. Aehnlich ist es ja mit dem Zucker u. s. w. Die Agrarier behaupten nun, bei Abschluß der Handelsverträge 1892 seien sie von den Industriellen über's Ohr gehauen worden; um das für diesmal zu verhüten, haben sie einen Minimaltarif gefordert und zu allgemeiner Ueberraschung hat das Reichsamt des Innern diesem Verlangen nachgegeben. So ist denn in dem neuen Tarif ein Minimaltarif von 5 Mark für Roggen und von 5,50 Mk. für Weizen zu Stande gekommen; d. h. unter diese Sätze sollen die betreffenden Zölle in den Handelsverträgen nicht heruntergesetzt werden können. Man beruft sich hierbei auf den Vorgang Frankreichs; dieses war aber genöthigt, unter seinem Minimaltarif Konzessionen zu machen, da es sonst einen Handelsvertrag mit einzelnen Staaten nicht zu Stande bekommen hätte.

Wie einmal die Verhältnisse in Deutschland liegen, für das Rußland der Hauptlieferant an Roggen ist, steht fest, daß die russische Regierung unter keinen Umständen auf die erhöhten Zollsätze eingehen wird. Wenn es aber nachgeben sollte, weil es sich sagt, es ist gleich, wie ihr den Zollsatz bemeßt, unseren Roggen müßt ihr haben, so würde es auf jeden Fall die Konzessionen, die es unseren Industrieprodukten gegenüber gemacht hat, zurückziehen. Also auf jeden Fall tritt eine Schädigung ein. Auch die anderen Staaten werden eine ähnliche

Digitized by Google

Stellung wie Rußland einnehmen. In Oesterreich-Ungarn, Italien 2c. erhebt sich die allerenergischste Opposition gegen die exorbitante Erhöhung der Zollsätze auf Agrarprodukte. Die Getreidezölle sind gewissermaßen das Rückgrat des Zolltarifentwurfs. Die übrigen agrarischen und industriellen Zölle gliedern sich in entsprechender Weise an. Entsprechend der Erhöhung der Getreidezölle ist bei allen übrigen landwirthschaftlichen Erzeugnissen eine starke Steigerung der Zollsätze im Entwurf des neuen Zolltarifs vorgesehen. Künftig soll der allgemeine Tarif für Weizen 6,50 Mk., der Minimaltarif 5,50 Mk., der für Roggen 6 bezw. 5 Mk. betragen. Für Vieh sollen die Zölle enorm gesteigert werden, für Stiere und Kühe soll er von 9 auf 25 Mk. pro Stück, für Schweine von 5 auf 10 Mk. steigen u. s. w. Für Gänse, die bisher völlig frei waren, soll in Zukunft der Zoll 70 Pfg. pro Stück betragen. Für uns Nord- und Ostdeutsche ist es eine bekannte Thatsache, daß unsere Hausfrauen mit Sehnsucht der Herbstzeit entgegensehen, in der sie Gänsefleisch kaufen können, weil infolge der Gestaltung des Fleischmarktes in den letzten Jahren das Gänsefleisch noch das billigste ist. (Sehr richtig!) Infolgedessen ist der Konsum von Gänsefleisch in den Städten von Nord-, Ost- und Mitteldeutschland ein kolossaler. Nehmen wir an, daß die marktfähig gewordenen Gänse durchschnittlich 7—8 Pfund wiegen, so bedeutet der Zoll von 70 Pfg. eine Vertheuerung um 10—12 Pfg. pro Pfund. Man muß bei all diesen Zollsätzen festhalten, daß es bei der bloßen Erhöhung der Preise durch den Zoll nicht bleibt; der Kaufmann, der mit einem bestimmten Umsatz in den verzollten Artikeln zu rechnen hat, sagt sich: Dadurch, daß die Zölle gestiegen sind und mein Kapitalaufwand sich gesteigert hat, muß ich eine entsprechende Verzinsung des Kapitals und eine entsprechende Erhöhung des Gewinnes haben. Es kann ja sein, daß der Zollsatz für gewisse Artikel so exorbitant ist, daß der Händler das nicht kann, weil sonst der Konsum zu sehr zurückgehen würde, er würde dann, wo es angeht, geringere Qualitäten liefern; aber die Wahrscheinlichkeit dieser Vertheuerung über den Zollsatz hinaus ist vorhanden. Ebenso ist es mit der Vertheuerung aller anderen Agrarprodukte, z. B. für Butter, Eier, Käse. Soweit also unsere Vertragsstaaten nicht für die Einfuhr von Roggen und Weizen in Frage kommen, kommen sie für andere Agrarprodukte in Frage und hierfür besonders Oesterreich-Ungarn. Dieses wird sich auf das Entschiedenste gegen solche Zollerhöhungen sträuben und die dortigen agrarischen Interessenten werden ihre Regierung zwingen, einen Handelsvertrag mit Deutschland dann nur unter Bedingungen abzuschließen, durch die Deutschland auf anderem Gebiete, insbesondere auf industriellem, geschädigt wird. Für Italien kommen insbesondere die Eier- und die Weinzölle in Frage, ferner der Zoll für Geflügel und feine Gärtnereierzeugnisse. Die Schweiz ist mit der Ausfuhr von Käse und Butter auf das stärkste interessirt. Wird der neue Tarifentwurf Gesetz, so wird dreierlei eintreten: eine sehr erhebliche Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel, eine Schädigung der Arbeiterschaft durch die schwere Schädigung der Exportindustrie und eine politische Isolirung Deutschlands. Ich verweise für Letzteres auf die Aeußerungen Rudinis, der neulich erklärte, daß ohne einen für Italien annehmbaren Handelsvertrag im Jahre 1892 der Dreibund in die Brüche gegangen wäre. (Hört! Hört!). Der Dreibund wird durch eine solche Zollpolitik erschüttert. Werden die Dreibundstaaten in ihren wirthschaftlichen Verhältnissen durch ungünstige Handelsverträge schwer geschädigt, dann erkalten auch die politischen Beziehungen.

Die Agrarier thun nun freilich so, als könnten sie auch mit den vorgeschlagenen Erhöhungen noch nicht auskommen. Sie verlangen noch höhere Getreidezölle, noch höhere Viehzölle. Auch die agrarischen Produkte, die bisher mit Zöllen nicht belegt waren, weil sie höchstens einige Meilen weit transportirt werden können, da sie sonst verderben, bei denen also eine Konkurrenz des Auslandes ausgeschlossen ist, sollen mit hohen Zöllen belegt werden. So soll ein Milchzoll mit 5 Mk. per Doppelzentner und ein Rahmzoll mit 12 Mk. per Doppel-

Digitized by Google

zentner eingeführt werden, während diese Zölle im Tarifentwurf der Regierung nicht vorgesehen sind. Obst, Kartoffeln u. s. w. sollen entweder mit bedeutenden Zöllen neu belegt oder die bestehenden Zölle erheblich erhöht werden. Man kommt zu diesen schamlosen, exorbitanten Forderungen, um auf alle Fälle den gegenwärtigen Tarifentwurf durchzusetzen. Diese Taktik ist durchsichtig; ich bin überzeugt, sie werden schließlich für den gegenwärtig vorgelegten Tarif stimmen. Ihr Vorgehen beweist aber, was erst zu erwarten ist, wenn die Agrarier in noch höherem Maße als bisher die Macht bekommen haben werden.

Die Agrarier begründen ihre Forderungen damit, daß sie behaupten, unter der Herrschaft der gegenwärtigen Handelsverträge habe sich die Lage der Landwirthschaft bis zur Existenzunmöglichkeit verschlechtert. Den Beweis dafür sind sie schuldig geblieben. Die Zahl der Subhastationen auf ländliche Grundstücke hat in den letzten Jahren nicht zu-, sondern abgenommen, (Sehr richtig!) Die Bodenpreise sind fast überall, mit Ausnahme ganz verlorener Gegenden, gestiegen, es ist also, wenn nicht eine Verbesserung, zum mindesten keine Verschlechterung der Agrarverhältnisse eingetreten. Ich behaupte aber, es ist eine Verbesserung eingetreten; einmal durch die Schutzzoll-Gesetzgebung an sich, und zweitens durch die großartige Unterstützung, die der Landwirthschaft in den letzten Jahren in einer Weise zu Theil geworden ist, wie keiner anderen Klasse der Bevölkerung. (Sehr richtig!) Man spricht so viel von der Hilfe, die die Arbeiterklasse durch die Sozialreform erfahren hat; wie wir darüber denken, brauche ich nicht zu sagen. Aber zweifellos übersteigt das, was der Landwirthschaft namentlich in Preußen zugewiesen ist an materiellen Vortheilen, weit das, was den Arbeitern zugewiesen wurde. (Sehr wahr!) So ist z. B. die Grundsteuer erlassen, es sind dem Lande große Zuschüsse zu den Volksschullasten in weit höherem Maße als den Städten zugewiesen, es sind Zuschüsse für Schulneubauten, Zuschüsse für Lehrer und Lehrerinnen auf dem Lande, Pensionszuschüsse für Lehrer und Lehrerinnen auf dem Lande gewährt, das Eisenbahnnetz in den verlorenen Provinzen ist in ganz bedeutendem Maße erweitert worden. Die Frachttarife der landwirthschaftlichen Produkte, insbesondere für Dünger, sind ermäßigt, sehr bedeutende materielle Hilfsleistungen für Meliorationen sind eingetreten, es ist die Zentral-Genossenschaftskasse mit einem Staatskredit von 50 Millionen gegründet, das landwirthschaftliche Bildungswesen ist nach allen Richtungen gefördert worden. Es ist ferner bestimmt worden, daß, soweit die Staatsbehörden Lebensmittel einzukaufen haben, sie möglichst den Handel umgehen und direkt bei den landwirthschaftlichen Genossenschaften und Großgrundbesitzern einkaufen sollen, um diesen den Vortheil zuzuwenden. Es sind ganz gewaltige Summen, die flüssig gemacht worden sind für die Agrarier. In Sachsen hat das ländliche Genossenschaftswesen einen Staatskredit von 5 Millionen und eine Menge sonstiger Vergünstigungen erhalten, in einem Lande, in dem die landwirthschaftliche Bevölkerung nur 15 pCt. beträgt, und in dem die Arbeiter-Konsumvereine durch Umsatzsteuern aufs härteste getroffen werden. (Sehr richtig!)

Dazu kommt, was das Reich für die Agrarier gethan hat. Hier stoßen wir auf eine lange Reihe von den Agrariern günstigen Maßnahmen: Die Branntwein- und Zuckerliebesgabe, das Margarine- und das Fleischschaugesetz, die Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide, die Beschränkung der Zollkredite für Getreidemühlen, die Aufhebung einer Reihe Transitläger. Kurz, es sind Maßregeln der einschneidendsten Art, die auf die materielle Lage der Landwirthschaft fördernd gewirkt haben, so daß es eine der denkbar unverschämtesten Behauptungen ist, die Lage der Landwirthschaft habe sich verschlechtert und zwar in solchem Grade, daß, wenn Handelsverträge auf derselben Basis abgeschlossen werden sollten wie bisher, die Landwirthschaft nothwendig dem Ruin entgegengehe.

Unsere Gegner werfen der Sozialdemokratie vor, daß sie vielfach übertreibe. Marx hat bereits in der Vorrede zum „Kapital" darauf hingewiesen,

Digitized by Google

daß eine genaue Untersuchung der Lage der deutschen Arbeiter den Beweis erbringen würde, daß die Lage derselben in weitem Maße unter der englischen stehe. (Sehr richtig!) Die Untersuchungen der Kommission für Arbeiterstatistik haben, so sehr man ihre Thätigkeit eingeschränkt hat, ergeben, daß in allen Berufen, in denen Ermittelungen stattgefunden haben, unsere Angaben sich noch als zu rosig herausgestellt haben. Aber eine unparteiische Untersuchung der Lage der Landwirthschaft würde ergeben, daß die Agrarier unverschämt übertreiben. Keine Agitation ist so demagogisch, aufreizend, übertreibend, wie die der Agrarier. Das kann gar nicht bestritten werden. (Beifall.) Dazu kommen die erheblichen Vortheile, die durch Assoziationen und Trusts erzielt worden sind, durch den Zuckerring, den Spiritusring, das ländliche Genossenschaftswesen. Ein Gebiet nach dem andern wird in den nächsten Jahren von der Ringbildung erobert werden. Alle die kleinen Vortheile, die die Konsumvereine für die Arbeiterbevölkerung erreichten, werden aufgehoben durch die landwirthschaftlichen Genossenschaften und die damit verbundene Ringbildung. (Sehr richtig!) Ich habe nichts gegen die Genossenschaften. Aber wenn sich die Agrarier mit ihrer ganzen wirthschaftlichen Macht auf dieses Gebiet werfen, dann werden wir Dinge erleben, Parteigenossen, daß uns die Augen übergehen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Milchring zeigt erst den Anfang dessen, was kommt, und dieser Milchring hat die maßlose Unverschämtheit besessen, einen Aufruf an die Landwirthe mit den Worten zu schließen: Gott wird uns weiter helfen! (Hört! hört!) Wenn jemals von Leuten, die auf ihren Glauben sich berufen, eine schamlose Blasphemie begangen worden ist, dann ist es diese. (Lebhafte Zustimmung.) Ich kann mir nichts Niederträchtigeres denken, als wenn diese Leute sich auf Gott berufen, wenn sie das arme Volk noch mehr auszubeuten beabsichtigen. (Lebhafte Zustimmung.) Etwas Unverschämteres, Schamloseres, Niederträchtigeres ist mir wirklich noch nicht vorgekommen. Aber diese Berufung auf ihren Gott zeigt uns deutlich, wozu diese Leute die Religion gebrauchen, wozu sie ihnen dienen soll. (Lebhafter Beifall.)

Aber nicht nur die Arbeiterklasse, auch der Mittelstand wird diese agrarische Agitation zu kosten bekommen. Hat der Löwe einmal Blut geleckt, dann verlangt er nach mehr. Man wird nicht nur den Milchhandel, sondern auch den Butter- und Käsehandel zu monopolisiren trachten. (Sehr richtig!) Man wird Genossenschaftsmühlen, -Bäckereien und -Fleischereien gründen. Das ist alles schön, aber diese genossenschaftlichen Organisationen werden nicht etwa dazu dienen, dem Volke billigere Lebensmittel zu verschaffen, nein, **sie werden die Lebensmittel weit über die Wirkung der Zölle hinaus vertheuern.** (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn die Agrarier von ihrer Nothlage sprechen, dann muß man sich doch auch einmal ihren äußeren Habitus ansehen. Gehen Sie einmal in eine Volksversammlung bei Keller und sehen Sie sich darnach einmal die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe bei Busch an. Dort meistens schmale und ausgehungerte Gestalten, hier Leute, von denen keiner unter 200 Pfund wiegt! (Große Heiterkeit.) Ich habe mir die Gesellschaft beim Ausgang aus dem Zirkus Busch daraufhin einmal angesehen. Sie strotzen von Gesundheit, und jeder von ihnen nimmt es an Kraft mit zwei, drei Proletariern auf. (Große Heiterkeit.) Der mächtige Einfluß der Agrarier wäre unmöglich, wenn sie nicht begünstigt würden durch die Wahlgesetze bei den Landtagswahlen, durch ihren sozialen Einfluß und durch die Unterstützung der Regierung bei den Reichstagswahlen. Wir werden durch die agrarische Gefahr aufs Aeußerste bedroht. Doch giebt es die Möglichkeit, daß wir vor dem Aeußersten bewahrt bleiben, wenn Alle, die antiagrarische Interessen haben, ihre Schuldigkeit thun.

Wie die extreme Schutzzollpolitik wirkt, sehen wir in Nordamerika. Es ist kennzeichnend, daß Mc Kinley, der Hauptrepräsentant der Schutzzollpolitik, wenige

Digitized by Google

Tage vor seinem Tode erklärte, die Schutzzollpolitik sei in Amerika nicht mehr nöthig, die Industrie habe eine solche Entwickelung erlangt, daß man die Schutzzollpolitik aufgeben könne. Das war gewissermaßen das Testament Mc Kinleys; der schutzzöllnerischste Staat der Welt ist durch die Schutzzollpolitik übersättigt und muß jetzt seinem Expansionsbedürfniß Rechnung tragen, indem er mit andern Staaten günstige Handelsvertragsverhältnisse sucht. Wir sind in ganz ähnlicher Lage. Unsere Industrie kann ohne Massenabsatz nach Außen nicht mehr existiren. Und die gegenwärtige Krise mit ihrer Einschränkung der Konsumfähigkeit der Bevölkerung und dem größeren Bedürfniß nach Absatz für die Produktion macht Handelsverträge jetzt noch nothwendiger als sonst. Wohl in Folge der hereingebrochenen Krise nimmt unsere Großindustrie jetzt eine andere Stellung ein als noch vor einem Jahre, sie erklärt sich jetzt scharf gegen den Doppeltarif für Getreide, weil dieser das Zustandekommen von Handelsverträgen gefährdet.

Aber nicht nur die Großindustriellen, sondern auch die Arbeiter brauchen Handelsverträge. Vor einigen Wochen ging durch die Presse die Nachricht, daß der preußische Handelsminister, der „lange Möller", wie man ihn scherzweise nennt, in einer Rede ausgeführt habe, die deutsche Industrie könne ohne mächtigen Export nicht leben, denn sie ernähre 10 Millionen Arbeiter — das ist nicht richtig, ich bin auch überzeugt, er hat das nicht gesagt, dazu kennt er die Verhältnisse zu genau. Wir haben überhaupt keine 10 Millionen Industriearbeiter, sondern nur circa 8 Millionen. Aber zweifellos ist, daß 2—$2^1/_2$ Millionen Industriearbeiter von der Ausfuhr leben und daß, wenn diese in der gegenwärtigen Krisis auch noch durch eine verkehrte Handelspolitik zum Theil arbeitslos gemacht werden, während der andere Theil infolge der Konkurrenz ihrer eigenen Kollegen, die doch leben wollen und sich deshalb zu niedrigeren Löhnen anbieten, aufs schwerste gefährdet wird, für den inneren Markt in der nächsten Zeit die Absatzverhältnisse so ungünstig wie nur möglich werden. (Sehr wahr!) Und wir brauchen nicht blos Handelsverträge, wir brauchen auch langfristige Handelsverträge. Kein Unternehmer, kein Kaufmann kann seine geschäftlichen Dispositionen treffen, wenn er der Gefahr ausgesetzt ist, daß nach zwei, drei Jahren die Handelspolitik eine andere wird, und alle seine Erfolge in Frage gestellt werden. Insofern sind hier zweifellos die Interessen der Unternehmer und Arbeiter in gewisser Beziehung solidarisch. Wir brauchen langfristige Handelsverträge sowohl mit Rücksicht auf die soziale Lage der Arbeiter, als auch insbesondere, weil sonst die agrarische Agitation kein Ende nimmt, sondern immer und immer wieder von neuem die ganze Agitation darauf gerichtet werden wird, auch höhere Lebensmittelzölle zu erlangen. Darunter aber leidet das gesammte wirthschaftliche Leben im höchsten Grade und die arbeitenden Klassen am meisten. (Sehr richtig!)

Von diesen Gesichtspunkten aus, deren Richtigkeit gar nicht bestritten werden kann, die jeder Staatsmann als selbstverständlich anerkennen muß, ist es geradezu unbegreiflich, wie der jetzt uns vorliegende Tarifentwurf überhaupt hat gemacht werden können. „Die Zukunft Deutschlands liegt auf dem Wasser!" Das ist ein Ausspruch, der von keinem Sozialdemokraten stammt. (Sehr gut!) Dieser Ausspruch besagt aber, wir haben den freien Verkehr mit fremden Völkern, der durch das Meer gefördert wird, nöthig, weil wir sonst als große industrielle Nation auf die Dauer nicht existiren können. Wenn aber diese Ansicht in den höchsten Stellen, und zwar in einem Maße, wie ich sie nicht theile, vorhanden ist, — denn so steht es nicht, daß von der See- oder Wasserherrschaft die Zukunft Deutschlands zu erwarten ist — aber wenn man diese Ansicht hat, und wenn ich der Mann wäre, der sie hätte und die nöthige Macht besäße, wißt Ihr, Parteigenossen, was ich thäte? Ich würde die Verfasser dieses Tarifentwurfs mit einem Fußtritt zur Thür hinauswerfen. (Große Heiterkeit und sehr gut!) Denn das Ansehen Deutschlands, die Interessen Deutschlands,

Digitized by Google

die inneren wie die äußeren, werden dadurch in geradezu unerhörter Weise blosgestellt, vergewaltigt. (Sehr wahr!) Ich behaupte, daß wir in den ganzen dreißig Jahren seit Gründung des Reiches noch niemals einen gesetzgeberischen Akt vor uns gehabt haben, der in solchem Maße alle Klassen der Gesellschaft, alle Interessenschichten so gegeneinander aufbringt und aufregt wie dieser Entwurf. (Sehr richtig!) Es ist eine Fülle von Aufregung, Haß und Erbitterung in weiten Kreisen des Volkes durch den Entwurf entstanden, und man kann wohl sagen, wenn es die Absicht war, von Grund aus die Grundlagen des Reiches zu erschüttern, dann hat es dieser Entwurf fertig gebracht, nicht allein nach innen, sondern auch nach außen. (Lebhafte Zustimmung.)

Lesen Sie einmal die ausländischen Zeitungen, wie einmüthig man über Deutschlands Pläne urtheilt und sie verurtheilt. Mit England haben wir einen Handelsverkehr von 1600 Millionen jährlich. In England ist seit Jahren — wie das made in Germany beweist — die Erregung in industriellen Kreisen gegen die deutsche Konkurrenz sehr groß. Kommt nun dazu eine abermalige Zollerhöhung auf Industrie-Erzeugnisse bei uns, dann muß die schutzzöllnerische Strömung in England einflußreicher werden, und erlangt sie die Macht in der Gesetzgebung, dann ist das ein Schlag für unsere wirthschaftlichen Verhältnisse, wie er schwerer nicht gedacht werden kann. Freuen thut sich nur Frankreich über unseren Zolltarif, denn es hofft, unter der Herrschaft desselben den von uns ihm abgenommenen Markt, speziell in Italien und der Schweiz, wieder zu gewinnen.

Diese Politik, die künftig maßgebend sein soll, die die schwersten Schädigungen für die Arbeiterklasse bringt, dann aber auch für den größeren Theil unserer Bevölkerung überhaupt, der ja bekanntlich von Handel, Industrie und Gewerbe und nicht von der Landwirthschaft lebt, steht in dem schneidendsten Widerspruch zu unserer See- und Weltpolitik, unserer Flotten- und Kolonialpolitik, zu unserer Chinapolitik, deren eigentlicher Zweck doch war, China unserem Handel zu erschließen. Und während wir diesen Feldzug gegen China unternahmen, um China zu erschließen, errichten wir eine chinesische Mauer um uns und werden selbst zu Chinesen. (Heiterkeit und Beifall.) Die Zoll- und Handelspolitik beruht auf Gegenseitigkeit der Staaten, die ein Vertragsverhältniß eingehen. Gewiß, niemals kann es eine Zoll- und Handelspolitik geben, die nicht für irgend eine Schicht der Bevölkerung ungünstig ist; das muß man in den Kauf nehmen. Worauf es aber ankommt, ist, daß die ungeheuere Mehrheit der Nation Vortheil von dieser Handelspolitik hat. In dem blinden Eifer, Alles mit Zöllen zu belegen, um Jedem das Glück ins Haus zu bringen, übersah man, daß man Vielen Zöllen brachte, die sich jetzt davor bedanken. Aus allen Branchen kommen jetzt die Kundgebungen gegen diesen Tarif, weil auch viele Unternehmer schwer geschädigt werden würden, so die Bäcker, Fleischer, Gastwirthe, die Möbel- und Pianofortefabrikanten, die Gold- und Bijouteriewaaren-Industrie, die Gerber, die keramische Industrie, die Baumwollen-Industrie, die Solinger Exportindustrie, die Konfektion, die Stubenmaler u. s. w. Das Zentrum wird mit seiner Mittelstandspolitik sein blaues Wunder erleben. Herr Bachem hat schon gesagt, der Zolltarif wird als Sprengpulver wirken, und er wird recht haben. Das Zentrum wird mit seiner spiegelfechterischen Politik in die Brüche gehen, denn die idealen Interessen haben ausgespielt, es kommen nur noch die nackten materiellen Interessen in Frage. (Sehr richtig!)

Geschädigt werden also in erster Linie die Arbeiter werden, und zwar schwer. Die Konsumartikel werden vertheuert, die Löhne für Millionen aufs Aeußerste herabgedrückt und Hunderttausende finden infolge der Krise überhaupt keine Arbeit mehr. Wo soll das hinaus und wie soll das enden? Wie aber der Staat, der bekanntlich die Musterbetriebe schaffen wollte, während er an eine ganz ungeheuerliche Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel durch erhöhte Zölle denkt, zugleich die Krise für die Lohndrückerei ausnutzt und

Digitized by Google

damit den Privatunternehmern das schlechteste Beispiel giebt (sehr richtig!), das beweist der Erlaß des Ministers v. Thielen, der seine Behörden ausdrücklich anweist, dem in Folge der Krise entstehenden Ueberangebot der Arbeiter durch Herabsetzung der Löhne Rechnung zu tragen; wenn das der Vater Staat thut, werden die Industriellen natürlich nicht zurückbleiben. Das Kapital wird in letzter Linie nicht geschädigt. Wenn die Großindustrie unter den künftigen Handelsverträgen nicht prosperirt, dann wandert das Kapital aus und gründet im Auslande Konkurrenzfabriken. Das ist schon früher so gemacht worden. So hat sich z. B. die deutsche Textilindustrie und die Pianofortefabrikation in Russisch-Polen angesiedelt. Deutsche Werkführer sind hinübergenommen worden und haben die fremden Arbeiter dressirt. Kommt der neue Zolltarif zu Stande, so wird sich dieses Schauspiel in viel größerem Maßstab wiederholen. Die Arbeiter haben aber den Schaden davon, und nicht zuletzt auch die betreffende Industrie, deren Ausfuhrmöglichkeit durch die mit deutschem Kapital gegründeten Konkurrenzfabriken unterbunden wird. (Sehr richtig!)

Die gewaltige Zunahme unseres Handelsverkehrs in den Jahren von 1894—1901 zeigt den Nutzen der Handelsverträge: die Einfuhr ist um rund 1500 Millionen, die Ausfuhr ebenfalls um rund 1500 Millionen Mark gewachsen, zusammen also um die gewaltige Summe von 3000 Millionen Mark. Ich kann mich bei der weit vorgerückten Zeit nicht mehr auf Einzelheiten einlassen. Soviel steht fest: es kann keinem Zweifel unterliegen, welche Stellung wir dieser ganzen Sachlage gegenüber einnehmen müssen. Alle unsere Kräfte müssen aufgeboten werden für die Agitation gegen die neue Tarifvorlage. Wir müssen die Aufklärung, aber auch die Aufregung, ja, ich scheue mich nicht, dies Wort auszusprechen, die Aufhetzung in die Masse tragen. (Großer Beifall.) Bis ins entfernteste Dorf, bis in die letzte Familie muß die Agitation getragen werden, um diesem ungeheuerlichen Attentat gegen die große Mehrheit des deutschen Volkes zu begegnen! (Lebhafte Zustimmung!) Ganz besonders aber müssen wir es uns zur Aufgabe machen, die uns noch fernstehenden Arbeiter, insbesondere die christlichen Arbeiter, die Anhänger des Zentrums aufzuklären über den Entwurf und die Haltung des Zentrums diesem gegenüber. (Sehr richtig!) Nicht allein wird jede einzelne Familie aufs härteste getroffen, und je zahlreicher sie ist, um so stärker, auch für das Reich, die Einzelstaaten, die Kommunen entstehen sehr erhebliche Mehrausgaben. So für Militair und Marine, für Kranken- und Siechenanstalten, Irrenhäuser, Arbeitshäuser, Gefangenen-Anstalten u. s. w.

Die Ironie der Geschichte aber will, daß es gerade das christliche Zentrum ist, das den Brod- und Lebensmittelwucher en gros betreibt. Diese Partei steht auf dem Boden des neuen Testaments, dieses aber verbietet den Brodwucher als schwerste Sünde. Wenn Christus einst die Zöllner und Wucherer aus dem Tempel jagte, er würde, käme er heute wieder, in erster Linie das Zentrum aus dem Tempel jagen. (Stürmischer Beifall.)

Thun wir unsere Pflicht. Unsere Stimmen fallen ins Gewicht. Wenn wir alle unsere Schuldigkeit thun, dann hoffe ich, daß es uns gelingt, dieses schamlose Attentat auf das Wohl des arbeitenden Volkes unmöglich zu machen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Kiesel-Berlin beantragt, von einer Diskussion abzusehen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Resolution Bebel (121) gelangt hierauf zur einmüthigen Annahme.

Nunmehr folgt zur Berathung Punkt 5 der Tagesordnung: **Maifeier**, wozu die Resolution 95 vorliegt.

Den Bericht erstattet

Metzner-Berlin: Nachdem uns verschiedene Angelegenheiten sehr lange beschäftigt haben, werde ich mich bemühen, diese Angelegenheit nicht allzu lange

Digitized by Google

auszudehnen. Die Berichte erweisen, daß die Maifeier an den verschiedenen Orten in verschiedener Weise begangen worden ist. Leider darf nicht verschwiegen werden, daß verschiedentlich Genossen, politisch und gewerkschaftlich organisirte, selbst da, wo ihnen von den Unternehmern keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden, die Maifeier nicht begangen haben. Ihnen brauche ich nicht vorzutragen, welche Bedeutung die Maifeier hat. Wir demonstriren damit für die Verkürzung der Arbeitszeit. Die ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnisse dieses Jahres haben ja Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten gebracht; die Unternehmer haben vielfach die Feiernden ausgesperrt. Aber wir stehen im Kampf und haben Opfer zu bringen; und in dieser Erkenntniß fordere ich Sie auf, sich zu vereinigen in folgender Resolution:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Opfer, die vermieden werden können, sollen vermieden werden, aber der Pflicht zur Feier wollen wir uns darüber hinaus nicht entziehen. Den Antrag 95 von Berlin IV bitte ich abzulehnen. Wir können den Gewerkschaftsverbänden keine Vorschriften machen. Die Aufforderung, die der Vorstand des Metallarbeiterverbandes erlassen hat, hat in der Generalversammlung ja schon die erforderliche Korrektur erfahren. Wir fassen unsere Beschlüsse, geben damit eine moralische Direktive und erwarten, daß ihr Folge geleistet wird. Mehr sind wir aber nicht im Stande, wenn wir nicht Dinge erleben wollen, wie wir sie in unangenehmer Weise auf diesem Parteitag schon erfahren haben. (Beifall.)

Adolf **Hoffmann**-Berlin begründet den Antrag 95, welcher eine Entscheidung des Parteitages darüber wünscht, „wie weit die gewerkschaftlichen Zentralverbände berechtigt sind, die Beschlüsse der Internationalen Kongresse betreffend die Maifeier zu hintertreiben resp. sich den aus diesen Beschlüssen entstehenden Konsequenzen zu entziehen." Diese Resolution ist in der Versammlung, in der die Delegirten zum Parteitag gewählt wurden, angenommen worden; ich glaube, es wäre nicht geschehen, wenn durch einen Schlußantrag das Wort dagegen nicht abgeschnitten worden wäre. Wir Delegirten des vierten Berliner Wahlkreises sind nun in der angenehmen Lage, diese Resolution hier begründen zu müssen. (Heiterkeit.) Ich stehe auf dem Standpunkte Metzner's; wir können die Gewerkschaften nicht zwingen. Wir werden also nicht anders können, als sie abzulehnen, obgleich ich Sie bitten muß die Resolution anzunehmen. (Heiterkeit.) Ja, es ist ein eigenthümliches Verhältniß: Aber ich glaube, Sie werden zufrieden sein, wenn wir anstandshalber die Begräbnißkosten tragen. (Heiterkeit und Beifall.)

Röske-Hamburg: Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß die Maifeier wie in den vergangenen Jahren gefeiert werden muß. Ich kann den Antrag der Berliner verstehen. Auch in unserer Organisation ist es an verschiedenen Orten vorgekommen, daß die Mitglieder erklärt hatten, der Vorstand habe ihnen angerathen, nicht zu feiern. In der heutigen Krise wird man es aber den Vorständen der einzelnen Zentralorganisationen überlassen müssen, wie sie den geschäftlichen Verhältnissen nach in ihrem Berufe glauben eine Maifeier durchführen zu können. Die moralische Verpflichtung wird hoffentlich wirkungsvoll sein.

Gerisch: Nach der Begründung des Antrages durch Hoffmann brauche ich Sie nicht erst um die Ablehnung des Berliner Antrages zu bitten. Der

Digitized by Google

Vorwurf, der den Metallarbeitern gemacht ist, ist absolut unbegründet. Allerdings hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes im vorigen Jahr ein Zirkular erlassen, in dem er vor leeren Demonstrationen warnte. Die Generalversammlung des Verbandes hat aber den Fehler des Vorstandes, soweit man von einem solchen überhaupt reden kann, wieder reichlich gut gemacht, indem sie den Beschluß faßte, daß in allen Betrieben, in denen Dreifünftel der Beschäftigten vollberechtigte Verbandsmitglieder sind, eine Abstimmung über die Art der Maifeier stattfinden muß. Weiter zu gehen, kann man von dem Metallarbeiterverband unter keinen Umständen verlangen, da es noch sehr fraglich ist, ob er die aus dem gedachten Beschlusse sich ergebenden Verpflichtungen gegenüber gemaßregelten Mitgliedern auf die Dauer wird tragen können.

Raith-München: Die Artikel der „Metallarbeiter-Zeitung" haben zur Folge gehabt, daß selbst solche Arbeiter, deren Arbeitgeber an keine Maßregelung gedacht hätten, den 1. Mai nicht gefeiert haben. Man darf nicht den Standpunkt vertreten, daß die Maifeier eine leere Demonstration ist. Wir haben eine Unmenge von Betrieben, wo gefeiert werden kann, ohne daß den Leuten auch nur das Geringste passirt, wo aber die Arbeiter sich auf Gewerkschaftsblätter berufen und nicht feiern.

Die Debatte wird geschlossen.

Im Schlußwort bemerkt **Metzner:** Auch ich stehe auf dem Standpunkt, man soll die Art der Maifeier den Verbänden überlassen, das kommt auch in meiner Resolution zum Ausdruck. Gerade weil die Gewerkschaften die Elite der Arbeiterschaft bilden sollen, erwarte ich, daß sie unserm Beschlusse Beachtung schenken. Auch ich könnte einen Fall nachweisen, wo politisch und gewerkschaftlich organisirte Arbeiter selbst an die Unternehmer herangetreten sind und gesagt haben, wir wollen arbeiten, obwohl ihnen keine Nachtheile aus der Maifeier erwachsen wären. Wir müssen agitatorisch wirken und Jedem die Pflicht, die er als klassenbewußter Arbeiter hat, vor Augen führen. Das ist der Zweck meiner Resolution, um deren Annahme ich Sie nochmals bitte.

Die Resolution 95 wird abgelehnt, die Resolution Metzner (120) gelangt einstimmig zur Annahme.

Der nächste Punkt der Tagesordnung, der nunmehr zur Berathung gestellt wird, ist die **Wohnungsfrage.** Zur Berathung werden gestellt die Anträge 17, 72, 111 und Amendement 119.

Als Berichterstatter erhält das Wort

Referent **Südekum**-Dresden: Als mir Auer schrieb, daß mir das Referat über die Wohnungsfrage zugefallen sei, fügte er in seiner sarkastischen Weise hinzu: „Nun haben Sie also damit die Verpflichtung, für uns Alle gute, gesunde und billige Wohnungen zu schaffen." (Heiterkeit.) Dieser Aufforderung kann ich nicht entsprechen, denn außer bei dem Bau von Luftschlössern habe ich mich als Architekt noch nicht versucht (Heiterkeit) und mit dieser Thätigkeit kann Ihnen ja nicht gedient sein. Meine Aufgabe kann nur darin bestehen, Ihnen die Stellung unserer Partei zur Wohnungsfrage vorzuführen.

Die Wohnungsfrage, dieser sehr umfassende Begriff, enthält zunächst die Frage nach den thatsächlichen Behausungsverhältnissen des gesammten Volkes; sodann die Frage nach der Werthung und Klassifizirung der Behausungen, die Frage nach dem erwünschten Zustand der Behausungsverhältnisse und endlich diejenige nach den Mitteln, womit möglichst leicht und rasch der erwünschte Zustand herbeigeführt werden könne. Es ist selbstverständlich unmöglich, im Rahmen eines kurzen Referats die thatsächlichen Behausungsverhältnisse des gesammten Volkes zu schildern, selbst wenn das statistische Material zu einer solchen Schilderung vorläge, was nicht der Fall ist. Uns interessiren aber auch hier in erster Linie nur die Wohnungsverhältnisse des armen Theils unserer Bevölkerung, des Proletariats, und auch da wieder vornehmlich die des indu-

Digitized by Google

striellen Proletariats. Nicht als ob wir den ländlichen Proletarier vor den Schäden theilweise geradezu himmelschreiender Wohnungsmißstände bewahrt glaubten. Es bedurfte nicht erst des bekannten Ausrufs des deutschen Kaisers in Kadinen, um uns zu belehren, daß die ländlichen Arbeiter vielfach in Hütten hausen, die elender sind als Schweineställe. Das wußten wir auch schon vorher sowohl aus eigener Anschauung, als auch aus von jeder Uebertreibung freien Schilderungen; ich erinnere nur an die bekannte Pastorenenquete über die sittlichen Zustände auf dem Lande. Nach dem Urtheil kompetenter Beobachtung ist ja auch die Landflucht zum Theil mit durch die unsagbar traurigen Wohnungszustände des ländlichen Proletariats verursacht worden. Der preußische Kreisphysikus Dr. Richter hat schon 1892 die öffentliche Aufmerksamkeit auf die schlechten Zustände des Landproletariats hingelenkt. In den neuesten Publikationen des Vereins für Sozialpolitik beklagt Professor Albrecht ausdrücklich, daß auf dem Lande zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse so wenig geschehen sei besonders fällt ihm auf, daß auch die Arbeitgeber dort völlig versagen, während ihnen ein thatkräftiges Eingreifen doch sehr leicht sei. Wer unsere „Nothleidenden" ein Bischen besser kennt als der optimistische Herr Albrecht, der wird sich über dieses Verhalten nicht wundern. Zum Beweise der Behauptung, daß die Abwanderung ländlicher Arbeiter in die Industriebezirke zum großen Theil durch die schlechten Arbeitsverhältnisse, nicht zum wenigsten der schlechten Hausungsverhältnisse wegen verursacht werde, berufe ich mich auch auf die sachkundigen Ausführungen unseres ostpreußischen Genossen Gutsbesitzers Braun auf dem Parteitag in Hannover.

Allbekannt sind ferner die vielfach geradezu fürchterlichen Wohnungszustände der auf dem Lande wohnenden, in der Hausindustrie beschäftigten Personen; darauf ist zum Theil die sozialpolitische und politische Rückständigkeit dieser Bevölkerungsgruppe zurückzuführen. Alle Unterdrückten zu aller Zeit mußten, wie Engels schon hervorhob, ihre Ansprüche an die Wohnung auf ein Minimum hinabschrauben, und wer wäre unterdrückter als der ländliche Proletarier? Alles trifft hier zusammen, um die Wohnungsverhältnisse schlecht zu machen und schlecht zu erhalten. Das Vorhandensein von billigem Grund und Boden, die relative Niedrigkeit der Baukosten sollten auf dem Lande die Herstellung guter und großer Wohnungen befördert haben: man merkt davon wenig, außer in wohlhabenden Landorten. Jeder Beschreibung spotten vollends die Massenquartiere der Sachsengänger, insbesondere der „Polen"; ortspolizeiliche Vorschriften sind da nichts als Feigenblätter, hinter denen sich die schamhaften Sittlichkeitsapostel verstecken.

Aber die Wohnungsnoth der Landproletarier hat andere Ursachen als die des Industriearbeiters in der Großstadt und in den Industriezentren. Die Mißstände beruhen dort, wie in der Resolution kurz dargestellt wird, in der Zusammenballung der Bevölkerung, Steigerung des Grundwerthes in Folge erhöhter Ausbeutungsmöglichkeit, Spekulation, Zwang zum Bau von Miethskasernen, übertriebener Ausnutzung der Wohnung, im Entstehen von Zwischenvermiethern, Aftermiethern, Schlafgängern. Die Wohnungsnoth in den Großstädten trifft nicht allein die Arbeiter, auch der Mittelstand leidet unter ihr. Aber das sogenannte Schwabesche Gesetz, nach dem um so mehr von dem Einkommen für die Wohnung aufzuwenden ist, je geringer es ist, hat überall seine Richtigkeit. Der Arbeiter wird also am schwersten getroffen.

Wer den schlimmen Folgen der Wohnungsnoth für die davon betroffene Bevölkerung nachspüren will, der muß vor allen Dingen festhalten, daß durch schlechte Behausung viel Leid entsteht, das durch keine Statistik erfaßt und gemessen wird. Aber auch das, was wir zahlenmäßig feststellen können, ist unendlich viel. An die furchtbare Tragödie der Cholerajahre in Hamburg brauche ich nicht erst ausdrücklich zu erinnern. Diese Katastrophe, die über das Händler- und Hauspascharegiment dieser famosen Bourgeoisrepublik ein vernichtendes

Digitized by Google

Urtheil provozirt hat, ist noch in Aller Gedächtniß. Ebenso aber auch die Thatsache, daß das Interesse vieler Wohlhabenden für die Wohnungsfrage auf die fatale Eigenschaft der Cholera zurückzuführen ist, nicht nur den Hütten der Armuth, sondern auch ausnahmsweise einmal einem Palast des Reichthums einen Besuch abzustatten. In England sind die Wohnungsuntersuchungen und die nachfolgenden gesetzgeberischen Maßnahmen direkt auf das Auftreten der Cholera zurückzuführen. Die Verbreitung der Lungentuberkulose, dieser Geißel des Proletariats, geht, ebenso wie die allgemeine Sterblichkeit, ebenfalls parallel der Wohnungsdichtigkeit der Bevölkerung. Die Leiden des der Tuberkulose verfallenen Proletariers steigern sich in einem verhängnißvollen Zirkel: Ergreift ihn die fürchterliche Krankheit, so wird er weniger leistungsfähig bei der Arbeit, sein Verdienst geht zurück; an der Wohnungsmiethe, dem markantesten Ausgabeposten, wird zuerst gespart, der Unglückliche zieht in eine schlechtere, engere, noch mehr überfüllte Wohnung, dort aber macht sein Leiden um so raschere Fortschritte, kurzum, es geht mit Riesenschritten dem Grabe zu.

Wie ist nun Abhilfe möglich? Zunächst ist zu bemerken, daß die Wohnfrage nicht, wie man früher glaubte, eine Lohnfrage, sondern eine Machtfrage ist. (Sehr richtig!) Sobald wir die Macht haben, sind wir auch in der Lage, Abhilfe zu schaffen. Die Mittel, die ich vorschlage, sollen gleichzeitig angewendet werden, sie greifen aufeinander über. Ich trenne sie nur wegen der größeren Uebersichtlichkeit.

Es könnte Jemand in unserer Forderung, daß die Gemeinde für ihre Angehörigen, zunächst besonders für die Arbeiter, Wohnungen erbauen soll, eine Liebesgaben-Politik erblicken, die wir sonst bekämpfen. Das wäre ebenso thöricht wie unbegründet. Zunächst verlangt hier Niemand etwas auf Kosten der Gesammtheit geschenkt, vielmehr ist unsere Forderung nur ein Gebot ausgleichender Gerechtigkeit. Für wen werden denn in den Gemeinden immer und immer wieder die Mittel der Gesammtheit in allererster Linie angespannt? Wem schafft man die besten Straßen, die schönsten Parks, die lauschigsten Plätze, die großartigsten Monumente, die beste Wasserleitung und Kanalisation? Den oberen Zehntausend, den behaglich in ihrem gesicherten Wohlstande Lebenden. Unser ganzes öffentliches Leben ist auf eine geradezu peinlich ungerechte Bevorzugung der Besitzenden zugeschnitten. Unsere Forderungen sind begründet; erringen wir uns die Macht, sie auch durchzudrücken!

In den meisten Gemeindevertretungen herrscht noch ein antisozialer Geist, ein Geist, gegen den oft sogar der gewiß nicht hoffnungsreiche Bureaukratismus staatlicher Beamten vortheilhaft absticht. Diese Erwägungen müssen wir vorausschicken, wenn wir uns den Aufgaben zuwenden, die nach unserer Meinung die Gemeinden in der Wohnungfrage zu lösen haben. Erst sehr spät ist in den Gemeinden die Thatsache zum Bewußtsein gekommen, daß sie nicht nur die Aufgabe haben, ihren Besitz an Grund und Boden der Gemeinschaft zu bewahren und vor gewissenloser Verschleuderung an Private zu schützen, sondern daß ihnen auch die weit größere Aufgabe gestellt ist, der privaten Ausnutzung des privaten Grundes Schranken zu stecken, zu verhindern, daß das private Eigenthum an Grund und Boden als furchtbares Werkzeug zur Ausbeutung der nichtbesitzenden Gemeindeglieder dient. (Sehr richtig!) Die Gemeinde kann und muß als öffentliche Korporation auf den Unternehmergewinn verzichten und sie darf vor der Schwierigkeit der Aufgaben, die wir ihr stecken, nämlich des Eigenbaues von Wohnhäusern, nicht zurückschrecken. Schwierig waren auch die Heeresorganisation und tausend andere Dinge, vor Allem die Organisation des gewaltigen Eisenbahn-Verkehrswesens. Die Gründe, die für unsere wichtigste Forderung, den Häuserbau durch die Gemeinden, sprechen, sind so sonnenklar, so durchschlagend, und unwiderleglich, daß wir uns gerade mit diesem Punkte am wenigsten lan- aufzuhalten brauchen. Voraussetzung dafür ist allerdings eine sozial richt

Bodenpolitik der Gemeinden, und darum fordern wir, daß die Gemeinden nicht nur ihren jetzigen Grundbesitz erhalten, sondern ihn auch erweitern sollen, und zwar nicht zur eigenen Spekulation, zum späteren lukrativen Verkauf, sondern zur Bebauung. Die Gemeinden müssen unter allen Umständen an ihrem bisherigen Besitz von Liegenschaften festhalten, mit nur ganz fest umschriebenen Ausnahmen.

Sodann müssen sie jede Gelegenheit zur Vervollständigung ihres Grundbesitzes durch Ankauf aus freier Hand, bei Zwangsversteigerungen, Theilungen und dergl., Verlegung von Festungswerken, Kasernen, Fabriken, Bahnanlagen usw. benutzen. Ihren Grundbesitz müssen sie, um die Spekulation zu bekämpfen, möglichst rasch bebauungsfähig gestalten. Die technischen Einzelfragen des Eigenbaues lassen sich dann verhältnißmäßig leicht lösen. Am besten geschieht es wohl in der Weise, die Hugo vorschlägt; die Miethpreise werden so festgesetzt, daß sie die Selbstkosten decken, der Betrieb der Häuser wird Miethgenossenschaften übertragen. So wird ein allzu weitgetriebener Bureaukratismus vermieden und den heutigen Stadtverwaltungen auch keine Aufgabe zugetheilt, für deren Lösung sie in ihrer jetzigen Zusammensetzung thatsächlich kaum geeignet sein dürften. Durch das Mittel der Miethgenossenschaft wird ein gewisses Eigeninteresse an der pfleglichen Behandlung der Gebäude wach erhalten, das man so lange ganz gut verwenden kann, bis durch Erziehung, Gewöhnung und Belehrung eine erhebliche Stärkung des sozialen Geistes in der Bevölkerung erzielt worden ist. Prinzipiell wären ja Gemeindehäuser, auf gemeinsam besessenen Grund und Boden, verwaltet durch die Organe der Gemeinde, wünschenswerth; aber vor der Hand spricht auch noch der Grund für Miether-Genossenschaften, daß eine Beeinflussung ihrer Mitglieder durch die Organe der Stadtverwaltung so gut wie ausgeschlossen ist, während der einzelne Miether unter Umständen mannigfaltigen Chikanen wegen seiner politischen Ueberzeugung oder wegen anderer Dinge ausgesetzt wäre. Der Schutzmann als Hausvater ist gerade kein lockendes Bild; und die Erfahrungen, die Adolf Hoffmann in Berlin auf einem Gebiete das sich doch mit der Wohnungsfrage sehr eng berührt, mit städtischen Exekutivorganen machen mußte, sind nicht geeignet, uns in diesem Punkte optimistisch zu stimmen. (Sehr richtig!)

Eine der finanziellen Leistungsfähigkeit der Arbeiter angepaßte und doch zugleich den hygienischen und kulturellen Anforderungen entsprechende Wohnungsversorgung kann nur hergestellt werden, wenn auf billigem Baugrund billig gebaut werden kann. Die schönsten kommunalen Arbeiterwohnhäuser nützen nichts, wenn ihr Miethspreis zu theuer zu stehen kommt. In Nürnberg hat man solche Erfahrungen gemacht; an eine landesübliche Verzinsung des angelegten Kapitals ist dort nicht mehr zu denken. Billigen Baugrund finden aber die Gemeinden nur an ihren Peripherien. Das hat den Uebelstand eines weiten Weges bis zum Mittelpunkt des städtischen Verkehrs; deshalb ist unbedingt eine durchgreifende Verbesserung des Verkehrswesens erforderlich. Die Ausbeutung des Verkehrsbedürfnisses durch private Erwerbsgesellschaften ist ein schweres Hinderniß für eine vernünftige Kommunalpolitik. Die Verkehrsmittel auf dem Territorium einer Gemeinde gehören prinzipiell in die Hände der Gemeinde selbst und Ueberschußwirthschaft ist hier zu verwerfen. Der Fahrpreis muß jedenfalls so billig sein, daß die Differenz in den Miethpreisen nicht wieder ausgeglichen wird.

Auf lange Zeit hinaus haben wir beim Hausbau noch mit der privaten Unternehmung zu rechnen. Sie muß aber durchaus unter die Kontrolle der Allgemeinheit gestellt werden. Deshalb fordern wir die Einrichtung von kommunalen Wohnungsämtern für regelmäßige Wohnungsinspektion, Wohnungsstatistik und Wohnungsvermittelung. Die Grundlage für diese Einrichtungen kann zweckmäßig nur durch ein Reichsgesetz etwa nach Analogie des Gewerbegerichts-Gesetzes gegeben werden, bei Weitem Spielraum für die Gemeinde im Einzelnen. Vor

Allem jedoch eine grundsätzliche Forderung: Die Thätigkeit der Wohnungsämter soll nichts zu thun haben mit der gewöhnlichen Sicherheitspolizei-Thätigkeit. Im bureaukratisch dressirten Deutschland scheint man sich freilich eine andere Form der Thätigkeit auf diesem Gebiet nur schwer vorstellen zu können. Der Polizist muß es sein. (Sehr richtig!) Dadurch wird, wie Hugo mit Recht hervorhebt, eine eminent wichtige hygienische Einrichtung auf das Niveau der gewöhnlichen polizeilichen Ordnungsmaßregeln herabgedrückt. (Sehr richtig!)

Zwei Arten der Wohnungsschädlichkeiten hat die Wohnungsinspektion zu bekämpfen. Einmal die Schäden, die aus dem gesundheitswidrigen Zustande der Wohnungen entspringen, ein andermal diejenigen, die eine Folge der gesundheitsschädlichen Benutzungen der Wohnungen sind. Die erste Aufgabe umfaßt vor Allem den Kampf gegen die scheußlichen Kellerwohnungen. Größer noch ist die zweite Aufgabe. Ganz unhygienische Wohnungen sind immer noch seltener als ganz überfüllte. Die Ueberfüllung proletarischer Wohnungen entsteht auf doppelte Weise: entweder ist die Wohnung von vornherein zu klein für die Zahl der Familienmitglieder oder sie war an sich wohl groß genug, wird aber zu klein, weil Schlafgänger und Chambregarnisten aufgenommen werden. (Sehr richtig!) Greift hier die Wohnungsinspektion ein, so müßten entweder eine größere Wohnung gesucht oder die Aftermiether entlassen werden. Beides scheitert am Kostenpunkt. Hugo sagt mit Recht: „Der Erlaß einer Wohnungsordnung ist leicht; die Schwierigkeiten beginnen, sobald es sich um ihre Durchführung handelt." (Sehr richtig!)

Schon Engels hat darauf hingewiesen, daß die moderne Art des City-Ausbaues in Großstädten, die allenthalben nachgeahmte Hausmännerei des dritten Napoleon, bei dem absoluten Mangel an Fürsorge der verantwortlichen Behörden von den verhängnißvollsten Folgen für die arme Bevölkerung sein mußte. Das schlagendste Beispiel dafür bietet wohl die Baugeschichte Hamburgs, das immer wieder genannt werden muß, wenn man von den fluchwürdigsten Zuständen auf dem Gebiete des Wohnungswesens spricht. Die Vermittelung der Wohnungsvermiethung, die wir dem Wohnungsamte neben der ungemein wichtigen Wohnungsstatistik zuweisen, erscheint belangloser, als sie in Wirklichkeit ist. Für den Arbeiter, der womöglich mit der Frau zusammen den ganzen Tag in der Fabrik stehen muß, ist es von hoher Bedeutung, eine zuverlässige Zentralstelle für Wohnungsnachweis zu haben, weil er nicht halbe Tage auf die Wohnungssuche gehen kann. Von einer Behörde muß aber der Wohnungsnachweis geleitet werden, um dem skandalösen Unfug der schwarzen Listen ein Ende zu machen. Eng in Verbindung mit dem Wohnungsamt muß stets das technische Stadtbauamt stehen, wir dürfen die Wechselbeziehungen zwischen Technik und Sozialpolitik nicht außer Acht lassen. Die Aufgabe des Stadtbauamtes ist zunächst die Entwerfung von Bauplänen; diese aber nützen nur in Verbindung mit einer gediegenen Bauordnung.

Wenn wir nun die Frage untersuchen wollen, in welcher Weise die von uns angestrebte Senkung und Abfangung der Bodenrente durch Steuermaßregeln der Gemeinden erreichbar ist, so haben wir dieser Erörterung die prinzipielle Forderung voranzustellen, daß die gesammten Steuern vom Grundbesitz den Gemeinden überlassen werden. In Preußen ist das ja mit der Miquel'schen Steuerreform so ziemlich erreicht worden. Erhebt nicht die Gemeinde, sondern der Staat die Grundsteuer, dann ergiebt sich eine um so größere Belastung der Gemeinde, je weiter sie auf dem Wege des eigenen Grunderwerbs vorwärts geht. Eine staatliche Grundsteuer wäre geradezu eine Prämie für jene unsozialen Gemeinden, die die Beschaffung eigenen Grundbesitzes vernachlässigen oder wohl gar bereits vorhandenen Grundbesitz noch verschleudern. Der erste Grundsatz ist: die gesammten Steuern vom Grundbesitz für die Gemeinden. Der zweite Grundsatz ist, daß nur eine Kombination verschiedener Steuerformen eine Förderung

Digitized by Google

der Bauthätigkeit überhaupt und vor Allem eine Niederhaltung des Geländepreises bewirken kann. Es kann nicht Aufgabe dieser Versammlung sein, die Theorie und Praxis der verschiedenen Steuerarten im Einzelnen und im Ganzen hier durchzunehmen und zu diskutiren, das muß anderen Gelegenheiten vorbehalten bleiben. Gerade in diesen Fragen gehen die Ansichten sehr weit auseinander, und besonders schwierig gestaltet sich die Lösung dadurch, daß man selbstverständlich die Möglichkeit der Steuerüberwälzung in Betracht zu ziehen hat und andere Umstände erwägen muß, durch die ihr sozialpolitischer Zweck ganz oder theilweise illusorisch gemacht wird. Nachdem einmal den Gemeinden die Inanspruchnahme solcher Werthsteigerungen, die durch Unternehmungen der Gemeinde selbst bewirkt werden, durch die Gesetzgebung gestattet war, mußte logischer Weise den Gemeinden auch das Recht auf Besteuerung jenes unverdienten Werthzuwachses zugestanden werden, der nicht direkt nachweisbar den Unternehmungen der Gemeinde, sondern der allgemeinen gesellschaftlichen Entwickelung zuzuschreiben ist. Aber es ist keineswegs leicht, die Werthsteigerungen, die man ja sozusagen mit Händen greifen kann, thatsächlich sicher und zweckmäßig durch eine Steuer zu erfassen. Mit Recht weist z. B. Hugo darauf hin, daß eine simple Baustellensteuer schließlich auf eine Förderung der großen Bodenspekulation hinauslaufen kann, denn nur den kleinen Eigenthümern fällt die Aufbringung einer solchen Steuer schwer, nur sie erhalten deshalb dadurch einen Anstoß zur Veräußerung oder Bebauung, während dagegen die großen, mit reichen Mitteln arbeitenden Spekulationsgesellschaften die Steuer leicht tragen können, die sie übrigens nach allen Regeln der Kunst auf die Käufer, in letzter Linie die Miether, abwälzen. Deshalb nützt den preußischen Gemeinden auch das ihnen in § 25 des Kommunalabgaben-Gesetzes von 1893 verliehene Recht zur Erhebung einer Bauplatzsteuer so gut wie garnicht. Ich übergehe die Vorschläge, die Adickes gemacht hat, um auf einem anderen Wege dasselbe Ziel zu erreichen.

Etwas weiter als in Preußen sind in der Ausgestaltung ihres Steuerwesens die sächsischen Städte gegangen, denen ihre unbeschränkte Steuerautonomie mehr Ellenbogenfreiheit gewährt. Immobiliar-, Umsatzsteuern scheinen hier fast die Regel zu sein. In Bayern und Württemberg haben wir Spezialgesetze über die Umsatzsteuern. Da die Sätze aber gesetzlich sehr niedrig gehalten sind, so können dort die Umsatzsteuern schwerlich eine sozialpolitische Bedeutung erlangen. Ueber die Frage der Steuerüberwälzungen sind die Ansichten getheilt, immerhin kann als sicher gelten: in den Städten mit fortschreitender Entwickelungstendenz werden die Steuern vom Grundbesitz in letzter Linie nicht von den Grundeigenthümern, sondern von den Miethern getragen. Wenn ich trotzdem die Grundsteuern nicht verwerfe, obschon ich nicht verfehlen will, auf den Satz unseres Parteiprogramms aufmerksam zu machen, der alle indirekten Steuern ablehnt, so aus dem Grunde, weil sie sekundär in gewissen Grenzen der Spekulation doch Schranken setzen können, und das ganz besonders, wenn ihre für die Arbeiterbevölkerung besonders schädlichen Folgen durch den Eigenbau der Gemeinden gemildert werden. Baut die Gemeinde und schützt ihre Mitglieder auf diese Weise vor den Folgen der Bodenspekulation und des Miethswuchers, dann liegt kein Grund gegen die Grundsteuer mehr vor.

Ich fasse demnach zusammen: eine organisch aufgebaute und geschickt kombinirte Grundbesteuerung, die darauf ausgeht, den unverdienten Werthzuwachs der Grundstücke ganz oder zum Theil für die Allgemeinheit abzufangen, kann auf den Bodenwucher eine mäßig einschränkende Wirkung ausüben. Die Gefahr, daß die Chancen kapitalkräftiger Großspekulanten oder Spekulanten-Gesellschaften dadurch vermehrt werden, ist nicht zu verkennen. Alle Steuern vom Grundbesitz werden in der Regel von den Grundbesitzern auf die Miether abgewälzt. Der besonders starken Belastung der Arbeiterklasse durch eine Steuerüberwälzung muß die Gemeinde durch Eigenbau von Wohnungen entgegenarbeiten.

Digitized by Google

Ein paar Worte nur über die Thätigkeit der Einzelstaaten auf dem Wohnungsgebiet. Die Rechte der Gemeinde für den Grundstückserwerb müssen erheblich erweitert werden, ihr Enteignungs- und Zusammenlegungsrecht vermehrt und modernisirt werden; jetzt ist das Enteignungsrecht auf bebaute Gelände kaum etwas Anderes als ein Benefizium für die kapitalistischen Grundbesitzer, jeder Versuch, den Verkehrszentren Licht und Luft zu verschaffen, stößt auf Schritt und Tritt gegen die Schranken des Privateigenthums. Das Monopol der Grundbesitzer, das ihnen so reiche Erträge zu Lasten der Gemeinden sichert, ist nur dann mit Erfolg zu brechen, wenn man den Gemeinden nicht nur die Kosten einer Gesundung alter Stadttheile, einer besseren Ausgestaltung der Verkehrswege u. s. w. aufhalst, sondern ihnen auch die dadurch bewirkten Werthsteigerungen zufließen läßt. (Sehr richtig!) Dies kann durch die Zonenenteignung geschehen, die Enteignung nicht nur des unbedingt zu der Straßenanlage nothwendigen Grund und Bodens, sondern aller innerhalb einer bestimmten Zone gelegenen Grundstücke, auf die jene Straßenanlage Einfluß gewinnt. In Preußen ist durch die lex Adickes, so benannt nach dem Frankfurter Oberbürgermeister, der Versuch gemacht, die Zonenenteignung gesetzlich zu begründen; in dem preußischen Geldsackparlament wurde aber die bedrohte Heiligkeit des Privateigenthums und die Sicherung des unverdienten Werthzuwachses für die Hausbesitzer in einer so gründlichen Weise besorgt, daß dem Versuche nicht einmal eine theoretische Bedeutung zukam.

Natürlich kann auch die Zonenenteignung nur dann von Segen für die Gemeinden werden, wenn das enteignete Gelände im Besitze der Gemeinden verbleibt. Die mit der Enteignung nahe verwandte Umlegung von Grundstücken ist ein wertvolles Werkzeug für die Erleichterung rationeller Stadterweiterungen.

Streifen will ich nur im Zusammenhang damit die Frage der Eisenbahntarife, Tarif- und Bodenpolitik. Die Eisenbahnen müssen vorangehen, nicht folgen. Ich komme nun zu den Forderungen, die wir an das Reich zu stellen haben.

Schwartz macht den Redner darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen ist.

Südekum: Ausreden muß ich doch. Der Parteitag hat mich lange warten lassen, nun mag der Parteitag warten. (Heiterkeit.)

Was also fordern wir vom Reich, dessen Kompetenz zum Eingreifen wir nie bezweifelt haben? Unsre Fraktion verlangt seit Langem ein Reichs-Wohnungsgesetz. Ein besonderer Verein, der Verein Reichs-Wohnungsgesetz, betreibt die Agitation dafür, dem eine Anzahl Genossen beigetreten sind. Im letzten Reichsetat sind 2 Millionen für den Bau von Arbeiterwohnungen eingestellt, ein Erfolg dieser Anregungen. Es liegt die Nothwendigkeit vor, die Thätigkeit im Reiche zentral zusammenzufassen; das Wohnungsgesetz kann nur einen Theil der ganzen sozialen Gesetzgebung bilden; heute ist es ja so, daß die durch die Sozialgesetzgebung gebotene Fürsorge nur allzuoft durch traurige Wohnungsverhältnisse ganz illusorisch gemacht wird. Der Reichstag ist unsere beste Tribüne. Wir verlangen vom Reich ein Reichs-Wohnungsgesetz mit allgemeinen Grundzügen der Wohnungsfürsorge und Normativbestimmungen; ferner eine Reichs-Bauordnung, gegen die man die großen lokalen Verschiedenheiten einwendet, wogegen aber die Autoritäten Stübben und Schillings die technische Möglichkeit der Durchführung vertreten; weiter die Schaffung einer obersten Zentralinstanz für das gesammte Wohnungswesen im Reiche und ein Reichs-Wohnungsamt. Darüber hinaus hat das Reich noch wichtige Aufgaben. Vor Allem eine Reform des Miethsrechtes und zwar eine systematische Sozialisirung desselben. Die Erleichterungen, die das Bürgerliche Gesetzbuch brachte, haben die Hausbesitzer fast alle illusorisch gemacht. Daher müssen zunächst die Vorschriften des Bürger-

Digitized by Google

lichen Gesetzbuchs, die dispositives Recht sind, zum zwingenden Recht gemacht werden. Ferner eine Reform des Miethsprozesses und Miethsschiedsgerichte, Beisitzer von besonderer Sachkunde, Beschleunigung bei gründlicher Besserung des Räumungsrechts, Wahlen gleichzeitig für das Gewerbe- und Miethsgericht, eine weitere Verbesserung der Zwangsvollstreckung nach dem Vorbild der amerikanischen Exemtion Laws, wodurch nicht nur der Lebensunterhalt, sondern direkt Häuslichkeit und ein gewisser Komfort geschützt wird.

Ich überspringe große Partien meines Referats im Interesse einer rascheren Lösung der Wohnungsfrage. (Große Heiterkeit.) Aber Einiges muß ich noch hervorheben. Ohne billigen Kredit können aber auch die Baugenossenschaften nichts erreichen.

Wir können und dürfen uns nicht darüber täuschen, daß unsere Forderungen, so vernünftig und gerecht sie auch sein mögen, längerer Zeit zu ihrer Durchsetzung bedürfen. Inzwischen kann die Genossenschaftsbewegung einige Erleichterung bringen.

Trotz der Wandlung in der Beurtheilung der Genossenschaftsfrage in unseren Reihen sind wir gegen eine Ueberschätzung des Genossenschaftswesens nach wie vor gefeit; wir sehen in ihnen nützliche Hilfsmittel, die dem Bestande der kapitalistischen Wirthschaftsordnung keinen Abbruch thun, wohl aber geeignet sind, innerhalb derselben die Lebensumstände einzelner Gruppen von Proletariern zu verbessern. Gemeinnützige Baugenossenschaften verwerfen wir grundsätzlich als Armenunterstützungs-Vereine. Wir lehnen auch die Bauvereine für Erwerbshäuser, die spekulativen Genossenschaften, ab, die das berühmte „Klein, aber mein" auf ihre Fahnen geschrieben haben; ihrer ganzen Natur nach können sie auch nur für die besser gestellten Arbeiterkreise, die Werkmeister und ähnliche Leute, wirken. Die Schäden des Kapitalismus beseitigt man nicht dadurch, daß man noch mehr Wucherer schafft. Wir wollen uns nur befassen mit den Genossenschaften für gemeinsamen Besitz und gemeinsame Verwaltung von Wohnhäusern.

Redner geht nunmehr auf diese Verhältnisse in längeren Ausführungen im Einzelnen ein, in denen er u. A. die Flüssigmachung der Gelder der Invaliditätsanstalten für diese Zwecke verlangt.

Die Voraussetzung für die kommunale und sonstige Thätigkeit auf dem Gebiete der Wohnungsfrage ist, daß die Freizügigkeit nicht eingeschränkt wird; sie läßt sich auch ohne Beschränkung der Freizügigkeit lösen. Insbesondere dürfen auch die Kommunen der Bewegungsfreiheit der Arbeiter, die sie in ihre Häuser aufnehmen, nicht einschränken. Der Einwand, daß die private Bauthätigkeit lahmgelegt werden würde, kann uns nicht schrecken; wir fürchten uns nicht vor einem Streik der Hausbesitzer, im Gegentheil, ein solcher würde nur die kommunale Thätigkeit anspornen.

Die Wohnungsfrage ist eine Machtfrage, mit der nöthigen Macht läßt sich etwas schaffen. Diese Macht müssen wir erreichen, insofern ist auch dies eine Aufgabe des Klassenkampfs und insoforn mündet die Lösung der Wohnungsfrage ein in den großen proletarischen Kampf um die Befreiung aus sozialem Elend; insofern ist es richtig, daß die Wohnungsfrage nicht zu lösen ist, ehe nicht der Kapitalismus beseitigt ist. Diese Erkenntniß spornt uns zu neuer Thätigkeit an; sie muß und wird unsere Vertreter in den Kommunen, den parlamentarischen Körperschaften, anregen, ihre Schuldigkeit zu thun. (Stürmischer Beifall.)

Auf eine von Singer modifizirte Anregung Thielhorns hin wird beschlossen, die Mittagspause auf 1½ Stunden zu beschränken.

Die Vorschlagsliste für die Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure liegt vor.

Es werden vorgeschlagen für den Vorstand: Bebel, Singer, Auer, Pfannkuch, Gerisch; als Kontrolleure: Bartels-Lübeck, Bock-Gotha, Brecour-Kiel, Brühne,

Digitized by Google

David, Diebber, Eberle-Barmen, Emmel, Ehrhart, Große-Hamburg, Kaden, Käppler, Könen, Meister, Metzner, Nietsch-Magdeburg, Pfarr-Berlin, Raith-München, Roßkopf-Nürnberg, Scheidemann-Nürnberg, Silberschmidt-Berlin, Zetkin.

Silberschmidt giebt die schriftliche Erklärung ab, daß er eine Wahl zum Kontrolleur ablehnen müsse.

Scholz-Berlin: Die Berliner Parteigenossen haben ihrerseits Pfarr und Metzner vorgeschlagen.

Die Diskussion über die Wohnungsfrage wird eröffnet.

Müller-Hamburg zieht nach dem ausführlichen und vorzüglichen Referat Antrag 17 zurück.

Eberle-Barmen bittet, Antrag 72 mit der Aenderung anzunehmen, daß er der Fraktion zur Ewägung überwiesen wird. Von besonderer Wichtigkeit ist Punkt 4: Die Miethskontrakte dürfen nicht mit den Arbeitsverträgen in Verbindung gebracht werden. Das muß die Fraktion bei einem Antrage zur Wohnungsfrage besonders berücksichtigen. Redner verweist auf den Glasarbeiterstreik.

Stolten begründet Antrag 119. Die Wohnungsfrage hätte wohl eine gründliche Diskussion verdient, leider ist dies bei der vorgeschrittenen Zeit eine baare Unmöglichkeit. Mein Antrag ist eine nothwendige Ergänzung zu der Resolution Südekum. Die rechtzeitige Ausdehnung der Baubeschränkungen auf noch unbebaute Grundstücke muß gefordert werden, um zu verhüten, daß durch die Verbesserung der Beschaffenheit der Wohnungen nach anderer Richtung die Wohnungsnoth verschärft werde durch Erhöhung der Wohnungsmiethen. Unsere Gegner sagen stets: Ihr verlangt eine Besserung der Bauordnungen und übersieht, daß jede Verbesserung die Wohnungen vertheuert. Diese Vertheuerung tritt aber nur bei der Auferlegung der Baubeschränkungen auf schon bebautem Boden ein. Werden diese Beschränkungen rechtzeitig auf die unbebauten Gebiete in den Außenbezirken der Städte ausgedehnt, bevor sie durch Straßenanlagen ꝛc. erschlossen werden, so hindern sie das Hinauftreiben der Bodenpreise, weil jeder neue Eigenthümer von vornherein damit rechnen muß, daß er in der Ausnutzung des Bodens beschränkt ist, und er wird nicht so viel zahlen können. Eine derartige rechtzeitige Beschränkung übt einen sehr nothwendigen Preisdruck aus, legt also der Spekulation, die sonst die Preise bis an die äußerste Grenze der Ausnützungsmöglichkeit treibt, Beschränkungen auf. (Sehr richtig!)

Auf Antrag Zubeil's wird beschlossen, von einer weiteren Diskussion abzusehen.

In seinem Schlußwort betont

Südekum, daß kein Bedenken vorliege, das Amendement Stolten anzunehmen. Bei seiner Resolution sei er von vornherein davon ausgegangen, daß die Beschränkung auch auf das unbebaute Land ausgedehnt wird. Antrag 72 sei in der jetzigen Form annehmbar. Für die Frage, ob die Wohlthätigkeitsbestrebungen auf dem Gebiete der Wohnungsfrage zu fördern sind, ist das Geständniß des Professors Albrecht in Lichterfelde sehr interessant in der neuesten Publikation des „Vereins für Sozialpolitik". Er sagt darin: Nachdem er drei Jahrzehnte lang mit der gemeinnützigen Thätigkeit an der Wohnungsfrage herumgedoktert habe, erkenne er ihre volle Nutzlosigkeit an. — Der Antrag Zubeil's sei gerechtfertigt gewesen nach Lage der Geschäfte, nicht aber wegen der Unwichtigkeit des Gegenstandes, der vielmehr dauernd in der Partei auf der Tagesordnung bleiben müsse. Schließlich genüge es, allgemeine Anregungen auf dem Parteitag zu geben, deren Ausführung an anderen Orten zu erfolgen habe.

Antrag 72 wird angenommen.

Die Resolution Südekum (111) mit dem Amendement Stolten findet einstimmige Annahme.

Digitized by Google

Sindermann-Dresden beantragt, den Partei-Vorstand zu beauftragen, das Referat über die Wohnungsfrage eventuell erweitert als besondere Broschüre herauszugeben.

Fischer-Berlin bittet, es der persönlichen Verständigung zwischen ihm und Südekum zu überlassen, ob neben dem Protokoll noch eine besondere Broschüre nothwendig ist.

Auf Grund dieser Erklärung Fischer's wird der Antrag Sindermann abgelehnt.

Nachmittags-Sitzung.

2½ Uhr. Vorsitzender Singer. Zur Verhandlung gelangt der Bericht der Neuner-Kommission über die **Beschwerde von Lange-Berlin V.**

Böhle-Straßburg berichtet: Lange war Vertrauensmann und hatte Verkehr mit einem Beamten der politischen Polizei. Das ist nachgewiesen, wenn auch nicht, daß er materiellen Vortheil aus diesem Verkehr gezogen hat. Ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz von Pfannkuch hat mit 6 gegen 1 Stimme seinen Ausschluß beschlossen. Er führt in seiner Beschwerde zu seiner Entschuldigung an, er habe nicht gewußt, daß er von dem Verkehr mit dem Polizeispitzel seinen Genossen hätte Mittheilung machen müssen, und auch nicht, welche Nachtheile der Verkehr mit einem Spitzel für ihn haben müsse; er sei noch zu jung in der Parteibewegung. Die Neuner-Kommission hat nun festgestellt, daß Herr Lange in der That ein etwas beschränkter Mensch ist, der für die Angelegenheiten der Partei wenig Verständniß hat. Die Neuner-Kommission spricht daher ihr Befremden darüber aus, daß der fünfte Berliner Wahlkreis einen solchen Menschen zum Vertrauensmann machen konnte. Die Beschwerde des Herrn Lange über den Ausschluß hat die Kommission zurückgewiesen und beantragt:

„Es ist durch Zeugen und Eingeständniß des Angeschuldigten festgestellt, daß der am 31. August 1900 als Spitzel entlarvte Freund Lange's in dessen Wirthschaft vordem bereits über ein halbes Jahr verkehrte. Von diesem Verkehr gab Lange weder den Genossen noch seinem anderen Vertrauensmann des Kreises Kenntniß. Ja, Lange förderte sogar den Verkehr des Spitzels in der Wirthschaft des Genossen Drescher und die gemeinsamen Aktionen des Spitzels mit dem in dem Hause Drescher's wohnenden Photographen. Die Verheimlichung des Verkehrs Lange's mit dem Spitzel sah das Schiedsgericht, welches unter dem Vorsitz des Genossen Pfannkuch tagte, sowie auch die Neuner-Kommission als einen so groben Vertrauensbruch an, daß ein solcher mit der Ehre eines Parteigenossen unvereinbar sei und den Ausschluß Lange's aus der Partei rechtfertigt.

Es wird beantragt, den Rekurs des Herrn Karl Lange, Gastwirth zu Berlin, als unbegründet zu verwerfen."

Reul-Berlin: Den gegen die Genossen des 5. Berliner Wahlkreises gerichteten Vorwurf muß ich zurückweisen. In Folge von Streitigkeiten, die dazu führten, daß die beiden Vertrauensmänner im letzten Augenblick ablehnten, wurde Lange sozusagen als Nothnagel gewählt und zwar mit Rücksicht darauf, daß er schon 11 oder 12 Jahre eine hervorragende Stelle in der Schuhmachergewerkschaft eingenommen hatte; man hielt ihn daher für das Amt eines Vertrauensmannes für geeignet. Ich selber, der ihn kannte, habe ihm solche Dummheit oder Schlechtigkeit nicht zugetraut.

Frau **Steinbach**: Parteigenosse kann er natürlich nicht sein; aber ich halte ihn für mehr dumm als schlecht.

Hintze-Berlin: Er ist zu uns mit dem Spitzel in öffentliche Versammlungen gekommen, wo man im Gespräch das Wort ja nicht immer auf die Gold-

Digitized by Google

wage legt. Dumm sein — meinetwegen: aber wer in seiner Dummheit zum Verräther an der Partei wird, hat bei uns nichts zu suchen.

Der Parteitag beschließt gemäß dem Antrag der Reuner-Kommission.

Hierauf gelangt zur Besprechung die **Beschwerde des Genossen Dreyer aus Kassel.**

Böhle berichtet darüber, daß der „Vorwärts" eine Annonce von ihm nicht aufgenommen hat. Da der Beschwerdeführer das wichtigste Dokument nicht mit eingesandt hat und die Kommission im Uebrigen der Meinung ist, daß es sich hierbei um eine bloße Lokalangelegenheit handelt, die den Parteitag nicht zu beschäftigen hat, beantragt die Kommission, über die Beschwerde zur Tagesordnung überzugehen.

Thöne-Kassel: Das „wichtigste Dokument" ist eine Annonce, worin sich Dreyer beschwert, daß die Baugenossenschaft ihn nicht als Mitglied haben will. Diese Annonce wollte er auch im „Vorwärts" veröffentlichen, aber der „Vorwärts" nahm sie, ich weiß nicht aus welchen Gründen, nicht auf.

Pfannkuch: Ich kenne den Genossen Dreyer, er war Jahre lang mein Hauswirth und glaubt, ich sei ihm zu besonderem Dank verpflichtet, obgleich ich meine Miethe wie jeder Andere bezahlt habe. Nachdem Dreyer alle Berufungs- und Beschwerdeinstanzen erschöpft hatte, wandte er sich an die Redaktion des „Vorwärts" und den Partei-Vorstand mit dem Ersuchen, durch Veröffentlichung seines Materials im Zentralorgan seine Sache zu fördern. Hierzu suchte Dreyer meine Befürwortung nach, die ich nach Lage und Kenntniß der Sache ablehnte. Es handelt sich um eine reine Privatangelegenheit, die die Partei nichts angeht.

Hiermit schließt die Debatte.

Nach einem Schlußwort des Referenten Böhle geht der Parteitag entsprechend dem Antrag der Beschwerdekommission zur Tagesordnung über.

Damit ist der Bericht der Beschwerdekommission erledigt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: **Anträge zum Programm** liegt nur der Antrag 17 vor, der bereits durch den Beschluß zur Wohnungsfrage erledigt ist.

Nunmehr gelangt zur Behandlung Punkt 8 der Tagesordnung: **Sonstige Anträge.**

Von diesen beziehen sich die Anträge 18—26, 30, 31, 100, 101, 33 und 34 auf die Organisation.

Singer: Mit Ausnahme der Anträge 33 und 34 bezwecken alle diese Anträge eine Aenderung des § 2 unseres Organisationsstatuts. Ich schlage vor, alle diese Anträge von der Tagesordnung abzusetzen (sehr richtig!), indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß unsere Partei bis zum nächsten Jahre wohl noch leben und bestehen wird und daß wir dann bei einer günstigeren Geschäftslage darüber verhandeln können.

Orb-Offenbach: Ich bitte, die Anträge der neuen Parteileitung als Material zu überweisen, damit sie uns auf dem nächsten Parteitag Vorschläge zwecks Aenderung des Organisationsstatuts machen kann.

Singer: Wenn die Parteileitung dem nächsten Parteitag Vorschläge auf Aenderung des Statuts machen soll, dann müssen wir doch über die Anträge debattiren. Was ich will, ist etwas Anderes, ich will die ganze Angelegenheit dem nächsten Parteitag überweisen.

Orb: Nein. Durch die Ueberweisung an die Parteileitung verpflichten wir diese zu nichts; wir geben ihr damit nicht die bindende Marschroute, daß sie unbedingt im Sinne der Anträge uns Vorschläge machen muß.

Singer: In dieser Form bin ich mit dem Antrage einverstanden; denn dann existirt ja keine Differenz mehr zwischen uns.

Der Parteitag beschließt dem Antrage Singer's entsprechend.

Digitized by Google

Die Anträge 19—26, 30, 31, 100 und 101 sind also von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Anträge 33 und 34 werden nicht unterstützt.

Der zur Taktik gestellte Antrag 18 wird ebenfalls nicht genügend unterstützt.

Der Antrag 32 ist für den Fall der Aufhebung des Schiedsspruchs über die Hamburger Akkordmaurer gestellt.

Singer: Da der Hamburger Schiedsspruch nicht aufgehoben worden ist, ist dieser Antrag gegenstandslos geworden. (Zustimmung.)

Der Antrag 54 von O. Baader und Genossinnen fordert, daß die Genossen die von den Genossinnen für die nächste Zeit vorbereiteten Frauenversammlungen in jeder Weise zu unterstützen haben.

Singer: Ich glaube, daß wir etwas Selbstverständliches nicht erst zu beschließen brauchen. Mit dieser Erklärung kann der Gegenstand wohl als erledigt angesehen werden. (Zustimmung.)

Den Antrag 68 (bei der Aufstellung von Kandidaten zur Reichstagswahl so viel wie möglich Männer aus Arbeiterkreisen zu nehmen) begründet

Ad. **Hoffmann**-Berlin: Dem Wunsch, bei der Aufstellung von Kandidaten zur Reichstagswahl soviel wie möglich Männer aus Arbeiterkreisen zu nehmen, wird ja von der großen Mehrzahl der Genossen zugestimmt werden. Leider kann der Parteitag darüber nicht beschließen, sondern es muß den Genossen in den Wahlkreisen selbst überlassen werden. (Sehr richtig!) Berlin selbst hat ja in dieser Beziehung leider ein schlechtes Beispiel gegeben. Der Parteitag wird den Antrag nicht dem Vorstand, sondern Denen, die Wahlmandate zu vergeben haben, zur Berücksichtigung überweisen müssen.

Singer: Haben Sie den Antrag gestellt, den Antrag 68 den Wahlkreisen zur Berücksichtigung zu überweisen? (Heiterkeit.)

Hoffmann: Ja.

Der Parteitag beschließt mit Mehrheit demgemäß. (Heiterkeit.)

Die Anträge 69 (daß jeder Kandidat politisch organisirt sein müsse) und 96 (daß die Gewerkschaftsverbände die Parteibeschlüsse mehr respektiren sollen) werden nicht genügend unterstützt.

Den Antrag 107 (auf Herausgabe eines Flugblattes gegen die Gesindeordnung) begründet

Siebeneicher-Westenbrügge: Wir haben den Antrag gestellt, weil, solange die Dienstboten nicht wissen, daß sie unter einer Gesindeordnung stehen, sie nicht aufgeklärt sind. Es geht ihnen da wie den Ochsen, die Hörner haben, aber nicht wissen, daß sie sich damit gegen den Feind wehren können. Auf dem Flugblatt muß auch das Erfurter Programm abgedruckt werden.

Stadthagen: Ich beantrage, den Antrag der mecklenburgischen Genossen dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Ein einheitliches Flugblatt geht nicht an, weil wir in den verschiedenen Staaten ja verschiedene Gesindeordnungen haben.

Bartels-Lübeck: So gut der Antrag gemeint ist und so sehr auch wir bestrebt sind, die ländlichen Arbeiter in dem Obotritenlande über die Gesindeordnung aufzuklären, so wird der Antrag in seiner gegenwärtigen Form seinen Zweck nicht erfüllen. Es muß das Aufgabe der einzelnen Landesorganisationen sein. Die Form eines Flugblattes ist hierfür auch nicht geeignet. Ein Flugblatt wird wenig oder garnicht gelesen. Ganz anders ist es mit einem Kalender; ein solcher wird von der Landbevölkerung mit Freude aufgenommen, aufbewahrt und auch, wenn der ländliche Arbeiter eine freie Stunde hat, gelesen.

Der Parteitag beschließt Ueberweisung des Antrags 107 an den Partei-Vorstand.

Digitized by Google

Antrag 35 (daß Differenzen in Parteigeschäften durch Schiedsgerichte ausgeglichen werden sollen) wird nicht unterstützt.

Den Antrag 36 (auf Errichtung ständiger Parteipresse-Revisoren) begründet **Windhoff**-Düsseldorf: Man muß staunen, wie viel Geld unsere Presse verschlungen hat, es sind in den letzten 10 Jahren mehr als eine Million Mark. Oft wird einfachen Arbeitern, die keine Buchführung kennen, die geschäftliche Leitung der Presse übertragen und dadurch reißt die Mißwirthschaft ein. Es wird gesagt, die Blätter, die keinen Zuschuß brauchen, brauchen nicht revidirt zu werden, aber wer garantirt uns denn, daß diese Blätter immer so floriren? Nehmen Sie den Antrag an!

Kiesel-Berlin: Der Antrag bürdet dem Partei-Vorstand eine große Last auf, er stellt ferner den geschäftlichen Leitern von lokalen Organen das Zeugniß der Unfähigkeit aus, es wird, wenn er angenommen wird, nöthig sein, besoldete Preßrevisoren anzustellen, die immer auf Reisen sind. Der Antrag ist also praktisch ganz undurchführbar, ich bitte ihn abzulehnen.

Thiele-Halle bittet den Antrag nicht strikte abzulehnen. In der vorliegenden Form könne er allerdings nicht angenommen werden, wohl aber kann er ganz unverbindlich der neuen Parteileitung zur Erwägung überwiesen werden.

Frohme: Der Antrag ist ganz unannehmbar, in welcher Form er auch gefaßt wird. Wir haben 74 Parteiblätter. Soll jedes halbjährlich einmal kontrollirt werden und werden für jede Kontrolle vier Tage etwa gerechnet, dann müßten wir erst dafür sorgen, daß das Jahr 2—300 Tage mehr als jetzt hat und außerdem müßte die Kommission ständig auf Reisen sein. Auf diesem Wege ist nichts zu erreichen, um etwaige Mißstände zu beseitigen. Die Genossen in den einzelnen Orten müssen selber für Kontrolle sorgen und nur im Nothfall haben sie sich der Kontrolle des Vorstandes zu unterwerfen.

Pfannkuch: Auch ich halte den Antrag für unannehmbar, aber daß er gestellt werden konnte, ist ein Symptom dafür, daß etwas in der Presse nicht ganz in Ordnung ist. Auf diese Weise ist dem Uebel jedoch nicht beizukommen. Die Genossen sollten nicht erst, wenn die Karre verfahren ist, an den Partei-Vorstand gehen, sondern eingedenk des Spruches, daß Vorsicht die Mutter der Weisheit ist, den Partei-Vorstand vorher um Rath fragen und die Rathschläge auch befolgen. Hoffentlich wird diese Mahnung ihre Wirkung nicht verfehlen.

Nach einem Schlußwort von Windhoff wird der Antrag 36 abgelehnt.

Zur Verhandlung kommt Antrag 90, betr. das **Gumbinner Urtheil.**

Singer: Bevor ich die Unterstützungsfrage stelle, glaube ich im Namen des gesammten Parteitages feststellen zu können, daß wir Alle einig sind in der Entrüstung darüber, daß in Deutschland in der Militärjustiz ein derartiges Urtheil möglich ist. (Lebhafte Zustimmung.) Der Schrei der Entrüstung, der durch ganz Deutschland hallte, als das Todesurtheil bekannt wurde und wiederhallte durch die Blätter aller politischen Parteien, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß durch diesen Urtheilsspruch das Rechtsbewußtsein des gesammten Volkes auf das Gröblichste verletzt ist. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Daß es nöthig ist, einen Protest gegen diese Art von Justiz auszusprechen, daß es nöthig ist, die Heimlichkeit des Verfahrens in der Militärjustiz zu verurtheilen, ist, glaube ich, die Meinung aller hier Anwesenden. Dies auszusprechen halte ich für meine Pflicht, umsomehr, da ja schon ein Theil dessen, was hier beantragt ist, der Fraktion überwiesen ist. (Beifall.)

Marckwald-Halberstadt: Nach den treffenden Ausführungen Singer's ist der Zweck der Antragsteller vollständig erfüllt. Der Zweck war einzig ein flammender Protest des Parteitages gegen die unerhörten Zustände auf dem Gebiete des Militär-Strafverfahrens. Nachdem die treffenden Worte Singer's den Beifall des gesammten Parteitages der Sozialdemokratie gefunden haben, ziehe ich den Antrag zurück.

Digitized by Google

Es folgen die Anträge, die sich auf die **Tagesordnung des nächsten Parteitages** beziehen, und zwar die Anträge 55—58, sowie folgender Antrag Molkenbuhr und Genossen:

„Der Parteitag möge den Wunsch aussprechen, daß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt wird: „Die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur Arbeiterversicherung."

Die Anträge 55, 56 und 57 verlangen die Behandlung der Alkoholfrage, 58 die „Aufgaben der Partei auf dem Gebiete des Kommunalwesens." Sie werden gemeinsam verhandelt.

Pfannkuch erklärt, daß die Genossen des dritten Berliner Wahlkreises Werth darauf legen, festzustellen, daß sie den Antrag 55 nicht unterstützt haben. (Kiesel: Die Genossen von Berlin VI auch nicht). Doch einzeln wenigstens.

Die Begründung der Anträge betr. der Alkoholfrage giebt

Marckwald-Halberstadt: Nachdem es mir gelungen ist, diesen Antrag vor dem bethlehemitischen Kindermord zu retten, der in der letzten Sitzung des Parteitages stattzufinden pflegt, muß ich ihn kurz begründen. Kurz nach dem Mainzer Parteitage fand die Generalversammlung des Evangelischen Bundes statt und da wurde gesagt, die Sozialdemokratie habe nicht den Muth gehabt, zur Alkoholfrage Stellung zu nehmen. Die Sozialdemokratie hat die Pflicht, das Volk zu erziehen, sie darf nicht davor zurückschrecken, den Arbeitern die Wahrheit zu sagen. Das Gesundheitsbüchlein, das das Reichs-Gesundheitsamt zum Preise von 1 Mk. herausgegeben hat, ist auch von unserem Standpunkt außerordentlich werthvoll. Der Trinkzwang, der in Studenten- und Offizierskreisen besteht, besteht ganz genau so in Arbeiterkreisen und beschämender Weise auch in vereinzelten Parteikreisen. (Unruhe.) Wir haben manche häßliche Gewohnheit schon beseitigt, weshalb soll die Partei nicht auch diese abschaffen können. Man hält uns entgegen, der Alkoholismus sei verursacht durch die elende Lage der Proletarier, die schlechten Löhne. Umgekehrt aber sind auch vielfach die Löhne so schlecht, die Lage der Arbeiter so traurig wegen des Alkoholismus. In Halberstadt giebt es Maurer, die 60 Pf. täglich für schlechten Schnaps ausgeben, zum Vortheil der Fuseljunker. Die Polizei muß Genossen, welche den Weltfeiertag der Arbeiter besudeln, festnehmen, und die Partei darf das ruhig mit ansehen! (Große Unruhe. Frohme ruft: Wenn man den Mann da hört, sollte man glauben, die Partei bestehe aus lauter Säufern!)

Singer: Wir wollen uns doch nicht die letzten Stunden des Parteitages durch überflüssige Unruhe erschweren!

Meister ruft: Aber auch nicht durch unnütze Reden! (Beifall.)

Marckwald: Daß die Partei aus lauter Säufern besteht, habe ich nicht gesagt; dazu gehört eine starke Phantasie. Der Vorkämpfer unserer österreichischen Bruderpartei, Genosse Adler, den wir die Ehre hatten unter uns zu sehen, hat sich ja in noch viel radikalerer Weise, wie ich, gegen den Alkoholismus gewandt und Genosse Bebel hat auf dem Parteitage in Hannover konstatirt, daß wir weiter wären, wenn Jeder so wenig trinken würde wie er. Wenns sogar Leute giebt, die in der Partei eine kleine Rolle spielen und der Trunksucht fröhnen, so schadet das der Partei viel mehr, als irgendwelche theoretischen Vorträge. Halten wir uns in dieser Frage die Worte Lassalle's vor Augen: „Es ziemen Euch nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müssigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden. — Die Arbeiter sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll." (Beifall und Unruhe.)

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Kiesel-Berlin widerspricht dem Schlußantrag, da die Worte des Vorredners, die eine Anklage gegen die Partei bedeuten, nicht unwidersprochen bleiben dürften.

Digitized by Google

Der Schlußantrag wird angenommen, die Anträge 55—57 selbst werden gegen eine erhebliche Minderheit abgelehnt.

Den Antrag 58 begründet

Albrecht-Halle: Sehr häufig sind sich unsere Vertreter in städtischen Körperschaften über ihre Haltung nicht ganz klar, es fehlt uns an einer bestimmten Richtschnur, da auf diesem Gebiete häufig Fehler vorkommen. Hätten wir eine Aufstellung der Stegmüllereien in Gemeindevertretungen, Sie würden Ihr blaues Wunder erleben. In allen Fragen kann natürlich keine Einheit erzielt werden, wohl aber müssen wir uns über wichtige prinzipielle Fragen einig werden.

Ohne weitere Debatte wird Antrag 58 angenommen.

Den Antrag: auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Frage zu setzen „Die Sozialdemokratie und die Arbeiterversicherung" begründet

Molkenbuhr: Die Stellung unserer Partei zur Arbeiterversicherung haben wir bisher noch niemals präzisirt, wir haben vielmehr stets der Fraktion überlassen, wie sie sich zu den einzelnen Vorlagen verhalten will. Es ist nun einmal nöthig, diese Frage etwas eingehender zu diskutiren und der Partei eine Marschroute zu geben. Das ist um so nothwendiger, als die Regierungen anderer Länder sich gegenwärtig mit dieser Frage beschäftigen und eine Stellungnahme der Arbeiter Deutschlands würde von Einfluß auch auf die Lage der Arbeiter anderer Länder sein können. Wenn die Frage, die eine sehr umfassende ist, im Laufe des Jahres eingehend diskutirt wird, so wird sie auf dem nächsten Parteitage vielleicht nach kurzer Verhandlung in einer einfachen Resolution erledigt werden können; sollten sich aber tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten ergeben, ist es erst recht nöthig, in eingehender Resolution Klärung zu schaffen. Es ist ein wichtiges Stück praktischer Sozialpolitik und verdient auch eine theoretische Behandlung. (Beifall.)

Der Antrag Molkenbuhr wird angenommen.

* * *

Singer theilt nunmehr das **Resultat der Wahl der Parteileitung** mit. Abgegeben sind 212 Stimmzettel, von denen 4 für die Kontrollkommission ungiltig waren, weil mehr als 9 Namen darauf standen.

Für den **Partei-Vorstand** wurden abgegeben: Für Bebel als Vorsitzenden 211, für Singer als Vorsitzenden 209, für Pfannkuch als Sekretär 210, für Auer als Sekretär 202, für Gerisch als Kassirer 210 Stimmen. (Metzner und Dr. Braun erhalten je eine Stimme).

Als **Kontrolleure** wurden gewählt: Metzner-Berlin mit 179, Meister mit 178, Frau Zetkin mit 171, Kaden mit 158, Koenen mit 143, Ehrhart mit 135, Brühne mit 134, David mit 108 und Bock mit 70 Stimmen.

Außerdem erhielten Dubber 60, Pfarr 56, Emmel 50, Scheidemann 44, Raith 42, Bartels 39, Ewald 41, Käppler 40, Große 36, Roßkopf 20 Stimmen.

Singer ersucht die neugewählten Kontrolleure, sich zur Wahl der beiden Beisitzer zur Ergänzung des Vorstandes zurückzuziehen.

* * *

Nunmehr wird in der **Berathung der Anträge** fortgefahren.

Der Antrag 59 (Abhaltung des Parteitages zwischen Weihnachten und Neujahr) wird nicht genügend unterstützt.

Der Antrag 60 wünscht eine Verlegung des nächstjährigen Parteitages derart, daß auch die Wahlkreise der östlichen Provinzen ihn beschicken können.

Singer: Bei der allgemeinen, unbestimmten Fassung dieses Antrages ist sein Zweck wohl durch seine Verlesung erfüllt. (Zustimmung.)

Digitized by Google

Es folgt die **Wahl des Ortes für den nächstjährigen Parteitag.**

Zur Berathung stehen die Anträge 61, 62, 63, 64, 65, 66 und 67.

Die Unterstützung für die Anträge 62: Düsseldorf, 63: Halberstadt, 66: Mannheim und Bremen reicht nicht aus. Der Antrag Leipzig-Stadt und -Land (64) wird zu Gunsten von Antrag 61: Dresden zurückgezogen. Neben Dresden verbleiben zur Wahl noch die Anträge 65: Magdeburg und 67: München.

Den Antrag 61 begründet

Sindermann: Die sächsische Landesversammlung hat zu Ostern einstimmig beschlossen, um die Abhaltung des nächstjährigen Parteitages in Sachsen, und zwar in Dresden, zu bitten. Polizeiliche Schwierigkeiten brauchen Sie nicht zu befürchten. Auch unsere Landesversammlungen werden nicht gestört. Die Wahl Dresdens kommt auch dem Antrage entgegen, der die Beschickung aus den östlichen Provinzen erleichtern will.

Pfannkuch: Als Abgeordneter von Magdeburg liegt mir die Verpflichtung ob, für meinen Wahlkreis eine Lanze einzulegen. Gewiß ist es nicht Elbflorenz, aber an der Elbe liegt es auch, und zwar im Herzen Deutschlands.

Raith-München: Das Bedenken wegen Nichtzulassung der Frauen, das bisher gegen die Abhaltung des Parteitages in München bestand, ist fortgefallen. Und da der Alkoholantrag von der Tagesordnung des nächsten Parteitages abgesetzt ist, können Sie ruhig nach München kommen. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Eine Diskussion wird nicht beliebt.

Für Dresden stimmen 58 Delegirte, für Magdeburg 52, für München 97. Der nächste Parteitag findet also in **München** statt.

Die Verkündigung des Resultats wird mit Beifall aufgenommen. Sämmtliche Anträge sind nun erledigt.

Singer theilt mit, daß die Kontrollkommission Meister zum Vorsitzenden, und als Beisitzer für den Vorstand die Genossen Eberhardt und Wengels in Berlin gewählt hat. (Der bisherige Beisitzer Ernst hat, wie Meister mittheilt, eine Wiederwahl mit Rücksicht darauf, daß er Firmenträger der neuen von den Berlinern zu errichtenden Parteidruckerei wird, abgelehnt).

Singer: Parteigenossen! Wir haben unsere Arbeiten erledigt. Ich glaube im Sinne des gesammten Parteitages zu handeln, wenn ich unseren Lübecker Genossen herzlichen Dank ausspreche (Beifall) für die treue, rastlose Arbeit, mit der sie die Vorbereitung des Parteitages getroffen haben und mit der sie uns während der Tagung in so ausgezeichneter Weise Hilfe und Unterstützung gewährt haben. (Beifall.) Ich danke den Lübecker Genossen auch für die beiden Veranstaltungen, die es uns ermöglicht haben, neben den harten Tagen der Arbeit auch schöne Erholungsstunden zu finden. Der Kommers sowohl wie die Dampferfahrt wird den Theilnehmern dieses Parteitages lange in freundlicher Erinnerung bleiben, und Lübecks Genossen für Alles, was sie geleistet haben, herzlich zu danken, war mir eine Freude und ist dem Parteitag gewiß eine Pflicht. (Beifall.) Ich möchte diesen Dank aber auch ausdehnen auf die Mitglieder der Mandat-Prüfungskommission und der Neuner-Kommission, die dem Parteitage einen großen Dienst dadurch geleistet haben, daß sie sich das Opfer auferlegt haben, zeitweise auf die Verhandlungen zu verzichten, um die übernommenen, schwierigen und zeitraubenden, jedoch für den Parteitag werthvollen und nothwendigen Arbeiten zu leisten. Parteigenossen! Unsere diesjährige Parteitagswoche war reich an lebendigen, ja leidenschaftlichen Ausführungen. Aber das Eine darf ich doch mit Sicherheit aussprechen, daß bei aller Leidenschaftlichkeit und bei allen Erregungen doch jeder Einzelne zu seinen Ausführungen veranlaßt und in seinen Ausführungen getragen worden ist von der Treue zu den Parteigrundsätzen, die es ihm zur Pflicht machen, wenn auch vielleicht einmal in scharfen Worten, seine Ueberzeugung im Interesse der Partei, zum Wohle der Partei zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.) Parteigenossen! Das

Digitized by Google

was jetzt schon die gegnerische Presse über unsere Verhandlungen schreibt, das Indianergeheul, in das sie ausbricht, der Jubel über die „Streiterei und Zänkerei" auf unserem Parteitag, es läßt uns ebenso kalt, wie uns kalt läßt das Lob unserer Gegner. (Beifall.) Wir wissen, wie wir zu handeln haben, und wir wissen, daß in unserer Partei es schon öfter Situationen gab, in denen die Geister hart aufeinander geplatzt sind; wir wissen aber auch, daß nach diesen Ausbrüchen der Leidenschaft und des Eifers das treue Zusammenhalten für die gemeinsame Sache um so fester gekittet ist. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben wichtige Fragen in dieser Arbeitswoche behandelt. Ich spreche es mit besonderer Befriedigung aus, daß die hochgespannten Erwartungen, welche die bürgerlichen Sozialreformer von Naumann über Stöcker bis Bassermann, Sombart, Berlepsch auf unsere Verhandlungen gesetzt haben, kläglich zu Schanden geworden sind. (Lebhafter Beifall.) Ich halte das für ein wichtiges Ergebniß und ich knüpfe den Wunsch daran, daß diesen Leuten endlich einmal die Augen darüber aufgehen, daß ihre Umschmeichelungen nichts nutzen und daß die Sozialdemokratie nicht um des Zuckerbrodes sozialer Reformen willen ihre großen Ziele aufgiebt, ebenso wenig wie sie sich durch die Peitsche des Sozialistengesetzes veranlaßt gesehen hat, von der Propagirung ihrer Grundsätze Abstand zu nehmen. (Bravo!) Die Verhandlungen über die Anträge der Hamburger Genossen haben durch den mit übergroßer Majorität gefaßten Beschluß wiederum bewiesen, daß wir uns bewußt sind, daß wir mit den Gewerkschaften zu arbeiten haben, nicht gegen einander, sondern mit einander. (Stürmischer Beifall!) In voller Werthschätzung der Gewerkschaften, an der es die Partei niemals hat fehlen lassen, ist in den Verhandlungen auch von den gewerkschaftlich thätigen und führenden Genossen anerkannt worden, daß die politische Partei ein unerläßliches, ja das werthvollste Mittel im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse ist. Parteigenossen! Vergessen wir, die Vertreter der politisch organisirten Arbeiterklasse Deutschlands nicht, daß es Aufgabe der politischen Partei ist, das, was die Gewerkschaften in günstigen Konjunkturen den Unternehmern abgerungen haben, gesetzlich festzulegen, damit es ihnen in Zeiten ungünstiger Konjunktur der Uebermuth der Unternehmer nicht wieder entreißen kann. (Erneuter lebhafter Beifall.) Die Stellung, die der Parteitag in seinen Resolutionen eingenommen hat über die Haltung der Abgeordneten in den Parlamenten, wird, wie ich überzeugt bin, die Meinungsverschiedenheiten, die auf diesem Gebiete vorhanden gewesen sind, ausgleichen. Ich habe das feste Vertrauen zu unseren Genossen in allen Landestheilen, soweit sie in Landtagen thätig sind, daß sie den Beschluß des Parteitages zur Richtschnur für ihr Verhalten nehmen. Mit der Regelung dieser großen Parteifragen haben wir Proteste verbunden gegen den Wuchertarif, Proteste gegen den Versuch, die Arbeiterklasse auszuhungern durch Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, und wir haben protestirt gegen die Militärjustiz, wie sie in dem Gumbinner Urtheil sich zeigte. (Bravo!) Wir dürfen zufrieden sein mit unseren Verhandlungen. Wir haben fleißig gearbeitet, wir haben hart gestritten. Wir haben aber auch erreicht, was auf unseren Parteitagen immer erreicht wird, daß für die Thätigkeit der Genossen in der Agitation und in der Propagirung unserer Ziele eine Marschroute gesteckt ist zu weiterem Vorgehen. Diejenigen, die durch das Vertrauen der Genossen an Plätze gestellt sind, an denen sie gesetzgeberisch mitzuwirken haben, Diejenigen, die agitatorisch thätig sind, Diejenigen, denen die Leitung des wichtigsten Agitationsmittels, die Presse, anvertraut ist, sie alle gehen harter und schwerer Arbeit entgegen. Wir werden in den nächsten Monaten im Reichstage Gelegenheit bekommen, das, was hier vorbereitet ist, für die Partei zu vertreten, und wie unsere Genossen in der Agitation und der Presse nichts unterlassen werden, unseren Beschlüssen gemäß zu handeln, so wird auch die Reichstagsfraktion bemüht sein, dem, was sie ihr hier als Richtschnur gegeben haben, im vollsten Umfange nachzukommen. Ich

Digitized by Google

will keine großen Worte machen, aber das Eine darf ich sagen, Sie haben in ihren Vertretern im Reichstage Männer, die fest entschlossen sind, Alles aufzubieten, um den Wuchertarif, der, wenn er Gesetz würde, einen Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes darstellt, zu Schanden zu machen. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir jetzt auseinandergehen, jeder an die Stelle, wo er zu arbeiten hat, so thun wir das in dem Bewußtsein, daß wir bemüht gewesen sind, die Arbeiten des Parteitages lebensvoll und erfolgreich zu gestalten. Wir werden weiter arbeiten in diesem Sinne alle mit einander, und zur Bekräftigung dessen rufen wir aus, wie immer, wenn wir auseinander gehen, als Schwurzeichen für die Parteigenossen und als Sturmruf für unsere Gegner: **„Hoch die deutsche Sozialdemokratie!"** (Stürmischer Beifall.)

Die Delegirten erheben sich von den Plätzen, stimmen dreimal begeistert in das Hoch ein und singen den ersten Vers der Arbeiter-Marseillaise.

Singer: Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß 4¾ Uhr.

Genosse Windhoff-Düsseldorf erklärt zu Protokoll, daß er durch Schluß der Debatte (in der geschlossenen Sitzung) verhindert war, die gegen die Düsseldorfer Genossen gerichteten ungerechten Angriffe zurückzuweisen.

Druckfehler-Berichtigung.

S. 124 Zeile 17 von oben muß es heißen Antrag **53** statt „54".
S. 125 Zeile 29 von oben Biniszkiewicz-Berlin statt „Binkiewicz-Posen".
S. 129 Zeile 20 von oben und S. 132 Zeile 28 von oben Antrag **49** statt „54".
S. 152 Zeile 12 von unten Zum Antrag **113** statt „Zum Antrag".
S. 284 Zeile 26 von oben ist der Satz anzufügen: **Antrag 106 wird der Fraktion überwiesen.**

Digitized by Google

Ergebniß der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

Wortlaut der Anträge Seite 87—103. Die in Klammern beigefügte Seitenzahl bezieht sich auf die Abstimmung.

Nicht genügend unterstützte Anträge.

12 (S. 114). **13. 15. 16** (S. 106). **33. 34** (S. 304). **35** (S. 305). **37. 39. 41. 43. 44. 47. 48. 51** (S. 132). **59** (S. 307). **62. 63. 66** (S. 308). **69** (S. 304). **70. 71. 73—82. 90. 97. 105** (S. 268). **118** (S. 284).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

5. 7. 8. 9. 10. 11 (S. 106). **14** (S. 110). **27. 28. 29** (S. 259). **52** (S. 188). **54** (S. 303). **60** (S. 307). **68** (S. 303). **83. 84. 86—89** (S. 259). **90** (S. 305). **91. 92. 93** (S. 188). **96. 99. 112** (S. 259). **115** (S. 188). Durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt die auf S. 125 abgedruckte Polen-Resolution Lebedour (S. 132).

Zurückgezogene Anträge.

17 (S. 301). **64** (S. 308). **94** (S. 284). **104** (S. 99).

Abgelehnte Anträge.

1. 2. 3. 4. 6 (S. 114). **36** (S. 305). **40** (S. 133). **42** (S. 153). **46** (S. 133). **50** (S. 153). **53** (S. 132). **55. 56. 57** (S. 307). **61. 65** (S. 308). **85** (S. 258). **95** (S. 293). **103** (S. 153). **108** (S. 186). **113** (S. 259). **117** (S. 258) Budgetbewilligungs-Antrag Singer (S. 284).

Angenommene Anträge.

Antrag **49:** Zollwucher-Flugblatt für Frauen (S. 132). **58:** „Kommunalpolitik und Sozialdemokratie" als Verhandlungsgegenstand des nächsten Parteitags (S. 307). **72:** Vorlage eines Reichswohnungsgesetzes an den Reichstag. (S. 301). **102:** Gewerkschafts-Resolution Bernstein (S. 259). **110:** Resolution Bebel zur Frage der Budgetbewilligung (S. 284). **111:** Resolution Südekum zur Wohnungsfrage mit dem Amendement Stolten 119 (S. 291). **114:** Resolution Fischer zur Frage der Hamburger Akkordmaurer-Angelegenheit mit dem Amendement Stanningk 116, in ihrem durch die Abstimmung gestalteten Wortlaut auf Seite 259 abgedruckt (S. 259). **120:** Maifeier-Resolution (S. 293). **121:** Resolution Bebel zur Frage: Zolltarif und Handelsverträge (S. 291). Antrag Molkenbuhr (S. 306): als Verhandlungsgegenstand des nächsten Parteitags zu bestimmen: „Die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zur Arbeiterversicherung" (S. 307). Ferner die Anträge der Neuner-Kommission zur Frage des Banter Schiedsspruchs auf S. 259: Bestätigung des Schiedsspruchs (S. 263), der Beschwerde Lange-Berlin auf Aufrechterhaltung des Ausschlusses (S. 303), der Beschwerde Dreyer-Cassel auf Uebergang zur Tagesordnung (S. 303).

Der neuen Parteileitung überwiesene Anträge.

Anträge zur Taktik und Organisation: **18—26, 30, 31, 100, 101** (S. 303), **107** (Herausgabe eines Landarbeiter-Flugblattes).

Der Fraktion überwiesener Antrag.

106: Aufforderung an die Reichstags-Fraktion, Krankenversicherung, Vereins- und Koalitionsfreiheit, Zehnstundentag, Kinderarbeitverbot und Wöchnerinnen-Schutz auch für die ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu fordern (S. 284).

Digitized by Google

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Albrecht	Halle a. S.	
Amend	Isenburg	Offenbach-Dieburg
Antrick	Berlin	
Auer, J.	Berlin	
Baader, Ottilie	Berlin	Genossinnen Berlins
Baerer, Heinrich	Harburg	Harburg
Baier, Hermann	Geringswalde	10. Sächsischer
Bartels, Heinrich	Marten	Dortmund-Hörde
Bartels, Th.	Lübeck	Lübeck
Basner	Berlin	4. Berliner
Baudert, Aug.	Apolda	
Bebel, A.	Schöneberg-Berlin	
Becker, Heinrich	Dortmund	Hamm-Soest
Beckmann, Georg	Gießen	Wetzlar-Kaltenkirchen, Grünberg-Nidda
Bérard, R.	Hamburg	
Bernstein, Eduard	Berlin-Lichterfelde	10. Badischer, Alsfeld-Lauterberg-Schotten
Beyer, Richard	Leipzig	Leipzig-Stadt
Blos, W.	Stuttgart	
Blumhardt, Christof	Bad Boll	10. Württembergischer.
Blumstock, Ernst	Schleswig	3. Schleswig-Holsteinischer
Bohn, Christian	Berlin	1. Berliner
Böhle, Bernhard	Straßburg	Straßburg-Stadt
Bömelburg, Th.	Hamburg	1. Hamburger
Brandt, Albert	Berlin	6. Berliner
Braun, Dr., Heinrich	Berlin	11. und 12. Hannoverscher
Braun, Otto	Königsberg	Königsberg-Stadt
Brecour, Wilh.	Kiel	7. Schleswig-Holsteinischer
Breil, Ernst	Hagen	Hagen-Schwelm
Brey, Aug.	Hannover	Limmer-Hameln
Brühne	Frankfurt a. M.	
Bühler, Rudolph	Essen	Essen
Büttner, Paul	Berlin	8. Berliner
Busold, Heinrich	Friedberg	Friedberg-Büdingen
Calwer, Richard	Charlottenburg	
Cohn, Louis	München	Augsburg
David, Dr., Eduard	Mainz	Mainz-Oppenheim
Decker, Adolph	Magdeburg	Magdeburg
Deinhardt, Georg	Erlangen	Fürth-Erlangen
Deutsch, H. F. W.	Blankenese	6. Schleswig-Holsteinischer
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	
Dimmick, Carl	Berlin	3. Berliner
Dörnke, L.	Hannover	Hannover-Linden
Domscheit, Robert	Detmold	Lippe-Detmold
Drechsler, Friedrich	Burg	Jerichow I und II
Düwell, Wilhelm	Essen	Essen (Ruhr)
Eberhardt, Wilhelm	Charlottenburg	
Eberle, Carl	Barmen	Barmen-Elberfeld
Ebert, Fritz	Bremen	Bremen
Effinge, J.	Wandsbeck	8. und 10. Schleswig-Holsteinischer
Ehrhart, Frz. Jos.	Ludwigshafen a. Rh.	
v. Elm, A.	Hamburg	2. Hamburger
Emmel, Leopold	Mülhausen i. E.	2. Elsaß-Lothringischer

Digitized by Google

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Ernst, Eugen	Berlin	
Evers, Josef	Hildesheim	10. Hannoverscher
Faber, Emil	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Fanghänel, Emil	Dresden-N.	4. Sächsischer
Feldmann, Franz	Langenbielau	Reichenbach-Neurode
Fendrich, A.	Durlach	9. und 10. Badischer
Fischer, Edmund	Briesnitz	
Fischer, Heinrich	Lüdenscheid	Altena-Iserlohn
Fischer, Heinrich	Weimar	Weimar-Apolda-Ilmenau
Fischer, Richard	Berlin	
Fiedler, Louis	Biebrach	Reuß j. L.
Förster, Hermann	Hamburg	
Frahm, Heinrich	Preetz	7. Schleswig-Holsteinischer
Friedrich, Otto	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau
Friedrich, Otto	Lübeck	Lübeck
Fritzsch, Wilh.	Berlin	2. Berliner
Frohme	Hamburg	
Fülle, Albrecht	Berlin	2. Berliner
Fulfs, Johann	Köln	Köln-Stadt
Gartz, Adolf	Weißensee	Niederbarnim
Geck, Ad.	Offenburg (Baden)	
Gemoll, Franz	Bant	2. Oldenburger und 2. Hannover
Gerisch, A.	Berlin	
Gesche, Wilhelm	Berlin	Berlin 4.
Geyer, F.	Leipzig	
Goerke, Otto	Charlottenburg	Königsberg i. N.
Gogowski, Josef	Posen	Posen, Bromberg und Rawitsch.
Goldstein, Hermann	Zwickau	Zwickau-Werdau-Crimmitschau
Gradnauer, Dr., G.	Berlin	
Grauer, Oswald	Lichtenberg	Niederbarnim
Grevesmühl, Hans	Rehna	1. Mecklenburger
Grimpe, Hermann	Elberfeld	Düsseldorf
Grosse, B.	Hamburg	3. Mecklenburger
Groth, E.	Rostock	2. Mecklenburger
Grunwald, Max	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Haase, Hugo	Königsberg i. Pr.	
Harm, Friedrich	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Hartmann, Otto	Höchst a. M.	Höchst-Usingen-Homburg
Haverkamp, Aug.	Bremerhaven	19. Hannoverscher
Heer, Josef	Arnstadt	Schwarzburg
Heine, Wolfgang	Berlin	
Hengsbach, Clemens	Köln a. Rh.	Duisburg-Ruhrort-Mühlheim
Herbst, Julius	Spremberg	Cottbus-Spremberg
Hildenbrand, Karl	Stuttgart	1. Württembergischer
Hintze, Aug.	Berlin	West-Priegnitz und 6. Berlin
Hoch, Gustav	Hanau	Hanau-Gelnhausen und Orb
Hoffmann, Adolf	Berlin	4. Berlin
Hoffmann, Karl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Horenburg, H.	Hannover	Hannover-Linden
Huber, Franz	Elgersweier	7. Badischer
Hüttig, Max	Göfznitz	Sachsen-Altenburg
Hüttmann, Heinrich	Hamburg	3. Hamburger
Hug, Paul	Bant	1. Hannoverscher und 1. Oldenburger
Jahn, Hermann	Luckenwalde	Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
Jakobsen, J.	Lockstedt	6. Schleswig-Holstein
Ihrer, Emma	Pankow bei Berlin	Genossinnen Breslaus
Imle, Fanny	Tegel bei Berlin	Prenzlau-Angermünde
Joos, J.	Gotha	Gotha
Jürs, C.	Neumünster	7. Schleswig-Holsteinischer
Jungnickel, Bernh.	Dresden	4. Sächsischer

Digitized by Google

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Kaden, Aug.	Dresden	
Käppler, Hermann	Altenburg	1. Anhalt
Kautsky, Karl	Berlin	
Keil, Wilh.	Stuttgart	2., 5. und 10. Württembergischer
Keller, Hugo	Görlitz	Görlitz-Lauban
Kenkel, Oskar	Berlin	1. Berlin
Kiekisch, Erdmann	Torgau	Torgau-Liebenwerda
Kiesel, Max	Berlin	Ost-Priegnitz, Ruppin-Templin, 6. Berlin
Klees, Wilh.	Magdeburg	
Klingenhagen	Herford	Herford-Halle
Kloß, Karl	Stuttgart	
Knierim, Konrad	München	1. München
Kvenen	Hamburg	
König, Max	Bochum	Bochum
Körsten, Alwin	Berlin	Randow-Greifenhagen
Koß, F.	Schwerin i. M.	2. Mecklenburger
Kotzke, Franz	Berlin	5. Berliner
Kraus, Leo	Würzburg	Würzburg
Krause, Hermann	Neugersdorf	2. und 3. Sächsischer
Krause, Richard	Stettin	Stettin
Krohn, J.	Ottensen	6. Schleswig-Holsteinischer
Kurze, Traugott	Leipzig	Leipzig-Stadt
Ladewig, Gustav	Berlin	3. Berliner
Landgraf, Alban	Limbach	15. Sächsischer
Landgraf, Emil	Chemnitz	16. Sächsischer
Lang, Adam	Schwarzenbach	Hof, Bayreuth, Lichtenfels und Kulmbach
Ledebour, Georg	Berlin	
Legien, Carl	Hamburg	2. Hamburg
Lehmann, August	Remiges	Remscheid-Lennep-Mettmann
Leopoldt, Adolf	Zeitz	Wittenberg-Schweinitz
Leutert, Paul	Apolda	3. Weimarischer
Lipinski, R.	Leipzig	Merseburg-Querfurt
Löwenstein, Gabriel	Nürnberg	Regensburg
Lüth, Heinrich	Hamburg	Neu-Brandenburg
Luxemburg, Rosa	Friedenau	Posen
Marckwald, Hans	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode
May, Otto	Solingen	Solingen
Meinhardt, Hermann	Schönek i. V.	23. Sächsischer
Meister, H.	Hannover	
Meißner, Karl	Zschwitz	Reuß ä. L.
Messing, Ernst	Dresden	Dresden-Altstadt
Metzger	Hamburg	
Metzner, Th.	Berlin	Ost- und West-Sternberg
Michaelis, Emil	Waldenburg i. Schl.	Waldenburg i. Schl.
Molkenbuhr	Hamburg	
Mucker, Max	Wurzen	11 Sächsischer
Müller, Albin	Groitzsch	Borna-Pegau
Müller, Paul	Hamburg	2 Hamburger
Müller, Theodor	Flensburg	Apenrade-Flensburg
Neukirch, Emil	Breslau	Beuthen-Tarnowitz, Kattowitz-Zabrze und Breslau Ost und West
Nitsch, Richard	Magdeburg	Neuhaldensleben-Wolmirstedt
Ort, Joh.	Offenbach	Offenbach-Dieburg
Pape, P.	Lübeck	Lübeck
Peus	Dessau	
Pfannkuch, Wilhelm	Berlin	
Pfeiffle, Georg	Mannheim	11. und 12. Badischer
Pfüller, Max	Leipzig	Leipzig-Land
Pistorius, Robert	Magdeburg	Magdeburg

Digitized by Google

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Plorin, Herm.	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Quarck, Max	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Raith, Anton	München	2. München
Reinwand, Karl	Halle a. S.	Halle und der Saalkreis
Reißhaus, P.	Erfurt	
Reul, Jakob	Berlin	5. Berliner
Riegel, Karl	Pirna	8. Sächsischer
Röske, Albert	Hamburg	5. Schleswig-Holsteinischer
Rosbitzki, Ernst	Wandsbek	8. und 10. Schleswig-Holsteinischer
Roßkopf, Walter	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf u. Ansbach-Schwabach
Rudolph, Alb.	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Sachse	Niederplanitz	
Seifert, Carl	Kalk	Köln-Land
Seige, Paul	Pößneck	2. Meininger
Sidow	Brandenburg a. H.	Brandenburg-Westhavelland
Siebenreicher	Westenbrügge	5. Mecklenburger
Silberschmidt, Herm.	Berlin	Wanzleben
Sindermann, Carl	Dresden	Dresden-Altstadt
Singer, Paul	Berlin	
Sommer, Moritz	Forst i. L.	Sorau-Forst
Südekum, Dr., Albert	Dresden	
Scheidemann, Ph.	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Schlichtholz, G.	Flatow	Westpreußen
Schmidt, Joh.		Fürth-Hersbruck-Erlangen
Schmidt, Julius	Rostock	Rostock-Doberan
Schmidt Rich.	Meißen	7. Sächsischer
Schmidt Wilh.	Frankfurt a. M.	
Schneider, Hermann	Leipzig	Leipzig-Land
Schnell, August	Charlottenburg	Teltow-Beeskow-Storkow
Scholz, Paul	Berlin	2. Berliner
Schrader, Chr.	Bramsche	4. Hannoverscher
Schreiter, Gust.	Oelsnitz i. E.	19. Sächsischer
Schubert, Hermann	Berlin-Schöneberg	Teltow-Beeskow-Storkow, Calau-Luckau und Friedeberg-Arnswalde
Schulz, Heinrich	Magdeburg	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Schulze, E.	Cossebaude	6. Sächsischer
Schwartz, Theodor	Lübeck	
Schwedt, J.	Lüneburg	16. Hannoverscher
Staab, Wilhelm		Potsdam-Osthavelland
Stadthagen, Arthur	Berlin	
Staninger, Johann	Hamburg	Kolberg-Köslin-Stralsund-Rügen
Steinbach, Helma	Hamburg	3. Hamburger
Steinbrügge, W.	Wismar	2. Mecklenburgischer
Stolpe, Hermann	Grünberg	Sagan-Sprottau, Grünberg-Freistadt, Bunzlau-Lüben
Stolle	Gesau	
Stolten, Otto	Hamburg	1. Hamburger
Stubbe, Heinrich	Hamburg	3. Hamburger
Stücklen, Daniel	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Thiel, Marie	Tempelhof	Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Thiele, Adolf	Halle a. S.	Mansfelder See- und Gebirgskreis
Thielhorn, Wilhelm	Hannover	14. Hannoverscher
Thöne, G.	Cassel	Cassel-Melsungen
Toelge, Fr.	Altona	8. und 10. Schleswig-Holsteinischer
Ulrich, Carl	Offenbach a. M.	
Unger, Fritz	Auerbach i. V.	22. Sächsischer
Voigt, Wilhelm	Bernburg	2. Anhalter

Digitized by Google

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Walter, Anton	Coburg	Coburg
Walther	Löbtau	6. Sächsischer
Wedemeyer, Friedrich	Göttingen	12. Hannoverscher
Weickers, Gustav	Kirchheimbolanden	Pfalz
Wesemeier, August	Braunschweig	1. und 2. Braunschweigischer
Windhoff, Carl	Düsseldorf	Düsseldorf
Winkler, Richard	Bremen	Bremen
Wizorowski, Georg	Staßfurt	Calbe-Aschersleben
Wolters, Heinrich	Krefeld	Krefeld und M.-Gladbach
Wurm, Emanuel	Berlin	
Zeißig, Eduard	Chemnitz	16. Sächsischer
Zetkin, Clara	Stuttgart	
Zietz, Louise	Hamburg	22. Sächsischer
Zorn, Georg	Fürth	Fürth-Hersbruck-Erlangen
Zubeil, Fritz	Berlin	

Als auswärtige Gäste sind anwesend:

Dr. Adler, Wien, für die österreichische sozialdemokratische Partei,
Pernerstorfer, Engelbert, Wien, für den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten des österreichischen Abgeordnetenhauses,
Askew, London, für die sozialdemokratische Federation,
Bracke, Paris, für die französische Arbeiterpartei, Kommunistische Alliance, Sozialistisch-revolutionäre Partei und Autonome revolutionäre Gruppen.
Branting, Stockholm, sozialdemokratische Partei Schweden,
de Roode, Amsterdam, für die niederländische Sozialdemokratie.

Vor Schluß des Parteitags waren zur Abreise gezwungen: Frl. Rosa Luxemburg, G. Löwenstein und W. Heine.

Zuschriften und Telegramme.

Agram. Parteileitung; Sozialdemokratie Kroatiens. — Berlin. Kongreß der durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften Deutschlands. — Brüssel. Belgische Arbeiterpartei; Deutscher Arbeiterverein. — Budapest. Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie. — Cöln-Deutz. Genossen. — Friedberg, Hessen. Sozialdemokr. Wahlverein. — Gelenau. Genossen des 20. sächsischen Reichstagswahlkreises. — Gießen. Genossen. — Halberstadt. Genossen. — Hausham. Oberbayrische Genossen. — Höchst (Main). Leyendecker und Genossen. — Jena. Genossen von Jena-Apolda. — Kopenhagen. Sozialdemokratie Dänemarks; Verein Vorwärts. — Lindenau. Georg Horn. — Lörrach. 4. Badischer Reichstagswahlkreis. — London. Kommunistischer Arbeiterbildungsverein; Friedrich Leßner. — Memel. Genossen. — Neustadt (Odenwald). Genossen. — Oelsnitz. Arbeiterschaft. — Ohlau-Strehlen. Sozialdemokr. Wahlverein. — Paris. Deutscher Sozialdemokratischer Leseklub; General-Komité der sozialistischen Partei Frankreichs (Sekretär Briand). — Posen. Die Genossen des dunkelsten Osten. — Prag. Parteileitung der Tschechisch-slavischen Sozialdemokratie. — Reiherstieg. Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Wilhelmsburg. — Streckau. Genossen des Sozialdemokratischen Vereins. — Solothurn. Schweizerischer Sozialdemokratischer Congreß. — Torgau. Genossen. — Wolgast. Oeffentliche Versammlung am 23. September. — Zürich. Redaktion der Zeitung „Iskra", des Organs der russischen revolutionären Sozialdemokratie.

Digitized by Google

Sprech-Register.

Adler 117
Albrecht 307.
Auer 111. 152. 169. 218. 233. 253.

Baader 123
Biniskiewicz 125. 128. 154.
Bartels-Lübeck 304
Baudert 273
Bebel 104. 107. 113. 135. 155. 164. 184. 186. 205. 269. 282
Beyer 111. 263.
Berard 133. 151. 152.
Bernstein 138. 150. 176. 188. 204. 237.
Blos 269.
Böhle 154. 259. 268. 302. 303.
Bömelburg 215. 251. 257. 261. 281.
Brake 115.
Brauning 115.
Braun-Königsberg 128. 132.
Büttner 133.

Calwer 197.
Cohn 152. 182.

David 152. 155. 159. 184. 185. 250. 278.
De Roode 116.
Düwell 257.

Eberle 151. 301
Eisinger 251.
Ehrhart 155. 189. 278. 280.
v. Elm 111. 230. 231. 245. 246. 257.
Emmel 278.

Fendrich 268. 271. 283.
Fischer-Berlin 110. 112. 155. 191. 193. 237. 302
Fischer-Dresden 250.
Fischer-Weimar 281.
Frohme 109. 155. 185. 186. 305

Geck 260. 262. 277. 282.
Gerisch 121. 132. 133. 150. 152. 205. 260. 262. 292.
Geyer 276
Gogowski 126
Gradnauer 133. 147. 183. 198.
Grimpe 151. 198
Groth 128. 281.
Grunwald 156. 182. 185. 201.

Haase 243
Hartmann 133.
Haverkamp 278.
Heine 144. 150. 181. 186. 198. 194. 196. 202. 203. 204. 249.
Hengsbach 124. 126. 130. 151. 156.
Hintze 302.
Hoch 109. 242
Hoffmann-Berlin 138. 155. 292. 304
Hüttmann 258.
Hug 261

Joos 276

Kautsky 157. 193.
Keil 251. 274.
Kiesel 155. 171. 291. 305. 306.
Knieriem 258.
König 128. 196.

Ledebour 124. 129. 150. 186. 198. 199. 200. 204.
Legien 111. 230. 233. 235.
Leutert 154. 155. 170. 183. 261.
Lipinski 152. 199.
Luxemburg, Frau 108. 127.

Marckwaldt 305. 306.
Meister 122. 306.
Metzner 291. 293
Molkenbuhr 307.
Müller-Hamburg 110. 244. 284. 301.

Orb 125. 303

Pernerstorfer 116.
Peus 183.
Pfannkuch 118. 130. 154. 284. 303. 305. 306. 308.
Pfeiffle 281.

Quark 106. 137. 152. 241.

Raith 258. 293. 308.
Reul 302
de Roode 116.
Roesle 278. 293
Rosdzisky 202. 240.
Rudolph 150. 257.

Sieberleicher 281. 304.
Singer 106. 110. 115. 117. 123. 130. 132. 137. 144. 149. 150. 152. 154. 169. 170. 176. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 189. 193. 196. 200. 202. 203. 204. 205. 218. 230. 231. 232. 235. 236. 237. 240. 249. 250. 257. 260. 263. 273. 284. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 310.
Silberschmidt 112. 244. 301.
Sindermann 302. 308
Südekum 113. 130. 190. 263. 298. 299. 301.
Scholz 301.
Schmidt-Rostock 152.
Schrader-Bramsche 250.
Schwartz-Lübeck 104. 268. 299.
Stadthagen 110. 152. 171. 185. 203. 304.
Steinbach 112. 231. 235. 236. 259. 302.
Stolten 232. 275. 301.
Stücken 196. 203

Thiele 109. 112. 151. 155. 188. 204. 305.
Thielhorn 242.
Thöne 303.

Ulrich 186. 196. 275.

Windhoff 126. 151. 152. 262. 305.
Wurm 152. 263. 283

Zetkin 176. 201. 258. 278.
Zietz 129. 240.
Zubeil 204.

Sach-Register.

Abstimmungen, namentliche 186. 187. 188. 258. 259.
Akkordmaurer 13. 101. 102. 110—114. 205—259.
— Aktenstücke 205—214.
— Amendement Staningk zu Antrag 114: 237.
— Angenommener Antrag 259.
— Antrag Käppler 248
Akkordmaurer, Anträge hierzu S. 205.
— Brief Schnacks 219.
— Entscheidung der Kontrollkommission 213.
— des Schiedsgerichts 210.
— Resolutionen 101. 102. 259.
— Resolution v. Elm—Hamburger Gewerkschaftskartell 226.
Achtuhr-Ladenschluß 23.
Achtstundentag 118. 263.
Agitation 26. 118—132.
— unter d. Arbeiterinnen 28.
— im Heer 21.
— gegen die Lebensmittelzölle 27
— unter den Polen 25.
Agitationskalender 32.
Agitationsschriften 34.

Digitized by Google

Agitationstouren 26
Agitatoren, ständige 124.
Alkoholfrage 306.
Anträge an den Parteitag. 87—103.
— angenommene 311.
— der Fraktion 77.
— nachträglich eingegangene 96.
— zur Organisation 88. 303.
— Parlamentarische 92 263. 268.
— nächsten Parteitag 92. 306.
— zur Presse 90. 132 ff.
— zum Programm 88. 303.
— Sonstige 303.
— zur Tagesordnung 87. 106.
— — Taktik 88.
Arbeiter, ländl. 58. 281.
Arbeiterkongreß in Paris 12.
Arbeitersekretariat 17.
— in Gotha 18. 277.
Arbeiterstatistik-Komm. 52.
Arbeiterversicherung 307.
Arbeitslosigkeit 23.
Ausgaben für China-Expedition 45. 47.
— für das Heer 58.
— — Kolonien 61.
— — Marine 59.
— — Parteikasse 37.
— — Parteipresse 38.
— des Reichs 48.
— — Vorwärts 33.
Auswärtiges Amt 51.

Bäckereiverordnung 84.
Banter Angelegenheit 123. 259—263.
Bebel's Erklärung in Sachen Parvus 205.
Beisitzerwahl z. Vorstand 308.
Beiträge f. d. Partei 39—43.
Bergarbeiter, Streikende 13.
Bergwerke 53.
Bericht über Agitation und Wahlen 26—28 118—132.
— der Buchhandlung Vorwärts 34.
— — Kasse 121.
— — Kontrollkommission 122.
— — Mandatsprüfungskommission 154.
— — Neunerkommission 259 bis 263. 302. 303.
— über die parlamentarische Thätigkeit 45—86. 263 bis 284.
— des Partei-Vorstandes 11—44. 118—150.
— der Reichstagsfraktion. 45—86. 263—284.
Bernstein 25.
Bernstein's Erklärung zur Abstimmung 188.
Bernstein-Debatte 134—150. 155—188.
— Abstimmung über die Resolutionen 186.
Bernstein-Debatte, Resolution Bebel 99. 186.
— — Braun 102. 181.
— — Heine 98. 186.
Branntweinsteuergesetz 70.
Bremer Streikpostenverb 21.
Brotwucher (siehe Handelsverträge.)
Buchdruckerstreik in d. Leipz. Volksztg. 13—17.
Buchhandlung Vorwärts 34.
Budgetbewilligungsfrage 265. 268—284
— Resolution Bebel 97 99.
Bureau des Parteitags 10.
— Wahl 106.

China-Expedition 45. 264.

Dahrlehnsgesuche an die Partei 19
David's Erklärung betr. Parvus 250.
Deligirtenliste 312.
Decharge für den Vorstand 132.
Diäten für Reichstagsmitglieder 76.
Druckfehlerberichtigung 310.
Duell-Interpellation 83.

Einnahmen der Parteikasse. 36. 39.
— des Reichs 49. 62.
— Vorwärts 33.
Eisenbahn-Amt 56.
Eisenbahner 22.
Eröffnung des Parteitags 104.
Etatsdebatte im Reichstage 49.
Etats des Reiches 48.

Fabrikinspektion 22. 53.
Festsetzung der Tagesordnung 106.
Fischer-Dresden, Erklärung betr. Parvus 250.
Flugblätter 129.
— gegen die Lebensmittelvertheuerung 27
— Verbreitung am Sonntag 28.
Frauenagitation 129.

Gäste auf dem Parteitage 114. 316
Gemeindewahlen 30.
Geschäftsbericht (siehe Bericht).
Geschlossene Sitzung 106. 132. 133—138. 150—153.
Gesindeordnung 304.
Gesundheitsamt 54.
Gewerbeaufsicht 22. 53.
Gewerbegerichtsgesetz 30. 71.
— Wahlen 31.
Glasschleifereien 54.
Griesheimer Unglück 82.
Gumbinner Prozeß 268. 305.
Handbuch, Parlamentarisches 28 91.
Handelsverträge 69. 284 bis 291.
— Resolution 103. 291.
Heilstätten für Lungenkranke 54.
Heeresverwaltung 58.
Heine's Erklärung in Sachen Parvus 249.
Hirsch. Carl. Nachruf 12.
Hohkönigsburg-Ruine 54.

Internationaler Kongreß 12.
Internationales Sekretariat 12.
Interpellationen 77—84.
— wegen Griesheimer Unglück 82.
— wegen 12 000 Mark-Affäre 77.
— anderer Fraktionen 82.
Innungsschiedsgerichte 72.
Jubiläen unserer Parteipresse 32.
Jugendlitteratur 120.
Justizamt 57.

Kaiser Wilhelm II. und Hamburger Werftarbeiter 47.
Kassenbericht 35—43 121.
Koalitionsrecht 268. 281.
Kohlenwucher 27 82.
Kolonialetat 61.
Kommission für Arbeiterstatistik 53.
Konsumvereine 84.
Kontrollkommissions-Bericht 122.
— Wahl 300 307.
Kriegsinvaliden-Versorgung 65
Kriegsminister-Verfügung gegen Sozialdemokratie 21.

Ländliche Arbeiter 58. 281.
Lebensmittelzölle 27. 44. 288. (siehe a Handelsverträge).
Leipziger Volkszeitung 13 bis 17.
Liebknecht, Andenken an 11.
Löbtauer Zuchthaus-Verurtheilte 21.
Landtagswahlen 29
Lokalfrage 19 27.
Lübecker Streikpostenverbot 19.

Maifeier 31. 291.
— Resolution 103. 293.
Mandatsprüfungs-Kommissions-Bericht 154.
— -Wahl 106.
Marineamt 59.
Marine-Ausgaben 59.
Militär-Ausgaben 58. 264.
— -Boykott 19.
Motteler 25.

Nachwahlen z. Reichstag 28.

Digitized by Google